

# **Technische Universität Dresden**

Fakultät Umweltwissenschaften

## **Großereignisbewerbungen als Instrument aktiver Stadtentwicklungspolitik: Eine vergleichende Analyse mehrfach gescheiterter Städte in Deutschland**

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades

Doctor rerum naturalium (Dr. rer. nat.)

vorgelegt von

Diplom-Geographin Cindy Krause

geboren am 1. April 1981

Gutachter:

Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Müller, Technische Universität Dresden

Prof. Dr. Annika Mattisek, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Prof. Dr. Marion Eich-Born, Bauhaus-Universität Weimar

Dresden, 16.10.2015



## **Erklärung der Promovendin**

Die Übereinstimmung dieses Exemplars mit dem Original der Dissertation zum Thema:  
Großereignisbewerbungen als Instrument aktiver Stadtentwicklungspolitik:  
Eine vergleichende Analyse mehrfach gescheiterter Städte in Deutschland  
wird hiermit bestätigt.

Dresden, 17. Dezember 2015

Dipl.-Geogr. Cindy Krause

## Danksagung

Meine Dissertation entstand im Rahmen der Dresden Leibniz Graduate School (DLGS) an der Technischen Universität Dresden (TUD) und dem Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) e.V. in Dresden. Ich gehörte zu einer Gruppe internationaler und interdisziplinärer Stipendiaten, deren Forschungsarbeiten im Kontext zum Thema "Dealing with Change - Regional Strategies in Time of Demographic, Climate and Economic Change" standen. Diese strukturierte Doktorandenförderung ermöglichte es mir mein Forschungsprojekt zu realisieren. Den vielen Menschen, die mich in dieser Zeit unterstützt haben möchte ich von ganzem Herzen danken.

Dazu zählt vor allem mein Betreuer Herr Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Müller, der mit seinem Gespür für forschungsrelevante Themen und seiner Erfahrung in den Raumwissenschaften wichtige Impulse für meine Dissertation gegeben hat. Ich danke ihm für die regelmäßigen Gesprächen und die Unterstützung von Beginn an. Frau Prof. Dr. Annika Matissek und Frau Prof. Dr. Marion Eich-Born danke ich, dass sie meine Dissertation begutachtet und diese mit ihren Hinweisen und Empfehlungen geschärft haben. Allen Betreuern gebührt ein großes Lob für die terminliche Abstimmung, wodurch die Verteidigung zeitnah nach Einreichung möglich wurde.

Ein großer Dank gilt dem Team der DLGS. Frau Dr. Paulina Schiappacasse stand mir in Ihrer Funktion als wissenschaftliche Koordinatorin stets beratend zur Seite. Durch zahlreiche Gespräche profitierte ich von ihren Kompetenzen zum wissenschaftlichen Arbeiten und ihren Motivationen das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Auch den Mitgliedern des Management Boards möchte ich danken. Vor allem Herr Prof. Marcel Thum und Herr Prof. Andreas Klee haben mir wichtige Impulse für die Bearbeitung meiner Dissertation gegeben. Als gute Seele der DLGS hatte Frau Sabine Scharfe immer ein offenes Ohr für mich und stets einen guten Ratschlag, wenn organisatorische Hürden auftraten. Herzlichen Dank dafür. Die DLGS war für vier Jahre meine Heimat und hat mich mit vielen interessanten Menschen zusammengebracht. Ein ganz großes Dankeschön widme ich meinen Kolleginnen und Kollegen, die mit mir die Herausforderungen als Stipendiaten gemeinsam erlebt haben. Einen besonderen Dank widme ich Herrn José Mercado, Frau Mei-Ing Ruprecht und Frau Lita Akmentina, die mit mir nicht nur das Büro geteilt, sondern mich in vielen Gesprächen in meinem Projekt bestärkt haben.

In dieser Dissertation stehen elf Fallstädte im Fokus, die unterschiedlicher nicht sein können. Dennoch eint sie der Fakt, dass mich jede Stadt bei der Datenerhebung und Auswertung in besonderem Maße unterstützt hat. Intensive Gespräche mit Vertretern der Stadtverwaltungen, die Recherche in Archiven oder die Weiterleitung zu den richtigen Ansprechpartnern machten die Zusammenstellung der Fakten für diese Arbeit erst möglich. Allen Fallstädten gebührt ein großes Dankeschön für die Bereitstellung von Informationen. Stellvertretend für die vielen Kollegen vom IÖR, die stets ein offenes Ohr für mich

hatten, möchte ich Herrn Dr. Holger Leimbrock für seine methodische Expertise zum Thema qualitative Forschungsmethoden danken. Vom Lehrstuhl Raumentwicklung der TU Dresden war Frau Sarah Strugale vor allem in den letzten Monaten, sozusagen auf der Zielgeraden, eine wichtige Ratgeberin, die mir geholfen hat den Fokus nicht zu verlieren. Vielen Dank für die Motivation und den morgendlichen Kaffee.

Diese Dissertation hat viel Kraft und Zeit gekostet, die ich vor allem investieren konnte, weil mir meine Familie den Rückhalt gegeben hat. Ein ganz großes Dankeschön geht an meinen Mann, der mit viel Geduld und Zuversicht mein Projekt begleitet und mir stets den Rücken freigehalten hat. Meine Kinder waren die besten Projektmanager und haben dafür gesorgt, dass ich die mir zur Verfügung stehenden Zeit optimal genutzt habe. Ich danke Ihnen von Herzen.



## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Hintergrund und Motivation</b> .....	<b>5</b>
2.1	Begriffsverständnis „Großereignis“ .....	5
2.1.1	Internationale Diskussion .....	5
2.1.2	Nationale Diskussion .....	9
2.1.3	Abgrenzung zu weiteren Festivalisierungsstrategien.....	12
2.1.4	Zwischenfazit: Kein einheitliches „Großereigniskonzept“ .....	16
2.2	Großereignisse in Deutschland zwischen 2000 und 2010.....	18
2.2.1	Umwelt und Natur.....	18
2.2.2	Sport.....	21
2.2.3	Kultur und Wissenschaft.....	24
2.2.4	Zwischenfazit: Viele gescheiterte Großereignisbewerbungen unterschiedlicher Städte .....	29
<b>3</b>	<b>Stand der Forschung</b> .....	<b>37</b>
3.1	Gescheiterte Großereignisbewerbungen und Leistungswettbewerbe .....	37
3.1.1	Internationaler Diskurs: Olympiabewerbungen und ihre Wirkungen .....	38
3.1.2	Nationaler Diskurs: Unmittelbare Wirkungen verschiedener Großereignisformate.....	43
3.1.3	Leistungswettbewerbe: Erfahrungen gescheiterter Städte .....	49
3.2	Konzepte und Erfahrungen zum Wettbewerb und Scheitern .....	52
3.2.1	Der Wettbewerb um Privilegien: Die Theorie des Rent-seeking.....	52
3.2.2	Der Weg zum Erfolg: Scheitern im Verständnis der Sozialwissenschaften	53
3.3	Zwischenfazit: Abgeleiteter Forschungsbedarf und Forschungsfragen ....	57
<b>4</b>	<b>Konzeptioneller Rahmen</b> .....	<b>61</b>
4.1	Großereignisse als Projekte im Kontext von Stadtentwicklungsprozessen	61
4.1.1	Großereignisse als Reaktion auf städtischen Wandel .....	63
4.1.2	Projektorientierte Stadtentwicklungsplanung mit Großereignissen.....	71
4.1.3	Zwischenfazit: Großereignisse als strategische Projekte für Stadtentwicklungszwecke.....	79
4.2	Großereignisse und ihre vielfältigen Wirkungsweisen .....	81
4.2.1	Theoretische Strukturierungsansätze .....	83
4.2.2	Empirische Analysen zu Wirkungen .....	95
4.2.3	Zwischenfazit: Analyserahmen mit Pfaden für Wirkungen gescheiterter Großereignisse .....	118
<b>5</b>	<b>Methodisches Vorgehen</b> .....	<b>121</b>

5.1	Untersuchungsplan einer Vergleichsstudie .....	121
5.2	Forschungsmethoden.....	125
5.2.1	Vorstudie: Zugang zum Forschungsfeld.....	126
5.2.2	Methodentriangulation: Datenerhebung durch Interviews und Dokumentenrecherche .....	135
5.2.3	Qualitative Inhaltsanalyse: Aufbereitungs- und Auswertungsverfahren ..	140
5.3	Fallstudien.....	144
5.3.1	Qualitativer Fallstudienansatz: Auswahl der Vergleichsfälle .....	145
5.3.2	Strukturierung der Auswertung der Fallgruppe: Indikatoren und empirisch begründete Typen .....	150
<b>6</b>	<b>Städte mit mehrfach gescheiterten Großereignisbewerbungen .....</b>	<b>155</b>
6.1	Indikator 1: Großereignisse und Großereignisbewerbungen zwischen 2000 und 2010 .....	155
6.1.1	Einzelfallbeschreibung der Fallstädte.....	155
6.1.2	Vergleichende Analyse: Abgrenzungsmerkmale .....	171
6.2	Indikator 2: Organisation der gescheiterten Bewerbungsprozesse zwischen 2000 und 2010 .....	174
6.2.1	Einzelfallbeschreibung der Fallstädte.....	174
6.2.2	Vergleichende Analyse: Abgrenzungsmerkmale .....	216
6.3	Indikator 3: Stadt- und Regionalpolitischer Kontext.....	223
6.3.1	Einzelfallbeschreibung der Fallstädte.....	223
6.3.2	Vergleichende Analyse: Abgrenzungsmerkmale .....	253
6.4	Fazit: Stadttypen mit mehreren gescheiterten Bewerbungen .....	259
<b>7</b>	<b>Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen .....</b>	<b>263</b>
7.1	Stadttyp 1: Städte mit maximal drei, sich zeitlich konzentrierenden Bewerbungen, wovon eine erfolgreich war und verbunden mit strategischen Stadtentwicklungskonzepten .....	263
7.1.1	Kategorie „Wirtschaft“.....	263
7.1.2	Kategorie „Raum“ .....	265
7.1.3	Kategorie „Stadtgesellschaft“ .....	269
7.1.4	Kategorie „Politik“ .....	271
7.1.5	Zwischenfazit: Punktueller Engagement mit Langzeitwirkung .....	276
7.2	Stadttyp 2: Städte mit mehr als drei, nacheinander stattfindenden Bewerbungen, wovon eine erfolgreich war und verbunden mit strategischen Stadtentwicklungskonzepten.....	278
7.2.1	Kategorie „Wirtschaft“.....	278
7.2.2	Kategorie „Raum“ .....	285
7.2.3	Kategorie „Stadtgesellschaft“ .....	290
7.2.4	Kategorie „Politik“ .....	295



7.2.5	Zwischenfazit: Konkrete Vorgaben und konsequente Weiterverfolgung	301
7.3	Stadttyp 3: Städte mit mehr als drei, sich zeitlich konzentrierenden Bewerbungen, die alle scheiterten, während strategische Stadtentwicklungskonzepte aufgestellt wurden	304
7.3.1	Kategorie „Wirtschaft“	304
7.3.2	Kategorie „Raum“	309
7.3.3	Kategorie „Stadtgesellschaft“	311
7.3.4	Kategorie „Politik“	314
7.3.5	Zwischenfazit: Bündelung intensiver Erfahrungen	321
7.4	Stadttyp 4: Städte mit mehr als drei, nacheinander stattfindenden Bewerbungen, wovon eine erfolgreich war, während strategische Stadtentwicklungskonzepte aufgestellt wurden	323
7.4.1	Kategorie „Wirtschaft“	323
7.4.2	Kategorie „Raum“	331
7.4.3	Kategorie „Stadtgesellschaft“	336
7.4.4	Kategorie „Politik“	342
7.4.5	Zwischenfazit: Innovationen durch schrittweises Vorgehen	354
<b>8</b>	<b>Schlussbetrachtungen</b>	<b>359</b>
8.1	Zusammenfassung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen	359
8.1.1	Gemeinsame Ziele, Akteure und Erkenntnisse: Zusammenhang zwischen den Großereignisbewerbungen einer Stadt	359
8.1.2	Mittel zum Zweck: Der Zusammenhang zwischen Bewerbungen und Stadtentwicklung	364
8.1.3	Der Nutzen des Scheiterns: Effekte gescheiterter Bewerbungen	366
8.1.4	Umdenken oder Neustart? Einflussfaktoren von Effekten gescheiterter Großereignisbewerbungen	378
8.2	Abschließendes Fazit für Praxis und Wissenschaft	384
<b>9</b>	<b>Quellennachweise und Verzeichnisse</b>	<b>389</b>
9.1	Literatur	389
9.2	Stadtbezogene Dokumente	409
9.3	Interviews, E-Mail-Kommunikation und Tagung	457
9.4	Abbildungsverzeichnis	459
9.5	Tabellenverzeichnis	461
9.6	Abkürzungsverzeichnis	463
<b>10</b>	<b>Anhang</b>	<b>465</b>



# 1 Einleitung

## Problemaufriss und Zielsetzung der Thematik

Für das Jahr 2010 bewarben sich in Deutschland 16 Städte um die Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt. Nach einem mehrstufigen Auswahlverfahren wurde am 13.11.2006 die Stadt Essen für das Ruhrgebiet zur Kulturhauptstadt Europas 2010 erklärt (Auswärtiges Amt 2008). Zu diesem Zeitpunkt war nach einem sechsjährigen Bewerbungsprozess für alle anderen Bewerberstädte der Traum vorbei Europäische Kulturhauptstadt 2010 zu werden. Zwar stand von Beginn an für die Beteiligten des Wettbewerbs fest, dass nur eine Stadt das Großereignis ausrichten kann, dennoch wagte eine Vielzahl Städte in eine Bewerbung zu investieren. Auch für die Olympischen Sommer Spiele 2012 war die Bewerberzahl deutscher Städte im Vergleich zu den vergangenen Jahren verhältnismäßig hoch. Im November 2001 beschloss das Nationale Olympische Komitee (NOK) eine deutsche Kandidatur (FAZ 2001a; FAZ 2001b). Daraufhin beteiligten sich fünf Städte und Stadtregionen am bundesweiten Wettbewerb für die Ausrichtung der Olympischen Sommer Spiele 2012. Nach zwei Jahren Vorbereitungszeit wurde im April 2003 Leipzig als deutscher Kandidat ausgewählt. Allerdings scheiterte die Stadt an der internationalen Konkurrenz und unterlag Städten wie London, Paris und Madrid.

Exemplarisch stehen diese beiden Beispiele für ein Phänomen, welches auch international beobachtet wurde. So stellten verschiedene Autoren fest, dass die Anzahl von Bewerberstädten für Großereignisse gestiegen ist (Westerbeek et al. 2002, 303; Emery 2002, 317; Preuss 2006, 14). Deutlich wurde dies z. B. an der stetig wachsenden Anzahl von Städten, die sich seit 1992 für die Olympischen Sommerspiele beworben und positioniert hatten (Essex und Chalkley 2004a, 7). Dabei konnte die zunehmende Anzahl der Bewerberstädte auf verschiedene Entwicklungen zurückgeführt werden. Dazu zählt, dass sich die Verfahren der Ausrichterorganisationen verändert haben. Zum Beispiel wurde das Verfahren zur Benennung der Europäischen Kulturhauptstadt durch einen Beschluss des Europäischen Parlamentes und Rates 1999 modifiziert. Zum ersten Mal fand in Deutschland ein zweistufiger Wettbewerb auf Landes- und Bundesebene statt, der viele Städte zur Teilnahme motivierte. Des Weiteren gewannen neben den traditionellen und internationalen Großereignissen wie Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen, Festivals mit nationalem Charakter an Bedeutung. Dazu zählten in Deutschland das Format "Stadt der Wissenschaft" des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, welches zwischen 2005 und 2012 jährlich stattfand, aber auch Stadtjubiläen, Kirchentage oder Gartenschauen.

Auf der Basis eigener empirischer Erhebungen wurde beobachtet, dass in Deutschland zwischen 2000 und 2010 eine Vielzahl Städte um die Ausrichtung von Großereignissen jeglicher Art konkurrierte. Die Bewerbungen waren mit den Zielen verbunden, strukturelle Veränderungsprozesse in der Stadt einzuleiten und sich im Städtewettbewerb zu positio-

nieren. Doch es konnte immer nur eine Stadt oder Region den Wettbewerb gewinnen und das jeweilige Großereignis ausrichten. Eine Vielzahl von Verliererstädten blieb zurück. Hinzu kam, dass in einigen Städten nicht nur ein, sondern mehrere Bewerbungsprozesse stattfanden, die parallel oder nacheinander verliefen. Zwar konnten manche Städte neben gescheiterten Bewerbungsprozessen auch erfolgreich sein, jedoch scheiterten die Städte überwiegend mehr als einmal mit Großereignisbewerbungen. Die Anstrengungen die Bewerbungsprozesse durchzuführen, Ressourcen zu mobilisieren und Kräfte zu bündeln, um aussagefähige Bewerbungsschriften aufzustellen und sich bestmöglich im Wettbewerb zu präsentieren, scheinen vergebliche Mühe gewesen zu sein. Zumindest stellt es sich so dar, wenn nur der Gewinn des Wettbewerbs als Erfolg wahrgenommen wird.

Während es umfangreiche Literatur zu Effekten realisierter Großereignisse gibt, wurde bisher kaum diskutiert, welche Bedeutung die gescheiterten Großereignisbewerbungen für die Stadtentwicklung der Bewerberstädte hatten. Bisher gibt es wenige Erkenntnisse, welche Effekte gescheiterte Großereignisbewerbungen auslösten und inwieweit diese systematisiert werden können. An dieser Stelle knüpft die Forschungsarbeit an und stellt die empirische Analyse von Städten mit mehrfach gescheiterten Großereignisbewerbungen in den Fokus der Betrachtung. Es stellte sich die Frage, ob es sinnvoll war, in Großereignisbewerbungen zu investieren und das Risiko der Wettbewerbe auf sich zu nehmen. Vor allem bei Städten, die mehrfach mit einer Großereignisbewerbung scheiterten ist von Interesse, inwieweit aus der gescheiterten Bewerbungserfahrung ein Nutzen gezogen werden kann.

Motiviert durch diese Fragestellungen hatte sich die Forschungsarbeit zum Ziel gesetzt herauszufinden wie Städte „richtig“ scheitern können. Kann Verlieren Lernen bedeuten? Findet durch das Scheitern ein Umdenken in den Städten statt? Wie können Rückschläge bewältigt und Städte gestärkt aus der Krise hervorgehen? Um dies herauszufinden wurden zuerst die Bewerbungserfahrungen der Städte und deren Zusammenhang zu Stadtentwicklungsprozessen vor Ort analysiert. Waren die verschiedenen Bewerbungsprozesse inhaltlich oder organisatorisch miteinander verbunden? Welchen Bezug hatten sie zur Stadtentwicklung? Aufbauend auf dieser Analyse wurde den Fragen nachgegangen, welche Effekte die gescheiterten Großereignisbewerbungen hervorriefen und auf welche Einflussfaktoren diese zurückzuführen waren. Dabei war von Interesse, in welchen Bereichen Effekte auftreten, ob sie zeitlich befristet oder positiv bzw. negativ bewertet werden können.

### **Aufbau der Arbeit**

Zuerst werden im Kapitel 1 die unterschiedlichen Merkmale der Begriffsbestimmung zum Thema Großereignis im internationalen und nationalen Kontext diskutiert. Um Großereignisse von anderen Festivalisierungsstrategien zu unterscheiden folgt eine kurze Beschreibung von infrastrukturellen Großprojekten sowie Leistungs- und Städtewettbewer-

ben im Kontext der Stadtentwicklungsplanung. Anschließend werden verschiedene Großereignisse und deren Bewerberstädte in thematischen Gruppen vorgestellt.

Im Kapitel 2 wird diskutiert, inwieweit gescheiterte Großereignisbewerbungen und deren Effekte in der Literatur bisher thematisiert wurden. Ausgangspunkt sind internationale und nationale Studien, welche die Erfahrungen einzelner Städte mit gescheiterten Großereignissen analysieren. Um die Problematik Scheitern zu betonen und das Forschungsinteresse an gescheiterten Großereignisbewerbungen zu unterstützen werden Erkenntnisse aus der ökonomischen Theorie des Rent-Seeking, der ökonomischen Organisationstheorie und der Soziologie dargestellt. Darauf aufbauend erfolgen abschließend die Ableitung des Forschungsbedarfs und die Aufstellung der Forschungsfragen.

Um die Forschungsfragen zielgerichtet zu beantworten wird in Kapitel 3 der Zusammenhang zwischen Großereignissen und Stadtentwicklungsprozessen dargestellt. Die Beschreibung planungstheoretischer Hintergründe und organisationstheoretischer Merkmale trägt dazu bei, die Besonderheiten von Großereignissen im Kontext von Stadtentwicklungsplanung zu verstehen. Ergänzt wird dies durch die Darstellung von Großereignissen und ihrer vielfältigen Wirkungsweisen. Dabei wird zuerst beschrieben wie Effekte von Großereignissen strukturiert werden können. Ausgangspunkt ist internationale und Disziplinen übergreifende Literatur, die mit thematischen Kategorien und ganzheitlichen Modellen Ansätze bietet, Effekte von Großereignissen zu untersuchen. Ebenso werden verschiedene empirische Studien vorgestellt, die sich auf eine Analysekategorie spezialisiert haben. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen wird ein Analyserahmen präsentiert, der Ausgangspunkt für die methodische Vorgehensweise zur Analyse gescheiterter Großereignisbewerbungen ist.

Das Kapitel 4 widmet sich dem methodischen Vorgehen der empirischen Untersuchung. Zuerst wird der Untersuchungsplan für die Vergleichsstudie mit mehreren Fallstädten vorgestellt. Dieser beinhaltet neben den Forschungsfragen, forschungsleitende Thesen und Untersuchungsfragen zur Operationalisierung der Forschungsproblematik. Anschließend werden auf Basis einer Vorstudie, die den Zugang zum Forschungsfeld erprobte, die Forschungsmethoden präsentiert. Es wird beschrieben, welche Texte die Datengrundlage darstellen und wie diese aufbereitet und analysiert wurden. Ebenso werden detaillierte Informationen zur Auswahl der Fallstädte gegeben, die auf Basis von Datenverfügbarkeit und Datenqualität erfolgte. Zum Vergleich der Fallstädte werden Indikatoren herangezogen, welche auch die Grundlage für die Aufstellung von Typen mehrfach gescheiterter Städte sind. Abschließend wird das Vorgehen zur Typenbildung erläutert.

Im Kapitel 5 stehen die elf Fallstädte und deren Bewerbungsprozesse zwischen 2000 und 2010 im Fokus der Betrachtung. Anhand von Einzelfallbeschreibungen werden die Städte in Bezug auf die Indikatoren charakterisiert. Es werden zunächst Informationen zur Art, Anzahl, Reihenfolge und zum Scheitern der Großereignisbewerbungen gegeben. Weiterhin werden für jede Fallstadt die organisatorischen Besonderheiten und die inhaltlichen

Zielsetzungen der gescheiterten Großereignisbewerbungen beschrieben. Der stadt- und regionalpolitische Kontext zum Zeitpunkt der Großereignisbewerbungen wird dar- und in den Zusammenhang zu den Großereignisbewerbungen gestellt. Die Fallstädte werden miteinander verglichen. Dies ist die Grundlage für die empirisch begründeten Stadttypen mit mehrfach gescheiterten Großereignisbewerbungen. Dabei unterscheiden sich die Städte in Bezug auf die Anzahl der Großereignisbewerbungen zwischen 2000 und 2010, ob sich diese zeitlich konzentrierten oder nacheinander stattfanden, inwieweit die Stadt auch erfolgreich mit der Einwerbung eines Großereignisses war und welchen Bezug die Bewerbungen zu Stadtentwicklungsprozessen vor Ort hatten.

Vor dem Hintergrund der verschiedenen Typen beschreibt das Kapitel 6 Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen. Für jede gescheiterte Großereignisbewerbung wird dargestellt, ob und welche Effekte in den Kategorien Wirtschaft, Raum, Stadtgesellschaft und Politik auftreten. Dazu gehören Effekte, die während des Bewerbungsprozesses und unmittelbar nach dem Scheitern auftraten oder noch mehrere Jahre danach die Städte veränderten. Neben Effekten in den thematischen Kategorien werden auch Wirkungsketten zwischen den Kategorien aufgezeigt.

Zum Schluss werden in Kapitel 7 die empirischen Ergebnisse vor dem Hintergrund der Forschungsfragen zusammenfassend diskutiert. Es werden Thesen abgeleitet und Empfehlungen für Praxis und Wissenschaft gegeben. In einem abschließenden Fazit wird auf den weiteren Forschungsbedarf und die Übertragbarkeit der Forschungsergebnisse eingegangen.

## 2 Hintergrund und Motivation

### 2.1 Begriffsverständnis „Großereignis“

Das Großereignis ist der zentrale Begriff dieser Forschungsarbeit, welcher häufig durch die beispielhafte Nennung der Olympischen Spiele oder der Weltausstellung selbsterklärend sein soll. Diese Herangehensweise, Großereignisse anhand von Beispielen zu definieren, wird durch die folgende Diskussion erweitert. Es wird Literatur diskutiert, die das Phänomen Großereignis näher beschreiben.

#### 2.1.1 Internationale Diskussion

Die internationale Diskussion zu Großereignissen konzentriert sich vor allem auf Sportgroßereignisse wie die Olympischen Spiele und Fußball-Weltmeisterschaften. Brent J.R.B. Ritchie (1984) zählt zu den ersten Autoren, der durch die Zusammenfassung gemeinsamer Merkmale ein Begriffsverständnis von Großereignissen entwickelt hat:

*Major one-time or recurring events of limited duration, developed primarily to enhance the awareness, appeal and profitability of a tourism destination in the short and long-term. Such events rely for their success on uniqueness, status, or timely significance to create interest and attract attention (Ritchie 1984, 2).*

In dieser Darstellung wird bereits deutlich, was sich auch in der nachfolgenden Diskussion abbildet: Großereignisse stellen um ihrer selbst willen eine einmalige Ausnahmesituation dar, so dass deren Abgrenzung auf gemeinsame Merkmale wie z. B. die zeitliche Dauer, fast unerheblich wird. Diese Definition veranschaulicht die unterschiedlichen Perspektiven aus denen Großereignisse betrachtet werden und die ein sehr breites Bild dieses Phänomens wiedergeben. Calvin Jones (2001, 249) fasst diese Situation wie folgt zusammen: „Mega events are different, indeed, are unique almost by definition.“

Während Ritchie (1984) noch von „hallmark events“ sprach wurde dieser Begriff im Laufe der Zeit durch „major-events“, „large-scale events“, „special events“ und „mega-events“ erweitert. Zum einen wird dadurch der Eindruck vermittelt, dass die Anzahl der Großereignisse zugenommen hat. Dem wird vor allem im angelsächsischen Raum widersprochen: P. R. Emery (2002, 317) und Hans. M. Westerbeek et al. (2002, 303) stellten in ihren Studien zur Ermittlung von Erfolgsfaktoren beim „Bidding“ um Sportgroßereignisse fest, dass eher die Anzahl der Wettbewerber angestiegen ist. Die Autoren führen dies darauf zurück, dass Großereignisse selten sind und sich Städte die Wettbewerbe dazu nicht entgehen lassen. Zum anderen werden die verschiedenen Großereignisbegriffe synonym zueinander verwendet. So bei Frédéric Dimanche (1997, 67), der bei der Analyse der langfristigen Wirkungen der Weltausstellung in New Orleans die Begriffe „special event“, „large scale“ und „mega-event“ parallel nutzt.

Für Emery (2007, 317) sind klar definierte Start- und Endtermine, die absoluten Fristen zur Einreichung der Bewerbungsunterlagen und Sonderorganisationsformen Merkmale, die charakteristisch für Großereignisse sind. Seiner Meinung nach eignet sich das Merkmal ‚Größe‘ kaum zur Abgrenzung des Begriffs (Emery 2007, 318). Diesem Problem haben sich Westerbeek et al. (2002) genähert. Sie stellten bei der Reflexion verschiedener Diskussionsansätze aus der Literatur fest, dass Größe das Hauptmerkmal ist, wonach sich Großereignisse von anderen Events abgrenzen lassen. Zur Operationalisierung von Großereignissen stellen sie vier Kriterien auf, wodurch ‚Größe‘ operationalisiert wird: 1. Regionale und nationale Regierungseinheiten werden in die Vorbereitung und Durchführung des Events einbezogen, 2. Das Großereignis erhält Aufmerksamkeit durch nationale und/oder internationale Presse, 3. Die Stadt erfüllt die technischen Kompetenzen als Voraussetzung eines solchen Events und 4. Das Ereignis wird durch verschiedene Akteure unterstützt und im Allgemeinen akzeptiert.

John Horne (2007) verbindet mit Großereignissen deren signifikante Konsequenzen für die Ausrichterstadt, -region oder -nation. Durch umfangreiche Berichterstattung in den Medien sind Großereignisse in der Lage die Ausrichterstadt in den Fokus zu stellen und sich von anderen Städten abzugrenzen (Horne 2007, 82). Ein Großereignis zu organisieren versetzt die Stadt in einen Ausnahmezustand und erfordert umfangreiche Kompetenzen (Roberts 2004, 108 zitiert nach Horne 2007, 82).

Die Einblicke in diese Diskussion zum Begriffsverständnis von Großereignissen weisen auf die Mehrdimensionalität und Gegensätzlichkeit hin. Ritchie (2000) umging diese Problematik, indem er Weltausstellungen und Olympische Spiele als selbsterklärende Beispiele für Großereignisse anführt. Ähnlich gehen Stephen Essex und Brian Chalkley (1998, 199, 2004a, 2004b) vor, die sich einer Definition von Großereignissen ganz entziehen. Es steht nicht das Großereignis im Allgemeinen im Fokus der Autoren, sondern die Olympischen Spiele als repräsentativer Vertreter von Großereignissen.

Der Soziologe Maurice Roche zählt zu den Autoren, die sich kontinuierlich mit dem Phänomen Großereignis im Zusammenhang moderner Gesellschaften auseinandergesetzt haben. Generell stellt Roche (2003, 100) fest, dass Großereignisse ein städtisches Phänomen sind, welches im späten 19. Jahrhundert zum ersten Mal in Erscheinung getreten ist. Seit diesem Zeitpunkt haben Großereignisse eine enorme Berühmtheit entwickelt (Roche 2003, 101). Beispielhaft weist Roche (2003, 102) auf die Konzentration von international bedeutenden Events zu Beginn des 21. Jahrhundert hin: die Olympischen Sommer Spiele in Sydney 2000, die EXPO in Hannover 2000 und die Fußball-Weltmeisterschaften in Frankreich (1998) und Japan (2002). Auch wenn für Roche (2000) die Olympischen Spiele und die Weltausstellungen, die am meisten sichtbaren Großereignisse darstellen, weist er auf die zahlreichen spezifischeren, international und regional bedeutsamen Großereignisse hin, die sich im späten zwanzigsten Jahrhundert



entwickelt haben. Durch die Auflistung von Beispielen macht Roche (1992, 2000, 2003) dem Leser bewusst, welches Phänomen betrachtet wird.

Die Hauptmerkmale von Großereignissen sind für Roche (1992, 574) Dauer, Status, Größe und Effekte des Events. Er subsummiert darunter kurzzeitig stattfindende prestigeträchtige Ereignisse. Er weist darauf hin, dass das Merkmal Größe in Relation zur Ausrichterkommune betrachtet werden muss (1992, 574). Übertragen auf die finanzielle Situation von Kommunen bedeutet dies, was für die eine Kommune eine große Investition ist, stellt für die andere Kommune ein alltägliches Investitionsaufkommen dar. Durch Großereignisse treten Effekte in der Ausrichterstadt auf und dies in ganz unterschiedlichem Ausmaß. Dieses Ausmaß wird wesentlich durch den Kontext der Stadt und die dort stattfindenden Stadtentwicklungsprozesse geprägt. Roche (1992, 564) ging ähnlich wie Hartmut Häußermann und Walter Siebel (1993) davon aus, dass dieser Einfluss in der Vergangenheit zugenommen hat und Großereignisse nun vermehrt in aktuelle Stadtentwicklungsprozesse einbezogen wurden.

Durch die Betrachtung von Effekten der Großereignisse, wird die Perspektive vom kurzzeitig stattfindenden Event zu einem zeitlich umfangreichen Prozess erweitert. Dieser umfasst nicht nur die Ausrichtung des Events, sondern beinhaltet auch die Vorbereitungszeit mit Planungen und dem Ausbau der Infrastruktur. Ebenso gehört dazu die Post-Event-Phase mit direkten und indirekten sowie kurzfristigen oder langfristigen Effekten auf Image und Moral der Stadt (Roche 1994, 4). Roche (1992, 574) differenziert zwischen dem Großereignis als einmaliges Event und dem Großereignis als Stadtentwicklungsinstrument (Roche 1994, 1).

Ein ähnliches Verständnis von Großereignissen hat der Stadtsoziologe Harry Hiller, der sich vor allem im Kontext der Olympischen Spiele (Calgary 1988, Südafrikas Bewerbung 2004) mit konzeptionellen Aspekten der Thematik auseinandergesetzt hat. Während Hiller (1990, 118) in einer seiner ersten Veröffentlichungen zum Thema Großereignisse das Phänomen beispielhaft durch die Nennung der Olympischen Spiele und der Weltausstellungen erklärt, bezeichnet er (1997, 64; 1998, 45) diese später als einmalige Ereignisse von relativ kurzer Dauer, aber von globaler Bedeutung. Ähnlich wie bei Roche konzentriert sich dieses Verständnis vorerst auf Merkmale, die kennzeichnend für die Austragung des Großereignisses sind. Abhängig vom Ausmaß und der Größe des Ereignisses, erfordern Großereignisse nach Hiller (1997, 64) einen verhältnismäßig langen Vorbereitungszeitraum, um die Anforderungen zur Ausrichtung zu erfüllen. Diese werden von den Ausrichterorganisationen aufgestellt und innerhalb eines Wettbewerbs müssen Städte ihre Qualitäten präsentieren, um Ausrichterstadt werden zu können (Hiller 2000b, 182). Für Hiller (200b, 183) sind die spezifischen Anforderungen an Großereignisse vor allem mit der Neukonstruktion und Verbesserung von Infrastrukturen verbunden. Mit diesen Aspekten erweitert er das Verständnis zu Großereignissen von einem singulären Event zu einem städtischen Transformationsprozess, der mit den Bewerbungsvorbereitungen

beginnt und nach der Ausrichtung weiter wirkt. Hiller (2000a, 439) stellt den Zusammenhang zwischen Großereignissen und dem bewussten Einsatz als Instrument einer politischen Strategie her: „But in looking beyond the event, it has also become evident that mega events can be analyzed as tools of government policy or ideologies“. Das Großereignis wird nicht losgelöst von seiner Ausrichterstadt, sondern in deren Kontext betrachtet. Durch diese Perspektiverweiterung bietet Hiller (2000b) einen weiteren Definitionsansatz:

*Any large-scale special event can be considered a mega-event if it has a significant and/or permanent urban effect – that is, if it is considered so significant, that it reprioritizes the urban agenda in some way and leads to some modifications or alteration of urban space which becomes its urban legacy (2000b, 183).*

Großereignisse erhalten somit erst ihre Legitimation durch deren Veränderungswirkungen. Dies erfordert eine erweiterte Perspektive auf das Großereignis, die bereits weit vor der Austragung beginnt und den Zeitraum nach der Ausrichtung mit einbezieht. Durch das Betrachten der Veränderungswirkungen zur Konzeptualisierung von Großereignissen unterscheidet Hiller (2000b, 192) zwischen drei Phasen. Zuerst die „pre-event“ Phase, welche den Bewerbungsprozess und die Vorbereitungsarbeiten auf die Ausrichtung des Großereignisses umfassen. Wenn der Bewerbungsprozess nicht erfolgreich war, entfällt die Vorbereitungsphase auf das Großereignis und die weiteren Phasen finden nicht statt. Bis dahin haben die Städte bereits Planungsarbeit geleistet und mussten Ziele formulieren, um den Anforderungen an die Ausrichtung des Großereignisses zu entsprechen. Der ersten Phase folgt das eigentliche „event“, welches die Ausrichtung des Großereignisses umfasst. Mit der dritten und letzten Phase, dem „post-event“, zieht letztendlich wieder Alltag in die Ausrichterstadt ein. Die Stadt und seine Bürger stehen vor der Herausforderung mit dem Erbe des Großereignisses umzugehen. Zum Erbe von Großereignissen gehört nach Hiller (2000b, 199) der Bedeutungswechsel signifikanter städtischer Flächen, das Auslösen von Kreativität in der Stadtplanung, das Mobilisieren von Geldern des öffentlichen und privaten Sektors, die Unterstützung bereits existierender Stadtentwicklungsprojekte, umfassende infrastrukturelle Verbesserungen und das Hinterlassen von Spuren im städtischen Raum. Werden diese Merkmale durch Events erfüllt, stellen sie Großereignisse nach der Begriffsabgrenzung von Hiller (2000b) dar.

Diese verschiedenen Möglichkeiten Großereignisse zu definieren führten dazu, dass ein buntes Bild über Großereignisse existiert. Stellen Gartenschauen unter den Bedeutungsaspekten von Hiller (2000b, 199) ein klassisches Großereignis dar, würden sie durch ihren nationalen Charakter und den fast ganzjährigen Zeitraum nach der Auffassung von Roche (1992, 574) von einem kurzfristigen und prestigeträchtigen Großereignis abweichen. Alex M. Deffner und Lois Labriandis (2005, 242) akzeptieren, dass es keine allgemeingültigen Abgrenzungsmerkmale gibt, welche ein Event zu einem Mega-event ma-

chen: „Thus, in this paper it is accepted that there is no temporal specification for considering an event mega“.

### 2.1.2 Nationale Diskussion

Im Vergleich zur internationalen kann die nationale Diskussion zu Großereignissen eindeutig auf einen bestimmten Aufsatz zurückgeführt werden. Basierend auf der zentralen These von Häußermann und Siebel (1993, 23), „dass die Festivalisierung der Politik die Inszenierung von Gemeinsinn und Identifikation mit politischen Institutionen darstellt“, folgen im nationalen Kontext zahlreiche Ansätze, Großereignisse als Strategie der Stadtentwicklung begrifflich zu bestimmen und deren Effekte für die Stadtentwicklung zu untersuchen. Auch hier existieren verschiedene Begriffe: „Große Ereignisse“ (Häußermann und Siebel 1993), „Events und Großprojekte“ (Liebmann 2003), „Großveranstaltungen“ (Huning und Peters 2003), „Großereignis“ (Altrock 2007), „Megaprojekte“ (Ibert 2007) oder „Mega-Events“ (Weiß 2008).

Ausgehend von Häußermann und Siebels (1993, 9) grundlegendem Aufsatz gehören zu den Merkmalen „großer Ereignisse“ die hohen Investitionen, Industriebranchen als Ausrichterflächen, Sonderorganisationen als Planungs- und Durchführungseinheiten, Public Private Partnerships (PPP) als Möglichkeit privates Kapital zu mobilisieren, umsetzungsorientierte Projektplanung sowie die Wettbewerbsorientierung der Kommunen. Diese Merkmale spiegeln die drei Perspektiven wider, die im Rahmen der internationalen Diskussion zusammenfassend erkannt wurden. Während die Größe auf das Ereignis selbst abzielt, beziehen sich die Merkmale Sonderorganisation, PPP und Umsetzungsorientierung auf die Organisationsstruktur solcher Formate. Die Merkmale Industriebranche und Wettbewerbsorientierung drücken den Zweck solcher Ereignisse und damit die Kontextsituation der Stadt aus. Aufbauend auf diesem Verständnis zählen Häußermann und Siebel (1993, 7) nicht nur Festivals wie die Olympischen Spiele oder Bundesgartenschauen zu den „großen Ereignissen“, sondern auch städtebauliche Großprojekte. Im Vergleich zum internationalen Verständnis wurde die Perspektive erweitert und die „großen Ereignisse“ werden unter dem Begriff „Festivalisierungsstrategien“ diskutiert.

Heidi Müller und Klaus Selle (2000, 223) stellen im Kontext der EXPO 2000 in Hannover Differenzierungsbedarf zum „Festivalisierungs-Begriff“ fest. Während Weltausstellungen und Olympiaden singuläre Ereignisse sind und so schnell nicht wieder in einem Land stattfinden, gibt es Projekte und Festivalisierungsbemühungen unterschiedlicher Art weiterhin in zunehmendem Maß. Damit die Erfahrungen aus den singulären Großereignissen als Anregungen für weitere Projektstrategien der Stadtentwicklungspolitik genutzt werden können, ist es vor allem notwendig die Zusammenhänge zwischen Effekten und Verursachern genauer aufzudecken (Müller und Selle 2000, 223). Im Kontext der These von Häußermann und Siebel ergänzt Selle (2005, 226) dieses Verständnis und unterscheidet zwischen „Projekte[n] hier und Festivalisierung dort.“ Im Kontext der EXPO 2000

in Hannover stellt er fest, dass die zahlreichen Einzelprojekte in Vorbereitung auf die Weltausstellung kaum den Charakter eines Großprojektes hatten. „Erst wenn man ihre vor allem politisch motivierte Verkopplung mit dem Großereignis im Jahr 2000 berücksichtigt, wird aus alledem ein hochkomplexes, großes Projekt“ (Selle 2005, 237).

Aus dieser organisatorischen Perspektive betrachtet Heike Liebmann Großereignisse und stellt Folgendes fest:

*Entsprechend der Vielfalt der möglichen Events und Großprojekte weichen die Strategien und Herangehensweisen in der Regel ebenso voneinander ab wie die beteiligten Akteure oder Finanzierungsformen (Liebmann 2003, 134).*

Nach diesem Verständnis eint diese unterschiedlichen Formate der Projektcharakter und ihr Einsatz als Vehikel, „um das Image eines Stadtteils oder auch einer ganzen Stadt zu verbessern und die öffentliche Aufmerksamkeit sowie das Interesse potentieller Investoren zu wecken“ (Liebmann 2003, 134). Somit sind nach Liebmann (2003,138) Großereignisse eine projektorientierte Strategie, welche „durch eine sachliche, räumliche und zeitliche Begrenzung auf ein klar definiertes Vorhaben sowie durch eine enge Verzahnung von Planung und Umsetzung“ charakterisiert werden können.

Auch Oliver Ibert (2007) hat sich mit Megaprojekten am Beispiel der EXPO 2000 Hannover beschäftigt und diese aus dem Kontext ihrer Organisationsform betrachtet. Dabei stellen „Temporalität und Zielorientierung“ die zentralen Merkmale dar, die einem städtischen Großprojekt entsprechen (Ibert 2007, 50). So war durch „das Eröffnungsdatum der Weltausstellung [...] von Anfang an eine klare Zeitstruktur vorgegeben“ (Ibert 2007, 50). Zusätzlich gehört für Ibert (2007, 50) die Integration des Großereignisses „in bestehende Stadtstrukturen“ und die Instrumentalisierung des Großereignisses „für weitere stadtentwicklungspolitisch motivierte Vorhaben“ zu den Merkmalen, die den Begriff weiter konkretisieren. Damit erweitert er die Perspektive und bettet die Großereignisdiskussion in den städtischen Kontext ein.

Während Ibert (2007) die Begriffe Megaprojekte und Großveranstaltungen parallel zueinander nutzt, zählen für Sandra Hunning und Deike Peters (2003, 6) Großveranstaltungen zu Megaprojekten. Um Großveranstaltungen von anderen Megaprojekten abzugrenzen heben Hunning und Peters (2003, 6) die Regelmäßigkeit in der Ausrichtung und den Wettbewerbscharakter zur Auswahl der Ausrichterstadt als wichtige Merkmale hervor.

Ähnlich dem internationalen Diskurs beschäftigen sich Paul Gans et al. (2003, 81) ausschließlich mit Sportgroßveranstaltungen und betonen bei der Begriffsabgrenzung dieses Phänomens die unterschiedlichen thematischen Ausprägungen. Sportgroßveranstaltungen werden als eine spezifische Form, also eine Unterkategorie, der Großveranstaltungen dargestellt. Dabei gehen Gans et al. (2003, 81) davon aus, dass Merkmale wie die zeitliche Befristung, die Dauer, die Regelmäßigkeit und die Größe der Veranstaltung wesentlich die Effekte der Großereignisse beeinflussen. Diese Kriterien sind für die Autoren

(2003, 239) Ausgangspunkt einer Klassifikation von Sportgroßveranstaltungen, die bis zu 36 Typen umfasst. Dieser Vielzahl von Typen entsprechen mehr als 1.682 Sportgroßveranstaltungen in Deutschland. Ziel der Studie von Gans et al. (2003, 230) ist anhand der unterschiedlichen Typen, die verschiedenen ökonomischen Effekte von Sportgroßveranstaltungen aufzuzeigen. Kommunalen Entscheidungsträgern werden Kriterien gezeigt, um das geeignete Großereignis auf Basis einer Kosten-Nutzen-Analyse auszuwählen.

Neben den Effekten im ökonomischen Bereich verändern Großereignisse den Stadtraum. Uwe Altröck (2007, 719) hat Großereignisse nach ihrem Raumbezug systematisiert. Es wird unterschieden zwischen großen Einzelveranstaltungen (Weltjugendtag) und periodischen Festivals (Berlinale), die als raumbespielend gelten. Zu den revitalisierenden Rauminszenierungen zählen Gartenschauen, die raumschaffenden Charakter haben. Großereignisse wie die Olympischen Spiele sind nach dieser Kategorisierung katalytische Festivals, die als raumübergreifend gelten (Altröck 2007, 721). Auch Liebmann (2003, 134) unterscheidet Großereignisse in Bezug auf ihren räumlichen Charakter und spricht zum einen von stadtgestaltenden und zum anderen von flächenneutralen Großereignissen. Holger Preuss und Harry Arne Solberg (2006, 12) sehen ebenfalls diese Vielfalt und Gegensätzlichkeit in der Definition von Großereignissen: "Als Mega-events werden einmalige oder wiederkehrende Ereignisse von begrenzter Dauer bezeichnet". Diese Gegensätzlichkeit drückt sich in folgender Zusammenfassung aus:

*Als Events werden einmalige, periodisch oder episodisch wiederkehrende Veranstaltungen von begrenzter Dauer und ganz unterschiedlicher Größenordnung – sowohl die Veranstaltungsfläche als auch die Besucherzahl bzw. das Budget betreffend bezeichnet Sie finden nur einmal pro Jahr oder seltener statt, sind öffentlich und Hauptziel ist entweder das Feiern oder die Fokussierung auf ein ganz bestimmtes Thema und es existieren dafür keine permanenten Strukturen (Metzler und Job 2007, 514).*

Diese ähnlichen Ansätze vereinen sich im derzeitigen Verständnis der Stadt- und Regionalplanung, Großereignisse nach ihrer Unterschiedlichkeit bzw. anhand ihrer gemeinsamen Merkmale zu strukturieren (ARL 2013): Großereignisse variieren in Bezug auf den zeitlichen Aspekt. Es gibt mehrtägige Großereignisse wie den Kirchentag oder Musikfestivals und Stadtjubiläen, mehrmonatige Veranstaltungen wie die Bundesgartenschauen und die Europäische Kulturhauptstadt und es gibt mehrjährige Veranstaltungen wie die Internationalen Bauausstellungen (IBA). Ein weiterer zeitlicher Aspekt betrifft das Auftreten von Großereignissen, welcher zwischen Einmaligkeit, zyklischen oder aperiodischen Wiederholungen variieren kann. Ebenso existieren verschiedene Vergabeverfahren zur Bestimmung der Ausrichterstadt. Großereignisse können per Wettbewerb über eine Ausschreibung an eine Stadt vergeben werden oder basierend auf der individuellen Entscheidung durch die Stadt selbst. Neben diesen organisatorischen Unterschieden, variieren Großereignisse in Bezug auf ihre inhaltliche Ausrichtung. So gibt es sportliche Wettkämpfe (Fußball-Weltmeisterschaften oder Olympische Spiele), kulturelle Festivals (Eu-

ropäische Kulturhauptstadt oder Musikfestspiele) oder stadtstrukturelle Schauen (IBA oder Bundesgartenschau). Im Zusammenhang mit dem städtischen Kontext und den verschiedenen vorab genannten Merkmalen unterscheiden sich Großereignisse in ihrer Bedeutung für die Stadt. So unterscheiden sich Olympische Spiele mit ihren Effekten von denen einer IBA.

### **2.1.3 Abgrenzung zu weiteren Festivalisierungsstrategien**

Großereignisse können eine Unterkategorie von Großprojekten bzw. Megaprojekten darstellen. Aufbauend auf dem Verständnis von Häußermann und Siebel (1993) werden diese unterschiedlichen Formate vor dem Hintergrund von Stadtentwicklungsplanung als „Festivalisierungsstrategien“ zusammengefasst. Um sich dem Phänomen Großereignisse weiter zu nähern und von ähnlichen Formaten abzugrenzen, werden nun zum einen infrastrukturelle Großprojekte und zum anderen Städtewettbewerbe um Strukturentwicklungsprogramme näher betrachtet

#### **Infrastrukturelle Großprojekte/Urban Renaissance Projekte**

Nach Huning und Peters (2003, 7) sind Infrastruktur-Großprojekte eine Kategorie von Megaprojekten, zu denen vor allem Flughäfen, Bahnhöfe, Tunnel, Brücken und andere Verkehrsprojekte zählen. Für diese Projekte ist ein Investitionsvolumen von mehreren hundert Millionen kennzeichnend, welche vorrangig durch öffentliche Gelder von Bund und Land finanziert werden. Parallel zur Kategorie der Infrastruktur-Großprojekte zählen nach Huning und Peters (2003, 6) auch Flagship-Image-Projekte (Autostadt Wolfsburg), Urban-Renaissance-Projekte (London Docklands) und Großveranstaltungen (Weltausstellungen) zu den verschiedenen Typen von Großprojekten. Bei dieser Unterscheidung wird deutlich, dass die Typen als offene Kategorien zu verstehen sind und Überschneidungen zwischen den Kategorien beabsichtigt sind. So stellen das Projekt Stuttgart 21 und der Lehrter Bahnhof in Berlin zwar Infrastruktur-Großprojekte dar, sind jedoch gleichzeitig auch Flagship-Image-Projekte, welche durch die Errichtung eines Alleinstellungsmerkmals innerhalb des Stadtgefüges ein bestimmtes Image vermitteln. Ebenso ist das Entstehen der Kronsbergsiedlung in Hannover als ein infrastrukturelles Großprojekt zu sehen, welches im Rahmen einer Großveranstaltung, der EXPO 2000, realisiert wurde. Deutlich wird durch diese Betrachtungsweise, dass infrastrukturelle Großprojekte im Rahmen von Großereignissen umgesetzt werden können. Das ist besonders dann der Fall, wenn das Großereignis bestimmte infrastrukturelle Anforderungen an die Ausrichterstadt stellt. Umgekehrt trifft dies nicht unbedingt zu. Infrastrukturelle Großprojekte können eigenständig für sich stehen.

Basierend auf der oben vorgestellten Typologisierung sind für Maike Dziomba und Manfred Matuschewski (2007, 5) „Großprojekte in post-industriellen Städten [...] Schnittpunkte zwischen Städtebau und Stadtentwicklung Strategien, mit denen Investitions- und Wachstumspotentiale erzeugt und Zukunftsvisionen transportiert werden sollen“. Auch

diese beiden Autoren knüpfen an die Thesen von Häußermann und Siebel (1993) an und betrachten (infrastrukturelle) Großprojekte als Extremform der Festivalisierung, mit denen „die Hoffnung auf die Lösung einer unübersichtlichen Problemlage verbunden“ wird (Dziomba und Matuschewski 2007, 5). Mit den städtebaulichen Großprojekten wird die Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen für den Ausbau harter und weicher Standortfaktoren verbunden (Dziomba und Matuschewski 2007, 6). Aufgrund der breiten Palette unterschiedlicher Großprojekte wird der Begriff „Leuchtturmprojekt“ eingeführt, wodurch sich die Besonderheit solcher Großprojekte für die jeweilige Stadt ausdrücken lässt (Dziomba und Matuschewski 2007, 6).

Auf eine weitere Gemeinsamkeit zwischen Großveranstaltungen und Großprojekten weisen Annette Harth et al. (2010, 77) im Rahmen der Autostadt Wolfsburg hin. Die Hoffnung ist, dass mit Hilfe solcher Projekte Imageverbesserungen eingeleitet, Investitionen vor Ort generiert und internationale Geldflüsse in die Stadt gelenkt werden. In Zeiten schwächelnder Konjunktur und leerer kommunaler Haushaltskassen stellen sowohl Infrastrukturprojekte als auch Großereignisse eine Reaktion auf den ökonomischen Strukturwandel der Städte dar. Diese Art von Stadtentwicklungspolitik gilt vielerorts als Allheilmittel für Städte, die sich unter den Bedingungen verschärfter ökonomischer Krisen, rückläufiger Einwohner- und Arbeitsplatzzahlen vor allem im Produktionsbereich, leerer öffentlicher Kassen und wachsender Armutszahlen behaupten müssen. Die Autoren weisen dabei im Besonderen auf erlebnisorientierte Großprojekte wie die Autostadt Wolfsburg hin, die sowohl eine Außenwirkung als auch eine Innenwirkung erzeugen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass infrastrukturelle oder städtebauliche Großprojekte ebenso als Festivalisierungsstrategie im Sinne Häußermann und Siebels (1993) zu verstehen sind. Mit Großereignissen eint sie die Sondersituation in der sich die Stadt zu dem Zeitpunkt der Realisierung befindet. Allerdings fehlt ihnen der endgültige Endtermin der Realisierung. Für Katja Simons (2003, 15) stellen Großprojekte eine Form der projektorientierten Planung dar, die in der Lage sind Anstoßeffekte für die gesamte Stadt zu geben.

### **Leistungswettbewerbe**

Für die Steuerung von Entwicklungen, Förderung von politischen Zielen und Erzeugung von Innovationen haben Leistungswettbewerbe eine wesentliche Bedeutung. Zu bestimmten Themen werden Städte und Regionen aufgefordert Projektideen mit Modellcharakter zu entwickeln und Kooperationen einzugehen. Durch Fördermittel können ausgewählte Projekte realisiert werden. Ähnlich wie bei den Großereignissen findet auch dies in einem abgegrenzten Zeitraum statt und wird meist medial begleitet.

Arthur Benz (2004, 5) bezeichnet diese Art der Wettbewerbe als Leistungswettbewerbe, bei denen nicht um Ressourcen konkurriert wird, sondern durch die innovative Organisationsformen oder Verfahrensweisen entstehen sollen, um eine nachhaltige Entwicklung in

Regionen zu praktizieren. Im Vergleich zu Großereigniswettbewerben geht aus den Leistungswettbewerben meist mehr als ein Gewinner hervor. Als Gemeinsamkeit haben die Wettbewerbe um Großereignisse und die Leistungswettbewerbe die Organisation durch dezentrale Einheiten, „also um ein durch eine übergeordnete Instanz gestaltetes Verfahren“ (Benz 2004, 5). In einen Fall stellt dies z. B. das Internationale Olympische Komitee und in einem anderen ein Bundesministerium dar.

Zu den bekannten deutschen Leistungswettbewerben im Kontext der Stadt- und Regionalentwicklung zählt z. B. das Format „Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft“. Es wurde 2001 vom ehemaligen Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft ins Leben gerufen und verfolgte u. a. das Ziel die ländlichen Räume durch die Schaffung zusätzlicher Einnahmequellen vor Ort zu stärken (Regionen Aktiv o. A.). Weiterhin wurde unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Bildung und Forschung der Wettbewerb „InnoRegio“ zwischen 2001 und 2006 durchgeführt, welches vor allem auf die Entwicklung von selbsttragenden Innovationsnetzwerken und langfristig wettbewerbsfähigen Standorten abzielte (Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2013). Auch der 1997 vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen initiierte Wettbewerb „Regionen der Zukunft“ orientierte darauf, Impulse zum Aufbau selbsttragender Strukturen nachhaltiger Regionalentwicklung auszulösen, um die Zielsetzungen der Regionalen Agenda 21 zu fördern (Wiechmann 2004, 3-9).

Durch diese Wettbewerbe konnten z. B. Entwicklungssprünge in den beteiligten Regionen festgestellt werden, die sich durch den Ausbau von Dialog und Kooperationsprozessen sowie in verbesserten Organisationsstrukturen ausdrückten (Banthien und Meyer 2001, 34). Ebenso wurden die Wettbewerbe zur Identitäts- und Imagebildung der Region genutzt, der sich wiederum im Willen zur Bewältigung von Wandlungsprozessen ausdrückt (Banthien und Meyer 2001, 35). Ähnlich wie bei Großereignissen ist auch für die Realisierung von Projekten im Rahmen von Leistungswettbewerben die Zusammenarbeit verschiedener Akteure notwendig, die sich auf die Realisierung eines gemeinsamen Zieles einigen müssen. Die Teilnahme an Leistungswettbewerben sensibilisiert Akteure vor Ort und lässt Lernprozesse in der Zusammenarbeit und bei der Einwerbung von Projekten stattfinden. Letztendlich setzen sich Akteure für ihre Stadt und Region ein. Die Leistungswettbewerbe zielen vor allem auf die Stärkung von Governance-Strukturen zur Entwicklung von Regionen ab, als dass daraus städtebauliche Entwicklungen hervorgehen. Auch reflektiert sich die mediale Aufmerksamkeit für diese Art der Wettbewerb eher im Bereich von Fachveröffentlichungen, als dass sie für ein breites Publikum aufbereitet werden.

### **Städtewettbewerbe**

Im Vergleich zu den Leistungswettbewerben, die im Besonderen auf die Steuerung von Entwicklungen abzielen, haben Städtewettbewerbe Benchmarking-Funktionen und stellen die Lebensqualität in Städten dar (Mäding 1999, 5). Organisiert wird diese Art von



Wettbewerben meist von Regierungsorganisationen, die einen Informationszweck für bestimmte Themen verfolgen. Den beteiligten Kommunen wird unterstellt einen Lernprozess durch diese Art der Wettbewerbe zu erfahren, durch den z. B. neue Kooperationsstrukturen entstehen (Mäding 1999, 5). Für Mäding (1999, 4) haben diese Städtewettbewerbe eine entscheidende Rolle für die Kommunen im Standortwettbewerb. Seine These ist, wenn sich eine Stadt erfolgreich in solchen Wettbewerben positionieren kann, ist dies auch ein Zeichen für die Qualität lokal agierender Politik. Auch Michael Lobeck et al. (2009, 262) betrachten Städtewettbewerbe als Instrumente zur Profilierung von Städten und zur Generierung von Ideen um städtische Herausforderungen zu bewältigen. Die Autoren betrachten Städtewettbewerbe in einem weiten Feld. Dazu gehören sowohl Wettbewerbe zur Ausrichtung von Großveranstaltungen, als auch Wettbewerbe um Landesfördermittel und Wettbewerbe aus denen z. B. die „Ökologische Stadt der Zukunft“ hervorgeht. Somit können Städtewettbewerbe ganz unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen und inhaltlichen Feldern entsprechen (Lobeck et al. 2009, 263). Im Folgenden werden einige dieser Städtewettbewerbe vorgestellt, um abschließend Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu Wettbewerben um Großereignisse darzustellen.

Im vier Jahres Rhythmus wird der Bundeswettbewerb „Gärten im Städtebau“ vom Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e. V. und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ausgelobt (BMVBS 2013a). Die Anfänge des Wettbewerbes reichen bis in die 1950er Jahre zurück und haben allgemein die Stärkung des Kleingartengedankens und die optimale Einfügung des Kleingartenwesens in den Siedlungsbereich zum Ziel. Damit werden städtebauliche Zielsetzungen verfolgt, welche den Wettbewerb zu einem Instrument der Städtebaupolitik machen (Gassner 1981, 37). Dabei interessieren im Besonderen „die städtebaulichen, ökologischen, gartenkulturellen und sozialen Leistungen, mit denen Kleingärtnervereine über die Grenzen der Kleingartenanlage hinaus positive Impulse in das Wohnumfeld aussenden“ (Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e. V. 2010).

Einen ähnlichen Charakter hat der seit 2001 jährlich stattfindenden Bundeswettbewerb „Entente Florale“ (vorher: „Unsere Stadt blüht auf“), welcher vom Zentralverband Gartenbau e. V., dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Tourismusverband ausgelobt wird. Ziel dieses Wettbewerbes ist es den städtischen Raum durch eine Gemeinschaftsaktion von Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Bürgern mit Grün und Blumen lebendig zu gestalten:

*Der Wettbewerb fördert damit die weitreichenden positiven Effekte einer nachhaltigen Stadtbegrünung. Er zielt darauf ab, das Wohn- und Arbeitsumfeld zu verbessern und mehr Lebensqualität für die Bewohner Ihrer Stadt zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist der Städtewettstreit ein wichtiges Instrument zur Umsetzung der Agenda 21 auf lokaler Ebene sowohl im öffentlichen, privaten als auch gewerblichen Bereich (Entente Florale Deutschland 2013).*

Dresden hatte sich 2012 an der „Entente Florale“ beteiligt und sich zum Ziel gesetzt: „die Facetten des Dresdner Stadtgrüns mit vielfältigen Aktionen und Projekten im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung weiterzuentwickeln und dies der Jury eindrucksvoll zu präsentieren (Dresdner Amtsblatt 2012)“. Nach dem die Stadt die Goldmedaille an die Elbe geholt hat, startete sie als deutscher Vertreter in den Europawettbewerb (Dresdner Amtsblatt 2013).

Neben diesen eher ökologisch orientierten Wettbewerben gibt es seit 2007 den Städtewettbewerb „Mission Olympic“. Dieser Städtewettbewerb wird vom Deutschen Olympischen Sportbund und CocaCola organisiert und richtet sich an alle Städte, die sich für den Breitensport engagieren. Dabei werden Städte prämiert, die zahlreiche Mitglieder in Sportvereinen oder eine hohe Anzahl öffentlicher Sportplätze haben. Zusätzlich sollen Projekte im Stadtraum entwickelt werden, die diese Tendenz weiterhin unterstützen. Über ein mehrstufiges Bewerbungsverfahren wird am Ende eine Prämie für den Gewinner gezahlt und der Titel vergeben. Der Wettbewerb richtet sich an jede deutsche Stadt (Deutscher Olympischer Sportbund 2013).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass zwischen Leistungswettbewerben, städtebaulichen Großprojekten und Großereignissen durchaus Parallelen auftreten. Alle Vorhaben weisen ähnliche organisatorische Merkmale wie z. B. mehrstufige Auswahlverfahren auf. Im Fall der Leistungswettbewerbe handelt es sich auch um ein eigenständiges Projekt der Stadtverwaltung. Ebenso werden damit die Standortqualitäten der Städte bestmöglich präsentiert und inszeniert. Sowohl Leistungswettbewerbe, Großprojekte als auch Großereignisse verdeutlichen wie Städte versuchen auf sich aufmerksam zu machen, um im interregionalen und internationalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig zu sein. Aus der Perspektive der Wirkungen gehen von den infrastrukturellen Großprojekten nach der Fertigstellung Impulse auf das Umfeld aus. Anders sieht es bei Leistungswettbewerben und Städtewettbewerben aus, bei denen bereits der Wettbewerb motivierend und impulsauslösend ist. Im Vergleich zu Großereignissen, die gesamtstädtisch wirken, betreffen die Stadt- und Leistungswettbewerbe nur bestimmte Themen-/Fachgebiete. Große Infrastrukturprojekte wirken langfristiger als Großereignisse. Aber selbst hier verschwimmen die Grenzen, da große Infrastrukturprojekte Bestandteil von Großereignissen sein können.

#### **2.1.4 Zwischenfazit: Kein einheitliches „Großereigniskonzept“**

Es wurde deutlich, dass im internationalen und nationalen Kontext bisher kein einheitliches Konzept zu Großereignissen existiert. Bereits die Verwendung verschiedener Begriffe drückt diese Diversität aus. Das beispielhafte Anführen der Olympischen Spiele oder der Weltausstellungen wird häufig als Erklärungsansatz sowohl in der internationalen als auch nationalen Diskussion genutzt.

In der nationalen Diskussion ist der anhaltend starke Bezug zur Ausgangsbeobachtung von Häußermann und Siebel (1993) kennzeichnend. Sobald ein bestimmtes Großereignis in den Kontext der Festivalisierungsstrategie von Häußermann und Siebel (1993) eingebettet wird erlangt es die Legitimation eines Großereignisses. Zwar wird versucht auf Basis gemeinsamer Merkmale das Phänomen greifbar zu machen, allerdings führt dies eher zu einer Diversifizierung des Begriffes. Dies wird am Merkmal „Größe“ deutlich: Was für die eine Stadt eine außergewöhnlich hohe Investitionssumme zur Vorbereitung eines solchen Großereignisses darstellt, kann für die andere Stadt eine alltägliche Finanzsituation sein. Zum anderen gibt es durch die „Entweder-oder-Erklärungen“ keinerlei Ausschlusskriterien, welche die Gruppe der Großereignisse von anderen Festivals abgrenzt. In Abb. 1 wird deutlich wie sich die Bedeutung der verschiedenen Begriffe zum Thema „Großereignis“ überschneiden.

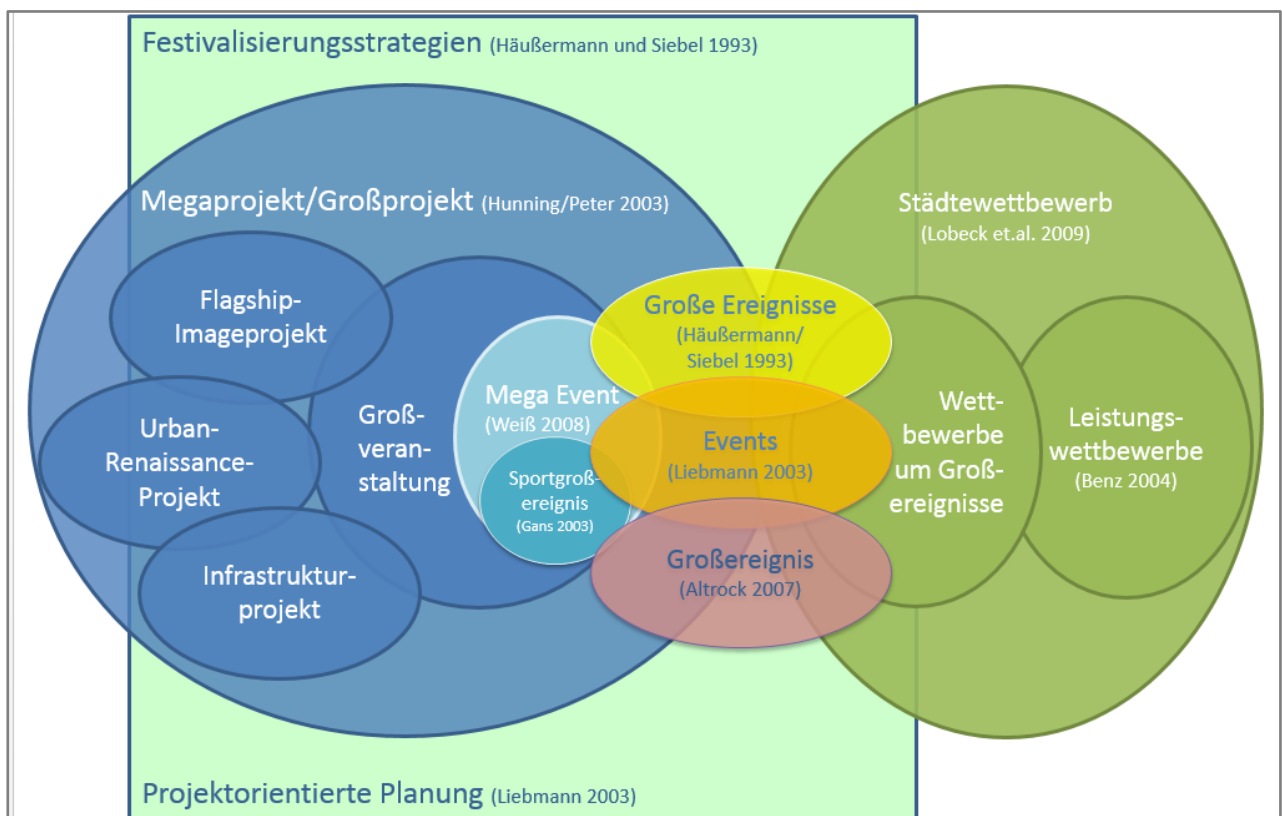


Abb. 1: Zusammenfassende Darstellung zum Begriffsverständnis „Großereignis“ im nationalen Kontext (Quelle: Eigene Darstellung 2013 und Interpretation auf Basis von Literaturlauswertung)

Eine Verbindung von nationaler und internationaler Diskussion ist bisher nicht zu erkennen. Zwar ähneln sich das Verständnis und die Annäherung an die Thematik „Großereignis“. Die nationale Diskussion ist geschlossen. Verweise oder Zitate internationaler Autoren gibt es kaum. Vor allem basiert die nationale Diskussion auf den Erfahrungen mit Großereignissen im eigenen Land. Dies ist in der internationalen Diskussion nicht zu erkennen. Die Autoren beschäftigen sich länderübergreifend mit dem Phänomen Großereignis. Die Diskussion eint, dass Großereignisse organisatorisch Projekten entsprechen,

die im Kontext der Städte und ihrer besonderen Situation spezifische Wirkungen entfalten.

Im Folgenden wird der Begriff „Großereignis“ benutzt, der nun durch die Betrachtung der Situation in Deutschland und der zwischen 2000 und 2010 aufgetretenen Großereignisse weiter veranschaulicht wird.

## **2.2 Großereignisse in Deutschland zwischen 2000 und 2010**

Dem Verständnis der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (2013) folgend, dass Großereignisse ganz unterschiedlicher Art in Deutschland auftreten, werden nun auf der Basis einer Querschnittsanalyse für den Zeitraum zwischen 2000 und 2010 die aufgetretenen Großereignisse vorgestellt. Ziel ist es dabei herauszufinden, welche Großereignisse in diesen Zeitraum für deutsche Städte von Bedeutung waren. Diese Hintergrundanalyse ist notwendig, um herauszufinden, ob sich immer mehr Städte für eine begrenzte Anzahl an Großereignissen bewerben.

### **2.2.1 Umwelt und Natur**

#### **Bundesgartenschauen und Landesgartenschauen**

Bundesgartenschauen sind Großereignisse, die in regelmäßigen Abständen in deutschen Städten ausgerichtet werden. Zwischen 2000 und 2010 wurden fünf Bundesgartenschauen ausgetragen und zahlreiche Auswahlverfahren zu zukünftigen Gartenschauen durchgeführt.

Bundesgartenschauen zählen zu den traditionellen Formaten von Großereignissen und finden in der heutigen Form seit 1951 statt. Allerdings können die Vorläufergartenschauen schon bis ins 18. Jahrhundert zurückverfolgt werden. Stand damals noch die Sammlung und Kultivierung exotischer Pflanzen im Vordergrund, gelten die Bundesgartenschau zum Ende des 20. Jahrhundert als Initiatoren für zukunftsorientierte und nachhaltige Stadtentwicklung (Neumann 2008, 119-121). Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) spricht sogar davon, dass Bundesgartenschauen entwicklungspolitische Instrumente sind, welche sowohl zur Revitalisierung von Brachflächen als auch zur Entwicklung und Profilierung von (Metropol)-Regionen dienen (Difu 2010, 1).

Bundesgartenschauen werden im Zwei-Jahresrhythmus an deutsche Bewerberstädte vergeben. Sie finden in der Regel von April bis Oktober statt. Die Bewerbungsprozesse zur Ausrichtung der Bundesgartenschauen folgen keiner terminierten Ausschreibung. Es gibt keine strengen Abgabefristen, sondern die Bundesgartenschau-Gesellschaft stellt Bewerbungsrichtlinien auf nach denen sich die Städte richten. Voraussetzung für eine offizielle Bewerbung ist eine Machbarkeitsstudie, ein ausreichend großes Ausstellungsgelände und ein Finanzierungskonzept. Auf dieser Basis trifft die Bundesgartenschau-

Gesellschaft ihre Entscheidung: „In der Regel rechnet man mit 10 Jahren Vorbereitungszeit für eine Bundesgartenschau“ (I\_a, 1.2.2012).

Zwischen 2000 und 2010 fanden die Bundesgartenschauen in den folgenden deutschen Städten statt: Potsdam (2001), Rostock (2003), München (2005), Gera und Ronneburg (2007) sowie Schwerin (2009). Die Bewerbungs- und Vorbereitungsprozesse dieser Bundesgartenschauen können bis in die 1990er Jahre zurückverfolgt werden (I\_b, 23.06.2010). Parallel zu den veranstalteten Bundesgartenschauen fanden die Bewerbungsprozesse für Bundesgartenschauen nach 2009 statt. Auf Anfrage bei der Bundesgartenschau GmbH konnte herausgefunden werden, dass sich im vergangenen Jahrzehnt für die Bundesgartenschau 2011, die Internationale Gartenschau (IGS) 2013, die Bundesgartenschau 2015 und die Internationale Gartenbauausstellung (IGA) 2017 insgesamt 16 Städte beworben hatten (I\_b, 23.06.2010). Vor allem für die Bundesgartenschau 2011 hat sich mit 8 Bewerberstädten eine Vielzahl beworben. Die Standorte für die Bundesgartenschauen 2019 und 2021 stehen bereits fest, sie werden in Heilbronn bzw. Erfurt stattfinden.

Die kleine Schwester der Bundesgartenschau ist die Landesgartenschau. Diese wird von den Bundesländern durch einen Wettbewerb ausgelobt und findet in einem mehrjährigen Turnus statt. In Sachsen wird z. B. die Ausschreibung der Landesgartenschau im Sächsischen Ausschreibungsblatt veröffentlicht und für interessierte Städte geworben. Die Bewerberstädte werden aufgefordert Angaben zum Ausstellungsgelände, zur geplanten Finanzierung und ersten Projektvorschläge zu machen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern fand in Sachsen noch nie eine Bundesgartenschau statt. Dr. Ludwig Scharmann vom Sächsischen Ministerium des Inneren (SMI) (ARL 2013) betont, dass Sachsen bewusst auf regelmäßige Landesgartenschauen setzt, um die regionale Entwicklung neben den drei großen Städten Chemnitz, Dresden und Leipzig zu unterstützen. Dafür wurde sogar der Zeitraum zwischen den Gartenschauen von zwei auf vier Jahre erhöht, damit sich die einzelnen Schauen besser voneinander abgrenzen können. Das Interesse an solchen Schauen ist weiter ungebrochen, für die Ausstellung im Jahr 2015 bewarben sich sieben Kommunen (Markkleeberg, Borna, Delitzsch, Frankenberg mit der Gemeinde Lichtenau, Lugau, Oelsnitz und Neustadt) beim sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL 2010). Mit dem Zuschlag für die Landesgartenschau in Sachsen kann die zukünftige Ausrichterstadt mit Fördermitteln in Höhe von bis zu 3,85 Millionen vom Freistaat Sachsen rechnen (Sächsische Zeitung 2013). Ähnlich wie die Bundesgartenschauen sind die Landesgartenschauen eine Ausstellung zum Gartenbau. Allerdings setzen die Städte mehrheitlich dieses Instrument strategisch zu Stadtentwicklungszwecken ein. Beispielhaft steht dafür die Stadt Oelsnitz in Sachsen, die durch die Ausrichtung im Jahr 2015 ihren Imagewandel von einer vormaligen Bergbaustadt dokumentieren möchte (Sächsische Zeitung 2013). Ähnlich kann die Landesgartenschau 2012 in Bamberg zitiert werden: „Für die Stadtentwicklung ist bemerkenswert, dass mit der Ge-

staltung des Gartenschaugeländes und seines direkten Umfeldes eine zentrumsnahe Stadterweiterung auf einer Industriebrache erfolgen konnte" (Neufeld und Chilla 2013, 6).

### **IBA und REGIONALE**

Die IBA hat einen ähnlichen entwicklungspolitischen Charakter wie die Bundesgartenschau. Im vergangenen Jahrzehnt fanden diese gleich an drei verschiedenen Standorten parallel zueinander statt: IBA Fürst-Pückler-Land (2000-2010), IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt (2002-2010) und IBA Hamburg „Sprung über die Elbe“ (2006-2013). Derzeit laufen die IBA Basel (2010-2020) sowie die IBA Heidelberg (2012-2022). Ebenso finden Planungen in Thüringen (2019) und der niederländischen Parkstad Limburg (2020) statt. Die Planungen zur IBA Berlin (2020) wurden im Juni 2013 abgebrochen, nachdem die Mittel zur Durchführung nicht in den Senatshaushalt 2014/15 aufgenommen wurden (Paul 2013). Auch die Planungen zur IBA Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main (2004-2009) wurden aus haushaltstechnischen Gründen abgebrochen (Crone 2013, 20-21). Siebel (2010) befürchtet, dass mit der inflationären Ausrichtung von IBA die Einmaligkeit und damit die Schubkraft eines solchen Events verloren geht: „Feste darf man nicht zu oft feiern. Sie verlieren dann ihren Charakter als Fest und damit ihre Wirkung“ (Siebel 2010, 106).

Im Vergleich zu anderen Festivalisierungsstrategien konzentriert sich die IBA über einen langen Zeitraum (durchschnittliche 8 bis 10 Jahre) auf kleine Projekte. Ziel ist es eingefahrene Routinen aufzubrechen und neue Lösungen zu entwickeln (Siebel 2010, 105). In überschaubaren Zeiträumen können Akteure mobilisiert und punktuell für bestimmte Probleme Lösungen gefunden werden (Meyer-Künzel 2008, 11). Häußermann und Siebel (1993, 14) bezeichnen die IBA als eine Strategie der tausend Blumen.

Die erste IBA in Deutschland war die Künstlerkolonie auf der Mathildenhöhe in Darmstadt 1901. Unter dem Motto „Ein Dokument deutscher Kunst“ wurde ein „bauliches Zeugnis der zeitgenössischen Bewegung eines ganzheitlichen Lebensentwurfes“ dargestellt (BMVBS 2011, 9). Im Laufe der Zeit haben sich die IBA von reinen Architekturausstellungen zu Ereignissen entwickelt, die „Problemansätze aufzeigen, prozess- und kommunikationsorientiert sind und langfristig wirken“ (Meyer-Künzel 2008, 10). Beispielhaft dafür steht die IBA Emscher Park (1989-1999), die sich zum ersten Mal mit der Entwicklung von alt-industriellen Folgenlandschaften befasste. Durch die IBA konnten „zahlreiche qualitativ hochwertige Entwicklungsimpulse in der Region [gesetzt] und dieser ein neues, positives Bild nach außen sowie ein stärkeres regionales Selbstbewusstsein“ verliehen werden (Welch Guerra 2004, 9). Auch wenn sich nach Hellweg (2009, 205) anhand der IBA Hamburg eine „strategische Neuausrichtung“ abzeichnet, weg vom Perspektivischen Inkrementalismus hin zu einer Einbettung der IBA-Projekte in ein strategisches Entwicklungskonzept, stehen auch bei den aktuellen IBA Orten im Vordergrund, die beispielhaft für Probleme von lokaler und internationaler Bedeutung sind.

Organisatorische Vorgaben zur Veranstaltung einer IBA gibt es kaum. Es gibt kein Bewerbungsverfahren oder Rahmenbedingungen, die von außen vorgegeben werden und denen sich die IBA-Macher unterordnen müssen (Siebel 2010, 105). „Die IBA unterliegt keiner Regulierung durch eine nationale oder internationale Dachorganisation“ (Meyer-Künzel 2008, 10). Auch gibt es weder Vorgaben zum Veranstaltungsort und zur thematischen Ausrichtung, noch sind Dauer und Präsentationsabläufe geregelt. So sieht Thüringen z. B. einen zwölfjährigen Zeitraum vor, der den gesamten Freistaat als Handlungsraum begreift. In diesem Zeitraum sollen Innovationen angestoßen werden, „die als unmittelbarer Mehrwert auf der qualitativen, ökonomischen und politischen Ebene in den Projekten sichtbar werden“ (Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr 2011, 3). Der Anlass für die meisten IBA ist ein gewisser Leidensdruck, der auch für Thüringen gilt. So beabsichtigt das Bundesland mit der Ausrichtung einer IBA die anspruchsvollen Zukunftsaufgaben zu bewältigen, die durch komplexe Prozesse des Wandels entstanden (Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr 2011, 1).

Aus dem Format der IBA haben sich die REGIONALEN als ein strukturpolitisches Instrument des Landes Nordrhein-Westfalen entwickelt. Basierend auf den Erfahrungen der IBA Emscher Park wurde vom Land Nordrhein-Westfalen beschlossen, dass die „Arbeitsprinzipien, die sich im Emscher Raum bewährt haben, auch in anderen Landesteilen zum Einsatz kommen“ sollen (ILS NRW 2006a, 5). Die REGIONALEN werden alle zwei Jahre durchgeführt, wobei im Vorfeld ein landesweiter Wettbewerb stattfindet. Die erste REGIONALE wurde 1997 aufgrund der fehlenden Zeit ohne Wettbewerb an die Region Ost-Westfalen-Lippe vergeben und fand im Jahr 2000 im Rahmen der Weltausstellung in Hannover statt. Als zentrale Herausforderungen für die REGIONALEN gelten der Umgang mit der Fläche, die nachhaltige Sicherung der Daseinsvorsorge und die Entwicklung der Region als zukunftssicherer Wirtschafts- und Bildungsstandort (ILS NRW 2011). Ziel der REGIONALEN ist zur Bewältigung des Strukturwandels in seiner gesamten gesellschaftlichen Breite beizutragen und die Identifikation nach innen und die Profilierung nach außen zu fördern (ILS NRW 2006a, 6-7). Im Vergleich zu anderen Großereignistypen können die REGIONALEN als eine Strategie der regionalen Festivalisierung verstanden werden (Reimer und Kemming 2011, 25). Der Handlungsdruck wird im Rahmen der REGIONALEN durch das Präsentationsjahr ausgelöst, da dieses als Frist zur Präsentation der REGIONALEN-Projekte gilt.

### 2.2.2 Sport

#### **Fußball-Weltmeisterschaft der Herren 2006 und Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen 2011**

Für die Fußball-Weltmeisterschaften ist charakteristisch, dass sie in mehreren Städten eines Landes ausgetragen werden. So präsentierten 2006 gleich 12 Städte die Fußball-Weltmeisterschaft der Herren und 2011 wurde in 9 Städten die Fußball-Weltmeisterschaft

der Damen in Deutschland ausgetragen. Nicht eine einzelne Stadt war repräsentativ für das Großereignis, sondern eine Gruppe vertrat das Land auf der internationalen Bühne.

Fußball-Weltmeisterschaften zählen zu den „limited number of hallmark sporting events“ (Westerbeek 2002, 303), da sie nur alle vier Jahre im Wechsel auf verschiedenen Kontinenten stattfinden. Nach Roche (2000, 1) sind Fußball-Weltmeisterschaften „large-scale cultural (including commercial and sporting) events, which have a dramatic character, mass popular appeal and international significance“. Großereignisse dieser Dimension stellen jedoch auch spezifische Anforderungen an ihre Austragungsorte. Im Falle der Fußball-Weltmeisterschaften werden diese von der Fédération Internationale de Football Association (FIFA) aufgestellt und überprüft.

Ein solches Großereignis vorzubereiten und auszurichten stellt für die meisten Austrichterstädte eine Herausforderung dar. Jedoch sind die zu erwartenden Effekte verlockend: Fußball-Weltmeisterschaften tragen zur touristischen Profilierung und Markenentwicklung der Austragungsorte bei, wenn es den Städten gelingt, „ihre spezifischen Alleinstellungsmerkmale in die Marketing-Kampagnen im Rahmen der Fußball-WM zu integrieren“ (Hartmann 2009, 42). David Marrs (2010, 13) stellte für das Beispiel Südafrika fest, dass die Vorbereitung auf eine Fußball-Weltmeisterschaft sowohl die „nötigen Anreize als auch die unverrückbaren Termine [mit sich bringen], um die verschiedenen Regierungsebenen und privaten Betreiber dazu zu bringen, effizient zusammenzuarbeiten.“ In Südafrika wurde im Zusammenhang der Fußball-WM die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut. Dazu zählen neue öffentliche Transportsysteme mit neugebauten Bahnhöfen und Bushaltestellen sowie der Ausbau von Flughäfen, welche den Austragungsorten in Südafrika auch lange nach den Wettkämpfen weiter von Nutzen ist.

Für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland wurden schon in den 1990er Jahren zahlreiche Marketingmaßnahmen initiiert, um Befürworter für die Ausrichtung im eigenen Land zu finden. Letztendlich konnte sich Deutschland bei der Abstimmung gegen Südafrika, Brasilien, Marokko und England durchsetzen. Nachdem der Zuschlag an Deutschland erteilt wurde, begann 2002 das nationale Auswahlverfahren zur Bestimmung der Spielorte für 2006. Dieses Verfahren orientierte sich vor allem an den Vorgaben des Pflichtenheftes der FIFA, welches 12 Austragungsorte und ein internationales Medienzentrum vorsah (Süddeutsche Zeitung 2002). Von den insgesamt 15 Bewerberstädten wurden Düsseldorf, Bremen und Gladbach nicht berücksichtigt, während Berlin, Dortmund, Frankfurt am Main, Gelsenkirchen, Hamburg, Hannover, Kaiserslautern, Köln, Leipzig, München, Nürnberg und Stuttgart als Austragungsorte der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 bestimmt wurden.

Durch die Erfahrungen aus 2006 unterstützten zahlreiche Befürworter die Bewerbung für die Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen 2011. Letztendlich konkurrierte Deutschland nur mit Kanada, da die Schweiz, Frankreich, Peru und Australien ihre Kandidaturen zurückgezogen hatten. Nachdem der Zuschlag auf Deutschland gefallen war wurden aus



23 Bewerberstädten neun Spielorte ausgewählt. Augsburg, Berlin, Bochum, Dresden, Frankfurt am Main, Leverkusen, Mönchengladbach, Sinsheim und Wolfsburg waren 2011 Gastgeber der Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen.

### **Olympische Sommerspiele 2012 und Olympische Winterspiele 2018**

Zu Beginn des Jahrtausends entschied das NOK, Olympische Sommerspiele in Deutschland stattfinden zu lassen (FAZ 2001a). Damit wurde 2001 eine „Olympia Euphorie“ in Deutschland ausgelöst, die zahlreiche Städte veranlasste, über eine Bewerbung nachzudenken. Letztendlich beteiligten sich fünf Städte und Stadtregionen (Frankfurt Rhein-Main, Stuttgart, Düsseldorf mit Rhein-Ruhr, Hamburg und Leipzig) am nationalen Wettbewerb und konkurrierten um die Ausrichtung für 2012. Damit verbunden waren Investitionen in die Erarbeitung von Studien, Konzepten und vor allem Werbung (FAZ 2001a). Nach zwei Jahren Bewerbungsprozess wurde 2003 die Stadt Leipzig als deutscher Bewerber ausgewählt. Nach einer Evaluation der insgesamt neun internationalen Bewerberstädte (Paris, Madrid, London, New York, Moskau, Leipzig, Rio de Janeiro, Istanbul, Havanna) durch das Internationale Olympische Komitee (IOC) schied Leipzig im Mai 2004 aus dem Wettbewerb aus. Die offiziellen Kandidatenstädte zur Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012 waren London, Paris, Madrid, New York und Moskau.

Noch einmal belebt wurde das Olympische Fieber in Deutschland durch die Vorbereitungen der Stadt München auf die Olympischen Winterspiele 2018. Ein nationaler Wettbewerb fand diesmal allerdings nicht statt. München war die einzige deutsche Stadt, die als Kandidatenstadt ins Rennen ging. Jedoch blieb auch dieses Vorhaben erfolglos. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) entschied sich im Juli 2011 für Münchens Mitbewerber Pyeongchang (Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH).

Als weltweit größte Sportveranstaltung zählen die Olympischen Spiele seit jeher zu den bekanntesten Großereignissen. Olympische Spiele finden alle vier Jahre in einem anderen Land statt und dauern in der Regel nicht länger als 16 Tage. Die große Anzahl an Athleten aus der ganzen Welt verbunden mit der medialen Bedeutung dieser Veranstaltung erfordern weit mehr von den Ausrichterstädten, als diese per se durch ihre Infrastruktur zur Verfügung stellen können. Investitionen in den Neu- und Ausbau der sportlichen Infrastruktur (Stadien und Trainingsstätten), der verkehrlichen Infrastruktur (Flughafenausbau, Verkehrsverbindungen), den Unterkünften (Hotels), aber auch in das Abwassersystem und das städtische Grün der Stadt sind notwendig, um solch ein Großereignis auszurichten (Chalkley und Essex 1999, 369). Vor allem bei Großereignissen wie den Olympischen Spielen müssen sich die Austragungsstädte der Herausforderung stellen, die Infrastruktur für solch ein Großereignis auszubauen und Nachnutzungsmöglichkeiten oder Rückbauten vorzubereiten. Wie kein anderes Großereignis sind Olympische Spiele beispielgebend für die katalysatorischen Effekte von Großereignissen. Das Beispiel München 1972 zeigt wie der Entwicklungszeitraum einer ehemaligen Flughafenlandepiste zum Sportkomplex von 15 Jahren auf 5 Jahre reduziert wurde (Chalkley und Essex 1999,

381-382). Die Eigenschaft von Großereignissen Veränderungen bzw. geplante Entwicklungen in den Städten zu beschleunigen ist für Chalkley und Essex (1999, 374) ein Grund, warum sich immer mehr Städte in den internationalen Städtewettbewerb zur Ausrichtung der Olympischen Spiele begeben.

Die Wettbewerbe zur Ausrichtung der Olympischen Spiele sind die einzigen, die nicht zu einer Ausrichtung des Großereignisses in deutschen Städten geführt haben. Jedoch sorgt der hohe Bekanntheitsgrad – jeder kennt die Olympischen Spiele – auch bei den deutschen Städten für eine anhaltende Begeisterung für solche Großereignisse.

### **2.2.3 Kultur und Wissenschaft**

#### **Europäische Kulturhauptstadt 2010**

Bevor die Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 in Essen gefeiert wurde, durchlief im Vorfeld eine Vielzahl von Städten einen intensiven Bewerbungsprozess. Es bewarben sich insgesamt 16 deutsche Städte zur Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 in Deutschland. Der Deutsche Städtetag hatte im Frühsommer 2000 die Anforderungen der Europäischen Kommission an die Ausrichterstadt veröffentlicht und zum Wettbewerb aufgerufen (Heinrich 2005, 8).

Die Europäische Kulturhauptstadt ist eine Initiative der Europäischen Union, die auf die griechische Kulturministerin Melina Mercouri zurückzuführen ist. Seit 1985 wird im Jahresrhythmus in einem Land der Europäischen Gemeinschaft ein ganzes Jahr lang diese Veranstaltung durchgeführt. Das damals „formulierte kulturpolitische Ziel war klar und einfach: Der europäischen Öffentlichkeit sollten besondere kulturelle Aspekte der Stadt, der Region oder des betreffenden Landes zugänglich gemacht werden“ (Heinrich 2005, 5). Siebel (2010, 105) stellte fest, dass es dabei „um Kultur in einem sehr weit interpretierbaren Sinn“ geht und die Richtlinien der Europäischen Kommission zur Ausrichtung des Großereignisses eher den „Charakter von Anregungen“ haben. Dies ermöglicht den Städten ihre ganz eigene Art zu finden, sich zu präsentieren und ihre Besonderheiten darzustellen. Besonders die Erfahrungen von Glasgow 1990 zeigten, inwieweit im Rahmen der Europäischen Kulturhauptstadt nicht nur ein einjähriges Kulturfestival gefeiert wird, sondern damit auch eine Aufwertung der innerstädtischen kulturellen Infrastruktur und die Verbesserung des Stadtbildes einhergehen kann (z. B. Richards 1999, García 2004, Mettler 2008, Hollmann 2010). Bei der Evaluation des Kulturhauptstadtjahres in Glasgow kommt Lisa Hollmann (2010, 79) zu dem Schluss, dass wichtige Impulse für eine nachhaltige Stadtentwicklung gesetzt wurden, die vor allem auf die „im Rahmen der Kulturhauptstadt entwickelten vielfältigen Partnerschaften“ zurückgeführt werden.

Die Benennung Glasgows als Europäische Kulturhauptstadt war auf den Beschluss aus dem Jahr 1985 zurückzuführen. Im Laufe der Zeit wurden weitere rechtswirksame Beschlüsse gefasst, um das Verfahren an die aktuellen Bedingungen in der Europäischen Union anzupassen. Dass Deutschland im Jahr 2010 die Ausrichterstadt zur Europäischen

Kulturhauptstadt stellt, ist auf einen Beschluss des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 1999 zurückzuführen (Europäisches Parlament 1999). Erstmals wurde ein innerstaatlicher Wettbewerb durchgeführt, um die Ausrichterstadt zu bestimmen. Das Auswahlverfahren beinhaltete mehrere Stufen:

1. Die Abgabe der Bewerbungsunterlagen bei den Kulturressorts der Länder bis Ende März 2004. Dabei wurden in vier Bundesländern von mehr als einer Stadt eine Bewerbung abgegeben. In diesem Fall mussten die Bundesländer eine erste Vorauswahl treffen. Die ersten Städte schieden aus dem Wettbewerb aus. Die Kulturressorts der Länder entschieden sich nur für eine Stadt.
2. Danach wurden die ausgewählten Bewerbungen der Länder bis Ende Juni 2004 an das Auswärtig Amt in Berlin übergeben.
3. Das Auswärtige Amt übermittelte bis Oktober 2004 dem Bundesrat die Bewerbungen mit der Bitte um Stellungnahme, der diese bis Juni 2005 an das Auswärtige Amt zurückgab. Zum Ende des 3. Quartals 2005 teilte das Auswärtige Amt den Gremien der Europäischen Union zwei Empfehlungen mit. Dies waren die Städte Görlitz und Essen
4. Letztendlich hat die Expertenjury der Europäischen Kommission am 11.04.2006 die Stadt Essen für das Ruhrgebiet als Kulturhauptstadt Europas 2010 empfohlen. Sie wurde im November 2006 vom EU-Kulturministerrat zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 erklärt (Auswärtiges Amt 2008).

Nach fast 6 Jahren Auswahlverfahren war der Wettbewerb um die Europäische Kulturhauptstadt 2010 beendet. Ein wesentlicher Grund für die hohe Anzahl der Bewerberstädte waren die veränderten Bewerbungsregeln, die zum ersten Mal ein innerstaatliches Auswahlverfahren vorsahen. Im Vergleich dazu wurde Weimar als Europäische Kulturhauptstadt 1999 direkt von der Bundesregierung bestimmt, die sich gegen den einzigen Konkurrenten, die Stadt Nürnberg, entschied (Boettner und Rempel 1996, 32-33).

### **Stadt der Wissenschaft**

Im Vergleich zu den bisher vorgestellten ist die Stadt der Wissenschaft noch ein junges Großereignis, welches 2005 seinen Auftakt hatte. Dafür bewarben sich im Jahr 2003 insgesamt 37 Städte. Damit hatte der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft als Ausrichterorganisation nicht gerechnet (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 2010).

Ähnlich wie bei der Europäischen Kulturhauptstadt steht auch bei der Stadt der Wissenschaft die ausgewählte Stadt ein Jahr im Fokus und trägt den Titel. An dem jährlichen und bis 2012 bundesweit stattfindenden Wettbewerb konnte jede klassische Universitätsstadt, aber auch jede Stadt, die ihr Wissenschaftsprofil noch schärfen wollte, teilnehmen (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 2010). Laut Ausschreibung vom April 2005 für das Ausrichterjahr 2007 setzte sich der Stifterverband mit der Auslobung der Stadt der

Wissenschaft zum Ziel, „dass die Städte sich ihres Potenzials in Wissenschaft, Forschung und Technologie bewusst werden und sich für die Schaffung von Netzwerken, insbesondere zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und zwischen Wissenschaft und Kultur, aktiv einsetzen“ (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 2005a, 1). Weiterhin zählte zu den Zielen, dass die Städte Wissenschaft als einen Motor für Stadtentwicklung begreifen und sich die Bürger durch die Öffnung der Wissenschaft besser mit ihrer Stadt identifizieren. Damit wird mit diesem Großereignis weniger der bauliche Veränderungscharakter angesprochen, als mehr die Verbesserung der Außen- und Innendarstellung der Städte. Die Sensibilisierung der Thematik „Wissenschaft“ steht im Vordergrund und hat einen entscheidenden Einfluss auf weiche Standortfaktoren, die für den wirtschaftlichen Wandel von einer industriell geprägten hin zu einer wissensbasierten Gesellschaft von Bedeutung sind.

Nach dem Auftakt 2005 ging die Anzahl der Bewerberstädte zurück. Dies war vermutlich auf die kurzen Abstände zwischen den einzelnen Bewerbungsprozessen und den in kurzer Zeit aufzustellenden Bewerbungskonzepten zurückzuführen (Hohn und Meyer 2010, 23). Allerdings bewarben sich im Zeitraum von 2004 bis 2009 immer noch viele Städte – insgesamt 30 – für die Ausrichtung dieses Großereignisses.

### **Weltausstellungen**

Die bis zum heutigen Zeitpunkt einzige Weltausstellung in Deutschland fand im Jahr 2000 in Hannover statt. Die EXPO 2000 stellt damit den Auftakt zu einer Reihe unterschiedlicher Großereignisse in Deutschland zwischen 2000 und 2010 dar. Weltausstellungen zählen zu den traditionellen internationalen Großereignissen, denen sich die Stadtpolitik bedient, um mit dem Schub des Großereignisses „die Verkehrsmisere in den Griff zu kriegen, Betriebe anzulocken, Wohnungen zu bauen“ (Häußermann und Siebel 1993, 8). Weltausstellungen stellen erhebliche Anforderungen an die Infrastruktur eines Veranstaltungsortes. Um Gäste und Teilnehmer einer Weltausstellung zu empfangen, muss zum einen ein gut erreichbares Ausstellungsgelände vorhanden sein. Zum anderen werden Übernachtungsmöglichkeiten und organisatorische Erfahrungen benötigt, die für einen reibungslosen Verlauf sorgen.

Weltausstellungen werden über das Bureau International des Expositions in Paris an Bewerberländer vergeben. Diese Anträge zur Ausrichtung von Weltausstellungen können nur von der Regierung eines Staates gestellt werden. Weltausstellungen finden etwa alle zwei Jahre in einem anderen Land statt und zeichnen sich oft durch besondere Architektur aus, die repräsentativ für das Austragungsland ist. Beispielhaft kann dafür der Eiffelturm Paris angeführt werden, der auf die Weltausstellung 1889 zurückzuführen ist (Chalkley und Essex 1999, 370).

Für diese erste anerkannte deutsche Weltausstellung in Hannover kann der Vorbereitungszeitraum bis in die 1980er Jahre zurückverfolgt werden (Selle 2002, 30-31). Auf Ini-

tiativen des niedersächsischen Finanzministeriums, dem Vorstand der Messe AG und dem Oberbürgermeister von Hannover wurden 1987 der Bundesrepublik erste konzeptuelle Ausarbeitungen zu solch einer Weltausstellung vorgelegt. 1988 bewarb sich dann die Bundesrepublik Deutschland mit Hannover als Ausrichterstadt um die Ausrichtung einer Weltausstellung beim Bureau International des Exposition in Paris, welche sich gegen Toronto und für Hannover als Ausrichterstadt entschied (Selle 2002, 32). Die Weltausstellung fand vom 1. Juni 2000 bis zum 31. Oktober 2000 in Hannover statt. Ein vorab durchgeführtes internes nationales Auswahlverfahren oder eine Diskussion um eine andere deutsche Stadt wurde damals nicht durchgeführt.

In der Stadt Frankfurt am Main wurde 2008 in der Stadtverordnetenversammlung die Ausrichtung einer Weltausstellung für 2018 oder 2020 diskutiert (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2008a). Befürworter gingen damals davon aus, dass „eine Bewerbung wichtige Impulse für die Wettbewerbsfähigkeit und Weiterentwicklung der gesamten Region Rhein-Main als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort geben“ könnte (FAG 2008, 2). Bis zum heutigen Zeitpunkt konnte jedoch kein Hinweis erbracht werden, dass in der Zukunft wieder eine Weltausstellung in Deutschland stattfinden wird.

### **Kirchentag, Documenta und Berlinale**

Infrastrukturverbesserungen, Flächensanierungen oder Lösungsansätze für Entwicklungsstrategien zu erarbeiten zählen bei der nächsten Gruppe der Großereignisse weniger zu den Zielen, die neben der eigentlichen Ausrichtung angestrebt werden. Die Ausrichtung der Documenta in Kassel, die Berlinale um den Potsdamer Platz sowie die Veranstaltung des Evangelischen Kirchentages sind vielmehr für die Schaffung von Emotionen und ihre Bildhaftigkeit für die Ausrichterstädte von Bedeutung. Auch sie gehören im Sinne von Häußermann und Siebel zur Gruppe der Großereignisse. Sie stehen exemplarisch für die Vielzahl von Stadtjubiläen und Kulturfestivals, die ebenfalls durch ihren Projektcharakter, die Einrichtung von Trägergesellschaften zur Ausrichtung und Organisation und die enorme mediale Aufmerksamkeit währenddessen, den Merkmale von Großereignissen entsprechen.

Der Stadtentwicklungsbeitrag solcher Festivals konzentriert sich vor allem im Bereich der Stadtvermarktung und der Stärkung lokaler Identität (Altrock 2007, 720). Beispielhaft kann dafür die documenta in Kassel angeführt werden, welche erstmalig 1955 in Verbindung mit einer Bundesgartenschau stattfand. Mit der Wiederherstellung der Karlsaue hatte die Stadt Kassel im Rahmen der Bundesgartenschau einen Park geschaffen, der als Ausstellungsort für die Freiluftobjekte der documenta bis heute genutzt wird (Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft 2013). Alle fünf Jahre findet diese Kunstausstellung im Zeitraum von Juni bis September in Kassel statt. Dann dreht sich in der Stadt alles um die documenta: „Kassel nennt sich die ‚documenta-Stadt‘ [steht] auf allen Ortsschildern, Briefköpfen und sogar den Parkknöllchen“ (Die Welt 2007a). Die documenta konnte in den vergangenen Jahren mit einer stetig ansteigenden Anzahl an Besuchern das Inte-

resse an Kunst und der Stadt Kassel wecken: documenta 2002 (650.924), 2007 (754.301) und 2012 (860.000) (Hessischer Rundfunk 2012). Viele Besucher und schöne Erlebnisse lassen die Sorgen und den Alltag verblassen. Es werden Bilder und Emotionen erzeugt, die um die Welt gehen und in Erinnerung bleiben. Die Globalisierung der Medien trägt dazu bei. Die Berichterstattung hilft den Städten auf sich aufmerksam zu machen.

Ein anderes Beispiel dieser Kategorie sind die internationalen Filmfestspiele in Berlin (Berlinale), welche jährlich um den Potsdamer Platz stattfinden. Durch dieses Festival wird deutlich, dass die „stabile Bespielung eines Ortes über Jahre hinweg [...] eine Steigerung der Tragfähigkeit von Folgeeinrichtungen“ mit sich bringt (Altrock 2007, 720). Häußermann und Siebel (1993, 15) gehen davon aus, dass durch die regelmäßige Ausrichtung solcher Großveranstaltungen und deren medialer Präsenz die Sichtbarkeit der Ausrichterstädte erhöht wird. Dadurch können Investoren auf diese Städte aufmerksam werden, die all ihre Kräfte mobilisiert haben, um sich einmal „von Städten wie Paris, London, Tokyo und New York, die von Geburt international sichtbar und konkurrenzfähig sind“ abzugrenzen (Häußermann und Siebel 1993, 9). Auch wenn die Bundeshauptstadt Berlin einer anderen Städtekategorie als z. B. Kassel angehört, befindet sich auch diese Stadt im städtischen Konkurrenzkampf um Aufmerksamkeit und Abgrenzung. Es gilt nicht nur seine Entwicklungschancen zu verbessern, sondern auch seinen Entwicklungsstand zu verteidigen.

Der Wettbewerbscharakter solcher Festivals ist entweder gar nicht oder nur marginal vorhanden. Der Standort solcher Festivals steht entweder fest und ist unmittelbar mit dem Charakter der Stadt verbunden. Im Falle der Veranstaltung des Evangelischen Kirchentages „lädt in der Regel eine Landeskirche den Kirchentag, meist schon in Rücksprache mit Stadt und Land, in eine bestimmte Stadt ein. Der Kirchentag prüft dann ggf. zunächst die Stadt auf die Kapazitäten zur Möglichkeit der Durchführung eines Kirchentages.“ (I\_c, 30.01.2013). Wie das Beispiel Dresden 2011 zeigte – es wurden während der viertägige Veranstaltung des Evangelischen Kirchentages knapp 120.000 Besucher gezählt (Deutscher Evangelischer Kirchentag 2011) – stellt auch solch eine Veranstaltung Anforderungen an die Infrastruktur der Ausrichterstadt und die Finanzierung des Großereignisses. Basierend auf diesen Fakten entscheidet das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages, ob die Einladung in die jeweilige Stadt angenommen wird. Von einem Konkurrenzkampf um die Ausrichtung eines Kirchentages kann also weniger gesprochen werden. Vielmehr werden aufbauend auf den Erfahrungen für die interessierten Städte die Rahmenbedingungen geprüft und eine Entscheidung getroffen. Für den alle zwei Jahre stattfindenden evangelischen Kirchentag ist jeweils eine Stadt Austragungsort.

## 2.2.4 Zwischenfazit: Viele gescheiterte Großereignisbewerbungen unterschiedlicher Städte

Auch wenn sich die vorgestellten Großereignisse des vergangenen Jahrzehntes sowohl thematisch als auch in ihren Wirkungsweisen unterscheiden, eint sie zumindest der Fakt, dass sie für ihre Ausrichterstädte eine Sondersituation darstellen, die sich nur in seltenen Fällen wiederholt. Die Anforderungen ein solches Großereignis zu stemmen sind in jedem Fall hoch und stellen für alle Ausrichterstädte eine Herausforderung dar. Die zusammenhängende Betrachtung der verschiedenen Großereignisse auf Bundesebene des letzten Jahrzehntes markiert den Ausgangspunkt des Forschungsvorhabens und umreißt die Forschungsproblematik.

### 1. Beobachtung: Konzentration nationaler und internationaler Großereignisse

Der Beobachtungszeitraum reicht vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2010. In diesem Zeitraum konzentrierten sich Bewerbungsverfahren für Großereignisse in Deutschland und eine Vielzahl unterschiedlicher Events fand statt. Dazu zählen internationale Großereignisse wie die EXPO Weltausstellung (2000) in Hannover, zwei Fußball-Weltmeisterschaften (2006 und 2011) und die Europäische Kulturhauptstadt (2010). Aber auch nationale Formate wie die Bundesgartenschauen (2001, 2003, 2005, 2007, 2009) und die IBA wurden ausgetragen. Hinzugekommen ist die Ausrichtung der bis 2012 jährlich stattfindenden Stadt der Wissenschaft.

Tab. 1: Überblick der stattgefundenen Großereignisse in Deutschland zwischen 2000 und 2011 (Quelle: Eigene Erhebung auf Basis einer Internetrecherche)

EXPO	x											
Kulturhauptstadt											x	
Fußball-WM							x					x
IBA	x			x			x				x	
documenta			x					x				
Wissenschaftsstadt						x	x	x	x	x		x
Kirchentag		x		x		x		x		x		x
Gartenschau		x		x		x		x		x		x
Berlinale	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
<b>Jahr</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>

Fast jedes Jahr konnte sich eine oder mehrere Städte mit der Ausrichtung eines Großereignisses von mindestens bundesweiter Bedeutung schmücken (vgl. Tab. 1). Diese Konzentration von Großereignissen im vergangenen Jahrzehnt kann zum einen darauf hindeuten, dass sich diese Formate auch unter ändernden Rahmenbedingungen und Herausforderungen der Städte weiter bewährt haben. Die Städte wissen um die Bedeutung solcher Großereignisse und sind auch unter verschärften Bedingungen bereit, Ressourcen dafür aufzubringen. Im internationalen Kontext konnte bereits 1991 ein Anstieg der Anzahl der Großereignisse, deren Besucheraufkommen und der Professionalität der Durchführung festgestellt werden (Getz 1991, 67-72). Diese Beobachtung wurde damit begründet, dass die steigende Nachfrage an Großereignissen im Zusammenhang mit

stadtpolitischen Zielsetzungen stand. So sollten Sportfestivals den Bürgerzusammenhalt in der Stadt verbessern und ein Gemeinschaftsgefühl erzeugen. Durch Kulturfestivals wurde beabsichtigt, die kulturelle Entwicklung der Stadt zu unterstützen. Auf der anderen Seite wurde die steigende Nachfrage an unterschiedliche Formen der Freizeitgestaltung als Grund angeführt. Dies basierte auf der Annahme, dass durch die größere wirtschaftliche Produktivität der Menschen, deren Zeit für Freizeitaktivitäten angestiegen war. Ebenso wurde die immer größer werdende Gruppe an Personen (aktive Senioren) angeführt, denen durch den Austritt aus dem Berufsleben viel Freizeit zur Verfügung stand und die sich zu einer gefragten Zielgruppe der Tourismuswirtschaft entwickelt hatten.

In Deutschland fanden teilweise Großereigniswettbewerbe parallel zueinander statt. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde zum einen die Europäische Kulturhauptstadt 2010 ausgeschrieben und zum anderen entschloss sich das NOK eine deutsche Bewerberstadt für den internationalen Wettbewerb um die Olympischen Sommerspiele 2012 ins Rennen zu schicken. Diese Großereignisse waren durch ihre Seltenheit von besonderer Relevanz für deutsche Städte. Allerdings waren auch die Bewerbungsverfahren nationaler Großereignisse präsent, vor allem durch ihren regelmäßigen Turnus wie die alle zwei Jahre stattfindenden Gartenschauen oder die jährlich ausgerichtete Stadt der Wissenschaft.

Der Wunsch der Städte selbst einmal Austragungsort eines Großereignisses zu werden, wurde in Deutschland durch das Prinzip der Rotationsverfahren unterstützt, wie sie für internationale Großereignisse, z. B. für die Europäische Kulturhauptstadt, die Olympischen Spiele und die Fußball-Weltmeisterschaften, typisch sind. So hatte das Europäische Parlament und der Europäische Rat im Beschluss Nr. 1419 von 1999 das Vergabeverfahren neu geregelt und festgelegt, dass Deutschland 2010 Austrichterland der Europäischen Kulturhauptstadt sein sollte (Europäisches Parlament 1999). Auch das NOK entschied sich nach dem letzten Bewerbungsverfahren Anfang der 1990er Jahre für eine erneute Bewerbung Deutschlands zur Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahr 2012. Zusammen mit den regelmäßig stattfindenden Großereignissen wie die Bundesgartenschauen oder der Stadt der Wissenschaft kam es zu einer ständigen medialen Präsenz von Großereignissen zwischen 2000 und 2010. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Situation auch den Konkurrenzkampf der Städte erhöhte. So bezeichnete Knieß (2004) dieses Phänomen als den „Kampf der Kommunen“, wonach sich die Bundesrepublik nach der Fußball-Weltmeisterschaft 2006, den eventuellen Olympischen Spielen 2012 und der Kulturhauptstadt 2010 im „Präsentationsfieber“ befinde. Die Vielzahl der möglichen Großereignisse ließ demzufolge auch die Anzahl der Bewerberstädte ansteigen.



2. Beobachtung: Viele und mehrfach gescheiterte Bewerberstädte im Wettbewerb um die Ausrichtung von Großereignissen.

Bei der Betrachtung der Großereigniswettbewerbe des vergangenen Jahrzehnts wurde offensichtlich, dass es viele Bewerberstädte gegeben hatte und Städte mehrfach mit Bewerbungsprozessen scheiterten. Einbezogen wurden Bewerbungsprozesse, die zwischen 2000 und 2010 begannen und endeten. Dazu zählten die nationalen Wettbewerbe zur Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012, zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010, zu den zweijährlich stattfindenden Bundesgartenschauen und die seit 2005 jährlich ausgerichtete Stadt der Wissenschaft (vgl. Tab. 2). Die Informationen zur Anzahl der Teilnehmstädte an den Wettbewerben wurden durch Nachfrage und Recherche bei den Ausrichterorganisationen der Großereignisse ermittelt.

Tab. 2: Bewerbungsprozesse von Großereignissen im Zeitraum 2000 bis 2010  
(Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Informationen der Ausrichterorganisationen)

Relevantes Großereignis	Auftakt Bewerbung	1. Auswahlentscheidung	2. Auswahlentscheidung	3. Auswahlentscheidung
Olympische Sommerspiele 2012	11/2001 – 3/2002: 5 Bewerberstädte	04/2003: 1 dt. Kandidat	03/2004: kein dt. Kandidat	07/2005: keine dt. Stadt
Europ. Kulturhauptstadt 2010	12/2000 – 3/2004: 17 Bewerber	06/2004: 10 Bewerber	03/2005: 2 Bewerber	April 2006: 1 Ausrichterstadt
Stadt der Wissenschaft 2005	06/2003 – 2/2003: 37 Bewerber	02/2004: 4 Finalisten	03/2004: 1 Ausrichterstadt	-
Stadt der Wissenschaft 2006	04/2004 – 0/2004: 5 Bewerber	01/2005: 3 Finalisten	03/2005: 1 Ausrichterstadt	-
Stadt der Wissenschaft 2007	04/2005 – 0/2005: 13 Bewerber <sup>1</sup>	01/2006: 3 Finalisten	03/2006: 1 Ausrichterstadt	-
Stadt der Wissenschaft 2008	04/2006 – 0/2006: 2 Bewerber	-	03/2007 1 Ausrichterstadt	-
Stadt der Wissenschaft 2009	02/2007 – 0/2007: 6 Bewerber	12/2007: 3 Finalisten	02/2008 1 Ausrichterstadt	-
Stadt der Wissenschaft 2011	05/2009 – 0/2009 4 Bewerber	11/2009: 3 Finalisten	03/2010: 1 Ausrichterstadt	-
Bundesgartenschau 2011	Zeitpunkt unbekannt: 8 Bewerberstädte	„In der Regel rechnet man mit 10 Jahren Vorbereitungszeit für eine Bundesgartenschau, IGA oder IGS. Eine Ausschreibung unter Bewerberstädten für ein bestimmtes Bundesgartenschau/IGA-Jahr gibt es nicht. Die offizielle Bewerbung und besonders die zu erstellende Machbarkeitsstudie muss die Inhalte unserer Bewerbungsrichtlinien beachten.“ [I_a, 01.02.2012]		
IGS 2013	Zeitpunkt unbekannt: 6 Bewerberstädte			
Bundesgartenschau 2015	Jahr der Bewerbung – 2007: 5 Bewerberstädte			
IGA 2017	Jahr der Bewerbung – 2009: 2 Bewerberstädte			

Andere Großereignisse wie z. B. die Fußball-Weltmeisterschaften oder die IBA spielten bei dieser Betrachtung keine Rolle. Entweder fanden deren Wettbewerbe vor diesem

<sup>1</sup> Gemeinschaftsbewerbung von Bochum, Dortmund, Duisburg und Essen.

Zeitraum statt oder es gab keinen Wettbewerb oder der Wettbewerb war an das gesamte Land adressiert. Dazu zählt die IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010, die im ganzen Bundesland Sachsen-Anhalt mit verschiedenen Projekten an verschiedenen Standorten stattfand. Ebenso wurden die Wettbewerbe um die Fußball-Weltmeisterschaften nicht betrachtet, dabei mehrere Wettkämpfe im Fokus standen. Außerdem waren nur die Wettbewerbe von Bedeutung, die mindestens einen bundesdeutschen Charakter hatten. Landesspezifische Großereignisse wie die REGIONALEN oder Landesfesttage wurden nicht mit einbezogen.

Es wurde herausgefunden, dass sich im Zeitraum von 2000 bis 2010 insgesamt 61 Städte mit 106 Bewerbungen an Großereigniswettbewerben beteiligten (vgl. Abb. 2). Bei der näheren Betrachtung der 61 Bewerberstädte fällt auf, dass die Mehrzahl der Städte (33) mehr als eine Bewerbung abgegeben hatte. Dabei gab es 24 Städte mit zwei Bewerbungen und 9 Städte mit mehr als zwei Bewerbungen. Von den insgesamt 61 ermittelten Städten konnten letztendlich 8 Städte tatsächlich ein Großereignis ausrichten, 53 Städte gingen leer aus.

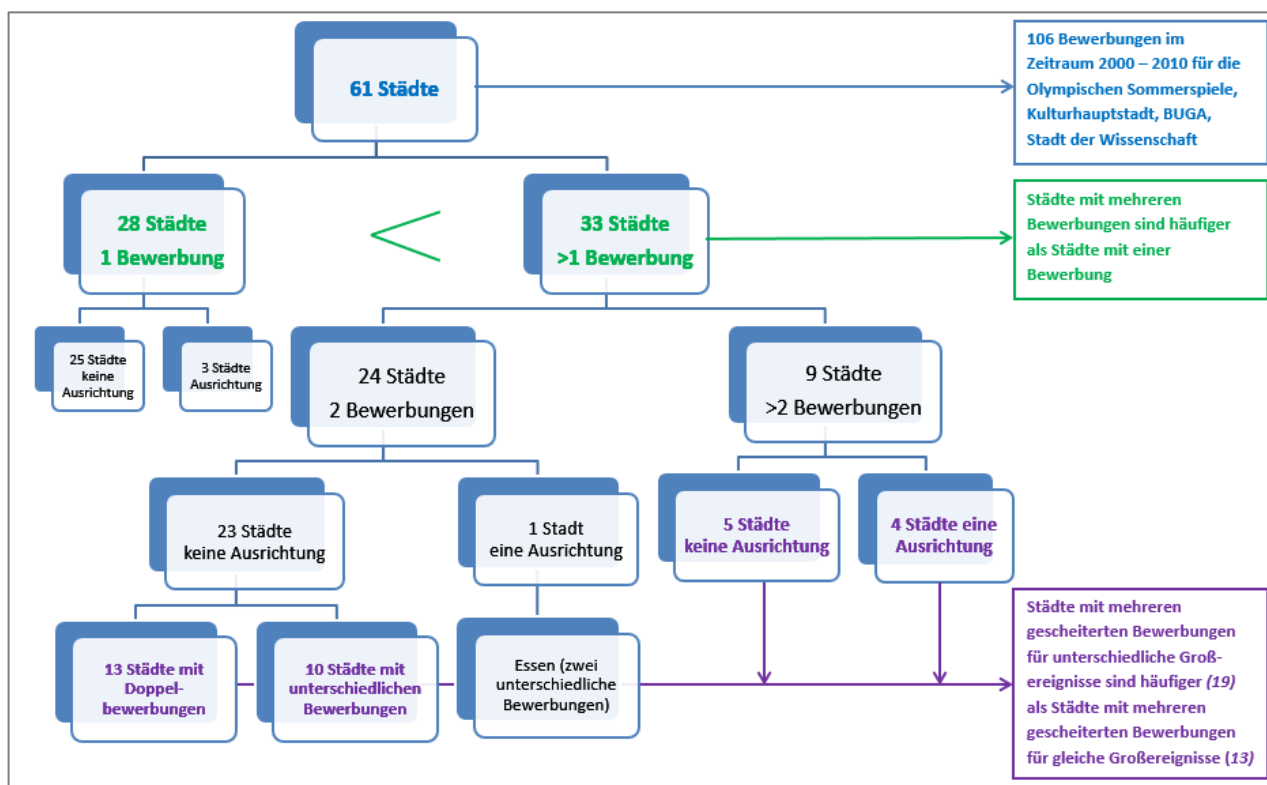


Abb. 2: Bewerbungsaktivitäten um Großereignisse zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Informationen der Ausrichterorganisationen und der Städte)

In Bezug auf das Merkmal Scheitern unterscheiden sich die Städte sowohl in der Anzahl der gescheiterten Bewerbungsversuche, als auch in der Frage, ob Städte mehrfach für ein und dasselbe oder für unterschiedliche Großereignisse scheiterten. So ist die Gruppe der mehrfach gescheiterten Städte mit Bewerbungen für unterschiedliche Großereignisse (21) größer als die Gruppe, die sich wiederholt für ein und dasselbe Großereignis (13)

bewarben und scheiterten. Mit mehreren Bewerbungen gescheitert zu sein, bedeutet jedoch nicht ausschließlich zu scheitern. So befinden sich unter den neun Städten mit mehr als zwei Bewerbungen auch vier Städte, die mehrfach scheiterten, aber auch einmal ein Großereignis ausrichteten. Dies ist zum Beispiel die Stadt Braunschweig, die sich erst erfolglos für die Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 und die Stadt der Wissenschaft 2005 beworben hatte. Bei der dritten Bewerbung zur Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft 2007 waren die Bemühungen schließlich erfolgreich und Braunschweig wurde Ausrichterstadt. Auf der anderen Seite befinden sich in dieser Gruppe auch fünf Städte, die ausschließlich scheiterten. Ein Beispiel dafür ist die Stadt Aachen, die sich zweimal erfolglos für die Stadt der Wissenschaft beworben hatte und einmal für die Bundesgartenschau, wofür sie die Bewerbung letztendlich zurückzog.

Mehrfach gescheiterte Städte sind das Ergebnis der aktiven Beteiligung von Städten an Wettbewerben um die Ausrichtung von Großereignissen. 19 Städte sind im vergangenen Jahrzehnt mehr als einmal erfolglos im Wettbewerb um die Ausrichtung verschiedener Großereignisse gewesen. In diesen Wettbewerben zu scheitern bedeutet das Großereignis nicht auszurichten.

### 3. Beobachtung: Stadtstrukturelle Unterschiede der mehrfach gescheiterten Städte

Auf den ersten Blick wurde deutlich, dass die unterschiedlichen Großereignisse auch eine diverse Gruppe an gescheiterten Städten hervorbrachte. So konnte generell festgestellt werden, dass die mehrfach gescheiterten Städte, die am Wettbewerb um die Olympischen Sommerspiele 2012 teilnahmen, eine Bevölkerungsgröße von mehr als 500.000 Einwohnern hatten. Allerdings bedeutete dies im Umkehrschluss nicht unbedingt, dass sich kleinere Städte nur für nationale Großereignistypen bewarben. So trat eine Stadt wie Köln mit 1.024.373 Einwohnern ebenso in den Wettbewerb um die Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft wie Potsdam mit 159.456 Einwohnern (Statistisches Bundesamt 2013b). Diese Beobachtung lässt vermuten, dass sich die Städte nach ihren stadtstrukturellen Merkmalen unterscheiden und gruppieren lassen. Um diese Annahme weiterzuerfolgen, wurden für die mehrfach gescheiterten Städte Merkmale bestimmt, die mit statistischen Kennzahlen unterlegt wurden. In Tab. 3 wurde für alle 19 mehrfach gescheiterten Städte die Einwohnerzahl (2010), der Entwicklungszustand der Städte nach der Klassifizierung vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2012), die Verteilung der Erwerbstätigen auf die Wirtschaftssektoren (2011), der Schuldenstand (2009/10) und die Bevölkerungsdichte (2011) zusammengefasst. Die Auswahl der Merkmale basierte auf den verschiedenen thematischen Dimensionen der Stadtentwicklung (demographisch, ökonomisch, sozial, politisch und fiskalisch), in denen Veränderungsprozesse in der Stadt ablaufen (Friedrichs 2005, 1059).

Für den Vergleich der Städte untereinander und zur Interpretation der Merkmalsausprägungen wurden Grenzwerte für jedes Strukturmerkmal festgelegt, welche sich entweder auf den bundesdeutschen Durchschnitt oder die Kategorisierungen des BBSR beziehen.

Die Grenzwerte untergliedern die Städtegruppe, was durch die farblichen Markierungen in Tab. 3 verdeutlicht wird.

Tab. 3: Aktuelle Strukturmerkmale der potentiellen Fallstädte (Quelle: Eigene Zusammenstellung statistischer Kennzahlen)

Strukturmerkmal Stadt (Bundesland)	EW 2011 <sup>2</sup>	EW-Entwick- lung 2005-10 <sup>3</sup>	Erwerbstätige 2011 <sup>4</sup> Wirtschaftsbereich			Schulden <sup>5</sup>	Bevölk.- dichte 2011 <sup>6</sup>
			I	II	III		
1. Aachen (Nord- rhein-Westfalen)	258.664	schrumpfend	0,4%	20,7%	78,9%	1.643 (2009)	1.493
2. Augsburg (Freistaat Bayern)	272.699	wachsend	0,2%	21,6%	78,2%	990 (2010)	1.857
3. Braunschweig (Niedersachsen)	245.798	wachsend	0,1%	17,9%	81,9%	695 (2009)	1.279
4. Duisburg (Nord- rhein-Westfalen)	486.816	schrumpfend	0,1%	24,7%	75,2%	2.490 (2009)	2.091
5. Düsseldorf (Nord- rhein-Westfalen)	593.682	stark wach- send	0,2%	11,7%	88,2%	205 (2009)	2.731
6. Frankfurt am Main (Hessen)	687.775	stark wach- send	0,1%	10,8%	89,1%	2.361 (2009)	2.770
7. Halle (Saale) (Sachsen-Anhalt)	231.440	schrumpfend	0,1%	10,8%	89,1%	1.189 (2009)	1.714
8. Hamburg	1.734.272	stark wach- send	0,2%	12,8%	87,0%	13.368 (2010)	2.296
9. Karlsruhe (Ba- den-Württemberg)	296.033	wachsend	0,1%	16,3%	83,6%	641 (2009)	1.707
10. Kassel (Hessen)	192.874	wachsend	0,1%	15,9%	83,9%	2.915 (2009)	1.806
11. Köln (Nordrhein- Westfalen)	1.024.373	stark wach- send	0,1%	13,6%	86,3%	3.090 (2009)	2.528
12. Leipzig (Sachsen)	520.838	wachsend	0,1%	13,9%	86,0%	1.779 (2009)	1.751
13. Lübeck (Schleswig-Holstein)	211.713	schrumpfend	0,2%	17,5%	82,2%	3.066 (2009)	988
14. Münster (Nord- rhein-Westfalen)	296.599	stark wach- send	0,7%	10,2%	89,1%	2.656 (2009)	979
15. Oldenburg (Niedersachsen)	158.658	wachsend	0,2%	11,1%	88,6%	1.005 (2009)	1.541
16. Osnabrück (Niedersachsen)	155.625	wachsend	0,2%	17,0%	82,7%	1.632 (2009)	1.299
17. Potsdam (Brandenburg)	159.456	wachsend	0,2%	6,3%	93,5%	1.190 (2009)	850
18. Regensburg (Freistaat-Bayern)	138.296	stark wach- send	0,2%	25,3%	74,5%	2.166 (2009)	1.714
19. Stuttgart (Ba- den-Württemberg)	597.939	stark wach- send	0,2%	18,4%	81,4%	1.391 (2009)	2.884

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt 2013a.

<sup>3</sup> BBSR 2012.

<sup>4</sup> Statistische Ämter der Länder 2012 (Eigene Berechnung).

<sup>5</sup> Statistische Jahrbücher der Städte; Euro je EW.

<sup>6</sup> Statistisches Bundesamt 2013b; EW je km<sup>2</sup>.

Die Siedlungsstruktur Deutschlands ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern als dezentral zu bezeichnen. Dies wird in der Vielzahl der unterschiedlichen Stadt- und Gemeindetypen im Gesamttraum Deutschland deutlich. Es kann zwischen großen Großstädten, kleineren Großstädten, Mittelstädten und Kleinstädten unterschiedlicher Bevölkerungsgröße differenziert werden (BBSR 2011). Vor dem Hintergrund der verschiedenen Bedeutungen und Funktionen von Städten ist es auch von Interesse, welche Stadttypen sich für die Ausrichtung von Großereignissen beworben haben. Um dies zu verdeutlichen, wurde die aktuelle Einwohnerzahl der mehrfach gescheiterten Städte ermittelt und zur Strukturierung der Gruppe der Grenzwert von 500.000 Einwohnern festgelegt. Dieser Ansatz folgt der Kategorisierung des BBSR (2011). Somit konnte zwischen kleineren (hellrot) und großen (dunkelrot) Großstädten unterschieden werden. Dabei überwogen Städte mit weniger als 500.000 Einwohnern (Aachen, Augsburg, Braunschweig, Duisburg, Halle (Saale), Karlsruhe, Kassel, Lübeck, Münster, Oldenburg, Osnabrück, Potsdam und Regensburg). Die bevölkerungskleinsten Städte waren Regensburg (138.296) und Osnabrück (155.625), die sich vor allem von den bevölkerungsreichsten Städten Hamburg und Köln mit mehr als 1 Mio. Einwohnern unterscheiden.

In Bezug auf die Stadtentwicklung zwischen 2005 und 2010 kann zwischen schrumpfenden, wachsenden und stark wachsenden Städten unterschieden werden. Die Charakterisierung der wachsenden und schrumpfenden Gemeinden wird an den Indikatoren Bevölkerungsentwicklung, Gesamtwanderungssaldo, Arbeitsplatzentwicklung, Arbeitslosenquote, Realsteuerkraft, und Kaufkraft festgemacht (BBSR 2012). Hier wurden stark wachsende (z. B. Hamburg und Frankfurt am Main) und wachsende Städte (z. B. Osnabrück und Potsdam) zusammengenommen und unterscheiden sich von schrumpfenden Städten (z. B. Lübeck und Halle (Saale)). Dabei überwiegt die Zahl der wachsenden Kommunen, die mehrfach im Wettbewerb um die Ausrichtung von Großereignissen gescheitert sind. Die Verteilung der Erwerbstätigen auf die drei Wirtschaftssektoren drückt die Situation der Beschäftigtenstruktur in den Städten aus. Dies ist ein Indikator für die ökonomische Dimension der Stadtentwicklung und verdeutlicht die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsbereiche für die Städte. So wird an den Beispielen Potsdam mit nur 6,3 % Erwerbstätigen im produzierenden Sektor und Regensburg mit 25,3 % sichtbar, wie sehr die Bedeutung des zweiten Wirtschaftssektors für die Stadt variieren kann. Für die Gliederung der Städtegruppe in der Kategorie der Wirtschaftssektoren ist der durchschnittliche bundesdeutsche Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Wirtschaftssektor (24,7%<sup>7</sup>) ausschlaggebend. Die Untersuchungsgruppe unterscheidet sich demnach kaum zwischen Städten mit einem überdurchschnittlichen (dunkelorange) und unterdurchschnittlichen (hellorange) Anteil von Beschäftigten im produzierenden Sektor.

---

<sup>7</sup> Statistische Ämter der Länder 2012 (Eigene Berechnung).

Nur die Stadt Duisburg hat mit 25,5% der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe einen höheren Wert als der Bundesdurchschnitt. Augsburg und Braunschweig verzeichnen ebenso einen verhältnismäßig hohen Anteil von Beschäftigten im produzierenden Gewerbe, bleiben jedoch unter dem Bundesdurchschnitt. Mit durchschnittlich 12,2% hat die Mehrzahl der Städte einen geringen Anteil von Beschäftigten im produzierenden Gewerbe.

Auch die fiskalische Dimension der Stadtentwicklung wurde als Strukturierungsmerkmal der Städte hinzugezogen. Dies ist vor allem von Interesse, wenn die Städte in Bewerbungsprozesse investierten, die dann erfolglos blieben. Der Schuldenstand der Kommunen stellt ein Merkmal dar, um die fiskalische Situation der Städte zu repräsentieren. Dabei wurde festgestellt, dass die öffentlichen Finanzen zwischen den Städten sehr variieren. Vor allem die Werte für den Stadtstaat Hamburg unterscheiden sich von den anderen Städten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in der Bundesstatistik zwischen Schulden der Gemeinden, der Länder und des Bundes unterschieden werden und die Stadtstaaten in ihrer Doppelfunktion dies nicht differenziert ausweisen. Im Bundesdurchschnitt haben die Gemeinden eine Verschuldung von 1.620 Euro je Einwohner (Statistisches Bundesamt 2012), welcher den Grenzwert für dieses Merkmal darstellt. Hier liegt die Mehrzahl der Städte aus der Fallgruppe über dem bundesdurchschnittlichen Schuldenstand (dunkelgrau).

Zur Charakterisierung der Siedlungsstruktur innerhalb der Städte wurde die Bevölkerungsdichte als Indikator ausgewählt. Da dies stark von der geografischen Lage und der Siedlungsstruktur in Deutschland abhängt, wurde hier als Grenzwert der Durchschnittswert der Bevölkerungsdichte von Städten zwischen 100.000 und 3,3 Mio. Einwohnern genommen (1.701 m<sup>2</sup>). Somit war es möglich zwischen dicht besiedelten (hellgrün) und weniger dicht besiedelten (dunkelgrün) Großstädten zu unterscheiden. Dabei sind dicht besiedelte und weniger dicht besiedelte Städte fast gleichverteilt in der Städtegruppe. Zwar sind vor allem die großen Großstädte dicht besiedelt, aber auch Städte wie Münster oder Braunschweig, die nach der Bevölkerungsgröße mehr als 200.000 EW haben, verzeichnen eine verhältnismäßig geringe Bevölkerungsdichte. Allerdings scheint es keinen Zusammenhang zwischen der Art des Großereignisses und der Bevölkerungsdichte zu geben. Auch als dicht besiedelt geltende Städte wie Oldenburg und Karlsruhe haben sich für eine Bundesgartenschau beworben, wofür die Bewerberstädte die Flächenverfügbarkeit nachweisen müssen.

Zusammenfassend kann für die Situation in Deutschland zwischen 2000 und 2010 festgestellt werden, dass eine Konzentration von Großereignisbewerbungen auftrat und eine Vielzahl deutscher Städte bei diesen Wettbewerben scheiterte. Dabei überwiegen die Städte, die mehr als einmal mit einer Großereignisbewerbung scheiterten. Diese Städtegruppe ist bezogen auf ihre Strukturmerkmale divers.

## 3 Stand der Forschung

### 3.1 Gescheiterte Großereignisbewerbungen und Leistungswettbewerbe

Forschungsarbeiten zu Großereignissen konzentrierten sich bisher vor allem auf die Ausrichterstädte, den Kontext in welchem das Großereignis ausgetragen wurde und die Effekte auf die Stadt. Gescheiterte Bewerbungsverfahren standen bisher verhältnismäßig wenig im Fokus des Forschungsinteresses. Der Bewerbungsprozess ist neben der Vorbereitungsphase, der Durchführungsphase, dem Event und dem Postevent jedoch ein wesentlicher und vor allem zeitintensiver Teil des Lebenszyklus eines Großereignisses (Hiller 2000b, 192). Bisher wurden z. B. für Olympische Spiele vor allem die Vorbereitungsphase und die Durchführungsphase analysiert, um Erkenntnisse zu Großereigniseffekten zu erhalten (Hiller 2006).

Im internationalen Kontext gibt es einige Forschungsarbeiten, die sich speziell mit den Effekten gescheiterter Bewerbungsverfahren für die Ausrichtung der Olympischen Spiele auf die Stadt auseinandersetzen. Diese Studien fokussieren meist auf einen bestimmten Aspekt der Bewerbung im Vergleich zu der gegenwärtigen strukturellen oder räumlichen Situation der Bewerberstadt. Im nationalen Kontext haben die zahlreichen Bewerbungskandidaten zur Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 dazu geführt, dass Untersuchungen zu gescheiterten Städten (Kassel und Görlitz) durchgeführt wurden. Ebenso gibt es aus Perspektive der ehemaligen Bewerberstädte einige Erfahrungsberichte zu gescheiterten Bewerbungen in Bremen, Stuttgart und Leipzig. Diese wurden meist unmittelbar nach der negativen Auswahlentscheidung durch beteiligte Akteure durchgeführt.

Im Vordergrund standen bisher vor allem Einzelfallstudien und die Auswertung medialer Daten. In den meisten untersuchten Fällen lagen die Bewerbungsprozesse in weiter Vergangenheit, so dass Bewerbungsdokumente, Zeitungsberichte und Dokumente aus dem Zeitraum der Bewerbung die zuverlässigsten Datenquellen darstellten. Für die Operationalisierung der Effekte wurden, wenn möglich, Akteure des Bewerbungszeitraumes interviewt oder aktuellere Zeitungsartikel ausgewertet. Deutlich wird hier, dass ganz unterschiedliche Zeitebenen auftreten. Zum einen wurden Analysen zu gescheiterten Bewerbungsprozesse aus der Vergangenheit durchgeführt und zum anderen stehen derzeit gescheiterte Großereignisse im Fokus der Betrachtung. Für beide Zeitebenen sind Experteninterviews typische Datenerhebungsmethoden, um Aussagen zum Bewerbungsprozess und zu den Effekten machen zu können. Ebenso gehören Vorortbegehungen mit Beobachtungen des Stadtraums zu den Datenerhebungsmethoden. Im Folgenden wird detaillierter auf bisherige Studien zur Situation gescheiterter Bewerbungsprozesse für Großereignisse eingegangen.

### 3.1.1 Internationaler Diskurs: Olympiabewerbungen und ihre Wirkungen

Die Literaturrecherche zu gescheiterten Bewerbungen um die Ausrichtung von Großereignissen im internationalen Kontext hat ergeben, dass bisher vor allem gescheiterte Olympiabewerbungen im Fokus des Interesses standen. Als Experten für die Olympischen Spiele wiesen Essex und Chalkley (1998, 204) direkt auf die Fragestellung hin, welches Erbe und welche Effekte der Bewerbungsprozess und das Scheitern für die Städte haben kann. Diese Erkenntnis basierte auf dem Zusammenhang zwischen der zunehmenden Bedeutung von Großereignissen für die Erneuerung und Revitalisierung von Stadträumen und der zunehmenden Anzahl an Wettbewerbsstädten. Die wirtschaftlich bedingten Transformationsprozesse der Industrieländer riefen einen systematischeren Einsatz von Großereignissen hervor, um Stadtentwicklungsprozesse zu generieren und ließen somit die Anzahl der Wettbewerbsstädte steigen. Nach Essex und Chalkley (1998) blieb die Frage bis dahin unbeantwortet, welche Veränderungsprozesse unmittelbar durch den Bewerbungsprozess ausgelöst wurden und inwieweit die Bewerbungseffekte durch die Erfahrung des Scheiterns weitere Wirkungen erzeugten. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Arbeiten von Christopher Law (1994) und Trevor Lawson (1996) die einzigen Analysen, die sich mit dem Phänomen gescheiterter Großereignisvorhaben direkt auseinandersetzten.

Law (1994) und Lawson (1996) untersuchten die zweimal erfolglos durchgeführten Olympiabewerbungen (1996; 2000) von Manchester. Beide Autoren gingen der Frage nach, welche Veränderungen auf den Bewerbungsprozess zurückzuführen sind, die einen erheblichen Einfluss auf die Infrastruktur Manchesters hatten. Law (1994, 226-230) konnte anhand von Dokumentenanalysen (Bewerbungsunterlagen und Zeitungsberichte) feststellen, dass die Regierung bereits während des Bewerbungszeitraumes in Sporteinrichtungen und Infrastruktur investierte, um das Bewerbungsinteresse zu betonen:

*Because of its bid the government has given the city extra funds towards the purchase of land, preparatory works and construction of two facilities, the velodrome and the arena. (Law 1994, 226)*

Die Bewerbungen ermöglichten Manchester den Zugriff auf Fördermittel, so dass auch ohne die Olympischen Spiele Sportinfrastruktur entstehen konnte. Nach Lawson (1996, 22) konnte damit nicht nur ein Ausgangspunkt für weitere Großveranstaltungen in den folgenden Jahren geschaffen werden, sondern die Stadt erhielt auch ohne die Ausrichtung der Olympischen Spiele globale Aufmerksamkeit allein durch den Bau der bis dahin größten Eishockey-Arena Europas.

Schwieriger zu messen, aber nicht minder bedeutend, war nach Law (1994, 229), dass durch die Aufstellung dieser Bewerbungen die Führungsetagen der Stadt gezwungen waren sich mit der Zukunft Manchesters auseinanderzusetzen. Dies resultierte in einer pro-aktiven und unternehmerisch geprägten Arbeit des Stadtrats. Dies reflektieren die



weiteren Initiativen wie die Bewerbung um den Titel „City of Drama 1994“ und die Bewerbung für die „Rio Earth Summit follow up conferences“ 1993, die den Olympiabewerbungen folgten.

Zusammenfassend stellte Law (1994, 230) fest, dass im Kontext der Stadterneuerung eine Vielzahl positiver Effekte beobachtet werden konnten. Durch die Olympiabewerbungen hatten sich auch Prioritäten in der Stadt verschoben. In der Nach-Olympia-Bewerbungszeit wurde deutlich, dass sich die Umwelt im Stadtzentrum verbesserte und die Schaffung von Studentenwohnungen an Bedeutung gewann. Zwar kann kein direkter Zusammenhang zu den Olympiabewerbungen hergestellt werden, aber es wurde vermutet, dass in der Stadtverwaltung Lerneffekte auftraten, die diese Schwerpunktveränderungen auslösten.

Nach Law (1994, 231) ist es somit schwierig, direkt nach dem Scheitern der Bewerbung negative Konsequenzen auf die Stadt festzustellen. Die Bewerbungen um die Ausrichtungen der Olympischen Spiele wurden immer in den Kontext zu den Stadterneuerungsprozessen Manchesters gesetzt und galten als ergänzend zu den damaligen Strategien. Aus dieser Perspektive scheint jegliches pro-aktives Vorgehen einen positiven Effekt zu haben. Die Betrachtung des schwierigen Ausgangskontextes der Stadt, welche mit industriellen Transformationsprozessen zu kämpfen hatte, verdeutlichten die infrastrukturellen wie politischen Veränderungen und machten sie überhaupt erst möglich.

Auch der ganz spezifische Kontext der Toronto-Bewerbung für die Olympischen Spiele 1996 lässt Helen Jefferson Lenskyj (1996, 408) zu dem Schluss kommen, dass aus demokratischer Perspektive die Toronto-Bewerbung einen wesentlichen Beitrag zur Diskussion aktueller sozialer und gesellschaftlicher Herausforderungen der Stadt hatte. Durch den Vergleich der erfolglosen Olympiabewerbung Torontos 1996 und der erfolgreichen Olympiabewerbung Sydneys 2000 stellte sie fest, dass die Bewerbungsprozesse ganz unterschiedlich durch die Bürger der Stadt begleitet und wahrgenommen wurden. Beide Bewerbungen entstanden in einer Zeit in der die Ureinwohner Kanadas und Australiens um Landrechte und Selbstbestimmung kämpften, während Armut und Arbeitslosigkeit anstieg. Beim Vergleich der Bewerbungsprozesse stellte sie fest, dass die erfolgreiche Sydney-Bewerbung, begleitet von einer umfangreichen Öffentlichkeitskampagne und durchgängig positiven Berichterstattungen, fest im Bewusstsein der Bewohner verankert wurde und der Grundstein für die Sportbegeisterung von Anfang an gelegt wurde. Konträr dazu entstand die Toronto-Bewerbung von Beginn an durch eine gewählte Repräsentantengruppe und dem Stadtrat von Toronto. Dadurch konnte in Toronto die Bürgerbeteiligung nicht umgangen werden, die nicht nur Begeisterungsrufe über die Bewerbungsaktivitäten der Stadt hervorrief. Begleitet von Interessengruppen wurde der Bewerbungsprozess in Toronto von Beginn an von verschiedenen Seiten kritisch begleitet. Diese betrachteten die Olympischen Spiele nicht nur als Hochleistungssportereignis, sondern äußerten ihre Bedenken zu möglichen sozialen Effekten wie die potentielle Verdrängung

ärmere Bevölkerungsschichten und die Überschätzung der zu erwartenden ökonomischen Effekte. Während die Toronto-Bewerbung eine öffentliche und kritische Auseinandersetzung zu positiven und negativen Folgen der Olympischen Spiele anregte wurde in Sydney eine kritische Reflexion durch die von oben aufgesetzte und medial positiv begleitete Strategie nicht zugelassen (Lenskyj 1996, 403-406).

Vor dem Hintergrund der Frage, ob die Investitionen in die Bewerbungsprozesse von Bedeutung für die Bevölkerung waren, kommt Lenskyj (1996, 408) zu dem Schluss, dass Sydney zwar erfolgreich im Wettbewerb um die Olympischen Spiele war, jedoch kaum einen Beitrag zur Bewältigung der damals aktuellen Bürgerprobleme leistete. Im Fall von Toronto scheiterte die Olympiabewerbung, jedoch konnten durch die umfangreiche Bürgerbeteiligung während des Bewerbungsprozesses die Belange der Bürger in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Dies stellte einen Ausgangspunkt für die weiteren Entwicklungsschwerpunkte in der Stadt dar, welcher aus sozialpolitischer Perspektive einen Mehrwert für eine ausgewogene Interessenverteilung bildeten.

Schließlich führt Lenskyj (1996, 408) generelle Zweifel zum Vergabeverfahren an und gibt zu bedenken, dass die investierten Ressourcen des Bewerbungsprozesses direkt für die Bedürfnisse der Bevölkerung hätten eingesetzt werden können. Dieses Argument kann durch die Beobachtung von Hiller (1997, 67) relativiert werden. Er stellte im Rahmen der gescheiterten Olympiabewerbung 2004 von Kapstadt fest, dass durch die Plattform des Bewerbungsprozesses die Verbesserung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse zum ersten Mal vor den städtischen und wirtschaftlichen Entwicklungszielen stand. Der Bewerbungsprozess war für Südafrika der perfekte Anlass das neue Südafrika herauszustellen. Dieses Südafrika war zwar noch verletzlich beabsichtigte aber, sich von der Apartheid-Vergangenheit zu distanzieren und das Image eines vereinten Landes zu demonstrieren. Die Bewerbung um die Olympischen Spiele stellte nicht nur Kapstadt in den Fokus, sondern ganz Südafrika auf der Schwelle in eine neue demokratische Ära. Im Rahmen der Bewerbung wurden gesamtgesellschaftliche Probleme diskutiert und Lösungsvorschläge entwickelt, die nach dem Scheitern ihre Wirkung entfalten konnten. So war die Kriminalität in der Stadt ein immer wieder aufkommendes Thema, welches durch die im Bewerbungszeitraum entstandenen Initiativen nach dem Scheitern weiterdiskutiert und behandelt wurde. Nach Hiller (1997, 67) bot der Bewerbungsprozess um die Olympischen Spiele den Südafrikanern die Möglichkeit, sich ihrer eigenen Probleme bewusst zu werden. Das kollektive Seufzen der Erleichterung über das Scheitern drückt vielleicht diese Reflexion aus. Durch die Bewerbungserfahrung wurde den Südafrikanern bewusst, welcher Herausforderung sie sich gestellt hatten. In einem späteren Artikel stellte Hiller (2000a, 453) den Zusammenhang zwischen der Bewerbung Kapstadts für die Olympischen Spiele 2004 und den gesamtstädtischen Entwicklungszielen dar. Er resümierte, dass die Bewerbung nicht der einzige Katalysator für Veränderungen war. Die Bewerbung war vernetzt mit weiteren Programmen und Plänen der Stadt und des Landes, um

die Transformationsprozesse zu lenken. So sollten z. B. benachteiligte Stadtgebiete mit sportlicher Infrastruktur ausgestattet werden, so dass die Wettkämpfe und Trainingseinheiten der Olympischen Spiele über die Stadt verteilt stattfinden konnten. Auch wenn Hiller (2000a) nicht auf die Effekte des Bewerbungsprozesses und die damit zusammenhängenden angestoßenen Veränderungen nach dem Scheitern einging, so unterstreicht er doch die Bedeutung des Bewerbungsprozesses für die nachfolgenden Stadtentwicklungsprozesse in Kapstadt. Die Erarbeitung und der Inhalt des Bewerbungskonzepts trugen wesentlich zur Sensibilisierung der städtischen Belange Kapstadt bei.

Auch Kamilla Swart und Urmilla Bob (2004) setzen sich mit der gescheiterten Olympiabewerbung Kapstadts auseinander. Deren Reflektion der ersten afrikanischen Bewerbung für die Olympischen Spiele fokussierte jedoch mehr auf den Schwachstellen, als dass auf Wirkungen und Veränderungsprozesse durch den Bewerbungsprozess und das Scheitern eingegangen worden wäre. Auch wenn die Kapstadt-Bewerbung durch ihre entwicklungspolitischen Zielsetzungen als innovativ galt, so war nach Swart und Bob (2004, 1322) die Chance Ausrichterstadt zu werden aussichtslos. Vor dem Hintergrund der enormen finanziellen Ressourcen, die solch eine Bewerbungsinitiative erfordert, betonen die Autoren (Swart und Bob 2004, 1312), dass sich die Kandidatenstädte ihrer realen Chancen und den Risiken ihrer Bewerbungen bewusst sein müssen. Im Falle von Kapstadt zählen Aspekte wie die geografische Lage (weit weg vom Herzen Afrikas), die unkonkrete politische Situation und der Status in der Städtehierarchie dazu, dass nach Swart und Bob (2004, 1322) die Bewerbung keine Chance auf Erfolg hatte.

Speziell aus der Perspektive infrastruktureller Veränderungen untersuchte Heike C. Alberts (2009) ca. 20 Jahre nach dem Scheitern die Effekte der Olympiabewerbung von Berlin. Basierend auf den Bewerbungsunterlagen sowie Zeitungs- und Pressemitteilungen während des Bewerbungszeitraums können die damaligen Zielsetzungen der Olympiabewerbung nachvollzogen werden. Vor dem Hintergrund der geplanten Projekte fand Alberts (2009) durch Vorortbesichtigungen und Experteninterviews heraus, dass auch ohne Ausrichtung des Großereignisses Projekte realisiert werden konnten. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass bereits zum Zeitpunkt der Bewerbung Ausschreibungen und Vorbereitungen zu den jeweiligen sportlichen Infrastrukturen begonnen hatten. Dazu zählt das Velodrom und die Schwimmhalle, welche heute für internationale Meisterschaften und von der Öffentlichkeit genutzt wird (Alberts 2009, 512). Um den Bedarf an Freizeitinfrastruktur der Berliner Bevölkerung zu erfüllen kann dies als positiver Effekt mit punktuellen Charakter angesehen werden (Alberts 2009, 512). Infrastrukturelle Veränderungen in größerem Umfang wie die Realisierung des geplanten olympischen Dorfs konnten nicht beobachtet werden.

Anhand der gescheiterten Olympiabewerbung von Lyon 1968 analysierte Paul Benneworth (2010, 1086) mit Hilfe historischer Dokumente den Zusammenhang zwischen Bewerbungsprozess und den gewachsenen Governancestrukturen der Stadt. Besonders

interessierte ihn dabei die Frage, warum Städte „scarce public resources in such risky activities“ investieren (Benneworth 2010, 1084). Schwerpunkt der Analyse lag auf den Bewerbungsdokumenten im Zeitraum von 1958 bis 1963 und dem Vergleich zu parallel stattgefundenen Stadtentwicklungsprozessen. So konnte herausgefunden werden, dass der Bewerbungsprozess in zwei starken Koalitionen resultierte. Diese unterstützten, im Sinne der Vision des „Olympic Bid“, die Stadt Lyon auf dem Weg in eine Metropole. Das gemeinsame Aufstellen einer solchen Bewerbung stellte für Benneworth (2010, 1083) bereits einen Indikator für den Mobilisierungseffekt der Bewerbung dar, der das Regierungsgeschehen der Stadt beeinflusste und Prozesse der Stadtverwaltung beschleunigte. Er kam zu dem Ergebnis, dass die städtischen Problemlagen von solcher Komplexität sind, dass zu deren Lösung die Mobilisierung verschiedener Netzwerke und Partner notwendig ist, welche Wissen, Ressourcen und Legitimität für Themen schaffen. Durch einen Bewerbungsprozess, in dem es darum geht ein plausibles Bewerbungsbuch aufzustellen, bekommen die Städte die Möglichkeit lokale Rivalitäten beiseite zu legen und zusammen für die aufkommenden städtischen Probleme zu arbeiten. So wurde geschlossen, dass Städte durch die Erfahrung der erfolglosen Bewerbung jederzeit wieder in der Lage sind sich zusammenzuraufen und städtische Probleme anzugehen:

*Finally, when other regional problems emerge (such as urban transformation), local partners are prepared to again collectively develop solutions not possible without the experience of preparing the unsuccessful international festival bid. (Benneworth 2010, 1085)*

Zusammenfassend wird für die hier diskutierten internationalen Studien zu gescheiterten Bewerbungen festgestellt, dass es verhältnismäßig wenige strukturierte Aussagen über Wirkungsweisen von Bewerbungsprozessen und der Erfahrung des Scheiterns gibt. Wenn dies im Fokus gestanden hat waren vor allem die infrastrukturellen Veränderungen im Stadtraum von Bedeutung. Häufig entstanden diese innerhalb des Bewerbungszeitraumes, um die Bewerbungsintention zu unterstreichen und dieser mehr Ausdruck zu verleihen. Selbst bei den wenigen Studien zu gescheiterten Großereignisbewerbungen wird deutlich wie stark der Zusammenhang zwischen dem städtischen Kontext der Großereignisbewerbung und der Art und dem Ausmaß der Effekte ist. Städte wie Manchester setzten sich vor dem Hintergrund der Deindustrialisierung mit Stadterneuerungsthemen auseinander, so dass die Infrastrukturverbesserung zur Unterstützung der Bewerbungsintention einen viel bedeutenderen Einfluss auf die weiteren Stadtentwicklungsprozesse hatte, als es bei einer Stadt der Fall gewesen wäre, die ein anderes „Problem“ als Ausgangspunkt für eine Großereignisbewerbung hatte. Generell hat die Reflexion der Literatur gezeigt, dass die Bewerbungsprozesse und die Erfahrung des Scheiterns unmittelbar Einfluss auf die nachfolgenden Stadtentwicklungsprozesse hatten.

### 3.1.2 Nationaler Diskurs: Unmittelbare Wirkungen verschiedener Großereignisformate

Die Konzentration von Großereigniswettbewerben in Deutschland Mitte der 2000 Jahre war Anlass, dass sich die Planungspraxis mit dem Phänomen der Festivals und Events näher auseinandersetzte (Planerin 2006, Heft 1). Die Standortentscheidung zu den Olympischen Spielen 2012, dem Weltjugendtag in Köln, der Bundesgartenschau in München, die Auswahl der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 und die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 stellten eine Fülle an Ereignissen dar, von der wesentliche Effekte auf Städte und Regionen erwartet wurden (Kaufmann und Uttke 2006, 3). In diesem Schwerpunktheft der Planerin standen neben der Diskussion um wirtschaftliche Effekte von Großereignissen sowie den Erfahrungen zur EXPO Hannover und der Kulturhauptstadt in Graz zum ersten Mal gescheiterte Bewerbungsverfahren in der Diskussion. Durch die unmittelbar am Bewerbungsprozess beteiligten Akteure wurde aus der Perspektive der Städte ein Einblick zur gestoppten Festivalisierungsstrategien gegeben.

So stellte Jens Joost-Krüger (2006, 29) während der fast zweijährigen Kulturhauptstadtbewerbung in der Hansestadt Bremen eine Aufbruchsstimmung fest, die durch vier Titel verstärkt wurde: 1. Deutscher Meister der Fußball-Bundesliga der Männer 2004; 2. DFB-Pokalsieger 2004; 3. Stadt der Wissenschaft 2005; 4. Aufnahme der Rolandstatue in die UNESCO Welterbeliste. Diese Ereignisse waren mit positiven Emotionen besetzt und wurden von den Medien mit guten Nachrichten gewürdigt. Dadurch wurde auch außerhalb der Stadt wahrgenommen, dass Bremen begann das durch Strukturprobleme geprägte Image abzulegen und die eigenständige und komplexe kulturelle Leistungsfähigkeit zu betonen. Bezogen auf die Situation der öffentlichen Finanzen in der Stadt Bremen wurden während des Bewerbungszeitraumes zur Kulturhauptstadt Europas kaum Haushaltskürzungen im Ressort Kultur vorgenommen und der künstlerischen Leitung wurde ein Etat für die Bewerbung zur Verfügung gestellt (Joost-Krüger 2006, 28). Zusätzlich wurde ein Kulturinvestitionsfonds ins Leben gerufen, dessen öffentliche Mittel durch Gelder von Unternehmen und Privatpersonen ergänzt worden. So konnten Projekte realisiert werden, die Bremens Chancen im Wettbewerb verbessern sollten. Dies wurde durch das Zusammenspiel einer Vielzahl von Akteuren möglich, die das Ziel Kulturhauptstadt Europas 2010 gemeinsam verfolgten. Es scheint, als wäre die Kulturhauptstadtbewerbung die Bühne gewesen, die Bremen gebraucht hatte, um sich gesamtgesellschaftlich zu präsentieren. Durch die Einbettung des Bewerbungskonzeptes in die bremische Sanierungsstrategie wurde es überhaupt möglich, trotz der „Haushaltsnotlage“ eine solche Bewerbung auf die Beine zu stellen (Joost-Krüger 2006, 28). Dadurch ging die Signalwirkung aus, dass es Bremen ernst meinte und weitere Finanzierungsquellen mobilisiert werden konnten.

Neben diesen unmittelbaren gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Wirkungen, wurden auch städtebauliche Effekte ausgelöst. So konnten durch die Unterstützung des

Senators für Bau und dem Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung ein Architekturwettbewerb für die Erweiterung der Kunsthalle ausgeschrieben werden (Joost-Krüger 2006, 29). Auch nach dem Scheitern wurde versucht die Prozesse weiter voranzutreiben und Kultur in den Mittelpunkt der notwendigen Modernisierungsmaßnahmen der Stadt zu stellen. Was während des Bewerbungsprozesses möglich erschien, verblasste im Alltagsgeschehen immer mehr. Joost-Krüger (2006, 30) stellte fest, dass die großen Kultureinrichtungen zur Verteidigung ihrer eigenen Ressourcen zurückkehrten und der Schutz der Kultur vor Kürzungen verloren ging. Allerdings wurde im Rahmen des Projektes „Stadtwerkstatt“, ein Vorhaben mit eigenem Etat geschaffen, welches als Nachfolgeprojekt der Kulturhauptstadtbewerbung und Experimentierfeld für die Kultureinrichtungen galt.

Ebenso wie Bremen waren auch Görlitz und Kassel Bewerberstädte im Wettbewerb um die Europäische Kulturhauptstadt 2010. Auch für diese beiden Städte erfolgte eine Reflexion der gescheiterten Bewerbungsprozesse (Altrock 2009; Liebmann und Fröhlich 2009). Beide Erfahrungen wurden in einer Evaluation der Kulturhauptstadt Bewerbung Görlitz-Zgorzelec 2010 zusammengefasst und von der Musiktheater Oberlausitz/Niederschlesien GmbH auf Basis eines Stadtratsbeschlusses veröffentlicht (Musiktheater Oberlausitz/Niederschlesien GmbH – Kultur2020, 2009, Altrock 2009, 81; Liebmann und Fröhlich 2009, 256). Während Bremen und Kassel bereits im nationalen Auswahlverfahren ausschieden konkurrierte Görlitz mit Essen und dem Ruhrgebiet um den Titelgewinn. Schon allein diese Situation lässt unterschiedliche Effekte vermuten, da für Görlitz der Bewerbungsprozess fast ein Jahr länger dauerte, als für Bremen und Kassel.

Diese Aspekte nimmt Altrock (2009, 65) auf, wenn er der Frage nachgeht, „was durch die von den Bewerbungen angestoßenen Prozesse vor Ort erreicht werden kann“. Die Städte Görlitz und Kassel befanden sich in ganz unterschiedlichen Situationen, als es zum Auftakt der Bewerbung kam (Altrock 2009, 68). Während Görlitz als Mittelstadt im Osten Deutschlands zwar über eine ganze Reihe bedeutender Kultureinrichtungen und ein komplexes und wertvolles bauliches Erbe verfügte war die wirtschaftliche Lage der Stadt eher schwierig und die Kompetenzen als Hochschul- und Ansiedlungsstandort eher gering. Die geografische Lage der Stadt Görlitz in einer strukturschwachen Region, welche „insbesondere bis zum Jahr 2001 [...] durch massive Schrumpfungsprozesse“ geprägt war, stellte einen Gegensatz zu den anderen Bewerberstädten zur Kulturhauptstadt Europas dar (Liebmann und Fröhlich 2009, 247). Aus stadtpolitischer Sicht war die Kulturhauptstadtbewerbung zwar ein Projekt mit besonderem Ausmaß, allerdings „entsprach es dem generell auf Projekten basierenden strategischen Denken und Handeln in Politik und Verwaltung“<sup>8</sup> (Liebmann und Fröhlich 2009, 254). Auch Kassel kämpfte mit

---

<sup>8</sup> Zu den zentralen Projekten und Projektvorhaben der Stadt Görlitz gehörten die Bewerbung um eine Landesgartenschau in den 1990er Jahren und die vielfältigen Projekte der Stadtsanierung einschließlich des Neubaus der Altstadtbrücke, das Projekt „Living Bridge“, das später zum Brückenpark weiterentwickelt wurde, die erfolgreiche Mitwirkung am deutschen Wettbewerb

Strukturproblemen und dem Schattendasein im Frankfurter Rhein-Main-Gebiet zu liegen. Für beide Städte stellte die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt daher eine Aufmerksamkeitsstrategie dar.

Durch die Betrachtung der Bewerbungsinhalte beider Städte im Zusammenhang zu den stadtentwicklungspolitischen Bezügen konnte Altröck (2009, 69) im Fall von Görlitz feststellen, dass bereits existierende Ideen wie der Brückenpark in eine Vision einfließen, welche auf die „symbolische wie nutzungsbezogene Verknüpfung der beiden Teilstädte auf dem deutschen und polnischen Neiße-Ufer abzielte“. Die Kulturhauptstadtbewerbung sollte einen Hebel zur Einwerbung von Mitteln zur Sanierung der angrenzenden Einrichtungen darstellen. Allerdings blieb offen wie für den Brückenpark, die Sanierung des baulichen Erbes und dem Außenstandort Berzdorfer See ein schlüssiges Gesamtkonzept aussehen kann. Diese Projekte waren auch im Nachhinein noch von Bedeutung. Allerdings wurden sie „auf ihren baulichen Kern reduziert und damit (wie vor der Bewerbung) zu eigenständigen klassischen Projekten der Stadterneuerung/-entwicklung und der Immobilien- bzw. Flächenverwertung“ (Liebmann und Fröhlich 2009, 257).

Auch in Görlitz fanden verschiedene Veranstaltungen<sup>9</sup> während des Bewerbungsprozesses statt, welche die Unterstützung der Unternehmerschaft und der Zivilgesellschaft ausdrückten (Altröck 2009, 70). Liebmann und Fröhlich (2009, 255) beschreiben dies als „enorme mobilisierende Kraft“ der Bewerbung, wodurch ein breiter Rückhalt in der Zivilgesellschaft und eine Unterstützung durch die lokale Wirtschaft erreicht wurde. Dennoch stand die Bewerbung von Görlitz auf finanziell wackeligen Beinen und wurde von „massiven Haushaltsproblemen der Stadt Görlitz überschattet“ (Altröck 2009, 70). Aus diesem Grund kommt Altröck (2009, 79) zu dem Ergebnis, dass Görlitz zwar während des Bewerbungsprozesses einen riesigen Aufmerksamkeitsgewinn verbuchen konnte, allerdings auch glücklich sein kann, ein solches Großereignis nicht ausrichten zu müssen. Für eine Mittelstadt in einem Schrumpfungsumfeld scheinen die Möglichkeiten eher begrenzt zu sein ein solches Großereignis mit internationaler Ausstrahlungskraft zu bewältigen.

Um die Wirkungen des Bewerbungsprozesses zu untersuchen betrachtete Altröck (2009, 79) die einzelnen Projekte und ihre Bedeutung sowie den Einfluss der Bewerbung auf das Verhältnis zwischen Stadtentwicklung und Kulturpolitik. Zusammenfassend kann

---

städtebaulicher Denkmalschutz (2003), die Bewerbung im Rahmen des Wettbewerbes T-City (2006/07) (Liebmann 2009, 254).

<sup>9</sup> „Zwischen 2001 bis 2003 gab es ca. 80 Informationsveranstaltungen, Bürgergespräche und fachübergreifende Dienstberatungen (z. B. in der Polizeidirektion) in den örtlichen Vereinen und Institutionen (z. B. Agentur für Arbeit, Pfarrkonvent), aber auch in den ansässigen Wirtschaftsunternehmen (Gastronomie, Stadtwerke, Siemens, Bombardier, die später zu Sponsoren wurden), um die Kulturhauptstadtbewerbung und ihre Projekte vorzustellen, darüber zu diskutieren und Ideen, Anregungen und Hinweise aufzunehmen und um Unterstützung zu werben.“ (Lück 2010, 62).

festgestellt werden, dass vor allem kulturelle Veranstaltungen durch die Institutionalisierung einer Nachfolge-Kulturhauptstadt-Bewerbungsorganisation weitergeführt werden konnten. Auch zählt Altröck (2009, 81) zu den wichtigsten Folgewirkungen in Görlitz den Zuschlag für eine Landesausstellung zum Thema „Via Regia“. Neben diesen Effekten fügt Liebmann und Fröhlich (2009, 258) die „wichtigen Netzwerkbeziehungen über die Stadtgrenzen hinaus“ hinzu, die im Zeitraum der Kulturhauptstadtbewerbung geknüpft und für weitere Entwicklung bedeutend sind. Auch die deutsch-polnische Annäherung während des Bewerbungsprozesses und die Lerneffekte bei ganz neuen Formen der Zusammenarbeit zählen zu den positiven Effekten, welche die Beobachter Altröck (2009) sowie Liebmann und Fröhlich (2009) feststellten.

Im Vergleich zu Görlitz wurde für die Stadt Kassel festgestellt, dass die Bewerbungsprojekte einer umfangreichen Sammlung von Ideen unterschiedlichster Kräfte entsprechen. Allerdings waren diese keinem übergreifenden Konzept zugeordnet und benötigten demzufolge auch keine Kulturhauptstadt (Altröck 2009, 75). Kassel nutzte den Bewerbungsprozess für interne Mobilisierungskampagnen und zur Vermarktung der Stadt mit überregionalem Charakter (Altröck 2009, 76). Altröck (2009, 84) kommt daraufhin zu der Erkenntnis, dass die Bewerbungserfahrung für Kassel als „äußerst positiver und stimulierender Prozess wahrgenommen [wurde], eine große Bandbreite von Aktivisten integrierte und diese zur eigenständigen Weiterqualifizierung ihrer Projekte anregte“. Diese Wirkungsrichtung zielte vor allem auf die Kasseler Bürger, die sich nach Altröck (2009) für ihre Stadt stark machten. Im Gegenzug dazu wurde die Kulturhauptstadtbewerbung von außen eher kritisch betrachtet und bewertet (Altröck 2009, 84). So urteilte der 3sat KulturTÜV, der alle Bewerberstädte genauer unter die Lupe nahm, negativ über die Bewerbung der Stadt Kassel. Bei der Betrachtung einzelner Projekte der Kulturhauptstadtbewerbung konnte Altröck (2009, 86) feststellen, dass vor allem Netzwerke wie das „Kulturnetz Kassel“ und das „Netzwerk Industriekultur Nordhessen“ auch nach dem Scheitern bestehen blieben und geplante Aktionen durchgeführt wurden. Neben diesen zivilgesellschaftlichen Effekten konnte auch der Bereich der „Qualifizierung der Museumslandschaft“ in Angriff genommen werden, was vor allem durch den 50. Geburtstag der documenta in Kassel begünstigt wurde. Durch die Kulturhauptstadtbewerbung waren somit Themen auf die Agenda der Stadtverwaltung gesetzt worden, die, wenn auch unter schwierigen Bedingungen, weiter diskutiert und so z. B. in Aufwertungsmaßnahmen der städtischen Sammlungen resultierten (Altröck 2009, 85).

Anhand der Erfahrungen aus Görlitz und Kassel wird deutlich, dass es ohne den Ressourcenhebel Kulturhauptstadt schwierig ist Prozesse weiter voranzutreiben. Der katalytische Effekt von Großereignissen fällt weg, für Planungen und Projekte wird ein längerfristiger Zeitraum bedeutsam. Nach Altröck (2009, 65) kann dies jedoch auch von Vorteil sein, da durch die Bewerbungsprozesse bereits Impulse generiert werden können und



die Risiken (z. B. Folgekosten von neugebauter Infrastruktur durch Unterauslastung) von Festivalisierungsstrategien vermieden werden.

Neben den Erkenntnissen aus den Städten vor Ort zieht der Deutsche Städtetag als Interessenvertreter von Städten und Kommunen ein durchweg positives Resümee aus dem Wettbewerb um die Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt in Deutschland. Es wird davon ausgegangen, dass die gescheiterten Bewerberstädte vor allem von den Strukturen, Konzepten und Ideen profitieren werden, die während des Bewerbungszeitraums geschaffen wurden (Weiss 2005, 9). So wird darauf hingewiesen, dass diese in gewissem Maße auch ohne die Ausrichtung umgesetzt werden können und den Städten die Chance bietet, zur Bereicherung des kulturellen Lebens beizutragen.

Ebenso zu den gescheiterten Beispielen zählt die erfolglose Olympiabewerbung der Stadt Stuttgart. Luca Kist (2006, 22) präsentierte Erkenntnisse der stadtpolitischen Gremien, die nach dem Scheitern der Bewerbung offensichtlich wurden. Dazu zählte, dass Stuttgarts Stadtimage unter der Bewerbungsniederlage eher gelitten hatte, als dass durch den Bewerbungsprozess eine Imageverbesserung eingetreten wäre. Allerdings konnte auf der Akteursebene ein positiver Veränderungsprozess festgestellt werden: Die Gründung einer Veranstaltungs-GmbH auf regionaler Basis und das Zusammenrücken in der Region stellten den Ausgangspunkt für die Akquisition weiterer Großveranstaltungen dar. Ebenso erfolgte ein Lernprozess über die Notwendigkeit eines Stadtentwicklungskonzeptes, damit gewährleistet werden kann, dass die Stadt ihre Funktion innerhalb der Region und für ihre eigene Bevölkerung erfüllen kann. Im Vergleich zur Strategie Bremen, welche die Kulturhauptstadtbewerbung als Mittel für ihre Zwecke einsetzte, hoffte Stuttgart eher darauf, dass die Olympischen Spiele selbst Wirkungen in der Stadt hervorrufen, von denen die Stadt profitieren kann ohne jedoch konkrete ressortübergreifende Vorstellungen von dem „danach“ zu haben.

Auch Leipzig scheiterte im Wettbewerb um die Ausrichtung der Olympischen Spiele, allerdings auf internationaler Ebene. Die Stadt war deutscher Kandidat und konkurrierte unter anderem mit Städten wie London, Madrid und New York. Durch das mehrstufige Auswahlverfahren des Internationalen Olympischen Komitees war der Bewerbungsprozess für Leipzig länger als für Stuttgart. Dieser zeitliche Aspekt und die damit verbundenen intensiven Vorbereitungen auf den internationalen Wettbewerb lassen einen Vergleich des Ausmaßes der Wirkungen zwischen Stuttgart und Leipzig kaum zu. Während in Stuttgart der Prozess bereits aufhörte ging es in Leipzig erst richtig los. Trotz des Scheitern der Olympiabewerbung sprechen Alexander Kaufmann und Oliver Weigel (2006, 19) von einem „olympischen Erbe“. Basierend auf den Zielsetzungen der Olympiabewerbungen versuchen sie eine Bilanz aufzustellen, um die Frage nach dem dauerhaften Nutzen oder Schaden für gescheiterte Bewerberstädte zu beantworten. Unmittelbar nach dem Scheitern wird durch das Bewerbungskomitee Leipzig 2012 GmbH verkündet, dass die Region trotzdem profitiert und an Identität gewonnen hat. Hauptsächlich ist dies

zurückzuführen auf das frühzeitig vereinbarte Olympia-Sofort-Programm zur Qualifizierung und Verbesserung der Sport- und Freizeitinfrastruktur (Kaufman und Weigel 2006, 21). Dadurch wurden in Leipzig und der Region Voraussetzungen zur Durchführung von Großveranstaltungen geschaffen. Ebenso wird angeführt, dass die Stadtverwaltung Leipzig durch den Bewerbungsprozess umfangreiche Erfahrungen zur Vorbereitung von Großveranstaltungen sammeln konnte (Kaufman und Weigel 2006, 21).

Neben gescheiterten Kulturhauptstadt- und Olympiabewerbungen stehen auch die gescheiterten Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft im Fokus von Betrachtungen. Die bisherige Perspektive, gescheiterte Großereignisse aus Sicht der Stadt(-verwaltung) zu betrachten, wird auf die Ausrichterorganisation den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft übertragen, der die Evaluierung des Formates Stadt der Wissenschaft in Auftrag gab. Nach fünfmaligem Ausrichten der Veranstaltung analysierten Stefanie Hohn und Clas Meyer (2010) sowohl erfolgreiche als auch gescheiterte Wettbewerber mit dem Ziel nachhaltige Effekte bei den Kommunen zu beobachten. Mit dem Format Stadt der Wissenschaft sollte Wissenschaft als strategischer Faktor für die Standortprofilierung genutzt, Netzwerke zwischen Wissenschaft, Kultur und Stadtverwaltung gestärkt und ein öffentlicher Dialog zur Wissenschaft angestoßen werden. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die Wettbewerbsteilnehmer in drei verschiedenen Kategorien eingeordnet werden können: Die Vorreiter – Die Teilnahme hatte wenig verstärkende Wirkung. Die Profiteure – Es wurden Impulse für die Standortprofilierung gegeben und 3. Die Nachzügler – Die Impulse der Bewerbung konnten nur in Maßen genutzt werden.

Die Evaluierung des Formates Stadt der Wissenschaft verdeutlicht, dass die Wirkungen der Bewerbungen vor allem an den Zielen der Ausrichterorganisation gemessen werden. Direkte Effekte wie das Institutionalisieren von Organisationsstrukturen oder das Umsetzen von Projekten auch ohne Titelgewinn zeigen wie Wissenschaft in den Städten durch den Wettbewerb sichtbar wurde und sich als Standortfaktor etablierte. Eine differenzierte Auseinandersetzung zwischen direkten, indirekten, positiven oder negativen bzw. langfristigen oder kurzfristigen Effekten wird in diesem Rahmen nicht durchgeführt. Ziel war es vielmehr, die möglichen positiven Wettbewerbseffekte aufzuzeigen und sie zu benennen (Hohn und Meyer 2010, 3).

Die hier vorgestellten Erkenntnisse zu gescheiterten Großereignisbewerbungen verschiedener Städte verdeutlichen auch deren unterschiedliche Bedeutung für die Städte. Fast ausschließlich wurden positive Effekte erfahren und selbst die negativ zu bewertenden Aspekte wurden als Potential für zukünftige Stadtentwicklungsprozesse interpretiert. Es wird meist der Versuch unternommen eine Bilanz aufzustellen oder die Frage zu beantworten, was der ganze Aufwand der Bewerbung eigentlich für die Stadt gebracht hat. Die Antworten fallen ganz unterschiedlich aus. Dies steht zum einen im Zusammenhang mit den verschiedenen Ausgangssituationen der Städte. Zum anderen hängt es von den verschiedenen Großereignistypen und den damit verbundenen Anforderungen an die

Städte ab. Die hier vorgestellten Analysen folgten keinem einheitlichen strukturellen Konzept, wodurch z. B. Wirkungsdimensionen, Wirkungszeiträume oder Bewertungsmaßstäbe abgesteckt werden können. Was für die eine Stadt eine positive Erfahrung war, konnte für die andere Stadt einen Image darstellen.

Auch konzentrierten sich die bisherigen Analysen gescheiterter Bewerbungsprozesse hauptsächlich auf den unmittelbaren Zeitraum danach, so dass zu längerfristigen Effekten bisher kaum eine Aussage getroffen werden konnte. Somit kann bisher auch noch keine Aussage getroffen werden, inwieweit Städte weitere Bewerbungen für Großereignisse anschließen und „somit die Vorarbeiten früherer Bewerbungen nutzen können“ (Altrock 2007, 722). Nach Altrock (2007, 725) „lassen sich völlig unterschiedliche Vorgehensweisen beobachten“, wenn der Umgang von Städten mit dem gescheiterten Bewerbungsprozess analysiert wird. Somit bleibt auch in diesem Zusammenhang offen, welche Muster oder gemeinsame Aspekte trotz unterschiedlichem Kontext für die Situation gescheiterter Bewerbungsprozesse auftreten.

Jedoch stellte der Bewerbungsprozess für alle Städte eine ganz besondere Situation dar und hob sich wesentlich vom Alltagsgeschäft der Stadtverwaltungen ab. Die Gemeinsamkeit jedes Bewerbungsprozesses, nämlich das Zusammenfinden von Akteuren zur Erarbeitung eines Bewerbungskonzeptes, zur Formulierung gemeinsamer Ziele und die Mobilisierung von Ressourcen zur Realisierung eines solchen Bewerbungskonzeptes, stellt für die meisten Städte eine Sondersituation dar. Dies lässt vermuten, dass die Erfahrungen, die im Umgang mit dem Scheitern zwangsläufig gemacht werden, ohne die Großereignisse nicht möglich gewesen wären. Für Stadtentwicklungsprozesse markieren sie somit einen bedeutenden Baustein, der Folgewirkungen einschließt.

### **3.1.3 Leistungswettbewerbe: Erfahrungen gescheiterter Städte**

In Ergänzung zu den Erkenntnissen aus der internationalen und nationalen Diskussion gescheiterter Großereignisbewerbungen soll nunmehr auf die Erfahrungen von Städten mit gescheiterten Städtewettbewerben eingegangen werden. Wie in Kapitel 2.1 deutlich wurde überschneidet sich das Begriffsverständnis von Großereignis und Städtewettbewerben. Ähnlich den Wettbewerben um die Ausrichtung von Großereignissen werden auch diese Leistungswettbewerbe von dezentralen Einheiten und übergeordneten Verfahren organisiert (Benz 2004, 5). Die Steuerung solcher Leistungswettbewerbe beruht auf Anreizen wie die Auszeichnung von Leistungen oder Lösungen. So werden in Deutschland Maßnahmen, die sogenannten „Best-Practices“, gefördert, die Wege für zukünftige Entwicklungen aufzeigen. Dabei ist für Benz (2004, 7) ausschlaggebend, dass durch Wettbewerbe Akteure mobilisiert und durch den Wettbewerbsdruck Kooperationen besser funktionieren können. Zurückzuführen ist diese Annahme auf die ökonomische Theorie, dass Wettbewerbe ideale Verfahren zur Entdeckung optimaler Lösungen sind, durch welche neue Ideen und Innovationen generiert werden können (Benz 2004, 8).

Auch für diese Wettbewerbe stellte sich die Frage, inwieweit der Wettbewerb Konsequenzen hat, wenn er nicht mit Erfolg, sozusagen ohne Einwerbung von Fördermitteln, verbunden ist. Benz (2004, 8) wagt eine Prognose, was mit den Regionen passiert, die in der Konkurrenz um Fördermittel unterliegen:

*Einerseits muss man mit Frustrationseffekten rechnen. Im BioRegio-Wettbewerb des Forschungsministeriums zeigte sich allerdings, dass auch in den nicht geförderten Regionen die begonnen Zusammenarbeit weitergeführt, zum Teil sogar intensiviert wurde. Niederlagen können also zur Solidarisierung der Akteure führen, welche dann die durch den Wettbewerb angestoßenen Initiativen erst recht fortsetzen. (Benz 2004, 8)*

Diesen Vermutungen wurde im Rahmen der Begleitforschungen zu den Förderprogrammen „InnoRegio“ und „Regionen Aktiv“ nachgegangen. Im Rahmen der Evaluierung des BMBF Förderprogrammes „InnoRegio“ wurde untersucht, „inwieweit die Teilnahme am InnoRegio-Wettbewerb zur Bildung oder zur Verstetigung von Innovationsnetzwerken beigetragen bzw. Aktivitäten bei den Beteiligten angestoßen oder gestärkt hat“ (BMBF 2005, 66). Es konnte herausgefunden werden, je konkreter die Initiativen bereits bei der Einreichung der Wettbewerbsunterlagen waren, desto höher war die Wahrscheinlichkeit, dass diese auch bei den nicht berücksichtigten Teilnehmern des InnoRegio-Wettbewerbes weitergeführt wurden. Die gescheiterten Teilnehmer konnten einen hohen Mobilisierungseffekt zur Aufstellung der Bewerbung bestätigen. Allerdings bemängelten sie auch den hohen Vorbereitungsaufwand solcher Wettbewerbsteilnahmen, der beim Scheitern Frustrationseffekte auslöst.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgten Silke Brocks und Katrin Weiß (2004), die der Evaluierung des Wettbewerbes „Regionen Aktiv“ die Perspektive auf die „Nicht-Gewinnerregionen“ hinzufügten. Ziel des Wettbewerbes, welcher 2001 vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) ausgelobt wurde, war es, „Konzepte zu entwickeln und Projekte umzusetzen, die aufzeigen, wie der ländliche Raum insgesamt zu stärken und wie Landwirtschaft zukünftig natur- und umweltverträglicher zu gestalten ist“ (Brocks und Weiß 2004, 6). Die Grundannahme von Brocks und Weiß (2004, 6) war, dass „eine Wettbewerbsteilnahme [...] viel zeitlichen und finanziellen Einsatz verlangt und der Planungsprozess als Weg zur Erarbeitung von Leitbildern, Orientierungsrahmen [...] an Bedeutung gegenüber fertigen Plandokumenten gewinnt und somit eine Basis für die weitere Zusammenarbeit in der Region ist und diese sogar weiter stärkt.“ Anhand einer telefonischen Befragung der ehemaligen Wettbewerbsteilnehmer konnte diese Annahme bestätigt werden: Die Mehrzahl der ehemaligen Wettbewerbsteilnehmer führten die Kooperationsprozesse weiter, wovon sich sogar einige institutionalisierten. Den neu entstandenen Partnerschaften hatte der Bewerbungsprozess so z. B. den Weg in die Zusammenarbeit gezeigt. Allerdings konnte in manchen Fällen auch Motivationsverluste festgestellt werden, die durch die Enttäuschung am Scheitern hervorgerufen worden waren.

Zusammenfassend wurde für den Wettbewerb „Regionen Aktiv“ beobachtet, dass der Wettbewerb ein Instrument war, um mehrere Akteure an einen Tisch zu holen und frischen Wind in bereits bestehende Kooperationen zu bringen. Die Wettbewerbsteilnahme galt als Basis für die Weiterarbeit und ermöglichte einen Lern- und Erfahrungsprozess bei den Beteiligten. Diese Wirkungen konnten vor allem der Akteursebene zugeordnet werden, welche die These von Benz (2004, 7) stützt, dass Wettbewerbe vor allem einen stärkeren Zusammenarbeit der regionalen Akteure unterstützt. Allerdings mangelt es bisher generell an systematischen Untersuchungen zu Wirkungen von Governance durch Wettbewerbe (Tränkner 2006, 216). Dabei ist zu bedenken, dass nicht zwangsläufig Lernprozesse oder das Entstehen von Innovationen durch Wettbewerbe hervorgerufen werden. Ebenso können durch das Fehlen neuer Akteure Innovationen verhindert oder nur ein zeitlich begrenzter Impuls ausgelöst werden. Ebenso führen nach Sebastian Tränkner (2006, 216) Frustrationseffekte der Verlierer dazu, dass angestoßene Entwicklungsprozesse nicht fortgesetzt oder nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich werden.

Auch im europäischen Kontext sind Städtewettbewerbe für Strukturentwicklungsprogramme von Bedeutung. Die Effekte solcher Wettbewerbe um Entwicklungsprogramme in Schottland haben Peter Taylor, Ivan Turok und Anne Hastings (2001) untersucht. Strukturentwicklungsprogramme gelten dort als Instrument, um finanzielle Ressourcen einzuwerben und Stadtrevitalisierungen anzustoßen. Um Effekte des Bewerbungsprozesses auf die Teilnehmerregionen erklären zu können betrachteten die Autoren sowohl die Ausgangsbedingungen vor dem Wettbewerb als auch den Bewerbungsprozess und die anschließenden Projekte der Wettbewerbsakteure. Dabei wurde angenommen, dass die sozioökonomische und institutionelle Situation vor Ort wesentlichen Einfluss auf den Umgang mit dem Scheitern hat. Auf Basis einer postalischen und persönlichen Befragung der ehemaligen Wettbewerbsteilnehmer wurde geschlussfolgert, dass sich der Bewerbungsprozess vor allem dann stimulierend auf Partnerschaften ausgewirkt hatte und diese weitergeführt wurden, wenn die Wettbewerbsanforderungen am besten zur Ausgangssituation passten (Taylor et al. 2001, 50). So scheiterte zwar der Bewerbungsprozess, doch „the bidding might prompt new initiatives which would continue afterwards“ (Taylor et al. 2001, 50). Für andere Fälle konnte festgestellt werden, dass Partnerschaften lose weitergeführt und einige Projekte umgesetzt wurden. Allerdings konnten sie auch Fälle beobachten, deren Partnerschaften sich nach dem Scheitern auflösten und die sich von Wettbewerben zukünftig fernhalten wollten.

Taylor, Turok und Hastings (2001, 61) konnten zwar diese verschiedenen Wirkungsrichtungen feststellen kamen aber zusammenfassend zu der Erkenntnis, dass für die Mehrheit der untersuchten Gebiete kein wirklicher Stimulus durch den Bewerbungsprozess auf die partnerschaftlichen Aktivitäten zu Stadtentwicklungsprozessen nachgewiesen werden konnte. Der Fakt, die finanziellen Ressourcen nicht eingeworben zu haben, brachte viele

Projekte nicht zur Umsetzung. Dennoch besteht bei der Mehrheit der Befragten die Hoffnung Vorteile durch die gescheiterte Erfahrung zu erhalten. Allerdings kann dies durch eine Art Alternativlosigkeit erklärt werden. Die Gemeinden können es sich schlichtweg nicht leisten, die Chance auf Fördermittel durch den Wettbewerb zu ignorieren (Taylor et al. 2001, 59).

### **3.2 Konzepte und Erfahrungen zum Wettbewerb und Scheitern**

Um das Forschungsinteresse an der Thematik „gescheiterte Großereignisbewerbungen“ zu betonen und theoretisch zu unterlegen werden nun Annahmen und Zusammenhänge aus der ökonomischen Theorie des "Rent-Seeking" und den Sozialwissenschaften unterstützend hinzugezogen.

#### **3.2.1 Der Wettbewerb um Privilegien: Die Theorie des Rent-seeking**

Das Verständnis des Wettbewerbs um Privilegien aus der Rent-Seeking-Theorie stellt eine ähnliche Situation wie der Städtewettbewerb um die Ausrichtung von Großereignissen dar. Dabei wird unter „rent-seeking“<sup>10</sup> das Verhalten eines Wirtschaftssubjektes verstanden, welches in etwas investiert das weder die Produktivität erhöht noch absenkt, sondern sein Einkommen durch den Erhalt von Privilegien vermehrt (Bartsch und Thomas 1993, 1). Dies kann z. B. durch den staatlichen Erhalt von Monopolen oder Lizenzen geschehen, welches die Wettbewerbsposition des Wirtschaftssubjektes maßgeblich beeinflusst und zur Erhöhung des Einkommens beiträgt. Die getätigten Investitionen zielen darauf ab die staatliche Vergabe solcher Privilegien zu beeinflussen.

Gordon Tullock (1967) hat herausgefunden, dass die Konkurrenz um Privilegien Wohlfahrtsverluste hervorruft (Bartsch und Thomas 1993, 1). Die Aussicht Zugang zu solchen Privilegien zu haben lassen mehrere Wirtschaftssubjekte in den Wettbewerb treten. Sie investieren Ressourcen, um den Staat bei der Vergabe von Monopolrechten davon zu überzeugen als Empfänger ausgewählt zu werden. Dies ist dem Verständnis des „bidding“ ähnlich, welcher im Kontext der Großereignisse benutzt wird und worunter die Abgabe eines Angebotes verstanden wird. Ähnlich wie beim Wettbewerb um Großereignisse gibt es auch beim Rent-seeking nur einen Gewinner und viele Verlierer. Die investierten Ressourcen des Wirtschaftssubjektes, welches keinen Zuschlag erhalten hat, sind verloren. Der Wohlfahrtsverlust entsteht dabei, weil die Ressourcen der erfolglosen Wirtschaftssubjekte nicht in produktive Verfahren eingesetzt werden konnten. Die Entscheidung, Ressourcen zu investieren, wird durch den Fakt beeinflusst, dass das Wirtschaftssubjekt im Erfolgsfall eine Rente erhält, die über dem Erlös liegt, welches die investierte Ressource in einer Alternativverwendung eingebracht hätte (Bartsch und Thomas 1993,

---

<sup>10</sup> Der Begriff des „Rent-Seeking“ ist auf die Ökonomin Anne O. Krueger (1974) zurückzuführen. Ähnlich wie Gordon Tullock (1967) geht sie davon aus, dass „Competitive-Rent-Seeking“ um wichtige Lizenzen Wohlfahrtskosten bedingen (Bartsch und Thomas 1993, 1).

1). Das Risiko leer aus dem Wettbewerb zu gehen ist zwar vorhanden, allerdings ist die Verlockung des Mehrwertes der investierten Ressource handlungsentscheidender.

Übertragen auf die Situation der Städte bedeutet dies, dass im Konkurrenzkampf um die Ausrichtung von Großereignissen ebenso Wohlfahrtsverluste entstehen. Die investierten Ressourcen für das Bewerbungsbuch und die bewerbungsbegleitenden Aktivitäten wurden nicht direkt in Städteinfrastruktur oder Marketingmaßnahmen gesteckt, sondern über den Umweg „Wettbewerb“ mit diesen Zielen ausgegeben<sup>11</sup>. Die Privilegien stellen im Fall der Städte die Vorstellung auf die Beschleunigung von Entwicklungsprozessen durch die Ausrichtung des Großereignisses dar. Planungsentscheidungen müssen schneller getroffen, Infrastruktur bis zu einem extern festgelegten Termin realisiert werden. Nicht zu vernachlässigen ist die mediale Aufmerksamkeit und die damit verbundene Innen- und Außenwirkung, die ein Großereignis auf die Ausrichterstadt hat. Kommt es zur Ausrichtung des Großereignisses bedeutet dies für die investierten Ressourcen im Bewerbungsprozess, dass größere Effekte hervorgerufen werden, als wenn direkt in Marketing der Infrastrukturmaßnahmen investiert worden wäre. Im Falle der Verliererstädte ist auf den ersten Blick die Investition in den Wettbewerb verschwunden. Die Investition in diesen Wettbewerb war nicht erfolgreich. Das Ziel Ausrichterstadt zu werden wurde nicht erreicht. Wird das Verständnis der Rent-Seeking-Theorie übertragen stellen auch die Investitionen der Verliererstädte Wohlfahrtsverluste dar. Anne O. Krueger (1974, 302) und Tullock (1980, 104 zitiert nach Bartsch und Thomas 1993, 6) haben herausgefunden, dass zur Reduzierung der Wohlfahrtsverluste die Rent-Seeking-Ausgaben durch eine Begrenzung der Spielerzahl gering gehalten werden sollten. Dies bedeutet: Je weniger Wirtschaftssubjekte um Privilegien konkurrieren, desto geringer sind die investierten Ressourcen und damit auch die Wohlfahrtsverluste. Auf die Situation der Städte übertragen bedeutet dies, dass die Wettbewerbe mit einer hohen Anzahl an Bewerberstädten, hohe Ausgaben im Bewerbungsprozess hervorrufen. Je mehr Bewerber, desto mehr investieren die Städte.

### **3.2.2 Der Weg zum Erfolg: Scheitern im Verständnis der Sozialwissenschaften**

Der aktuelle Stand der Diskussion in den Sozialwissenschaften zur Annäherung an den Begriff „Scheitern“ brachte hervor, dass eine genaue begriffliche Abgrenzung und eine empirische Beschreibung bisher unzureichend ist (Leibniz Universität Hannover 2011, 1). Scheitern scheint ein mannigfaltiger Begriff zu sein, der sich z. B. in Form von Verlierern eines Wettkampfes, als unternehmerische Insolvenz, der Dritten Welt oder die Falsifikation in der Wissenschaftstheorie ausdrückt (Leibniz Universität Hannover, 4). Der Duden

---

<sup>11</sup> “Moreover, bidding for such major events often entails considerable public cost (...) this public expenditure is often not subject to public debate and accountability. (...) However significant financial and personnel resource was expended in the bidding proves“ (Jones 2001, 242).

gibt als Bedeutung für das Wort „Scheitern“ an, dass ein Ziel nicht erreicht wurde, der Erfolg nicht gelungen oder etwas missglückt bzw. fehlgeschlagen ist. Die gegensätzliche Darstellung zu typisch positiv besetzten Worten wie Erfolg und Glück verdeutlicht die grundsätzlich negative Behaftung des Wortes „Scheitern“. Für Joke Marijke van der Klis (2010, 16), die sich mit der gescheiterten Situation von Lebensentwürfen beschäftigt hat, wird diese grundsätzlich negative Konnotation durch die Endgültigkeit des Begriffes verstärkt. Scheitern wird für die unterschiedlichsten Lebenssituationen benutzt, obwohl es denkbar wäre, zwischen kurzfristigem, zeitlich begrenztem, länger währendem oder dauerhaftem Scheitern zu unterscheiden.

Der Kontrast zwischen Scheitern und Erfolg ist der Ausgangspunkt, warum sich die Sozialwissenschaften mit dem Thema „Scheitern“ auseinandersetzen. Dabei steht das Interesse im Vordergrund, dass die Erkenntnisse zum Verständnis von „Scheitern“ zur Bestimmung des Erfolgs beitragen (Leibniz Universität Hannover 2011, 1). Im Folgenden werden aus zwei wissenschaftlichen Disziplinen Erfahrungen und Erkenntnisse zum Thema Scheitern exemplarisch diskutiert. Zum einen ist dies die Soziologie, die sich dafür interessiert die Gesellschaft zu verbessern und wegen des Erfolges am Scheitern interessiert ist (Leibniz Universität Hannover 2011, 1). Zum anderen ist dies die ökonomische Organisationstheorie, welche aus der Perspektive der Organisation „den bevorzugten Rahmen für die Beobachtung des Scheiterns (Leibniz Universität Hannover 2011, 6)“ darstellt.

### **Soziologie**

Im Forschungsfokus der Soziologie liegt das Verstehen und Erklären des Handelns und Agierens von Akteuren in der sozialen Welt. Das Primärziel der Soziologie ist nach Jeff Malpas und Gary Wickham (1995, 38) die gesellschaftlichen Aktivitäten zu verbessern, um erfolgreicher bei der Bewältigung der vielen unterschiedlichen Projekte zu sein, für die sich Akteure engagieren. Es liegt nahe, dass bei dem Versuch immer besser zu werden, ebenso der Fall eintreten kann auch weniger erfolgreich zu sein. Malpas und Wickham (1995) kritisieren den bisher einseitigen Ansatz in der Soziologie den Fokus des Interesses fast ausschließlich auf den sozialen Gesetzmäßigkeiten zur Verbesserung der Gesellschaft zu richten (Leibniz Universität Hannover, 1). Sie setzen den Begriff Scheitern in den Kontext von Projekten und erklären das Scheitern als eine Konsequenz, die aus der notwendigen Unvollständigkeit von Projekten hervorgeht. Projekte im Sinne der Soziologie stellen Fragmente des sozialen Lebens dar, die zum besseren Verständnis in einen größeren Kontext gesetzt werden müssen. Malpas und Wickham (1995, 39) argumentieren demnach, je größer diese Projekte werden, desto höher ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie scheitern.

Auch Götz Junge (2004) und Matthias Lechner (2004) stellten sich der Frage nach dem Scheitern und dessen Bedeutung. Lechner (2004) versucht anhand eines historisch geprägten Vorgehens dem Verständnis von Scheitern nachzugehen und verbindet dies mit



dem Absoluten, dem Scheitern eines Helden durch den Tod. Lechner (2004, 40) sieht aber eine Entwicklung im Begriffsverständnis und verbindet diese mit der „Erfindung“ der Humanwissenschaften, durch die dem menschlichen Handeln wissenschaftliche Aufmerksamkeit zukommt. Damit wird „Misserfolg zum graduellen Erfolg, absolutes Scheitern ein Opfer der Relationierung“ (Lechner 2004, 40). Dies bedeutet, dass sich das individuelle Handeln am Erfolg orientiert und das Scheitern seine „kathartische Funktion“ verliert (Lechner 2004, 41). Scheitern ist dann allgegenwärtig und nicht bedrohlich, da es jeden und zu jeder Zeit treffen kann, ob es sich nun um das „Scheitern eines Weltbildes, das Scheitern am Arbeitsmarkt oder schlichter und allgemein um ökonomisches Scheitern handelt“ (Lechner 2004, 45).

Junge (2004, 16) differenziert ähnlich und unterscheidet zwischen temporärem graduellen Scheitern, welches weiteres Handeln möglich macht und dauerhaftem absoluten Scheitern, welches weiteres Handeln unmöglich werden lässt. Für ihn stellt das „Handeln“ den Rahmen zum Verständnis von Scheitern dar. So sieht Junge (2004) die Funktion des Handelns als Versuch, Scheitern zu vermeiden bzw. Scheitern zu bewältigen. Bei seiner Beschäftigung mit dem Phänomen Scheitern stellt Junge (2004, 18) fest, dass Scheitern „konzeptionell unausgearbeitet [...] und nur als ein negativer Abgrenzungsbegriff für Handeln fungiert“. Junge (2004, 18) untersuchte verschiedene soziologische Theorien und ihre Relationen zum Scheitern. Einen expliziten Zusammenhang zum Scheitern konnte er vor allem in „Poppers wissenschaftstheoretischen Arbeiten zum Falsifikationismus“ herstellen. Dabei trägt Scheitern nach Popper zum Erkenntnisprozess bei, da nur „über das Scheitern die Entwicklung von Theorien möglich ist“ (Junge 2004, 22). Dies bedeutet, dass Scheitern die „notwendige Voraussetzung für systematisches Erkenntnis-handeln“ ist.

### **Ökonomische Organisationstheorie**

Das Scheitern von Projekten ist für viele Organisationen eine Alltagserfahrung, ob als misslungenes Forschungsexperiment oder als die nicht erfolgreiche Einführung eines neuen Produktes. Kamel Mellahi und Adrian Wilkinson (2004, 21) stellten fest, dass es zwar einen breiten Konsens über die Bedeutung des Scheiterns für die Organisation gibt, allerdings kaum eine genaue Vorstellung, was eigentlich unter Scheitern verstanden wird. Die Autoren kritisieren, dass das Verständnis von "Organizational Failure" bisher nur von einzelnen Perspektiven diskutiert wurde und schlagen einen integrativen Betrachtungsansatz vor. Dabei sollen sowohl externe Faktoren (z. B. gesellschaftliche Veränderungen), Organisationsinterne Faktoren (Management), psychologische Faktoren (betriebliche Wahrnehmungen) und die betriebliche Umwelt (Konzentration ähnlicher Betriebe) einbezogen werden, um Scheitern zu erklären. Für die gescheiterten Bewerbungen um die Ausrichtung von Großereignissen lässt sich aus diesen Erkenntnissen ableiten, dass eine Vielzahl von Variablen die Tatsache bestimmen, dass die Bewerbung nicht zum Erfolg geführt hat. So reduziert z. B. eine Vielzahl von Bewerbern die Wahrscheinlichkeit,

der Gewinner zu werden und die aktuellen politischen Prämissen können die Auswahl der Ausrichterstadt beeinflussen. Städtische Finanzprobleme führen aufgrund struktureller Veränderungen vor Ort zum Zurückziehen der Bewerbung.

Aus der ökonomischen Perspektive der Organisationstheorie wird Scheitern als eine wichtige Erfahrung angesehen, durch die gelernt wird. Dieses neu erworbene Wissen trägt nach Dean A. Shepherd et al. (2011, 1229) zur Verbesserung der Prozesse und Strukturen der Organisation bei. Der Autor geht davon aus, dass Mitglieder einer Organisation eher vom Scheitern lernen als vom Erfolg. Auf Basis psychologischer Theorien zum Umgang mit Verlust wird Scheitern zum einen als Lernprozess und zum anderen als Beitrag zur Verbesserung der Organisation angesehen. Dabei wurde mit einbezogen, dass durch das Scheitern zwar ein Lernprozess stattgefunden hat, jedoch dieser durch die negativen Emotionen während des „Scheiterns“ geschwächt werden kann. Shepherd et al. (2011, 1231) fanden heraus, dass es durch das Stigma des „Scheiterns“ für die meisten Organisationen immer noch schwierig ist, aus dem Scheitern zu lernen und dies als Quelle zur Wissensgenerierung zu verstehen. Der Lernprozess findet nicht unmittelbar und automatisch statt. Zum einen braucht es Zeit, um mit den Erfahrungen des Scheiterns umzugehen. Zum anderen hängt die Bewältigung des Misserfolges mit dem individuellen Charakter der Mitglieder der Organisation zusammen.

Die verhaltenswissenschaftliche Organisationstheorie und die anwendungsorientierte Managementforschung greifen Erkenntnisse aus der Motivationsforschung auf (Conrad 2007, 3). Diese beschäftigt sich als Teilgebiet der Psychologie damit, was sich förderlich oder hinderlich auf die Handlungen nach dem Misserfolg auswirkt. Joachim C. Brunstein (1995, 4) nimmt an, dass Misserfolg „nur dann intensive Nachwirkungen auf Motivation und Handeln erzielt, wenn er für ein übergeordnetes Ziel relevant ist. So konnte Brunstein (1995, 121) herausfinden, dass motivierende Effekte eintreten, wenn das zu erreichende Ziel (z. B. die Ausrichtung des Großereignisses) verbindlich ist (z. B. als Meilenstein zur Realisierung eines Leitbildprozesses) und sich erneut die Möglichkeit bietet, die Kompetenz zu präsentieren (z. B. die erneute Teilnahme an einem Wettbewerb). „Fehlt die Bindung an ein Oberziel, lösen Misserfolg kein Streben nach Ersatz aus (Brunstein 1995, 122).“ Im übertragenen Sinne bedeutet dies für die Städte, wenn das Großereignis selbst bzw. verwandte Projektstrategien nicht die Legitimation durch ein Konzept, eine Entscheidung oder Strategie durch die Mehrheit in der Stadt darstellen kann wird kaum der Versuch erfolgen sich noch einmal dafür zu bewerben. Brunstein (1995) konnte in Experimenten zur Festlegung von Indikatoren zur Zieldefinition feststellen, dass „Studenten, die sich ihrem beruflichen Ziel verpflichtet fühlten, nach Misserfolgen keine Selbstzweifel hegten, sondern bekräftigten ihre Eignung und Kompetenz für den angestrebten Beruf (1995, 123)“. In dem Zusammenhang spielt es eine Rolle, ob es eine weitere Möglichkeit zur Präsentation des eigenen Könnens geben wird. Für die hier untersuchte Situation, stellt die Konzentration zahlreicher nationaler und internationaler Großereignisse die Ge-

legenheiten dafür dar. Dann tritt wiederum die Situation auf, dass der Schwierigkeitsgrad einer Aufgabe nach einem Misserfolg höher als zuvor erscheint und damit der Anstrengungseinsatz erhöht wird. Es kann also angenommen werden, dass beim zweiten bzw. dritten Versuch, ein Großereignis auszurichten, der Bewerbungsprozess intensiver ausgestattet und durch höheren Ressourcenverbrauch zu kennzeichnen ist. Auf der anderen Seite kann der Fall eintreten, dass durch Misserfolge Vermeidungsstrategien auftreten, besonders dann, wenn eine geringe Verpflichtung zum Gesamtziel vorhanden ist. Dann würde sich die Stadt nicht für ein weiteres Großereignis bewerben, sondern andere Projekte in den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten setzen.

### **3.3 Zwischenfazit: Abgeleiteter Forschungsbedarf und Forschungsfragen**

Vor dem Hintergrund, dass zwischen 2000 und 2010 zahlreiche Städte in Deutschland mehrmalig mit Bewerbungsprozessen für die Ausrichtung von Großereignissen scheiterten war von Bedeutung wie sich der bisherige Stand der Forschung zu diesem Phänomen darstellt. Während sich die internationale Diskussion vor allem auf gescheiterte Olympiabewerbungen konzentriert wird die Diskussion in Deutschland von wenigen planungspraktischen und planungstheoretischen Erfahrungen zu einzelnen gescheiterten Großereignisbewerbungen beherrscht. Das Forschungsinteresse richtet sich generell auf Effekte, welche bereits der Bewerbungsprozess in den Städten ausgelöst hat. Die internationalen Forschungsarbeiten konzentrieren sich vor allem auf spezifische thematische Wirkungsrichtungen. So wurden vor allem die unmittelbaren infrastrukturellen Effekte analysiert, die während des Bewerbungsprozesses auftraten oder dadurch initiiert wurden. Im Rahmen der nationalen Diskussion wurde dagegen ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt. So steht mehr die Frage im Mittelpunkt, was der gescheiterte Bewerbungsprozess in der Stadt ausgelöst hat. Aus methodischer Perspektive eint die bisherigen Studien, dass es sich um qualitativ durchgeführte Analysen zu Einzelfällen handelt.

Bisher standen Städte, die mehrmals mit Großereignisbewerbungen scheiterten, nicht im Fokus der Betrachtung. Vor allem die Situation, dass Städte sich für ganz unterschiedliche Großereignisse innerhalb eines kurzen Zeitraumes bewarben wurde bisher nicht thematisiert. Daraus ergab sich das Forschungsinteresse für diese Arbeit, diejenigen Städte zu untersuchen, die mehrmals mit Großereignisbewerbungen scheiterten. Diese Städte mobilisierten und investierten wiederholt Ressourcen um den Bewerbungsprozess zu gestalten, ein Bewerbungsbuch aufzustellen und unterstützende Maßnahmen zur Vorbereitung auf das potentielle Großereignis durchzuführen. Nach dem Scheitern der Bewerbungsprozesse stellt sich die Frage, welche Bedeutung diese für die Städte hatten. Vor dem anhaltenden Trend sich für Großereignisse zu bewerben ist dies nicht nur von Interesse für gescheiterte Städte, sondern auch für die Städte, die sich zukünftig für Großereignisse bewerben wollen.

Die folgenden Forschungsfragen werden die Analyse mehrfach gescheiterter Städte strukturieren. Kennzeichnend ist, dass sich die Forschungsfragen sowohl auf die Zeit der Bewerbungsprozesse, als auch auf die Zeit danach beziehen. Somit kann zwischen unmittelbaren und langfristigen Effekten gescheiterter Großereignisbewerbungen unterschieden werden. Bei Städten mit mehreren gescheiterten Großereignisbewerbungen stellt sich zuerst die Frage:

**1. Inwieweit bestand ein Zusammenhang zwischen den verschiedenen Großereignisbewerbungen einer Stadt?**

Das Beispiel der Olympiabewerbungen Manchesters und die Erkenntnisse aus Kapitel 3.1.3 zu gescheiterten Leistungswettbewerben zeigten, dass die Erfahrung des Scheiterns für nachfolgende Großereignisbewerbungen bzw. weitere Leistungswettbewerbe, von Bedeutung war. Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass ehemalige Wettbewerbserfahrungen, Folgebewerbungen beeinflussen und die Großereignisbewerbungen einer Stadt miteinander im Zusammenhang stehen. Erkenntnisse über die Projektorganisation, die beteiligten Akteure und die jeweiligen Zielsetzungen der Großereignisbewerbungen sollen Aufschluss darüber geben. Um diese Forschungsfrage beantworten und die Analyse vorbereiten zu können werden in Kapitel 4.1.2 Großereignisse als Projekte und die organisationstheoretischen Merkmale von Projekten diskutiert.

**2. In welchem Zusammenhang standen die gescheiterten Großereignisbewerbungen und die Stadtentwicklungsprozesse vor Ort?**

Die Studien zu gescheiterten Großereignisbewerbungen haben gezeigt, dass diese häufig in unmittelbarem Zusammenhang zu Stadtentwicklungsprozessen gestanden haben. Für Manchester war charakteristisch, dass die Olympiabewerbung auf die Verbesserung der sportlichen Infrastruktur in der Stadt sowie auf die Schärfung des Profils einer „Sportstadt“ abzielte. Kassel beabsichtigte mit der Kulturhauptstadtbewerbung die Bürgeridentifikation zu verbessern und das Image einer Kulturstadt überregional zu präsentieren. Dabei war die Sondersituation, die solch ein Vorhaben in der jeweiligen Stadt meist darstellte, förderlich, um Akteure zu mobilisieren gemeinsame Zielsetzungen zu formulieren und eine Bewerbungskonzeption aufzustellen. Um dies wiederholt zu erreichen wird davon ausgegangen, dass Städte mit Großereignissen weit mehr erreichen wollen, als diese „nur“ stattfinden zu lassen. Der Vergleich der Zielsetzungen und der zum Teil konkreten Projektvorschläge der Bewerbungsdokumente mit Stadtentwicklungskonzeptionen vor Ort, soll Aufschluss dazu geben. Um die empirische Analyse zur Beantwortung dieser Forschungsfrage vorzubereiten wurden in Kapitel 4.1.1 Großereignisse als Reaktion auf städtischen Wandel diskutiert.

Nachdem sich die ersten beiden Forschungsfragen direkt auf die Bewerbungsprozesse richten, zielen die folgenden Forschungsfragen auf die Zeit nach dem gescheiterten Bewerbungsprozess ab.

### **3. Welche Effekte riefen gescheiterte Großereignisbewerbungen in unterschiedlichen Städten hervor?**

Vor dem Hintergrund der diskutierten Einzelfallstudien und den Erkenntnissen zum theoretischen Verständnis von Scheitern und Wettbewerb kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass die gescheiterten Großereignisbewerbungen Effekte hervorrufen. Die bisherigen Erkenntnisse dazu konzentrieren sich vor allem auf die Themenbereiche Infrastruktur, Gesellschaft und Politik. Diese Kategorien stellen den Ausgangspunkt der zu erwartenden Effekte dar, wobei davon ausgegangen wird, dass auch Effekte in anderen Bereichen auftreten können. Da bisher kaum konzeptionelle Erkenntnisse zu Wirkungsweisen gescheiterter Großereignisbewerbungen vorhanden sind werden unterstützend zur Beantwortung der Forschungsfrage im Kapitel 4.2. die vielfältigen Wirkungsweisen von stattgefundenen Großereignissen und deren theoretischen Strukturierungsansätze vorgestellt. Die Analyse von mehreren Fallstudien soll die bisherige Einzelfallbetrachtung erweitern und verschiedene Ausprägungen nachzeichnen.

Es besteht weiterer Forschungsbedarf über die Einflussfaktoren, welche die Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen bestimmen. Aus diesem Grund steht das Beantworten der folgenden Forschungsfrage ebenso im Zentrum der Arbeit:

### **4. Worauf lässt sich das Auftreten der Effekte zurückführen?**

Die Beantwortung dieser Frage soll dazu beitragen, die positiven und negativen Effekte der gescheiterten Großereignisbewerbungen den jeweiligen Verursachern zuzuordnen. Dies ist von besonderer Bedeutung, um von den Erfahrungen der mehrfachgescheiterten Städte, Anregungen für zukünftige Bewerberstädte geben zu können. Durch das Erkennen von Zusammenhängen zwischen Effekten und Verursachern wird der Versuch unternommen, Muster und Regelmäßigkeiten aufzudecken, die eine Planbarkeit und damit das Beeinflussen der Effekte im Falle einer gescheiterten Großereignisbewerbung ermöglichen.

Vor dem Hintergrund, dass sich die Städte für verschiedene Großereignisformate bewerben haben kann davon ausgegangen werden, dass dieser Aspekt Einfluss auf die Art und Intensität der Effekte hat. So erfordert der Bewerbungsprozess für die Olympischen Spiele eine ganz andere Vorbereitung, als der für eine Bundesgartenschau. Neben dem Großereignis selbst können auch die Stadt und ihre Situation selbst ausschlaggebend für die Effekte von gescheiterten Großereignissen sein. Dies lässt bereits die Unterschiedlichkeit in Bezug auf die verschiedenen Strukturmerkmale vermuten. So sind sowohl große wachsende Großstädte am Wettbewerb um die Ausrichtung von Großereignissen beteiligt, als auch kleinere schrumpfende Großstädte. Damit einhergehend lassen sich unterschiedliche Zielsetzungen vermuten, warum die Städte um Großereignisse konkurrieren. Neben der städtischen Situation und den unterschiedlichen Großereignisformaten stellt der Bewerbungsprozess selbst auch einen Aspekt dar, der einflussgebend auf die

Effekte der gescheiterten Bewerbungen sein kann. Diese Annahme baut auf den Erkenntnissen zu den in Kapitel 3.1 diskutierten Erkenntnissen zu gescheiterten Großereignis- und Leistungswettbewerben auf. Dabei konnte festgestellt werden, dass vor allem die Städte Bewerbungsprojekte umsetzen konnten, je konkreter diese bereits in den Bewerbungsdokumenten formuliert worden waren. Auch wurde erkannt, dass die Bewerbungsprozesse verschiedene Akteure mobilisierte und damit Basis für weitere Vorhaben schaffte. Wie die unmittelbaren Effekte solcher gescheiterten Projektbewerbungen dann tatsächlich in den Städten auftraten war vor allem von der Situation vor Ort abhängig, in der sich die Stadt zum Zeitpunkt der Bewerbung befand. Projekte, die vorher bereits in der Schublade gelegen hatten oder Erfahrungen mit Bewerbungsprozessen waren Faktoren, die auch Einfluss auf die Art und das Maß der Effekte hatten. Inwieweit diese Erfahrungen übertragbar auf das Phänomen gescheiterter Großereignisse sind wird die Beantwortung dieser Forschungsfrage zeigen.

## 4 Konzeptioneller Rahmen

Der derzeitige Stand der Forschung zu gescheiterten Großereignisbewerbungen von Städten zeigt, dass die Popularität von Großereignissen für die Städte in engem Zusammenhang mit ihrem Charakter als Projekt und den vorherrschenden Herausforderungen der Stadtentwicklung vor Ort standen. Aus diesem Grund werden im Folgenden Thesen und Annahmen zu Großereignissen und ihrer Funktion für Stadtentwicklungsprozesse diskutiert. Zum einen geschieht dies aus der Perspektive der Situationen, in denen sich die Städte zum Zeitpunkt der Ausrichtung des Großereignisses befanden. Zum anderen aus der Perspektive des Planungsinstrumentes „Projekt“, welches zur Steuerung von Stadtentwicklungsprozessen von Bedeutung ist. Dies soll dazu beitragen, dass Phänomene Großereignis und damit die Motivation der Städte, sich immer wieder dafür zu bewerben, besser zu verstehen. Ebenso ist von Interesse, welche theoretischen und empirischen Erkenntnisse zu Effekten erfolgreich durchgeführter Großereignisse bisher existieren. Dies soll dazu beitragen, die Analyse der Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen zu strukturieren und vorzubereiten.

### 4.1 Großereignisse als Projekte im Kontext von Stadtentwicklungsprozessen

Zu Beginn der 1990er Jahre beobachteten Häußermann und Siebel (1994, 33) die auffälligen Zunahme spektakulärer Projekte<sup>12</sup> in der Stadt- und Regionalpolitik und damit einen generellen Wandel in den Politikformen auf lokaler und regionaler Ebene. Durch die Verbindung der verschiedenen Phasen der Stadtentwicklung mit dem unterschiedlichen politischen Vorgehen in der Stadt- und Regionalentwicklung stellten sie einen Zusammenhang zwischen den jeweilig vorherrschenden Problemen und den Politiktypen der Stadtentwicklung her.

So ist nach Hans Heuer (1975, 39) die Entwicklung der deutschen Städte eng mit dem Prozess der Industrialisierung verbunden. Als charakteristisches Merkmal der städtischen Entwicklung galt lange Zeit die wachsende räumliche Konzentration von Wohn- und Arbeitsstätten. So setzte sich Deutschland bis in die 1960er Jahre mit einer Expansion der Städte ins Umland auseinander. Diese Wachstumsperiode (Extensive Urbanisierung) erforderte von der Stadtpolitik Maßnahmen der Stadterweiterung, um Raum für das wirtschaftliche Wachstum zu schaffen und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur voranzutreiben (Häußermann und Siebel 1994, 33). Ab Mitte der 1960er verlagerte sich der

---

<sup>12</sup> „Beispiele dafür sind die zahllosen spektakulären Sport-, Ausstellungs- und Kulturereignisse, die in den Städten seit über einem Jahrzehnt eine immer größere Rolle spielen: Kulturhauptstadt Europas, Olympischen Spiele, diese oder jene Weltmeisterschaft, Expo, usw.“ (Häußermann und Siebel 1994, 32).

Schwerpunkt der Stadtentwicklung vom Stadtrand auf die vorindustriellen Stadtkerne (Intensive Urbanisierung). Durch den Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft mussten Flächen für neue Nutzungen geschaffen werden, wofür Flächensanierungen und Modernisierungen notwendig wurden. Diese Veränderungen verdeutlichen einmal mehr, dass Stadtentwicklung vor allem durch wirtschaftliche Prozesse bestimmt wird, die sich aus dem ökonomischen Charakter der städtischen Aktivität ergeben (Heuer 1975, 39). In dieser Zeit erhält das Verständnis von Stadtentwicklung einen komplexen Charakter und umfasst die „zeitliche Veränderung der räumlichen, baulichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Städte“ (Heuer 1975, 39). Im Vergleich zu den Veränderungen auf der grünen Wiese, greifen die Modernisierungsmaßnahmen innerhalb der Städte in bestehende Nutzungen ein und verändern die Lebensverhältnisse der Bevölkerung (Häußermann und Siebel 1994, 34). Die anschließende und bis heute andauernde Phase der Desuburbanisierung kann durch die Abnahme der Bevölkerungszahlen in den meisten Städten charakterisiert werden. „Weltmarktkrise und verschärfter internationaler Wettbewerb leiteten einen Strukturwandel ein, der sich bis heute in einer andauernden Wachstumskrise äußert (Häußermann und Siebel 1994, 34).“ Während der in den 1960er Jahren vorherrschende Politiktypus der Stadtentwicklung auf die Steuerung langfristig bestehender Strukturen und Prozesse abzielte, stellt der nun vorherrschende Politiktypus „Projekt“ eine Reaktion auf „den ökonomischen Strukturwandel [...] und auf den sozialstrukturellen Wandel“ dar (Häußermann und Siebel 1993, 33).

Fast 20 Jahre später scheint sich die Situation in den Städten nicht grundsätzlich verändert, sondern die Prozesse sich vielmehr verschärft zu haben. Laut einem Positionspapier zur Integrierten Stadtentwicklungsplanung und Stadtentwicklungsmanagement des Deutschen Städtetages (2013, 7-9) zählen zu den zentralen Herausforderungen für Städte und Stadtregionen der Umgang mit der Globalisierung der Märkte, die verschärfte Einkommenspolarisierung, Bildungsarmut, eine fragile Stadtgesellschaft, der soziale und demografische Wandel sowie der Klimawandel. Die komplexen Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung weisen auf erste Erklärungsansätze der weiterhin andauernden Beliebtheit von Projekten, z. B. in Form von Großereignissen, hin. Damals wie heute scheint die zeitliche, räumliche und inhaltliche Konzentration auf einen Punkt die Bündelung von komplexen Zielsetzungen zu ermöglichen. Sind den Städten die Stärken und Schwächen ihrer Standortfaktoren bewusst sind sie in der Lage, Großereignisse für ihre Stadtentwicklung einzuspannen. Denn nur so ist den Städten bereits im Vorfeld von Großereignisbewerbungen bekannt, inwieweit die Infrastruktur für das Großereignis schon besteht oder doch erst gebaut werden muss, um die Anforderungen des Großereignisses an die Stadt zu erfüllen (Preuss und Solberg 2006, 12). Der dadurch erzeugte Entwicklungsdruck stellt für die Städte das Phänomen hinter dem eigentlichen Großereignis dar und erklärt die andauernde Beliebtheit. Großereignisse können vor allem dann der Stadtentwicklung dienen, wenn sie mit deren Zielsetzungen verbunden sind (Selle 2006, 5). Zwar gibt es Großereignisse schon seit jeher – der Ursprung der Olympischen Spiele o-



der der Weltausstellungen der Neuzeit können bis weit ins 19. Jahrhundert zurückverfolgt werden – doch erhalten sie in der „postfordistischen Gesellschaft einen besonderen Stellenwert“ (Altrock 2010, 176).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass „Stadtentwicklung [...] das sichtbare Ergebnis eines sozioökonomischen Wachstums- oder Schrumpfungsprozesses einer Stadt“ ist (Heuer 1975, 40). Der dadurch hervorgerufene Wandel der sozialen und wirtschaftlichen sowie baulichen und räumlichen Struktur der Städte stellt den Ausgangspunkt dar, warum Großereignisse als spezifische Form eines Projektes für die Stadtentwicklungspolitik von andauernder Bedeutung sind. Im Folgenden wird nun auf die spezifischen Ausgangssituationen von Städten eingegangen, welche Städte motiviert haben ein Großereignis auszurichten bzw. sich dafür zu bewerben. Vor dem Hintergrund des Verständnisses zu den organisationstheoretischen Merkmalen von Projekten wird deutlich gemacht, warum insbesondere Großereignisse als strategische Projekte für Stadtentwicklungszwecke eingesetzt werden.

#### **4.1.1 Großereignisse als Reaktion auf städtischen Wandel**

Die Motivation zur Ausrichtung von Großereignissen steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Veränderungen, welche die Entwicklung der Städte im Laufe der Zeit auf ganz unterschiedliche Weise beeinflusst. So wird in der Literatur der Wandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft und den damit zusammenhängenden strukturellen Veränderungen in der Stadt oftmals als Ausgangspunkt für die Bewerbung bzw. die Ausrichtung eines Großereignisses gesehen. Aber auch die auf den demografischen Wandel zurückzuführenden Schrumpfungsprozesse verändern die Städte und Regionen nachhaltig. Auf der anderen Seite steigt in einer zunehmend globalisierten Welt der Konkurrenzkampf um Investitionen und Arbeitskräfte und dem Image einer Stadt kommt besondere Bedeutung zu. Nicht nur international, sondern auch regional zielt die Ausrichtung von Großereignissen auf eine verbesserte Wahrnehmung nach außen und auf eine Profilierung der Stadt ab. Diesen Hintergründen wird im Folgenden nachgegangen, um herauszufinden, welche Rolle Großereignisse im städtischen Kontext haben und in welcher Stadtentwicklungsphase sie von Bedeutung sein können.

#### **Als Ansatz zur Bewältigung von Strukturwandel im Schrumpfungskontext**

Den Ausgangspunkt für strukturelle Veränderungen in den Städten und die damit einhergehenden räumlichen Prozesse, stellen wirtschaftliche und demographische Entwicklungen dar. Bereits das Wirtschaftssectorenmodell von Jean Fourastié (1954) prognostizierte für die führenden Industriestaaten die abnehmende Bedeutung des Primär- (Landwirtschaft) und Sekundärsektors (Industrie) und eine zunehmende Bedeutung des tertiären Sektors (Dienstleistungen) ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Mit dem Bedeutungsverlust der Industrie fielen nicht nur innerstädtische Industriestandorte brach, es wurden auch Arbeitskräfte freigesetzt, die zusätzlichen Leerstand in den Städten verur-

sachten. Die anstelle des produzierenden Gewerbes tretenden „footloose industries“, verschärften diese Situation durch ihre Standortabhängigkeit (Mäding 2011, 24-26). Mit dem Thema Stadtentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen haben sich dabei vor allem Städte der entwickelten Länder in Europa und Nordamerika auseinandersetzen (UN-Habitat 2009, 8).

So haben für Roche (1992, 564) die Deindustrialisierungsprozesse Anfang der 1980er Jahre in Nordamerika und Europa zu den „Rust-belt“-Regionen der Städte geführt, die sich durch brach gefallene industrielle Infrastruktur auszeichneten. Mitte der 1980er Jahre begannen die Städte auf ihren Untergang zu reagieren, indem sie die Strategie verfolgten, durch Tourismus zum Thema Industriekultur neue Investitionen und Beschäftigung zu generieren. Dazu zählten z. B. der Ausbau neuer Wasserfronten und Aussichtstürme zur Bewahrung des industriellen Erbes. Deren Vermarktung sollte Touristen anlocken und die Aufmerksamkeit der Medien gewinnen. Zu diesen Revitalisierungsstrategien gehörten auch die Ausrichtung von Großereignissen, die zunehmend für die physische Verbesserung der vom industriellen Niedergang betroffenen Stadtteile eingesetzt wurden (Smith und Fox 2007). Großereignisse wie die Olympischen Spiele funktionieren nach Essex und Chalkley (1998, 203) daher vor allem als Katalysator, welcher den Wandel in den Städten beschleunigen kann. Stadtplaner haben durch das Großereignis die Möglichkeit langfristige Pläne umzusetzen, welche sonst länger im Ungewissen wären.

Auch Michael Hall (1997) stellte fest, dass Großereignisse nicht nur zu ihrem Selbstzweck ausgerichtet werden. Er unterstellte den Städten, dass Großereignisse bewusst eingesetzt wurden, um Stadträume zu erneuern und zu revitalisieren. Durch z. B. den Bau neuer Infrastrukturen, die im Rahmen des Großereignisses notwendig wurden, konnte dieses Ziel realisiert werden. Nach Hall (1997) eignen sich Weltausstellungen und Olympische Spiele im Besonderen, um die Realisierung von Stadtentwicklungsprojekten zu beschleunigen. Bezogen auf die Inhalte der Bewerbungen für Olympische Spiele zwischen 1996 und 2000 fand er heraus, dass vielmehr Investitionen im Bereich Verkehrsinfrastruktur geplant wurden, als sportliche Einrichtungen (Hall 1997, 77). Der sektorale Wandel gilt nunmehr als Faktor, warum die Attraktivität von Großereignissen zur Stimulierung von Stadterneuerungsprozessen zugenommen hat. So führte der ökonomische Untergang alter Industriestädte wie z. B. Manchester in einer postfordistischen Umgebung dazu, dass die Bewerbung für die Olympischen Spiele als Instrument für Stadterneuerungsprozesse konzipiert wurde (Hiller 2000a, 439). Sie gingen in die Geschichte als „Regeneration Games“ ein, die sich zum Ziel gesetzt hatten, eine der „größten Städte Westeuropas wieder aufzubauen“ (Cochrane et al. 1996, 1322).

Der Übergang von einer industriellen zu einer Dienstleistungsgesellschaft führte demnach dazu, dass die Bedeutung von Großereignissen wie die Olympischen Spiele für Städte zunahm (Essex und Chalkley 1998). So wurde beobachtet, dass sich die Effekte von Großereignissen auf die Städte im Verlauf der Zeit verändert haben. Während die

frühen Olympischen Spiele des 20. Jahrhunderts kaum städtebauliche Veränderungen bzw. eher Veränderungen im Bereich der sportlichen Infrastrukturen hervorriefen, konnte mit den Olympischen Spielen in Rom 1960 ein Wandel festgestellt werden (Essex und Chalkley 1998, 195). Neben der Errichtung von sportlichen Einrichtungen entstanden auch ein modernes öffentliches Wasserversorgungssystem, der Ausbau der Flughafeninfrastruktur und zahlreiche dekorative Verbesserungen im Stadtraum. Für Essex und Chalkley (1998, 187) rechtfertigen sich diese erheblichen Kosten im Rahmen der Ausrichtung von Olympischen Spiele nur, wenn das Großereignis als ein Programm zur Stadterneuerung angesehen wird. Zurückzuführen ist diese These darauf, dass sich die Olympischen Spiele von einer verhältnismäßig kleinen Veranstaltung zu einem prestigeträchtigen Großereignis entwickelt haben. Verbunden mit steigenden Teilnehmer- und Zuschauerzahlen haben sich die Anforderungen an die Ausrichterstädte ebenso verändert wie die Organisationsstrukturen, um solch ein Großereignis vorzubereiten und durchzuführen.

Diese Professionalisierung wurde auch für das Großereignis Europäische Kulturhauptstadt festgestellt (Richards 1999). Das einstige kurzfristig geplante Sommerfest mit einigen artistischen Performances und ohne jegliche Marketingmaßnahmen hatte sich im Laufe der Zeit zu einem ganzjährig stattfindenden Großereignis mit einem umfangreichen Programm von internationaler Relevanz und mit strategischer Bedeutung für die Ausrichterstadt entwickelt (Richard 1999, 18). Dies war vor allem dadurch möglich, weil sich durch den Strukturwandel auch eine konsum- und freizeitorientierte Stadtgesellschaft entwickelte. Die Besuchernachfrage und das technische Know-how zur Übertragung der Spektakel trugen damit zur Professionalisierung der Großereignisse bei. Großereignisse steigerten somit ihre Bedeutung für die Städte und das nicht nur vor dem Hintergrund in die Infrastruktur investieren zu können, sondern auch, um auf die Bedürfnisse der sich verändernden Stadtgesellschaft reagieren zu können. In diesem Kontext bieten sich die Ausrichtung von Großereignissen wie die Olympischen Spiele an, da diese in der Lage sind, die Nachfrage nach Freizeitaktivitäten zu erfüllen (Hiller 2006, 322). Wohlstand in den Städten ist nunmehr nicht abhängig von produzierten Gütern, sondern von konsum- und serviceorientierten Dienstleistungen als wachsendem Wirtschaftsfaktor (Essex und Chalkley 2004a, 7). Da diese in altindustrialisierten Städten kaum vorhanden sind, gehören Großereignisse zu den Strategien, Revitalisierungsprojekte zur Schaffung touristischer Infrastruktur in Angriff zu nehmen. Beispielhaft steht hierfür die Entwicklung Barcelonas im Kontext der Olympischen Spiele 1992. Der innerstädtische und ehemals zu industriellen Zwecken genutzte Hafen wurde im Zuge der Olympischen Spiele zu einer modernen Wasserfront ausgebaut (Hiller 2006, 320). Das neue Hafenviertel brachte die Stadt ans Meer und ermöglichte weitere Gebiete um den Hafen zu Wohnstandorten zu entwickeln. Barcelona zählt heute zu den exemplarischen Beispielen, wie Stadterneuerungsprogramme und Großereignisse miteinander einhergehen. Was für Barcelona die Olympischen Spiele waren, war für Glasgow die Europäische Kulturhauptstadt. Die Stadt

steht für ein erfolgreiches Beispiel Stadterneuerung durch ein kulturelles Großereignis durchzuführen. Kennzeichnend für Glasgow war, dass das Großereignis zum Festsetzen einer Frist genutzt wurde, bis zu der die zahlreichen Planungen für das Stadtzentrum umgesetzt werden sollten (García 2004, 299). Bereits in den späten 1970er Jahren hatte Glasgow ambitionierte Revitalisierungspläne für die Stadt, um den Strukturwandel zu bewältigen. Der McKinsey Report von 1983 empfahl der Stadt dem unternehmerischen Modell aus den USA zu folgen und ein lebendiges Stadtzentrum zum Arbeiten und für Freizeiterlebnisse zu schaffen (García 2004, 296). Um dieses Ziel zu erreichen und der Revitalisierung der Stadt einen Rahmen zu geben entschied der Stadtrat positiv für die Bewerbung für eine Gartenschau 1988, die Europäische Kulturhauptstadt 1990 und die Schaffung eines Jazz-Festivals. Beide Bewerbungen waren erfolgreich und beschleunigten wesentlich die Stadterneuerungspläne für die Innenstadt. Ebenso trugen die zusätzlich eingeworbenen Finanzmittel im Rahmen des Titels Europäische Kulturhauptstadt dazu bei, dass Gebäude saniert und zu Ausstellungsräumen transformiert wurden. Es entstand die Glasgow Concert Hall und die McLean Galleries (García 2004, 299).

Mit Glasgow als Vorbild, bewarben sich zahlreiche deutsche Städte für die Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010. Darunter auch Görlitz, eine Stadt, die im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands einen tiefgreifenden Strukturwandel erlebt hatte und als Folge eine andauernd überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote sowie einen Rückgang der Bevölkerungszahlen verzeichnete. Die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt fand somit unter schwierigen Ausgangsbedingungen statt. In dieser „ausichtslosen“ Situation der Stadt wurde unter dem Motto „From the middle of nowhere to the heart of Europe“ ein Bewerbungsprozess durchgeführt, der zwar nicht mit dem Titel endete, aber vor allem mit einer Stärkung der Zivilgesellschaft, der verbesserten Außenwahrnehmung der Stadt und Lernprozessen in Bezug auf neue Formen der Zusammenarbeit einherging (Liebmann und Fröhlich 2009, 257-261).

Neben den Olympischen Spielen und der Europäischen Kulturhauptstadt zählen auch die Weltausstellungen zu Großereignissen, die in der Lage sind, Stadterneuerungsprozesse anzustoßen. Nach James Peters (1982,15-16) nutzten mehrere Städte die Weltausstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg, um Stadterneuerungsprojekte umzusetzen. So wurde z. B. im Rahmen der Weltausstellung in London 1951 ein verfallenes Stadtgebiet an der Themse gegenüber dem Parlament revitalisiert. Bis zum Beginn der 1980er Jahre galt die Weltausstellung in Seattle 1962 als das erfolgreichste Stadterneuerungsbeispiel. Im Zuge derer wurde die verkehrliche Infrastruktur der Stadt ausgebaut, die Ausstellungsfläche der Weltausstellung wertete ein verfallenes Stadtquartier auf und neue Freizeiteinrichtungen wie das „Convention Center“ entstanden.

Diese Entwicklungen wurden auch in anderen Regionen und Zeiträume festgestellt. In Deutschland wurde im Rahmen der EXPO 2000 in der Kooperationsregion Bitterfeld-Dessau-Wittenberg eine Vielzahl von Einzelprojekten zu strukturverbessernde Maßnah-

men umgesetzt. Dazu zählen Projekte wie Ferropolis und die denkmalgerechte Erneuerung der Siedlung Zschornowitz im ehemaligen Tagebau, die der Region Perspektiven zur Bewältigung des ostdeutschen Transformationsprozesses boten. Folge der Privatisierung und Schließung der Chemiekombinate war Erwerbslosigkeit und der Aufbruch sozialer Zusammenhänge sowie die Auseinandersetzung mit Tagebaufolgelandschaften. Als Einzelprojekte im Rahmen der EXPO 2000 Hannover gaben sie beispielhaft Impulse auf die regionale Entwicklung. Allerdings fehlten Träger, die diese Entwicklungen nach der EXPO weiterführten. Um die Strategie der Festivalisierung längerfristig tragfähig zu machen, ist es notwendig, Kooperationen und Prozesse zu institutionalisieren (Kremer und Schmidt 2000).

Die Regeneration der im Strukturwandel begriffenen Städte und Regionen war auch Thema der Bundesgartenschau 2007 in Gera und Ronneburg. Die Sanierung der ehemaligen Bergbaulandschaft bei Ronneburg zählte zum Zielpaket der Bundesgartenschau. Dabei wurde besonders bei dieser Bundesgartenschau deutlich, dass sich die Vielzahl der infrastrukturellen Ausbauten und Verbesserungen in der Ausstellungsregion weniger der Bundesgartenschau zugeordnet werden können. Vielmehr hat das Großereignis den Rahmen und die Dringlichkeit gegeben, diese umzusetzen (Dally und Schmigalla 2007, 16-17).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Großereignisse ein strategisches Instrument für Städte im Schrumpfungskontext darstellen. Aufgrund wirtschaftlicher und demografischer Veränderungsprozesse müssen sich diese Städte vor allem mit innerstädtischen Brachen, Rückbau und nicht ausgelasteter Infrastruktur durch Bevölkerungsrückgang auseinandersetzen. Neue Funktionen für diese Problemlagen müssen gefunden werden, eine neue Identität für die Stadt ist zu entwickeln und den veränderten Anforderungen der Stadtgesellschaft ist zu entsprechen. Vor diesem Hintergrund weckt die Ausrichtung von Großereignissen Erwartungen und ermöglicht einiges, was ohne diese Sondersituation kaum möglich ist.

### **Zur Profilierung im städtischen Wettbewerb**

Neben der Möglichkeit im Rahmen von Großereignissen räumliche Entwicklungsprozesse in der Stadt zu beschleunigen, stellt die mediale Wirksamkeit von Großereignissen ein Mittel zur Positionierung in der globalen wie regionalen Städtehierarchie dar. Zu den Erscheinungsformen des wirtschaftlichen Wandels zählen nicht nur Deindustrialisierungsprozesse, sondern auch die zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtungen über nationale Grenzen hinweg. Diese Globalisierungsprozesse wurden zum einen durch die „Revolution“ der Informations- und Kommunikationstechnologie in den 1980er unterstützt und zum anderen werden sie dadurch weiter angetrieben (Mäding 2011, 23-26). Daraus resultierend, ergibt sich eine Standortabhängigkeit für die Unternehmen, die schließlich in einem Wettbewerb der Staaten, Regionen und Städte um deren Ansiedlung und Investitionen mündet. In der Folge von Liberalisierung der Handelsmärkte und dem internationalen

Standortwettbewerb aufgrund von Globalisierungsprozessen sind die Städte darum bemüht, sich als Standort für Unternehmen und Investoren zu profilieren (Huning und Peters 2003, 8).

Vor diesem Hintergrund stellten Häußermann und Siebel (1993, 15) die These auf, dass sich Großereignisse im Besonderen dafür eignen, um auf sich aufmerksam zu machen und sich von anderen abzuheben. Großereignisse „werden somit zu Instrumenten des Stadtmarketings und der Imagebildung im weltweiten Wettbewerb der Metropolen“ (Ley et al. 2010, 243). Die Verbesserung des städtischen Profils kann auf ganz unterschiedliche Weise erfolgen und zwischen der Errichtung eines Markenzeichens (z. B. in Form eines Gebäudes) und der Einwerbung eines Titels (z. B. Europäische Kulturhauptstadt) variieren. Im Zuge des Wettbewerbs zur Bestimmung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 in Deutschland wurde festgestellt, dass die Städte von positiven Effekten überzeugt sein müssen, nur so lässt sich die hohe Teilnehmerzahl erklären.

*So bietet die Teilnahme am Wettbewerb "Kulturhauptstadt Europas" eine gute Plattform, sich neu und sichtbarer in Europa, aber auch in Deutschland zu positionieren. [...] Alle Städte wissen, dass die Bewerbung dann erfolgreich sein kann, wenn sie genügend in der Stadt, d.h. in der Kulturszene und bei den Bürgerinnen und Bürgern verankert ist. Umgekehrt strahlt dieser Wettbewerb aber als gesamtstädtische Initiative wieder in die Bevölkerung sowie in die Szene zurück, d.h. kann entscheidend zur Identifikation mit der Stadt beitragen. (Heinrich 2005, 8)*

In globalisierten Zeiten, in denen Entfernungen immer weniger von Bedeutung sind, nutzen Städte immer mehr Place-Marketing-Ansätze, um sich voneinander abzugrenzen und auf sich selbst aufmerksam zu machen (Andersson und Nedomysl 2008). Städte konkurrieren heutzutage viel mehr als jemals zuvor, um unterschiedliche Formen mobilen Kapitals zu halten oder anzuziehen. Um auf sich aufmerksam zu machen, konkurrieren Städte um Großereignisse. Damit sind Großereignisse eine Strategie, um das städtische Image zu promoten und damit Touristen anzulocken. Für schwedische Mittelstädte, die sich für die Ausrichtung des Eurovision Songcontest beworben hatten, wurde herausgefunden, dass deren Bewerbung darauf abzielte, zu zeigen, dass sie theoretisch in der Lage wären Großereignisse auszurichten (Andersson und Nedomysl 2008, 120-121). Die Städte wollten damit beweisen, dass sie auch für weitere Großereignisse geeignet und damit interessant für Touristen sind. Diese Bedeutung sollte nicht nur nach außen getragen, sondern auch für die ansässige Bevölkerung deutlich werden und deren Identifikation mit der Stadt stärken. Ebenso wurde für die lokale Wirtschaft einen indirekten Mehrwert erwartet, der auf Basis einer jungen, lebendigen Stadt weitere Investitionen erzeugen soll. Letztendlich verbanden die Wettbewerber mit der Ausrichtung des Großereignisses das Ziel das Image der Stadt zu verbessern. Daraus resultierend wurden steigende Zuwanderungszahlen erwartet bzw. wurde davon ausgegangen, dass durch die verbesserte Lebensqualität die Bewohner der Stadt erhalten blieben. Mithilfe der Medien sollte ein Platz

auf der Landkarte gefunden werden. Die Analyse der schwedischen Städte ergab, dass alle Städte durch die Teilnahme am Wettbewerb einen spezifischen Gewinn erzielt hatten, auch wenn dies nicht durch monetäre Fakten belegt werden konnte (Andersson und Niedomysl 2008, 120-121).

Auch für nordamerikanische Städte wurde festgestellt (Andranovich et al. 2002), dass mit zunehmendem globalen Wettbewerb die Prominenz von Großereignissen einherging. Die Städte begannen proaktiver und unternehmerischer zu agieren sowie Risiken einzugehen, um bestehen zu können. Dabei zählten Großereignisse wie die Olympischen Spiele zu den Strategien der Städte, um Arbeitsplätze zu schaffen und ihre Wettbewerbsvorteile auszubauen (Andranovich et al. 2002, 114). Dies wurde am kommerziellen Erfolg der Olympischen Spiele in Los Angeles 1984 deutlich, welches die Wiedergeburt des Interesses an der Ausrichtung Olympischer Spiele darstellte (Essex und Chalkley 2004b, 8). Nachdem die Bewerberzahlen durch negative Erfahrungen wie die Terroranschläge in München (1972) oder die Langzeitschulden von Montreal (1976) nur eine Bewerberstadt für das Großereignis 1984 hervorbrachten gab es für die Spiele 1992 insgesamt 22 potentielle Ausrichterstädte und für die Spiele 2004 sogar 48 Bewerbungen (Chalkley und Essex 1999, 373-374). Für Chalkley und Essex (1999) stellt diese ansteigende Anzahl an Bewerberstädten eine klare Reflektion des internationalen Städtewettbewerbes um Investitionen, Wirtschaftlichkeit und Image dar. Auch wenn die Olympischen Spiele in London 2012 ein ganzes Stadtviertel erneuerten und damit wesentlichen Einfluss auf die Stadtstruktur ausübten, kann davon ausgegangen werden, dass die Ausrichterstädte des 21. Jh. vor allem beabsichtigten, ihre Position im weltweiten Städteranking zu bewahren bzw. sich dort zu weiter zu positionieren.

Dieser Argumentation folgte Noam Shoval (2002), indem er der Frage nachging, warum sich Städte wie New York und London für die Olympischen Spiele bewerben, obwohl sie schon zahlreiche Großereignisse ausgerichtet hatten. So konnten zwar infrastrukturelle Verbesserungen erwartet werden, jedoch verfügten diese Städte bereits über ein bestimmtes Image und auch ein gewisses Erscheinungsbild, als dass sich dieses durch ein weiteres Großereignis hätte wesentlich verändern können. Shoval (2002, 596) kam zu dem Schluss, dass diese Städte gezwungen sind, sich an den Wettbewerben zu beteiligen, um ihre Position als Weltstädte zu bewahren. So ist der Wettbewerb um die Ausrichtung von internationalen Großereignissen weniger ein Wettbewerb der Nationen, sondern vielmehr zum Instrument innerstädtischer Konkurrenz geworden (Martins 2004). Die anhaltenden zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtungen, Dezentralisierungsprozesse der Märkte, aber auch politische Prozesse wie die europäische Integration tragen dazu bei, dass sich Städte weltweit im Wettbewerb um Ressourcen befinden (Martins 2004, 4). Großereignisse wie die Olympischen Spiele haben eine Schlüsselposition eingenommen, damit Städte internationale wie nationale Präsenz und Bedeutung erlangen können. Diese Strategie stellt das veränderte Handeln der Kommunen der kapitalistischen Länder

dar, welches proaktiver ist und durch unternehmerisches Denken charakterisiert werden kann (Harvey 1989). Im Zusammenspiel der Deindustrialisierungsprozesse mit der zunehmenden Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien und der weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen erkannte David Harvey (1989, 4), dass die städtischen Verwaltungen innovativer sein müssen, um die Möglichkeiten zur Bewältigung städtischer Herausforderungen auszuschöpfen.

Lange konzentrierte sich der Wettbewerb um international relevante Großereignisse auf europäische und nordamerikanische Städte. Mit Kapstadt bewarb sich erstmalig eine afrikanische Stadt für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele. Bis dahin spielten asiatische, süd- und zentralamerikanische, afrikanische und osteuropäische Städte keine bedeutende Rolle in den Wettbewerben zur Ausrichtung der Olympischen Spiele (Hiller 2000a, 441). Allerdings haben nicht alle Städte die gleichen Ausgangspositionen sich am internationalen Wettbewerb um Großereignisse zu beteiligen. Zwar ist die Verlockung groß, wenn einmal ein Großereignis eingeworben werden konnte, dass nachher weitere folgen und sich die Städte dadurch im globalen Wettbewerb positionieren können. Doch ist gerade für Städte in Transformationsländern die Beteiligung an den Bewerbungsprozessen eine kostenintensive Angelegenheit. Das Abwägen zwischen direkten Investitionen vor Ort in z. B. Wirtschaftsförderung und Infrastrukturausbau scheinen z. T. eher erfolgversprechend, als den Umweg über die Ausrichtung eines Großereignisses zu machen (Swart und Bob 2004, 1313). Hiller (2000a, 441) stellte jedoch bei der Analyse der erfolglosen Bewerbung Kapstadts für die Olympischen Spiele 2004 fest, dass diese extrem wichtig für die Stadt und das ganze Land war. Die Verbindung der gesamtstädtischen und infrastrukturellen Planungen mit den Bewerbungsinhalten sowie die Aufstellung einer unabhängigen Kommission zur strategischen Bewertung der Umweltaspekte waren einmalig und fanden Beachtung auf der globalen Bühne (Hiller 2000a, 445-453). Was mit der Bewerbung für die Olympischen Spiele begonnen hatte, wurde mit der Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft in 2010 fortgeführt. Unter dem Slogan „Ke Nako. Celebrate Africa’s Humanity“ wurde das Großereignis als Vehikel genutzt, „um das gängige Bild Afrikas als Kontinent der ‘Krisen und Kriege’ zu verändern und es stattdessen in ein neues, positives Licht zu rücken“ (Haferburg und Steinbrink 2010, 12). Dieser süd-afrikanische Ehrgeiz für Großereignisse ist auch auf andere Staaten und Städte des globalen Südens übertragbar (Ley et al. 2010, 247). So fanden 2010 die Weltausstellung in Shanghai, die Commonwealth Games in Neu-Delhi und die Fußball-Weltmeisterschaft in den wichtigsten Städten Südafrikas statt. Eine ähnliche Entwicklung wurde für mittel- und osteuropäische Städte erkannt (Müller 2012). Diese aufstrebenden Märkte erhöhen die potentielle Anzahl der Bewerberstädte und tragen dazu bei, dass der Konkurrenzkampf um Großereignisse ungebrochen ist.

Diese Erkenntnisse der derzeitigen Literaturdiskussion ergeben, dass das Interesse der Städte sich für die Ausrichtung von Großereignissen zu bewerben, zwei unterschiedli-



chen Zielsetzungen folgt. Zum einen beabsichtigten vor allem zwischen 1980 und 2000 europäische und nordamerikanische Städte damit, die räumlichen Folgen der Deindustrialisierungsprozesse zu bewältigen. Im internationalen Kontext stehen dafür beispielhaft die Olympischen Spiele, die Europäische Kulturhauptstadt und die Weltausstellungen. Nationale Großereignisse wie Bundesgartenschauen verfolgten ähnliche Ziele. Zum anderen treten seit Beginn des 21. Jh. erstmals auch südamerikanische, afrikanische und asiatische Bewerberstädte auf, um im globalen Städtewettbewerb eine Position einzunehmen. Zwar beabsichtigen auch diese Städte städtebauliche Verbesserungen mit Hilfe der Großereignisse zu erwirken, doch steht die Verbesserung der internationalen Wahrnehmung im Vordergrund. Aus diesem Grund können es sich Metropolen wie London, New York oder Madrid gar nicht leisten, am Wettbewerb um Großereignisse nicht teilzunehmen.

#### **4.1.2 Projektorientierte Stadtentwicklungsplanung mit Großereignissen**

Der Ausbau der Infrastruktur, die Sanierung von Stadtquartieren oder die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit stellen Zielsetzungen und Gründe für Städte dar, sich am Wettbewerb um Großereignisse zu beteiligen. Aus Perspektive der Stadtentwicklungsplanung stellen diese Zielsetzungen einzelne Projekte dar, die entweder zur Realisierung eines Leitbildes notwendig sind oder als Einzelprojekte Impulse für die Stadtentwicklung darstellen.

#### **Planungstheoretischer und stadtpolitischer Hintergrund**

Seit Mitte der 1980er Jahre haben Projekte bzw. eine projektorientierte Planung in der Raumplanung in Deutschland an Stellenwert gewonnen. Für Hans Blotvogel (2011, 185) wurde dies deutlich in der Abkehr vom eigentlichen „Pläne machen“ und der Zuwendung zu handlungsorientierten Formen der Planung. Zur Planung als Ordnungsaufgabe, nahm Planung mit Entwicklungsaufgaben an Bedeutung zu. Dies konnte vor allem durch Projekte bewältigt werden, wobei ganz unterschiedliche Formen zur projektorientierten Stadtentwicklungsplanung zählten (Simons 2003, 32-33). Beispielhaft sind die Planungen neuer Stadtteile auf brachliegenden Industrie-, Transport-, Militär- oder Verkehrsflächen für postindustrielle Nutzungen zu nennen. Damit wurden nicht nur alten Infrastrukturen neue Bedeutungen zugewiesen, sondern die Städte betrieben durch die Präsentation ihrer spektakulären Stadterneuerungsprojekte Imagepflege nach außen. Aber auch die „Politik der großen Ereignisse“ und die „Strategie der endogenen Potentiale“, welche besser bekannt ist unter der Bezeichnung „perspektivischer Inkrementalismus“ zählen zur Projektorientierung in der Raumplanung. Auch Jörg Knieling (2005, 814) unterscheidet zwischen verschiedenen Projektarten in der Raumplanung: Investitionsprojekte (z. B. Verkehrsinfrastruktur oder Sanierung von Industriebrachen); Entwicklungsprojekte (z. B. Marketingkonzepte); Organisationsprojekte (z. B. Großveranstaltungen). Diese Abgren-

zung nach dem Thema kommt der von Simons (2003) nahe und verdeutlicht die umfangreichen Möglichkeiten von Projekten vor dem Hintergrund verschiedener Themen.

So kann z. B. Stadtentwicklung durch Festivals vorangetrieben und dadurch der Bekanntheitsgrad einer Stadt verbessert werden. Ebenso kann die Entwicklung einer Stadt durch Einzelprojekte im Rahmen eines Leitthemas generiert werden. So wird die „Aneinanderreihung großer Einzelprojekte in einigen Städten als Entwicklungsplanung im Sinne langfristiger Innovationen verstanden“ (Simons 2003, 32). Dies kommt dem derzeitigen Planungsverständnis der „strategischen Planung“ nahe, welches nach Manfred Kühn (2009, 90), ein „Wechselspiel“ zwischen Orientierung und Umsetzung ist. Dieses Wechselspiel ermöglicht Lern- und Erkenntnisprozesse, welche die Umsetzung von Projekten möglich und die Anpassung der Ziele nötig werden lassen. Strategie hat dann einen prozesshaften Charakter, der selten als abgeschlossen gilt. Für Hans-Norbert Mayer und Walter Siebel (1998, 10) stellt diese Planungskultur den neuen Typus der projektorientierten Planung dar, bei dem an den komplexen Zielsetzungen festgehalten, aber diese nur punktuell durch Projekte realisiert werden. Das Modell der strategischen Planung von Kühn (2009, 91) verdeutlicht ebenso die Verbindung der Planungsmodelle der integrierten Stadtentwicklungsplanung („Große Pläne“) und des Inkrementalismus („Kleine Schritte“), welches nunmehr auf fachliche und räumliche Prioritäten sowie der Zielerreichung durch projektorientierte Vorgehensweise setzt. Im Kontext der strategischen Planung wird nunmehr von strategischen Projekten gesprochen, denen für die zukünftige Stadt- und Regionalentwicklung eine Initialfunktion zugewiesen wird (Kühn 2009, 93). Allein die Durchführung eines Großereignisses garantiert also keinen Stadtentwicklungserfolg. Erst durch eine städtebaulich-planerische Einbettung in eine räumliche Gesamtstrategie kann versucht werden, Großereignisse zu Schlüsselprojekten der strategischen Stadtentwicklung zu machen und damit ihre Mobilisierungs- und Bündelungseffekte mit den Integrationszielen räumlich umfassender Planungsansätze zu verbinden (Altrock 2010, 176). Die auf die wachsende Heterogenität der Städte zurückzuführende Komplexität der Stadt- und Regionalentwicklung wird durch die Konzentration auf eine übersichtliche Anzahl an Projekten reduziert und durch Erfolgskontrolle mit den umfassenden Leitvorstellungen der Stadt rückgekoppelt (Kühn 2009, 93-94).

Anfang der 1990er Jahre stand die projektorientierte Planung noch als Gegensatz zur gesamtstädtischen, ressortübergreifenden und langfristig orientierten Stadtentwicklungsplanung. Auslöser waren insbesondere Veränderungen des Planungsverständnisses sowie die Anforderung, stärker auf die Umsetzung der Raumordnungspläne hinzuwirken (Knieling 2005, 813). Bis dahin galt die Aufstellung von komplexen, flächendeckenden und langfristigen Plänen seit der Erlassung des Raumordnungsgesetzes 1965 zu den Aufgaben der Raumplanung, um die „Entwicklung von Städten, Dörfern und Landschaften zu einer lebenswerten, den Bedürfnissen der Menschen gerecht werdenden Umwelt“ zu gewährleisten (Turowski 2005, 897-898). Norbert J. Lenort (1961, 162) prägte den

Begriff der „Stadtentwicklungsplanung“, wobei sich damit das Verständnis der Stadtplanung von einer „lenkenden Hand“ zu einer Steuerung von Entwicklungen änderte:

*„Sie [Stadtentwicklung] ist der Inbegriff für alle Formen sozialgestalterischer Einflussnahme, mit denen in bestimmten Raumeinheiten die Schaffung nachhaltiger Sicherung und die ständige Verbesserung der materiellen und immateriellen Voraussetzungen für das Wohl der dort lebenden Menschen unter Berücksichtigung der Dynamik des sozialen Lebens angestrebt wird“.*

Mit neugeschaffenen Entwicklungsdezernaten oder dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppen gingen Organisationsveränderungen in den Verwaltungen einher, die eine umfassende gesellschaftspolitische Steuerung von Entwicklungen zum Ziel hatten (Albers 2005, 1067-1071). Dieses Verständnis reflektiert die „klassische“ Entwicklungsplanung der späten 1960er und 1970er Jahre: Das lückenlos koordinierte kommunale Handeln auf ein bestimmtes Entwicklungsziel hin (Albers 1999, 584).

Vor dem Hintergrund eines neuen ökologischen Bewusstseins mit dem Blick auf die begrenzten Ressourcen der Erde, veränderte sich dieses Planungsverständnis zunehmend. Im Unterschied zur typischen Entwicklungsplanung der 1970er vertrat Karl Ganser die Auffassung, dass anstelle abstrakter Programme nunmehr Projekte für Einzelaufgaben und überschaubare Zeiträume treten sollten. Somit strebte die Planung eher nach einer Schwerpunktbildung als eine flächendeckende Planung zu realisieren (Albers 1999, 584). Beispielgebend dafür ist der Ansatz der IBA Emscher Park im Ruhrgebiet (1989-1999), der sich darauf konzentrierte, im Rahmen einer Perspektive für Schlüsselthemen viele vom Alltag abgehobenen Projekte umzusetzen (Hutter 2006, 213). Dieses Konzept des „perspektivischen Inkrementalismus“ folgte im Phasenmodell zum Wandel des Planungsverständnisses nach Gerd Albers (1988 zitiert nach Selle 1995, 237) der Entwicklungsplanung (Phase 3 um 1960), der Auffangplanung (Phase 2 um 1900) und der Anpassungsplanung (Phase 1 vor 1900). Die Entwicklung des Planungsverständnisses ab 1960/70 wurde dabei maßgeblich von der Erkenntnis geprägt, dass

*„unser Wissen über die Lebenszusammenhänge, in die mit der Planung eingegriffen wird, nicht vollständig ist und vielleicht kaum jemals vollständig sein wird, zum anderen die Einsicht der Interessengebundenheit der mit der Planung zusammenhängenden politischen Prozesse, die mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zu Abweichungen von den unter rationalen Gesichtspunkten als sinnvoll angesehenen Entscheidungen führen.“ (Albers 1996, 47-48).*

Dabei sollte nach Selle (1995, 240) der Wandel des Planungsverständnisses nicht abgeschlossen innerhalb von Phasen betrachtet werden, sondern vielmehr die Überlagerung und Gleichzeitigkeit verschiedener Phasen auftreten. So können Merkmale der einen Phase in der nächsten Phase weiterhin aufrecht erhalten bleiben. Dies mündet in das derzeitige Verständnis zur strategischen Planung, welches die Gleichzeitigkeit von Orien-

tierung und Umsetzung zum verbindenden Merkmal hat (Kühn 2009, 89-90). Demnach wird strategische Planung „als Mix zwischen ‚großen Plänen‘ und ‚kleinen Schritten‘ bzw. den Modellen der integrierten Entwicklungsplanung und des Planungs-Inkrementalismus interpretiert“ (Kühn 2009, 90). Den Anlass, Stadtentwicklungsprozesse im Rahmen der Planungskultur der strategischen Planung zu steuern, sieht Gottfried Pirhofer (2005, 29) in der Prominenz der projektorientierten Planung im großen Maßstab wie z. B. den olympischen Spielen. Die Einbettung der Großereignisse in eine längerfristige Stadtentwicklung, gewährleistet zum einen die Akzeptanz gegenüber den für die Bewerbung, Vorbereitung und Durchführung des Großereignisses getätigten Investitionen. Zum anderen wird für infrastrukturelle, institutionelle oder gesellschaftliche Veränderungen ein Rahmen gegeben, der die Einzelmaßnahmen mit der Gesamtentwicklung vernetzt (Pirhofer 2005, 13). Durch den punktuellen Charakter projektorientierter Planung wird nicht nur räumlich fokussiert, sondern es werden auch thematische Schwerpunkte gesetzt (Häußermann und Siebel 1993, 28). Dadurch entstehen nach Häußermann und Siebel (1993, 28) die sogenannten „Oaseneffekte“, die auf der einen Seite zwar Entwicklung generieren, auf der anderen Seite aber Stadträume oder Themen vernachlässigen. Für Walter Prigge (2008, 19) stellt dies die Strategie des „Nicht-Entscheidens“ dar, weil Projekte meist dort stattfinden, „wo die Akteure kooperationsbereit, die Flächen verfügbar und die Themen weniger kontrovers sind“ und „konflikträchtige“ Themen umgangen werden können. Im Vergleich zum geschlossenen „Gott-Vater-Modell der Planung“<sup>13</sup> versagt das offene Planungsmodell, für welches punktuelle Maßnahmen – Projekte – charakteristisch sind und „es darum geht, schwache Gruppen vor der Verdrängung durch Stärkere zu schützen“ (Siebel 2006, 16).

Auch für Altröck und Dirk Schubert (2011) stellen Großereignisse einen Bestandteil der neuen Planungskulturen dar. Zum einen die eigenständige Planung von Projekten im Rahmen der strategischen Planung und dem kooperativen Planungsprozess oder zum anderen als die „geschickte Einbeziehung von Festivals und Events in neue Planungsansätze wie dem perspektivischen Inkrementalismus“ (Altröck und Schubert 2011, 22). Großereignisse sind aus der Stadtentwicklungsplanung nicht mehr wegzudenken. Sie gelten als eine indirekte Strategie, „bei der sich die Stadt eines mehr oder weniger von außen vorgegebenen Projektes bedient, um die eigene Entwicklung voranzubringen“ (Siebel 2010, 99). In welchem Rahmen projektorientierte Planung stattfindet, ist abhängig von den Städten und der Planungstradition vor Ort. Ob Stadtentwicklung für Großereignisse oder Stadtentwicklung durch Großereignisse betrieben wird, ist immer wieder eine Frage. So stellte Mayer (2000, 213-214) und Selle (2005, 263) für die EXPO 2000 in Hannover fest, dass die Entscheidung zur Durchführung des Großereignisses zwar nicht

---

<sup>13</sup> Das geschlossene Planungsmodell ist rational, weil davon ausgegangen wird, dass vollständige Informationen bestehen, widerspruchsfreie Ziele verfolgt, und alle Mittel zur Verfügung stehen, das Geplante zu erreichen (Siebel 2006, 12).

wirklich in Konzepte zur Stadtentwicklung Hannovers eingebunden war. Jedoch haben die Akteure der Lokalpolitik und der Stadtverwaltung letztendlich versucht, dieses Großereignis mit den langfristigen Vorhaben und Ziele der Stadt Hannover zu verbinden. So wurden zum einen lang gehegte Pläne wie die Erweiterung der Messe, der Ausbau des Flughafens und die Realisierung neuer ÖPNV-Verbindungen oder der Bau der Kronsbergsiedlung realisiert. Zum anderen wurde das Hannover Programm 2001 aufgestellt, welches ermöglichte die Weltausstellung für die Stadtentwicklungsziele Hannovers einzusetzen. Dadurch konnte ein Handlungsspielraum für längerfristig angelegte Projekte geschaffen werden (Mayer 2000, 217). Im Kontext der EXPO 2000 kommt Mayer (2000, 2018) zu dem Schluss, dass „mit dem Schwung der freigesetzten Kräfte stadtentwicklungspolitische Projekte verfolgt werden können, die ihre Begründung nicht in dem Großereignis haben, sich aber ohne es nicht so verwirklichen ließen“. Dies verdeutlicht zwar, wie es möglich ist ein Großereignis im Nachhinein als strategisches Element der Stadt- und Regionalplanung einzusetzen, jedoch empfiehlt Mayer (2008, 134) generell die Einbindung in eine Entwicklungsstrategie. Dadurch kann das Risiko vermieden werden, dass das Projekt für sich selbst steht und damit die Steuerungsgewinne, die von der projektorientierten Planung ausgehen, nicht mehr vorhanden sind. Diese Aussage stellte auch das Fazit der LAG Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen im April 2013 dar:

*„Unabhängig von der Art des Events betonten alle Referenten und Diskutanten, dass Großprojekte nur dann nachhaltig erfolgreich seien, wenn sie in die übergeordneten Ziele der Stadtentwicklung eingebunden würden und es möglich sei, Verbindungen zu anderen Politikbereichen zu schaffen. Das Projekt dürfe kein Fremdkörper sein, sondern müsse aus der Geschichte des Orts und seiner Kultur erwachsen (Schmidt 2013, 12)“.*

Als Praxisbeispiel kann dafür exemplarisch die geplante Bundesgartenschau 2021 in Erfurt angeführt werden, womit die Stadt im Wesentlichen zwei Ziele verfolgt: 1. Die Verwirklichung der zentralen Projekte des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) durch eine gebündelte und beschleunigte Umsetzung anhand der Bundesgartenschau. Dieser Entwicklungsschub soll wesentlich zur Verbesserung der städtebaulichen Situation beitragen. 2. Sanierung und Zukunftssicherung des egaparks, welcher zu den größten Freizeit- und Erholungsparks in Deutschland zählt (Landeshauptstadt Erfurt 2011, 12). Basis der Bewerbung Erfurts zur Ausrichtung einer Bundesgartenschau war eine Machbarkeitsstudie, welche die Verbindung der zukünftigen Entwicklungen für die Bundesgartenschau mit den Entwicklungszielen des wirksamen Flächennutzungsplanes von Erfurt empfahl (Rosinski et al. 2011, 23). Dieses Beispiel soll verdeutlichen wie ein Großereignis als Teil einer Entwicklungsstrategie eingesetzt und die gesamtstädtische Vision mit punktuellen Maßnahmen umgesetzt wird.

### **Organisationstheoretische Merkmale von Projekten**

Großereignisse als strategische Projekte folgen dem Disziplinen übergreifenden Verständnis, ein zeitlich, finanziell und personell abgegrenztes Vorhaben zu sein. Projekte

sind im Wesentlichen durch ihre Einmaligkeit bzw. Außergewöhnlichkeit im Vergleich zum Alltagsgeschäft gekennzeichnet und haben ein definiertes Ziel (Haberfellner 1992, 2090). Zurückzuführen ist diese Begriffsbestimmung auf die Normreihe DIN-69901, die Grundlagen, Prozesse und Begriffe zum Projektmanagement zusammenfasst. So grenzen sich Projekte von anderen Vorhaben durch ihre relative Komplexität und Neuartigkeit sowie ihre projektspezifische Organisation ab (Knieling 2005, 813). Diese projektspezifischen Eigenschaften stellen den Ausgangspunkt der Wirkungen von Projekten dar und tragen zum Verständnis bei, warum im Kontext der Stadtentwicklungsplanung Projekte und damit Großereignisse eine besondere Bedeutung haben. Mit den Eigenschaften von Projekten beschäftigt sich vor allem die Organisationstheorie der Betriebswirtschaftslehre<sup>14</sup>. Ziel ist es im Folgenden, die charakteristischen Merkmale von Projekten darzustellen, um für die empirische Analyse der gescheiterten Großereignisbewerbungen der Städte Ableitungen zu treffen.

**Zeitliche Begrenzung:** Dieses Merkmal wird bestimmt durch einen zeitlich fixierten Projektanfang und ein Projektende (Steinbuch 1998, 25). Diese Termine werden von extern oder durch die Projektleitung festgelegt. Bis zum Erreichen des Endtermins durchläuft das Projekt verschiedene Phasen, z. B. von der Vorbereitung zur Planung über die Durchführung bis zum Projektabschluss. Vor dem Hintergrund der Einführung eines neuen Produktes auf den Markt wurde das Konzept des Produktlebenszyklus in der Betriebswirtschaftslehre entwickelt, welches die Lebensdauer eines Produktes in verschiedene Phasen unterteilt. Dieses Konzept wurde von Hiller (2000b) auf die Situation von Großereignissen, als spezielles Projekt im städtischen Kontext übertragen. Dabei unterscheidet Hiller (2000b, 192-195) zwischen dem „Preevent“ mit der Erstellung der Bewerbungsunterlagen und der Vorbereitung auf das Großereignis, dem „Event“ mit der Ausrichtung des Großereignisses und dem „Postevent“ mit dem Umgang des Erbes von Großereignissen. Um den Ablauf solcher langfristigen und komplexen Prozesse zu steuern, bietet aus organisationstheoretischer Perspektive die Ablauforganisation verschiedene Stufen des Regelungsbedarfes an. Sie bezieht sich darauf, wie Aktivitäten organisiert werden können, um die Projektaufgabe zu erfüllen (Gaitanides 1992, 2). Die Ablauforganisation geht mit der Arbeitsorganisation einher, und ist zurückzuführen auf die 1930er Jahre. Damals stand im Vordergrund, manuelle Tätigkeiten in der Produktion in eine zeitliche Reihenfolge zu bringen, um die wirtschaftliche Effektivität gewährleisten zu können (Gaitanides 1992, 4). Auch vor dem Hintergrund der Projektorganisation ist ein strukturierter Arbeitsablauf von Bedeutung, der die einzelnen Arbeitsaufgaben ordnet Steinbuch (1998, 28-34) verdeutlicht dies an den Hauptaufgaben des Projektprozesses, die er in verschiedene Aktionen unterteilt: So muss in der Phase der Projektvorbereitung zuerst eine Problem-

---

<sup>14</sup> Der Gegenstandsbereich der Organisationstheorie ist sehr breit und wird interdisziplinär erforscht. Die betriebswirtschaftliche Organisationslehre gehört zu den klassischen organisationstheoretischen Ansätzen, auf deren Grundlage die Projektorganisation aufbaut.

analyse erfolgen, der eine Machbarkeits- und Risikoanalyse folgt, um darauf aufbauend die Projektplanungsentscheidung zu treffen. Diese Vorgehensweise steht beispielhaft für Regeln, die im Rahmen der Ablauforganisation für die Projektorganisation aufgestellt werden und die darauf abzielen den Prozess abzugrenzen.

**Definiertes Ziel:** Jedes Projekt verfolgt ein bestimmtes Ziel. Der Begriff Ziel ist zukunftsorientiert und mit einer positiven Notation versehen (Hamel 1992, 2635). Im Kontext von Unternehmen gibt es selten nur ein Ziel, sondern es wird von einem Bündel an Zielen gesprochen, die miteinander verknüpft sind. Dabei wird unterschieden zwischen Formalzielen und Sachzielen. Während das Sachziel auf ein konkretes Produkt oder eine Leistung des Unternehmensprozesses gerichtet ist, orientiert sich das Formalziel auf den unternehmerischen Erfolg wie z. B. die Sicherung von Arbeitsplätzen, eine hohe Rendite oder ein gutes Arbeitsklima. Dies ist auch auf die Zielsetzungen der Städte im Kontext der Großereignisbewerbungen übertragbar: Dabei steht häufig die Verbesserung des Images der Stadt als Ziel auf der Agenda der Städte, aber auch konkrete Projekte, wie z. B. der Bau eines neuen Stadions. Hierbei wird deutlich, dass diese Ziele miteinander in Verbindung stehen. Die Formulierung eines Zieles steht im betriebswirtschaftlich-organisatorischen Kontext in engem Zusammenhang mit der Lösung eines konkreten Problems. Da meist in einen Problemlösungsprozess eine Vielzahl von Personen eingebunden ist, erhält die Diskussion der verschiedenen Interessenslagen für die Zielformulierung eine besondere Bedeutung. Somit stellt die Zielformulierung eine „Kommunikationshilfe und Basis für gemeinsames Verständnis und Handeln“ dar (Nagel 1992, 2626). Im Kontext der Bedeutung von Großereignissen von Städten kann zwischen Zielen unterschieden werden, die sich nach außen richten, so z. B. die Verbesserung des Images zur aktiven Beteiligung am Standortwettbewerb. Aber auch Zielen, die nach innen auf die eigene Stadtbevölkerung gerichtet sind, wie z. B. die Verbesserung der Bürgeridentifikation und damit die Erhöhung des bürgerlichen Engagements für die Stadt. Diese Ziele stehen in konkretem Zusammenhang mit den vorherrschenden städtischen Problemen. Als Technik zur Zielformulierung nimmt der Begriff „Zielhierarchie“ eine wichtige Rolle ein. Dabei wird ein umfassendes Oberziel auf Zielklassen heruntergebrochen, für die wieder eigene Ziele und Unterziele aufgestellt werden. Durch diese Aufgliederung wird es möglich, komplexe Ziele operationalisierbar zu machen und damit auch Lösungen finden zu können (Nagel 1992, 2630).

**Beteiligung mehrerer Personen und Stellen:** Dieses Merkmal adressiert zum einen die Unterschiedlichkeit der Akteure, die sich in Gruppen zusammenfinden und das Projekt bearbeiten. Zum anderen betrifft es die verschiedenen Formen der Projektorganisation, die zur Umsetzung des Projektes geschaffen werden. Aus der Perspektive der Organisationslehre sind vor allem instrumentelle Gruppen für Projekte von Bedeutung. Diese gelten als aufgabenorientiert und entsprechen einem bestimmten Organisationsplan, wie z. B. spezifische Arbeitsgruppen (Wiswede 1992, 738). Die Strukturierung dieser Grup-

perform orientiert sich vor allem an kooperativen Konzepten wie der Teamarbeit sowie partizipativen Modellen. Wie die Gruppenmitglieder miteinander verbunden sind und wer welche Aufgaben übernimmt hängt von der Zielsetzung des Projektes und damit von der Aufgabe der Gruppe ab. Dabei können die Anzahl der Gruppenmitglieder, deren Qualifikation und Erfahrung sowie deren Herkunft wesentlichen Einfluss auf die Aufgabenbewältigung haben (Steinbuch 1998, 107-114).

Die Beteiligung von Personen und unterschiedlichen Abteilungen oder Institutionen an einem Projekt erfordert Organisationsstrukturen, die den Ablauf eines Projektes und damit die Realisierung gewährleisten. Diese Organisationsformen müssen in der Lage sein, Kooperation und Kommunikation über Verwaltungsstrukturen hinweg gewährleisten zu können. Die in der Betriebswirtschaftslehre vorherrschenden Organisationsformen sind zurückzuführen auf das Grundverständnis der Aufbauorganisation, die das statische Gerüst festlegt, welche Aufgaben, durch welche Menschen und Sachmittel zu erfüllen sind (Hoffmann 1992, 208). Klassische Organisationsformen wie die Linienorganisation eignen sich weniger, um die Aufgaben von Projekten zu bewältigen (Grün 1992, 2104). So begrenzt die klassische Linienorganisation die direkte Einbindung von Spezialisten, was zu Verzögerungen im Projektablauf führen kann. In der betriebswirtschaftlichen Projektorganisation sind vor diesem Hintergrund Organisationsformen wie die Stabsprojektorganisation, die Matrixorganisation, die reine Projektorganisation oder die Projektgesellschaft von Bedeutung (Grün 1992, 2106-2110). Diese Organisationsformen bieten verschiedene Möglichkeiten, Akteure zu strukturieren und Aufgaben zu organisieren. Innerhalb der Stabsstellenorganisation koordiniert ein Projektleiter die Beteiligung der verschiedenen Stellen, wichtige Projektentscheidungen können von ihm jedoch nicht getroffen werden. Diese unterliegen weiterhin im Kernkompetenzbereich der Unternehmensleitung. Im Vergleich dazu sieht die reine Projektorganisation die Schaffung einer zeitlich befristeten Einheit vor. Diese ist ausschließlich mit der Erfüllung der Projektaufgabe beschäftigt und verfügt über eigene personelle und sachliche Ressourcen. Während sich die Stammorganisation weiterhin mit täglicher Routinearbeit beschäftigt, ist die Projektorganisation in der Lage, in überlagernden und flexiblen Strukturen effiziente Lösungen für komplexe Aufgaben zu erzielen (Hoffmann 1992, 218). Die vollkommene Ausgliederung der Projektorganisation aus der Basisorganisation (z. B. dem Unternehmen oder der Verwaltung) stellt die Projektgesellschaft dar. Diese ist rechtlich und organisatorisch selbstständig. Beispielhaft können dafür Olympiagesellschaften genannt werden, z. B. die München Olympiabaugesellschaft mbH, die aus Anlass der Olympischen Sommerspiele 1972 in München gegründet wurde.

Die Organisationsformen zur Projektumsetzung haben gegenüber der bürokratischen Verwaltung den Vorteil, dass anstelle des Regel-Denkens das Ziel-Denken vorherrschend ist und damit Verwaltungsroutinen aufgebrochen und Innovationen entstehen können (Hill 1988, 180). Aus diesem Grund nimmt Ibert (2003, 4) an, dass „der Bedeu-



tungszuwachs von Projekte in der Planung [...] auch als organisatorischer Anpassungsprozess des Planungssystems an die Anforderungen einer qualitativ neuen Aufgabe, die Organisation von Innovationen, verstanden wird“. Die Organisation von Projekten in der kommunalen Planung, wie sie es z. B. mit der Bewerbung und Durchführung von Großereignissen getan wird, erweitert die herkömmlichen Organisationsstrukturen und lässt dadurch organisationales Lernen zu.

Komplex, umfangreich, und außergewöhnlich: Von einem Projekt als solchem sollte erst gesprochen werden, wenn mit dem Vorhaben eine gewisse Schwierigkeit einhergeht. Dies trifft dann zu, wenn sich die Projektarbeit von der Alltagsarbeit unterscheidet, z. B. durch andere Gruppenstrukturen und einer zeitlichen Befristung dieser Arbeitsaufgabe. Dies repräsentiert die Komplexität eines Projektes, für dessen Realisierung es z. B. notwendig wird, eigenständige Projektstrukturen zu schaffen, Arbeitsaufgaben zu definieren und zu organisieren. Herkömmliche Organisationen wie Behörden und Unternehmen sind jedoch nicht für solche Zwecke konzipiert, „sondern eher im Hinblick auf die routinemäßige Abwicklung des Haupt- und Geschäftsalltages“ geeignet (Haberfellner 1992, 2090). Aus diesem Grund können mit Projekten Probleme einhergehen, die den Abschluss oder die Zielerreichung gefährden (Haberfellner 1992, 2092). Solche Risiken können z. B. unklare oder unrealistische Zielsetzungen sein. Aber auch ein zu starres bzw. bürokratisches Vorgehen bei der Projektorganisation, unzweckmäßige Einbindung der Projektgruppe in die Unternehmenshierarchie oder Konflikte zwischen Projekt- und Fachbereichsinteressen. Diese Aufzählung verdeutlicht, dass die Organisation und Durchführung eines Projektes eine Sondersituation für Unternehmen wie Behörden darstellt. Häußermann und Siebel (1993, 21-22) stellten fest, dass Projekte wie „Großereignisse“ Städte in einen „Ausnahmestand“ versetzen können und dadurch eine „Aufbruchsstimmung in der Stadtpolitik auslösen, die in der Lage ist, Bürokratien und Routinen aufzubrechen. Das Abwägen zwischen den Risiken und Katalysatoreffekten von Projekten scheint vor dem Hintergrund der stetig steigenden Bewerberzahlen für Großereignisse zugunsten der Projekte entschieden zu werden. Der Bewerbungsprozess mit einer Abgabefrist stellt ebenso ein eigenständiges Projekt dar, wie der Weg bis zur Durchführung. Aus diesem Grund kann angenommen werden, dass Bewerbungsprojekte selbst für die Mobilisierung innerhalb der Stadtverwaltung und zur Aufstellung von Zielen für die zukünftige Entwicklung eine entscheidende Bedeutung einnehmen.

#### **4.1.3 Zwischenfazit: Großereignisse als strategische Projekte für Stadtentwicklungszwecke**

Der Stand der Literatur zu Großereignissen und deren Rolle für die Stadtentwicklung hat gezeigt, dass der Anlass sich für ein Großereignis zu bewerben bzw. ein Großereignis auszurichten in unmittelbarem Zusammenhang mit der städtischen Ausgangssituation und den besonderen Eigenschaften von Projekten steht (vgl. Abb. 3). Dabei werden Großereignisse zum einen als strategisches Instrument zur Steuerung von Stadtentwick-

lungsprozessen herangezogen. Zum anderen haben Großereignisse mit ihren projekt-spezifischen Merkmalen eine andauernde Bedeutung für umsetzungsorientierte Stadtentwicklungsplanung.

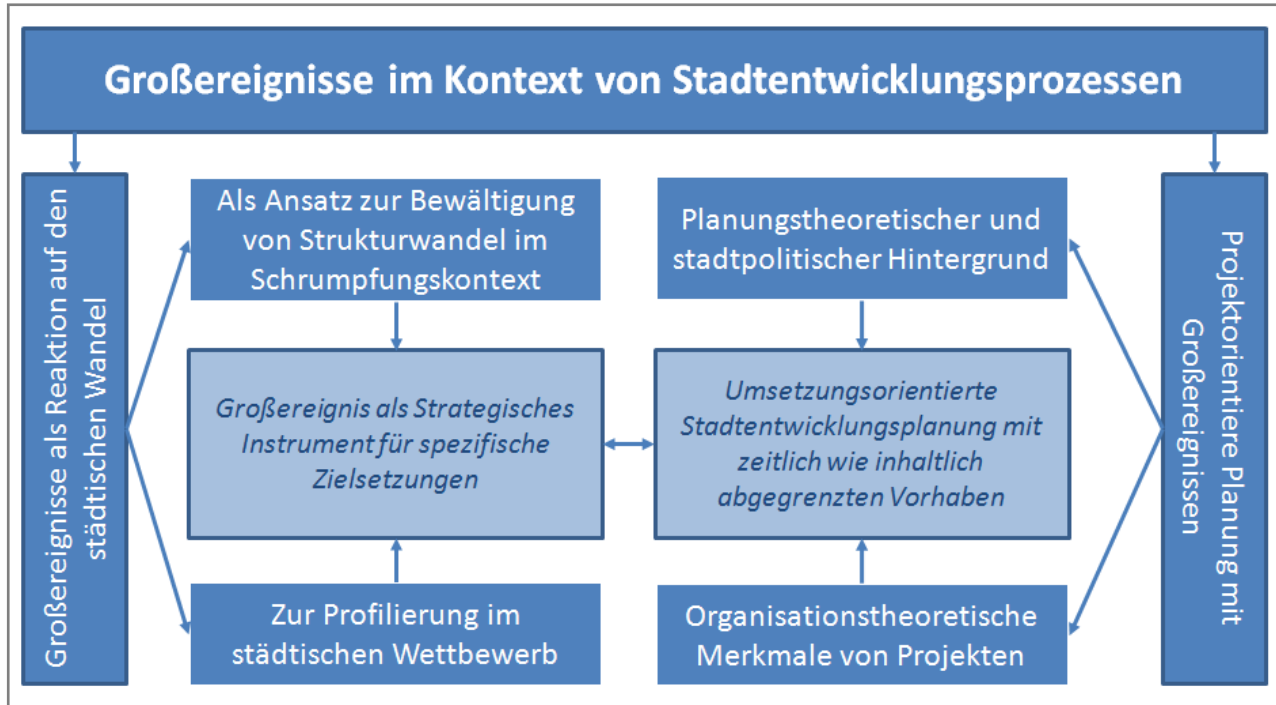


Abb. 3: Großereignisse als strategische Projekte zu Stadtentwicklungszwecken (Quelle: Eigene Darstellung)

Auch wenn Globalisierungsprozesse, Deindustrialisierung und Standortwettbewerb, Prozesse sind, die eng miteinander verbunden sind, so betreffen sie jedoch jede Stadt in einem ganz besonderen Ausmaß. Diese immer komplexer werdenden Situationen der Städte, liefern einen Erklärungsansatz für das immer systematischere Einsetzen des Feierns für die eigenen Zwecke der Kommunen. Großereignisse gelten als Instrumente für Städte, die Stadtentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen steuern, sich im globalen Wettbewerb profilieren oder Transformationsprozesse managen müssen. Somit verbindet jede Stadt ein bestimmtes Ziel mit der Ausrichtung eines Großereignisses. Dabei spielt die städtische Ausgangssituation und die zu bewältigenden Herausforderungen eine wesentliche Rolle. Dies erklärt auch die Situation in Deutschland, dass sich unter den mehrfach gescheiterten Städten zur Ausrichtung von Großereignissen sowohl Städte mit schrumpfendem als auch wachsendem Charakter befinden. Es hängt nicht nur vom Typ des Großereignisses ab, ob infrastrukturelle Veränderungen ausgelöst oder sich das Image der Stadt verbessert, sondern es hängt von der spezifischen Ausgangssituation der Stadt ab, in der sie sich befindet, wenn das Großereignis geplant und ausgerichtet wird (Häußermann et al. 2008, 267). Anlass stellen die Problemlagen der Städte dar, die durch sozioökonomische Veränderungsprozesse hervorgerufen wurden und zu deren Bewältigung konkrete Zielsetzungen aufgestellt werden. Damit Großereignisse als Moto-

ren der Stadtentwicklungen funktionieren können, muss die Stadtentwicklung im Zusammenhang mit den Zielen des Großereignisses stehen.

Auf der anderen Seite wird mit Stadtentwicklungsplanung, die immer mehr auf Großereignisse ausgerichtet ist, ein Leitbild geschaffen, welches mit einzelnen Projekten realisiert werden soll. Dabei steht weniger die physische Planung im Vordergrund, die Raum für Wachstum schafft und Bestand verwaltet, sondern Planung, die auf weiche Standortfaktoren zur Verbesserung der Lebensqualität abzielt (Häußermann et al. 2008, 260). Vor diesem Hintergrund konzentriert sich Planung immer mehr auf inhaltlich, zeitlich und räumlich abgegrenzte Vorhaben, Projekte, deren Merkmale in der Lage sind ein klar umrissenes Ziel zu realisieren. Insbesondere kommt dem Wechselspiel zwischen Projekten wie Großereignissen und gesamtstädtischen Zielsetzungen in Form von Leitbildern eine besondere Bedeutung zu. Das punktuelle Umsetzen umfassender Ziele reflektiert das derzeitig vorherrschende Planungsverständnis. Vor allem bei den Städten mit mehreren Bewerbungen für Großereignisse kann angenommen werden, dass Stadtentwicklungsplanung projektorientiert betrieben wird. Die Bedeutung von Projekten für die Stadtentwicklungsplanung wird durch deren spezifische Eigenschaften offensichtlich, die sich wesentlich vom Alltagsgeschehen unterscheiden. Das Betrachten der Großereignisse aus der Perspektive der Organisationstheorie der Betriebswirtschaftslehre ermöglicht die Reduzierung der Komplexität eines solchen Vorhabens. Dies ist besonders aus methodischer Sicht von Bedeutung. Der Einblick in die Organisationstheorie unterstützt die Kategorisierung solcher Projekte und bietet mögliche Merkmalsausprägungen an. So verfolgt ein Projekt immer ein bestimmtes Ziel, ist zeitlich begrenzt und komplex, stellt eine außergewöhnliche Situation dar, an der verschiedene Akteure beteiligt werden.

## 4.2 Großereignisse und ihre vielfältigen Wirkungsweisen

Wie durch das vorangegangene Kapitel deutlich wurde, stellen Großereignisse durch ihre Eigenschaften als Projekte und ihrem direkten Zusammenhang zu einer städtischen Problematik mit Handlungsdruck ein strategisches Instrument der Stadtentwicklungsplanung dar. Die Bedeutung von Großereignissen für die Stadtentwicklungsplanung ist dabei auch eng mit den zu erwartenden Effekten durch die Ausrichtung solcher Vorhaben verbunden. Um die Bedeutung der gescheiterten Großereignisbewerbung für die Städte erfassen zu können, sind Kenntnisse über inhaltliche, zeitliche und räumliche Wirkungsdimensionen von Großereignissen notwendig.

Die Literaturanalyse zu Wirkungsweisen verschiedener Großereignisse hat dabei ergeben, dass die Wirkungen von Großereignissen im Verlauf ihrer Existenz an Bedeutung gewonnen haben. So wurden die Effekte der ersten Weltausstellungen auf die Ausrichterstädte noch als „ephemer“ beschrieben (Häußermann und Siebel 1993, 16). Damit verbunden waren „flüchtige Installationen“ wie der Londoner Kristallpalast, der im Rahmen der Weltausstellung 1851 in neun Monaten errichtet und danach wieder demontiert

wurde (Häußermann und Siebel 1993, 16). Jedoch erzeugten Beispiele, wie die Entwicklung des Pariser Eiffelturmes vom Eingangsportal der Weltausstellung 1889 zum heutigen Wahrzeichen von Paris, Erwartungen bei den Städten an die Wirkungsweisen von Großereignissen (Chalkley und Essex 1999, 370). So stellt Roche (1992, 575) noch ein Ungleichgewicht zwischen den zahlreichen Studien fest, die für den Bewerbungsprozess (Machbarkeitsstudien, Bewerbungsbücher, Auswirkungsprojektionen) erstellt werden und denen, die im Nachhinein durchgeführt werden<sup>15</sup>. Zwanzig Jahre später weisen Becca Leopky und Milena M. Parent (2012, 925) auf die zunehmende Bedeutung von Studien über Effekte hin. Aufbauend auf diesen Informationen verbinden potentielle Bewerberstädte damit ihre Erwartungen für bleibende Wirkungen und Entwicklungsimpulse für Stadt und Region. Städte und Regionen erhoffen sich durch verschiedene Effekte, wie erhöhte Bekanntheit und Verbesserung der Infrastruktur und des Images, „den ganz großen Sprung nach vorn (Selle 2005, 231)“. Allerdings stellte Selle (2005, 243-244) im Kontext der EXPO 2000 in Hannover fest, dass die empirische Analyse und ganzheitliche Betrachtung der Effekten von Großereignissen mit Abgrenzungsschwierigkeiten verbunden ist. Es scheint, als ob eine objektive Bilanzierung der verschiedenen Wirkungen eines Großereignisses wenig Sinn macht. Nach Selle (2005, 247) ist vielmehr von Interesse, für wen die Ausrichtung eines Großereignisses von Nutzen gewesen ist.

Dieser Problematik, Wirkungsweisen von Großereignissen zu betrachten, haben sich verschiedene Autoren im internationalen und nationalen Kontext gewidmet. Im Kontext des diversen Begriffsverständnisses über Großereignisse scheint eine Generalisierung von Wirkungsweisen kaum möglich. Nach Dimanche (1997, 68) ruft dies einen Mangel einer standardisierten Methode zur Erfassung von Effekten hervor, der sich in den unterschiedlichen Ansätzen, Wirkungen zu strukturieren, widerspiegelt. Um für die Wirkungsweisen gescheiterter Großereignisse eine Systematik zu entwickeln, werden nun zuerst verschiedene Ansätze vorgestellt, welche zum Ziel haben, Wirkungen von Großereignissen nach ihren unterschiedlichen Dimensionen und Ausprägungen zu strukturieren. Es kann davon ausgegangen werden, dass eine Vielzahl von Variablen die Wirkungsweisen von Großereignissen beeinflusst. Um für diese Komplexität sensibilisiert zu sein, ist das Ziel, die Variablen und ihre Ausprägungen zu benennen und in den Kontext gescheiterter Großereignisbewerbungen zu setzen. Darauf aufbauend werden einzelne thematische Wirkungskategorien detaillierter betrachtet und mit Beispielen belegt. Letztendlich werden aus diesen Erkenntnissen Ableitungen über potentielle Wirkungen von gescheiterten Bewerbungsverfahren auf Stadtentwicklungsprozesse getroffen, um das methodische Vorgehen für die empirische Analyse gescheiterter Großereignisse vorzubereiten.

---

<sup>15</sup> Nach Roche (1992, 575) liegt das nicht nur daran, dass die meisten Bewerbungen scheiterten, sondern auch daran, weil die Ausrichterstädte kein Interesse und keine Möglichkeit haben, diese Studien im Nachhinein durchzuführen.

### 4.2.1 Theoretische Strukturierungsansätze

Die ungebrochene Faszination der Großereignisse für Städte und Nationen lässt sich durch die stetig hohe Zahl an Bewerbern als Ausrichterstadt oder -nation erkennen. Sie hängt vor allem mit den Erfahrungen der bisherigen Ausrichterstädte zusammen und den darauf aufbauenden Erwartungen der Bewerber. Häufig begründen Bewerbernationen oder Bewerberstädte die Bemühungen zur Ausrichtung eines Großereignisses mit den langfristigen gesamtwirtschaftlichen Gewinnen, die dadurch für die Ausrichterstadt bzw. -nation entstehen (Cornelissen et al. 2011, 307). Diese eher einseitige betrachtete Legitimation für die Ausrichtung von Großereignissen gilt als selektiv, da soziale, politische und ökologische Effekte weitgehend unbeachtet bleiben (Deccio and Baloglu 2002, Cashman 2006, 13; Cornelissen et al. 2011, 307). Als kritischen Aspekt stellte Roche (1992, 574) fest, dass die Studien zu den wirtschaftlichen Effekten losgelöst vom Stadtkontext durchgeführt wurden und nennt dies „De-contexting“ der Megaevents. Preuss (2007, 207) führt diese einseitigen Wirkungsanalysen darauf zurück, dass es kaum ein einheitliches und umfassendes Verständnis von potentiellen Effekten der Großereignisse auf die Ausrichterstadt gibt. Für Scarlett Cornelissen et al. (2011, 308) führt dieses Defizit dazu, dass Nationen und Städte sich um Großereignisse bewerben, ohne eigentlich die Komplexität der Effekte zu verstehen. Auch für Preuss (2007, 207) ist es überraschend, dass sich immer mehr Städte zur Ausrichtung von Großereignissen bewerben, obwohl eigentlich nur eine vage Vorstellung über die komplexen und unsicheren Effekte solcher Großereignisse besteht.

Seit den 1990er Jahren haben sich dieser Problematik verstärkt verschiedene Autoren gewidmet und Ansätze entwickelt, Wirkungsweisen und das Erbe von Großereignissen systematisch darzustellen. Eine Vielzahl von Studien stammt dabei aus dem Bereich der Tourismuswirtschaft zu Sport-Mega-Events wie den Olympischen Spielen. Aber auch im Bereich der urban sociology gibt es eine Reihe von Veröffentlichungen, die sich Großereignissen und ihren Effekten zuwenden. Während Häußermann und Siebel zu Beginn der 1990er die Diskussion im deutschsprachigen Raum anregten, wird die englischsprachige Literatur vor allem durch Autoren aus Nordamerika (z. B. Ritchie, Getz, Roche, Hiller) dominiert<sup>16</sup>. Im Folgenden werden diese Ansätze zur systematischen Erfassung von Effekten der stattgefundenen Großereignisse vorgestellt und diskutiert. Dabei werden zum einen Forschungsarbeiten betrachtet, welche sich auf eine thematische Strukturierung der Effekte von Großereignissen konzentrieren. Zum anderen werden Ansätze präsentiert, die über die thematischen Betrachtungen hinausgehen und eine modellhaften Charakter haben (total impact perspectives).

---

<sup>16</sup> Siehe auch Kapitel 2.1 über die Diskussion zum Begriffsverständnis von Großereignissen im internationalen und nationalen Diskurs.

## Thematische Kategorien

Zu den ersten Forschungsarbeiten, die sich mit der Betrachtung der Effekte von Großereignissen beschäftigen, zählt die Arbeit von Ritchie (1984): „Assessing the Impact of Hallmark Events“. Nach Roche (1992, 577) ist dies die „key study“, welche einen Rahmen darstellt, um einen kompletten Eindruck von Effekten der Großereignisse zu bekommen. Ritchie (1984, 261) stellte fest, dass bis zu diesem Zeitpunkt die Betrachtung der Effekte einen eher eindimensionalen Charakter hatten. Zur Bewertung der Bedeutung von Großereignissen für die Ausrichterstädte reichte dies nicht aus, so dass Ritchie (1984, 261) sechs thematische Kategorien aufstellte und zwischen positiven und negativen Erscheinungsformen unterschied. Zur Kategorie „Wirtschaftliche Effekte“ zählen nach Ritchie z. B. die zunehmenden Beschäftigungszahlen durch den Infrastrukturausbau oder die steigenden städtischen Einnahmen durch Zuschauer und Teilnehmer des Großereignisses. Zu den negativen wirtschaftlichen Effekten zählt Ritchie (1984, 261) z. B. Bodenspekulationen und steigende Preise im Einzelhandel während der Ausrichtung des Großereignisses. In der Kategorie „Tourismus“ wird beispielhaft der gestiegene Bekanntheitsgrad der Region durch das Ausrichten des Großereignisses angeführt. Dieser muss jedoch nicht unbedingt positiv zu bewerten sein, sondern kann auch in Form eines schlechten Rufes auftreten. So z. B. wenn Zuschauer und/oder Teilnehmer sich über nicht adäquate Bedingungen und Einrichtungen vor Ort beschwerten. Eine weitere Kategorie umfasst physische Effekte wie z. B. die Verbesserungen lokaler Verkehrsinfrastruktur oder den Bau neuer Stadien, die ohne das Großereignis politisch und finanziell kaum hätten bewerkstelligt werden können. Die negative Seite dieser Entwicklungen kann nach Ritchie (1984, 262) dabei mit Umweltschäden einhergehen, die im Zusammenhang mit den baulichen Vorbereitungen stehen. Ritchie (1984, 262) stellt drei weitere Kategorien potentieller Effekte auf, denen bis dahin wenig formelles Interesse entgegengebracht wurde. Er geht davon aus, dass die psychologischen (erhöhter Lokalstolz versus defensive Haltung), sozialen (Stärkung von Traditionen versus Kommerzialisierung) und politischen (Verbesserung internationaler Beachtung versus Zufriedenstellung politischer Eliten) Aspekte unterschätzt wurden, wenn über die Bedeutung von Großereignissen für die Ausrichterstadt diskutiert wurde. Auch verwies Ritchie (1984, 257) darauf, dass die mit dem Großereignis verbundenen Ziele, also die zu erwartenden Effekte, abhängig vom Charakter des Großereignisses sind.

Mit der Aufstellung dieses Klassifikationsansatzes von Ritchie (1984, 261) wurde zum ersten Mal ein umfassender Rahmen zur Analyse von Wirkungen realisierter Großereignisse entwickelt. Im Vergleich zu einem relativ jungen Aufsatz von Cornelissen et al. (2011), der sich mit der Neudefinition des Konzeptes zur Bestimmung des Erbes von Sportgroßereignissen beschäftigt, scheint der Aufsatz von Ritchie (1984) nicht an Aktualität verloren zu haben. Im Bewusstsein der Multidimensionalität der Wirkungsweisen von

Großereignissen haben Cornelissen et al. (2011) ähnliche Wirkungskategorien<sup>17</sup> aufgestellt. Innerhalb derer werden sowohl positive als auch negative Wirkungen zusammengefasst und mit Beispielen illustriert.

Zu den führenden Vertretern touristischer Studien zu Großereignissen zählt ebenso Donald Getz (1991), der sich in seinem Buch „Festivals, Special Events, and Tourism“ unter anderem auch mit Ansätzen zur Kategorisierung und zum methodischen Vorgehen von Evaluierung und Bewertung der Großereigniseffekte auseinandergesetzt hat. Schwerpunkt stellte für ihn die Deskription des Großereignisses durch die Analyse der Teilnehmer (soziokulturelle Daten und Gründe für den Besuch) und ihren Aktivitäten (Ausgaben und Aktivitäten) während der Durchführung des Großereignisses dar. Bei der Betrachtung der Effekte sind für ihn vor allem wirtschaftliche Effekte von Bedeutung, wozu er die Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse oder die zusätzlich erzielten Einnahmen während des Events zählt. Unter der Rubrik „Andere Effekte“ verweist er auf potentielle ökologische (Umweltverschmutzung, Lebensraumverlust) und soziokulturelle Wirkungen (Traditionsverluste, Lebensgefühl der Bewohner), auf die jedoch nicht näher eingegangen wird und die für ihn fast alle einen negativen Charakter aufweisen. Dieser Ansatz zeigt, dass Getz (1991, 285) zwar zwischen ähnlichen thematischen Wirkungsdimensionen wie Ritchie (1984) unterscheidet, diese jedoch stärker auf die unterschiedlichen Phasen eines Großereignisses bezieht. Er verweist zum einen auf Wirkungen während des Großereignisses und zum anderen auf Wirkungen, die erst nach der Ausrichtung festgestellt werden können.

Besonders im Kontext der Olympischen Spiele (Cashman 2006; Chappelet und Junod 2006) und anderer Sportgroßereignisse wie der Fußball-Weltmeisterschaft (Bob und Swart 2010; Cornelissen et al. 2011) wurde dem systematische Erfassen von Wirkungen von Großereignissen Bedeutung beigemessen. So wurde dieser Thematik im Rahmen des Joint Symposiums des IOC Olympic Studies Centre 2002 in Lausanne (IOC 2003) besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Auf Basis verschiedener Erfahrungen ehemaliger Ausrichterstädte wurde die Idee entwickelt, dass das Erbe der Olympischen Spiele von einer breiten Perspektive aus betrachtet werden soll. Neben den offensichtlichen Aspekten wie dem Ausbau der Sportinfrastruktur und der touristischen Vermarktung des Austragungsortes, sollen auch weniger offensichtlichere Aspekte mit einbezogen werden. Dazu gehören z. B. der Einfluss von Sport auf Erziehungsaspekte oder die Freiwilligenarbeit. Auch dem zeitlichen Aspekt wurde Aufmerksamkeit geschenkt: Wann treten die Wirkungen auf? Von welcher Dauer sind die Wirkungen? Vor dem Hintergrund der angestrebten nachhaltigen Entwicklung durch das Großereignis sprach sich das Symposium für eine langfristige Betrachtung des Erbes aus (International Olympic Committee 2003,

---

<sup>17</sup> Cornelissen et al. (2011, 311) unterscheiden zwischen wirtschaftlichen, infrastrukturellen, sozialen, politischen, bildlichen, sportlichen und ökologischen Wirkungsbereichen.

2). Es wurde empfohlen, die Analyse der Wirkungen nach den folgenden thematischen Kategorien auszurichten: 1. Wirtschaft, 2. Kultur, 3. Gesellschaft 4. Sport 5. Politik, 6. Erziehung. Mit diesen Kategorien gab das Olympische Komitee einen Rahmen vor, innerhalb dessen Wirkungen auftreten können.

In Verbindung damit wurde die „Olympic Games Global Impact Study“ (OGGI Study) des IOC ins Leben gerufen, welche den politischen Ansatz der Nachhaltigkeit aufgreift und 150 Indikatoren entwickelte, damit die zukünftigen Olympischen Spiele diesem Charakter entsprechen (Leonardsen 2007, 13). Die OGGI Study hatte zum Ziel, den Gesamteffekt der Olympischen Spiele zu messen, um die Bewerberstädte und die zukünftigen Ausrichterstädte zu unterstützen (Olympic Review, 2006). Für alle Ausrichterstädte ist es seitdem verpflichtend, eine solche Studie durchzuführen. Sie umfasst einen Zeitraum von 11 Jahren, der zwei Jahre vor der Auswahl der Ausrichterstadt beginnt und bis zwei Jahre nach der Austragung der olympischen Spiele andauert. Damit soll gewährleistet werden, dass die Olympischen Spiele im Sinne der Nachhaltigkeit durchgeführt werden und bereits im Vorfeld die verschiedenen Wirkungsaspekte geplant werden können. Neben methodischen Schwierigkeiten (Leonardsen 2007, 21) übt Richard Cashman (2006, 16) Kritik an der nachhaltigen Definition der Olympischen Spiele des IOC. Zwar wird in dieser OGGI Study der Versuch gemacht, Effekte nach den Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft anhand verschiedener Indikatoren umfangreich zu gruppieren. Doch wird den weniger greifbaren Wirkungen kaum Aufmerksamkeit geschenkt. So spielen z. B. die Bedeutung der Erinnerungen oder der Symbolcharakter der Olympischen Spiele für die Ausrichterkommune bisher kaum eine Rolle in der Diskussion (Cashman 2006, 17). Außerdem bemerkte Cashman (2006, 17), dass durch die Beendigung der Analyse zwei Jahre nach der Ausrichtung, für längerfristige Wirkungsweisen kaum Erkenntnisse erfasst werden können. Er vertritt die Auffassung, dass die Betrachtung der Wirkungsweisen von Olympischen Spielen aus der größten möglichen Perspektive erfolgen sollte. Zum einen sollen bei der Analyse der Wirkungen verschiedene Themengebiete betrachtet werden, innerhalb derer die Wirkungen auftreten können (z. B. Wirtschaft, Infrastruktur, Gesellschaft, Umwelt). Zum anderen sollen diese anhand verschiedener Perspektiven weiter differenziert betrachtet werden (privat versus öffentlich; greifbar versus nicht greifbar; kurzfristig versus langfristig). Diese Differenzierungsaspekte sollen der Wirkungsanalyse einen prozesshaften Charakter geben und ihre Komplexität verdeutlichen.

Das Begriffsverständnis von „Nachhaltigkeit“ bietet auch für andere Autoren einen Rahmen zur Betrachtung von Wirkungsweisen von Großereignissen. So bezieht sich auch Elisabeth Mettler (2008, 131.) bei ihrer Wirkungsanalyse der ehemaligen Europäischen Kulturhauptstädte Glasgow, Luxemburg und Weimar auf den Begriff „Nachhaltigkeit“ und seine verschiedenen Dimensionen. Dabei wird die ökologische durch die kulturelle Dimension ersetzt. Aufgrund der „mangelnden Definierbarkeit und fehlenden Operationalisierbarkeit von „Nachhaltigkeit“ (Mettler 2008, 131), versteht Mettler (2008, 132) Nachhal-



tigkeit als „längerfristiges Wirken, Halten und Andauern“ und weist auf die Schwierigkeit der Quantifizierung solcher Aspekte hin. Methodische Ansatzpunkte zum Nachweis nachhaltiger Effekte lassen sich z. B. in der andauernden Existenz von kulturellen Infrastrukturen (wie Vereine, Zusammenschlüsse, Institutionen) erkennen, die im Rahmen der Kulturhauptstädte entstanden sind. Letztendlich kommt Mettler (2008, 143) zu dem Schluss, dass jede Ausrichterstadt einzigartig ist und somit auch die Art das Großereignis auszurichten und die damit zusammenhängenden Effekte. Es scheint, als sei ein „universell anwendbares Rezept zur Durchführung und Schaffen von Bleibendem“ aufgrund der jeweils individuellen Situation kaum möglich.

Auch wenn das Konzept der Nachhaltigkeit zur Betrachtung von bleibenden Effekten naheliegt, scheint es neben dem Einfluss der individuellen Situation der Städte auch Grenzen in Bezug auf die Differenzierung zwischen geplanten und ungeplanten Effekten aufzuweisen. Dies wurde am Beispiel der Bundesgartenschau in Gera deutlich, deren nachhaltige Effekte Ramon Miller, Baudezernent der Stadt Gera, auf der gemeinsamen Frühjahrstagung der Landesarbeitsgemeinschaften (LAG) Sachsen/Sachsen-An-

halt/Thüringen und Berlin/Brandenburg/Mecklenburg Vorpommern präsentierte (25. und 26.04.2013). Er betonte, dass im Fall Gera schon mit Beginn der Vorbereitung der Bundesgartenschau der Blick auf die Situation im Nachhinein geworfen wurde, um sich auf den Zustand nach dem Großereignis einzurichten (LAG Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen und Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern 2013). Dennoch bewahrt Planung für den Fall danach, die Städte nicht davor ungeplante Wirkungen zu erfahren. Diese können zum einen positiv zu bewerten sein, so z. B. das andauernde bürgerschaftliche Engagement in Gera nach der Ausstellung auf das weitere gesellschaftliche Leben in der Stadt. Allerdings können zukünftig auch negative Wirkungen auftreten. So kann vom heutigen Zeitpunkt kaum eingeschätzt werden, welche langfristige Effekte durch den Verkauf der städtischen Klinik und Teile städtischer Wohnungen zur Finanzierung der Bundesgartenschau in Gera für die Stadtgesellschaft auftreten werden.

Dieses Beispiel verdeutlicht, dass thematische Kategorien, wie sie durch das Konzept der Nachhaltigkeit vorgegeben werden, zwar einen Rahmen für die Wirkungsanalyse geben, für ein ganzheitliches Verständnis jedoch nicht ausreichen. So stellten Carry Deccio und Seyhmus Baloglu (2002, 47) auf Basis einer zusammenfassenden Betrachtung von Studien zu Wirkungsweisen von Großereignissen fest, dass innerhalb der thematischen Kategorien weiter zwischen verschiedenen Aspekten differenziert werden muss. So kann zwar durch Großereignisse eine steigende Wirtschaftlichkeit vor Ort ausgelöst werden, was sich z. B. durch die Zunahme an Beschäftigungsverhältnissen ausdrückt. Jedoch sind diese Effekte häufig von kurzfristigem Charakter, da sie vor allem in der Vorbereitungszeit auf das Großereignis auftreten. Im Gegensatz dazu gelten wirtschaftliche Kosten wie Steuerbelastungen oder Preissteigerungen der Lebenshaltungskosten als negativ

mit einem langfristigen Charakter. Dabei sind diese Effekte sekundär und werden als Folge von z. B. dem Infrastrukturausbau angesehen.

Diese Ausdifferenzierung nach direkten und indirekten sowie positiven und negativen Wirkungen innerhalb einer thematischen Kategorie lassen vermuten, dass weitere Faktoren zu bestimmen sind, um einen ganzheitlichen Analyserahmen aufzustellen. Unterstützt wird diese These durch den Fakt, dass für ganz unterschiedliche Personengruppen verlässliche Aussagen zu Wirkungen von Großereignissen von Bedeutung sind. Sowohl ehemalige und potentielle Ausrichterstädte als auch Ausrichterorganisationen interessieren sich für die Wirkungsweisen. Während die einen das Großereignis zu ihren Zwecken instrumentalisieren und damit Stadtentwicklungsprozesse beschleunigen wollen, wollen die anderen ein großes Fest feiern und Aufmerksamkeit erregen.

Zusammenfassend kann für die hier vorgestellten theoretischen Ansätze zur Kategorisierung von Großereigniseffekten festgestellt werden, dass thematische Aspekte nicht ausreichen, um Wirkungen von Großereignissen ganzheitlich zu erfassen. Ritchie (1984) hat mit seiner Kategorisierung einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass sich die Wirkungsanalysen von Großereignissen auf Kategorien wie Gesellschaft und Politik erweitert haben. Das Konzept der Nachhaltigkeit mit ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten bietet ebenso einen Rahmen und erweitert die Wirkungsanalyse auf mehrere Themengebiete.

### **Modelle und Konzepte**

Die bisher diskutierten Ansätze konzentrierten sich vor allem auf Wirkungen, die verschiedenen Themenbereichen zugeordnet werden können. Diese direkte Ursache-Wirkungs-Beziehung, welche mit dem Großereignis beginnt und mit klar zu identifizierbaren Effekten endet, betrachtet Hiller (1998, 45) kritisch. Er (2000b, 186) erweitert das Verständnis von den mehrheitlich positiv betrachteten wirtschaftlichen und touristischen Effekten von Großereignissen auf die gesamtstädtische Bedeutung. Dazu zählt zum einen der Imagefaktor von Großereignissen, der z. B. Investitionszuflüsse in die Städte fördert. Zum anderen sieht Hiller (2000b, 187) die Städte in einer verbesserten Position des inter-urbanen Wettbewerbs. Wenn einmal das Image einer Austrägerstadt für ein Großereignis die Außenwirkung prägte, so bleibt dies häufig in Erinnerung. Außerdem verweist er darauf, dass die Ausrichtung von Großereignissen eine Initiative darstellt, in alternde Infrastrukturen zu investieren und damit die Transformationsprozesse von Industriestädten in post-industrielle Städte zu unterstützen. Beispielhaft stehen dafür die Olympischen Bewerbungen von Birmingham (1992, 1996) und Manchester (1996, 2000). Damit setzt Hiller die Wirkungen von Großereignissen in den Kontext der Stadt und stellt einen Zusammenhang zwischen den gesamtstädtischen Ausgangsbedingungen und den potentiellen Wirkungen her.

Mit dem Ziel, eine umfassende Analyse der Effekte von Großereignissen durchführen zu können, entwickelte Hiller (1998, 47ff, 2000b, 191) das „Linkage Model“. Ausgangspunkt der Wirkungsbetrachtungen sind dabei nicht die jeweiligen Themenbereiche, sondern die Art des Zusammenhangs zum Großereignis. Dabei wird zwischen „Forward Linkage“, „Backward Linkage“ und „Parallel Linkage“ unterschieden. Zum einen wird davon ausgegangen, dass das Großereignis selbst der Grund für die Effekte darstellt (Forward Linkage). Ein Beispiel dafür sind die steigenden Touristenzahlen während des Zeitraumes, wenn das Großereignis ausgerichtet wird. Der Zusammenhang zwischen Großereignis und Wirkung ist direkt und kann sowohl als positiv als auch negativ für die Stadt betrachtet werden. Zum anderen stellt Hiller (1998) den Zusammenhang zwischen Umständen, wie es zum Großereignis gekommen ist und den übergeordneten Zielen der Stadt her, die neben der Realisierung von Bedeutung waren (Backward Linkage). Dies kann die Ablenkung von Problemen wie z. B. von Arbeitslosigkeit sein oder die Darstellung des Großereignisses als ein Symbol neuer politischer Initiativen. Auch persönliche Vorteile, die in Zusammenhang mit dem Großereignis stehen, können der Ausgangspunkt gewesen sein. Diese Verbindungen und damit zusammenhängenden Wirkungen sind dem Großereignis indirekt zuzuordnen und gelten als sekundär. Als dritten Aspekt hebt er Nebeneffekte des Großereignisses hervor, die nicht notwendigerweise beabsichtigt gewesen sind (Parallel Linkage). Sie treten unerwartet ein und werden häufig auch nicht erkannt, da sie nicht allein auf das Großereignis zurückzuführen sind.

Die Anwendung dieses Rahmenkonzeptes zeigt die Einbettung der Wirkungen in den städtischen Kontext. Hiller (1998, 52) stellte am Bsp. des „Saddledome“, welcher das infrastrukturelle Erbe der Olympischen Winterspiele in Calgary ist, fest, dass dieser nicht selbst als Effekt zu betrachten ist, sondern zum Ausgangspunkt der Wirkungsbetrachtungen wird: Zwar beschleunigten die Olympischen Spiele die Konstruktion dieser Sportarena, aber die Position und die Notwendigkeit dafür, war auf die Situation in der Stadt zurückzuführen, die eine Trainingsstätte für ihre professionelle Hockeymannschaft benötigten. Der Effekt war somit im Vorfeld geplant und stand im Zusammenhang mit dem vor Ort relevantem Problem. Am Beispiel der EXPO in Vancouver 1986 kann Hiller (1998, 52) die Verdrängung der Bewohnerschaft vom Gelände, welches das Ausstellungsgelände wurde erkennen und charakterisiert diesen als Nebeneffekt des Großereignisses. Dieser hängt zwar unmittelbar mit dem Großereignis zusammen, unterliegt jedoch nicht dessen Kontrolle. Selbst wenn argumentiert wird, dass dies ein beabsichtigter Effekt gewesen ist, um den Stadtteil aufzuwerten, liegt doch die problematische Ausgangssituation vor dem Großereignis. In einem späteren Artikel stellt Hiller (2003) ein erweitertes „Linkage-Model“ vor, in welchem er zuerst thematische Kategorien definiert (Bebaute Umwelt, Wirtschaft, Wahrnehmung, Stadtgesellschaft) und für diese, verschiedene Spannungsbögen aufzeigt. Dabei strukturieren die folgenden Merkmale die thematischen Wirkungskategorien nach den: 1. Zielen der Ausrichterorganisation und der Stadt 2. Primär- und Sekundäreffekten 3. Geplanten und ungeplanten Effekten und den 4. kurz- und langfristige

Effekte (Hiller 2003, 105-108). Dies verdeutlicht die Mehrdimensionalität der thematischen Kategorien, innerhalb derer Effekte auftreten können, so z. B. in der Kategorie „Stadtgesellschaft“: Was für einen Teil der Stadtbevölkerung ein positiver Effekt ist, z. B. das gesteigerte Gemeinschaftsgefühl oder zugenommenen ehrenamtlichen Tätigkeiten durch das Großereignis, kann in einem anderen Stadtteil ein negativer Effekt sein, der sich durch Verdrängungseffekte von Bevölkerungsteilen auszeichnet

Einen ähnlichen Ansatz wie Hiller (2003) verfolgen auch Chappelet und Junod (2006 zitiert nach Cornelissen 2011, 309), welche zwischen fünf verschiedenen thematischen Wirkungskategorien unterscheiden<sup>18</sup>. Die Kategorie „bebaute Umwelt“ von Hiller (2003) wird dabei differenzierter nach ihrem Zweck betrachtet und dreifach unterteilt nach sportlicher, verkehrlicher und punktuell im Stadtraum auftretender Infrastruktur. Während Chappelet und Junod (2006, zitiert nach Cornelissen 2011, 309) der bebauten Umwelt besondere Aufmerksamkeit widmeten, haben die weiteren zwei Kategorien einen zusammenfassenden Charakter: Die Kategorie Wirtschaft bezieht sich dabei sowohl auf die steigende Anzahl von Touristen in Verbindung zum Großereignis, aber auch auf zukünftige die Ansiedlungen neuer wirtschaftlicher Strukturen, die Ausdruck einer dynamischen Ausrichterstadt sind. In der Kategorie „Gesellschaft“ werden vor allem Lerneffekte zusammengefasst, die sowohl durch die direkte Einbindung in den Organisations- und Durchführungsprozess hervorgerufen werden, als auch indirekte Erfahrungen durch die Teilhabe an einem Großereignis vor Ort sein können. Im Unterschied zur fast ausschließlichen Betrachtung der thematischen Wirkungsabgrenzungen (u. a. Richtie 1984, Getz 1991) verweisen Chappelet und Junod (2006, zitiert nach: Cornelissen 2011, 308-309) auf die Unterschiedlichkeit der thematischen Effekte in Bezug auf ihren direkten oder indirekten Zusammenhang zum Sportgroßereignis, welche die Ausrichterstadt auf geplante oder ungeplante Art positiv oder negativ verändert.

Eine ähnliche Betrachtungsweise haben Metzler und Job (2007, 517), welche die thematischen Wirkungskategorien (Wirtschaft, Politik, Sozial/Psychologisch, Umwelt) nach ihrer Messbarkeit (tangible, intangible) unterscheiden. Allerdings werden durch diese Vorgehensweise Unterschiede in der Zuordnung deutlich, während Hiller (2003) und Chappelet und Junod (2006) den Zugewinn von Kompetenz und Netzwerken zu der sozialen Kategorie zuordnen, erscheinen diese bei Metzler und Job (2007) in der Wirtschaftskategorie.

Diese Aspekte nehmen Gans et al. (2003) in ihre Systematik zu Wirkungen von Sportgroßveranstaltungen auf. In Anlehnung an den Nachhaltigkeitsbegriff von Brundtland, unterscheiden die Autoren nach ökonomischen, ökologischen und sozialen Wirkungskategorien. Maßgebend für den Klassifizierungsansatz ist die Verbindung von Wirkungen mit den Zielen, die mit dem Großereignis erreicht werden sollen (Gans et al. 2003, 83).

---

<sup>18</sup> Ähnlich wie Hiller (2003) stellen auch hier die Olympischen Spiele das Referenz-Großereignis zur systematischen Betrachtung von Wirkungsweisen für Großereignisse dar.

Durch die Verbindung von Zielen mit Wirkungen wird ein Zusammenhang zu den verschiedenen Akteursgruppen hergestellt und eine Zuordnung der Wirkungen kann erfolgen. Bei diesem Ansatz wird zwischen den Kosten (positive Wirkungen) und Nutzen (negative Wirkungen) der jeweiligen Wirkung auf die unterschiedlichen Akteursgruppen differenziert, für die ein bestimmtes Ziel erreicht werden soll. Die Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Wirkungen und dem räumlichen Wirkungsbereich stellt eine weitere Strukturierung dar.

Als zusammenfassend für die oben diskutierten mehrdimensionalen und vielschichtigen Wirkungsmodelle, kann der Ansatz von Preuss (2007, 210-211) zu Sportgroßereignissen gelten. Auf Basis einer strukturierten Auswertung bisheriger Definitionsansätze in Forschungsarbeiten hat er einen eigenen systematischen Ansatz mit fünf Wirkungsdimensionen entwickelt, welche unabhängig von den qualitativen (thematischen) Wirkungskategorien sind. Somit soll es möglich sein, das Erbe von Großereignissen unter Beachtung eines möglichst weiten Verständnisses zu betrachten. Zu diesen Wirkungsdimensionen zählen 1. geplante und ungeplante, 2. positive und negative sowie 3. greifbare (tangible) und nicht greifbare (intangible) Wirkungen in Bezug auf deren 4. Dauer und Zeitpunkt sowie 5. Der räumlichen Ausprägung. Die Wirkungsdimensionen 1 bis 3 formen einen Würfel, der für einen bestimmten Zeitpunkt und Raum ausgewertet werden kann (vgl. Abb. 4). Dieser „Legacy Cube“ enthält acht kleinere Würfel, wodurch die Effekte spezifisch für Raum und Zeit ermittelt werden können. Sind alle acht Würfel für jede zeitliche und räumliche Ebene gefüllt, kann nach Preuss (2007) eine ganzheitliche Aussage zum Erbe vom Großereignis getroffen werden. Allerdings stellt dieses Modell einen statischen Ansatz dar, der andere Entwicklungen unbeachtet lässt. Auch wenn Preuss (2007) mit seinem Ansatz bereits eine komplexe Betrachtung zu Wirkungsweisen von Sportgroßereignissen ermöglicht, stößt auch dieser Ansatz an seine Grenzen. Dazu zählt die Frage nach der Bewertung von Wirkungen, die positiv und negativ zur selben Zeit sein können. Weiterhin sind langfristige Wirkungsbetrachtungen schwierig, da z. B. wirtschaftliche Effekte auf einen längeren Zeitraum bezogen kaum von anderen Entwicklungen getrennt betrachtet werden können und sich dann Zuordnungsprobleme ergeben (Selle 2005, 244).

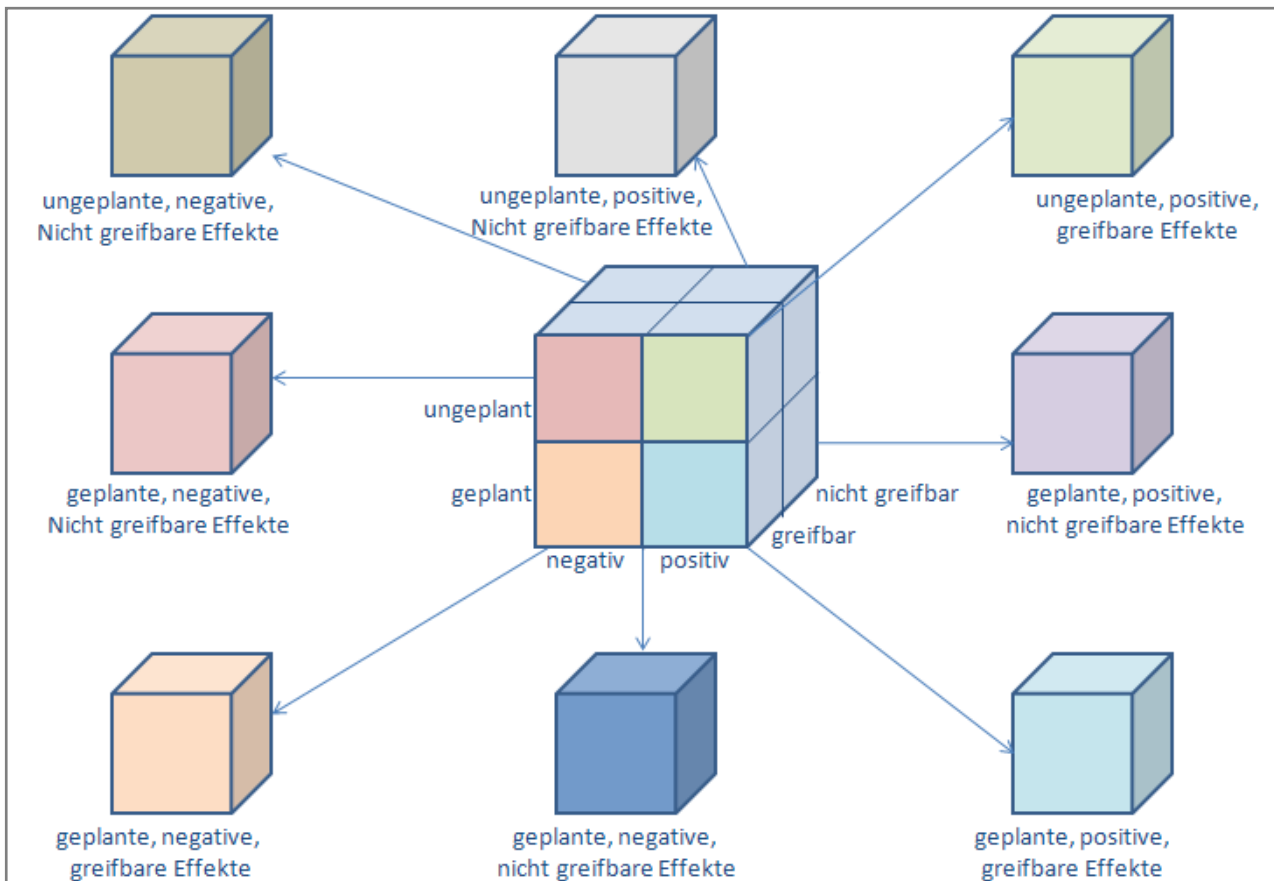


Abb. 4: „Legacy Cube“ mit acht verschiedenen Wirkungseinheiten für einen bestimmten Ort und Zeitraum (Quelle: Eigene Darstellung, entwickelt nach Preuss 2007, 211)

Neben diesen ganzheitlichen Ansätzen, Wirkungen von Großereignissen nach verschiedenen Kategorien und ihren Dimensionen zu erfassen, gibt es vor allem im deutschsprachigen Raum Vertreter, die Wirkungen von Großereignissen auf deren Charakter als Projekt zurückführen. Demnach gehen von allen Projekten bzw. von projektorientierter Planung Wirkungen aus, die sich drei verschiedenen Ebenen zuordnen lassen. Dazu zählt die Sachebene, welches ähnlich dem „Forward Linkage“ von Hiller (1998) ist und sich auf die Qualität des Projektes bezieht und die direkte Verbindung zum Großereignis herstellt (Knieling 2005, 815). Des Weiteren zählt dazu die Symbolebene, welche die „weiter reichende Botschaft [umfasst], die das Projekt transportieren soll“ (Knieling 2005, 815). Ähnlich dem Aspekt des „Backward Linkage“ treten auf dieser Ebene Wirkungen auf, die auf den Kontext zurückgeführt werden können. Das wird vor allem vor dem Hintergrund deutlich, dass Großereignisse instrumentalisiert werden, um bestimmte städtische Ziele realisieren zu können. Neben den bereits genannten Ebenen wird in Bezug auf die Akteursebene davon ausgegangen, dass die am Projekt beteiligten Personen einen Lern- und Erfahrungsprozess durchlaufen. Das projektorientierte Handeln im Kontext des Großereignisses bietet die Möglichkeit Wissen zu erwerben, welches auch „zur Bewältigung künftiger Aufgaben eingesetzt werden kann“ (Liebmann, 2003, 138). Jedoch auch negative Wirkungen können vom projektorientierten Handeln ausgehen. Dazu zählen mögliche Kontroll- und Steuerungsverluste der Ausrichterkommunen, da sich diese in der Organi-

sation eines solchen Großereignisses vor allem nach den Anforderungen der Ausrichterorganisation<sup>19</sup> richten müssen. Ebenso bezogen auf die beteiligten Akteure stellte Liebmann (2003) fest, dass die Zusammenarbeit verschiedener Akteure im Rahmen eines solchen Großereignisses mobilisierend, motivierend und verbindend wirken, da zur Erreichung des gemeinsamen Zieles in einem zeitlich begrenzten Raum, kreative Lösungsansätze gefragt sind. Der durch das Großereignis ausgelöste Erfolgsdruck kann somit zum einen stimulierend, auf der anderen Seite aber auch hemmend sein. Einmal beschlossene Entscheidungen können unter der enormen öffentlichen Aufmerksamkeit und dem durch das Projekt erzeugten Zeitdruck kaum rückgängig gemacht werden. Ebenso ergeben sich aus der spezifischen Organisationsstruktur von Projekten Bündelungseffekte, die im Alltagsgeschäft von Behörden oder Unternehmen so nicht auftreten würden. So werden zur Vorbereitung und Durchführung von Großereignissen häufig Sonderorganisationen ins Leben gerufen, die schneller Entscheidungen treffen können, da sie von der kommunalen Verwaltung losgelöst agieren und von der Planung bis zur Durchführung alles aus einer Hand realisieren (Altrock 2010, 175).

In Bezug auf die Zielesetzungen der Stadtentwicklungsplanung kann nach Liebmann (2003, 185) die Reduzierung von komplexen Problemen ausgelöst werden, wenn es zur Vorbereitung und Durchführung von Großereignissen kommt. Das kann z. B. positive Effekte haben, da die Problemzusammenhänge aufgelöst werden und eine Fokussierung erfolgen kann. Auf der anderen Seite kann es aber auch negative Wirkungen entfalten, wenn dadurch nur eine selektive Einbeziehung von Akteuren erfolgt oder „Oaseneffekte“, welche die „vorübergehende Konzentration der Kräfte auf einen Höhepunkt“ meinen (Häußermann und Siebel 1993, 28). Das ist dann der Fall, wenn sich die Stadtentwicklung durch Projekte wie Großereignisse auf einzelne Stadtquartiere konzentriert und dabei andere vernachlässigt (Altrock 2010, 176). Für Liebmann (2003, 138) ergeben sich auch durch Großereignisse Anstoßeffekte in Bezug auf konkrete Stadtentwicklungen, deren Realisierung aufgrund ihres Einzelfallcharakters „viel eher konsensfähig sind als flächendeckende bzw. verallgemeinerungsfähige Lösungen (Liebmann 2003, 138)“. Dabei müssen Großereignisse im Kontext der Stadtentwicklung „nicht immer mit tatsächlichen physischen Veränderungen“ einhergehen, sondern sie können den Raum auch als „Handlungsrahmen verstehen“ (Liebmann 2003, 134). So kann der Raum z. B. Bestandteil bei der Entwicklung eines neuen Verständnisses über die historische Infrastruktur der Städte sein (Liebmann 2003, 134).

---

<sup>19</sup> So werden z. B. durch das IOC zur Auswahl einer geeigneten Kandidatenstadt für die Olympischen Spiele spezifische Anforderungen an u. a. die sportliche Infrastruktur und die Unterbringungskapazitäten gestellt. (IOC 2008, Part II: Candidature File). Aber auch für Bundesgartenschauen oder die Europäische Kulturhauptstadt werden bestimmte Anforderungen an das Ausstellungsgelände oder die inhaltliche Programmausgestaltung gegeben (vgl. Kapitel 2.2).

Im Kontext der Stadtentwicklungsplanung ist für Kühn und Fischer (2010, 117) die Unterscheidung zwischen Außen- und Binnenwirkung von Großereignissen erforderlich. Damit wird der Kontext der Stadt in die Wirkungsbetrachtung einbezogen, da Außenwirkungen vor allem ein Ausdruck für den Imagewandel sind und damit zur Bewältigung des Strukturwandels beitragen. Zum anderen können zu den Binneneffekten die strategische Neuausrichtung des „lokalen Selbstverständnisses [...] sowie eine Stärkung der Identifikation und das Entstehen eines ‚Wir-Gefühls‘ sowie eine stärkere Mobilisierung des politisch-administrativen Systems von sowohl ansässigen als auch neuen Akteuren zugesprochen“ (Kühn und Fischer 2010, 117) werden.

Zusammenfassend kann für die bisher dargestellten Strukturierungsansätze festgestellt werden, dass sie sich vor allem nach dem Grad ihrer Ausführlichkeit unterscheiden. Zum einen gibt es Ansätze, die ausgehend von mehreren Kategorien weitere Wirkungsdimensionen unterscheiden. Zum anderen kann diese Untergliederung auch nur eindimensional sein. Gemeinsam ist allen Ansätzen, dass sie sich auf einen bestimmten Zeitpunkt konzentrieren. Allerdings konnte bereits festgestellt werden, dass die Bedeutung von Großereignissen für die Stadtentwicklung einem Wandel unterliegt und mit veränderten Zielsetzungen verbunden ist. Leopky und Parent (2012, 932) stellten dies vor dem Hintergrund der Entwicklung der Olympischen Spiele und deren Erbe auf die Ausrichterstadt fest. Durch die Analyse von Bewerbungsdokumenten und Abschlussberichten der Olympischen Spiele zwischen 1956 und 2016 nach der Bedeutung des Wortes „legacy“ konnten sie Veränderungen im Laufe der Zeit beobachten. So entwickelte sich die Perspektive auf den erhofften Nutzen durch die Olympischen Spiele von der Verjüngung der Infrastruktur, über einen Impuls auf Stadterneuerungsprozesse bis hin zur Sensibilisierung für ökologische Belange. Zusammenfassend erkannten Leopky und Parent (2012, 935), dass die potentiellen Effekte Olympischer Spiele komplexer betrachtet und bereits in den Bewerbungsdokumenten eine Balance zwischen den sozialen, ökonomischen und ökologischen Effekten von Olympischer Spiele angestrebt wird. Zu einem ähnlichen Ergebnis kamen Chalkley und Essex (1999), die ebenso für die Olympischen Spiele feststellten, dass die Wirkungen der Großereignisse sich im Laufe der Zeit verändert haben. Bei der Analyse der qualitativen Effekte der Olympischen Spiele auf die Ausrichterstädte zwischen 1896 und 1996 haben sie herausgefunden, dass sich mit der zunehmenden Professionalisierung des Großereignisses auch die Art der Effekte veränderte (Chalkley und Essex 1999, 374). Im Verlauf der Zeit haben sich so die Olympischen Spiele von einer kleinen Veranstaltung mit minimalen Effekten durch stetig steigende Besucher- und Teilnehmerzahl sowie einer zunehmenden Professionalisierung der Organisation zu einer Veranstaltung von internationaler Bedeutung entwickelt. Es kann nunmehr durch die Olympischen Spiele nicht nur von Effekten auf die sportliche Infrastruktur ausgegangen werden, sondern auch auf das städtische Umfeld und dessen Wahrnehmung von außen.



### 4.2.2 Empirische Analysen zu Wirkungen

Vor dem theoretischen Hintergrund, Wirkungen von Großereignissen nach thematischen Kategorien mit speziellen Dimensionen zu strukturieren, wird im Folgenden der Schwerpunkt auf empirische Analysen zu Effekten von Großereignissen gelegt. Ziel dieser Literaturdiskussion ist es, herauszufinden, welche thematischen Wirkungskategorien und Wirkungsdimensionen für verschiedene Großereignisse besonders von Bedeutung sind. Außerdem soll herausgefunden werden, inwieweit ähnliche Wirkungen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Stadtsituationen auftreten können. Diese Erkenntnisse tragen dazu bei, die Wirkungsanalyse gescheiterter Bewerbungsverfahren für Großereignisse vorzubereiten. Durch das Verständnis empirischer Wirkungskategorien und ihrer möglichen Ausprägungen, sollen Schlussfolgerungen für die gescheiterten Fälle getroffen werden.

Der bisherige Stand der Forschung empirischer Studien zu Effekten von Großereignissen umfasst vor allem Analysen, die sich auf eine Wirkungskategorie konzentrieren. Dabei werden anhand einer oder mehrerer Fallbeispiele zu einem bestimmten Wirkungsaspekt unterschiedliche Ausprägungen untersucht. Während Autoren wie Hiller und Preuss sich zwar für eine ganzheitliche Betrachtung der Wirkungsweisen von Großereignissen auf ihre Ausrichterstädte einsetzen, stellten Metzler und Job (2007, 517) fest, dass die Analysen und Auswertungen dazu sehr aufwendig sind. Aus diesem Grund konzentrieren sich die meisten empirischen Untersuchungen auf einen Teilbereich von Wirkungen. Allerdings ist eine Isolierung der einzelnen thematischen Wirkungskategorien kaum möglich, da Zusammenhänge und Wirkungsketten zwischen den einzelnen Kategorien bestehen. Im Gegensatz dazu gibt es Studien, wie Evaluierungen oder Szenarien, die einen ganzheitlichen Analyseansatz verfolgen und versuchen, diese Zusammenhänge zu betrachten. Auf Basis einer Literaturquerschnittsanalyse zu empirischen Studien über Wirkungen von Großereignissen und vor dem Hintergrund der theoretischen Strukturierungsansätze (vgl. vorangegangenes Kapitel 4.2.1) wurden fünf thematische Kategorien ermittelt, für die hauptsächlich empirische Erkenntnisse vorliegen (vgl. Abb. 5). Die Wirkungskategorien „Sozial-Kulturell“, „Gesellschaft“ und „Sport“ wurden dabei zusammengefasst, da die unterschiedlichen Autoren ähnliche Effekte unter den verschiedenen Kategorien zusammenfassten. Dies geschah auch mit den Kategorien „Politisch“, „Psychologisch“, „Touristisch“, „Internationale Beziehungen“, „Medien und Kultur“, da sich darunter vor allem Erscheinungen zusammenfassen lassen können, die mit zukünftiger Planung und politischen Schwerpunkten zusammenhängen.

Autor	Ersch.-Jahr	Referenz-Großereignis	Wirkungs-Kategorie 1	Wirkungs-Kategorie 2	Wirkungs-Kategorie 3	Wirkungs-Kategorie 4	Wirkungs-Kategorie 5	Wirkungs-Kategorie 6	Wirkungs-Kategorie 7
Ritchie	1984	Hallmark Events	Wirtschaft	Physisch	Sozial-kulturell	Politisch	Touristisch	Psycho-Logisch	
Getz	1991	Special Events	Wirtschaft	Sozial-Kulturell	Ökologisch				
IOC	2003	Olympic Games	Wirtschaft	Gesell-schaftlich	Bildend	Politisch	Kulturell	Sportlich	
Selle	2002	EXPO Hannover	Wirtschaft	Öffentl. Finanzen	Verkehr	Wohnen	Stadt-/Regional Entwicklung	Umwelt	
Hiller	2003	Olympic Games	Wirtschaft	Bebaute Umwelt	Sozial Psychologisch	Stadt-gesellschaft			
Gans et.al.	2003	Sportgroßereignisse	Ökonomisch	Sozial	Ökologisch				
Cashmann	2006	Olympic Games	Wirtschaft	Infrastruktur	Erinnerung	Internationale Beziehungen	Medien, Kultur Identität	Sport	
Chappelet/Junod	2006	Olympic Games	Wirtschaft	Stadttraum	Infrastruktur	Gesellschaft	Sport		
Metzler/Job	2007	Bundergarten-Schau	Wirtschaft	Sozial Psychologisch	Politik	Umwelt			
Mettler	2008	Europäische Kulturhauptstadt	Wirtschaft	Sozial	Kulturell				
Cornelissen et.al.	2011	Sport Mega-Events	Wirtschaft	Infrastruktur	Sozial	Politisch	Bildlich	Sportlich	Ökologisch

Schwerpunkte der Thematischen Wirkungskategorien
Wirtschaft
Raum
Gesellschaft
Politik
Umwelt

Abb. 5: Schwerpunkte thematischer Wirkungskategorien von Großereignissen (Quelle: Eigene Darstellung).

### Kategorie „Wirtschaft“: Kosten, Nutzen, Bilanzen

In den bisherigen Studien zu Wirkungsweisen von Großereignissen wurde den ökonomischen Effekten bisher die meiste Aufmerksamkeit gewidmet (Cornelissen et al. 2011, 307). Das hängt zum einen damit zusammen, dass die Strategie, Großereignisse auszurichten, oftmals als Wirtschaftsförderungsmaßnahme betrachtet wird (Jones 2001, 241). Aus dieser Perspektive ist es das erklärte Ziel, wirtschaftliche Impulse auf die Ausrichterstadt auszulösen. Zum anderen stellen die potentiellen positiven wirtschaftlichen Gewinne die Hauptgründe dar, warum sich Städte bewerben (Horne 2007, 85). Ebenso besteht ein Zusammenhang dahingehend, dass im Rahmen des Bewerbungsprozesses, der Vorbereitungs- und Durchführungsphase eines Großereignisses beachtliche Ressourcen, wie öffentliche und private Finanzmittel, investiert werden, deren Einsatz legitimiert werden soll (Crompton 1995, 14; Jones 2001, 242; Swart und Bob 2004, 1312).

Auch wenn der Bereich „Wirtschaft“ den Fokus auf ein Thema richtet, so variieren die Studien inhaltlich wesentlich voneinander. Ausgangspunkt sind oftmals die Zielsetzungen, die sich die Ausrichterstädte in direktem oder indirektem Zusammenhang zum Großereignis gestellt haben oder der Betrachtungszeitraum, in welchem die Wirkungen auftreten. In der Vorbereitungsphase wird dabei häufig von positiven Effekte auf den Beschäftigungssektor und die lokale Wirtschaft durch Ausgaben vor Ort ausgegangen, um die Anforderungen an das Großereignis zu erfüllen. Während der Durchführung des Gro-

ßereignisses wird mit einer zunehmenden Anzahl an Touristen gerechnet, wodurch Einkommen im Tourismussektor generiert werden. Allerdings scheint es eine Lücke zwischen den Prognosen und den tatsächlichen eingetretenen Effekten zu geben. Am Beispiel der Olympischen Spiele 1992 in Barcelona verdeutlicht Horne (2007, 85), dass durch die Infrastrukturverbesserungen zwar langfristige positive Effekte auf die Stadt und ihre Bewohner auftraten. Die sich daraus ergebenden direkten wirtschaftlichen Effekte, wie der Anstieg der Beschäftigungsverhältnisse, waren jedoch nur von kurzfristiger Dauer und gering bezahlt. Im Folgenden wird das Ergebnis der Literaturanalyse zu wirtschaftlichen Effekten von Großereignissen präsentiert. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den hauptsächlichen Strukturierungsmerkmalen innerhalb der Kategorie „Wirtschaft“ und den Zusammenhängen zu anderen thematischen Wirkungskategorien.

- Direkte und indirekte Nachfragewirkungen während des Großereignisses

Zu den ökonomischen Zielen bei der Ausrichtung eines Großereignisses gehört die Steigerung des Einkommens durch die während der Durchführung unmittelbar erwirtschafteten Einnahmen. Dies konzentriert sich vordergründig in den Wirtschaftssektoren Tourismus und Dienstleistungen. Es wird beabsichtigt durch das Großereignis mehr Besucher in die Stadt zu locken, die dann Geld in Tickets für Veranstaltungen, Versorgung und Übernachtung oder andere Dienstleistungen investieren. So konnte Lee und Taylor (2005, 599) für die Fußball-Weltmeisterschaft in Südkorea 2002 feststellen, dass die höchsten Ausgaben durch Fußballtouristen im Bereich Kultur und Erholungsdienstleistungen getätigt wurden.

Metzler und Job (2007, 521-522) haben sich dieser Thematik über das Instrument der Besucherbefragung genähert und Informationen zu Übernachtungen und Durchschnittsausgaben während der Bundesgartenschau 2005 in der Region München erhoben. Dabei wurden ausschließlich, die ausgelösten Finanzflüsse durch Besucher der Gartenschau betrachtet Investitionen in die Infrastruktur und die damit generierten Einkommen lokaler und regionaler Unternehmen der Gartenschau spielten keine Rolle. Bei der Berechnung der Einkommenswirkung für die Regionalwirtschaft kamen Metzler und Job (2007, 527-528) unter Abzug der Aufwendungen für die Leistungserstellung von eingesetzten Produkten von außerhalb zu dem Ergebnis, dass „knapp die Hälfte der Gesamtwirkungen auf Besucher zurückzuführen ist, die München ohne die Bundesgartenschau nicht besucht hätten“. Diese Erfahrung zeigt, dass für den unmittelbaren Zeitraum der Bundesgartenschau durchaus ein Plus bei den touristischen Einkommenswirkungen zu erkennen ist. Diese Wirkungen haben einen kurzfristigen Charakter und sind direkt auf das Großereignis Bundesgartenschau zurückzuführen. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Richards (1999, 10) für die Entwicklung der touristischen Einnahmen der Europäischen Kulturhauptstädte Glasgow (1990) und Antwerpen (1993). Zwar konnte sowohl für Glasgow als auch für Antwerpen ein Beschäftigungsanstieg während des Festivaljahres sowie steigende Übernachtungs- und Besucherzahlen festgestellt werden. Allerdings zeigten

Analysen für die Jahre danach im Vergleich zum nationalen Durchschnitt eher sinkende Tendenzen im Bereich der Übernachtungs- und Besucherzahlen der Städte auf.

Die Betrachtung der wirtschaftlichen Nachfragewirkungen wurde von Herrero et al. im Fall der Europäischen Kulturhauptstadt 2002 in Salamanca, Spanien, aus einer erweiterten Perspektive betrachtet. Um Aussagen zu den gesamten wirtschaftlichen Effekten des Kulturhauptstadtjahres auf die Stadt Salamanca treffen zu können, betrachten die Autoren sowohl die Einnahmen im Tourismussektor als auch die Konsequenzen, die auf die Investitionen in die städtische Infrastruktur zurückgeführt werden können und die daraus entstehenden Multiplikatoreffekte (Herrero et al. 2006, 47-52). Das Ergebnis zeigt, dass direkte und indirekte wirtschaftliche Effekte nicht nur die Ausrichterregion betreffen, sondern auf das gesamte Land und in geringerem Maße auch auf die gesamte Welt ausstrahlen können (Herrero et al. 2006, 53). Dies stellt den Bezug zur räumlichen Komponente wirtschaftlicher Effekte dar, die nach Preuss (2007) ebenso eine einflussgebende Wirkungsdimension ist. Dies stellten auch Connell und Page (2005) fest, die untersuchten, inwieweit Unternehmen und lokale Betriebe in Stirling (Großbritannien) und deren Umgebung durch die Ausrichtung der World Medical Health Games beeinflusst worden sind. Zuerst wurde herausgefunden, dass vor allem die Geschäfte in der Kernregion von Stirling von den Spielen wirtschaftlich profitierten. So konnten zum Zeitpunkt des Großereignisses eine höhere Anzahl an Kunden in Unterkünften, Restaurants, Läden, Besucherattraktionen sowie bei Taxibetrieben und andere Dienstleistungsbetrieben festgestellt werden. Aber auch Unternehmen in Städten der näheren Umgebung konnten positive wirtschaftliche Effekte feststellen (Connell und Page 2005, 73). Insgesamt beurteilten die befragten Unternehmen die wirtschaftlichen Effekte jedoch als gering, da generell während des Zeitraums des Großereignisses z. B. im Bereich der Übernachtungsstätten ohnehin eine positive Auslastung erreicht gewesen worden wäre. Die Autoren schlussfolgerten daraus, dass zum Profitieren einer Region von solch einem Großereignis, es notwendig ist, dass z. B. vertragliche Regelungen bzw. eine Zusammenarbeit zwischen Ausrichterorganisation und Region stattfinden sollten, die Teilnehmer auf Dienstleistungen und Attraktionen vor Ort aufmerksam machen.

Auch für die Fußball-Weltmeisterschaften in Frankreich 1998 und Deutschland 2006 stellten Allmers und Maennig (2009) kaum signifikante ökonomische Effekte durch die Großereignisse fest. Die Analyse des Reiseverhaltens ergab für den Fall Deutschland, dass für gebietsfremde Bevölkerung ansteigende Übernachtungszahlen und damit ein positiver Effekt beobachtet werden konnte (Allmers und Maennig 2009, 35). Für Frankreich wurde sogar ein Absinken der Übernachtungszahlen ortsfremder Bevölkerung während der Ausrichtung der Weltmeisterschaft festgestellt. Zusammenfassend stellten Allmers und Maennig (2009, 35) geringe und hauptsächlich unbedeutende Effekte für den Tourismussektor fest. So trug z. B. der "couch potatoe effect" dazu bei, dass weder für Frankreich noch für Deutschland ein signifikanter Anstieg im Einzelhandelsbereich registriert werden

konnte. Diese Ergebnisse stehen im Kontrast zu den meisten Ex-Ante Analysen, welche für den Tourismussektor den größten Nutzen vorhersagen (Allmers und Maennig 2009, 35). Diese meist positiven Einschätzungen potentieller wirtschaftlicher Effekte führen Kronthaler und Franz (2003, 440) darauf zurück, dass diese Analysen häufig dann erst durchgeführt werden, wenn Bewerbungsverfahren bereits laufen oder Vorentscheidungen getroffen sind. Dadurch wird die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die "Auftraggeber von den Auftragnehmern erwarten, dass eine positive Beurteilung erfolgt. Notwendig sind sie aus dem Grund, da die Durchführung solcher Großereignisse einen hohen finanziellen Einsatz erfordert und Finanzgeber wie Bund und Land im Vorfeld über potentielle Effekte Kenntnis benötigen (Kronthaler und Franz 2003, 440). Neben diesen Einflüssen stehen die Vorabschätzungen der zu erwartenden Effekte von Großereignissen methodischen Herausforderungen gegenüber. Um quantifizierbare Aussagen treffen zu können, müssen zahlreiche Annahmen festgelegt und verschiedene Variablen in die ökonomischen Modelle eingespeist werden.

So haben z. B. Kronthaler und Franz (2003) auf Basis der Untersuchung der Bewerbungsstrategie Leipzigs 2010 die möglichen wirtschaftlichen Nachfrage- und Angebotseffekte durch die Olympischen Spiele eingeschätzt. Sie konzentrierten sich dabei auf die Effekte, die von den Infrastrukturinvestitionen aus der Vorbereitungsphase ausgehen, um einen regionalen Gesamteffekt darstellen zu können. Soziale, ökologische und politische Wirkungen werden außer Acht gelassen. Kronthaler und Franz (2003, 447) prognostizierten für den gesamten Investitionszeitraum von 2005-2015 eine direkte Erhöhung der Bruttowertschöpfung um 812,7 Mio. Euro. Dabei umfasst diese Summe Nachfrageeffekte, die direkt aus den Anforderungen an die Ausrichterstadt entstehen, um die Olympischen Spiele ausrichten zu können. Es ist ein Versuch, die direkten Einnahmen (z. B. Ticketverkäufe, Verkauf an Private) und die indirekten Einnahmen (z. B. Erhöhung der Beschäftigung im Bausektor) zu quantifizieren und den geplanten Ausgaben zur Durchführung der Olympischen Spiele gegenüberzustellen. Crompton (1995) hat bereits vor geraumer Zeit auf die methodischen Schwierigkeiten zur Einschätzung wirtschaftlicher Effekte von Sportgroßereignissen hingewiesen. Dazu zählt die Überschätzung der Multiplikatoreffekte (Crompton 1995, 18). Bei diesen Effekten wird davon ausgegangen, dass die Besucher eines Sportgroßereignisses nicht nur Ausgaben tätigen, die direkt mit dem Ereignis zusammenhängen (Tickets, Verpflegung), sondern auch Geld im Bereich Einzelhandel, Veranstaltungen oder Erholungsdienstleistungen investieren. Allerdings können auch Verdrängungswirkungen auftreten, da Geld, welches in Sportveranstaltung investiert wurde, nicht in den Kauf von Theaterkarten investiert werden kann. Zusammenfassend kommen Kronthaler und Franz (2003, 451) bei der Einschätzung potentieller wirtschaftlicher Effekte der Olympischen Spiele in Leipzig 2012 zu dem Ergebnis, dass die direkten Nachfrageeffekte "keine Größenordnung annehmen, die Grundsätzliches an der wirtschaftlichen Lage der Olympia-Region Leipzig verändern würden". Jedoch kann

der vorübergehende Beschäftigungszuwachs ein Absinken der arbeitslos gemeldeten Personen bewirken.

Vor dem Hintergrund der verschiedenen städtischen Ausgangssituationen sind Saayman und Saayman (2012) im Kontext der Entwicklungsländer den wirtschaftlichen Effekten von Sportevents nachgegangen. Da sich die Mehrzahl der Literatur auf die Megaevents wie die Olympischen Spiele in den Industrienationen konzentriert, stand hier ein kleineres Sportgroßereignis in einem Entwicklungsland im Vordergrund. Auf Basis einer Besucher- und Teilnehmerbefragung des jährlich stattfindenden Comrade Marathons konnte herausgefunden werden, dass dieser maßgeblich zur lokalen Wirtschaft beiträgt. Mit diesem Marathon hing die Schaffung von Arbeitsplätzen zusammen, die ohne das Großereignis nicht möglich gewesen wären. Es konnte herausgefunden werden, dass in einer touristisch wenig beachteten Saison durch den Marathon Einkommen geschaffen wurden und sich die wirtschaftlichen Aktivitäten erhöhten. Es profitierten sowohl das Handwerk als auch der Tourismus vom Ausrichten des Großereignisses. Es kam zur Erhöhung der Einkommen in den Haushalten, aber auch zum Beschäftigungsanstieg und zu Anstoßeffekten in der Wirtschaft. Da es sich hierbei jedoch um ein Großereignis handelt, welches ohne besondere sportliche Infrastruktur auskommt und wiederkehrend ist, müssen die mehrheitlich positiven direkten wirtschaftlichen Nachfragewirkungen vor dem besonderen Charakter des Großereignisses gesehen werden. Ebenso kann davon ausgegangen werden, dass sich die wirtschaftlichen Effekte eines Großereignisses in einem Entwicklungsland von denen in einer Industrienation unterscheiden.

Als erstes afrikanisches Land, konnte Südafrika 2010 die Fußball-Weltmeisterschaft ausrichten. Die Abschätzung der zu erwartenden Effekte wurde im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika immer pessimistischer, je näher die Ausrichtung kam: „Je weiter sich der tägliche Countdown zum Anpfiff der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 der Null nähert, desto klarer wird es, dass die ursprünglichen Vorhersagen über die Effekte des Ereignisses auf die südafrikanische Wirtschaft heftig übertrieben waren“ (Marrs 2010, 13). Zurückzuführen auf die globale Finanzkrise und die anschließende wirtschaftliche Rezession, wurden zurückgehaltene Hotelreservierungen wieder auf den freien Markt gestellt, da sich weniger Besucher ankündigten als erhofft worden war. Auch zeichnete sich ab, dass die Besucher kürzer im Land verweilen werden und sich damit die Effekte auf das Bruttoinlandsprodukt reduzieren würden. Ebenso wurde im Bereich der Vermarktung der Fußball-Weltmeisterschaft die "aggressive Verteidigung der Weltmeistermarke" beklagt, der es Kleinunternehmern nicht erlaubte Logos und Emblem zu nutzen (Marrs 2010, 17). Auch die kurzfristig geschaffenen Arbeitsplätze im Bau-, Maschinenbau- und Transportsektor können keinen bedeutenden Effekt auf Afrikas strukturelle Arbeitslosigkeit erwarten lassen (Marrs 2010, 16). Ähnlich dieser Situation wurde auch für die Olympischen Spiele 1992 in Barcelona festgestellt, dass vor allem kurzfristige und niedrig bezahlte Arbeitsplätze entstanden, die kaum die erwarteten wirtschaftlichen Effekte hervor-

riefen (Horne 2007, 85). Um einen wirtschaftlich bedeutenden Effekt erkennen zu können, ist es also vielmehr von Interesse, ob diese befristet oder unbefristet sind und wie sie bezahlt werden. Für Südafrika gehen Wirtschaftsökonomen nunmehr eher von kleinen wirtschaftlichen Effekten aus und sehen den Nutzen der Weltmeisterschaft in der Verbesserung des Images, welches allerdings der am schwierigsten zu quantifizierenden Vorteil ist.

Neben der Finanzkrise gelten aber auch unvorhersehbare Ereignisse wie z. B. Terroranschläge oder die SARS Epidemie als Einflussfaktoren auf die wirtschaftlichen Nachfrageeffekte von Großereignissen auf die Städte. Preuss und Solberg (2006, 15) stellten dies im Kontext der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland fest, wo eine „aufgeregte Sicherheitsdebatte um die deutschen WM Stadien kurz vor dem Event im Sommer“ stattfand (Preuss und Solberg 2006, 12). Die Autoren kritisieren den allgegenwärtigen Ansatz den Bewerbungs- und Vorbereitungszeitraum bei der Analyse der wirtschaftlichen Effekte im Tourismus nicht zu betrachten und gehen davon aus, dass bereits zu diesen Zeitpunkten wirtschaftliche Effekte ausgelöst werden, so wie eine erhöhte Nachfrage nach Beherbergungseinrichtungen auftritt.

- Angebotseffekte nach dem Großereignis

Neben diesen Nachfrageeffekten betrachten Kronthaler und Franz (2003, 448) auch die Angebotseffekte, die durch die neu entstandene Infrastruktur ausgelöst werden können. Im Vergleich zu den Nachfrageeffekten werden diese unter qualitativen Gesichtspunkten bewertet. Die Wechselwirkung zwischen den unterschiedlichen Wirkungsdimensionen wird hierbei besonders deutlich. Während die infrastrukturellen Veränderungen den Primäreffekt darstellen, können davon ausstrahlende Effekte als sekundär bezeichnet werden. Ausgehend von den ausgebauten Sport- und Trainingsstätten kann erwartet werden, dass dies ein Vorteil im Wettbewerb um nationale und internationale Sportveranstaltungen darstellt. Außerdem bestehen dadurch Chancen weitere Mittelzuflüsse in die Region zu gewinnen, z. B. durch die Angliederung der Sportstätten in Sportleistungszentren, wodurch Trainer und Sportler die nacholympische Nutzung gewährleisten (Kronthaler und Franz 2003, 449). Verteilt sich die Ausrichtung von einem Großereignis auf verschiedene Ausrichterorte, reduzieren sich auch die wirtschaftlichen Sekundäreffekte. Dies wurde z. B. für Cardiff festgestellt, wo 1999 die Rugby-Weltmeisterschaft zusammen mit weiteren Orten ausgerichtet wurde (Jones 2001, 247). Die Verteilung auf verschiedene Wettkampforte bedeutete für Cardiff eine Begrenzung der zu erwartenden wirtschaftlichen Effekte. Allerdings wäre Cardiff allein durch seine Größe gar nicht in der Lage, gewesen eine solche Weltmeisterschaft eigenständig auszurichten.

Neben sportlicher und verkehrlicher Infrastruktur hinterlassen Großereignisse wie die Olympischen Spiele Unterkünfte, die für Zuschauer und Teilnehmer notwendig sind. Diesem zusätzlichen Wohnungsangebot standen Kronthaler und Franz (2003) im Fall der Planungen für Leipzig 2012 kritisch gegenüber: "Unter den Annahmen, dass die Stadt

Leipzig im Jahr 2012 etwa noch über die gleiche Zahl an Einwohnern verfügen wird wie 2002, müssten demnach 8.000 Einwohner andere Stadtteile Leipzigs verlassen" (Kronthaler und Franz 2003, 450). Den daraus resultierenden Kosten für Rückbaumaßnahmen aus den neu entstehenden Leerständen, müssen dem Einnahmenezuwachs durch das Olympiadorf gegenübergestellt werden, um den tatsächlichen Effekt zu erhalten. Letztendlich erhöhen die Infrastrukturverbesserungen die Attraktivität der Stadt als Wirtschaftsstandort und als touristisches Ziel und stehen gegenüber den kurzfristigen, meist unbedeutenden wirtschaftlichen Effekten im Tourismussektor.

Im Fall der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 war Südafrika durch die globale Wirtschaftskrise mehr oder weniger gezwungen aus öffentlicher Hand Investitionen zu tätigen und die Infrastruktur auszubauen (Marrs 2010, 13). Der Ausbau des bestehenden Nahverkehrsnetzes, der Schieneninfrastruktur sowie der Ausbau der wichtigsten Flughäfen stellte aufgrund der übertriebenen Besucherprognosen und den damit geringeren Effekten auf die lokale Wirtschaft für Marrs (2010, 15) das wichtigste Erbe der Fußball-Weltmeisterschaft dar. Durch die Fußball-Weltmeisterschaft wurde es möglich, dass sich von den nationalen bis zu den lokalen Behörden alle einig waren, bis zum Eröffnungsspielfeld diesem Vorhaben Priorität einzuräumen. Dies stellte ein Novum in der südafrikanischen Demokratie dar (Marrs 2010, 15). Der Zuschlag zur Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 in Südafrika und die damit zusammenhängenden Fristen ermöglichten eine effiziente Zusammenarbeit der verschiedenen Regierungsebenen und privater Investoren. Diese hinterlassen den Ausrichterstädten eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur, die auch noch lange nach der Weltmeisterschaft von Nutzen sein wird (Marrs 2010, 16). Das Ausmaß der Infrastrukturinvestitionen muss jedoch vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung betrachtet werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass in Südafrika bei weitem mehr investiert und ausgebaut wurde, als für andere Weltmeisterschaften in entwickelten Ländern. Während der Zeit der Apartheid wurde Südafrikas öffentliches Transportsystem vernachlässigt und in der Zeit danach erschwerte Kriminalität und die "schlechte Verwaltung der Schieneninfrastruktur den Ausbau des bestehenden Netzes (Marrs 2010, 15)". Hier wird der Einfluss des städtischen Kontextes deutlich, der je nach Entwicklungszustand des Ausrichterortes auch unterschiedliche Zielsetzungen mit dem Großereignis verknüpft.

In einer Szenarienbetrachtung erkennt Steiner (2012, 16) aufgrund der Ski-Weltmeisterschaft 2013 für die Region Schladming langfristige Effekte in der Tourismuswirtschaft. Durch die erheblichen Ausgaben in die Verbesserung der öffentlichen wie privaten Infrastruktur, um die Ski-Weltmeisterschaft ausrichten zu können, erhöht sich die Attraktivität der Region. Damit werden Voraussetzungen geschaffen, die langfristige Wirkungen ermöglichen. Ähnlich wie bei den anderen bereits dargestellten empirischen Erfahrungen zu wirtschaftlichen Effekten von Großereignissen, wird hier deutlich, dass kaum negative wirtschaftliche Effekte erwartet werden. Eine Unterauslastung der zusätz-



lich geschaffenen Bettenkapazitäten oder die Herausforderung der Bespielung neu entstandener Stadien wird im Vorfeld der Großereignisse kaum thematisiert. Es wird vom "Best-case" ausgegangen und den Wechselwirkungen zwischen infrastrukturellem Erbe, dem "feel-good-effekt" während der Veranstaltung, der ein positives Bild in die Welt hinausträgt und damit Besucher sowie Investoren in die Region zieht. Es wird davon ausgegangen, dass der Zuwachs der touristischen Bedeutung in der Kernregion am größten ist und mit zunehmender Entfernung abnimmt (Steiner 2012, 16).

Im Fall der Olympischen Millennium Spiele 2000 in Sydney stellte sich heraus, dass der langjährige Planungsprozess im Voraus, die tatsächlich eintretenden Konsequenzen eines solchen Großereignisses kaum einschätzen kann (Searle 2002, 858). Dort stellten das "Stadium Australia" und der "Super Dome" die wesentlichen Bestandteile der Olympischen Bewerbung dar, die zur Ausrichtung der Spiele erbaut wurden. Planungen dazu bestanden dazu bereits im Kontext der gescheiterten Bewerbung Sydneys für die Olympischen Spiele 1996. In Anlehnung an die Erfahrung zahlreicher US-amerikanischer Städte, sollte anhand von Sportinfrastruktur eine Industriebrache in Nachbarschaft zum Stadtzentrum revitalisiert werden. Dies gelang auch durch die Errichtung des Olympischen Dorfes, welches im Nachhinein dem Wohnungsmarkt zugeführt wurde. Außerdem wurde das Gebiet verkehrlich angebunden und Sydneys größte Parkanlage, das Millennium Parkland, entwickelt (Searle 2002, 850). Allerdings konnte mit dem errichteten "Stadium Australia" nie die wirtschaftliche Nachnutzung erreicht werden, für die sich die Planungskommission ausgesprochen hatte. Aufgrund vorhandener kleinerer Stadien in Sydney entstand ein innerstädtischer Konkurrenzkampf, der häufig zu Gunsten der kleineren Stadien endete. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass es in Sydney nur wenige und selten stattfindende große Sportereignisse oder Konzerte gibt, welche die Kapazität eines "Stadium Australia" erfordern. Zum anderen unterscheidet sich die Sportkultur Australiens von der in US-amerikanischen Städten, so dass deren Erfahrungen kaum übertragbar sind. Für eine kleine Nation wie Australien teilt sich der Sportmarkt anders auf und erreicht nicht die Massen, die es in Europa für den Fußball und in den USA für Football oder Baseball mobilisiert (Searle 2002, 854). Ähnlich erging es dem "Super Dome", dessen Platzkapazität doppelt so hoch ist, wie das Entertainment Center von Sydney. Auch hier stellte es sich problematisch heraus, eine effektive wirtschaftliche Nachnutzung zu finden, da die meisten Indoor-Veranstaltungen eine geringere Platzkapazität nachfragten. Innerhalb eines knappen Jahres seit der Eröffnung wurden die Schulden bereits auf \$A 9 Millionen geschätzt. Auch hier verlor eine Olympische Infrastruktur den Konkurrenzkampf gegen eine bereits existierende innerstädtische Einrichtung (Sydney Entertainment Center), die durch eine geringere Platzkapazität und eine bessere Anbindung an das städtische Nachtleben die Nachfrage eher erfüllte. Durch einen Olympia-Park-Post-Olympic Masterplan soll die Nachbarschaft um den Super Dome und das „Stadium Australia“ belebt werden und positive Impulse aussenden. Auch wenn die Entwicklung der olympischen Infrastruktur im Fall von Sydney wesentlich durch den privaten

Sektor unterstützt wurde, stellt dies keine Garantie dafür dar, dass die Nachnutzung gewährleistet werden kann. Sydney hat die Gelegenheit ergriffen durch die Olympischen Spiele wirtschaftliche Entwicklungen anzustoßen und ein globales Profil für weitere Investitionen zu entwickeln (Searle 2002, 858). Diese Zielsetzungen, verbunden mit einer unsicheren Wettbewerbssituation, die Notwendigkeit privater Partnerschaften einzugehen, stellt einen Planungsprozess dar, der eher reagierend (sich auf die Situation einstellend) und kurzfristig ist, wodurch sich die Konsequenzen der Planungen kaum auf einen längeren Zeitraum abschätzen lassen (Searle 2002, 858).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Analyse wirtschaftlicher Effekte sich hauptsächlich auf den unmittelbaren Zeitraum des Großereignisses bezieht. Im Vordergrund stehen dabei Einkommens- und Beschäftigungsveränderungen im Tourismus- und Bausektor. Dies ist vor allem gegenüber den Investoren und Finanzgeber der Großereignisse von Bedeutung, die Interesse an Kosten und Nutzen des Großereignisses haben. Die Unterscheidung zwischen Einnahmen und Ausgaben, d. h. die Quantifizierung der Effekte, unterstützt die Strukturierung der wirtschaftlichen Effekte von Großereignissen. Allerdings wurde festgestellt, dass diese wirtschaftlichen Effekte eher von kurzfristiger Dauer sind und dem Niedriglohnsektor zugeordnet werden können. Sobald das Großereignis vorüber ist, stellt sich die Frage der Nachnutzung, die nur in wenigen Fällen wirtschaftlich tragfähig ist. Im Fall von Sydney wurde deutlich, dass die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der olympischen Stadien weitere Investitionen, vorrangig aus öffentlicher Hand, erfordert, um deren Nachnutzung gewährleisten zu können. Die Frage bleibt offen, ob und zu welchem Zeitpunkt die Infrastruktur die gewünschten wirtschaftlichen Effekte erzielen und eine ausgeglichene Bilanz zwischen Ausgaben und Einnahmen jemals erfolgen wird.

Im Vorfeld des Großereignisses wird häufig von Potentialen gesprochen, die von der Durchführung eines solchen Großereignisses auf die Ausrichterstadt ausstrahlen werden. Diese positive Notation der Effekte bleibt bestehen, auch wenn sich im Nachhinein die prognostizierten Zahlen kaum bewahrheiten (Horne 2007, 86). Dennoch wird nicht von negativen wirtschaftlichen Effekten gesprochen. Diese werden vor dem Hintergrund qualitativer schwer quantifizierbarer Effekte wie Imageverbesserungen der Stadt relativiert. Durch die ausschließliche Konzentration auf wirtschaftliche Kennzahlen werden die Grenzen der Betrachtungsweise deutlich.

Die Literaturdiskussion zeigt, dass die Erkenntnisse zu wirtschaftlichen Effekten im Bereich der Sportgroßereignisse vorherrschend sind. Unabhängig davon wie speziell oder groß das Sportereignis ist, wird von ähnlichen wirtschaftlichen Effekten ausgegangen, die sich jedoch im Ausmaß unterscheiden. Entscheidend ist vielmehr die Kontextsituation, in der sich die Ausrichterstadt befindet, wenn das Großereignis vorbereitet und ausgerichtet wird. Dies zeigt der Vergleich der Fußball-Weltmeisterschaften in Deutschland 2006 und

Südafrika 2010, wo ein und dasselbe Großereignis ganz unterschiedliche wirtschaftliche Effekte hervorgerufen hat.

Weniger im Fokus der Betrachtung war die Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Effekten. Zwar konnten unerwartete wirtschaftliche Effekte, wie Einkommenssteigerungen durch Unternehmensansiedlungen erkannt werden, jedoch wurden keine empirischen Befunde diskutiert, inwieweit es zu Steuererhöhungen oder Mieterhöhungen gekommen ist. Wahrscheinlich ist, dass der Zusammenhang zwischen dieser Art der Effekte und dem Großereignis schwer herstellbar ist. Mieterhöhungen und die damit zusammenhängenden Verdrängungseffekte von Bewohnern aus Quartieren werden häufiger im Kontext sozialer Effekte diskutiert, auf die später noch genauer eingegangen wird.

Schließlich konnte festgestellt werden, dass die Betrachtung wirtschaftlicher Effekte von Großereignissen schwerlich losgelöst von Wirkungen anderer Dimensionen möglich ist. Aussagen zu Kosten und Nutzen solcher Großereignisse können nicht ohne das Einbeziehen weiterer Wirkungsdimensionen getroffen werden. Besonders der Zusammenhang zu infrastrukturellen Veränderungen ist offensichtlich. Der Ausbau sportlicher, verkehrlicher und kultureller Infrastruktur erfordert Investitionen, die bezogen auf die Ausgangssituation in der Stadt nicht nur wirtschaftliche Effekte hervorrufen.

#### **Kategorie „Raum“: Infrastrukturausbau, Wahrzeichen, Auslöser**

Die Diskussion um die Effekte, die Großereignisse auf den Raum haben, ist neben denen über die wirtschaftlichen Wirkungen, die populärste. Im Zusammenhang mit den städtischen Problemen der Deindustrialisierung träumten die Städte von der Wiederbelebung alter Industriebrachen und dem Entstehen neuer Wahrzeichen. Bilder von innovativer Architektur wie dem Guggenheim Museum in Bilbao gingen um die Welt und waren Ausgangspunkt weiterer Stadterneuerungsprozesse (Maennig und Plessis 2009, 63). Aus diesem Grund beinhalten die Bewerbungen um Großereignisse fast immer Planungen, die den Stadtraum adressieren. Die Art und das Ausmaß hängen dabei zum einen vom Typ des Großereignisses ab. Die Olympischen Spiele und Fußball-Weltmeisterschaften stehen dabei exemplarisch für den Ausbau und Neubau von Sport- und Verkehrsinfrastruktur. Diese zum Großteil punktuellen Veränderungen stehen im Gegensatz zu flächigen räumlichen Wirkungen, die z. B. im Rahmen von Gartenschauen thematisiert werden. So wurden in Deutschland bereits mehrere Bundesgartenschauen regionsübergreifend geplant und umgesetzt (Bundesgartenschau Gera/Ronneburg 2007 und Havelregion 2015). Auch Großereignisse, deren Voraussetzung weniger im Zusammenhang mit räumlichen Themen stehen, z. B. die Europäische Kulturhauptstadt, die Stadt der Wissenschaft oder Stadtjubiläen, nutzen den Bezug zum Raum, um Bilder zu erzeugen und damit auch Akzeptanz in der Stadtgesellschaft zu schaffen. Zum anderen sind im Zusammenhang mit der zunehmenden Anzahl der ausgerichteten Großereignisse die Anforderungen an die Städte gestiegen, ein solches Großereignis durchzuführen. Internationale Verflechtungen und Liberalisierungen erhöhten die Zuschaueranzahl, ebenso wie

weltweite mediale Übertragungen das Interesse an Großereignissen erhöhen konnten. Vor diesem Hintergrund werden nun verschiedene Wirkungen von Großereignissen auf den Raum vorgestellt, die sich durch die Literaturanalyse ergaben.

- Direkte geplante und langfristige Effekte

Das Vererben von Architektur gehört zu den bekanntesten Effekten, die Großereignisse auf die Ausrichterstädte haben. Durch ihren baulichen Charakter ist Architektur ein auf Dauer angelegtes Projekt, wodurch es zu den langfristigen Effekten von Großereignissen gezählt wird. Dies stellte Peters (1982) im Rahmen der Analyse zahlreicher Weltausstellungen fest. Somit wurden Weltausstellungen gezielt als Instrument zur Neugestaltung der Orte eingesetzt wie der Riverfront Park in Spokane, Washington, oder das neu entstandene Verwaltungszentrum in Seattle durch die EXPO 1962. Diese physischen Veränderungen der Weltausstellungen brachten den Städten neue Hoffnung und ein frisches Image (Peters 1982, 13). Es wurde ein Zusammenhang zwischen den physischen Hinterlassenschaften (Museen Parklandschaften, umfunktionierten Pavillons in Restaurants und Freizeitzentren) als infrastrukturelle Verbesserungen und dem Image der Ausrichterstädte hergestellt. Die Weltausstellungen trugen zum Teil dazu bei, die Innenstädte wiederzubeleben oder um Symbole für die Identifizierung mit den Städten zu schaffen, wie der Tower of the Americas in Seattle.

Dieses gezielte Einsetzen von Großereignissen zum Ausbau und zur Verbesserung von städtischer Infrastruktur stellten auch Essex und Chalkley (1998; 1999; 2004a, 2004b) für die Olympischen Spiele fest. Die Analyse von Effekten der Olympischen Spiele auf die physische Stadtstruktur über ein Jahrhundert hinweg (zwischen 1896-1996) hatte zum Ergebnis, dass mit der Zeit auch die räumlichen Effekte zunahmen. So unterschieden die Autoren zwischen Städten, bei denen die Olympischen Spiele kaum physische Effekte hinterließen, weil deren Ausrichtung sich vorrangig auf die existierende Infrastruktur konzentrierte. Auf der anderen Seite fokussierte eine weitere Gruppe von Ausrichterstädten mehrheitlich auf den Bau zusätzlicher, sportlicher Infrastruktur. Ab den 1960er Jahren konnten die Autoren feststellen, dass die städtebaulichen Veränderungen im Rahmen der Olympischen Spiele sich nicht nur auf sportliche Infrastruktur konzentrierten, sondern auf generelle Verbesserungen im Stadtraum. So entstanden z. B. im Rahmen der Vorbereitungen auf die Olympischen Spiele 1960 in Rom ein modernes kommunales Abwassersystem und der Ausbau des Flughafens. Das wahrscheinlich bekannteste Beispiel für umfassende räumliche Effekte der Olympischen Spiele ist Barcelona. In Vorbereitung auf die 1992 ausgetragenen Olympischen Sommerspiele 1992 wurden bedeutende Investitionen durchgeführt um die Verjüngung eines Küstenabschnittes einzuleiten, welcher heute einen neuen Hafen, Freizeitmöglichkeiten und Strände für die Bevölkerung und Touristen bietet (Essex und Chalkley 1998, 192).

Auch Calgarys Stadtraum profitierte von der Ausrichtung der Olympischen Winterspiele 1988 (Ritchie 2000). Im Zuge der Olympischen Spiele wurde die städtische Infrastruktur

ausgebaut, wozu unter anderem die heutigen Studentenwohnheime gehören, die eigentlich zur Unterbringung der Athleten errichtet worden waren. Weiterhin entstand der Speed Skating Oval auf dem Universitätscampus, in welchem im Nachhinein immer noch regelmäßig Meisterschaften ausgerichtet wurden und der bei den Bewohnern Calgary weiterhin bekannt und beliebt ist. Im Zusammenhang mit der Nachnutzung von Infrastrukturen hatte der Olympia Park in Calgary zwar keine Erfolge zu vermelden, weil durch ungünstige Windverhältnisse keine bedeutenden Meisterschaften mehr ausgerichtet werden konnten. Doch zählt nach Ritchie (2000, 161) dieses architektonische „Erbe“ zu den „must see“ Sehenswürdigkeiten der Stadt.

Aber nicht nur direkt mit dem Großereignis zusammenhängende Infrastruktur wie Wettkampfstätten oder Sportlerunterbringungen zählen zum architektonischen Erbe. Für die Stadt Cardiff stellte die Rugby-Weltmeisterschaft (Jones 2001) den Katalysator für signifikante Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur dar. Dazu zählte der Ausbau von Bushaltestellen, Fußwegen und Bahnhöfen, aber auch der parkähnliche Zugang zum Fluss, wodurch für die Bevölkerung und den Touristen der öffentliche Raum erweitert wurde. Auch im Rahmen der EXPO 2000 in Hannover konnten Müller und Niederlein (2002, 110) den großzügigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur feststellen: eine neue S-Bahn, die Stadtbahnlinie D, der Schienenanschluss und Ausbau des Flughafens, der ICC-Bahnhof Laatzen und der Umbau des Hauptbahnhofes zählen dazu. Diese konzentrierten Investitionen riefen jedoch auch die Kritiker hervor, die feststellten, dass „seit langem geplante und notwendige Stadtbahnlinien in die Außenbezirke wahrscheinlich nicht mehr realisiert werden können“ (Müller und Niederlein 2002, 111-112).

Diese Liste von städtebaulichen Wirkungen, die direkt im Zusammenhang mit der Durchführung des Großereignisses standen, kann beliebig erweitert werden. Fast jede Stadt hat im Zuge des Großereignisses Verbesserungen und Ausbauten vorgenommen, schon allein vor dem Hintergrund, weil sich die Städte bestmöglich in der Öffentlichkeit präsentieren wollten. Doch besonders die sportlichen und spezifischen Einrichtungen von Sportgroßveranstaltungen induzieren längerfristige Effekte, die aus wirtschaftlicher oder sozialer Perspektive erfolgreich oder problematisch sein können.

- Sekundäreffekte städtebaulicher Veränderungen

Zu Sekundäreffekten von städtebaulichen Veränderungen im Rahmen von Großereignissen zählen die Probleme der Nachnutzung. Wenn die Stadien nachher ausgelastet sind und in das städtische Konzept zur touristischen Vermarktung eingebunden werden, können vor allem auch langfristige soziale und ökonomische Effekte daraus abgeleitet werden (Cornelissen et al. 2011, 312-313). Fehlt die konzeptionelle Vernetzung neuer Infrastruktur mit der Stadt oder wird dieses nicht als lokales Kulturgut anerkannt, können Nachnutzungsprobleme auftreten, die zu finanziellen Belastungen für die Städte werden. Im Falle der Bewerbung Südafrikas für die WM 2010 war es Teil der Bewerbungsstrategie, die Sportplätze und Trainingsbedingungen zu verbessern, um für die Kommunen ein

räumlich geprägtes Erbe zu hinterlassen. Es wurden viele öffentliche Gelder investiert und Stadien ausgebaut. Allerdings hat der Fußball in Südafrika eine andere Bedeutung als in Deutschland oder Frankreich. Bereits vor der Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft wurde deutlich, dass die Kosten dieser Stadien in keinem Vergleich zur Ausnutzungsquote im Nachhinein stehen werden (Haferburg 2011, 337). Neben diesen potentiellen negativen wirtschaftlichen Effekten, leidet auch die Glaubwürdigkeit der Politik, da sie sich in diesen Fällen dem Vorwurf stellen muss, nicht ausreichend geplant zu haben.

Durch den Aus- und Neubau von Unterkünften und Hotels bereitet sich die Ausrichterstadt zum einen auf die Touristen im Rahmen des Großereignisses vor. Zum anderen sollen diese auch langfristig den Tourismussektor stärken. Das Beispiel Barcelona zeigt, wie im Rahmen der Olympischen Spiele Zimmerkapazitäten ausgebaut und neue „Tourismusprodukte“ wie der Hafengebiete geschaffen wurden, welche den Städtetourismus bis heute prägen (Preuss und Solberg 2006, 14). Doch nicht immer führen die Investitionen in den Ausbau der touristischen Infrastruktur zum Erfolg. So wurde in Südkorea für die Fußball-Weltmeisterschaft im Jahr 2002 Stadien im Wert von 1,5 Mrd. US-\$ mit 40.000 bis 68.000 Plätzen gebaut, obwohl durchschnittlich nur 3.000 Zuschauer die Spiele der Koreanischen Profiliga besuchen (Preuss und Solberg 2006, 14).

Auch im Bereich der Stadtgesellschaft können durch stadträumliche Veränderungen negative Effekte auftreten. Nicht immer ist es möglich, auf freie innerstädtische Flächen zuzugreifen, so dass es im Zuge des Großereignisses zu Verlagerung von Wohngebieten bzw. zum Abriss und Neubau heruntergekommener Nachbarschaften kommen kann (Hiller 2000a, 189; Hall 1997, 81). So wurde zum Beispiel im Fall der EXPO 1986 in Vancouver festgestellt, dass es zu Zwangsräumungen von Bewohnern kam, deren einfache und zum Teil ärmlichen Wohnverhältnisse aufgewertet wurden, um Übernachtungsmöglichkeiten für Touristen bereitzustellen. Ähnliche Prozesse fanden im Rahmen der Weltausstellung in Brisbane 1988 und dem Americas Cup 1987 statt (Hall 1997, 81). Die in den deindustrialisierten Stadtgebieten lebenden Menschen verfügten meist über ein niedriges Einkommen, so dass sie sich die sanierten Häuser nicht mehr leisten konnten (Hall 1997, 81).

Neben diesen potentiellen negativen Aspekten, können von den städtebaulichen Veränderungen auch sekundäre positive Effekte ausgehen. So konnten z. B. Allmers und Mennig (2009, 509) feststellen, dass der Neubau von Stadien bzw. der Ausbau einen Reiz des Neuen auslöst. Eine erweiterte Aussicht auf die Spielfläche verbessert die Atmosphäre im Stadion und kann zu einer höheren Besucheranzahl führen. Außerdem kann durch die neue Infrastruktur ein sogenanntes neues Markenzeichen für die Ausrichterstadt geschaffen werden, dafür eignen sich architektonische Bauten ganz besonders. Dieses Markenzeichen kann Bestandteil eines neuen, modernen Images der Stadt werden, welches die Wahrnehmung der Stadt nach außen verbessert. Ebenso kann es Aus-

löser für weitere Stadtentwicklungsprozesse sein. Allmers und Maennig (2009, 509-10) sprechen sich dafür aus, diesen Effekten, denen bisher kaum Beachtung geschenkt wurde, mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Bei einer gründlichen Betrachtung von Großereignissen und deren Effekte auf die Stadt, dürfen Sekundäreffekte auf verschiedene Bereiche nicht unbeachtet bleiben.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich das infrastrukturelle Erbe von Großereignissen in Form von Infrastrukturverbesserungen, z. B. dem Ausbau des ÖPNVs, dem Bau neuer Wohnquartiere oder architektonischer Wahrzeichen ausdrückt. Diese Hinterlassenschaften zählen zu den direkten und geplanten Effekten, die Großereignisse in Städten bewirken. Die diskutierte Literatur machte jedoch auch deutlich, dass die direkten Effekte im Raum kennzeichnend für zahlreiche weitere Effekte sind. Unter dem Begriff Wirkungsketten und Multiplikatoreffekte sind vor allem räumliche Veränderungen in der Lage, längerfristige negative oder positive wirtschaftliche, soziale und politische Effekte hervorrufen zu können. So hängt z. B. die Nachnutzung von Stadien stark mit dem Freizeitverhalten der ortsansässigen bzw. nationalen Bevölkerung und der bereits vorhandenen Infrastruktur zusammen. Im Zusammenspiel mit dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur kann die Erreichbarkeit neuer Stadien erleichtert und somit ein neuer Kundenkreis erschlossen werden. Auf der anderen Seite kann neue und verbesserte Freizeitinfrastruktur innerstädtische Konkurrenz zu bereits bestehenden Angeboten hervorrufen. Damit behalten die neuen städtebaulichen Infrastrukturen zwar ihre Funktion, können jedoch Nachnutzungsprobleme bei Bestandsinfrastruktur hervorrufen.

#### **Kategorie „Gesellschaft“: Stolz, Kompetenz, Einschränkung**

Im Zuge der analytischen Betrachtung von Wirkungen der Olympischen Spiele wies Cashman (2006, 21) darauf hin, dass die soziale Dimension mehr in die ganzheitliche Betrachtung einbezogen werden sollte. Großereignisse wie die Olympischen Spiele hinterlassen eindrucksvolle Bilder und langwährende Erinnerungen in den Köpfen, von deren Bedeutung für andere Prozesse bisher kaum Kenntnis genommen wurde. Da die gesellschaftlichen Wirkungen von Großereignissen im Vergleich zu den ökonomischen Effekten schwieriger zu erfassen sind, spielten sie in der bisherigen Diskussion zu Wirkungen von Großereignissen eher eine untergeordnete Rolle (Bob und Swart 2010, 83). Für Fredline (2005, 26) sind die sozialen Effekte von Großereignissen die Veränderungen, welche die Lebensqualität der ortsansässigen Bevölkerung beeinflussen. Atkinson et al. (2008) unterscheiden zwischen Nutzen und Kosten von Großereignissen für die Gesellschaft. Dazu zählen auf positiver Seite unter anderem das entstandene Zusammengehörigkeitsgefühl in der Bevölkerung, die intensivere Wahrnehmung zum Thema „Behinderung“ im Kontext der Paralympics, die Schaffung von Begeisterung Sport zu treiben sowie die verbesserte Lebensqualität anhand neuer Infrastruktur (Atkinson et al. 2008, 426-27). Auf der anderen Seite verweist er auf negative Kosten, wie z. B. erhöhte Kriminalität und die Wahrscheinlichkeit von Terroranschlägen oder verkehrlichen Verspätungen

durch Bauarbeiten oder Menschenaufkommen. Ausgehend von dieser Untergliederung werden im Folgenden beispielhaft positive und negative Effekte von Großereignissen auf die Stadtgesellschaft diskutiert.

- Positive Wirkungen innerhalb der Stadtgesellschaft

Ein bedeutendes Erbe der Olympischen Winterspiele in Calgary 1988 war der soziale Zusammenhalt und der Stolz der Bürger, Ausrichterstadt zu sein (Ritchie 2000, 161). Auch wenn Calgary wahrscheinlich nie zu den weltweit führenden Städten gehören wird, hat jedoch die Ausrichtung der Olympischen Spiele dieser Stadt eine gewisse internationale Bekanntheit gebracht, die in solch einem Maße nicht möglich gewesen wäre. Auch nach über zehn Jahren betrachtete über 90% der Bevölkerung die Ausrichtung der Olympischen Spiele als eine sehr positive Erfahrung sowohl persönlich als auch für die gesamte Stadt.

Zu einer ähnlichen Erkenntnis kamen Allmers und Maennig (2009), welche den Feel-Good-Effekt für die lokale und nationale Bevölkerung zu den sozialen Vorteilen von Großereignissen zählten. Dieser Effekt betrifft die Stadtgesellschaft bzw. die gesamte Nation auch dann, wenn sie kein Stadion besuchen. Dies wurde belegt durch eine Analyse der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland, welche hervorbrachte, dass der Feel-Good-Effekt inzwischen zu den bedeutendsten Effekten dieses Großereignisses gehörte. Möglicherweise ist dieser Effekt ein Ergebnis der Teilnahmen an den zahlreichen Fanpark-Möglichkeiten wie dem Public Viewing.

Ebenso zählen zu positiven gesellschaftlichen Effekten die verbesserte Bürgeridentifikation, die mit dem stolzen Gefühl einhergeht, Ausrichterstadt gewesen zu sein und Erinnerungen und Erfahrungen in der Stadtgesellschaft hinterlässt (Bob und Swart 2010, 75). Chappellet und Junod (2006) stellten im Zusammenhang der Olympischen Spiele von Innsbruck fest, dass sich der Stolz der Bevölkerung solche Großereignisse auszurichten über die Zeit hinweg erhalten hat. Zum einen drückt sich das darin aus, dass zahlreiche innerstädtische Einrichtungen im Namen „Olympia“ tragen. Zahlreiche Freiwillige und ehrenamtliche Helfer unterstützen die Stadt zu dem, weitere sportliche Großereignisse auszurichten und die Expertise einer Sportstadt zu pflegen. Dies konnte Jones (2001, 249) auch für Cardiff im Rahmen der Rugby-Weltmeisterschaft 1999 feststellen. Dieses Sportgroßereignis baute auf der Strategie zur Anwerbung von Großereignissen auf, die mit der Ausrichtung des European Summit im Juni 1999 begann und durch die Ausrichtung des Network Q Rallye in 2000 und 2002 weitergeführt wurde. Diese Eventstrategien ließen im Verlauf der Zeit institutionelle und organisatorische Kompetenz entstehen, um Besucher, Touristen und Geschäftsleute zu bedienen und effektiv zu betreuen. Die Erfahrungen, Wissen und Netzwerke, die durch die Ausrichtung des Großereignisses aufgebaut wurden, trugen dazu bei, das Cardiff als Sportstadt weiterentwickelt wurde.



Einen gesellschaftlichen Effekt ganz anderer Art hat eine Untersuchung von Zuschauern von Sportgroßereignissen in Großbritannien in 2010 ergeben. Ramchandani und Coleman (2012, 263) fanden heraus, dass die Mehrheit der Zuschauer durch das sportliche Großereignis inspiriert wurde selbst mehr Sport zu treiben. Die befragten Zuschauer waren Sportinteressierte und vor allem die Aktiven gaben an, durch die Erfahrung des Großereignisses nun noch mehr Sport treiben zu wollen. Diese Erkenntnis verdeutlicht, welche Bedeutung Sportgroßereignisse für die Sensibilisierung für bestimmte Themen haben können und inwieweit sie in der Lage sind Menschen zu mobilisieren. So konnten Ehrenberg und Kruse (2000, 350) im Rahmen der Olympischen Spiele in Barcelona feststellen, dass zahlreiche Freiwillige und ehrenamtliche Helfer unterstützend tätig waren, um die Durchführung eines solchen Großereignisses in der Stadt gewährleisten zu können. Ein Großteil davon war bereit, auch nach dem Großereignis im Rahmen späterer kultureller und sozialer Aktionen ehrenamtlich mitzuwirken. Das Großereignis galt als Auslöser zur Verbesserung der Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt.

Bisher wurden die sozialen Effekte von Großereignissen vor allem für die entwickelten Länder untersucht. Die Studie von Pranic et al. (2012) fokussiert nunmehr auf dem Schwellenland Kroatien, in dem die Stadt Split Partner bei der Ausrichtung World Men's Handball Championship 2009 war. Anhand einer schriftlichen Befragung der ortsansässigen Bevölkerung Splits konnte herausgefunden werden, dass Effekte wie die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls in der Gemeinde, die Verbesserung der nationalen Identität und Stolz für das Land von besonderer Bedeutung waren. Auf der anderen Seite konnte empirisch nicht nachgewiesen werden, dass sich durch das Event die Einkaufsmöglichkeiten verbesserten oder die Anzahl der Kulturveranstaltungen anstieg. Dies war im Vorfeld auf bisherigen Erfahrungen aus industrialisierten Ländern angenommen wurden. Im Vergleich zu industrialisierten Ländern, stand bei den Befragten eher zur Diskussion, dass die öffentlichen Gelder besser in andere Infrastruktur hätte investiert werden sollen, so z. B. in Krankenhäuser und Schulen als in Stadien. Das unterscheidet die Ergebnisse voneinander. Für kleinere Städte und besonders für Schwellenländer scheint der öffentliche Sektor mehr in der Verantwortung zu sein, Infrastrukturen auszubauen und zu finanzieren, als dies in Weltstädten der Fall ist. Diese haben den Vorteil schon in der Aufmerksamkeit der Investoren zu stehen, welche die kleineren Städte erst erzeugen müssen.

- Negative Wirkungen für die Stadtgesellschaft

Zu den negativen Wirkungen auf die Stadtgesellschaft zählen Beeinträchtigungen des Alltagslebens, die auf ein Großereignis zurückgeführt werden können. So wurden in Cardiff im Zuge der Rugby-Weltmeisterschaft 1999 durch den Bau eines Stadions die anliegenden Bewohner durch Straßensperrungen, Baulärm, und Baustaub in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt (Jones 2001, 246-247). Ein weiterer Streitpunkt war das neu entstandene Rotlichtviertel. Ansteigende Prostitution, Drogenschmuggel und die Kosten zur

Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit zählen zu weiteren negativen Effekten von Großereignissen auf die Stadtgesellschaft (Bob und Swart 2010, 83-84). Im Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika 2010 fanden Bob und Swart (2010, 85) im Vorfeld heraus, dass die Bevölkerung zwar begeistert in Richtung des Großereignisses blickte, jedoch auch befürchtete, dass Lärmbelastung, Preissteigerungen und Verkehrsstau das Alltagsleben und damit die Lebensqualität vor Ort beeinträchtigen werde.

Auch die städtebaulichen Veränderungen im Rahmen von Großereignissen können negative soziale Effekte hervorrufen. Dazu zählt die Umsiedlung von Stadtbewohnern, die im Zuge des Aus- und Neubaus von Unterkünften aus ihren ursprünglichen Stadtteilen verdrängt werden. Diese Verdrängungseffekte wurden bereits als Sekundärwirkung in der Kategorie „Raum“ angesprochen. Dabei tritt der Fall ein, dass Stadtquartiere saniert werden und die ortsansässige Bevölkerung sich die neuen Wohnungspreise nicht mehr leisten kann. Damit einhergehend, lösen sich Nachbarschaftsbeziehungen auf und die Identität eines Stadtteiles verändert sich (Essex und Chalkley 1998, 202). An diesem Beispiel wird deutlich wie sich die Effekte in den einzelnen Wirkungsdimensionen überschneiden und miteinander im Zusammenhang betrachtet werden müssen.

Neben diesen unmittelbar auf die Stadtgesellschaft zutreffenden negativen sozialen Effekten, können nach Deccio und Baloglu (2002, 47) auch indirekte langfristige Effekte auftreten, die sich z. B. aus einem Missmanagement des Großereignisses oder steuerlichen Belastungen durch das Großereignisses ergeben. Nachnutzungsprobleme belasten den städtischen Haushalt und können Investitionen in anderen Bereichen stoppen, wodurch sich wiederum Folgewirkungen für die Lebensqualität der Stadtgesellschaft ergeben können.

Zusammenfassend können für die gesellschaftlichen Effekte von Großereignissen festgestellt werden, dass es sich hauptsächlich um Sekundäreffekte handelt, die als Folge von z. B. direkten räumlichen Effekten auftreten. So kann die ausgebaute Infrastruktur oder das neue Stadion zur Verbesserung der Lebensqualität der Stadt beitragen. In dieser Kategorie wird besonders deutlich, dass es von der Zielgruppe abhängt, ob es sich um einen positiven oder negativen Effekt handelt. Die verbesserte Lebensqualität durch Wohnungsneubau kann zum einen positiv betrachtet werden, stellt jedoch für die Altmietler einen negativen Aspekt dar.

### **Kategorie „Politik“: Image, Profilierung, Mobilisierung**

Aufbauend auf der thematischen Kategorisierung von Fredline et al. (2005, 27) zu potentiellen Großereigniseffekten im politischen Bereich wird generell zwischen personenbezogenen individuellen und stadtbezogenen institutionellen oder profilschärfenden Erfahrungen unterschieden. Während personenbezogene Effekte, wie verbesserte Karrierechancen oder das Verstetigen von Funktionen direkt dem Großereignis zugeordnet werden können, ist die Verbesserung des Images immer ein „Spill-Over-Effekt“ bzw. Sekundäreffekt.

fekt, welcher im Zusammenhang mit einer anderen Wirkungskategorie steht. So sind Imageeffekte z. B. zurückzuführen auf den Ausbau der Infrastruktur oder die professionelle Organisation und Durchführung des Großereignisses. Dabei kann sich das Image auf die gesamte Stadt oder ein einzelnes Stadtquartier beziehen. Während der Eiffelturm nunmehr ein Markenzeichen für die gesamte Stadt Paris ist, kann sanierte Verkehrsinfrastruktur und neue Wohngebiete die Lebensqualität in bestimmten Stadtvierteln und damit deren Ruf verbessern. So wurden im Fall von Hannover und der EXPO 2000 mit der Kronsbergsiedlung ein neues modernes Stadtgebiet geschaffen, welches aus der baulichen Perspektive als modellhaft galt und damit auch zur Konkurrenz anderer Stadtteile wurde (Müller und Niederlein 2002, 109-110).

- Verbessertes Außenimage und Bürgeridentifikation

Sowohl während der Ausrichtung des Großereignisses, als auch zuvor steht die Austragungsstadt im medialen Rampenlicht. Der technische Entwicklungszustand ermöglicht eine weltweite Übertragung und den Zugang zu diesen Aussendungen. Dies ist zum einen ein bestimmender Faktor für die Außenerscheinung der Stadt und kann einen wesentlichen Beitrag zur Veränderung des Images haben. Aber auch die nach innen gelenkte Wirkung ist von Bedeutung, kann doch die mediale Präsenz Einfluss auf die Sicht der Bürger auf ihre eigene Stadt verändern und das Zusammengehörigkeitsgefühl und den Stolz auf die eigene Stadt erhöhen. Die empirischen Erkenntnisse zu Effekte von Großereignissen der Dimension „Image“ überschneiden sich damit mit den Erkenntnissen zu Effekte in der Dimension „Stadtgesellschaft“.

Siebel (2010, 101-102) geht davon aus, dass bereits bei der Einwerbung eines Großereignisses beabsichtigt wird, die Bekanntheit und das Image der Stadt zu verbessern. Beispielhaft kann dafür Kulturhauptstadtwerbung des Ruhrgebietes und die damit verbundene Kampagne angeführt werden, welche die Region von ihrem „Schmuddelimage“ befreien sollte (Siebel 2010, 102). Auch Hannover beabsichtigte mit der EXPO 2000 sein Image von einer „Grauen Maus“ zu einem internationalen Messestandort zu verändern (Siebel 2010, 102). Da das Image einer Stadt deren Entwicklung erheblich beeinflusst, kommt dem Bereich Stadtmarketing eine zunehmend bedeutende Funktion zu. Die Wahrnehmung von außen ist entscheidend, wenn es im Standortwettbewerb um die Anwerbung von Fachkräften oder Investitionen geht. Inwieweit die Stadt in der Lage ist, durch die Ausrichtung von Großereignissen das städtische Image zu verbessern, wurde im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland erkennbar. Dabei wurde in einer Studie von Hartmann (2009) für die 12 Austragungsorte untersucht, inwieweit die einzelnen Städte die Chance genutzt haben, ihr spezifisches Imageprofil im Rahmen des Megaevents zu schärfen. Es wurde herausgefunden, dass vor allem die großen Städte wie Berlin, Hamburg und Frankfurt am Main die Fußball-Weltmeisterschaft sehr gut zur weiteren Profilierung ihres Standortes nutzen konnten. Kleinere Städte wie Kaiserslautern und Gelsenkirchen konnten nicht den gewünschten Erfolg erzielen. Die sehr unterschied-

lichen Ziele in der Vermarktung dieser Städte konnten kein klares Bild des Standortes transportieren (Hartmann 2009, 59-60). Auch international werden Großereignisse als eine Strategie betrachtet, um die Identität und die Qualitäten der Ausrichterstädte zu verbreiten (Zhang und Zhao 2009). Allerdings wurde am Beispiel von Beijing und den Olympischen Spielen 2006 deutlich, dass zwar ein „Olympia-Effekt“ sowohl für die Bewohner als auch für die Besucher der Stadt zu erkennen war. So wurden vor allem die physischen Ausbauten in der Stadt und die Verbesserungen für die Gesundheit der Bevölkerung durch „Beijings Green Olympics“ geschätzt (Zhang und Zhao 2009, 251). Allerdings trugen die Olympischen Spiele weniger dazu bei, die Stadt als eine moderne, grüne und freundliche Stadt zu präsentieren, sondern bestätigten vielmehr, dass Image der antiken Stadt (Zhang und Zhao 2009, 251).

Im Gegensatz dazu hat die Ausrichtung der Kulturhauptstadt in verschiedenen europäischen Städten das Image grundlegend verändert. Ob für Glasgow (García 2004), Liverpool (Shaw et al. 2009), Rotterdam (Richards und Wilson 2004) oder das Ruhrgebiet (Hollmann 2011), das zum positiven veränderte Image zählt zu den unmittelbar nach dem Großereignis festgestellten Wirkungen. Für die genannten Städte steht dafür der Wandel von einer alten Industriestadt zu einer modernen Stadt mit verbesserter Lebensqualität. Dabei unterstützt das Thema Kultur besonders den Imagewandel, da im Zuge der Theorie der „creative class“ von Richard Florida (2002) den kreativen Professionen für die wirtschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft besondere Bedeutung beigegeben wird. Die Erfahrung von Glasgow 1990 zeigte, dass anhand von künstlerischen Ereignissen und Projekten Erneuerungsprozesse in der Stadt vorangetrieben werden können (García 2004). Im Transformationsprozess von Glasgow wird dem Kulturhauptstadtjahr eine Schlüsselposition zuteil, wodurch sich das städtische Image einer alten Industriestadt mit Stereotypen wie Arbeitslosigkeit, Gewalt und Alkoholismus zu einer Tourismusdestination wandelte mit attraktiven Geschäfts- und Einkaufsmöglichkeiten und moderner Architektur. Die Verbesserung des Images ist vor allem auf die infrastrukturellen Verbesserungen zurückzuführen, die auch zur Wiederherstellung des lokalen Stolzes und der Identifikation lokaler Akteure mit ihrer Stadt beitrug.

Im Kontext der Olympischen Spiele fügt Hiller (2006, 324) an, dass die Imageverbesserungen für die Ausrichterstadt im Wesentlichen auf die Vorbereitungs- und Ausrichtungszeit zurückgeführt werden können. In der Phase nach den Olympischen Spielen wird medial kaum noch über das Großereignis berichtet Hiller (2006, 325) stellte fest, dass ehemalige olympische Städte diesen Fakt in ihre geschichtliche Vermarktung einfließen lassen. Allerdings übersteigt das Interesse an zukünftigen Olympiastädten das der Ehemaligen. So kann die Pre-Event-Phase und das eigentliche Event als Ausgangspunkt von Imageveränderungen gesehen werden. Über diesen Zeitraum hinaus kann das „Großereignis“ kaum noch zu Marketingzwecken instrumentalisiert werden. Dies stellte auch Richards und Wilson (2004, 1947) für ehemalige Kulturhauptstädte fest. Zwar konnte

nachweislich ein Imagewandel in den ehemaligen Ausrichterstädten wie Rotterdam stattfinden, dieser hielt jedoch nur so lange an, wie die Stadt im Nachhinein in der Lage war, die durch das Großereignis begonnenen Prozesse mit Hilfe eines strukturierten Zukunftskonzeptes weiterzuführen. Neben einem positiven Image, kann die mediale Präsenz sich auch zum Nachteil für die Stadt auswirken. So im Fall von Atlanta und den Olympischen Spielen 1996, wo sich die Medien vor allem auf Schwierigkeiten im Bereich Verkehr und Unterkunft in ihrer Berichterstattung konzentrierten (Andranovich et al. 2002, 126).

Das Image nicht nur nach außen, sondern auch in die Ausrichterstadt selbst strahlt, wird im Rahmen der verbesserten Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt deutlich. Dies kann am Beispiel der Kulturhauptstadt 2004 in Lille hervorgehoben werden. Nach einer gescheiterten Olympiabewerbung beabsichtigte Lille mit der Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt das Image und das soziale Zusammengehörigkeitsgefühl der Stadt zu verbessern (BMVBS 2011, 26-28). Nach dem Kulturhauptstadtjahr wurde die kulturelle Projektarbeit in einem verkleinerten Wirkungsraum im Rahmen von „Lille 3000“ fortgesetzt. Diese Nachfolgeorganisation profitierte von der personellen Kontinuität und baute auf der positiven Erfahrung aus dem Kulturhauptstadtjahr auf. „Lille 3000“ verfolgt weiter das ursprüngliche Ziel der Kulturhauptstadtinitiative und engagiert sich, die Bürger in der lokalen Kultur zu aktivieren, z. B. durch Workshops. Auch zur punktuellen Impulssetzung agierte „Lille 3000“ als Rahmen. So konnte z. B. ein ehemaliges Bahnhofsgelände aktiviert werden und damit der Umgang mit altindustrieller Bausubstanz in kultureller Stadtteilarbeit demonstriert werden.

- Verbesserte Karrierechancen, Mobilisierung, Verstetigung

Die Strategie, Großereignisse für Stadtentwicklungsprozesse einzusetzen, steht in engem Zusammenhang mit dem Wachstumsstreben der Städte und deren Profilierung im städtischen Wettbewerb. Dabei konnte für die Städte Los Angeles, Atlanta und Salt Lake City und die Ausrichtung der Olympischen Spiele festgestellt werden, dass diese Mega-Event-Strategie vor allem für die wirtschaftliche und politische Elite von Vorteil war (Andranovich et al. 2002, Burbank 2002). So waren für alle drei Städte die treibenden Kräfte hinter den Olympiabewerbungen einflussreiche Mitglieder der städtischen Wirtschaftseliten, die mit der Befürwortung der gewählten Volksvertreter öffentliche Legitimation für das Bewerbungsverfahren schafften. Das bestätigte die These, dass die Großereignisstrategie nur durch eine aktive und wachstumsorientierte Koalition zwischen lokaler Politik und Wirtschaft betrieben werden kann (Burbank 2002, 184). Der Bewerbungsprozess für die Olympischen Spiele hätte durch die öffentliche Politik gar nicht finanziert werden können, so dass die wirtschaftliche Elite ins Boot geholt werden musste, die dadurch ihre eigenen Interessen verfolgten (Burbank 2002, 193). Während am Beispiel von Los Angeles deutlich wurde, dass sich durch die Olympischen Spiele das Image des Bürgermeisters verbesserte, profitierte in Atlanta vor allem die Wirtschaft durch hohe Besucherzahlen (Andranovich et al. 2002, 126). Auch wurde am Beispiel Atlanta deutlich,

dass diese Koalition zwischen Politik und Wirtschaft nicht gleichberechtigt funktionierte. Während sich der Bürgermeister zum einen wünschte, exzellenten Sport anzubieten und zum anderen damit die Armut in der Stadt zu bekämpfen, fehlten ihm letztendlich die finanziellen Mittel, ein Armutsprogramm aufzustellen und die Argumente, um die private Olympiagesellschaft davon zu überzeugen, etwas gegen die Armut zu unternehmen (Andranovich et al. 2002, 128). Eine ähnliche Situation wurde in Toronto während der Bewerbung für die Olympischen Spiele 1996 festgestellt, wo sich ein enormes bürgerschaftliches Engagement gegen die Ausrichtung der Olympischen Spiele aussprach (Lenskyj 1992, Lenskyj 1996). Dabei wurde befürchtet, dass die Olympischen Spiele einen erheblichen Einfluss auf die Stadtgesellschaft haben werden, der so nicht gewollt und gesteuert werden konnte. Dazu zählten Schulden, die durch die Ausrichtung der Olympischen Spiele den städtischen Haushalt belasten und damit zuerst benachteiligte Gruppen treffen würden (Lenskyj 1992, 86). Allerdings hatten die Kritiker im Gegensatz zu den Befürwortern der Olympischen Spiele, kaum finanzielle Mittel, die Kritik und ihre Sorgen gerecht zu kommunizieren und vorzubringen (Lenskyj 1992, 82). Dennoch wurden durch das Bewerbungsprojekt Olympische Spiele die Bürger der Stadt mobilisiert sich für ihre Interessen einzusetzen. Aus diesem Grund bezeichnete Lenskyj (1996, 407-408) auch Torontos „Bid“ als erfolgreich, da dieses Projekt dazu beigetragen hatte, dass die Bürger lernen, kritisch mit Prozessen in ihrer Stadt umzugehen.

Dieser Mobilisierungseffekt konnte nicht nur bei Bürgern und Bürgervereinigungen festgestellt werden, sondern auch als Impulse neue „Urban and Regional Governance“-Systeme entstehen zu lassen (Müller 2012, 69). Es wird davon ausgegangen, dass durch die Motivation ein Großereignis auszurichten, Infrastruktur- oder Revitalisierungsprojekte beschleunigt realisiert werden. Kühn und Fischer (2010) gehen ebenso davon aus, dass sich durch das konkrete Projekt „Großereignis“, Akteure leichter mobilisieren lassen, als durch allgemeine Leitbilder. Im Fall von Hannover und der EXPO 2000 war die Stadt jahrelang mit den Vorbereitungen auf die Weltausstellung beschäftigt gewesen, ohne das in der Stadt im Vorfeld die strategische Notwendigkeit gesehen wurde, solch ein Großereignis auszurichten. Als ‚nacheilende‘ Stadtentwicklungspolitik bezeichnet Selle (2002, 55) das Handlungsprogramm 2001-2005 für Hannover, welches parallel zu den Vorbereitungen auf die EXPO erarbeitet und damit Ziele und konkrete Projekte für die Zeit nach der EXPO aufgestellt wurden (Müller und Niederlein 2002, 153). Durch die Erfahrung der EXPO wurde der Impuls gesetzt, sich strategisch mit der Stadtentwicklung Hannovers auseinanderzusetzen.

### **Kategorie „Umwelt“: Belastung, Sensibilisierung, Verbesserung**

Die Wirkungskategorie „Umwelt“ steht in engem Zusammenhang mit den baulichen Veränderungen, die im Rahmen von Großereignissen durchgeführt werden. Da Großereignisse wie die Bundesgartenschauen die Umwelt im Besonderen zum Thema haben, kann davon ausgegangen werden, dass in deren Zusammenhang auch direkt mit positiven

Umwelteffekten zu rechnen ist. So wurde z. B. im Zuge der Bundesgartenschau 2007 in Gera/Ronneburg nicht nur der Hofwiesepark Gera und die Bergbaufolgelandschaft saniert, sondern es wurde durch den Durchbruch eines in den 1960er Jahren aufgeschütteten Hochdamms ein Tal geöffnet, welches erstmals die Durchlüftung des Ronneburger Stadtraumes wieder ermöglichte (Dally und Schmigalla 2007, 16). Auch geplante Bundesgartenschauen widmen sich dem Thema Umwelt. So wurde im Rahmen der Machbarkeitsstudie zu einer geplanten IGA in Aachen die Entwicklung von Fahrrad und umweltfreundlichen Verkehrskonzepten beabsichtigt. Dies verdeutlicht, dass zum einen mit indirekten positiven Umwelteffekten zurechnen ist, die im Rahmen von städtebaulichen Sanierungstätigkeiten auftreten. Zum anderen rückt das Großereignisse das Thema Umwelt in den Mittelpunkt, um es im Rahmen der Durchführung für die breite Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Damit überschneiden sich umweltrelevante Effekte mit Effekten für die Stadtgesellschaft, da zum einen die Sensibilisierung für das Thema „Umwelt“ erreicht werden soll, aber auch die Verbesserung der Lebensqualität für die Bevölkerung.

Auch im Rahmen anderer Großereignistypen können positive Effekte auf die Umwelt beobachtet werden. Die durch Allmers und Maennig (2009, 509) im Rahmen der Analyse ökonomischer Wirkungen der Fußball-Weltmeisterschaften erkannten Novelty-Effekte führen zum einen dazu, dass nach dem Großereignis die Besucherzahl der Stadien konstant bleiben oder sogar steigen, aber auch, dass Stadien saniert und innovative Lösungen für Abfallvermeidung und -Entsorgung gefunden werden konnten. Somit gehen von der Sanierung und Erneuerung der Stadien nicht nur ökonomische Wirkungen aus, sondern auch positive Umwelteffekte wie z. B. die Erneuerung von Abwasser und Wassersystemen, verbesserte Abfallsysteme oder der Bau von Solaranlagen. Im Rahmen der Ski-Weltmeisterschaft 2013 in Schladming/Österreich wurde eine neue Kläranlage installiert und eine GPS-Schneehöhenmessung sorgt nunmehr für eine Minimierung des Wasser- und Energieeinsatzes durch die Beschneeiung (Weishäupl 2012, 20). Beispielhaft kann auch der neue Stadtteil „Kronsberg“ in Hannover angeführt werden, der im Zuge der EXPO 2000 in Hannover entstand und neue ökologische Standards im Wohnungsbau erprobte. Dazu zählt unter anderem das „ökologische Bodenmanagement und naturnahe Regenwassersystem, die Niedrigenergiehäuser sowie die Nutzung erneuerbarer Energien“ (Müller und Niederlein 2002, 108).

Neben einzelnen Maßnahmen, wurde für die Durchführung der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland erstmalig ein Umweltkonzept erarbeitet. Dieses ganzheitliche Herangehen sollte den verantwortungsvollen Umgang mit Wasser, die Vermeidung und umweltgerechte Entsorgung von Abfall sowie die energieeffiziente und umweltverträgliche Mobilität gestalten (BMU 2006). Ergebnis dessen war, dass z. B. die Parkplätze für das Stadion in Köln wasserdurchlässig angelegt und mit Recyclingmaterial befestigt oder im Rahmen der Sanierung des Leipziger Zentralstadions große Flächen entsiegelt und renaturiert wurden. Die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 war beispielge-

bend für die nachfolgenden Großereignisse. Österreich und die Schweiz erarbeiteten als Ausrichtungsländer der Fußball-Europameisterschaft 2008 ein Nachhaltigkeitskonzept, welches im Bereich Umwelt den Einsatz von Mehrwegbechern anstelle von Einwegbechern sowie energieeffiziente Kühlschränke und die Einspeisung von Ökostrom vorsah (Bärtschi und Keller 2008, 16). Ähnliche Entwicklungen sind im Rahmen der Olympischen Spiele zu erkennen. So gelten die Olympischen Spiele 2000 in Sydney zu den ersten „Green Games“ mit eigenen Umweltleitlinien (Fry 1997, 80). Dieser Trend hat sich bis zu den Olympischen Spielen 2012 in London verstärkt. Es gab ein umfassendes Nachhaltigkeitskonzept und mehrere „Sustainable Reports“ wurden auf den Weg bis zur Ausrichtung der Spiele veröffentlicht (Weishäupl 2012, 19). Diese Hinwendung zu „grünen Spielen“, „Spiele der kurzen Wege“, „nachhaltigen Spielen“ resultieren jedoch daraus, dass im Rahmen von Großereignissen die negativen direkten Umwelteffekte immer wieder als Gegenargument für die Ausrichtung galten. Vor diesem Hintergrund beurteilt Collins et al. (2009, 829) die Renaturierungsmaßnahmen oder Nachhaltigkeitskonzepte eher als „demonstration effects“ und vertritt die gängige Meinung, dass die nachhaltigsten Spiele die sind, die gar nicht stattfinden. Das beabsichtigte hohe Besucheraufkommen im Rahmen von Großereignissen lässt das Abfallaufkommen und die Zunahme des Verkehrsaufkommens den CO<sup>2</sup>-Ausstoß steigen. So hatte die Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika z. B. den größten ökologischen Fußabdruck in der Geschichte der Weltmeisterschaften (Cornelissen et al. 2011, 315). Das lag zum einen an der Lage des Landes und die damit entstandene Distanz, aber auch an den weiten Entfernungen der Stadien voneinander und der Abhängigkeit des Landes von Kohle. Speziell von der Südafrika-Erfahrung können zukünftige Austrägnationen lernen, bereits in die Bewerbungsdokumente spezielle ökologische Programme einzuarbeiten.

#### **4.2.3 Zwischenfazit: Analyserahmen mit Pfaden für Wirkungen gescheiterter Großereignisse**

Zusammenfassend kann für die Literaturanalyse zu theoretischen Strukturierungsansätzen und den empirischen Studien zu Wirkungen von Großereignissen festgestellt werden, dass es verschiedene thematische Wirkungskategorien gibt, die eng miteinander im Zusammenhang stehen. Jede thematische Wirkungskategorie weist spezifische Ausprägungen auf, die zum einen zwischen der räumlichen und zeitlichen Dimension variieren. Dabei wird zwischen punktuellen und gesamtstädtischen Veränderungen sowie zwischen unmittelbaren und langfristigen Effekten unterschieden. Zum anderen kann, wie Preuss (2007, 211) bereits feststellte (vgl. Abb. 4), zwischen geplanten und ungeplanten, direkten und indirekten sowie positiven und negativen Effekten unterschieden werden. Diese Vielfältigkeit der Effekte gibt die Komplexität der Wirkungsweisen von Großereignissen wieder, die in Abb. 6: Analyserahmen für Wirkungen von Großereignissen (Quelle: Eigene Darstellung auf Basis einer Literaturinterpretation).



grafisch dargestellt ist. Dabei wurde auf die spezifische Ausweisung der Wirkungskategorie „Umwelt“ für die weitere Vorgehensweise verzichtet. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in der empirischen Literatur „Umwelteffekte“ häufig im Rahmen der Kategorien „Raum“ und „Gesellschaft“ diskutiert wurden. So ist die Erneuerung des Abwassersystems oder die Errichtung einer modernen Wohnsiedlung vorerst ein infrastruktureller Effekt und kann unter ökologischen Gesichtspunkten als ein positiver Effekt für die Lebensqualität der Stadtgesellschaft sowie der städtischen Umwelt angesehen werden. Diese Zuordnungsproblematik existiert auch zwischen anderen Wirkungskategorien. Beispielfähig wird dies deutlich im Fall der neu entstandenen Infrastruktur wie Stadien oder Unterkünfte. Diese werden zum einen in der Kategorie „Raum“ aufgelistet und als ein unmittelbarer, geplanter und direkt dem Großereignis zugeordneter Effekt benannt. Auf der anderen Seite ist diese Infrastruktur der Ausgangspunkt für langfristige wirtschaftliche Effekte eines Großereignisses, die zum einen positiv sind, wenn eine Nachnutzung dafür gewährleistet werden kann. Zum anderen können auch negative wirtschaftliche Effekte daraus resultieren, wenn z. B. die neue Infrastruktur als Konkurrenz zu bereits etablierten städtischen Einrichtungen auftaucht oder keine hinreichende Nachnutzung gefunden werden kann. Die folgende Abbildung stellt nunmehr den Ausgangspunkt für die Analyse der gescheiterten Großereignisbewerbungen dar. Dabei hat dieser Analyserahmen vor allem die Funktion Effekte gescheiterter Großereignisse zu strukturieren und stellt ein Angebot dar, welche thematischen und spezifischen Effekte möglich sind. Ausgehend von den vier hauptsächlichen thematischen Wirkungskategorien, wird die Analyse durch die Pfeile geleitet. Diesen Pfaden folgend, können dann spezifische Effekte aufgedeckt werden. Beispielfähig verdeutlicht das der rote Pfeil. So treten in der Vorbereitungszeit auf das Großereignis wirtschaftliche Effekte innerhalb der Gesamtstadt auf, die direkt auf das Großereignis zurückzuführen sind, als positiv eingeschätzt werden und im Vorfeld beachtet waren. Das könnten z. B. die Zunahme von Arbeitsplätzen im Bausektor sein und den damit zusammenhängenden steigenden Einkommen der Stadtbevölkerung. Dieser Analyserahmen soll jedoch nicht als geschlossen und absolut betrachtet werden. So kann die empirische Analyse der gescheiterten Großereignisbewerbungen durchaus ergeben, dass weitere thematische Wirkungskategorien, Dimensionen oder Eigenschaften auftreten, um ein ganzheitliches Bild von Effekten gescheiterter Großereignisse wiederzugeben.

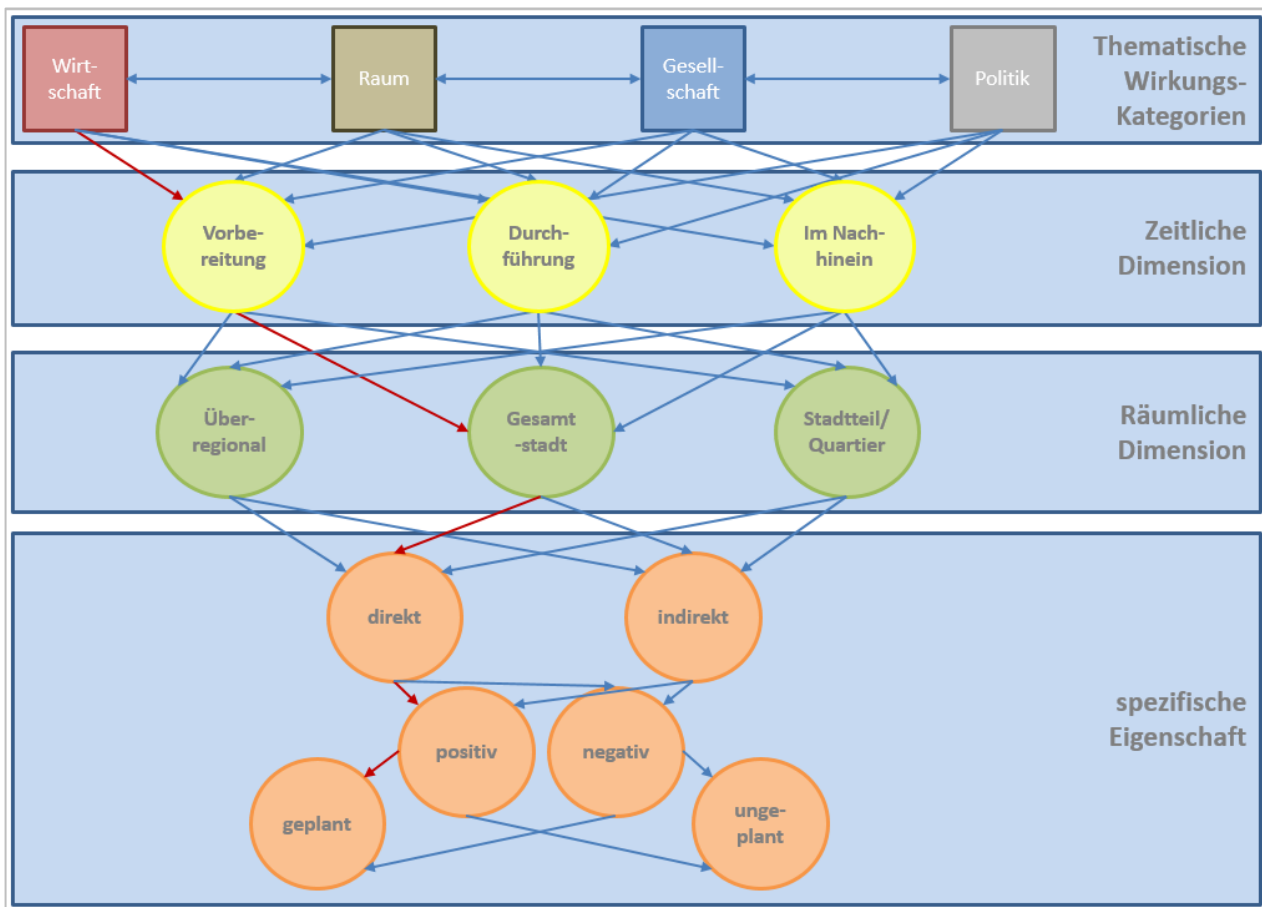


Abb. 6: Analyserahmen für Wirkungen von Großereignissen (Quelle: Eigene Darstellung auf Basis einer Literaturinterpretation).

## 5 Methodisches Vorgehen

Basierend auf dem beobachteten Phänomen, dass zwischen 2000 und 2010 in Deutschland eine Vielzahl von Städten mit ihrem Vorhaben, ein Großereignis auszurichten mehrfach scheiterten, blieb bisher die Frage unbeantwortet, welche Bedeutung diese gescheiterten Bewerbungsprozesse für die unterschiedlichen Städte hatten. Unterstützt wurde dieses Forschungsinteresse durch die Annahmen der ökonomischen Theorie des Rent-Seeking. Vor diesem Hintergrund, konnte davon ausgegangen werden, dass Erkenntnisse zur Rolle von gescheiterten Großereignissen für die weitere Stadtentwicklung von Bedeutung sind, um die Verluste der investierten Ressourcen in den Bewerbungsprozess relativieren zu können. Das Großereignisse ein spezifisches Instrument der projektorientierten Stadtentwicklungsplanung darstellen und sowohl Impulse für Städte im Schrumpfungskontext als auch zur Profilierung von Städten im globalen Wettbewerb auslösen, konnte die Literaturanalyse im Kapitel 4 zur konzeptionellen Einbettung der Thematik aufzeigen. Der Überblick über die vielfältigen Wirkungsweisen ausgerichteter Großereignisse unterstützte die Grundannahme, dass jede Stadt mit dem Vorhaben, eine Bewerbung für ein Großereignis aufzustellen, ein spezifisches Ziel verfolgte. Diese Annahme wurde unterstützt durch die Erkenntnisse zum Stand der Forschung über gescheiterte Großereignisbewerbungen. Empirische Studien und die Erkenntnisse zur Thematik „Scheitern“ weisen darauf hin, dass Merkmale des städtischen Kontexts und des Bewerbungsprozesses einflussgebend auf die Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen sind. Vor diesem Hintergrund und der Beobachtung, dass sowohl schrumpfende und wachsende als auch große und kleinere Großstädte mehrmals scheiterten, war Ziel der empirischen Analyse, möglichst viele unterschiedliche Städte zu untersuchen, um ein breites Bild zu gescheiterten Großereignisbewerbungen und ihren Effekten abbilden zu können.

### 5.1 Untersuchungsplan einer Vergleichsstudie

Im Fokus der Analyse stand eine Vielzahl von Fällen, wodurch Beleuchtung der verschiedenen Bedeutungen gescheiterten Großereignisbewerbungen auf die Stadtentwicklung ermöglicht wurde. Aufbauend auf der empirischen Beobachtung der Forschungsproblematik wurde unter definierten und forschungspragmatischen Kriterien eine Fallgruppe von Städten mit mehreren gescheiterten Großereignisbewerbungen aufgestellt. Dem Forschungsbedarf folgend wurden die Städte der Fallgruppe auf deren Merkmale zu den gescheiterten Großereignisbewerbungen und ihrem Zusammenhang zu Stadtentwicklungsprozessen analysiert. Durch den Vergleich der Städte in Bezug auf deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede wurden Städtetypen gebildet, die auf Kontrasten innerhalb der Fallgruppe basierten. Ausgehend von diesen verschiedenen Städtetypen mit mehreren gescheiterten Großereignisbewerbungen erfolgte die Analyse der spezifischen Effekte gescheiterter Bewerbungen unterschiedlicher Großereignisse. Auf deren Basis

wurde abschließend vergleichend untersucht, welche Stadttypen in besonderem Maße Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen hervorrufen. Daraus wurde geschlussfolgert, welche Bedeutung gescheiterte Großereignisbewerbungen für Stadtentwicklungsprozesse haben und inwieweit nicht stadttypische Faktoren einflussgebend auf die Effekte waren.

Tab. 4: Untersuchungsplan für die empirische Analyse (Quelle: Eigene Darstellung und Erarbeitung auf Basis der Literaturanalyse zum Stand der Forschung und des konzeptionellen Hintergrundes)

Forschungsfragen	Forschungsleitende Thesen (Literaturanalyse Kapitel 1-3)	Untersuchungsfragen zur Operationalisierung	Analyseebene
1. Inwieweit bestand ein Zusammenhang zwischen den verschiedenen Großereignisbewerbungen einer Stadt?	<p>Bedingt durch die Rotationsverfahren bei der Vergabe, konzentrierten sich zwischen 2000-2010 verschiedene Großereignisse in Deutschland, so dass sich die Bewerbungsprozesse der Städte überschneiden konnten und viele Städte in Deutschland die Möglichkeit hatten, sich zu beteiligen.</p> <p>Vor diesem Hintergrund wurde angenommen, dass sich die Bewerbungsinhalte, -Ziele und -Akteure der einzelnen Bewerbungen einer Stadt in Abhängigkeit zu deren zeitlichen Auftreten ähneln.</p>	<p>Anzahl und Reihenfolge:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Welche Großereignisbewerbungen scheiterten bzw. wurden zwischen 2000 und 2010 eingeworben.</li> <li>2. Wann fanden diese Bewerbungsprozesse statt?</li> </ol> <p>Bewerbungsprozesse:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Welche inhaltlichen Gemeinsamkeiten, Zielsetzungen, Projekte, Akteure, Finanzierungsaspekte gab es zwischen den verschiedenen Großereignisbewerbungen?</li> <li>2. Aus welchem Grund scheiterten die Bewerbungsprozesse?</li> </ol>	<p>Stadt</p> <p>GE</p>
2. In welchem Zusammenhang standen die gescheiterten Großereignisse & die Stadtentwicklungsprozesse?	<p>Großereignisse mit ihrem Projektcharakter werden seit den 1990er Jahren verstärkt zu Stadtentwicklungszwecken eingesetzt, um umsetzungsorientierte Stadtentwicklungsplanung zu betreiben.</p> <p>Es wird davon ausgegangen, dass bereits die gescheiterten Großereignisbewerbungen im Zusammenhang mit den spezifischen Zielen der Stadtentwicklungsplanung der Bewerbstädte standen.</p>	<p>Merkmale der Stadtentwicklung:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Welche Instrumente und welche Akteurs- und Netzwerkstrukturen der Stadtentwicklungsplanung existierten zum Zeitpunkt der Bewerbungen?</li> </ol> <p>Ziele von STE und Großereignis:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Welche Projekte der Bewerbungen waren bereits Projekte der Stadtentwicklungsplanung?</li> <li>2. Welche Ziele der Stadtentwicklung wurden in den Bewerbungsdokumenten aufgegriffen?</li> </ol>	<p>Stadt</p> <p>Stadt/ GE</p>
<p><b>Methodisches Vorgehen (Kapitel 4)</b>            Qualitative Forschungsmethoden (Methodentriangulation und Qualitative Inhaltsanalyse)            Vergleichende Betrachtung von Einzelfallbeschreibungen  <b>Ergebnisse (Kapitel 5):</b>            Zeitliche und organisatorische Merkmalsausprägungen zu Großereignisbewerbungen, Erfahrungen des Scheiterns sowie der parallelen bzw. im Nachhinein relevanten Stadtentwicklungsprozesse            Bildung von Stadttypen mit mehreren gescheiterten Großereignissen durch ähnliche Merkmale</p>			

Forschungsfragen	Forschungsleitende Thesen (Literaturanalyse Kapitel 1-3)	Untersuchungsfragen zur Operationalisierung	Analyseebene
3. Welche Effekte riefen gescheiterte Großereignisbewerbungen der unterschiedlichen Städte hervor?	<p>Auf Basis empirischer Studien wurde herausgefunden, dass Effekte stattgefundenen Großereignisse sich nach thematischen Wirkungskategorien sowie zeitlicher und räumlicher Dimension unterscheiden.</p> <p>Es wird davon ausgegangen, dass sich die Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen im Rahmen dieser Systematik abbilden lassen und vor allem in den Kategorien Wirtschaft, Raum, Gesellschaft und Politik auftreten werden.</p>	<p>Wirtschaft: 1. Welche Kosten ent- und bestanden über den Bewerbungsprozess hinweg? Wer trug diese? 2. Welche Einnahmen wurden aus dem Bewerbungsprozess heraus generiert?</p> <p>Raum: 1. Welche räumlichen Projekte wurden zur Unterstützung der Bewerbungsabsicht realisiert? 2. Welche Bedeutung hatte Raum im Bewerbungskonzept? 3. Was wurde realisiert?</p> <p>Gesellschaft: 1. Wie war die Stadtgesellschaft in die Bewerbung involviert? 2. Inwieweit profitierten die Bürger durch die Bewerbung?</p> <p>Politik: 1. Inwieweit verstetigten sich Themen/Institutionen/Projekte aus dem Bewerbungsprozess? 2. Wie beeinflusste die Bewerbung Verwaltung und -Politik nachhaltig?</p>	Stadt/GE
4. Worauf lässt sich das Auftreten der Effekte zurückführen?	<p>Großereignisse sind Instrumente der Stadtentwicklung, um durch ihre spezifischen Projekteigenschaften auf komplexe ökonomische und soziale Veränderungsprozesse umsetzungsorientiert zu reagieren.</p> <p>Es wird davon ausgegangen, dass die Effekte gescheiterter Großereignisse im Zusammenhang zu den stadtspezifischen sowie den Merkmalen des Bewerbungsprozesses standen.</p>	<p>Stadttyp abhängig: 1. Welche Wirkungskategorien und deren Merkmale (Effekte) sind für bestimmte Stadttypen spezifisch? 2. Welche stadtypischen Merkmale begründen das Auftreten von Effekten?</p> <p>Stadttyp unabhängig: 1. Inwieweit hat der Großereignistyp &amp; die spezifischen Anforderungen an die Städte Einfluss auf die Art der Effekte? 2. Inwieweit beeinflussten gesellschaftliche / politische Entwicklungen die Effekte?</p>	Stadt/GE

**Methodisches Vorgehen (Kapitel 4):**

Qualitative Forschungsmethoden (Methodentriangulation und Qualitative Inhaltsanalyse)  
Vergleichende Betrachtung von Einzelfallbeschreibungen

**Ergebnisse (Kapitel 6):**

Wirkungskategorien mit Merkmalsausprägungen gescheiterter Bewerbungsprozesse verschiedener Stadttypen  
Stadttypen abhängige und unabhängige Einflussfaktoren zum Auftreten der Effekte

Um dieses Vorgehen der qualitativen vergleichenden Fallstudienanalyse zu organisieren, wurden zu den im Kapitel 3 aufgestellten Forschungsfragen forschungsleitende Thesen aus der Literatur entwickelt (vgl. Tab. 4). Diese Vorannahmen dienten dazu, die empirische Analyse zu strukturieren und das methodische Vorgehen vorzubereiten. Dabei hatten die Annahmen weniger den Anspruch empirisch belegt zu werden, sondern sie sollten vielmehr dazu beitragen, die empirisch gewonnenen Erkenntnisse vor den Hintergrund des existierenden Standes der Forschung und des konzeptionellen Wissens zu reflektieren. Den Forschungsfragen wurden forschungsleitenden Thesen gegenübergestellt, so dass bereits eine Vorstellung der möglichen empirischen Ergebnisse vermittelt werden kann. Anhand der zugehörigen Untersuchungsfragen wurden die Forschungsfragen operationalisiert. Sie stellen den Ausgangspunkt für die Datenerhebung der vergleichenden Fallanalyse dar. Während die Forschungsfragen 1 bis 3 direkt auf der Beschreibung des empirischen Rohmaterials basierten, stellen die Ergebnisse der Forschungsfrage 4 die Erkenntnisse des Vergleichs der Einzelfallstudien dar. Die ersten drei Forschungsfragen können somit einzeln für sich stehen, wohingegen die vierte Forschungsfrage auf den Erkenntnissen von 1 bis 3 aufbaut. Die Untersuchungsfragen stellen keinen geschlossenen Fragenkatalog dar, sondern konnten im Laufe der Datenerhebung und Datenanalyse erweitert bzw. verändert werden. Dabei zielen sie sowohl auf die gesamtstädtische Analyseebene als auch auf die einzelnen gescheiterten Bewerbungsprozesse ab. Den Untersuchungsgegenstand stellen somit Städte mit mehrfach gescheiterten Bewerbungsprozessen zur Ausrichtung von Großereignissen dar.

Die empirische Analyse war retrospektiv und prozessorientiert. Dabei wurden sowohl die gescheiterten Bewerbungsprozesse in der Vergangenheit als auch die dadurch hervorgerufenen Veränderungsprozesse bis zum heutigen Zeitpunkt beobachtet. Der Betrachtungszeitraum variierte je untersuchter Stadt, da es auf der einen Seite Städte gab, deren Bewerbungsprozesse sich auf einen bestimmten Zeitpunkt konzentrierten und überschnitten. Auf der anderen Seite gab es Städte, die sich schrittweise bzw. versetzt für Großereignisse beworben hatten und damit einen längeren Betrachtungszeitraum eröffneten. Als Rahmen zur Abgrenzung der Untersuchung gilt der Zeitraum von 2000 und 2010, in dem die Städte mehrfach mit ihren Vorhaben scheiterten, ein Großereignis auszurichten. Allerdings konnten die Antworten auf die Forschungsfragen auch den Zeitraum vor 2000 zurückgeführt werden, oder aber auch nach 2010 liegen. Der Untersuchungsrahmen war in diesem Bezug flexibel und stellte sich auf die individuelle Situation der Stadt und der Datenverfügbarkeit vor Ort ein. Kritisch bei retrospektiven Analysen stellte sich die „Überlagerung des Vergangenen durch das Aktuelle“ dar, was vor allem in Bezug auf die Durchführung von Experteninterviews und deren Einschätzungen der früheren Situation eine Gefahr bedeutete (Flick 2010, 181). Dieser Problematik wurde durch die Kombination verschiedener qualitativer Datenerhebungsverfahren entsprochen (vgl. nachfolgendes Kapitel 5.2.2). So bieten sich Methoden, wie z. B. Experteninterviews und Text- und Inhaltsanalysen, bei der Untersuchung von Prozessen besonders an, da somit

„Ursachen für beobachtete Einflüsse [identifiziert werden], die nicht durch harte Zahlen erfasst werden können“ (Einig et al. 2009, 6).

## 5.2 Forschungsmethoden

Aufbauend auf der Beobachtung, dass eine ganz unterschiedliche Gruppe an Städten mehrfach mit ihren Vorhaben scheiterte, unterschiedliche Großereignisse auszurichten, konnte davon ausgegangen werden, dass auch die Bewerbungsprozesse auf ganz unterschiedliche Weise organisiert und verschiedene Veränderungsprozesse ausgelöst wurden. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass sich Großereignisse nach ihrem thematischen Charakter unterscheiden und damit unterschiedliche Personengruppen ansprechen, die in den Bewerbungsprozess eingebunden werden sollen. So liegt die Vorbereitung einer Bundesgartenschau eher in der Verantwortung des städtischen Umweltamtes während die Kulturhauptstadtbewerbung Akteure kultureller städtischer Einrichtungen und dem Kulturamt involvieren wird. Somit wurde davon ausgegangen, dass in Abhängigkeit vom Großereignistyp in jeder Stadt eine unterschiedliche Akteursgruppe mit dem Bewerbungsprozess beschäftigt gewesen ist. Eine Datenbank oder eine zentrale Anlaufstelle zur Identifizierung der Akteure konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Hinzu kam, dass sich neben dem thematischen Charakter, Großereignisse auch nach ihrer zeitlichen Dauer und den zu investierenden Ressourcen unterscheiden. So müssen für eine dreiwöchige Veranstaltung wie den Olympischen Spiele andere Voraussetzungen geschaffen werden, als im Vergleich zu einer ganzjährigen Veranstaltung, z. B. der Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt. Auch für diese Merkmale, in welchem Umfang und in welcher Intensität Städte Ressourcen investierten, gab es bisher keine zentral aufbereiteten Erkenntnisse. Doch nicht nur die Großereignisse unterscheiden sich wesentlich voneinander, sondern auch die Bewerberstädte in ihrer Größe, Bedeutung für das Umland, dem Entwicklungszustand und den Erfahrungen, die sie bereits mit anderen Großereignissen hatten. Bedingt durch diese Diversität gab es bisher kaum empirische Studien, welche die gescheiterten Bewerbungsverfahren und deren Veränderungswirkung bisher vergleichend analysierten (vgl. Kapitel 3.3). Die bisherigen empirischen Studien konzentrierten sich vor allem auf die Betrachtung eines Einzelfalles.

Aus diesen Gründen schien ein einheitliches standardisiertes methodisches Vorgehen für dieses Forschungsvorhaben wenig zielführend. Inspiriert durch die Literaturanalyse zu gescheiterten Bewerbungsverfahren und deren Effekten, wurde sich für ein qualitativ orientiertes Vorgehen entschieden. Dabei entwickelten die bisherigen Forschungen ihre Ergebnisse hauptsächlich auf der Basis von Dokumentenrecherchen und Experteninterviews (z. B. Law 1994, Lawson 1996, Benneworth 2010). Vor diesem Hintergrund und den Gütekriterien von John Scott (1990) wurde festgelegt, welche Dokumententypen letztlich als Datenquelle ausgewählt werden sollten. Dieser empfahl die zur Verfügung stehenden Dokumente auf ihre Authentizität, Glaubwürdigkeit, Repräsentativität, und deren inhaltliche Aussagefähigkeit zu bewerten (Scott 1990, 19-28). Auch wenn Scott

(1990, 35) selbst darauf verweist, dass damit keine Checkliste zum Abarbeiten gemeint ist, unterstützen diese Punkte den Sensibilisierungsprozess bei der Auswahl der zu analysierenden Dokumente für das eigene Forschungsvorhaben. Somit konnte deren Nutzung und die Art und Weise, wie sie zur Verfügung gestellt werden, bereits im Vorfeld abgeschätzt werden. Die Auswahl der Experten folgte dem Verständnis von Alexander Bogner und Wolfgang Menz (2002, 37), die unter einem Typ von Experten, diejenigen zusammenfassen, die über ein bestimmtes, dem Forscher nicht zugängliches Wissen verfügen. Da der Forscher bei der Durchführung des Bewerbungsprozesses um die Ausrichtung der gescheiterten Großereignisse nicht dabei gewesen war und auch nur eingeschränkten Einblick in die nachfolgenden Prozesse vor Ort hatte, war die Gewinnung von Handlungs- und Erfahrungswissen durch die Befragung beteiligter Akteure das Ziel der Experteninterviews. Die hier befragten Experten waren zum einen Repräsentanten der gescheiterten Bewerbungsprozesse und zum anderen Vertreter, die Wissen über Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen haben. In der Vorstudie wurden die zur Verfügung stehenden Datenquellen nach den Gütekriterien von Scott (1990) bewertet und darauf aufbauend eine Auswahl für den weiteren Forschungsprozess getroffen.

### **5.2.1 Vorstudie: Zugang zum Forschungsfeld**

Um das empirische Material zu erheben, wurde anhand einer Vorstudie erprobt, welche Datenquellen zur Verfügung stehen, um die Untersuchungsfragen beantworten zu können. Im Vordergrund stand, anhand eines Einzelfalles, Personen bzw. Personengruppen sowie Dokumente und Verfahren zu identifizieren, die Informationen zum gescheiterten Bewerbungsprozess und den Effekten geben können. Die Vorstudie konzentrierte sich auf Halle (Saale) und deren gescheiterte Bewerbung zur Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010. Von Seiten der Stadtverwaltung wurde frühzeitig Bereitschaft zur Unterstützung des Forschungsprojektes und Interesse daran signalisiert. Es wurden Verfahren zur Datenerhebung (Dokumentenrecherche, Beobachtung und Experteninterviews) und zur Dokumentenauswertung (Qualitative Inhaltsanalyse) getestet und deren Aussagefähigkeit und Qualität bewertet. Als Datenquellen standen das Bewerbungsbuch, die noch vor Ort anzutreffenden Akteure des Bewerbungsprozesses, interne Dokumente der Stadtverwaltung, Stadtentwicklungsdokumente und eigene Beobachtungen im öffentlichen Stadtraum zur Verfügung.

#### **Bewerbungsbuch**

Ausgangspunkt zur Rekonstruktion und zum Verstehen des Bewerbungsprozesses war die Analyse der Bewerbungsunterlage. Die Bewerbungsunterlage wurde von der Stadtmarketinggesellschaft Halle (Saale), einer Tochtergesellschaft der Stadt Halle (Saale), in Form einer Broschüre zu Forschungszwecken zur Verfügung gestellt. Es handelte sich um die Version, die am 31.03.2004 dem Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt übergeben wurde. Diese Broschüre im A4-Format umfasst 118 Seiten auf Hochglanzpa-



pier und fünf Kapitel, welche im Auftrag der Stadt Halle (Saale) von einer Agentur gestaltet wurde. Nach einer kurzen Einleitung mit Darstellung zu Gründen der Bewerbung, folgt ein Kapitel, welches die Stadt Halle (Saale) und die Veränderungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte sowie wichtige historische Wegmarken der 1.200-jährigen Stadt beschreibt. Bereits in diesem Kapitel werden immer wieder Querverweise zu Visionen für das Kulturhauptstadtjahr 2010 gemacht. Das nachfolgende Kapitel informiert den Leser über die moderne Seite der Stadt und zeigt – ähnlich wie im vorangegangenen Kapitel – mit der Handschrift berühmter Personen der Stadt, Visionen für 2010 auf. Diese werden im vierten Kapitel konkreter benannt und räumlich in der Stadt verortet. Dazu gehört z. B. die Entwicklung des Museumsufers mit dem Projekt „Stadt am Fluss“ (Stadt Halle (Saale) 2004a, 75) oder die Entwicklung der Salinehalbinsel als Verbindungsstück zwischen den zwei Stadtteilen (Stadt Halle (Saale) 2004a, 83). Das letzte Kapitel schließlich beschreibt die Einbettung des Projektes Kulturhauptstadt Europas 2010 in die aktuellen Prozesse in der Stadt und benennt Zahlen und Fakten zur Infrastruktur und dem geplanten organisatorischen Vorgehen, um die Kulturhauptstadt Europas 2010 in Halle (Saale) ausrichten zu können. Die Beschreibung der Bewerbungsunterlagen reflektiert wesentlich die Bedeutung für den Forschungsprozess. Zahlreiche Informationen zum Hintergrund der Bewerbung, zu geplanten Projekten und Visionen sind darin zu finden. Schwerpunkt der Bewerbungsunterlagen liegt deutlich auf der Darstellung der Veränderungsprozesse innerhalb der Stadt und der Tatsache wie sich die Stadt bis 2010 weiterentwickeln soll. Um Schwerpunkte der Bewerbungsziele ermitteln zu können, wurden aus dem Bewerbungsdokument Textbestandteile extrahiert, zusammengefasst und thematischen Kategorien zugeordnet. Durch diese Aufstellung wird deutlich, dass die Stadt Halle (Saale) die Bewerbung thematisch sehr breit aufgestellt hatte. Ausgangspunkt sind die Schrumpfungsprozesse der Stadt, die zum Motto der Bewerbung gemacht wurden. Bezüge dazu finden sich in fast jeder thematischen Kategorie. So wurden z. B. im Bereich Kultur künstlerische Projekte im öffentlichen Raum mit den schrumpfenden Veränderungsprozessen der Stadt in Verbindung gebracht.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Bewerbungsunterlagen eine wesentliche Datenquelle für die Beantwortung der Forschungsfragen darstellt. Umfangreiche inhaltliche und konzeptionelle Informationen zum Ziel und dem Hintergrund der Bewerbung sowie Hinweise auf Akteure des Bewerbungsprozesses bieten eine Grundlage für die weitere Datenerhebung. In Bezug auf die Gütekriterien von Scott [Glaubwürdigkeit, Authentizität, Repräsentativität, Informationsgehalt] (1990, 19-35) spricht nichts dagegen, diese Art von Dokument in den weiteren Forschungsprozess einzubeziehen. Zum einen sind die Inhalte klar und verständlich, da sie für ein breites Publikum (sowohl für die Bürger der Stadt als auch für Interessente und die Auswahljury) erstellt wurden. Zum anderen verweist das Impressum auf Beteiligte des Bewerbungsprozesses aus den Führungsebenen der Stadt, die dem Dokument Glaubwürdigkeit verleihen. In Bezug auf die Forschungsfrage zu Effekten von gescheiterten Großereignisbewerbungen gilt das Be-

werbungsdokument als Grundlage und gibt wichtige Anhaltspunkte für die weitere Analyse. So bieten die im Bewerbungsbuch vorgeschlagenen und erklärten Ziele und Projekte, den inhaltlichen Ausgangspunkt zur Weiterverfolgung.

### **Akteure des Bewerbungsprozesses**

Ausgehend von den Informationen in der Bewerbungsunterlage wurden Personen kontaktiert, die zum damaligen Zeitpunkt in den Bewerbungsprozess involviert gewesen waren. Die Mehrheit der insgesamt 34 aufgelisteten Personen konnte der Stadtverwaltung Halle (Saale) zugeordnet werden, weitere gehörten dem Land Sachsen-Anhalt, der Privatwirtschaft oder sonstigen Einrichtungen an. Die interviewten Personen waren: der Leiter des Ressorts Stadtentwicklung (1,5h), die Kulturreferentin der Stadt (0,75h) und der Leiter des Kulturbüros (1h). Per E-Mail wurden sie über das Forschungsvorhaben informiert und nach einem Interviewtermin gefragt. Nach telefonischer Vereinbarung konnten alle drei Interviews zeitlich zusammengelegt und vor Ort durchgeführt werden. Die Interviews fanden in den Büroräumen der Experten statt. Nach einer kurzen Vorstellung meiner Person und des Forschungsvorhabens wurden die ausgewählten Experten anhand eines Interviewleitfadens mit offenen Fragen (Anhang A) zum Ablauf, zu den Akteuren und zu den Zielen und Erwartungen des Bewerbungsprozesses befragt. Ebenso wurde um eine Einschätzung gebeten, welche Effekte die Bewerbung aus Sicht der Experten auf die Stadt hatte. In diesen Gesprächen wurde eine Vielzahl von Informationen durch handschriftliche Protokollierung erhoben. Auf eine Tonbandaufnahme der Gespräche wurde bewusst verzichtet. Die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zu den Experten hatte in dieser Phase des Forschungsprozesses Vorrang vor der eigentlichen Wissensgenerierung. Eine Tonbandaufnahme sollte dies nicht gefährden. Durch die drei durchgeführten Interviews konnte erkannt werden, dass der persönliche Hintergrund einen Einflussfaktor auf die Quantität und Qualität der Informationen darstellte. Personen, die durch ihr langjähriges Beschäftigungsverhältnis und die Beheimatung in der Stadt eng mit der Entwicklung von Halle (Saale) verbunden waren, erwiesen sich als besonders „ergiebige“ Gesprächspartner in Bezug auf die erhobenen Daten<sup>20</sup>. Bevor die erhobenen Daten analysiert und interpretiert werden konnten, wurden die handschriftlichen Protokolle digitalisiert. Die Analyse der Experteninterviews basierte auf Datenextraktion und Datenreduktion auf Basis der Protokollnotizen. Aufgrund der verschiedenen Interviews, orientierte sich die Auswertung der Experteninterviews nach den thematischen Einheiten, die auf die Leitfragen des Interviews zurückgeführt wurden (Meuser und Nagel 2002, 81).

Aus den geführten Experteninterviews konnte geschlussfolgert werden, dass durchaus Informationen zu einem in der längeren Vergangenheit liegenden Prozess zusammenge-

---

<sup>20</sup> Pfadenhauer (2002, 121-122) erachtet die ethnografische Einbettung von Experteninterviews als unerlässlich, vor allem in Bezug auf die kontextbezogene Auswertung der erhobenen Daten.

tragen werden können. Der Typologie von Bogner und Menz (2002, 36-38) folgend, entsprachen diese Gespräche den systematisierenden Experteninterviews, wodurch für den Forscher nicht zugängliches Fachwissen generiert wurde. Für diese Interviews ist typisch, dass der Experte seine Sicht der Dinge auf die hinterfragte Situation erläutert. Dies muss als einschränkend bewertet werden, da jeder interviewte Experte nur einen Ausschnitt vom gesamten Bewerbungsprozess wiedergeben konnte, nämlich den, für den er selbst Repräsentant war. Trotz gleicher Fragestellungen, aber bedingt durch die verschiedenen Kontexte der befragten Personen und deren Position, hatte jeder Befragte einen spezifischen Blick auf den Bewerbungsprozess. Für ein ganzheitliches Bild müssten alle am Bewerbungsprozess beteiligten Personen interviewt werden, was jedoch aus forschungspraktischen Gesichtspunkten nicht möglich ist. Ebenso wurden im Gespräch Erinnerungslücken offensichtlich oder es trat der Fall auf, dass keine Aussage zu einer Frage gemacht werden konnte, weil dies nicht im Zuständigkeitsbereich der befragten Person gelegen hatte. Positiv ist anzuführen, dass durch die Experteninterviews weitere Datenquellen erschlossen werden konnten. Dazu zählten die Hinweise auf Stadtratsprotokolle, Protokolle interner Arbeitsgruppensitzungen, dem Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) und Pressemitteilungen der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH sowie der Stadtverwaltung Halle (Saale). Ebenso konnten wichtige Hinweise zum derzeitigen Stand der geplanten Bewerbungsprojekte und aus dem Bewerbungsprozess resultierenden Veränderungen aufgenommen werden. So basierte z. B. die zweite Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2012 aus den Prozessen und Kooperationen der Kulturhauptstadtbewerbung 2010 (I\_4, 16.02.2012). Vor diesem Hintergrund kann geschlussfolgert werden, dass die Experteninterviews allein nicht ausreichen, um den Bewerbungsprozess zu rekonstruieren und die Effekte zu charakterisieren. Allerdings sind sie unerlässlich für das Erschließen weiterer Informationen und für das Herstellen von Zusammenhängen.

### **Arbeitsprotokolle, Ratsdokumente und Pressemitteilungen**

Ausgehend von den Hinweisen aus den Experteninterviews stellte eine weitere Datenquelle eine Vielzahl unterschiedlicher Dokumente dar, die Informationen zum Bewerbungsprozess und den daraus resultierenden Effekten enthielten. Zwar unterschieden sich diese Dokumente wesentlich durch ihre Form, ihren Umfang und deren Zielsetzung, doch einte sie der Fakt, dass sie digital zur Verfügung standen. Dazu zählten zum einen die Arbeitsprotokolle der monatlichen Treffen der Lenkungsgruppe des Bewerbungsprozesses und der Arbeitsgemeinschaft Kultur und Stadtentwicklung von November 2004 bis März 2005. Diese wurden durch die Stadtverwaltung Halle (Saale) für den Forschungsprozess zur Verfügung gestellt. Darin wurden Angaben zu den anwesenden und entschuldigenden Personen, zur Vorbereitung der Kulturhauptstadtbewerbung, zu diskutierten Themen und Beschlüssen des Treffens sowie zur Autorenschaft des Dokuments gegeben. Weiterhin gab es Dokumente, welche die inhaltliche Entwicklung des Bewerbungstextes darstellten, die Zeitschiene des Bewerbungsprozesses von November 2001 bis

März 2004 und das Programm zum Kulturstadtkolloquium. Im Vergleich zu den Ergebnisprotokollen hatten diese Texte keine Datierung und keine Angaben über die Autorenschaft. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Dokumente die Arbeitsgruppentreffen unterstützten und Informationen zur Vorbereitung der Treffen enthielten. Bei der Auswertung der Arbeitsprotokolle wurde deutlich, dass die Inhalte zum Teil nicht selbsterklärend sind und zusätzlichen Erklärungsbedarf erforderten. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass die Protokolle vorrangig zu internen Kommunikationszwecken erstellt wurden. Für die Teilnehmer der Arbeitsgruppen reichten die Informationen der Protokolle aus, für einen externen Leser erscheint manches fraglich. Auch werden Hinweise auf weitere Protokolle und Dokumente gegeben, die jedoch zum Zeitpunkt der Analyse nicht zur Verfügung standen. In Bezug auf Arbeitsprotokolle oder andere interne Dokumente der Stadtverwaltung, die sich auf den Zeitraum nach dem Scheitern der Bewerbung konzentrierte, konnte kein Hinweis gefunden werden. Durch die Experteninterviews war bekannt, dass keine Evaluierung oder Nachbesprechung der gescheiterten Großereignisbewerbung innerhalb der Stadtverwaltung stattgefunden hatte (I\_4, 16.02.2012).

Als weitere Datenquelle standen Ratsdokumente der Stadt Halle (Saale) zur Verfügung, wozu Tagesordnungen, Vorlagen, Niederschriften und Beschlüsse zu Sitzungen zählten. Diese Dokumente gaben das Geschehen im Stadtrat zum Thema Kulturhauptstadtbewerbung wieder und zielten vor allem darauf ab, den Stadtrat zu beraten oder den Sachstand zur Thematik zu reflektieren<sup>21</sup>. Zugang zu diesen Dokumenten ermöglichte das webbasierte Ratsinformationssystem der Stadt Halle (Saale) (Sessionet), welches seit Oktober 2003 existiert und Dokumente mit der Datierung von 1999 bis in die gegenwärtige Wahlperiode (2014-2019) archiviert (I\_13, 19.07.2012). Dieses computergestützte Informations- und Dokumentenmanagementsystem steht auf der städtischen Webseite allen Online-Nutzern zur Verfügung. Zum einen ist es ein Angebot der Stadt Halle (Saale) an seine Bürger, sich über das Geschehen im Stadtrat zu informieren<sup>22</sup>. Zum anderen soll es auch die Arbeit der Stadtratsmitglieder vereinfachen, z. B. durch das Versenden von Online-Einladungen zu Sitzungen und dem schnellen Zugang zu Protokollen und Tagesordnungen (Bröcker 2004, 66). Durch die Option einer Schlagwortrecherche konnte nach relevanten Dokumenten im Zusammenhang mit der Kulturhauptstadtbewerbung

---

<sup>21</sup> In den meisten Bundesländern ist der Zugang zu dieser Art amtlicher Informationen per Gesetz geregelt. Es gilt wie auf Bundesebene, dass ein voraussetzungsloser Rechtsanspruch für den Zugang zu amtlichen Informationen gegeben wird (Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes, 01.01.2006).

<sup>22</sup> Für Sachsen-Anhalt gilt das Informationszugangsgesetz (IZG LSA). Nach §1: Jeder hat nach Maßgabe dieses Gesetzes einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen gegenüber den Behörden a) des Landes, b) der Kommunen und Gemeindeverbände sowie c) der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und den sonstigen Organen und Einrichtungen des Landes, soweit sie öffentlich-rechtliche Verwaltungsaufgaben wahrnehmen.

gesucht werden, die dann als PDF zum Download zur Verfügung standen. Diese wurden ebenso per Schlagwortrecherche analysiert, die sich an den Fragen der Experteninterviews orientierte. Somit konnten Aussagen zu Akteuren, Organisation und Zielsetzungen der Kulturhauptstadtbewerbung gesammelt und aufbereitet werden. Auch für den Zeitraum nach dem Scheitern, gab es in den Ratsdokumenten vereinzelte Hinweise zur ehemaligen Bewerbung. Dabei wurde z. B. thematisiert, inwieweit sich der Bekanntheitsgrad der Stadt Halle (Saale) durch die Vielzahl der veröffentlichten Artikel in überregionalen Zeitungen erhöht hatte (Stadtrat Halle (Saale) 2005, 11-12). Zur Bewertung der Ratsdokumente nach den Kriterien von Scott (1990, 19-28) Authentizität, Glaubwürdigkeit, Inhalt und Repräsentativität konnte festgestellt werden, dass Ratsdokumente unverfälschte Dokumente sind, deren Aussagekraft bedeutsam ist. Durch Angaben zur federführenden Dienststelle, dem Erstellungsdatum, des Bearbeitungsstatus und den Beratungsfolgen konnten die Dokumente eindeutig zugeordnet und mit anderen Dokumenten in Verbindungen gebracht werden. Ebenso bestanden keine Zweifel zur Glaubwürdigkeit der Dokumente, da die Erstellung und Archivierung unmittelbar der Vorbereitung und Unterstützung der Ratsarbeit diente und damit Ausführlichkeit und Deutlichkeit erforderte.

Neben den Ratsdokumenten stellt das Amtsblatt ein weiteres Medium dar, um amtliche Mitteilungen bekannt zu machen und die Bürger der Kommune und Interessierte zu informieren. Durch die offizielle Webseite der Stadt Halle (Saale) wird Zugriff auf die Amtsblätter ab September 2000 gegeben. Diese können dann als PDF-Dokumente heruntergeladen werden. Um Informationen über den Bewerbungsprozess zu erhalten, wurden die digitalen Ausgaben zwischen Januar 2003 und Dezember 2005 mit einer Schlagwortsuche analysiert. In 16 von insgesamt 77 Ausgaben gab es Hinweise zur Bewerbung der Stadt Halle (Saale) zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010. Auch für den Zeitraum nach dem Bewerbungsprozess enthielten die Amtsblätter über die Jahre verteilt einzelne Hinweise zur ehemaligen Kulturhauptstadtbewerbung. Im April 2006 wurde z. B. die Hallenser Delegation vorgestellt, die nach Görlitz fuhr, um deren Kulturhauptstadtbewerbung in der bundesdeutschen Endrunde zu unterstützen (Stadt Halle (Saale) 2006a, 5). Im November 2007 wurde öffentlich, dass die Beigeordneten-Konferenz den Beschluss gefasst hatte, den aktuellen Stand des ehemaligen Bewerbungsprojektes „Museumsufer“ bei der Präsentation der Kulturhauptstadt-Bewerberstädte in Essen 2010 vorzustellen (Stadt Halle (Saale) 2007b, 1). Letztendlich wurde in der Oktober-Ausgabe 2009 auf das Themengjahr 2010 „Halle verändert“ hingewiesen, wo die Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2010 plante, sich mit zentralen Fragen zur Zukunft und den Veränderungsprozessen auseinanderzusetzen (Stadt Halle (Saale) 2009b, 2). Auch nach fünf Jahren prägte der ehemalige Slogan der Kulturhauptstadtbewerbung „Halle verändert“ immer noch die Kommunikationsstrategie der Stadt. Im Vergleich zu den vorab diskutierten Arbeitsprotokollen und Ratsdokumenten sind die Veröffentlichungen in den Amtsblättern stark komprimiert und enthalten vor allem erklärende Informationen. Die Sprache ist allgemein verständlich, was auf den Zweck eines Amtsblattes (die Bürger zu informieren) zurückgeführt werden

kann. Das Bewertungskriterium „Glaubwürdigkeit“ sollte vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass ein Amtsblatt Inhalte im Sinn der Stadtverwaltung veröffentlicht. Im Fall von Halle (Saale) kann angenommen werden, dass die zahlreichen informativen und durchweg positiven Berichte zur Kulturhauptstadtbewerbung daherkommen, dass die Verwaltungsspitze dieses Projekt unterstützte und das Amtsblatt nutzte, weitere Unterstützung in der Bevölkerung zu erlangen.

### **Stadtentwicklungsdokumente, Fachkonzepte, Folgebewerbungen**

Neben Dokumenten, deren Existenz direkt dem Bewerbungsprozess zugeschrieben werden können (Bewerbungsdokumente, Arbeitsprotokolle, Ratsdokumente, Artikel in den Amtsblättern), gibt es eine Gruppe von Dokumenten bzw. Texten, die indirekt Aussagen zur Kulturhauptstadtbewerbung und den daraus resultierenden Prozessen gaben. Dazu zählen z. B. Stadtentwicklungsdokumente wie der „Strategiedialog zur Stadtentwicklung Halle (Saale) mit dem Räumlichen Leitbild Halle 2025+“ (Stadt Halle (Saale) 2012a) oder Fachkonzepte wie die „Kulturpolitischen Leitlinien“ (Stadtrat Halle (Saale) 2013), aber auch Bewerbungsdokumente weiterer Großereignisse. Es wird davon ausgegangen, dass durch diese Dokumente Zusammenhänge zwischen Prozessen der Stadtentwicklung bzw. den fachspezifischen Zielsetzungen und den Großereignisbewerbungen bzw. zwischen verschiedenen Großereignissen hergestellt werden können. In den meisten Fällen erfolgte in diesen Konzepten eine Darstellung der Ausgangssituation mit den räumlichen und thematischen Problemlagen sowie den gesetzten Zielsetzungen als Lösungsansätze. Durch den inhaltlichen Vergleich dieser Dokumentengruppe mit den Merkmalen aus dem Bewerbungsprozess zur Kulturhauptstadt sollen Zusammenhänge aufgedeckt werden. Im Vergleich zu den bisher diskutierten Dokumentenarten liegen diese Konzepte oder Texte nicht immer in einheitlicher Form vor, sondern variieren zwischen HTML-Dokumenten, PDF-Dokumenten oder Texten in gedruckter Form.

Um die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 in den städtischen Entwicklungsprozess einzuordnen, kann auf die im Dezember 2000 veröffentlichten „Leitlinien für die Zukunft des städtischen Wohnens in Halle“ verwiesen werden. In diesem Dokument wurden unter Federführung der Oberbürgermeisterin in der Lenkungsgruppe ‚Wohnen‘ die „dringenden Probleme des Stadtumbaus durch den Bevölkerungsrückgang und den Wohnungsleerstand“ diskutiert (Stadt Halle (Saale) 2000, 2). Diese Leitlinien stellten den Ausgangspunkt zur Erarbeitung der Stadtentwicklungskonzeption ‚Wohnen‘ dar, auf deren Basis später das ISEK 2007 entwickelt wurde (Stadt Halle (Saale) 2001; Stadt Halle (Saale) 2007a). Das gesamtstädtische Problem des Stadtumbaus durch den dramatischen Bevölkerungsrückgang der vergangenen Jahre spiegelt sich in der Bewerbung der Stadt Halle (Saale) zur Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt wider (Stadt Halle (Saale) 2004a, 69). Die Stadt Halle (Saale) war sich seinen Problemlagen bewusst und erhoffte sich durch das Großereignis Impulse zu deren Bewältigung. Neben den gesamtstädtischen Konzepten war zum Zeitpunkt der Kulturhauptstadtbewerbung, die Vorberei-

tung auf die IBA Stadtumbau 2010 Sachsen-Anhalt ein Projekt der Stadtentwicklung. Das gleiche Ausrichterjahr und ähnliche Teilprojekte ließen vermuten, dass die Stadt Halle (Saale) Kulturhauptstadtprojekte im Rahmen der IBA weiterverfolgen würden. Belege für diese Annahme fanden sich in der Zwischenbilanz zur IBA Stadtumbau 2010 (Stadt Halle (Saale) 2009a, 1). Dort wurde das Thema „Hochstraße“ als ehemaliges Projekt der Kulturhauptstadtbewerbung weitergeführt und in eine öffentliche Diskussion gestellt (Stadt Halle (Saale) 2009a, 1). Aber auch in den aktuellen gesamtstädtischen Konzepten finden sich Themen der Kulturhauptstadtbewerbung wieder. Offensichtlich wird dies z. B. im räumlichen Leitbild Halle 2025plus: „Prägend für Halle ist die Saaleaue. Entsprechend wird das Leitmotiv „Stadt am Fluss“ prioritärer Schwerpunkt der Freiraumentwicklung im Sinne einer Steigerung der Aufenthaltsqualität sein, die bestehenden Potenziale werden besser genutzt, u. a. beim Wegenetz ausbau und beim Wassertourismus.“ (Stadt Halle (Saale) 2012b, 15). Im Bewerbungsbuch heißt es zwar „Stadt im Fluss“, allerdings wird nahezu das Gleiche thematisiert: „Die gebaute Stadt stärker an die Saale heranzuführen, hat sich die Stadtplanung zur Aufgabe gemacht.“ (Stadt Halle (Saale) 2004a, 81). Dieses Ziel wird auch nach 10 Jahren noch immer weiterverfolgt.

Neben dem Zusammenhang der Kulturhauptstadtbewerbung und den gesamtstädtischen Entwicklungsprozessen, konnte auch von einem Zusammenhang zwischen kulturellen Entwicklungen und der Kulturhauptstadtbewerbung ausgegangen werden. Hinweise dazu gaben die beteiligten Akteure am Bewerbungsprozess, die im Rahmen der Analyse des Bewerbungsdokumentes und der Arbeitsprotokolle identifiziert werden konnten. Allerdings gab es zum Zeitpunkt der Kulturhauptstadtbewerbung kein aktuelles Leitbild zum kulturpolitischen Diskurs in Halle (Saale). Aus den Experteninterviews ist bekannt, dass es für den kulturellen Bereich erst durch den Bewerbungsprozess zur systematischen Auseinandersetzung mit dem Thema Kultur vor dem Hintergrund einer schrumpfenden Bevölkerung gekommen war (I\_2, 21.02.2012). Bis zu diesem Zeitpunkt war die 1991 aufgestellte Konzeption zu den kulturpolitischen Zielen der Stadt maßgeblich (Stadtrat Halle (Saale) 2013, 2). Die Stadtverwaltung wurde durch die Diskussionen um die Bewerbung auf das Thema Kultur sensibilisiert und angeregt, über eine Zukunftskonzeption zu debattieren. Ergebnis war, dass zwar strukturelle Änderungen getätigt wurden, wie z. B. die Strukturierung der haleschen Orchestersituation, aber immer noch kein neues Leitbild für die Kulturpolitik entstand (I\_2, 21.02.2012). Letztendlich wurde im Oktober 2013 die neuen kulturpolitischen Leitlinien der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtrat beschlossen (Stadtrat Halle (Saale) 2013). Dabei wurde deutlich, dass „die Debatten über die strategischen Leitziele der Stadt, die inhaltliche Schwerpunktsetzung im Rahmen der Bewerbung ‚Stadt der Wissenschaft‘ und die intensive Arbeit am Integrierten Stadtentwicklungskonzept stets gemeinsames Nachdenken über kulturpolitische Entwicklungslinien“ ausgelöst haben (Stadtrat Halle (Saale) 2013, 2). Die gescheiterte Kulturhauptstadtbewerbung kann als Teil dieser Debatte betrachtet werden. So konnte festgestellt werden, dass sich der Bewerbungsslogan zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 „Halle

verändert“ erhalten hat und sich z. B. in der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2012 wiederfindet

Bezogen auf diese beispielhaften Ergebnisse kann geschlussfolgert werden, dass Stadtentwicklungsdokumente, Fachkonzepte und Folgebewerbungen notwendig sind, um Belege für den Kontext der Bewerbung und den aus der Bewerbung resultierenden Wirkungen zu erbringen. Der Zugang zu diesen Dokumenten erfolgte über die Online-Ratsinformationssysteme, die Webseite der Stadt Halle (Saale) oder auf Anfrage. Werden die hier aufgeführten Dokumente der Stadtentwicklungsplanung und der Fachplanungen der Stadt Halle (Saale) durch die Güterkriterien von Scott betrachtet, kann geschlussfolgert werden, dass die Qualität zur Verwendung für die eigene Forschung erfüllt wird. Es handelt sich in den meisten Fällen um Primärdokumente, bei denen keine Inkonsistenzen oder Fehler auftreten. Die Repräsentativität wird durch Stadtratsbeschlüsse legitimiert, die für die Mehrzahl der verwaltungsintern erstellten Konzepte abgegeben werden müssen.

### **Beobachtung**

Ausgehend von empirischen Studien zu gescheiterten Großereignisbewerbungen zählt auch die „Beobachtung“ zu üblichen Verfahren um Daten zur Veränderungswirkung von gescheiterten Großereignissen zu erheben (vgl. z. B. Alberts 2009 in Kapitel 3.1.1). Somit wurde eine Begehung der Orte in Halle (Saale) durchgeführt, die im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung im Fokus standen. Ziel war es dabei herauszufinden, inwieweit es möglich ist, Zeichen der Kulturhauptstadtbewerbung aufzuspüren oder die beschriebenen Visionen in einem realisierten Zustand zu erkennen. Beabsichtigt war außerdem zu testen, wie zeitintensiv und sinnvoll ein solches Vorgehen ist. Dies war wichtig vor dem Hintergrund, da nicht nur eine Fallstudie, sondern zu Vergleichszwecken mehrere Städte analysiert werden sollten. Die in der Bewerbungsunterlage beschriebenen Visionen und Projekte für 2010 dienten dabei zur Strukturierung der Beobachtung. Durch dieses Verfahren konnte herausgefunden werden, dass der Slogan der Kulturhauptstadtbewerbung „Halle verändert“ auch weiterhin für Marketingzwecke genutzt wurde. Im Rahmen einer Plakatierung des Riebeckplatzes mit dem Hinweis auf eine Ausstellung in den Franckeschen Stiftungen wurde das Logo der Kulturhauptstadtbewerbung benutzt und war somit im Stadtbild gegenwärtig (21.02.2012). Im Zusammenhang dazu, wurde beobachtet, dass der Slogan auf der Internetpräsenz der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH weiterhin als Download bereitgestellt wird und „zur Nutzung von nichtkommerziellem Zwecke kostenfrei“ heruntergeladen werden kann (Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH 2015). Ein weiterer Hinweis zur Verstetigung von Bewerbungsthemen wurde anhand eines Aufstellers im Stadtzentrum zum „neuen Wohnstandort in Halle: Salineinsel“ gegeben. Dort wurde auf Investitionsmaßnahmen zur Errichtung von Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser auf der Salinehalbinsel hingewiesen. Im Bewerbungsdokument wurde die Salinehalbinsel als „Nahtstelle“ betitelt, welche ein „Bindeglied zwischen den



beiden Teilen der Doppelstadt über den Fluss hinweg“ darstellt und als lebendiges Stadtviertel zum Treffpunkt für Einwohner und Touristen entwickelt werden sollte (Stadt Halle (Saale) 2004a, 83). Diese Beobachtungsergebnisse geben zwar Hinweise auf Effekte der Kulturhauptstadtbewerbung, können jedoch noch nicht abschließend interpretiert werden. Es bleibt weiterhin offen, warum die heutige Situation ist, wie sie ist. Die Beobachtungen können nur Ausgangspunkt für weitere Gespräche mit Personen vor Ort sein, um Erklärungen für den Zusammenhang geben zu können. Abschließend muss für das weitere methodische Vorgehen festgehalten werden, dass Beobachtungen in Form von Vor-Ort-Begehungen eine sehr zeitintensive Datenerhebungsmethode sind. Nicht allein die Vor-Ort-Begehungen, sondern auch die Reisezeit zum Beobachtungsort stellen einen wesentlichen Aufwand dar, der vor dem Hintergrund des Nutzens für die Forschungsarbeit abgewogen werden muss. Vor allem im Kontext einer Vergleichsstudie mit mehreren Fällen ist der Aufwand sehr hoch.

### **5.2.2 Methodentriangulation: Datenerhebung durch Interviews und Dokumentenrecherche**

#### **Was wird erhoben?**

Aufbauend auf den Erfahrungen aus der Vorstudie wurde erkannt, dass die Konzentration auf eine spezifische Datenquelle nicht ausreicht, um zum einen Informationen zum Bewerbungsprozess und zum anderen zu den daraus resultierenden Effekten zu ermitteln. Vielmehr ergänzen sich die einzelnen Verfahren und sind vor allem durch die gemeinsame Betrachtung in der Lage, Antworten auf die Untersuchungsfragen zu geben. Allerdings wurde jedoch auch deutlich, dass der Bewerbungsprozess und die Bewerbungseffekte nur bis zu einem bestimmten Grad der Detailliertheit wiedergegeben werden können. Zum einen ist es als externer Beobachter kaum möglich, Zugang zu allen Informationen zu erhalten. Auch erschwert der Wechsel von ehemaligen Akteuren des Bewerbungsverfahrens in andere Funktionen und die komplexen Zusammenhänge zu anderen politischen und strategischen Entscheidungen die Nachvollziehbarkeit bestimmter Prozesse im Rahmen der gescheiterten Großereignisbewerbungen. Zum anderen lassen sich die Veränderungsprozesse, die durch die gescheiterten Großereignisbewerbungen aufgedeckt werden sollen, kaum von weiteren Prozessen in der Stadt isolieren. Diese methodischen Herausforderungen unterstützen den Ansatz einer Vergleichsstudie, wo eine Analyse von mehreren Fällen, Erkenntnisse zu verschiedenen Erfahrungsweisen zur Bedeutung von gescheiterten Großereignisbewerbungen für die Stadtentwicklung liefern soll, ohne dabei jeden Fall in seiner Komplexität und Gesamtheit zu betrachten. Vor diesem Hintergrund wurde entschieden, die empirische Analyse der Fallstudien auf der Kombination verschiedener qualitativer Datenerhebungsmethoden aufzubauen, die als Ergebnis Textmaterial lieferten (vgl. Abb. 7).

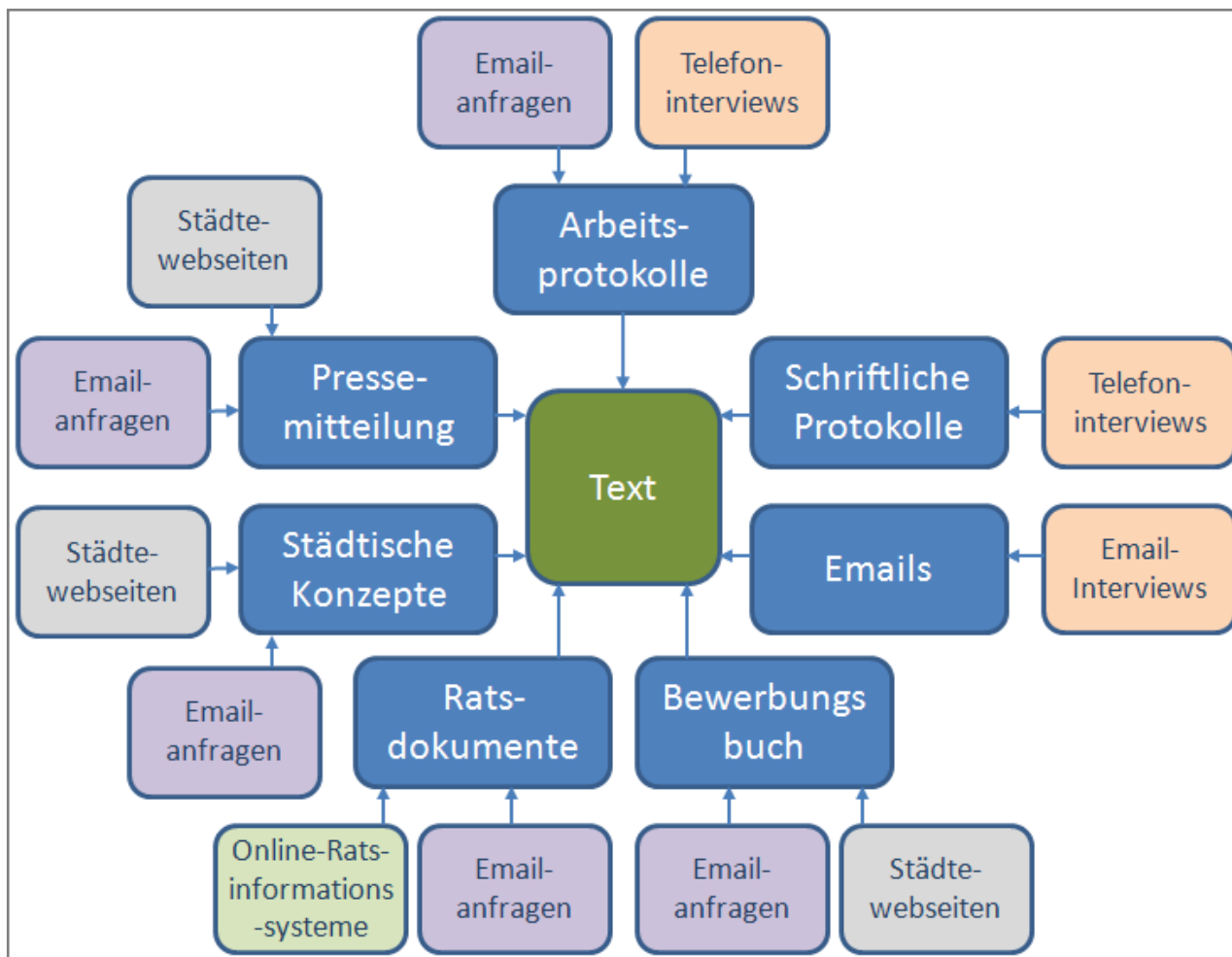


Abb. 7: Übersicht der Datenerhebungsmethoden und den Datenquellen (Quelle: Eigene Darstellung)

Dabei ist von Bedeutung, dass nicht für jede Stadt immer alle Verfahren angewandt wurden bzw. alle Dokumententypen zur Verfügung standen. In einigen Fällen waren keine Experteninterviews möglich, da die relevanten Personen nicht mehr an Ort und Stelle tätig waren bzw. aus ihrer neuen Position heraus keine Aussagen zur Vergangenheit machen wollten. Dies betraf ebenso die unterschiedlichen Dokumentenarten. Es wurde davon ausgegangen, dass jede Stadt, jede Bewerbungsaktivität und die damit zusammenhängenden Effekte für sich ganz besonders waren. So unterschied sich die Datenverfügbarkeit je Stadt und gescheiterter Bewerbung nach ihrer Qualität und Quantität. Während in einem Fall die ausführliche Prozessdokumentation der Großereignisbewerbung eine Vielzahl von Dokumenten als Datenquelle anbot (z. B. die Kulturhauptstadtbewerbung der Stadt Karlsruhe), konnte der andere Fall eintreten, dass kaum öffentliches Material vorhanden war und die Mehrheit der Daten auf Expertenwissen zurückgeführt wurde (z. B. die Bewerbung der Stadt Oldenburg für die Stadt der Wissenschaft 2005). Dabei stellten die in der Vorstudie erschlossenen verschiedenen Dokumentenarten ein Spektrum dar, welches einen Rahmen für die Analyse der Städte vorgab. Dem Prinzip der Offenheit folgend wurde vorab nicht festgelegt, welches Datenerhebungsverfahren für welche Untersuchungsfrage angewandt werden sollte. Die flexible Kombination aus den in

Abb. 7 dargestellten Methoden (Arbeitsprotokollen, schriftliche Protokollen, E-Mails, Bewerbungsbüchern, Ratsdokumenten, städtischen Konzepten und Pressemitteilungen) ermöglichte, dass sich der Datenerhebungsprozess auf die individuelle Situation jeder Stadt und jedes Bewerbungsprozesses anpasste. Ziel war es in jeder Hinsicht, ein ganzheitliches Bild zu den Städten mit mehrfach gescheiterten Bewerbungen zu entwerfen, was durch die Konzentration auf ein Datenerhebungsverfahren kaum möglich gewesen wäre (Leimbrock 1995, 60).

Während die schriftlichen Protokolle der Experten- und E-Mail-Interviews zum Zweck des Forschungsziels ursprünglich erhoben wurden, handelte es sich bei den weiteren Dokumentenarten um Texte, die zu einem anderen Zweck erstellt worden waren. Im Fall der Ratsdokumente sollten z. B. die Ratsmitglieder und die Bürger über bestimmte Prozesse informiert und vorbereitet werden. Stadtentwicklungskonzepte dienen der strategischen Entwicklung der Stadt und geben vor allem Leitvorstellungen und Schwerpunkte für die zukünftige Entwicklung vor. Trotz der unterschiedlichen Hintergründe stellten auch die nicht primär zum Forschungszweck erhobenen Dokumente eine wichtige Datenquelle dar.

Die unterschiedlichen Dokumentenarten und Expertengruppen galt es auf ihre Verfügbarkeit und Informationsrelevanz für die Fallstädte zu überprüfen (vgl. 5.3.1. zur Auswahl der Fallstudien). Die Kombination verschiedener Verfahren zur Datengenerierung beschreibt Leimbrock (1995, 60) als Methodentriangulation. Gerade durch die Individualität jeder Fallstadt ist eine offene und flexible Vorgehensweise bei der Datenerhebung von Vorteil. Das multimethodische Vorgehen überwindet die Begrenztheit eines einzelnen Verfahrens und ermöglicht somit Zugang zu umfangreichem Wissen (Leimbrock 1995, 64). Durch dieses Vorgehen können zwar gleiche Informationen mehrfach erhoben werden, jedoch wird dadurch auch ihre Aussagekraft verdeutlicht. Tritt ein und dieselbe Information in verschiedenen Quellen mehrfach auf, bestätigt dies ihren Aussagewert. Die flexible Herangehensweise ermöglicht auch, auf Datenquellen aufmerksam zu werden, die für den Forschungsprozess von Bedeutung sind, aber im Vorfeld nicht identifiziert wurden. Dadurch wird es möglich, z. B. Verständnisfragen zu klären oder Informationslücken zu füllen, die während des Forschungsprozesses auftreten können. Eine Schwierigkeit dieser Studie stellte z. B. die Retrospektive dar. Sie erforderte die Erhebung von Tatsachen aus der Vergangenheit, die jedoch mit Erinnerungslücken der Experten verbunden sein konnten. Durch das parallele Analysieren von z. B. Ratsdokumenten oder Presseveröffentlichungen konnte diese Problematik überwunden werden. Zum einen wurde das Erinnerungsvermögen der Experten durch das zusätzliche Wissen aus den Dokumenten aufgefrischt. Zum anderen trugen die Erkenntnisse aus den Dokumenten dazu bei, Anstoßeffekte bei den Experten auszulösen und damit zusätzliche Informationen zu generieren, die in diesem Ausmaß nirgendwo dokumentiert gewesen wären. Ebenso profitierte das Forschungsvorhaben von den Hinweisen der Experten auf weitere Personen

oder Dokumente. Auch die Verweise von einem Dokument zum anderen eröffneten den Zugang zu komplexem Wissen im Gesamten. Im Ergebnis standen zur Analyse der mehrfach gescheiterten Städte digitale Texte oder Texte in Papierform zur Verfügung (vgl. Abb. 7).

### **Wann und wie wurden die Daten erhoben?**

Im Zeitraum von Juni 2012 bis Dezember 2012 wurden Textdaten in unterschiedlichem Umfang für Städte mit mehrfach gescheiterten Großereignisbewerbungen erhoben. Dabei wurden die verschiedenen Datenerhebungsverfahren parallel angewandt. Dies bedeutete, dass zum einen Experteninterviews durchgeführt wurden, wodurch z. B. Hinweise gegeben oder der Zugang zu weiteren Dokumenten ermöglicht wurde. Auf der anderen Seite gaben die recherchierten Dokumente überhaupt erst Hinweise über die potentiellen Experten vor Ort. Somit wurde den Experteninterviews häufig auch die Dokumentenrecherche vorangestellt. Der Prozess der Datenerhebung kann damit als zirkulär beschrieben werden und orientierte sich maßgeblich an den verschiedenen Zugangsmöglichkeiten in jeder Stadt. Nachdem das Textmaterial einer ersten Analyse unterzogen worden war, erfolgte im Zeitraum von Juli 2013 bis August 2013 ein zweiter Durchgang zur Datenerhebung. Allerdings konzentrierten sich die hier durchgeführten Gespräche und Recherchen vor allem auf spezifische Rückfragen, die aufgrund der ersten Interpretation des Datenmaterials notwendig wurden. Uwe Flick (2010, 387) spricht hierbei von einem verzahnten Vorgehen zwischen Datenerhebung und Datenauswertung, welches zugunsten eines linearen Vorgehen angewandt wurde.

Zur Durchführung der Analyse von mehreren Städten wurde aus arbeitsökonomischen Gründen entschieden, die Experteninterviews telefonisch oder per E-Mail-Interview durchzuführen. Dies stellte eine zeit- und kosteneffektive Alternative gegenüber dem Face-to-Face-Interview dar (Gläser und Laudel 2010, 153). Die per Internetrecherche oder auf Basis von Dokumenteninformationen identifizierten Experten wurden im Vorfeld der Befragung per E-Mail über das Forschungsvorhaben informiert und um deren Beteiligung gebeten. Unterstützend dazu wurde ein Projektflyer erarbeitet, der als E-Mail-Anhang Informationen zum Hintergrund und Ziel des Forschungsprojektes gab (Anhang C). Aufbauend auf dieser Kontaktaufnahme erfolgte ein Telefon- oder E-Mail-Interview. Diese Gespräche basierten auf einem Leitfaden mit Fragen, die aus den Untersuchungsfragen abgeleitet worden waren (vgl. Anhang A). Dabei wurde bei der Durchführung der Befragung das Verständnis von Jochen Gläser und Grit Laudel (2010, 42) angewendet, die weder die Reihenfolge der Leitfragen noch die Formulierung als verbindlich betrachten. Diese Vorgehensweise versprach Flexibilität in Bezug auf weitere Fragen, die im Interviewleitfaden nicht auftauchten, aber im Laufe des Gespräches als notwendig erachtet wurden. Der Ablauf und die Struktur des Interviews variierten somit in Bezug auf jedes geführte Gespräch. Auf Basis des ersten Kontaktes wurde entweder der Termin für ein Telefoninterview vereinbart oder die Experten stiegen direkt in die E-Mail-Kommunikation

ein. Während im Rahmen der Telefoninterviews die Leitfragen während eines Termins „abgearbeitet wurden“, erfolgten die E-Mail-Interviews interaktiver und schrittweise. Es wurden zunächst ein oder zwei Fragen verschickt, die der Interviewpartner zu beantworten hatte. In den folgenden E-Mails wurden eventuell Rückfragen formuliert oder Bezug zu den Antworten genommen, bevor die nächsten Fragen des Leitfadens gestellt wurden (Flick 2010, 337). Die Antworten erfolgten entweder im Gesamten in einer E-Mail oder schrittweise durch mehrere E-Mails. Dies hing damit zusammen, dass die befragten Experten sich mit weiteren Personen in Verbindung setzten, um Informationen zu den Fragen geben zu können. Durch dieses Vorgehen unterscheidet sich die Studie von einem Online-Fragebogen, bei dem alle Fragen auf einmal dem Interviewpartner geschickt werden. Eine Übersicht der durchgeführten Telefoninterviews und E-Mail-Befragungen befindet sich im Quellenverzeichnis.

Durch diese Vorgehensweise konnten zum einen parallel Daten für unterschiedliche Städte erhoben werden. Zum anderen ermöglichte dies die Beteiligung von Personen, die nach Flick (2010, 215) durch ihr Expertenwissen häufig unter einem gewissen Zeitdruck stehen und durch das Telefoninterview oder die E-Mail-Befragung unabhängig vom Ort und der Zeit waren. So wurden Telefoninterviews z. B. während einer Dienstreise des befragten Experten im Zug durchgeführt bzw. die E-Mail-Beantwortung erfolgte am Wochenende. Die Zeit- und Kostenersparnis von Telefon- und E-Mail-Interviews bezieht sich dabei sowohl auf den Interviewer, als auch auf den Interviewten. Telefon- und E-Mail-Interviews konnten in den alltäglichen Arbeitsablauf beider Seiten eingebunden und bei Bedarf auch mit zeitlichen Unterbrechungen beantwortet und bearbeitet werden. Durch diese flexible Herangehensweise mit den Telefon- und E-Mail-Interviews konnte eine Vielzahl von Daten erhoben werden, die im Rahmen von Face-to-Face-Interviews nur mit einem weit umfangreicheren Zeit- und Kostenrahmen möglich gewesen wären. Da die Experteninterviews im Zusammenspiel mit der Dokumentenrecherche und damit nie alleinstanden, relativiert sich die von Gläser und Laudel (2010, 153) kritisch betrachtete geringere Informationsausbeute. Ergebnis der Telefonbefragungen war ein schriftliches Protokoll pro durchgeführtes Interview. Ähnlich dem Schneeballverfahren wurden durch die durchgeführten Experteninterviews zum einen weitere Personen erschlossen, die Aussagen zu den Untersuchungsfragen geben konnten. Zum anderen wurden wertvolle Hinweise auf Dokumente gegeben oder der Zugang zu Dokumenten ermöglicht. Damit kann zwar der Eindruck entstehen, dass Interviewpartner und Dokumente nicht objektiv nachvollziehbar ausgewählt wurden, sondern eher zufällig in Abhängigkeit von der gegenwärtigen Situation vor Ort. Dies ist jedoch ein allgemeines Problem der qualitativen Untersuchungsmethoden (Einig et al. 2009, 6). Durch das Einbeziehen verschiedener Datenquellen und der Kombination des Datenmaterials wurde die Perspektive erweitert und dieser Nachteil minimiert.

Neben der E-Mail-Befragung von Experten, erfolgte auch die Recherche nach den verschiedenen Dokumentenarten wie z. B. den Bewerbungs- und Ratsdokumenten sowie den Pressemitteilungen per E-Mail-Kommunikation. Allerdings wurde dabei keine spezifische Person angesprochen, sondern eine Organisationseinheit wie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Fachabteilungen oder das Bürgermeisterbüro. Diese E-Mail-Anfragen bettetten zuerst das Forschungsvorhaben in den universitären Kontext ein und baten dann um Unterstützung bei der Datenerhebung in Form der Bereitstellung von Dokumenten oder der Benennung von relevanten Personen, die zu den gescheiterten Großereignisbewerbungen Aussagen tätigen können. Eine weitere Datenquelle stellten die Städtewebseiten dar, die zum einen den direkten Zugang zu Dokumenten per PDF-Link ermöglichten. So konnte für die Mehrzahl der Städte die aktuellen Stadtentwicklungskonzepte, Fachkonzepte oder die Bewerbungsdokumente der gescheiterten Großereignisse ermittelt werden. Zum anderen wurde durch die Städtewebseiten der Zugang auf Online-Datenbanken möglich, wie z. B. zu den Archiven für Pressemitteilungen, Amtsblättern oder Ratsdokumenten. Dabei nahmen die Ratsinformationssysteme eine ganz besondere Bedeutung ein, da darin z. B. Vorlagen, Niederschriften, Anträge und Beschlüsse enthalten waren, die umfangreiche Aussagen zum Bewerbungsverfahren und den nachfolgenden Prozessen dokumentierten. War dies online nicht möglich, boten die Städtewebseiten mit ihren Informationen zur organisatorischen Struktur der Stadtverwaltung die Möglichkeit, Personen direkt zu kontaktieren, um z. B. Ratsdokumente auf anderem Wege zu erhalten. Nicht immer konnten die Dokumente digital zugänglich gemacht werden, sondern wurden in Form von Kopien oder Broschüren bereitgestellt.

### **5.2.3 Qualitative Inhaltsanalyse: Aufbereitungs- und Auswertungsverfahren**

Ergebnis der Dokumentenrecherche und der durchgeführten Experteninterviews war eine für jede Stadt individuelle Datengrundlage, die eine spezifische Anzahl an Dokumenten und Experteninterviews umfasste. Ausgangspunkt der Datenanalyse war nunmehr eine Vielzahl von Text in digitaler Form oder als Papierdokument, welcher in seinem Charakter individuell und „einmalig in Inhalt und Form“ war (Meuser und Nagel 2002, 80). Damit das Wissen der verschiedenen Dokumente interpretierbar wurde und sich für Vergleichszwecke eignete, war das systematische Aufbereiten der Daten erforderlich. Somit musste vorerst diese Textmenge organisiert und strukturiert werden, um dann die Textanalyse durchführen zu können. Es war von Bedeutung aufzuschlüsseln, zu welchem ursprünglichen Zweck, von wem und warum die Dokumente erstellt worden waren. So treten nach dem Verständnis von Stephan Wolff (2000 zitiert nach Flick 2000, 322) Dokumente „typischerweise in bestimmten Formaten auf: als Aktennotizen, Fallberichte, Verträge, Entwürfe, Totenscheine, Vermerke, Tagebücher, Statistiken, Jahresberichte, Zeugnisse, Urteile, Briefe oder Gutachten“. Dies gilt auch für die Dokumente dieses Forschungsvorhabens, welche sich in ihrem Umfang, ihrem Zweck und den Adressaten unterschieden. Bei

der Entscheidung, inwieweit das jeweilige Dokument in die Datenanalyse einbezogen werden sollte, galt die Prämisse, dass die Quelle der Daten eindeutig benannt werden kann. Nur durch die Zuordnung zu einer Institution oder Person konnte die Glaubwürdigkeit und Ursprünglichkeit der Dokumente eingeschätzt werden. Die Experteninterviews wurden auf Basis von Mitschriften als Protokolle digitalisiert und nummeriert, so dass im Verlauf des Forschungsprozesses die Übersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit der Aussagen gewährleistet werden konnten. Die Protokolle enthielten immer das Datum und den Zeitraum des Interviews, die Namen der beteiligten Personen am Interview mit ihrer damaligen bzw. derzeitigen Funktion sowie dem Hauptthema, welches im Fokus des Gesprächs gestanden hatte. Auch die E-Mail-Befragungen wurden systematisiert, damit zwischen Texten mit weiterführenden Hinweisen und Texten mit inhaltlichen Aussagen zu den Untersuchungsfragen unterschieden werden konnte. Die Vergleichbarkeit der Telefoninterviews und E-Mail-Befragungen erfolgte auf Basis der „leitfadenorientierte Interviewführung“. Der Fokus auf die vorab festgelegten Themen gewährleistete eine systematische Erfassung und Abgrenzung des Expertenwissens (Meuser und Nagel 2002, 81).

Die Sichtung des Datenmaterials erfolgte für jede Stadt und jede gescheiterte Großereignisbewerbung schrittweise und orientierte sich zuerst an den Themenkomplexen der Forschungsfragen (vgl. Tab. 4). Ziel war es zuerst, das Textmaterial zu strukturieren und zu ordnen, um die Interpretation vorzubereiten. Für eine detaillierte Dokumentanalyse sollten auf der einen Seite nur die Texte einbezogen werden, die entweder Aussagen zum Bewerbungsprozess oder zu den Zusammenhängen zwischen den verschiedenen Bewerbungen bzw. im Zusammenhang zu Stadtentwicklungsprozessen vor Ort machen konnten (Forschungsfragen 1-2). Auf der anderen Seite sollten die Texte Hinweise auf Veränderungsprozesse und deren Zusammenhang zu spezifischen Merkmalen der Stadt und den gescheiterten Bewerbungsverfahren geben können (Forschungsfragen 3-4). Dieser erste Analyseschritt basierte auf einer Schlagwortrecherche innerhalb der Dokumente. Während dies für die digital zur Verfügung gestellten Dokumente zeiteffektiv geschah, stellte sich dies bei den Dokumenten in Papierform<sup>23</sup> umfangreicher dar. Trotz des zeitlichen Mehraufwandes, stellte sich heraus, dass die Texte in Papierform eine wichtige Quelle darstellten. Dies wurde am Beispiel von Augsburg deutlich, wo für die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 und zur Stadt der Wissenschaft 2005 Ratsdokumente nur in Papierform zur Verfügung standen. Allerdings hätte der Ausschluss dieser Dokumente aufgrund ihres Formates wesentliche Informationslücken bedeutet, da diese textlich sehr umfangreich und inhaltlich sehr komplex waren. Durch diese grobe Sichtung des Datenmaterials konnte die Textmenge nach ihren Inhalten organisiert und Dopplungen beseitigt werden. Damit einher ging die Registrierung und Nummerierung

---

<sup>23</sup> Dazu zählten nicht nur gedruckte Dokumente wie Kopien oder Broschüren, sondern auch gescannte Dokumente in Bildformaten.

der Texte, um eine eindeutige Zuordnung der Aussagen zur ursprünglichen Quelle gewährleisten zu können.

Der zweite Analyseschritt folgte dem Ziel, die Inhalte der Ursprungstexte durch Zusammenfassen und Kategorisieren zu reduzieren. Dabei orientierte sich die Auswertung des empirischen Datenmaterials am Verfahren der Qualitativen Inhaltsanalyse, die sich besonders zur Analyse von Textmaterial unterschiedlicher Herkunft eignet (Flick 2010, 409). Charakteristisch für die Qualitative Inhaltsanalyse ist das systematische Vorgehen, welches die Textanalyse anhand von vorab festgelegten Regeln strukturiert (Mayring 2003, 42-43). Dazu zählt nach Philipp Mayring (2003, 46-47) der strukturierte Ablauf der Qualitativen Inhaltsanalyse durch die Festlegung von verschiedenen Schritten. So ist Ausgangspunkt jeder Qualitativen Inhaltsanalyse die Bestimmung des Analysematerials durch die Festlegung des empirischen Materials (Welches Material liegt der Analyse zugrunde?), die Analyse der Entstehungssituation (Unter welchen Bedingungen wurde das empirische Material produziert?) und die Charakterisierung des Materials (In welcher Form liegt das empirische Material vor?). Diese Schritte wurden in den vorherigen Kapiteln (vgl. Kapitel 5.2.1 und Kapitel 5.2.2) durchgeführt und dargestellt. Für das Rohmaterial wurden die Quelle und damit der Kontext offengelegt. Im Vergleich zu quantitativen Inhaltsanalysen stellt dieses Vorgehen einen Vorteil dar, da der Text immer innerhalb seines Kontextes interpretiert werden kann (Mayring 2003, 42).

Nachdem das Ausgangsmaterial der qualitativen Inhaltsanalyse bestimmt worden war, erfolgte die Festlegung der Analyserichtung, d. h. die Festlegung des Ziels, was aus dem Textmaterial „heraus interpretiert“ werden soll. Dafür waren die Fragestellungen aus dem Untersuchungsdesign (vgl. Tab. 4) maßgeblich, die aus dem Wissen zum Stand der Forschung und dem konzeptionellen Hintergrund abgeleitet worden waren. Auf diese Weise wurde zum einen festgelegt, dass sich die Richtung der Textinterpretation auf den beschriebenen Gegenstand im Text orientierte und zum anderen wurde gewährleistet, dass die Textinterpretation theoriegeleitet erfolgte. Im letzten Schritt wurde schließlich die Analysetechnik festgelegt und ein Ablaufmodell dafür aufgestellt. Nach Mayring (2003, 53) wird durch dieses systematische Vorgehen die Interpretation des Textmaterials nachvollziehbar und überprüfbar, da die Textanalyse nun nach einzelnen Interpretationsschritten erfolgen kann. Bei der hier angewandten Analysetechnik handelt es sich um die strukturierende Inhaltsanalyse, die zum Ziel hat, Textbestandteile zu extrahieren und den vorab festgelegten Kategorien zuzuordnen. Um dies durchführen zu können, wurden Kategorien aufgestellt, welche die Ziele der Textanalyse konkret abbilden konnten. Die für dieses Forschungsprojekt relevanten Kategorien wurden auf Basis der Literaturinterpretation entwickelt und stellten das Grundgerüst der Textanalyse dar (vgl. Tab. 5). Mayring (2003, 74) bezeichnet dies als deduktive Kategorienbildung, bei der aus Voruntersuchungen und dem bisherigen Stand der Forschung Kategorien aufgestellt werden. Die hier aufgestellten Kategorien gelten als offen und konnten im Verlauf der Extraktion verändert werden



(Gläser und Laudel 2010, 200-201). Somit konnten während der Textanalyse relevante Informationen aufgenommen werden, die so im Vorfeld nicht erwartet worden waren. Nach Gläser und Laudel (2010, 201) wurde dadurch die Effizienz der Auswertung erhöht, da die Kategorien bereits im Verlauf angepasst wurden und das mehrmalige Herantragen und Überprüfen der Kategorien entfiel.

Tab. 5: Übersicht der Kategorien für die Qualitative Inhaltsanalyse  
(Quelle: Eigene Darstellung und Entwicklung auf Basis der Literaturinterpretation)

<b>FF1. Inwieweit bestand ein Zusammenhang zwischen den verschiedenen Großereignisbewerbungen einer Stadt?</b>		
Untersuchungsfragen:	Merkmale mit Bezug zur Literatur	
1. Welche Großereignisbewerbungen scheiterten bzw. wurden zwischen 2000 und 2010 eingeworben & wann fanden die Bewerbungsprozesse statt?	a) Großereignis (Sport/Umwelt/Kultur) b) Reihenfolge (Parallel/Versetzt) c) Zeitraum (Punktuell/Permanent)	Kapitel 2.1 Kapitel 2.2
2. Welche inhaltlichen Gemeinsamkeiten, Zielsetzungen, Projekte, Akteure, Finanzierungsaspekte gab es zwischen den verschiedenen Bewerbungen?	a) Ziele (Sachlich/Konkret) b) Akteure (Art/Anzahl der Beteiligten) c) Organisation (Aufbau/Ablauf)	Kapitel 2.2 Kapitel 3.1 Kapitel 4.1.1
3. Aus welchem Grund scheiterten die Bewerbungsprozesse?	a) Scheitern (Ausstieg/Rücktritt) b) Auswahlverfahren (Ein-/Mehrstufig)	Kapitel 3.2.2 Kapitel 2.2
<b>FF2. In welchem Zusammenhang standen die gescheiterten Großereignisse &amp; die Stadtentwicklungsprozesse?</b>		
1. Welche Instrumente und welche Akteurs-/ Netzwerkstrukturen der Stadtentwicklungsplanung existierten zum Zeitpunkt der Bewerbungen?	a) Formal (Sektor-/Raumplanung) b) Informell (Gesamtstädtisch/Regional) c) Kontext (Schrumpfung/Wettbewerb)	Kapitel 4.1.1 Kapitel 2.2
2. Welche Projekte der Bewerbungen waren bereits Projekte der Stadtentwicklungsplanung?	a) GE Projekte (thematisch/räumlich) b) STE Projekte (thematisch/räumlich)	Kapitel 2.2 Kapitel 4.1
3. Welche Ziele der Stadtentwicklung wurden in den Bewerbungsdokumenten aufgegriffen?	a) GE Projekte (thematisch/räumlich) b) STE Projekte (thematisch/räumlich)	Kapitel 2.2 Kapitel 4.1
<b>FF3. Welche Effekte riefen gescheiterte Großereignisbewerbungen der unterschiedlichen Städte hervor?</b>		
Wirtschaft: 1. Welche Kosten entstanden & bestanden über den Bewerbungsprozess hinweg? 2. Wer trug diese? 3. Welche Einnahmen wurden aus dem Bewerbungsprozess heraus generiert?	a) Raum (Punktuell/Stadt/Region) b) Zeit (Während/Danach) c) Gegenstand (Bewerbung/Support) d) Akteure (Verwalt./Wirtsch./Sponsor)	Kapitel 2.2 Kapitel 3.1 Kapitel 4.2
Raum: 1. Welche räumlichen Projekte wurden zur Unterstützung der Bewerbung realisiert? 2. Welche Bedeutung hatte Raum im Bewerbungskonzept? 3. Was wurde danach realisiert?	a) Raum (Punktuell/Stadt/Region) b) Zeit (Während/Danach) c) Thema (Umwelt/Sport/Kultur) d) Projekt (Weiterentwicklung/Abbruch)	Kapitel 2.2 Kapitel 3.1 Kapitel 4.2

Gesellschaft: 1. Wie war die Stadtgesellschaft in die Bewerbung involviert? 2. Inwieweit profitierten die Bürger durch die Bewerbung?	a) Raum (Punktuell/Stadt/Region) b) Zeit (Während/Danach) c) Thema (Umwelt/Sport/Kultur) d) Akteure (Partizipation/Ausschluss)	Kapitel 2.2 Kapitel 3.1 Kapitel 4.2
Politik: 1. Inwieweit verstetigten sich Themen, Institutionen oder Projekte aus dem Bewerbungsprozess? 2. Wie beeinflusste die Bewerbung Verwaltung und -Politik nachhaltig?	a) Raum (Punktuell/Stadt/Region) b) Zeit (Während/Danach) c) Thema (Umwelt/Sport/Kultur) d) Institutionell (Etablierung/Auflösung)	Kapitel 2.2 Kapitel 3.1 Kapitel 4.2

Nachdem die Extraktion des Datenmaterials durch die Aufstellung der Kategorien vorbereitet worden war, erfolgte im nächsten Schritt das Herausziehen relevanter Informationen aus dem Textrohmaterial. Dabei handelte es sich meist um Textbausteine digitaler Dokumente oder Kurzbeschreibungen der Papierdokumente. Für jede Stadt als Fallstudie wurde eine mxn-Analysematrix in MS Excel aufgestellt, mit m-Zeilen für die Analysekatgeorien und n-Spalten für die verschiedenen Großereignisbewerbungen. Den aufgestellten Kategorien wurden die Informationen aus den recherchierten Dokumenten und den Protokollen der Experteninterviews zugeordnet. Durch diese Darstellung erfolgte der Extraktionsprozess nachvollziehbar und übersichtlich. Im Anschluss an die Extraktion wurde das Datenmaterial aufbereitet, was die zeitliche Sortierung und das Zusammenfassen ähnlicher Textbausteine beinhaltete. Die extrahierten Daten (Merkmalsausprägungen) hatten ganz unterschiedlichen Charakter und variierten im Umfang und Sprache. Sie sind vor allem nominalskaliert und damit besonders für Vergleichszwecke geeignet. Durch diese Vorgehensweise wurden Städteprofile erstellt, welche die einzelnen gescheiterten Bewerbungsprozesse zueinander und in den stadtentwicklungspolitischen Kontext stellten. Im Anschluss an die Einzelfallbetrachtung jeder Stadt und deren Großereignisbewerbungen erfolgte die Analyse von fallübergreifenden Merkmalen anhand von Vergleichen. So wurde auf Basis von Gemeinsamkeiten zwischen Städten, Stadttypen gebildet und deren Besonderheiten diskutiert (vgl. dazu Kapitel 5.3.2).

### 5.3 Fallstudien

Neben Datenerhebungs- und Auswertungsverfahren wie Experteninterviews und Dokumentenanalysen zählt auch die Entscheidung, Fallstudien zu untersuchen zu den qualitativen Forschungsmethoden. Generell wird zwischen Einzelfallstudien und Studien mit mehreren Fällen unterschieden (Yin 2009, 46-47). Während innerhalb von Einzelfallstudien z. B. ein kritischer oder seltener Fall ausgewählt wird, um eine Theorie mit komplexen und detaillierten Daten zu bestätigen, infrage zu stellen oder zu erweitern, gelten die empirischen Belege von Forschungsdesigns mit mehreren Fällen oft als überzeugender und robuster (Yin 2009, 47 & 53). Im Folgenden wird vor dem Hintergrund der Forschungsproblematik und des Forschungsziels die Auswahl und Strukturierung der Vergleichsfälle des Fallstudienansatzes vorgestellt.

### 5.3.1 Qualitativer Fallstudienansatz: Auswahl der Vergleichsfälle

Studien zu Großereignissen im Kontext von Stadtentwicklungsprozessen konzentrierten sich bisher vor allem auf Einzelfallstudien. Dies steht damit im Zusammenhang, dass die Vergabe von internationalen und nationalen Großereignissen verschiedenen Rotationsverfahren unterliegt, wodurch Kommunen, Länder oder Kontinente in einer bestimmten Reihenfolge die Möglichkeit erhalten, ein Großereignis auszurichten. So zeigt der Blick auf die zukünftigen Austragungsstätten für die Olympischen Sommerspiele, dass nach London 2012 europäische Städte in den nächsten zehn Jahren keine Olympischen Sommerspiele ausrichten werden. So stellt aus der Perspektive der Ausrichterstadt, die Einwerbung eines Großereignisses immer eine Besonderheit dar. Im Vergleich dazu ist die Anzahl der Verliererstädte ungleich höher und auch die Identifizierung der gescheiterten Städte schwieriger. Wie im Forschungsproblem dargestellt, steht eine verhältnismäßig kleine Gruppe an Ausrichterstädten einer großen Gruppe der Verliererstädte gegenüber. Während jedoch die Gewinner und Ausrichter der Großereignisse im Fokus der öffentlichen Berichterstattung stehen, gibt es zu den Verliererstädten kaum Informationen.

Vor diesem Hintergrund stehen die im Kapitel 2.2.4 ermittelten, 19 deutsche Städte exemplarisch für das städtische Phänomen, zwischen 2000 und 2010 mehrfach mit Bewerbungen für unterschiedliche Großereignisse gescheitert zu sein. Dabei erfolgte bereits die Zusammenstellung dieser Gruppe auf Basis bestimmter, vorab selbst gewählter Kriterien, die Städte als „mehrfach gescheitert“ definieren. Diese Vorgehensweise ist bei Vergleichsstudien üblich und strukturiert den Forschungsgegenstand unabhängig vom Datenmaterial (Flick 2010, 186-187). So einte die Städte, zwischen 2000 und 2010 mehr als einmal im Wettbewerb um thematisch unterschiedliche Großereignisse erfolglos gewesen zu sein. Für diese Beobachtung wurden die zwischen 2000 und 2010 stattgefundenen Bewerbungsprozesse der aller zwei Jahre stattfindenden Bundesgartenschauen, der Europäischen Kulturhauptstadt 2010, die seit 2005 jährlich stattfindende Stadt der Wissenschaft und die Olympischen Spiele 2012 einbezogen. Die Aufstellung der Fallgruppe orientierte sich somit am realen Problem des Scheiterns und bezog von Beginn an bewusst alle möglichen Fälle in die Untersuchung ein. Die 19 Städte umfassen damit die selbst definierte Grundgesamtheit der Fälle, die auf der Forschungsproblematik aufbaute und den Ausgangspunkt zur Auswahl der Vergleichsfälle darstellte. Ausgehend von Kriterien zur Datenverfügbarkeit und Datenqualität sowie dem Ziel möglichst unterschiedliche Fälle für eine maximale Variation des Samples zu erreichen, wurden insgesamt 11 mehrfach gescheiterte Städte als Fallstudien ausgewählt.

#### Datenverfügbarkeit und Datenqualität

Ausgangspunkt zur Auswahl der Vergleichsfälle waren die im Kapitel 2.2.4 identifizierten 19 deutsche Städte. Für diese Gruppe an Städten wurde eine Recherche innerhalb der Stadtverwaltungen und des Internets nach Ansprechpartnern, Bewerbungsdokumenten, Ratsdokumenten, Pressemitteilungen und Stadtentwicklungsdokumenten durchgeführt

(vgl. Kapitel 5.2. zu Verfahren der Datenerhebung). Ziel war es, Informationen zum Ablauf und Organisation der Bewerbungsprozesse zu erhalten, Akteure zu identifizieren sowie Bewerbungsziele und -projekte benennen zu können. Ebenso sollten Dokumente bzw. Personen zugänglich sein, die Aussagen zu Bewerbungseffekten geben konnten. In die Analyse wurden nur die Städte einbezogen, zu denen ausreichend Datenmaterial vorhanden war, um die Untersuchungsfragen beantworten zu können. Um dies gewährleisten zu können, wurden Kriterien aufgestellt, welche zur Orientierung während der Dokumentenrecherche herangezogen wurden. So sollten für die gescheiterten Bewerbungsprozesse in jeder Stadt entweder die Bewerbungsunterlagen oder Ansprechpersonen bzw. Dokumente verfügbar sein, die Aussagen zum Bewerbungsverfahren wiedergeben konnten. Ebenso sollte ein Beleg, z. B. in Form eines Ratsdokumentes oder einer Aussage aus der Stadtverwaltung erbracht werden, um welche Großereignisse sich die Stadt offiziell beworben hatte. Bisher basierten die Aussagen zu den gescheiterten Bewerbungsprozessen vor allem auf den Informationen der Ausrichterorganisationen. Des Weiteren war es für alle Städte der Vergleichsstudie von Bedeutung, den Zugang zu Informationen über strategische Ziele, Perspektiven und Vorgehen der Stadtentwicklung zu haben. Dies sollte in Form von z. B. Konzepten, Strategiedokumenten oder relevanten Ansprechpartnern gewährleistet werden.

Ausgangspunkt zur Überprüfung der Datenverfügbarkeit und der Datenerhebung und waren die Online-Datenbanken wie die Ratsinformationssysteme oder die Suchfenster auf den Städtewebseiten, welche zur Information der Bürgerschaft dienen. Diese wurden in der ersten empirischen Erhebungsphase auf Dokumente durchsucht, die Aussagen zu den gescheiterten Bewerbungsprozessen und deren Verlauf geben konnten. Dies erfolgte hauptsächlich anhand einer Schlagwortsuche zu den verschiedenen Großereignissen.

*Tab. 6: Übersicht zur Verfügbarkeit von Ratsinformationssystemen in Städten der Fallgruppe (Quelle: Eigene Darstellung auf Basis einer Internetrecherche & Anfragen bei den Stadtverwaltungen)*

Stadt	Datenbank	Einführung:	Dokumentenverfügbarkeit:
1. Aachen	Ratsinformationssystem (Allris)	Oktober 2004	2004
2. Augsburg	Existiert noch nicht	-	-
3. Braunschweig	WRS-Sitzungsdienst	2009 (alt: 1996)	2001
4. Duisburg	Ratsinformationssystem	Mitte 2004	1999
5. Düsseldorf	Ratsinformationssystem	2004	2001
6. Frankfurt a. M.	Parlamentsinformationssystem	Mai 2001	1993
7. Halle (Saale)	Ratsinfoportal	Oktober 2003	1999
8. Hamburg	Parlamentsdatenbank	2000	1997
9. Karlsruhe	Ravis (nicht öffentlich)	April 2010	2004
10. Kassel	Kommunale Bürgerinfo	Keine Information	2006
11. Köln	Ratsinformationssystem	September 2009	2005
12. Leipzig	E- Ratsinformationssystem	Keine Information	2004

13. Lübeck	Lübeckfenster	Januar 2003	2001
14. Münster	Ratsinformationssystem	Januar 2005	2005
15. Oldenburg	Bürgerinfo Oldenburg	Keine Information	2001
16. Osnabrück	Ratsinformationssystem	Keine Information	2005
17. Potsdam	Ratsinformationssystem	2003	2000
18. Regensburg	Regensburger Sitzungsdienst	Keine Information	2006
19. Stuttgart	Keine Information	Keine Information	Keine Info

Wie durch Tab. 6 deutlich wird, existieren für fast alle Städte der Grundgesamtheit Ratsinformationssysteme, außer für Augsburg und Stuttgart. Diese Städte gehören zu den Bundesländern, die bisher noch nicht über ein Landesinformationsfreiheitsgesetz verfügen, welches den Zweck hat, Zugang zu amtlichen Informationen zu gewähren. Auch in Hessen, Sachsen und Niedersachsen gibt es derzeit keine landesgesetzlichen Grundlagen für Online-Ratsinformationssysteme. Dennoch existieren in Frankfurt am Main (Hessen), Leipzig (Sachsen), Braunschweig (Niedersachsen) und Oldenburg (Niedersachsen) solche Datenbanken. Dies basiert auf individuellen städtischen Satzungen vor Ort. So hat sich Frankfurt am Main dafür entschieden, um „Entscheidungen und Beschlüsse für jedermann transparent [zu machen] und einen wesentlichen Beitrag zur ‚elektronischen Demokratie‘ [zu leisten]“ (Stadt Frankfurt am Main 2014).

Um dennoch Zugang zu Ratsdokumenten aus Augsburg und Stuttgart zu bekommen, wurde für diese Städte eine Anfrage direkt an die Stadtverwaltungen, Abteilung Ratsangelegenheit, geschickt. Denn auch wenn, keine Online-Datenbank verfügbar war, so wurde davon ausgegangen, dass dennoch Ratsdokumente vorhanden sind und archiviert wurden. Im Fall von Augsburg war diese Anfrage erfolgreich und Beschlüsse wurden in Papierform per Post zugestellt (I\_18, 13.09.2012).

Neben der generellen Verfügbarkeit von Online-Ratsinformationssystemen war von Bedeutung, seit wann diese Datenbanken existierten und bis zu welchem Zeitpunkt die Ratsarbeit zurückverfolgt werden konnte. So war im Fall von Aachen der Zugriff auf Ratsdokumente ab 2004 möglich, früher datierte Ratsdokumente konnten nur im Stadtarchiv vor Ort eingesehen werden (I\_16, 29.08.2012). Für den Bewerbungsprozess Aachens zur Stadt der Wissenschaft 2005 begann der Bewerbungsprozess jedoch bereits im Jahr 2003, so dass aus dem Online-Ratsinformationssystem der Stadt Aachen keine Daten erhoben werden konnten. Für diese Fälle wurde ebenso eine Direktanfrage mit der Bitte um eine interne Recherche an die Stadtverwaltung gestellt, z. B. an die Abteilung Ratsangelegenheiten oder das Amt des Oberbürgermeisters. Im Fall von Aachen konnte zwar über das Online-Ratsinformationssystem keine Daten für die gescheiterte Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 erhoben werden, allerdings erbrachte die individuelle Anfrage den Zugang zu ehemals involvierten Personen und anderen Dokumententypen (I\_17, 22.08.2012).

Ähnlich den Online-Ratsinformationssystemen verfügten die meisten Städtewebseiten über den Zugang zu Online-Datenbanken für amtliche Informationen, Pressemitteilungen oder Informationen der Stadtverwaltung. Auch diese Suchmaschinen wurden mit Schlagworten systematisch für jede Stadt der Grundgesamtheit auf Datenverfügbarkeit überprüft. Im Ergebnis konnten vor allem Dokumente zu Strategien der Stadtentwicklung wie Leitbilder oder Integrierte Stadtentwicklungskonzepte recherchiert werden. Aber auch Pressemitteilungen und Amtsblätter mit Veröffentlichungen aus dem Zeitraum des Bewerbungsprozesses und darüber hinaus konnten somit erhoben werden. Ebenso gab es auf den Städtewebseiten häufig den Verweis zu ehemaligen städtischen Projekten, wodurch für einige Fälle die Bewerbungsunterlagen oder Prozessdokumentationen zu den gescheiterten Großereignissen zugänglich wurden. So ermöglichten z. B. die Städte Braunschweig und Münster über Verlinkungen zu anderen Webseiten, wie z. B. zu lokalen Zeitungen, die erweiterte Perspektive auf die gescheiterten Großereignisbewerbungen.

Eine weitere Quelle stellten die städtischen Fachabteilungen dar, welche in den Bewerbungsprozess eingebunden worden waren. Um diese identifizieren zu können, wurden entweder die bereits zur Verfügung stehenden Dokumente aus den Online-Datenbanken hinzugezogen. Durch eine überblicksartige Analyse konnte aufbauend auf diesen Dokumenten direkte Anfragen an die Stadtverwaltungen geschickt werden. Oder die Anfragen erfolgten auf indirektem Weg über das Büro des Oberbürgermeisters bzw. über die Pressestellen. Somit wurde mit allen 19 Städten Kontakt per E-Mail oder Telefon aufgenommen, mit der Bitte um Unterstützung des Forschungsprozesses. Konkret wurde um die Bereitstellung von oder die Einsicht in Dokumente bzw. die Vermittlung von Ansprechpartnern gebeten, die Aussagen zu den gescheiterten Großereignisbewerbungen geben konnten. Als E-Mail-Anhang erhielten die Städte einen Projektflyer, der Inhalt und Hintergrund des Forschungsprojektes darstellte (vgl. Anhang C). So kam mit den meisten Städten ein Kommunikationsprozess zustande, der entweder in Datenlieferungen zur Folge hatte oder aber auch ergebnisoffen endete. Das Ende trat dann ein, wenn die Ansprechpartner nicht mehr vor Ort tätig waren, die Kapazitäten zur Archivrecherche nicht bereitgestellt werden konnten oder schlichtweg keine Zusammenarbeit gewünscht wurde. In einigen Fällen erfolgte gar keine Reaktion auf die E-Mail-Anfrage. Neben den direkten schriftlichen Antworten kam es auch zu telefonischen Rückrufen. Basierend auf den Untersuchungsfragen wurde dann sofort ein Telefoninterview zur Datengenerierung durchgeführt. Auch halfen die telefonischen Rückrufe, den richtigen Ansprechpartner ausfindig zu machen und ein Telefoninterview zu vereinbaren. Um als Experte in den Untersuchungsprozess einbezogen zu werden, mussten die Personen nicht zwangsläufig im Bewerbungsprozess involviert gewesen sein. Den Auswahlprozess, welche Dokumente und Experten in das Forschungsvorhaben einbezogen wurden, wurde dabei maßgeblich von den Themenkomplexen der Forschungsfragen bestimmt (vgl. Kapitel 5.2.2). Durch das Zusammenspiel der Informationen aus unterschiedlichen Dokumentenarten und Aussa-

gen von Experten zu spezifischen Fragen, wurde das Ziel angestrebt, so viele Informationen wie möglich zu den Städten und ihren gescheiterten Großereignisbewerbungen zu erheben.

In einer Städtematrix (MS Excel) wurden die recherchierten Dokumente, Ansprechpartner und Termine in Bezug auf die unterschiedlichen Bewerbungsprozesse eingetragen und verwaltet. Im Ergebnis aus dieser umfangreichen Tabelle wurde eine weitere Tabelle erstellt, welche zusammenfassend darstellte, für welche Stadt, welche Quellen zugänglich waren (vgl. Anhang B). Durch die erste überblicksartige Sichtung des Datenmaterials wurde deutlich, dass nicht für alle 19 mehrfach gescheiterten Städte der Zugang zu ausreichend Datenmaterial geschaffen werden konnte. Das hing zum einen damit zusammen, dass einige Bewerbungsprozesse der Referenzgroßereignisse weit vor 2000 begonnen hatten und damit kaum noch Zugang zu Datenmaterial oder Ansprechpersonen möglich war. Dies betrifft z. B. die Stadt Kassel, bei welcher der Bewerbungsbeginn für die Bundesgartenschau 2011 bis weit in die 1990er Jahre zurückverfolgt werden konnte (Stadtverordnetenversammlung Kassel 1993). Damit zusammenhängend war das Datenmaterial begrenzt und wenig aussagefähig. Zum anderen konnte für manche Städte kein Beleg gefunden werden, dass tatsächlich eine Bewerbung aufgestellt worden war. Maßgeblich dafür, waren die Recherche in den Ratsinformationsdatenbanken und die Auskünfte aus den Fachabteilungen. Zum Beispiel stellte sich im Fall der Stadt Leipzig heraus, dass entgegen den Informationen von der Bundesgartenschau-Gesellschaft gar keine Bewerbung zur Bundesgartenschau eingereicht worden war (I\_8, 15.08.2012). Auch konnte für einige Bewerbungsverfahren keine oder nur in sehr geringem Umfang Daten erhoben werden, da entweder die Zusammenarbeit mit der Stadt nicht aufgebaut oder die Beteiligung am Forschungsvorhaben nicht ermöglicht werden konnte. So signalisierte die Stadt Regensburg in Bezug zur gescheiterten Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005, dass aus zeitlichen Gründen eine Unterstützung zum damaligen Zeitpunkt nicht möglich war (I\_9, 28.08.2012).

### Fallgruppe

Vor diesem Hintergrund wurden elf Städte aus unterschiedlichen Bundesländern ausgewählt, die mehrfach mit Bewerbungen für unterschiedliche Großereignisse scheiterten und für die Daten in Form von Dokumenten und Aussagen von vor Ort zur Verfügung standen (Abb. 8: Ausgewählte Fallstädte mit unterschiedlich vielen gescheiterten Großereignisbewerbungen zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung, entwickelt nach Kluge 1999, 37). Abb. 8). Zu dieser Gruppe gehören **Karlsruhe** (Baden-Württemberg), **Augsburg** (Bayern), **Potsdam** (Brandenburg), **Frankfurt am Main** (Hessen), **Braunschweig** und **Oldenburg** (Niedersachsen), **Aachen**, **Duisburg** und **Münster** (Nordrhein-Westfalen), **Halle (Saale)** (Sachsen-Anhalt), **Lübeck** (Schleswig-Holstein). Nicht für jedes Bundesland gab es einen Vertreter „mehrfach gescheiterter Städte“. So konnten von Beginn an für die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-

Holstein, Thüringen und die Stadtstaaten Berlin und Bremen keine Fallstudie ermittelt werden. Die Städtedichte in Nordrhein-Westfalen führte hingegen dazu, dass in diesem Bundesland verhältnismäßig viele Städte um Großereignisse konkurrierten und damit auch scheiterten.

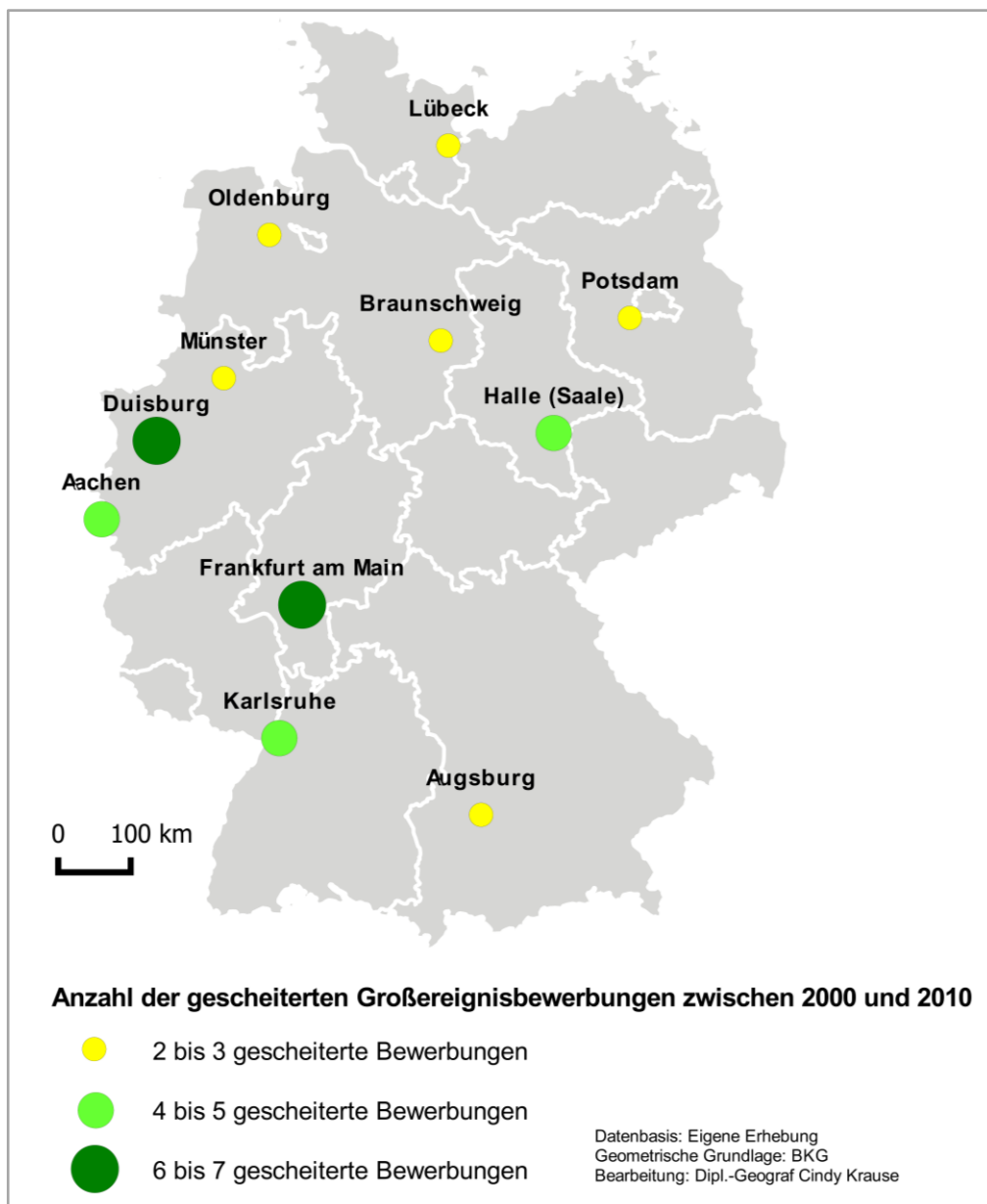


Abb. 8: Ausgewählte Fallstädte mit unterschiedlich vielen gescheiterten Großereignisbewerbungen zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung, entwickelt nach Kluge 1999, 37).

### 5.3.2 Strukturierung der Auswertung der Fallgruppe: Indikatoren und empirisch begründete Typen

Ausgangspunkt der Untersuchung sind die empirischen Einzelfallanalysen, die jede Stadt beschreiben. Die Strukturierung und Ordnung der Analyse von elf Fällen vor dem Hintergrund des Ziels, Muster im Umgang mit gescheiterten Großereignisbewerbungen zu erkennen, wird zum einen durch thematische Indikatoren und zum anderen durch empirisch begründete Typen unterstützt. Dabei wurden Indikatoren aus den Untersuchungsfragen



zu den Forschungsfragen 1 und 2 abgeleitet, um die komplexe Datenauswertung zu reduzieren und den Vergleich der Fallstädte zu systematisieren.

Die Indikatoren stellen somit Themen dar, welche das Forschungsinteresse reflektieren. So bezieht sich der *erste Indikator* „*Großereignisse und Großereignisbewerbungen zwischen 2000 und 2010*“ auf alle Großereignisse und Großereignisbewerbungen, die zwischen 2000 und 2010 in der Fallstadt eine Rolle gespielt haben. Für jede Stadt wird dabei diskutiert, welche Großereignisse und Großereignisbewerbungen wann stattgefunden haben und inwieweit diese erfolgreich gewesen bzw. gescheitert sind und warum. Im Rahmen des *zweiten Indikators* „*Organisation der gescheiterten Bewerbungsprozesse*“ ist von Interesse, welche Akteure und Organisationseinheiten, Zielsetzungen und Projekte sowie Finanzierungsformen für die jeweiligen Bewerbungsprozesse eine Rolle spielten. Dabei wird auch untersucht, inwieweit Gemeinsamkeiten oder Unterschiede zwischen den Großereignisbewerbungen einer Stadt auftreten. Der *dritte Indikator* „*Stadt- und regionalpolitischer Kontext*“ beschäftigt sich letztendlich damit, inwieweit Projekte und Zielsetzungen der Großereignisbewerbungen im Zusammenhang zu gegenwärtigen Stadtentwicklungsprozessen standen. Außerdem werden grundlegende Rahmenbedingungen zur Stadtentwicklung vor Ort diskutiert, welche stadtentwicklungspolitischen Besonderheiten der jeweiligen Fallstadt hervorheben. Dies ist von Bedeutung, da im Vorfeld angenommen wurde, dass die Großereignisbewerbungen und deren Effekte im Zusammenhang zu den spezifischen Zielen der Stadtentwicklungsplanung standen (vgl. Kapitel 5.1).

Die Fallstudien werden separat für jeden Indikator in Bezug zu den Untersuchungsfragen beschrieben und folgen dem Ziel, Abgrenzungsmerkmale mit ihren Merkmalsausprägungen aufzustellen. Dies geschieht durch einen Städtevergleich innerhalb der einzelnen Indikatoren. Auf der Grundlage der ermittelten Merkmale und ihren Merkmalsausprägungen basiert die anschließende empirische Typenbildung, die den Ausgangspunkt für die Beantwortung der Forschungsfrage 3 und 4 darstellt.

Die Stadttypen stellen ein Ergebnis der Einzelfallanalyse der Fallstädte dar und sind empirisch begründet (Haas und Scheibelhöfer 1998, 19-20). Dabei basiert die Typenbildung auf dem Verständnis des Typenbegriffs von Susann Kluge (1999, 41), wobei Typen auf Grundlage bestimmter Merkmalskombinationen gebildet werden, zwischen denen bestimmte regelmäßige Beziehungen angenommen werden (Kluge 1999, 41). Somit hat die Typenbildung zum Ziel, einheitliche Merkmale und Zusammenhänge innerhalb der gebildeten Gruppen zu erkennen (Kluge 1999, 43). Dabei soll betont werden, dass zwischen verschiedenen Typen keine scharfen Grenzen gezogen werden können. Dies unterscheidet „Typen“ von „Klassen“. Während „Klassen“ Objekte mit bestimmten Merkmalen umfassen und diese somit voneinander abgrenzen, sind die Grenzen bei „Typen“ unscharf. Da sich in der Realität selten streng abgrenzbare Tatbestände befinden, kann auch von „Zwischen- und Übergangsformen“ gesprochen werden, die kaum in starren

Klassen erfasst werden können (Kluge 1999, 32). Somit gleichen sich die Elemente eines Typs nicht total, sondern ähneln sich nur und differieren graduell in ihm (Kluge 1999, 33). Vor diesem Hintergrund erfolgt die Zuordnung der Städte zu verschiedenen Typen mit der Maßgabe, dass Städte mit spezifischen Merkmalsausprägungen einem Typ eher zugeordnet werden können, als einem anderen Typ.

Durch ihren direkten Bezug zur empirischen Wirklichkeit werden diese Typen auch als „Realtypen“ oder „natürliche Typen“ bezeichnet (Kluge 1999, 60; Blum et al. 2010, 11). Die Zusammenfassung der verschiedenen Beobachtungen zu Großereignissen und Stadtentwicklung der Städte zu Stadttypen wird als induktiv bezeichnet, weil sie auf der empirischen Analyse basiert (Kluge 1999, 60). Die Typenbildung hat den Vorteil, dass zum einen durch die Zusammenfassung von ähnlichen Merkmalen der Städte, die „komplexe Realität reduziert“ und ein „besserer, nämlich geordneter Überblick über einen Gegenstandsbereich [die Städte]“ gegeben werden konnte (Kluge 1999, 23). Zum anderen sollen die Stadttypen den Zweck erfüllen, das Auftreten bestimmter Effekte der gescheiterten Großereignisse im Zusammenhang zu den verschiedenen städtischen Erfahrungen mit gescheiterten Großereignisbewerbungen und ihrem Kontext zu betrachten. Es wurde somit angenommen, dass auf Basis der unterschiedlichen Stadttypen mit ihren bestimmten Merkmalsausprägungen auch spezifische Effekte auftreten und damit nachweisbar wird, dass für bestimmte Stadttypen, gescheiterte Großereignisse eine spezifische Bedeutung haben. Um den Zweck der Reduzierung und Strukturierung der Fallgruppe zu gewährleisten, wurde darauf geachtet, dass sich der Merkmalsraum der Städte mit mehreren gescheiterten Großereignissen auf wenige Merkmale konzentriert. Die Merkmale mit ihren Merkmalsausprägungen spannen einen Merkmalsraum mit verschiedenen Merkmalskombinationen auf, „innerhalb dessen jedes Untersuchungselement mit der ihm eigenen Kombination von Merkmalsausprägungen verortet werden kann“ (Kluge 1999, 93). Dadurch wurde es möglich, die elf Fallstudien mit ihren spezifischen Eigenschaften in den Merkmalsraum einzuordnen. Wie die Abb. 9 beispielhaft zeigt, ergeben die einzelnen Merkmalskombinationen der unterschiedlichen Dimensionen einen Typ mit mehrdimensionalem Charakter.

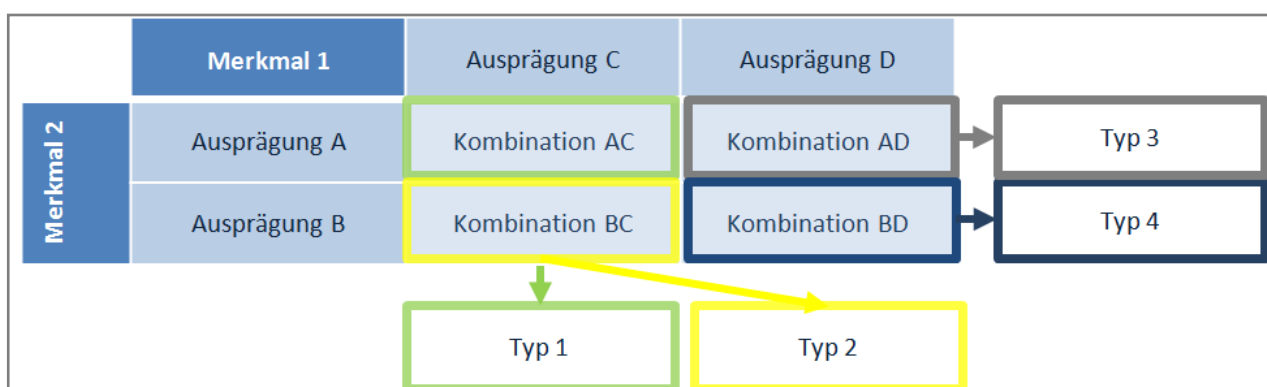


Abb. 9: Typenbildung auf Basis eines zweidimensionalen Merkmalsraumes mit jeweils zwei Ausprägungen (Quelle: Eigene Darstellung, entwickelt nach Kluge 1999, 37).

Die Einordnung der Fallstudien in solch einen Merkmalsraum basierte auf der Beurteilung des empirischen Materials durch den Autor. Im Vergleich zu automatischen bzw. rechnergestützten Gruppierungsverfahren mit quantifizierbaren Informationen (z. B. clusteranalytische Verfahren), wurden hier qualitative Informationen in Bezug auf ihre Ähnlichkeit miteinander verglichen (Blum et al. 2010, 14; Kluge 1999, 60). Das Ergebnis stellen die verschiedenen Stadttypen mit mehreren gescheiterten Großereignisbewerbungen und ihren spezifischen Merkmalen dar. Auf Basis der Untergliederungen in Stadttypen wurde davon ausgegangen, dass innerhalb der Stadttypen ähnliche Effekte auftreten, die auf die verschiedenen Eigenschaften zurückgeführt werden können. In Anlehnung an die Literaturdiskussion in Kapitel 4.2 zu den vielfältigen Wirkungsweisen von ausgerichteten Großereignissen orientiert sich die Analyse der Effekte an den Hauptwirkungskategorien „Wirtschaft“, „Raum“, „Gesellschaft“ und „Politik“ sowie den unterschiedlichen räumlichen und zeitlichen Dimensionen.

Innerhalb der empirisch abgeleiteten Stadttypen werden dann Effekte gescheiterter Großereignisse diskutiert. Im Fokus steht, inwieweit Gemeinsamkeiten innerhalb der Stadttypen und Unterschiede zwischen den Stadttypen auftreten. So wurden die Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen zum einen in Bezug zu den unterschiedlichen empirischen Stadttypen betrachtet und zum anderen in Bezug auf die unterschiedlichen Wirkungsdimensionen. Die differenzierte Betrachtung der Effekte nach unterschiedlichen Stadttypen ermöglicht aber auch, das Auftreten von Effekten in Zusammenhang zu den spezifischen städtischen Merkmalen zu stellen und damit Gründe nennen zu können, warum in manchen Städten eher Effekte auftreten, als in anderen. Im Ergebnis werden im Abschluss Thesen aufgestellt, welche die Situation deutscher Städte mit mehreren gescheiterten Großereignisbewerbungen und ihren Effekten zwischen 2000 und 2010 wiedergeben.

	Stadttypen	Typ 1	Typ 2	Typ x
Effekte	Wirtschaft	Merkmale	Merkmale	Merkmale
	Raum	Merkmale	Merkmale	Merkmale
	Gesellschaft	Merkmale	Merkmale	Merkmale
	Politik	Merkmale	Merkmale	Merkmale
	...	Merkmale	Merkmale	Merkmale
	<b>Gesamtbeurteilung</b>	These 1	These 2	These 3

Abb. 10: Methodisches Vorgehen zur Beurteilung von Effekten gescheiterter Großereignisbewerbungen spezifischer Stadttypen (Quelle: Eigene Darstellung).



## 6 Städte mit mehrfach gescheiterten Großereignisbewerbungen

### 6.1 Indikator 1: Großereignisse und Großereignisbewerbungen zwischen 2000 und 2010

#### 6.1.1 Einzelfallbeschreibung der Fallstädte

##### Aachen

Für die Stadt Aachen waren im Zeitraum zwischen 2000 und 2010 Großereignisse mit ganz unterschiedlichen Themen von Bedeutung. Dazu zählten nationale Großereignisse wie die IGA 2017 und die Stadt der Wissenschaft, aber auch Großereignisse mit regionalem (EuRegionale) und europäischem Charakter (Europäische Kulturhauptstadt 2018). Mit der Einwerbung der EuRegionalen 2008 zu Beginn des neuen Jahrtausends wurde der Auftakt zu dieser Reihe von Großereignisbewerbungen gemacht. Diese verliefen zeitlich versetzt zueinander. Erst nach Abschluss eines Bewerbungsverfahrens wurde ein neues begonnen. Ausnahme stellte die EuRegionale 2008 dar, deren Abschlusspräsentationen im Jahr 2008 stattfanden und den langjährigen Prozess mit Projekten und Entwicklungen zwischen 2000 und 2008 abbildeten<sup>24</sup>. Dieses erfolgreich eingeworbene Großereignis bildete eine Art zeitliche Klammer, für die Mehrzahl der Großereignisbewerbungen, die im Nachhinein folgten (vgl. Abb. 11). Jedoch blieb die EuRegionale das einzige Großereignis, welches zwischen 2000 und 2010 eingeworben und von der Stadt Aachen ausgerichtet werden konnte. Alle weiteren Großereignisbewerbungen scheiterten. Während die Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft 2005 und 2007 sowie die gemeinsame Bewerbung von Aachen mit Maastricht für die Europäische Kulturhauptstadt 2018 an den Entscheidungen der Ausrichterorganisationen scheiterten, entschied sich die Stadt mit der Städteregion Aachen im Fall der IGA 2017 bewusst für einen Rückzug der Bewerbung. Obwohl der Zuschlag bereits erteilt worden war und die wesentlichen Vorarbeiten und Planungen<sup>25</sup> abgeschlossen waren, wurde die Bewerbung im November 2009 vom Stadtrat und dem Städteregionstag aufgrund der enormen finanziellen Belastung für die Kommunen durch die IGA 2017 zurückgezogen (Aachener Zeitung 2009b).

<sup>24</sup> Mit der EuRegionale 2008 hatte die Region Aachen zusammen mit ihren Nachbarn in Belgien und den Niederlanden im April 2000 begonnen eine Bewerbungsunterlage zu erarbeiten, die im Oktober 2001 an das Land Nordrhein-Westfalen übergeben wurde. Zu Beginn des Jahres 2002 stand fest, dass die Region Aachen Ausrichter der EuRegionalen 2008 sein wird (ILS NRW 2006a, 27; EuRegionale 2008 Agentur GmbH 2009, 16-17).

<sup>25</sup> Der Beschluss zur Bewerbung wurde auf Basis einer Machbarkeitsstudie und eines Bewerbungskonzeptes und den geplanten finanziellen Effekten zwischen 2010 und 2018 im Februar 2009 getroffen (Stadtrat Aachen 2009b, 2).

Im Vergleich zu diesem aktiven Scheitern hatte das Scheitern der Bewerbungsprozesse zur Stadt der Wissenschaft 2005 und 2007 sowie der Europäischen Kulturhauptstadt 2018 einen passiven Charakter. Es ist zum einen auf die Entscheidung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft zurückzuführen, worauf die Stadt selbst wenig Einfluss ausüben konnte. Zwar erreichte die Stadt Aachen beim zweiten Anlauf Stadt der Wissenschaft 2007 zu werden die Finalrunde, unterlag jedoch dennoch der Gewinnerstadt Braunschweig. Zum anderen scheiterte die gemeinsame Bewerbung von Maastricht mit der EuRegio und Aachen an der Entscheidung der europäischen Jury, Leeuwarden, die Hauptstadt der Provinz Friesland, als Kandidat für die Europäische Kulturhauptstadt 2018 auszuwählen (Stadt Aachen 2013b).

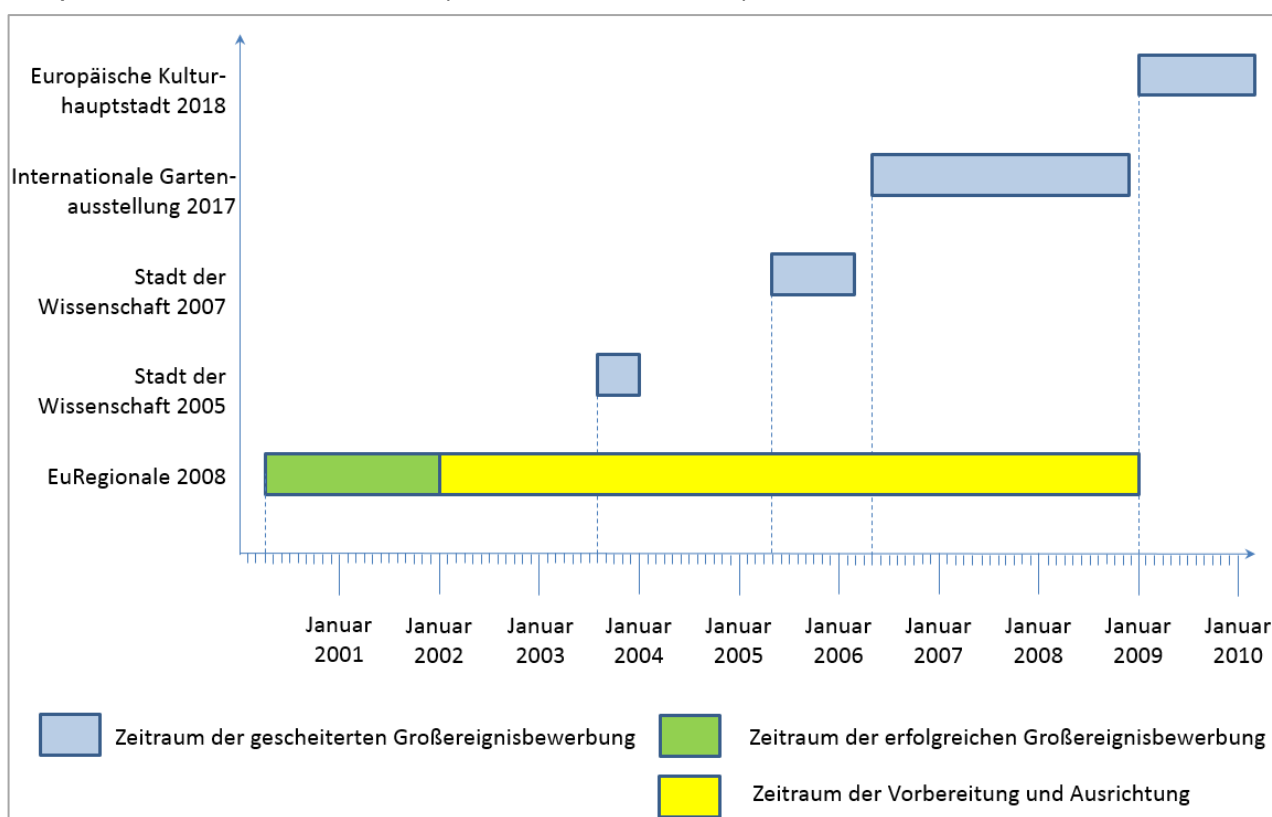


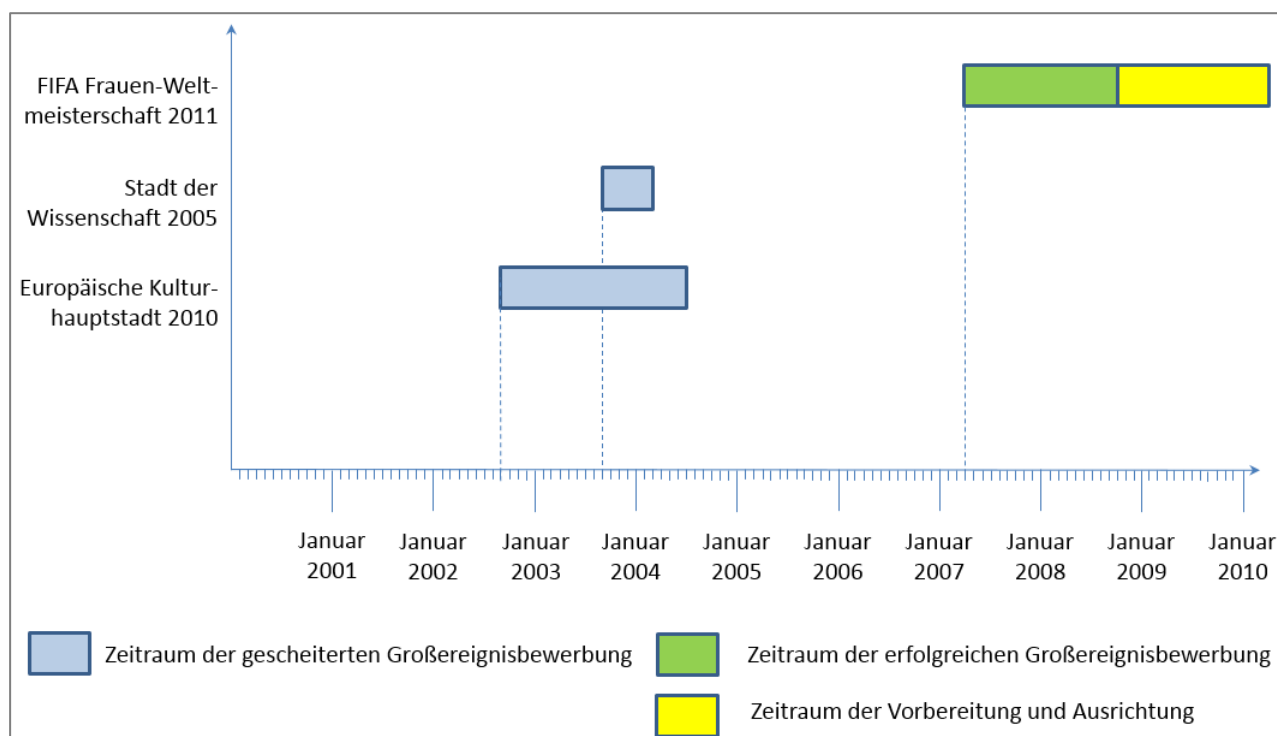
Abb. 11: Großereignisse der Stadt Aachen zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung)

## Augsburg

Für die Stadt Augsburg zählten zwischen 2000 und 2010 die Europäische Kulturhauptstadt 2010, das 2005 neu eingeführte Format Stadt der Wissenschaft sowie die Fußball-Weltmeisterschaft 2011 zu den Großereignissen, welche das städtische Geschehen beeinflussten. Für alle drei Großereignisse wurden Bewerbungen ganz unterschiedlichen Charakters und Ausmaßes erarbeitet Augsburg ist zwar weder Europäische Kulturhauptstadt 2010 und noch Stadt der Wissenschaft 2005 geworden, konnte aber letztendlich mit dem Zuschlag der FIFA als Sportstadt drei Wochen Gastgeber für die Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen 2011 sein (Stadt Augsburg 2011a). Neben diesen Großereignissen wurde in Augsburg auch die Ausrichtung einer Bundesgartenschau diskutiert. Die Geschäftsstelle der Lokalen Agenda 21 empfahl 2005 der Stadtverwaltung sich für

die Ausrichtung einer Bundesgartenschau 2019 zu bewerben (Stadtrat Augsburg 2005, 1-2). Allerdings konnten keine Belege dafür gefunden werden, dass dieser Vorschlag aufgegriffen und weiterverfolgt wurde.

Vor dem Hintergrund des Friedensfestes Pax-Augustina im Jahr 2005 und dem deutschen Mozartfest 2006 anlässlich des 250. Geburtstages Wolfgang Amadeus Mozarts fand in Augsburg der Bewerbungsprozess zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 statt. Diese beiden Jubiläen stellten unverrückbare Termine dar, deren Planungen auf dem Weg zur Kulturhauptstadt auch unabhängig vom Ausgang der Bewerbung die Aktivitäten das kulturelle Leben weit über die Stadtgrenzen hinaus bereichern sollten (Stadt Augsburg 2004a, 26). Im Bewerbungsverfahren um die Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt konkurrierte Augsburg auf Länderebene mit den Städten Bamberg und Regensburg und scheiterte letztendlich im Juni 2004 an der Entscheidung des Bayrischen Kultusministers, der sich für die Regensburger Bewerbung aussprach (Augsburger Allgemeine 2004a). Parallel zur Bewerbung für die Europäische Kulturhauptstadt 2010 fand das Bewerbungsverfahren zur Stadt der Wissenschaft 2005 statt. Auch diese Bewerbung scheiterte bereits in der Vorrunde, nachdem der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft die Bewerbungen der vier Städte Bremen/Bremerhaven, Dresden, Göttingen und Tübingen für das Finale auswählte (Pressestelle des Senats Freie Hansestadt Bremen 2004). Zeitlich versetzt folgte 2007 die Bewerbung Augsburgs für die Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen 2011. Auch wenn mit der Bewerbung und den Anforderungen der FIFA an die Stadien Millionen Ausgaben für die Stadt verbunden waren, beschloss der Stadtrat im September 2008 mit großer Mehrheit (52:4) die Aufrechterhaltung der Bewerbung (Augsburger Allgemeine 2008).



*Abb. 12: Großereignisse der Stadt Augsburg zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung)*

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass in der ersten Hälfte des Jahrtausends die Bewerbungsaktivitäten der Stadt Augsburg zur Ausrichtung von Großereignissen scheiterten. Mit zeitlichem Abstand gelang es, durch das erfolgreiche Bewerbungsverfahren zur Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen 2011, ein Großereignis in die Stadt zu bringen (vgl. Abb. 12). Die vier Spiele der Fußball-Weltmeisterschaft wurden von zahlreichen Veranstaltungen in der Augsburger Innenstadt begleitet (Stadt Augsburg 2011b, 9) und lassen vermuten, was die Europäische Kulturhauptstadt 2010 in Augsburg ausgelöst hätte. Die zahlreichen kulturellen Veranstaltungen (90) im Rahmen des Kulturprogramms „City of Peace“ im Zeitraum vom 26. Juni bis zum 10. Juli 2011 Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen 2011 in Augsburg geben einen Hinweis dafür (Stadt Augsburg 2011c).

### **Braunschweig**

Großereignisse wie die Europäische Kulturhauptstadt 2010 und die Stadt der Wissenschaft 2005 und 2007 beeinflussten zwischen 2000 und 2010 das Geschehen in der Stadt Braunschweig. Während die ersten beiden Bewerbungen (Europäische Kulturhauptstadt und Stadt der Wissenschaft) scheiterten, konnte beim dritten Anlauf ein Großereignis für die Stadt eingeworben werden. Braunschweig war 2007, nach Bremen (2005) und Dresden (2006) die dritte deutsche Stadt der Wissenschaft. Zwar erhielt Braunschweig bereits für die Bewerbung 2005 eine Belobigung vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für die aufgestellte Bewerbung, doch reichte dies letztendlich nicht für den Einzug ins Finale und die Einwerbung des Titels Stadt der Wissenschaft 2005 (Stadtrat Braunschweig 2005a, 2). Im Fall der Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 startete Braunschweig als Vertreter für Niedersachsen in den bundesdeutschen Wettbewerb (Stadtrat Braunschweig 2002a, 1). Braunschweig profitierte dabei von der frühzeitigen Positionierung der Niedersächsischen Landesregierung für eine Bewerbung, so dass die Osnabrücker Bewerbungsaktivitäten bereits auf Länderebene scheiterten (Niedersächsischer Landtag 2003, 21). Braunschweigs Bewerbung scheiterte dann an der Entscheidung der Kultusministerkonferenz, die Essen und Görlitz als deutsche Kandidaten auswählten (Kultusministerkonferenz 2005, 1). Braunschweigs Bewerbungsverfahren fanden fast parallel zueinander statt (vgl. Abb. 13). Eingebettet in das Bewerbungsverfahren zur Europäischen Kulturhauptstadt wurde 2003 die Bewerbungsunterlage für die Stadt der Wissenschaft 2005 vorbereitet. Auftakt der zweiten Bewerbung für die Stadt der Wissenschaft 2007 war der März 2005. Damit begann dieses Bewerbungsverfahren unmittelbar nach der Entscheidung, dass Braunschweig nicht Europäische Kulturhauptstadt 2010 wird. Mit der Ausrichtung des Großereignisses Stadt der Wissenschaft 2007 endete vorerst das Interesse Braunschweig an Großereignissen. Weitere Aktivitäten zu anderen Formaten sind bisher nicht bekannt



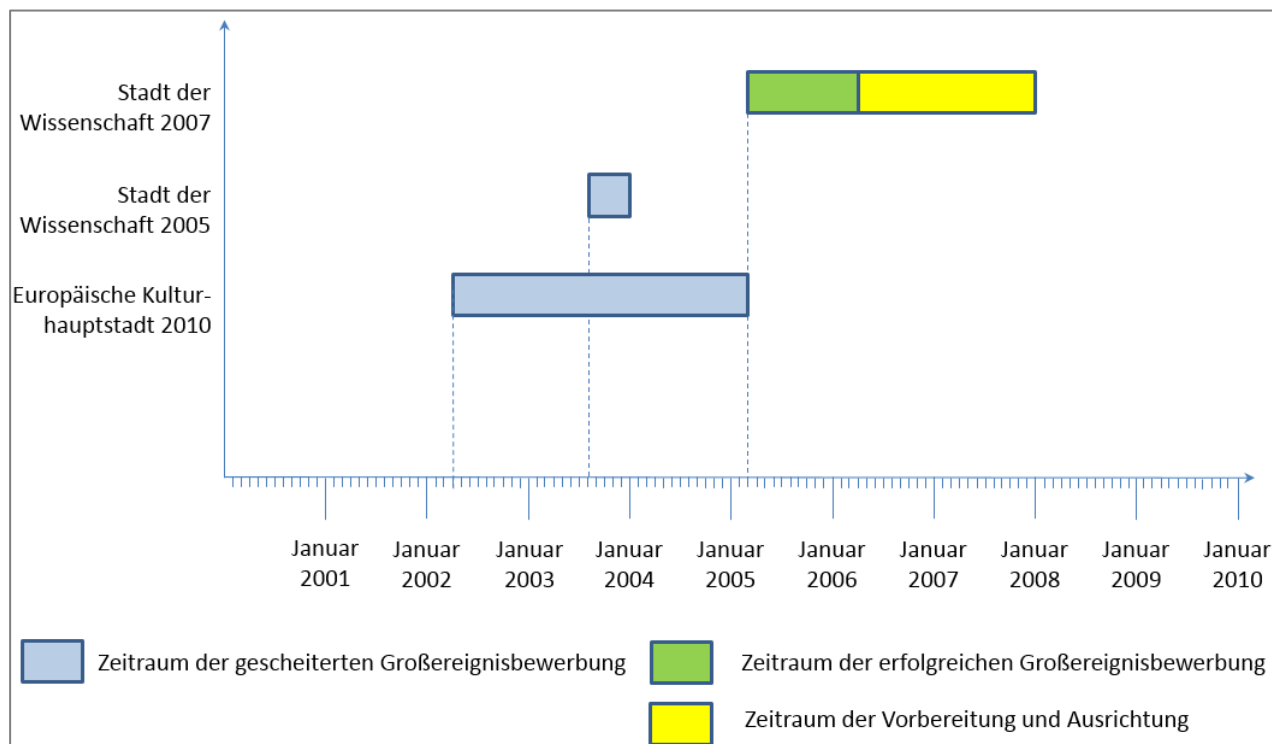


Abb. 13: Großereignisse der Stadt Braunschweig zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung)

## Duisburg

Als Stadt des Ruhrgebietes verfolgte Duisburg mehrmals allein und gemeinsam mit anderen Städten das Ziel, Großereignisse auszurichten. Dazu zählten Großereignisse ganz unterschiedlicher Themen wie die Olympischen Spiele und die World Games, die Bundes- und Landesgartenschauen, die Stadt der Wissenschaft und die REGIONALE sowie die Europäische Kulturhauptstadt. Insgesamt beteiligte sich Duisburg zwischen 2000 und 2010 an vier internationalen, zwei nationalen und zwei regionalen Wettbewerben (vgl. Abb. 14). Während die Bewerbungen zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 zusammen mit weiteren Städten des Ruhrgebietes (mit der Stadt Essen als Vertreter) und um die World Games 2005 erfolgreich waren, scheiterte Duisburg mit den anderen Bewerbungsverfahren auf verschiedene Art und Weise. Dazu zählte die Bewerbung Duisburgs um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012. Für die Bewerbung Olympia Rhein-Ruhr 2012 stand zwar Düsseldorf als Hauptaustragungsort im Mittelpunkt, jedoch sahen die Planungen auch Wettkampfstätten in Duisburg vor. Demzufolge war die Stadt Duisburg neben weiteren Städten Nordrhein-Westfalens ebenso Mitglied des „Zweckverbandes Olympia Rhein-Ruhr“, welcher die Vorbereitungen der Olympiabewerbung koordinierte (Rat der Stadt Duisburg 2010c, 3). Allerdings scheiterte der Bewerbungsprozess im Wettbewerb um die Auswahl des nationalen Olympischen Kandidaten. Die gemeinsame Olympiabewerbung Rhein-Ruhr schied ähnlich wie die der Städte Hamburg, Stuttgart und die Region Frankfurt RheinMain aus, während Leipzig in den internationalen Wettbewerb geschickt wurde (FAZ 2003b). Weiterhin scheiterte Duisburg mit der Gemeinschaftsbewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2007 mit Bochum, Dortmund und Es-

sen (RVR 2006). Die gemeinsame Städtebewerbung erreichte nicht das Finale und schied in der Vorrunde des Wettbewerbes aus. Auch der zweite Versuch, Stadt der Wissenschaft 2012 zu werden, scheiterte. Dabei wurde der Ratsbeschluss zur Bewerbungsaufstellung aufgrund von Kapazitätsengpässen und fehlenden Projektpartnern aufgehoben (Rat der Stadt Duisburg 2010b, 19). Im Vergleich zu den bereits genannten Wettbewerben konzentrierte sich die Bewerbung für die Bundesgartenschau 2011 ausschließlich auf die Stadt Duisburg. Nachdem bereits der Zuschlag für die Austragung gesichert war, zog die Stadt Duisburg jedoch aus finanziellen Gründen die Bewerbung zurück (Rat der Stadt Duisburg 2003e, 63). Auf regionaler Ebene beteiligte sich Duisburg am Wettbewerb um die Ausrichtung der REGIONALEN 2013 und die Landesgartenschau 2014. Diese beiden Bewerbungsverfahren fanden parallel zueinander und zeitlich versetzt zu den bundesdeutschen Wettbewerben statt. Jedoch konnte auch dafür kein Zuschlag eingeworben werden. Aufbauend auf den Erfahrungen zur Ausrichtung der World Games 2005, entschied sich Duisburg noch einmal für eine Wettbewerbsbeteiligung zur Ausrichtung der World Games 2013. Die World Games sind ein internationaler sportlicher Wettkampf in nicht olympischen Sportarten, der alle vier Jahre ausgerichtet wird und unter der Schirmherrschaft des IOC steht (Rat der Stadt Duisburg 2007d, 3). Nachdem die ursprünglichen Planungen, dieses Großereignis mit Düsseldorf als Partner durchzuführen, nicht konkretisiert werden konnten, fehlten wichtige finanzielle Mittel, die letztendlich in einer Aufhebung des Ratsbeschlusses zur Bewerbungsaufstellung resultierten (Rat der Stadt Duisburg 2008d, 1).

Letztendlich kann für Duisburg festgestellt werden, dass ein diverses Bild unterschiedlicher Bewerbungsverfahren zwischen 2000 und 2010 vorherrschte. Besonders zwischen 2001 und 2003 sowie zwischen 2007 und 2008 überlagerten sich Bewerbungsprozesse. Für die Stadt sind Großereignisse unterschiedlicher Themen von Relevanz, ebenso wie Wiederholungsbewerbungen (z. B. World Games). Das Verhältnis zwischen den vielen Bewerbungen und den tatsächlichen Ausrichtungen ist unausgewogen, es scheitern mehr Bewerbungen, als dass Großereignisse ausgerichtet werden können. Ebenso macht die Stadt die Erfahrung, selbst das Scheitern eines Bewerbungsprozesses zu bestimmen, indem sie davon Abstand nimmt und die Beschlüsse dazu aufhebt (z. B. Bundesgartenschau 2011 und World Games 2013). Zum anderen erfolgt das Scheitern auf Entscheidung der Ausrichterorganisationen, welche das Ausscheiden aus dem Wettbewerb bestimmen (vgl. Olympische Sommerspiele 2012 und Stadt der Wissenschaft 2007).

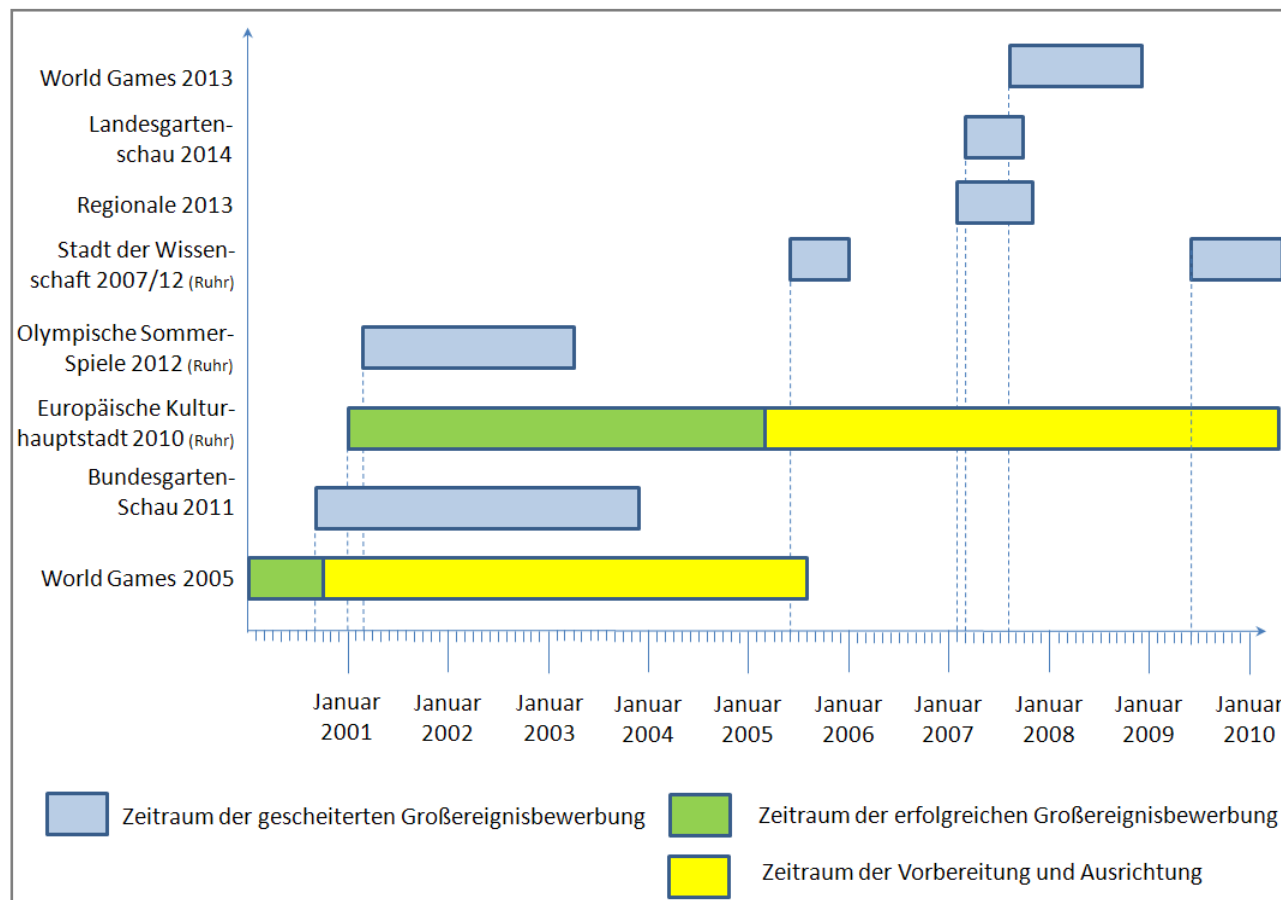


Abb. 14: Großereignisse der Stadt Duisburg zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung)

### Frankfurt am Main

Für die Stadt Frankfurt am Main als Kern des Ballungsraums Rhein-Main war zwischen 2000 und 2010 eine Vielzahl von internationalen wie nationalen Großereignissen von Bedeutung. Während sich die Stadt erfolgreich als Austragungsort der Fußball-Weltmeisterschaft der Männer 2006 und der Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen 2011 profilieren konnte (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002c, 80; FAZ 2007b), scheiterten sowohl die Gemeinschaftsbewerbungen der Region Frankfurt Rhein-Main, die Olympischen Spiele 2012 und die Europäische Kulturhauptstadt 2010 auszurichten als auch die Bewerbung um die Stadt der Wissenschaft 2007. Die Bewerbung für die Olympischen Spiele 2012 endete bereits im nationalen Auswahlverfahren durch den Beschluss des NOK, Leipzig in das internationale Verfahren zu schicken. Auch die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2007 scheiterte an der Entscheidung der Ausrichterorganisation. Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft legte fest, dass Frankfurt am Main bereits in der Vorrunde aus dem Wettbewerb ausschied (Frankfurter Rundschau 2006a). Anders stellte sich das Scheitern im Fall der Kulturhauptstadtbewerbung dar. Dort entschied die Frankfurter Oberbürgermeisterin, aus dem Bewerbungsprozess zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 auszusteigen. Dies wurde vom Stadtparlament

Frankfurt am Main und der beteiligten Regionalkonferenz mitgetragen (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2003b, 1-3).

Die Betrachtung der Reihenfolge der Bewerbungsverfahren verdeutlicht die fast immer bestehenden zeitlichen Parallelitäten bzw. Überschneidungen zwischen Bewerbungsprozessen und der Ausrichtung der eingeworbenen Großereignisse (vgl. Abb. 15). Während das Bewerbungsverfahren als Austragungsort für die Fußball-Weltmeisterschaft der Männer 2006 noch lief, wurde bereits der Entschluss gefasst, dass sich Frankfurt und die Region RheinMain für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012 bewerben werden. Kurz danach erfolgte der Auftakt zur Bewerbung für die Europäische Kulturhauptstadt 2010. Zeitlich etwas versetzt fand das Bewerbungsverfahren zur Stadt der Wissenschaft 2007 statt. Ursprünglich war eine Bewerbung für das Jahr 2006 geplant, die aber aufgrund der überschrittenen Abgabefristen nicht mehr möglich wurde (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2005b, 2). Fast über den ganzen Zeitraum von 2000 bis 2010 wurde die Diskussion zur Ausrichtung einer IBA bzw. einer REGIONALEN geführt, die jedoch nie erfolgreich zum Abschluss gebracht wurde.

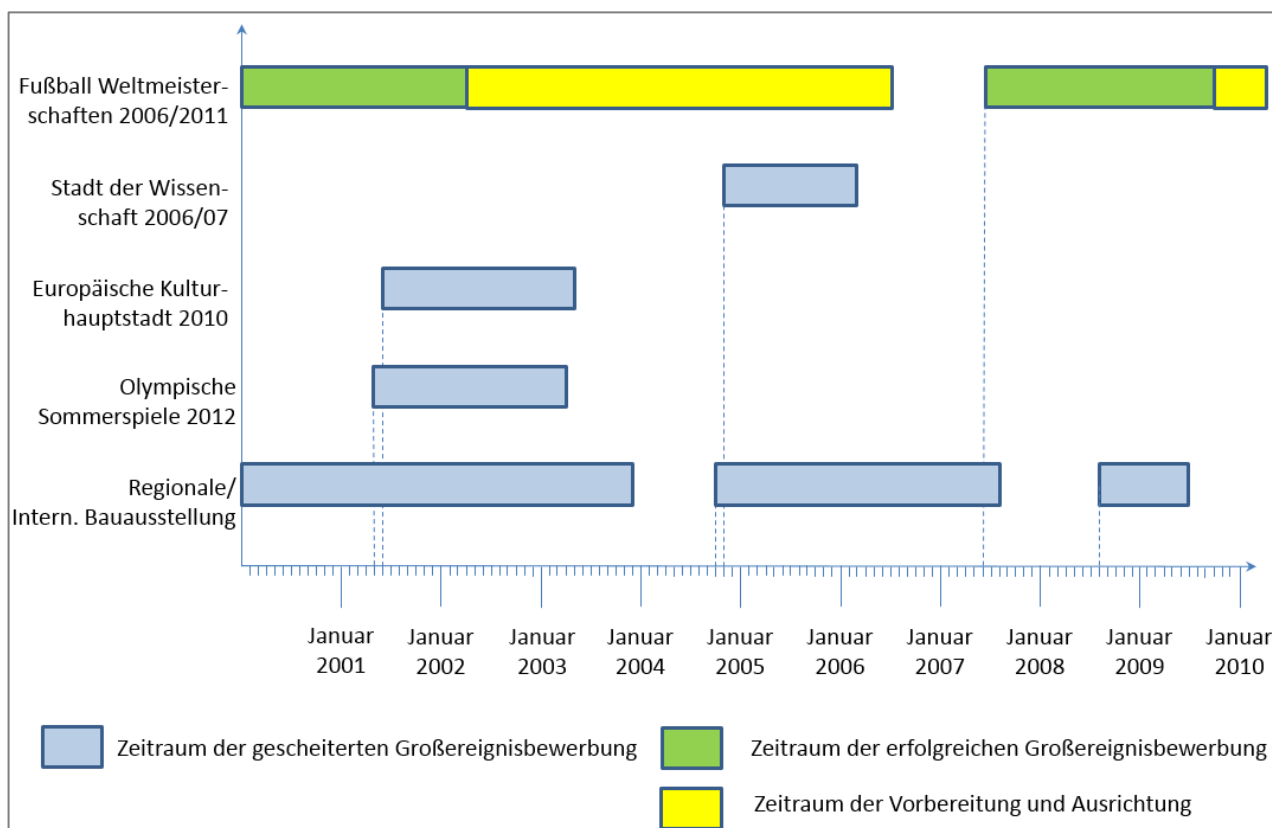


Abb. 15: Großereignisse der Stadt Frankfurt am Main zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung)

### Halle (Saale)

Auch für die Stadt Halle (Saale) waren im Zeitraum zwischen 2000 und 2010 verschiedene Typen von Großereignissen von Bedeutung. Mit der Aufstellung eines Bewerbungskonzeptes beteiligte sich die Stadt am Wettbewerb um die Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 und der Stadt der Wissenschaft 2005 und 2012. Außerdem unter-

stützte Halle (Saale) die Stadt Leipzig inhaltlich, organisatorisch und finanziell im nationalen Wettbewerb um die Olympischen Sommerspiele 2012 (Stadtrat Halle (Saale) 2002, 1). Durch die geographische Nähe zu Leipzig erhoffte sich die Stadt Halle (Saale) im Fall einer positiven Entscheidung für Leipzig eine entscheidende Rolle bei der Vergabe der Trainingsstätten für die Olympischen und Paralympischen Spiele (Stadtrat Halle (Saale) 2002, 2). Ebenso hatte 2006 das Stadtjubiläum „1.200 Jahre Halle“ den punktuellen Charakter eines Großereignisses, worauf sich die Stadt seit Beginn der 2.000er vorbereitete (Stadt Halle (Saale) 2003a, 5). Die kontinuierliche und prozesshafte Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der IBA Stadtumbau des Bundeslandes Sachsen-Anhalt zwischen 2002 und 2010 gab den Bewerbungsverfahren einen zeitlichen, aber auch inhaltlichen Rahmen. Die Herausforderung der Stadt Halle (Saale), sich den demografischen Veränderungen, im Besonderen der schrumpfenden Bevölkerung zu stellen und den damit einhergehenden Wohnungsleerstand durch Stadtumbau zu begegnen, war zentrales Thema der IBA, aber auch für die anderen Großereignisbewerbungen. Im Wettbewerb um Großereignisse musste Halle (Saale) allerdings die Erfahrung machen sowohl für die Europäische Kulturhauptstadt 2010 als auch für die Stadt der Wissenschaft 2005 und 2012 von der jeweiligen Ausrichterorganisation nicht ausgewählt worden zu sein. Im Bewerbungsprozess zur Europäischen Kulturhauptstadt setzte sich Halle (Saale) zwar im landesinternen Wettbewerb gegen die Region Dessau-Wittenberg durch und ging im Juni 2004 als Kandidat für Sachsen-Anhalt in den nationalen Wettbewerb (Stadt Halle (Saale) 2004c, 1). Dieser endete jedoch im März 2005 mit der Entscheidung der Kultusministerkonferenz, die Städte Essen und Görlitz der Europäischen Union als Kandidatenstädte vorzuschlagen (Kultusministerkonferenz 2005, 1). Im Fall der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 erreichte Halle (Saale) einen „Achtungserfolg“ vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für das „gut durchdachte Gesamtkonzept“, konnte damit jedoch nicht die Finalrunde, in der Bremen, Dresden, Göttingen und Tübingen um den Titel konkurrierten, erreichen (Stadtrat Halle (Saale) 2004d, 34-35; Stadt Halle (Saale) (2004b), 1). Im Vergleich zum Auftakt des Formates Stadt der Wissenschaft im Jahr 2005, an dem sich 37 Städte beworben hatten nahmen am Wettbewerb für 2012 nur die Städte Halle (Saale), Lübeck und Regensburg teil (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 2003b; Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 2013a). Damit war Halle (Saale) automatisch im Finale, scheiterte jedoch gegen den Mitkonkurrenten Lübeck.

Wie Abb. 16 verdeutlicht, waren die Jahre zwischen 2002 und 2005 intensiv geprägt durch die fast parallel stattfindenden Bewerbungsprozesse der Stadt Halle (Saale) zusammen mit Leipzig Ausrichter der Olympischen Spielen 2012 zu werden, und den eigenständigen Bewerbungen für die Europäische Kulturhauptstadt 2010 und die Stadt der Wissenschaft 2005. Zeitlich versetzt dazu scheiterte der zweite Versuch, die Stadt der Wissenschaft im Jahr 2012 auszurichten. Die Beteiligung der Stadt an der IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt von 2002 bis 2010 bildete eine zeitliche Klammer um die Großereignisbewerbungen.

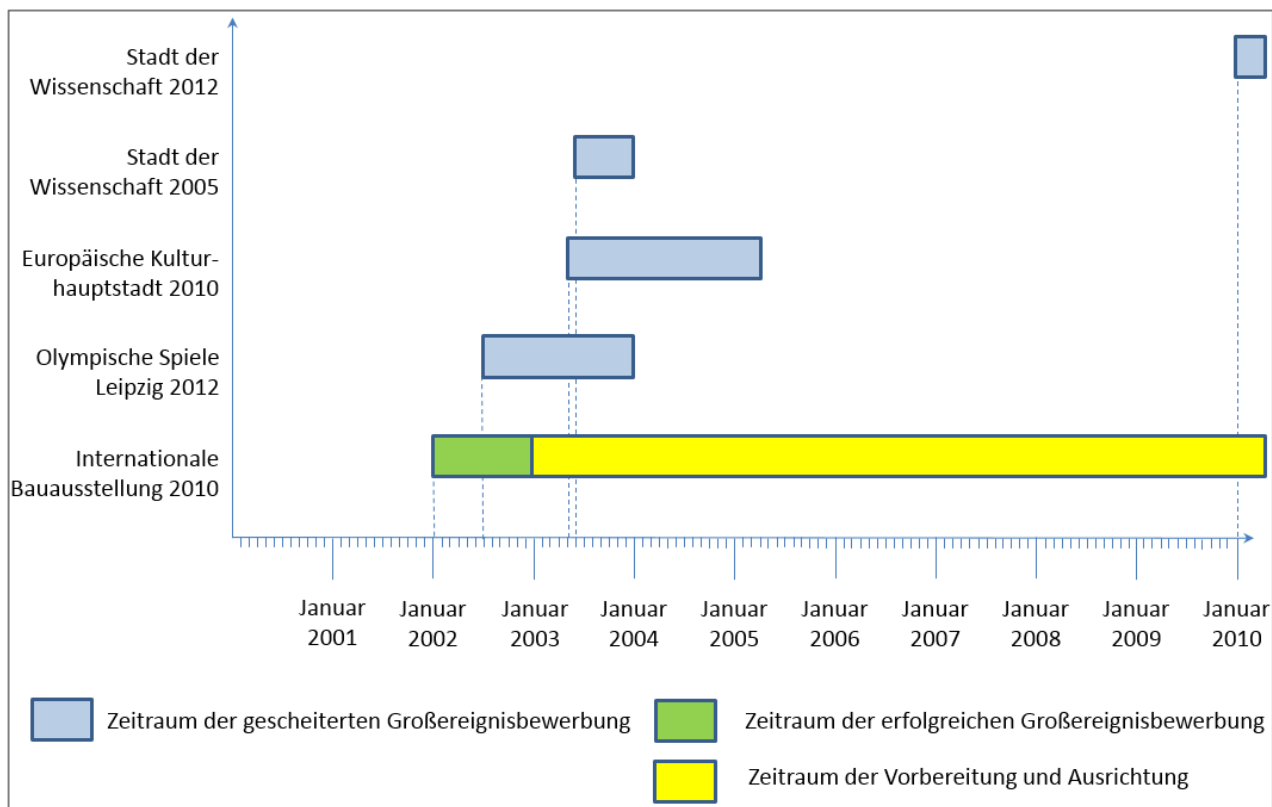


Abb. 16: Großereignisse der Stadt Halle (Saale) zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung)

## Karlsruhe

Die Stadt Karlsruhe startete mit großen Erwartungen an die Wirkungen von Großereignissen ins 21. Jahrhundert. Die Bundesgartenschau 2015, die Olympischen Sommerspiele 2012, die Europäische Kulturhauptstadt 2010 sowie die Stadt der Wissenschaft 2005 waren die Großereignisse, um deren Ausrichtung sich die Stadt bewarb. Dabei knüpften diese Aktivitäten an Großereignisse an, die Karlsruhe in der Vergangenheit ausgerichtet hatte: Die World Games 1989 und der 91. Deutsche Katholikentag 1992 (ca. 50.000 Teilnehmer). Im Vergleich zur Vergangenheit scheiterten jedoch alle Bewerbungsverfahren des 21. Jh. auf unterschiedliche Art und Weise. Nachdem 2003 im Gemeinderat entschieden wurde, den 2001 erhaltenen Zuschlag für die Bundesgartenschau 2015 aus finanziellen Gründen zurückzugeben (ka news 2003a; Land Baden-Württemberg 2007), scheiterten auch die Bemühungen gemeinsam mit der Landeshauptstadt Stuttgart die Olympischen Spiele 2012 nach Baden-Württemberg zu holen. Im innerdeutschen Wettbewerb entschied sich das NOK gegen diese Bewerbung und für die Stadt Leipzig (FAZ 2003b). Auch die bereits seit 1996/97 diskutierte Kulturhauptstadtbewerbung von Karlsruhe (Gemeinderat Karlsruhe 2001a, 2) und die Bewerbung zur Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft 2005 (Pressestelle des Senats Freie Hansestadt Bremen 2004) scheiterten aufgrund der Entscheidungen der Ausrichterorganisationen, andere Städten auszuwählen. Nach diesen gescheiterten Versuchen, ein Großereignis in der Stadt auszurichten, wurde im Dezember 2006 die alte Idee einer Bundesgartenschau wieder zur Diskussion

gestellt (Gemeinderat Karlsruhe 2006a, 1). Nachdem Osnabrück 2006 ebenso den Zuschlag für 2015 zurückgegeben hatte, war der Wettbewerb um die Ausrichtung wieder offen. Im Gemeinderat wurde im April 2007 entschieden, dass sich Karlsruhe erneut für eine Bundesgartenschau 2015 bewerben wird (Gemeinderat Karlsruhe 2007c, 28). Allerdings entschied sich im November 2007 die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft gegen den Kandidaten Karlsruhe und für den einzigen Mitbewerber – die Havelregion (Die Welt 2007b).

Auf dem Weg zum Stadtjubiläum 2015, dem 300. Stadtgeburtstag, scheiterte Karlsruhe nun mehrfach mit Bewerbungsverfahren zur Ausrichtung eines Großereignisses. Hauptsächlich wurden die Entscheidungen dazu an anderen Stelle getroffen und Karlsruhe musste mehrfach erfahren, mit einem Vorhaben gescheitert zu sein. Dennoch ging Karlsruhe das Risiko der verschiedenen Bewerbungsprozesse ein und erhoffte sich Synergien durch deren Konzentration in der Zukunft von Karlsruhe: „Kulturhauptstadt, Olympische Spiele, Stadtgeburtstag mit Bundesgartenschau – das wäre ein Traum fürs nächste Jahrzehnt. Dann wäre die Infrastruktur dreimal genutzt. Und wer kann schon innerhalb von fünf Jahren praktisch einen dreifachen Umschlag schaffen. Das wäre doch eine perfekte Geschichte“ (Gemeinderat Karlsruhe 2001a, 12).

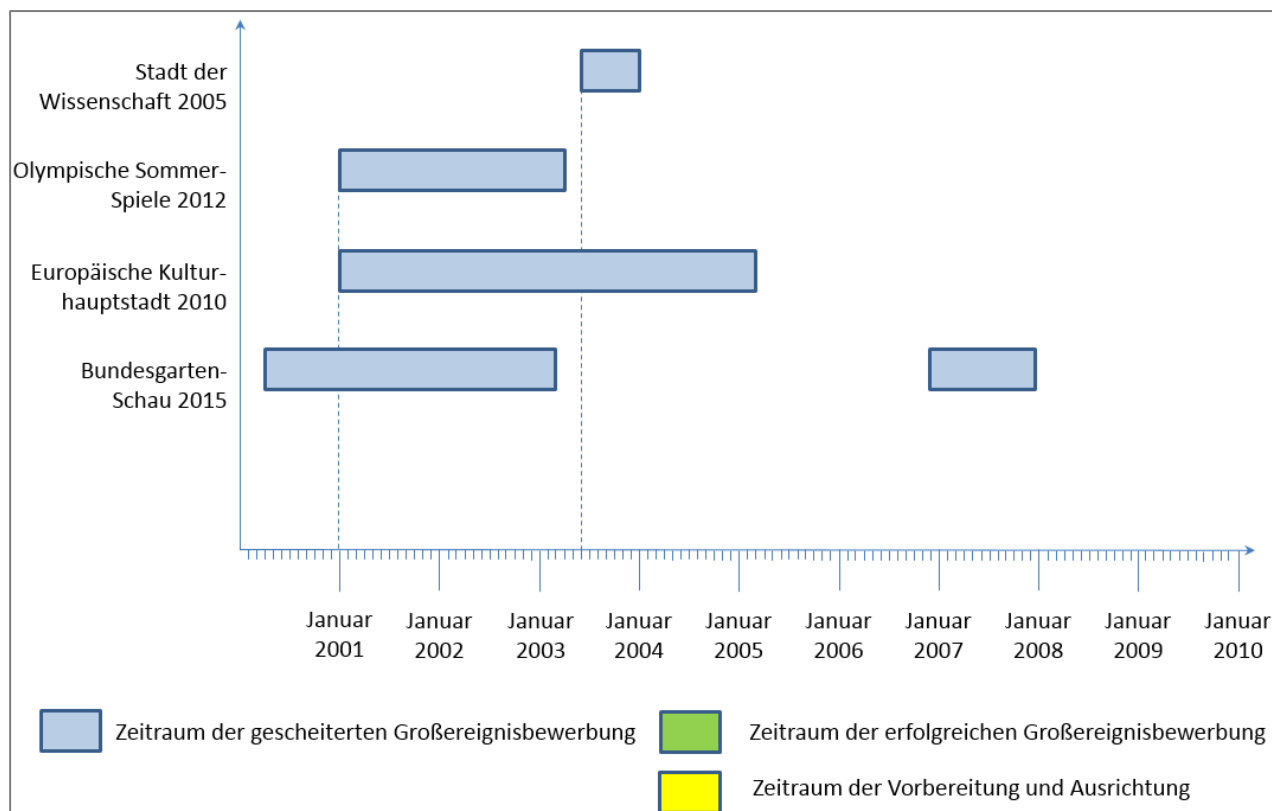


Abb. 17: Großereignisse der Stadt Karlsruhe zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung)

Dies verdeutlicht die Situation, dass sich Karlsruhe zwischen 2000 und 2005 mit vier Großereignissen parallel zueinander beschäftigt hatte, die alle zwischen 2010 und 2015 stattfinden sollten (vgl. Abb. 17). Auch die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005

fiel in diesen Zeitraum, unterschied sich jedoch von den anderen in Bezug auf die Dauer des Bewerbungsprozesses und den Ausrichtungszeitraum. Der erneute Beschluss, sich für eine Bundesgartenschau zu bewerben, wurde getroffen, nachdem die Stadt bereits mehrmalig gescheitert war. Mit einer Bundesgartenschau 2015 sollte der Stadt Karlsruhe zum 300. Geburtstag ein besonderes Geschenk gemacht werden (Gemeinderat Karlsruhe 2007c, 2). Der Stadtgeburtstag wird nun ohne Bundesgartenschau gefeiert.

### **Lübeck**

Für die Hansestadt Lübeck waren zwischen 2000 und 2010 die Bewerbungen um die Ausrichtung der Olympischen Segelwettbewerbe 2012, die Europäische Kulturhauptstadt 2010 und die Stadt der Wissenschaft 2009 und 2012 von Bedeutung. Im innerdeutschen Wettbewerb für die Olympischen Segelwettbewerbe scheiterte Lübeck, gegen den Kandidaten Rostock/Warnemünde, der zusammen mit Leipzig den Zuschlag des NOK erhielt und in den internationalen Wettbewerb eintrat (Mitteldeutsche Zeitung 2003). Im Fall der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 trat Lübeck stellvertretend für Schleswig-Holstein an und scheiterte damit auf nationaler Ebene. Im Wettbewerb um die Stadt der Wissenschaft 2009 konnte sich Lübeck vorerst gegen die Bewerberstädte Heidelberg, Kaiserslautern und Rostock durchsetzen und verlor dann im Finale gegen Oldenburg (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 2007, Hansestadt Lübeck 2008). Nachdem diese drei Bewerbungen scheiterten, indem sie nicht von den Ausrichterorganisationen ausgewählt wurden, konnte Lübeck 2012 letztendlich ein Großereignis ausrichten: Lübeck gewann den Wettbewerb zur Stadt der Wissenschaft 2012 (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2011, 8).

Alle Bewerbungsprozesse zwischen 2000 und 2010 wurden nacheinander durchgeführt (vgl. Abb. 18). Auch wenn die Bewerbungsverfahren zur Ausrichtung der Olympischen Segelwettbewerbe und zur Europäischen Kulturhauptstadt fast fließend ineinander übergingen, wurden im Vergleich zum parallelen Vorgehen anderer Städten (z. B. Halle (Saale)) alle Bewerbungen der Stadt Lübeck für Großereignisse schrittweise angegangen. Aus der Perspektive des Scheiterns, gilt für Lübeck, dass alle Bewerbungsverfahren auf Basis der Entscheidungen der Ausrichterorganisationen scheiterten.



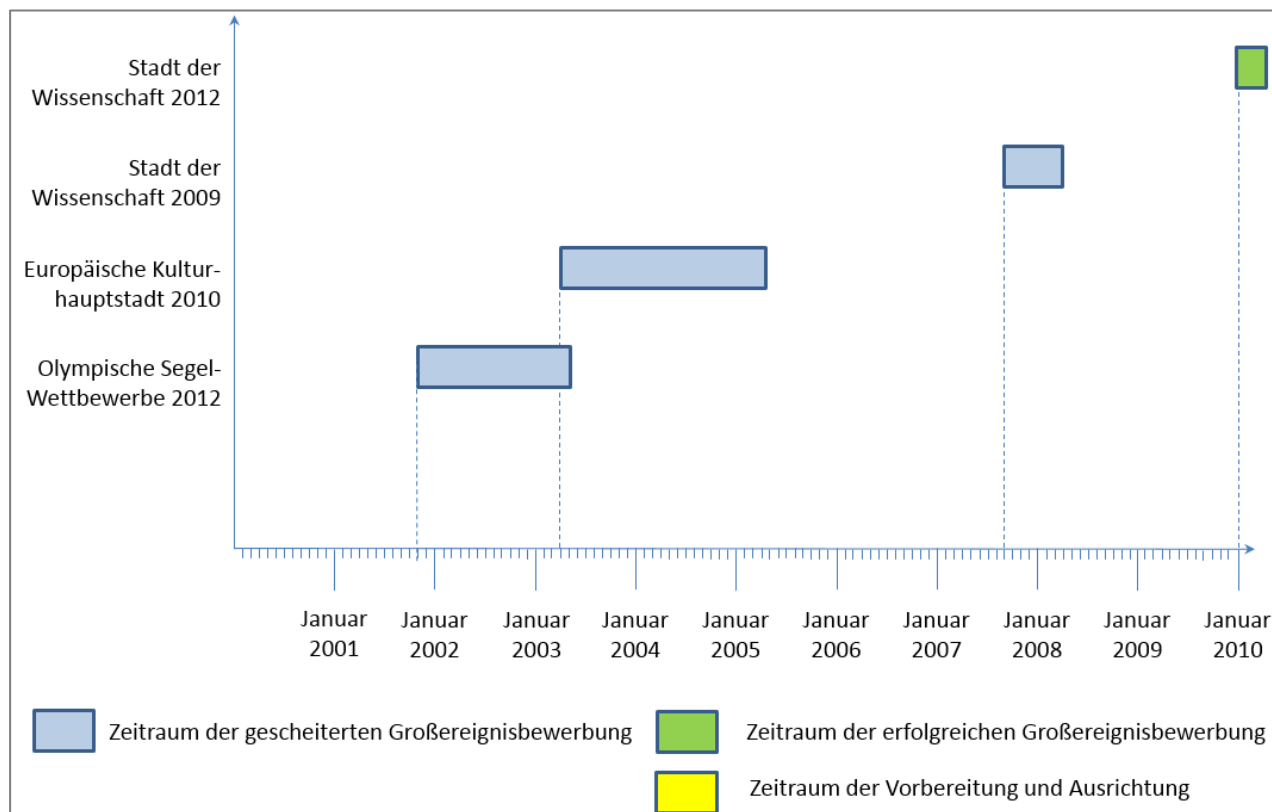


Abb. 18: Großereignisse der Stadt Lübeck zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung)

## Münster

Münster zählt mit Braunschweig, Oldenburg, Potsdam, Lübeck und Halle (Saale) zu der Gruppe von Städten, die sich einmal für die Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 und zweimal für die Stadt der Wissenschaft beworben hatten. Während für Braunschweig, Lübeck und Oldenburg die zweite Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft erfolgreich war, scheiterte Münster ebenso wie Halle (Saale) und Potsdam mit der erneuten Bewerbung. Sowohl beim ersten als auch beim zweiten Anlauf schied Münster in der Vorrunde des Wettbewerbes zur Stadt der Wissenschaft aus. Auch bei der Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt scheiterte Münster bereits im ersten Verfahrensschritt beim bundeslandinternen Auswahlverfahren. In Nordrhein-Westfalen konkurrierten damals die Städte Essen (für das Ruhrgebiet), Münster sowie Köln für die Weiterempfehlung an das Auswärtige Amt. Neben den Großereignissen Europäischen Kulturhauptstadt und der Stadt der Wissenschaft wurde immer wieder die Ausrichtung einer Bundesgartenschau im Stadtrat diskutiert. Eine Bewerbung wurde insbesondere aus Kostengründen bisher jedoch nicht abgegeben (I\_7, 19.07.2012).

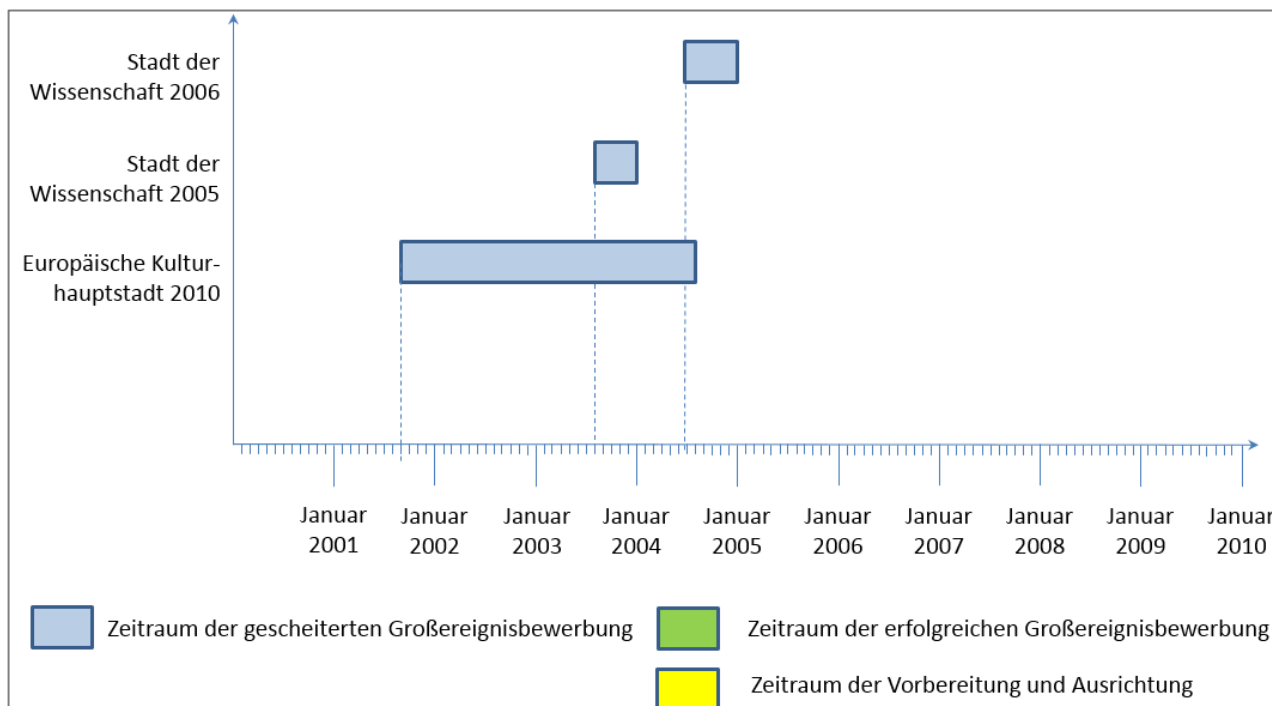


Abb. 19: Großereignisse der Stadt Münster zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung)

Die Bewerbungsaktivitäten der Stadt Münster fanden nahezu parallel statt und konzentrierten sich in der ersten Hälfte des Jahrzehnts (vgl. Abb. 19). Im Bewerbungszeitraum zur Europäischen Kulturhauptstadt von September 2001 bis Juni 2004 wurde auch die erste Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 aufgestellt (August 2003 – Dezember 2003). Während die Entscheidung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, Essen als Vertreter in den bundesdeutschen Wettbewerb zu schicken (RP Online 2004), den Bewerbungsprozess der Stadt Münster für die Europäische Kulturhauptstadt 2010 beendete, wurde kurz darauf eine erneute Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft für 2006 vorbereitet (Stadt Münster 2004g). Nachdem diese auf Basis der Entscheidung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft ebenso scheiterte, gehört Münster zu den Städten, die ausschließlich mit ihren Großereignisbewerbungen zwischen 2000 und 2010 scheiterten.

### Oldenburg

Für die Stadt Oldenburg waren im Untersuchungszeitraum 2000 bis 2010 die Großereignisse Bundesgartenschau 2015 „Vom historischen Fliegerhorst zum modernen Landschaftspark“ und die Stadt der Wissenschaft 2005 und 2009 von Bedeutung. Die Vorhaben, eine Bundesgartenschau 2015 und die Stadt der Wissenschaft 2005 auszurichten, scheiterten dabei auf ganz unterschiedliche Weise. Nach intensiven Vorarbeiten für eine Bewerbung verzichtete Oldenburg auf die Abgabe der Bewerbungsunterlage kurz vor der Abgabefrist im Dezember 2002 (Stadtrat Oldenburg 2002b, 4-7). Die Stadt fürchtete langjährige Vertragsverhandlungen, erst nachdem die genauen finanziellen Rahmenbedingungen für die Stadt offenbar wären (Stadtrat Oldenburg 2002a, 2). Im Fall der geschei-

terten Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 beschloss der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft den Ausstieg Oldenburgs aus dem weiteren Verfahren. Neben weiteren 33 Bewerberstädten, schied Oldenburg beim Wettbewerb um die Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft 2005 bereits in der Vorrunde aus (Pressestelle des Senats Freie Hansestadt Bremen 2004). Nachdem sich die Stadt Oldenburg einmal aktiv für das Scheitern eines Großereignisses entschieden hatte und einmal passiv der Bewerbungsprozess endete, konnte 2009 schließlich der Titel Stadt der Wissenschaft 2009 erworben werden (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 2013b). Mit der Stadt der Wissenschaft 2009 enden in Oldenburg die Aktivitäten sich für weitere Großereignisse zu bewerben.

In Abb. 20 wird deutlich, dass die Großereignisbewerbungen versetzt zueinander verliefen. Während der Auftakt zum Bewerbungsprozess für die Bundesgartenschau 2015 bereits zum Ende der 1990er Jahre einsetzte, folgten jeweils mit einem bestimmten zeitlichen Abstand die Bewerbungsprozesse zur Stadt der Wissenschaft 2005 und 2009.

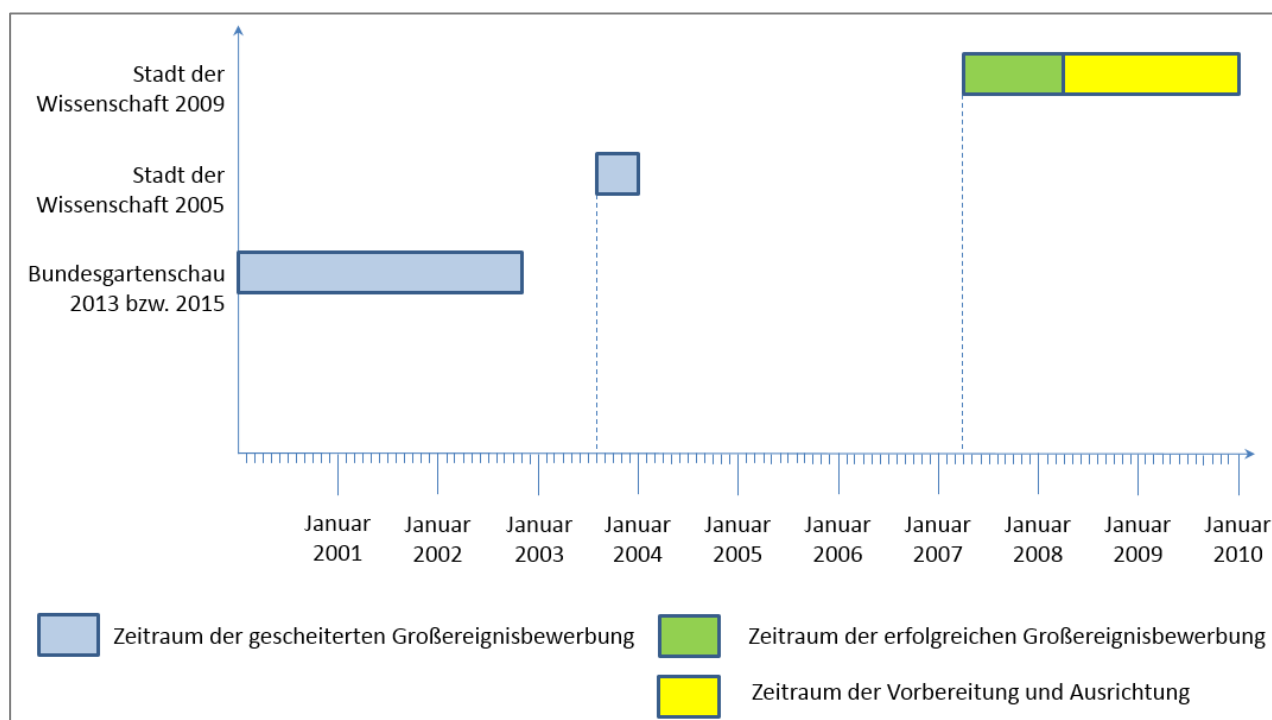


Abb. 20: Großereignisse der Stadt Oldenburg zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung)

### Potsdam

Die Stadt Potsdam scheiterte zwischen 2000 und 2010 mit den Bewerbungen für die Europäische Kulturhauptstadt 2010 und die Stadt der Wissenschaft 2006 und 2008. Bevor Potsdam diese Erfahrungen machte, konnte es bereits auf die erfolgreiche Durchführung eines nationalen Großereignisses, der Bundesgartenschau 2001, und eines regionalen Großereignisses, dem Brandenburg-Tag 2003, zurückblicken. Eine Beteiligung am Wettbewerb zur Ausrichtung von Wettkämpfen im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen 2011 wurde ebenso diskutiert, kam jedoch nicht zum Tra-

gen, da zum einen ein Stadionneubau nicht finanzierbar gewesen wäre. Zum anderen hatte es von der UNESCO Bedenken zum Umgebungsschutz des Weltkulturerbes in Potsdam gegeben (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2007, 3-4).

Als alleiniger Bewerber Brandenburgs nahm Potsdam sofort am bundesweiten Auswahlverfahren zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 teil und musste sich mit keinem weiteren Kandidaten aus dem Land Brandenburg messen. Wie alle in dieser Arbeit vorgestellten Städte, scheiterte auch Potsdam mit seinem Vorhaben Europäische Kulturhauptstadt 2010 zu werden an der Entscheidung der Kultusministerkonferenz, die sich für Essen und Görlitz aussprach (Kultusministerkonferenz 2005, 1). Im Gegensatz zu der Vielzahl von Bewerberstädten für die Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 – insgesamt waren es 17 deutsche Städte – nahmen am Wettbewerb um die Stadt der Wissenschaft 2006 nur sechs Städte teil. Dabei schied Potsdam zusammen mit Bonn und Münster bereits in der Vorauswahl aus, wogegen die Städte Dresden, Magdeburg und Tübingen das Finale erreichten (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 2005b). Mit der Folgebewerbung im Wettbewerb um die Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft 2008 musste sich Potsdam gegen den alleinigen Mitbewerber Jena geschlagen geben (Der Tagesspiegel 2007).

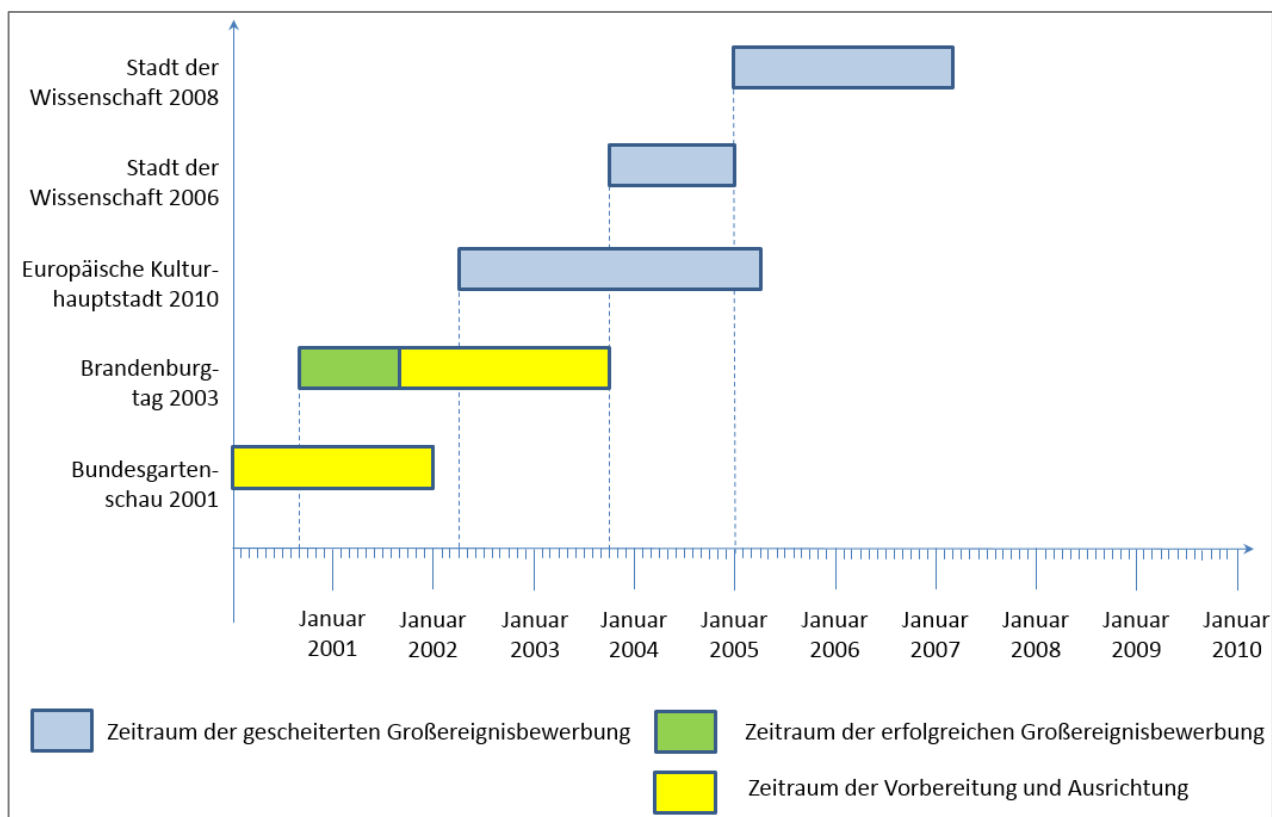


Abb. 21: Großereignisse der Stadt Potsdam zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung)

Zusammenfassend für die gescheiterten Bewerbungserfahrungen der Stadt Potsdam kann festgestellt werden, dass alle Bewerbungen scheiterten, weil sich die Ausrichteror-

ganisationen für andere Städte entschieden. Bei der Betrachtung der zeitlichen Abfolge der für die Stadt Potsdam bedeutenden Großereignisse wurde deutlich, dass sich die Prozesse meist überschneiden, jedoch nicht gänzlich gleichzeitig stattfanden (vgl. Abb. 21). Während der letzten Vorbereitungen auf die Ausrichtung der Bundesgartenschau 2001 entschied sich die Stadt für die Bewerbung zur Ausrichtung des Brandenburg-Tages. Zwei Jahre nach der Bundesgartenschau sollte Potsdam mit einer Großveranstaltung mit überregionaler Resonanz aktiv in Erscheinung treten (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2001, 3). Während die Vorbereitungen auf den Brandenburg-Tag liefen, entschied sich die Stadt an der Teilnahme des Wettbewerbs zur Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010. Galt der Brandenburg-Tag als Begegnungs- und Kulturfest noch als ein Instrument der überregionalen Standortvermarktung, so bot die Kulturhauptstadt bereits eine europäische Kulisse. Schließlich fand am Ende des mehrjährigen Bewerbungsprozesses zur Europäischen Kulturhauptstadt die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2006 statt. Nachdem diese scheiterte, war schnell klar, dass eine erneute Bewerbung stattfinden sollte. Allerdings wurde sich bewusst dafür entschieden, erst nach einem Jahr Pause einen zweiten Anlauf zu starten, um mehr Zeit für die Aufstellung einer aussagekräftigen Bewerbungskonzeption zu haben (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005e, 1).

### 6.1.2 Vergleichende Analyse: Abgrenzungsmerkmale

#### **Anzahl: Maximal drei oder mehr als drei Großereignisbewerbungen**

Vor dem Hintergrund, dass sich zwischen 2000 und 2010 eine Vielzahl von Großereignissen und deren Wettbewerbe in Deutschland konzentrierten wurde festgestellt, dass Städte sich entweder für viele unterschiedliche Formate bewarben oder sich auf wenige konzentrierten. Die Städte Braunschweig und Augsburg scheiterten z. B. nur mit zwei Großereignisbewerbungen, während die dritte Bewerbung erfolgreich war. Auch Oldenburg und Münster beteiligten sich an drei Bewerbungsverfahren, jedoch scheiterten sie ausschließlich. Typisch für diese Städte ist auch, dass eine Wiederholungsbewerbung stattfand. So wurde z. B. häufig eine zweite Bewerbung für die Stadt der Wissenschaft eingereicht. Im Vergleich dazu beteiligten sich die Städte Frankfurt am Main und Duisburg mit mehr als acht Bewerbungen an einer Vielzahl thematisch unterschiedlicher Bewerbungsprozesse um die Ausrichtung von Großereignissen. Dies kann auch vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Stadtgrößen erklärt werden. Während die Städte Duisburg und Frankfurt am Main zur Klasse der „Großen Großstädte“ zählen, sind Braunschweig und Augsburg aufgrund ihrer Einwohnerzahl „Kleinere Großstädte“ (BBSR 2011). Es kann davon ausgegangen werden, dass die kleineren Städte sowohl organisatorisch als auch finanziell eher an ihre Grenzen kommen, um ein Großereignis auszurichten, als die größeren Städte.

**Reihenfolge: Parallel oder nacheinander stattfindende Großereignisbewerbungen**

Bedingt durch die Situation, dass in Deutschland die Bewerbungsprozesse zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010, für die Olympischen Sommerspiele 2012 und die Stadt der Wissenschaft 2005 fast parallel zueinander zwischen 2002 und 2003 stattfanden, fanden auch in den meisten Analysestädten die Mehrzahl der Bewerbungen parallel zueinander statt. So bewarb sich Karlsruhe z. B. fast zeitgleich für vier verschiedene Großereignisse: die Europäische Kulturhauptstadt 2010, beteiligte sich am Bewerbungsprozess von Stuttgart für die Olympischen Sommerspiele 2012, wollte eine Bundesgartenschau ausrichten und schließlich auch Stadt der Wissenschaft 2005 werden. Alle vier Bewerbungsvorhaben von Karlsruhe scheiterten kurz nacheinander. Im Vergleich dazu gab es jedoch auch Städte, deren Bewerbungsprozesse zeitlich versetzt und schrittweise zwischen 2000 und 2010 abliefen. Dazu zählen Aachen, Oldenburg und Potsdam. Für diese Städte ist charakteristisch, dass erst ein Bewerbungsprozess abgeschlossen wurde, bevor ein neuer begann. Es traten jedoch auch Mischformen auf. Dazu zählen Augsburg und Halle (Saale), bei denen die ersten Bewerbungsprozesse parallel zueinander verliefen und mit einem gewissen zeitlichen Abstand, sich erneut an Großereigniswettbewerben beteiligten.

**Art des Scheiterns: Misserfolg oder Rücktritt**

Bei der empirischen Fallstudienanalyse wurde deutlich, dass sich die Städte zum einen danach unterscheiden, wie es zum Scheitern des Bewerbungsprozesses gekommen ist. So gab es Städte, die bewusst von ihren Wettbewerbsbeiträgen zurücktraten. Dies trifft z. B. auf die Städte Aachen, Oldenburg, Duisburg und Karlsruhe zu, die aufgrund finanzieller Unabwägbarkeiten sich nicht mehr in der Lage sahen eine Bundesgartenschau durchzuführen. Der Bewerbungsprozess dieser Städte scheiterte, obwohl oftmals bereits ein Zuschlag erteilt wurde (Aachen, Karlsruhe und Duisburg). Im Fall von Oldenburg entschied sich der Stadtrat kurz vor dem Fristende zur Einreichung der Machbarkeitsstudie bei der Bundesgartenschau-Gesellschaft gegen eine Bewerbung. Der Rücktritt von einem Bewerbungsverfahren geschah jedoch nicht ausschließlich für das Format „Bundesgartenschau“, sondern auch im Rahmen des Wettbewerbes für die Europäische Kulturhauptstadt 2010. Nachdem der Bewerbungsprozess fast zwei Jahre angedauert hatte, entschied sich Frankfurt am Main zusammen mit der Regionalkonferenz von dem Vorhaben, Europäische Kulturhauptstadt 2010 zu werden, Abstand zu nehmen. Die Mehrheit der Bewerbungsprozesse scheiterte jedoch aufgrund der Entscheidungen von außen, indem diese nicht als Ausrichterstadt ausgewählt worden waren.

**Zeitpunkt des Scheiterns: Vorrundenverlierer oder Finalist**

Im Zusammenhang zum Scheitern wurde durch die empirische Analyse der Fallgruppe ebenso deutlich, dass Städte zu unterschiedlichen Zeitpunkten aus den Bewerbungsprozessen ausscheiden. So verliefen die Bewerbungsprozesse zur Auswahl der Europäischen Kulturhauptstadt 2010, der Stadt der Wissenschaft und für die Olympi-

schen Spiele 2012 in einem gestuften Verfahren. Städte scheiterten somit bereits in der Vorrunde oder schieden im Finale aus dem Wettbewerb aus. Unter den Analysestädten befinden sich Fälle, die nie an einem Finale zur Ausrichtung von Großereignis beteiligt gewesen sind, sondern bereits in der Vorrunde ausschieden. Dazu gehören die Städte Augsburg und Münster, die mit ihren Bewerbungen zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 und zur Stadt der Wissenschaft vorzeitig scheiterten. Im Fall der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 gab es erst einen bundesländerinternen Wettbewerb, bei dem sich vor allem in den Bundesländern mit einer hohen Städtedichte mehrere Städte am Wettbewerb beteiligten. So traten in Nordrhein-Westfalen Köln, Essen, Münster und Bayern Augsburg, Bamberg, Regensburg, jeweils drei Städte im länderinternen Wettbewerb an. In Schleswig-Holstein und Brandenburg war kein landesinterner Wettbewerb notwendig, da es jeweils nur eine Bewerberstadt (Lübeck und Potsdam) gab. Nach dieser Vorauswahl fand der Wettbewerb auf Bundesebene statt, gefolgt von der Auswahl der Europäischen Kommission. Das Ausscheiden aus dem Bewerbungsverfahren beeinflusste wesentlich die Dauer des gesamten Bewerbungsprozesses einer Stadt. So verlängerte sich für die Gewinnerstädte der landesinternen Wettbewerbe um die Europäische Kulturhauptstadt 2010 der Bewerbungsprozesse im Durchschnitt um ein Jahr. Auch für die Auswahl der Stadt der Wissenschaft und die Olympischen Spiele 2012 staffelten sich die Bewerbungsprozesse und die Bewerberstädte schieden nacheinander aus. Im Fall der Bundesgartenschaubewerbungen verlief der Bewerbungsprozess nicht zeitlich gestaffelt. Im Wettbewerb verblieben die Städte, welche die notwendigen Unterlagen wie Machbarkeitsstudien und Finanzierungspläne zusammenhängend einreichten.

### **Wettbewerbserfahrung: Ausschließliches Scheitern oder Scheitern und Erfolg**

Neben diesen spezifischen Aspekten zum Thema „Scheitern“ aus der Perspektive der einzelnen Großereignisse, wurde ebenso deutlich, dass sich Städte mit mehreren gescheiterten Großereignisbewerbungen danach unterscheiden, ob sie ausschließlich erfolglos waren oder neben den gescheiterten Erfahrungen auch erfolgreich Großereignisse einwerben konnten. So gibt es unter den elf analysierten Fallstädten nur zwei Städte, die ausschließlich zwischen 2000 und 2010 scheiterten. Die anderen Städte konnten neben mehreren gescheiterten Großereignisbewerbungen auch erfolgreich Großereignisse ausrichten. Im Zusammenhang zur Position dieser erfolgreichen Einwerbung kann danach differiert werden, ob vor oder nach den Erfahrungen des Scheiterns die Stadt erfolgreich an einem Großereigniswettbewerb teilgenommen hat. Für die Städte Aachen, Halle (Saale) und Potsdam galt, dass im Vorfeld erfolgreich ein Großereignis eingeworben werden konnte. Für Aachen und Halle (Saale) stellte die 2002 eingeworbenen Bauausstellungen den zeitlichen Rahmen für die folgenden gescheiterten Großereignisbewerbungen dar, da der Zeitpunkt der Ausrichtung danach oder parallel zu den weiteren Großereignisbewerbungen erfolgte. Im Fall von Potsdam wurde durch die 2001 erfolgreich ausgerichtete Bundesgartenschau bereits Erfahrungen mit Chancen und Risiken von

Festivalisierungsstrategien gemacht. Diesem erfolgreich eingeworbenen Großereignis folgten im Nachhinein ausschließlich gescheiterte Prozesse. Im Vergleich dazu machten die Städte Braunschweig, Augsburg, Oldenburg und Lübeck erst die Erfahrung mit mehreren gescheiterten Bewerbungen, bevor sie letztendlich doch ein Großereignis erfolgreich einwerben konnten. Die Städte Duisburg und Frankfurt am Main heben sich von den bereits vorgestellten durch die Vielzahl der stattgefundenen Bewerbungsprozesse zwischen 2000 und 2010 ab. Gescheiterte und erfolgreich eingeworbene Großereignisbewerbungen fanden z. T. parallel zueinander statt oder wechselten sich ab.

### **Indikator 1: Großereignisse und Großereignisbewerbungen zwischen 2000 und 2010**

Bei der Analyse der elf Fallstädte, die mehrfach mit Großereignisbewerbungen scheiterten konnten **fünf** Merkmale herausgefunden werden, welche die Untersuchungsgruppe untergliedern: **Anzahl, Reihenfolge, Art und Zeitpunkt des Scheiterns, Wettbewerbserfahrung**. So kann z. B. eine Fallstadt im Bezug zum Merkmal „Reihenfolge“ entweder zu denen mit parallel stattgefundenen Großereignisbewerbungen gezählt oder zu denen, die sich nacheinander beworben haben. Diesen Charakter haben alle Merkmale, wodurch die eindeutige Zuordnung einer Stadt zu einer Gruppe möglich ist.

## **6.2 Indikator 2: Organisation der gescheiterten Bewerbungsprozesse zwischen 2000 und 2010**

### **6.2.1 Einzelfallbeschreibung der Fallstädte**

#### **Aachen**

Den Auftakt zu den gescheiterten Großereignisbewerbungen der Stadt Aachen stellte die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 dar. Nachdem die EuRegionale 2008 zu Beginn des Jahres 2002 erfolgreich eingeworben werden konnte, fand in der zweiten Jahreshälfte 2003 die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 statt. Sie wurde relativ kurzfristig durch einen kleinen Arbeitskreis, bestehend aus Akteuren der Stadtverwaltung (Fachbereich Wirtschaftsförderung und europäische Angelegenheiten; Hochschulbeauftragte) und der RWTH Aachen, aufgestellt (I\_1, 29.08.2012). Nach Abgabe im Dezember 2003 war für Aachen im Januar 2004 bereits der Bewerbungsprozess beendet. Inhaltlich setzte sich die Bewerbung vor allem mit der Frage auseinander „Was macht Aachen als `Stadt der Wissenschaft` aus?“. Dies verdeutlichte den Ansatz, dass sich Aachen auch ohne einen Titel bereits zu diesem Zeitpunkt als Stadt der Wissenschaft betrachtete. Zahlreiche laufende Projekte, Initiativen und Netzwerke wurden in der Bewerbungsbroschüre vorgestellt und unterstrichen die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die Stadt bis zu diesem Zeitpunkt (Stadt Aachen 2003).



Beim zweiten Anlauf Stadt der Wissenschaft zu werden, erstreckte sich der Bewerbungsprozess durch das Erreichen der Finalrunde über einen längeren Zeitraum von Juni 2005 bis März 2006 (Stadtrat Aachen 2005a, 3; Stadtrat Aachen 2006a, 2). Auch wenn die organisatorischen Anforderungen des Wettbewerbes zur Stadt der Wissenschaft geblieben, unterschieden sich die Bewerbungsprozesse voneinander. Zum einen beeinflusste die Erfahrung aus dem ersten Bewerbungsverfahren das Vorgehen bei der zweiten Bewerbung. Dies reflektierte sich darin, dass sich der Bewerbungsinhalt von der Abbildung bisheriger Aktivitäten zur Vernetzung von Wissenschaft mit Wirtschaft und Bürgern weiterentwickelte und neue eigenständige Projektvorschläge beinhaltete (I\_1, 29.08.2012). Dazu zählten das „Bauhaus Europa“, das „Europäische Wissenschaftsparlament“, das „SuperC“, der „LerntriebWagen“ und die „Gläserne Schülerzeitungsredaktion“, die als Leuchttürme im Jahr 2007 realisiert werden sollten (Stadt Aachen 2005, 9-11). Diese Projekte standen nicht nur im Zentrum der Bewerbung, sondern sollten zur Realisierung des städtischen Leitbildes „Aachen 2020“ beitragen. Auch organisatorisch entwickelte sich die zweite Bewerbung weiter. Innerhalb eines Workshops wurde ein Positionspapier entwickelt, in das zahlreiche Ideen des erweiterten Akteurs- und PartnerNetzwerkes einfließen. Der Akteurskreis hatte sich erweitert, die Bewerbung wurde öffentlicher kommuniziert (I\_1, 29.08.2012). Außerdem wurde eine Agentur beauftragt, die das Bewerbungskonzept in ein professionelles Layout setzte. Zum anderen ermöglichte das Eintreten in das mehrstufige Verfahren als Finalist, die Verlängerung des Bewerbungszeitraumes. Dadurch stiegen zwar die Investitionen in den Wettbewerb, aber auch die Aufmerksamkeit auf den Wettbewerb erhöhte sich. Während beim ersten Bewerbungsverfahren gerade einmal eine Pressemitteilung in der Online-Ausgabe der Aachener Zeitung erschien (Aachener Zeitung 2003), wurde der verlängerte Bewerbungszeitraum genutzt, um mehr Aufmerksamkeit auf das Bewerbungsverfahren zu lenken und die Absicht Aachens, Stadt der Wissenschaft zu werden, zu unterstreichen (Aachener Zeitung 2006a, Aachener Zeitung 2006b, Aachener Zeitung 2006c, Aachener Zeitung 2006d).

Im Anschluss an die gescheiterten Bewerbungsprozesse zur Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft bewarb sich Aachen für die IGA 2017. Der Auftakt zum Bewerbungsverfahren dazu wurde im Mai 2006 mit dem Beschluss im Umweltausschuss gemacht, die Eu-Regionale Agentur mit Vorbereitungen für eine Landesgartenschau 2014 zu beauftragen (Stadtrat 2006b, 1). Daraus entstand eine Vorstudie, welche im Februar 2008 vorgestellt wurde und dazu beitrug, dass sich die Argumente für eine IGA 2017 verstärkten. Ergebnis der Vorstudie war, dass eine IGA 2017 wesentlich zur Profilierung der gesamten Region beitragen würde (Herbstreit Landschaftsarchitekten GmbH & Co. KG 2008, 5). Im Mai 2008 wurde daraufhin im Hauptausschuss der Stadt Aachen beschlossen, eine Machbarkeitsstudie aufzustellen, „die vor allem die Chancen für eine Bewerbung, die Kosten und Möglichkeiten öffentlicher Fördermittel und Sponsoring belastbar ausarbeitet“ (Stadtrat 2008, 2). Auf Basis der Machbarkeitsstudie als Bewerbungskonzept wurde be-

schlossen, dass sich die Stadt Aachen zusammen mit der Städteregion für die Ausrichtung der IGA 2017 bei der Deutschen Gartenschau-Gesellschaft mbH bewirbt (Stadtrat 2009b, 2). Der lange Vorbereitungs- und Planungszeitraum einer Bundesgartenschau wurde als Prozess angesehen, der zur Weiterführung der begonnenen Entwicklungen der EuRegionalen beitragen sollte. Im Zuge des Exzellenz-Status, den die RWTH-Aachen 2008 erhielt, sollte die zentrale Ausstellungsfläche der IGA 2017 an den Campus angrenzen (Herbstreit Landschaftsarchitekten GmbH & Co. KG 2009, 7) Der Bewerbungsprozess endete offiziell mit dem Zurücknehmen der Bewerbung im November 2009 (Aachener Zeitung 2009b).

Hinter den Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft und der IGA 2017 stand vor allem das Ziel, die Entwicklung der Stadt mit den Standortfaktoren Wissen, Kreativität und Bildung weiter voranzutreiben und den bereits eingeleiteten Strukturwandel von einer Montanregion zu einer Technologieregion weiter zu intensivieren. Die Bewerbungen für die Stadt der Wissenschaft 2005 und 2007 waren von Beginn an ein konkretes Projekt der gelebten Arbeit zur Verbindung von Wissenschaft und Kultur sowie Wissenschaft und Zivilgesellschaft zur Bewältigung des Strukturwandels in der Region (I\_1, 29.08.2012). Die Profilierung zu einer Wissenschafts- und Technologieregion als Weg aus den sektoralen Veränderungsprozessen stand als formales Ziel hinter den Bewerbungen. Die Bewerbung zur IGA 2017 baute darauf auf. Dabei wurde sich in der Vorstudie zur IGA 2017 der Dreiländer Region zum Ziel gesetzt, die Durchführung einer Gartenschau zur Profilierung der gesamten Region zu nutzen, welche sich in die „Reihe der Bedeutungsträger des Aachener Raumes einfügte (Exzellenz Uni RWTH Aachen, KarlsPreis, CHIO)“ (Herbstreit Landschaftsarchitekten GmbH & Co. KG 2008, 5).

Der Trend der Großereignisse war auch nach den bereits gescheiterten Erfahrungen weiter anhaltend. Seit 2009 engagierte sich die Stadt außerdem als Partner für Maastricht und die Euregio Maas-Rhein im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung 2018. Mit Beschluss vom 18.02.2009 hatte der Rat der Stadt Aachen<sup>26</sup> die Vorbereitungen für die Beteiligung am Bewerbungsprozess für 2018 begonnen (Stadtrat Aachen 2009c, 2). Dies passierte nicht nur mit dem Ziel die nachbarschaftliche Verbundenheit zu demonstrieren, sondern auch mit der Erwartung nachhaltige und positive Effekte für die Kultur, Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft, Stadtentwicklung, Urbanität, Mobilität, Infrastruktur zu generieren (Stadtrat Aachen 2009a, 3). Mit der Einrichtung eines Produktsachkontos mit Finanzmitteln innerhalb der Stadtverwaltung Aachen wurde die Beteiligung am gemeinsamen Bewerbungsprozess unterstrichen (Stadtrat Aachen 2009c, 3).

Aufbauend auf diese Informationen zu den Bewerbungsprozessen der Stadt Aachen kann festgestellt werden, dass sowohl ein inhaltlicher als auch ein organisatorischer Zusammenhang zwischen den Großereignisbewerbungen bestand. Formale Zielsetzungen

---

<sup>26</sup> Die Stadt Aachen verwendet sowohl die Begriffe „Rat der Stadt“ als auch „Stadtrat“.

wie die Bewältigung des Strukturwandels und die Profilierung der Region ziehen sich durch alle Großereignisbewerbungen. Zwar unterschieden sich die konkreten Sachziele (z. B. die Bewerbungsprojekte) voneinander, doch ist dies eher vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Großereignistypen zu sehen und in Verbindung zu den Erfahrungen, welche die Beteiligten im Verlauf der Zeit mit den Großereignisbewerbungen machten. Ebenso waren die Stadtverwaltung und der Stadtrat bestimmende Akteure in allen Bewerbungsprozessen.

### **Augsburg**

Der öffentliche Auftakt für den knapp zwei Jahre andauernden Bewerbungsprozess Augsburgs zur Europäischen Kulturhauptstadt wurde im Oktober 2002 im Kulturausschuss der Stadt gegeben. Dort wurde am 24.10.2002 auf Empfehlung der damaligen Kulturbürgermeisterin die Bewerbung beschlossen (Stadtrat Augsburg 2002b, 1). Die Entwicklung einer Vision für das Jahr 2010 stellte für Augsburg ein Ziel dar, wofür es sich lohne, Kräfte zu mobilisieren (Stadt Augsburg 2002, 1). Vorangegangen war diesem Beschluss die Anregung der Regio Augsburg Tourismus GmbH, dass die Stadt Augsburg für das Projekt Kulturhauptstadt 2010 um Unterstützung bei der bayrischen Staatsregierung werben sollte (Stadt Augsburg 2002, 2). Diese empfahl der Stadt Augsburg gemeinsam mit der Landeshauptstadt München eine Bewerbung abzugeben. Allerdings ging Augsburg den Weg ohne München und organisierte unter Einbezug verschiedener Partner aus der Region den Bewerbungsprozess aus eigener Kraft (Augsburger Allgemeine 2004b). Die Federführung des Bewerbungsprozesses lag beim Kulturreferat der Stadt Augsburg und wurde dort von einem kleinen Team bearbeitet (I\_5, 9.7.2012). Über die Bewerbungsaktivitäten wurden der Kulturausschuss und der Stadtrat regelmäßig informiert. Außerdem beschloss der Stadtrat, dass die Bewerbungsaktivitäten durch den Einsatz einer Beratungskommission unterstützt werden sollten. Die berufenen Mitglieder – darunter der deutsche Geograph und Stadtplaner Karl Ganser, der als ehemaliger Geschäftsführer der IBA Emscher Park erfahren mit Festivalisierungsstrategien war – sollten bei der Aufstellung der Bewerbungsschrift beratend zur Seite stehen und die Idee Augsburgs Europäische Kulturhauptstadt 2010 zu werden, nach außen tragen (Stadtrat Augsburg 2003a, 2). Während sich andere Städte erst mit dem Eintritt in den bundesdeutschen Wettbewerb für professionelle Unterstützung von außen bemühten, wurde der Augsburger Bewerbungsprozess schon frühzeitig von einem externen Bewerbungsmanager begleitet, der auch als Intendant der Kulturhauptstadtbewerbung bezeichnet wurde (Stadt Augsburg 2004a, 7; Augsburger Allgemeine 2004b). Darauf zurückzuführen sind Aktionen wie die „Kulturpalette“, welches ein aus Europaletten errichtetes Open-Air-Theater darstellte, das für sechs Wochen auf dem Rathausplatz stand. Aber auch die Bürgermalaktionen im Projekt „Kunsttunnel“, wodurch eine Fußgängerunterführung unter künstlerischer Leitung mit Farbringen bemalt wurde, galt als Vorspiel für das 2010 geplante Kulturhauptstadtprojekt „Stadt verändern“ (Stadt Augsburg 2004a, 14).

Während die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 mit bürgerschaftlichem Engagement und in der Öffentlichkeit Augsburgs stattfand, verlief das Bewerbungsverfahren zur Stadt der Wissenschaft 2005 im Stillen. Aus Beiträgen der Universität Augsburg und der Kulturverwaltung wurde die Bewerbung zusammengestellt, mit der sich das Schulreferat der Stadt Augsburg am Wettbewerb beteiligte. Im Vergleich zur Augsburger Bewerbung für die Europäische Kulturhauptstadt 2010, die mit einer Beratungskommission feste Organisationsstrukturen aufwies, gab es im Fall der Bewerbung Augsburgs zur Stadt der Wissenschaft 2005 keine kontinuierliche Arbeitsgruppe, die die Bewerbung Augsburgs begleitete (I\_6, 10.07.2012). Auch die Fachhochschule Augsburg sowie die Hochschule für Musik Nürnberg hatten ihr Interesse an der Teilnahme bekundet. Im Oktober 2003 wurde im Stadtrat auf Empfehlung des Ausschusses für Bildungsangelegenheiten die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 beschlossen (Stadtrat Augsburg 2003c). In nur zwei Monaten erfolgte dann die Erarbeitung der Bewerbungsschrift unter dem Motto „Was macht ihre Stadt zur Stadt der Wissenschaft“ in der sich die Stadt Augsburg mit der Umwelt als „Kernkompetenz“ darstellte (Singer 2004). Historische Bezüge zu Römern, Renaissance, Industrie, Mozart und Brecht sowie Augsburg als Stadt des Friedens gaben den für 2005 geplanten Projekten wie Professorenpatenschaften und die Besichtigung wissenschaftlicher Einrichtungen einen Rahmen (Singer 2004).

Ebenso wie Münster basierte die Stadt Augsburg ihre Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt auf dem Thema „Frieden<sup>27</sup>“, welches maßgeblich die europäische Geschichte und die der Städte geprägt hatte. Vor diesem Hintergrund war die übergeordnete Zielsetzung von Augsburg das „Wir-Gefühl“ der Stadt zu stärken und die Außenwahrnehmung zu verbessern (Stadtrat Augsburg 2002a, 2). Dabei wurde bereits zu Beginn des Bewerbungsprozesses deutlich gemacht, dass selbst das Bewerbungsverfahren so angelegt werden sollte, dass damit ein Gewinn an sich entstand, auch wenn die Stadt Augsburg den Zuschlag nicht erhalten sollte (Stadt Augsburg 2002, 2). Die Bewerbung galt als Anreiz zur Entwicklung von Grundlinien einer nachhaltigen Kulturpolitik. Dabei wurde Kultur im Rahmen des Bewerbungsprozesses als Instrument der Stadtentwicklung verstanden, welches als Motor zur Stadterneuerung bei der Neuentwicklung alter Militärfelder, der Neunutzung alter Industriebrachen oder aber auch der Modernisierung der Innenstadt galt (Stadt Augsburg 2002, 4). Diese übergeordneten Zielsetzungen wurden durch konkrete Projekte wie die Errichtung eines Zentrums für Stadt- und Industriegeschichte auf dem Gelände der Augsburger Kammgarnspinnerei unterlegt. Diese sollten dazu beitragen, leerstehender hochwertiger Bausubstanz einer neuen Nutzung zuzufüh-

---

<sup>27</sup> Münster gilt zusammen mit Osnabrück als Stadt des Westfälischen Friedens. Der Westfälische Frieden von Münster und Osnabrück beendete den Dreißigjährigen Krieg 1648 (Stadt Münster 2004d, 15). Mit Augsburg wird unmittelbar der Augsburger Religionsfrieden verbunden, bei dem sich 1555 auf ein Nebeneinander von evangelischen und katholischer Konfession geeinigt werden konnte (Hoffmann et al. 2005, 19).

ren (Stadt Augsburg 2003, 9). Unter Einbeziehung der Augsburger Bürger wurden Projektideen entwickelt, welche das Programm der Kulturhauptstadt im Jahr 2010 prägen sollten: „Kulturhauptstadt Europas 2010 – das soll für uns eine Vision sein, die die Stadtbewohner als Gemeinschaftsprojekt verwirklichen. Wir erwarten dadurch einen Aufschwung bürgerschaftlichen Engagements und neue Impulse für den interkulturellen Dialog“ (Stadt Augsburg 2002, 5). Diese stark nach innen orientierte Strategie der Augsburger Bewerbung wird auch in der parallel stattfindenden Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 deutlich. Im Verständnis des Stadtrates Augsburg wurde durch die Beteiligung am ausgeschriebenen Wettbewerb um die Stadt der Wissenschaft die Bedeutung des Standortfaktors Bildung nachhaltig in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit gestellt und sollte zur Identifikation mit dem Standort Augsburg beitragen (Stadtrat Augsburg 2003b, 2).

Zusammenfassend kann für die Analyse der gescheiterten Bewerbungsprozesse der Stadt Augsburg festgestellt werden, dass diese zwar parallel zueinander verliefen, jedoch keine direkten inhaltlichen oder organisatorischen Zusammenhänge zwischen den Bewerbungsprozessen existierten (I\_5, 9.12.2012). Innerhalb der Bewerbungsschrift Augsburgs zur Europäischen Kulturhauptstadt wurde Wissen zwar im Kontext von Informationstransfer diskutiert und war Ausgangspunkt für einen städtischen Diskurs zur Planung einer neuen Bibliothek (Stadt Augsburg 2004a, 32). Dieser Fakt stand jedoch nicht im Zusammenhang mit den Zielsetzungen der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005. Er basierte vielmehr auf einem gesamtstädtischen Problem, welches 2002 durch die Gründung der „Offensive für eine neue Stadtbücherei“ offensichtlich wurde (Stadt Augsburg 2013a). Dennoch eint die Bewerbungen, dass das formale Ziel angestrebt wurde, die Lebensqualität für die Augsburger Bürger zu verbessern und damit auch die Identifikation zur Stadt zu verstärken.

### **Braunschweig**

Die Braunschweiger Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt entstand auf Basis der Zusammenarbeit einer Vielzahl von Akteuren der Städte und Landkreise Braunschweig, Goslar, Wolfsburg, Wolfenbüttel, Gifhorn, Peine, Salzgitter und Helmstedt (Stadt Braunschweig 2004, 8-10). Diese Gruppe der Beteiligten verdeutlicht, dass die Bewerbung primär das Ziel verfolgte, die ganze Region erstmals deutschland- und Europaweit zu präsentieren: „Diese Region brennt darauf zu zeigen, was sie hat und was sie kann“ (Stadt Braunschweig 2004, 4). Die Absicht sich zu präsentieren und damit die Stärkung und Positionierung von Braunschweig und der Region voranzutreiben, hängt unmittelbar mit der starken Präsenz und Ausstrahlung der Landeshauptstädte Hannover und Magdeburg zusammen (Stadtrat Braunschweig 2002a, 2). Dabei richtete sich die Präsentation der Region nicht ausschließlich nach außen, sondern auch an die regionale Bevölkerung: „Ein wesentliches Motiv für die Kulturhauptstadtbewerbung ist die Stärkung eines Regionalbewusstseins und Wir-Gefühls“ (Stadt Braunschweig 2004, 10). Neben diesen

formalen Zielsetzungen hinter der Kulturhauptstadtbewerbung weisen zahlreiche konkrete Projektvorschläge in der Bewerbungsbroschüre beispielhaft auf aktuelle stadträumliche und historisch-kulturelle Themen von Braunschweig und der Region hin: Rekonstruktion des Schlosses (Stadt Braunschweig 2004, 15-19), Bewegung am Ringgleis (Stadt Braunschweig 2004, 39-40), Kunsthalle (Stadt Braunschweig 2004, 58) oder Turm der Wissenschaft (Stadt Braunschweig 2004, 97-99).

Der Bewerbungsprozess zur Europäischen Kulturhauptstadt begann im April 2002 auf Vorschlag der Braunschweiger Verwaltung (Stadtrat Braunschweig 2002a, 2). Dabei gelang es Braunschweig den Bewerbungsprozess fast ausschließlich durch Sponsorengelder zu finanzieren (Stadt Braunschweig 2004, 126; Stadtrat Wolfenbüttel 2004, 3). Der frühzeitige Beginn und der offen diskutierte Bewerbungsprozesse werden dazu beigetragen haben. Die Aufstellung der Bewerbungsunterlagen bis zur Abgabe im März 2004 wurde von einem „Vorbereitungsausschuss“ unter der Leitung der Oberbürgermeister von Braunschweig und Wolfsburg durchgeführt, welcher regelmäßig in den Ausschusssitzungen des Stadtrates berichtete (Stadtrat Braunschweig 2002c, 1). Aus diesem „Vorbereitungsausschuss“ ging die „Montagsrunde“ hervor, in der sich zahlreiche Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur der gesamten Region unter Leitung des Oberbürgermeisters trafen und Leitziele, Projekte und Ideen für die Kulturhauptstadtbewerbung diskutierten (Richter 2003). Die Mitglieder der „Montagsrunde“ stellten ein umfangreiches Positionspapier auf, welches die Grundlage für die Bewerbungsschrift darstellte (Stadtrat Braunschweig 2003b, 1). Im September 2002 beschloss der Rat der Stadt Wolfsburg, dass sich die Stadt Wolfsburg aus dem Bewerbungsverfahren zurückzieht (Stadtrat Braunschweig 2002c, 1). Die weiteren Bewerbungsaktivitäten wurden von nun an federführend von Braunschweig, jedoch weiterhin mit der Einbindung der gesamten Region durchgeführt. Dies wurde amtlich, indem im November 2002 die Hauptverwaltungsbeamten der Städte und Landkreise der Region Braunschweig eine Resolution für eine Braunschweiger Bewerbung unterschrieben (Stadtrat Braunschweig 2002e, 3). Die regelmäßig tagende „Montagsrunde“ wurde durch den Regionalen Arbeitskreis und den FBL-Arbeitskreis unterstützt und trug zur konzeptionellen Erarbeitung der Bewerbungsschrift bei (Stadtrat Braunschweig 2003b, 1).

Bevor die Bewerbungsschrift im März 2004 dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen übergeben wurde, begleiteten zahlreiche Aktionen wie der Internetauftritt zur Kulturhauptstadtbewerbung, das Kulturcafé und der rotierende Infocontainer und Beteiligungsaktionen in Schulen die Bewerbung (Stadtrat Braunschweig 2003b, 3). Nach der Abgabe wurde die Vermarktung der Kulturhauptstadtidee Braunschweigs und der Region durch einen externen eingeführten Kulturhauptstadtkurator weiter vorangetrieben, der vor allem beratend zur Seite stand (Richter 2004). Die Bewerbungsunterlage enthielt letztendlich im Ergebnis, zahlreiche Projektvorschläge vor dem Hintergrund städtebaulicher, kultureller und wissenschaftlich relevanter Themen für

Braunschweig und die Region zum Thema „Zeitlandschaft“. Dazu zählte unter anderem die Wiederbelebung des alten Ringgleises<sup>28</sup>, ein an den Stadtkern angrenzendes Stadtgebiet, welches durch den Neubau von Freizeitinfrastrukturen attraktiver für die Stadtbevölkerung werden sollte (Stadt Braunschweig 2004, 40-41). Auch die Standortdiskussion des kommunalen Archivs Niedersachsens mit der Möglichkeit der Unterbringung im Neubau des Braunschweiger Schlosses fand sich in der Bewerbung wieder (Stadt Braunschweig 2004, 18). Als weiteres Beispiel ist das Projekt „Turm der Wissenschaft“ zu nennen, welcher das Ziel verfolgte, einen Ort in der Stadt Braunschweig zu schaffen, der die „internationale und zukunftsweisende Bedeutung der Forschungsergebnisse transparent macht und deren Bezug zum alltäglichen Leben veranschaulicht“ (Stadt Braunschweig 2004, 97). Dieses konkrete Projekt reflektierte die Bedeutung der Wissenschaft für die Region Braunschweig, die sich nicht nur in der Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt<sup>29</sup>, sondern auch in den Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft 2005 und 2007 widerspiegelte.

Während die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt ein Projekt der Stadtverwaltung war, war der Hauptakteur für die Initiative zur Bewerbung Stadt der Wissenschaft 2005 die ForschungRegion Braunschweig<sup>30</sup>. Dabei war die Positionierung der Region Braunschweig innerhalb Deutschlands und über die Grenzen hinweg als Wissenschafts- und Technologieregion das deklarierte Ziel der gescheiterten Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005. Mit dem Ziel Stadt der Wissenschaft 2005 zu werden, sollte der Wissenschaftsstandort Braunschweig nachhaltig ins Bewusstsein gerückt werden (Stadt Braunschweig 2005a, 4). Dies richtete sich zum einen an die Braunschweiger Bürger (Kindergärten, Schulen, Volkshochschulen, Fußgängerpassagen), aber auch an Besucher, die von außerhalb in die Stadt kommen. Der Zusammenhang zwischen den Braunschweiger Bewerbungen zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 und zur Stadt der Wis-

---

<sup>28</sup> „Als Spätfolge der Verlagerung des Bahnbetriebs an die südliche Durchgangsstrecke, wo im Jahre 1960 auf dem Gelände des alten Ostbahnhofs das neue Gebäude des Hauptbahnhofs eröffnete, wurde zwischen 1985 und 1994 der Bahnbetrieb auf den Ringgleisen insgesamt eingestellt. Inzwischen zum größten Teil demontiert, will das Projekt ‚Bewegung am Ringgleis‘ entlang der alten Trasse neues städtebauliches Leben entstehen lassen“ (Stadt Braunschweig 2004, 40).

<sup>29</sup> Im Kapitel „Kulturelles Erbe und kulturelle Verantwortung“ der Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt wird anhand des Wissenschaftlers Carl Friedrich Gauß, als Sohn der Stadt Braunschweig, die ForschungRegion Braunschweig vorgestellt. Demnach verfügt Braunschweig über ein international bedeutendes Netzwerk von Wissenschaftseinrichtungen und Hightechnologiefirmen, welches jedoch über die Grenzen hinweg noch wenig bekannt ist (Stadt Braunschweig 2004, 97).

<sup>30</sup> Dies ist ein Zusammenschluss verschiedener Forschungseinrichtungen, welcher sich für eine gezielte und professionelle Förderung der institutsübergreifenden Forschung in der Region einsetzt (Stadtrat Braunschweig 2003a, 1-2).

senschaft 2005 wird nicht nur durch deren fast zeitgleiches Stattfinden<sup>31</sup> deutlich, sondern auch durch das gemeinsame Projekt „Haus der Wissenschaft“: „Die Stadt Braunschweig betrachtet die Wissenschaft als tragenden Pfeiler ihrer eigenen Kultur. Deshalb geht die Bewerbung um den Titel Stadt der Wissenschaft Hand in Hand mit der Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2010“ (Stadt Braunschweig 2003a, 4). War bei der Kulturhauptstadtbewerbung das Thema „Wissenschaft“ eines unter mehreren, wurde nun im Besonderen das Ziel verfolgt, den Wissenschaftsstandort Braunschweig in das Bewusstsein zu rücken (Stadt Braunschweig 2003c, 4). Neben zahlreichen Aktionen, Diskussionsforen und Vorträgen während des gesamten Jahres, sollte in jedem Monat eine Großveranstaltung wissenschaftliche Highlights setzen und die Kernkompetenzen der ForschungRegion Braunschweig präsentieren. Das Projekt „Turm der Wissenschaft“ aus der Kulturhauptstadtbewerbung wurde als „Haus der Wissenschaft“ in die Bewerbung für die Stadt der Wissenschaft 2005 übernommen (Stadt Braunschweig 2003b, 41). Es änderte sich zwar der Titel, doch Konzept und Architektur blieben erhalten.

Die Konzipierung der Bewerbungsschrift erfolgte extern durch einen Wissenschaftsjournalisten in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der ForschungRegion Braunschweig (Duin 2003). Dieser organisatorische Unterschied zur Kulturhauptstadtbewerbung wurde auch bei der Dokumentenrecherche zum Bewerbungsprozess deutlich: „Es gibt keine Ratsdokumente zum Bewerbungsverfahren. Das Thema wurde im nichtöffentlichen Verwaltungsausschuss behandelt.“ (I\_15, 30.08.2012). Allerdings war der Bewerbungsprozess im Vergleich zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 auch wesentlich kürzer. Nach Ausschreibung im Mai 2003 mussten interessierte Städte ihre Bewerbungsunterlagen bis Mitte Dezember 2003 einreichen (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 2003a). Die ersten Anzeichen für Braunschweigs Bewerbungsaktivitäten wurden im August 2003 öffentlich (Braunschweiger Zeitung 2003). Zwar wurde die Bewerbung „wegen ihrer Überzeugungskraft“ vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft gelobt, erreichte jedoch nicht das Finale und schied damit im Januar 2004 aus dem Wettbewerb aus (Stadt Braunschweig 2013).

Trotz des Scheiterns der Bewerbung war Braunschweig motiviert, sich ein weiteres Mal für die Stadt der Wissenschaft zu bewerben. Konsequenterweise weiterverfolgt wurden die aufgeführten Zielsetzungen in der letztendlich dritten und nunmehr erfolgreichen Bewerbung zur Ausrichtung eines Großereignisses: „Mit der erneuten Bewerbung um den Titel Stadt der Wissenschaft 2007 und der Einbettung der Bewerbung in eine Gesamtstrategie zur Vermarktung der Kompetenz Braunschweigs als Standort für Wissenschaft und Forschung wurde das Ziel verfolgt, den Wissenschaftsstandort Braunschweig bekannter zu machen“ (Stadtrat Braunschweig 2005a, 3). Bisher war weitgehend unbekannt, dass

---

<sup>31</sup> Der Bewerbungsprozess zur Europäischen Kulturhauptstadt fand im Zeitraum von April 2002 bis März 2005 statt. Die Bewerbungsunterlage zur Stadt der Wissenschaft 2005 wurde bis Dezember 2003 eingereicht.



Braunschweig als Wissenschaftsstandort unter Experten Europaweit als Top-Adresse gilt (Stadtrat Braunschweig 2005a, 3). Die Einbettung der Bewerbung als Meilenstein in das städtische Konzept zur nachhaltigen Profilierung des Forschungsstandortes Braunschweigs ging dabei über das Ziel der verbesserten Wahrnehmung hinaus und setzte einen städtischen Schwerpunkt für die Themen Wissenschaft und Forschung (Stadt Braunschweig 2005a, 1). Auch wenn sich das Motto der Bewerbung, von der „Basketballmannschaft“ zur „Ideenküche Braunschweig“, änderte, blieben wesentliche Inhalte erhalten. Dazu zählte auch das „Haus der Wissenschaft“, welches wieder Eingang in die Bewerbung gefunden hatte (Stadt Braunschweig 2005a, 2) und vor allem durch den positiven Wettbewerbsausgang weiterverfolgt wurde. Zwar konnte der in den Bewerbungen vorgestellte architektonische Entwurf nicht am geplanten Standort umgesetzt werden, doch wurde durch den Zuschlag für Braunschweig Stadt der Wissenschaft 2007 zu sein, es überhaupt erst möglich, ein solches Haus zu realisieren (Duin 2008).

Zusammenfassend kann für die Bewerbungsprozesse festgestellt werden, dass Braunschweig konsequent einen regionalen Ansatz verfolgte und sowohl für die Kulturhauptstadtbewerbung als auch für die Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure aus der Stadtverwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zusammenbrachte. Dadurch konnte Braunschweig sowohl auf finanzielle als auch konzeptionelle Unterstützung bauen. Die Bewerbungen waren inhaltlich miteinander verbunden, was letztendlich darin resultierte, dass einige Projekte im Rahmen des dritten erfolgreichen Bewerbungsverfahrens umgesetzt werden konnten.

### **Duisburg**

Auftakt für das Jahrzehnt der Großereignisse in Duisburg stellte der Ratsbeschluss im September 2000 dar, der festlegte, dass sich die Stadt für die Ausrichtung der World Games 2005 bei der Internationalen World Games Assoziation bewerben sollte (Rat der Stadt Duisburg 2002a, 4). Die Stadt erhielt den Zuschlag und gründete zur Organisation der Spiele die „World Games 2005 GmbH“ unter Beteiligung der kooperierenden Städte Oberhausen, Mülheim a. d. Ruhr und Bottrop sowie dem Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR<sup>32</sup>) (Rat der Stadt Duisburg 2002a, 1). Nachdem Karlsruhe die Spiele 1989 ausgerichtet hatte, fanden 2005 die World Games in Duisburg und damit das zweite Mal in Deutschland statt. „Nach Aussage des IWGA-Präsidenten waren dies die besten World Games<sup>33</sup> aller Zeiten. Die Kompaktheit der Spiele im Sportpark Wedau, das hochkarätige Kulturprogramm auf der World Games Plaza sowie die professionelle Organisation haben

<sup>32</sup> Der KVR ist zurückzuführen auf den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR) der 1920 als Zusammenschluss der Gemeinden und Kreise des Ruhrgebietes gegründet wurde. 1979 wurden die Aufgaben des Verbandes mit dem Gesetz über den Kommunalverband Ruhr neu geregelt. Seit Oktober 2004 heißt der Kommunalverband Regionalverband Ruhr und ist als Regionalplanungsbehörde für die Regionalplanung der Metropole Ruhr zuständig (RVR 2013a).

<sup>33</sup> Die World Games finden seit 1981 statt (IWGA 2011).

die IWGA und die Sportverbände überzeugt. Ein Ergebnis der World Games in Duisburg ist, dass viele Ideen und Anregungen in das IWGA Regelwerk aufgenommen wurden. Als prominentestes Beispiel ist das farbenfrohe Corporate Design zu nennen, das nunmehr obligatorisch für alle zukünftigen World Games ist.“ (Rat der Stadt Duisburg 2007d, 3).

Motiviert durch diese Erfahrungen wurde im August 2007 die Verwaltung durch den Stadtrat ermächtigt, eine Absichtserklärung an das IWGA zu übermitteln, zukünftig noch einmal die World Games in Duisburg stattfinden zu lassen (Rat der Stadt Duisburg 2007d, 1). Für die Bewerbung musste eine Kautionshöhe von 37.000 Euro an die Ausrichterorganisation IWGA gezahlt werden, welche die Stadt über Sponsorenmittel abdecken konnte (Rat der Stadt Duisburg 2007d, 4). Der Ruf der Stadt und der Region als kompetenter Ausrichter internationaler Großereignisse sollte mit der erneuten Ausrichtung gefestigt werden (Rat der Stadt Duisburg 2008a, 5). Mit der Landeshauptstadt Düsseldorf als Partner der Bewerbung erhoffte sich Duisburg einen größeren finanziellen Spielraum und die Erweiterung der partnerschaftlichen Beziehungen mit Düsseldorf (Rat der Stadt Duisburg 2008a, 5). Letztendlich scheiterte die Bewerbung Duisburgs an der Empfehlung der Kommunalaufsicht, die Spiele nicht durchzuführen. Von Seiten Düsseldorfs fehlte der formale Beschluss zur finanziellen Unterstützung der World Games, welcher für einen belastbaren Wirtschaftsplan notwendig gewesen wäre (Rat der Stadt Duisburg 2008b, 110-111; Rat der Stadt Duisburg 2008e, 25).

Ähnlich der Wiederholungsbewerbung für die World Games fanden zwei Bewerbungen für die Ausrichtung von Gartenschauen statt. Nach der Präsentation der Bewerbung Duisburgs für die Bundesgartenschau 2011 im September 2000 erhielt die Stadt im Januar 2001 den Zuschlag für die Ausrichtung durch den Zentralverband Gartenbau e. V. (Rat der Stadt Duisburg 2002b, 1). Bis zur Rückgabe der Durchführungsoption im Dezember 2003 auf Beschluss des Stadtrates wurde ein umfangreicher Vorbereitungsprozess in Gang gesetzt, der Planungen wie die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie beinhaltete und vor dem Hintergrund des Vorhabens „Langfristige Vision“ als gesamtstädtischen Handlungsrahmen stattfand (Rat der Stadt Duisburg 2003e, 62-63). So wurde durch die Arbeitsgruppe „Duisburg an den Rhein“ unter der Beteiligung verschiedener Ministerien des Landes Nordrhein-Westfalen, der Bezirksregierungen Düsseldorf und Münster sowie der Stadtverwaltung Duisburg das Gesamtkonzept der Bundesgartenschau in verschiedene Flächenbausteine zerlegt, die auf dem Weg zur Ausrichtung realisiert werden sollten (Rat der Stadt Duisburg 2003d, 3). Nachdem bereits Verhandlungen zum Flächenerwerb für die Realisierung der Projekte sowie vorbereitende baurechtliche Planungen durchgeführt worden waren, erfolgte die Zusage zur finanziellen Unterstützung des Projektes Bundesgartenschau Duisburg 2011 von der Landesregierung (Rat der Stadt Duisburg 2003d, 3). Zentraler Bestandteil der Bundesgartenschau sollte die „radikale Änderung der Nutzungsstruktur an den Ufern des Rheins und der Häfen“ sein, die durch das Anlegen eines „Grünen Ringes“ die Bürger der Stadt „Duisburg an den Rhein“ bringt (EG

DU 2001, 16). Im Mittelpunkt der Bundesgartenschaubewerbung stand die Entwicklung der verkehrsgünstig gelegenen und mit einer hohen Lagegunst versehenen Fläche: „Duisburg Hochfeld 2010“. Verbunden war diese Vision mit dem Ziel, den Strukturwandel in Duisburg zu bewältigen und eine ca. 200 ha große Fläche mit vorwiegend altindustrieller Nutzung städtebaulich aufzuwerten (Stadt Duisburg 1999, 52). In Verbindung mit den parallelen Aktivitäten zur Unterstützung der Olympiabewerbung Düsseldorf-Rhein-Ruhr wurde davon ausgegangen, dass die Kanuslalom-/Wildwasserstrecke im Stadtpark Wedau rechtzeitig über die Investoren der Bundesgartenschau 2011 realisiert werden konnte (Rat der Stadt Duisburg 2003a, 3). Letztendlich wurden jedoch der Durchführungs- und Gesellschaftsvertrag mit dem Zentralverband Gartenbau e. V. nicht unterschrieben, da sich bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle erforderlichen Flächen für eine Bundesgartenschau im Eigentum der Stadt befanden und eine Gesamtfinanzierungszusage durch das Land fehlte (Rat der Stadt Duisburg 2003e, 62-63).

Die Idee eine Gartenschau in Duisburg stattfinden zu lassen wurde im März 2007 wiederbelebt. Auf Beschluss des Stadtrates wurde eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die eine Bewerbung zur Landesgartenschau 2014 vorbereiten sollte (Rat der Stadt Duisburg 2007a, 1). Die geschätzten Kosten dafür in Höhe von 90.000 Euro wurden in den Verwaltungshaushalt aufgenommen. Vom Motto der Bundesgartenschau 2011 „Duisburg an den Rhein“ war es nicht weit zu „Duisburg: Schau `mal RHEIN“. Der Rhein sollte Thema und Veranstaltungsort sein. Auch der Rheinpark als ehemaliges Aushängeschild der Bundesgartenschaubewerbung 2011 sollte zu den Orten der Landesgartenschau 2014 werden (B.S.L. 2007, 34). Doch auch 2007 wurden die finanziellen Belastungen einer solchen Gartenschau für die Stadt diskutiert. Auch wenn die Gesamtausgaben im Zuge der Bundesgartenschaubewerbung noch um ein Vielfaches höher lagen (131 Mio. Euro) (Rat der Stadt Duisburg 2003f, 20) als die für die Landesgartenschau 2014 (37,8 Mio. Euro) (Rat der Stadt Duisburg 2007e, 9), scheiterte jedoch auch diese Bewerbung an den Risiken der Finanzierung. Aufgrund der Stellungnahme der Bezirksregierung zur Landesgartenschaubewerbung informierte das Umweltministerium des Landes Nordrhein-Westfalen Duisburg, dass die Stadt bei der Vergabe nicht mehr berücksichtigt würde werden (Der Westen 2007).

Neben der thematischen Weiterführung der Bundesgartenschauprojekte in der Bewerbung um die Landesgartenschau konnten auch Zusammenhänge zwischen Duisburgs Beteiligung an der Olympiabewerbung Rhein-Ruhr und der Bundesgartenschaubewerbung hergestellt werden. Zeitlich parallel zur Bundesgartenschaubewerbung 2011 unterstützte Duisburg die Bewerbung von Düsseldorf Rhein-Ruhr und erklärte sich bereit, z. B. im Bereich Kanurennsport als Austragungsort zur Verfügung zu stehen (Rat der Stadt Duisburg 2003a). Unter anderem beabsichtigte Duisburg, eine Kanuslalom Wildwasserstrecke für diesen Zweck neu zu errichten und die Regattabahn durch den Ausbau eines Parallelkanals zu vergrößern (Rat der Stadt Duisburg 2003a, 5). Diese Kanuslalom Wild-

wasserstrecke sollte auf einer Haldenfläche nördlich der bereits existierenden Regattabahn entstehen und war als Fläche Bestandteil der Bundesgartenschaukonzeption 2011. Da im Zuge der Bundesgartenschaubewerbung bereits planungsrechtliche Schritte eingeleitet und der Erwerb der Fläche von der DB AG vorbereitet worden war, konnte die Olympiabewerbung auf diesen Ergebnissen aufbauen. Zwar kam es nicht zu den Olympischen Spielen im Ruhrgebiet, doch letztendlich konnte der 2008 fertiggestellte Parallelkanal für die Kanu-Weltmeisterschaft 2013 genutzt werden. Organisatorisch wurde die Beteiligung Duisburgs an der Olympiabewerbung Düsseldorf durch den Zweckverband Rhein-Ruhr 2012 begleitet, dem neben 22 Städten und Kreisen auch den KVR als wichtiger regionaler Akteur angehörte (Rat der Stadt Duisburg 2003a, 4).

Ebenso unterstützte der KVR die Bewerbung des Ruhrgebietes zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010. Nachdem sich die kulturpolitischen Sprecher der Ratsfraktionen des Ruhrgebietes im April 2003 in Dortmund getroffen hatten, um eine mögliche Bewerbung der Region Rhein-Ruhr zu diskutieren, wurde auch im Duisburger Stadtrat dieses Thema erörtert (Rat der Stadt Duisburg 2003b, 17). Allerdings hielt sich die Überzeugung zum Projekt Kulturhauptstadt vorerst in Grenzen: Für den Kulturdezernenten der Stadt Duisburg reichten zu diesem Zeitpunkt die vorliegenden Konzepte zu den Inhalten, Finanzen und Strategien für eine erfolgsversprechende Bewerbung nicht aus, woraufhin die weiteren Planungen abwartend verfolgt wurden (Rat der Stadt Duisburg 2003c, 3). Charakteristisch für die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt der Region Rhein-Ruhr war die inhaltliche Vernetzung zu aktuellen Stadtentwicklungsthemen, die als direkte Fortführung oder Weiterentwicklung der IBA-Ansätze verstanden werden können (Pachaly 2008, 52). Beispielhaft stand dafür der Emscher Landschaftspark, zu dem auch die Entwicklung des Duisburger „Rheinparks“ gehörte. Dieser sollte die Stadt zum Rhein öffnen und fand Eingang in die Kulturhauptstadtbewerbung der Region RheinRuhr (Stadt Essen 2004, 43). Auch wenn zum damaligen Zeitpunkt noch nicht deutlich war, welche Rolle der Rheinpark im Programm der Kulturhauptstadt einnehmen wird, stand er doch mit anderen Projekten wie dem Bochumer „Westpark“ als Beispiel für die Entwicklung großer Industriebrachen für den Wandel der Region (Pachaly 2008, 70). Der für die Stadt Duisburg strategisch wichtige „Rheinpark“ wurde bereits in die Vorbereitungen auf die Bundesgartenschaubewerbung eingebunden. Nach der vorerst abwartenden Haltung der Stadtverwaltung gegenüber der Kulturhauptstadtbewerbung kam mit dem Zuschlag für die Region Rhein-Ruhr im April 2006 Bewegung in den Prozess. Der Oberbürgermeister wurde aufgefordert, eine Konzeption für ein Kulturhauptstadtbüro mit einem Kulturhauptstadtteam zu erarbeiten (Rat der Stadt Duisburg 2006b, 15). Letztendlich wurde im Mai 2007 das Kulturhauptstadtbüro in Duisburg durch den Kulturdezernenten der Stadt eingerichtet, welches mit dem zentralen Motto „Hafen der Kulturhauptstadt 2010“ die Wasserlage der Stadt zum Thema machte (Pachaly 2008, 81-84).

Die Bewältigung des Strukturwandels war auch der Ausgangspunkt für die gemeinsame Bewerbung der Städte Bochum, Dortmund, Duisburg und Essen für die Bewerbung zur Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft 2007. Bereits in der Kulturhauptstadtbewerbung wurde auf die geschichtsträchtige Auseinandersetzung der Region mit der Deindustrialisierung hingewiesen, in deren Zusammenhang in den 1960er Jahren die Gründungen der Universitäten in Dortmund, Bochum, Essen und Duisburg im Zeichen des Strukturwandels erfolgten (Stadt Essen 2004, 42). In Kooperation mit diesen Hochschulen begann im Juni 2005 der Bewerbungsprozess in „einer der jüngsten und dynamischsten Hochschul- und Forschungsregionen Deutschlands“ (Rat der Stadt Duisburg 2005a, 2). Geprägt vom damals gegenwärtigen Motto der Kulturhauptstadtbewerbung „Wandel durch Kultur und Kultur durch Wandel“ konzentrierten sich auch die ersten Themenvorschläge der Duisburger Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft auf das Wortspiel mit Wandel: „Wandel der Menschen, Wandel der Stadtgesellschaft, Wandel der Räume, Wandel der Wirtschaft, Wandel im Wissen“ (Rat der Stadt Duisburg 2005b). Die Abgabeverision der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2007 der Region Ruhr enthält zwar weiterhin den Bezug zur Kulturhauptstadt Europas 2010 (z. B. durch das Projekt Folkwang Atoll), zieht jedoch durch den Titel „Welcome to UniverCity“, einem eigenständigen Corporate Design sowie extra für die Bewerbung neu entwickelte Projekte, Grenzen zwischen den Vorhaben (Metropole Ruhr 2005). Neben den Städten, Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen zählte auch der RVR wieder zu den beteiligten Akteuren: „Die Teilnahme am Wettbewerb des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft baut auf bereits bestehenden Kooperationen und Netzwerken zwischen den Hochschulen und den Städten auf und knüpft ebenso an die gemeinsamen Aktivitäten der Städte im Rahmen des RVR an“ (Rat der Stadt Duisburg 2005c, 2). Neben zahlreichen Kooperationsprojekten von den unterschiedlichen Akteuren der Metropole Ruhr, werden in der Bewerbungsunterlage für die Stadt Duisburg exemplarisch zwei Projekte vorgestellt: „Interkulturalität: Die Zukunft der Stadtgesellschaft“ und die „Duisburger Akzente“ (Metropole Ruhr 2005, 14 & 19). Diese zielen vor allem auf die verbesserte Vernetzung innerhalb der Stadtgesellschaft und die Einbindung von Wissenschaft und Hochschule in traditionelle Kulturfestivals. Aufbauend auf den Erfahrungen für die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2007 und mit dem Ziel, die Identifizierung der Studenten mit dem Campus Duisburg-Essen zu verbessern, beabsichtigte Duisburg auf Antrag im Stadtrat eine erneute Bewerbung für 2011 (Rat der Stadt Duisburg 2009a). Nachdem diese beschlossen wurde, entschied der Rat aufgrund der umfangreichen Vorbereitungen zur Ausrichtung der Kulturhauptstadt im Ruhrgebiet das Vorhaben auf das Jahr 2012 zu verschieben (Rat der Stadt Duisburg 2009b, 94; Rat der Stadt Duisburg 2009c, 1). Letztendlich musste Duisburg doch vom Vorhaben, Stadt der Wissenschaft 2012, zu werden Abstand nehmen, da die Universität als wesentlicher Projektpartner der Bewerbung aufgrund von Auslastungsproblemen sich gegen eine Beteiligung ausgesprochen hatte (Rat der Stadt Duisburg 2010b, 2).

Zusammenfassend kann für die zahlreichen Bewerbungsaktivitäten der Stadt Duisburg festgestellt werden, dass diese eng mit der polyzentralen Siedlungsstruktur des Ruhrgebietes und den stadtübergreifenden Kooperationen zusammenhängen. Allein die Gartenschaubewerbungen konzentrierten sich ausschließlich auf die Stadt Duisburg. Thematische Bezüge zwischen den Bewerbungen sind zu erkennen, auch wenn dazwischen gewisse zeitliche Abstände liegen. Die räumliche Lage der Stadt Duisburg an der Mündung der Ruhr in den Rhein bedingt ihre Zugehörigkeit zum einen zum Niederrhein und zum anderen zum Ruhrgebiet. Deutlich wird dies durch die unterschiedlichen Akteursnetzwerke: Im Rahmen der Bewerbung für die REGIONALE arbeitete Duisburg mit den Kreisen des Niederrheins Kleve und Wesel zusammen (Rat der Stadt Duisburg 2007c, 1), während für die Stadt der Wissenschaft, die Kulturhauptstadt und die Olympiabewerbung der Regionalverband Ruhr den Rahmen für die Städtekooperation darstellte.

### **Frankfurt am Main**

Fast zeitgleich und jeweils stellvertretend für die Region Frankfurt Rhein-Main fanden die Bewerbungsprozesse der Stadt Frankfurt am Main zur Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012 und zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 ab etwa Mitte 2001 statt (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2001a, 1; Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002a, 1). Mit der Olympiabewerbung sollte Frankfurt am Main als Sportstadt weiterentwickelt sowie die Sanierung und der Ausbau der Sportstätten weiter vorangetrieben werden (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2001b, 2). Doch hinter der Bewerbung standen nicht nur die Interessen der Stadt Frankfurt am Main, sondern auch die der Region, welche damit das weitere Zusammenwachsen vorantreiben wollten (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2001a, 1). Das Projekt „Grünes Band Rhein-Main-Auen“ stellte dabei ein Vorhaben der Regionalentwicklung dar, welches Eingang in die Olympiabewerbung gefunden hatte, um Ausgleichsflächen für olympiabedingte Eingriffe auszuweisen (Stadt Frankfurt am Main 2002a, 2-3). Das Zentrum der Spiele sollte jedoch in Frankfurt am Main liegen: „Rund um das neue Waldstadion, dessen Neubau bereits beschlossen ist [...]. Der zweite Mittelpunkt soll die Frankfurter Messe und das angrenzende Rebstockgelände werden. Dort entstehen neben dem Olympiastadion auch eine Mehrzweckhalle, ein Schwimm- und ein Hockeystadion“ (FAZ 2001c).

Olympische Bewerbungserfahrungen machte die Stadt Frankfurt am Main bereits Ende der 1980er Jahre für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2004 (Langhagen-Rohrbach 2004, 63). Auch wenn Frankfurt am Main später zugunsten Berlins auf die Wettbewerbsteilnahme verzichtete, konnte der Stadtentwicklung ein Schub verliehen werden: „Viele der damaligen Ideen, gerade die urbane Entwicklung des Mainufers, wurden umgesetzt“ (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2001b, 3). Auch hatte es durch die Bewerbungsinitiative der 1980er Jahre ein Aufbruchssignal in der Region gegeben, welches zur Kooperationsbereitschaft in der Region beitrug (Frankfurter Rund-

schau 2001a). Im Bewusstsein dieser Erkenntnisse bewarb sich Frankfurt am Main stellvertretend für die Region Frankfurt Rhein-Main als Austragungsort der Olympischen Sommerspiele 2012 (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2001d, 19). Bereits im Frühjahr 2001 begannen die Bewerbungsvorbereitungen mit der Idee, die Olympischen Spiele in der Region Frankfurt Rhein-Main auszurichten, noch bevor sich das NOK im November 2001 offiziell für eine deutsche Kandidatur entschied (Frankfurter Rundschau 2001a; Stadt Frankfurt am Main 2002b, 28)

Zentrale Akteure für die Bewerbungen zu den Olympischen Spielen 2012 und zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 waren neben der Stadtverwaltung Frankfurt am Main, die sich formal für die Spiele bewarb, die Regionalkonferenz und die Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V. (Langenhagen-Rohrbach 2004, 63). Im Mai 2001 hatten sich die Landräte, Bürgermeister und Oberbürgermeister der Region Frankfurt Rhein-Main in der Regionalkonferenz einstimmig für eine Olympiabewerbung ausgesprochen und eine „Allianz für Olympia“ gegründet (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2001a, 1). Neben einer Stabsstelle bei der Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main wurde im November 2001 die Frankfurt Rhein-Main GmbH gegründet, die zur Vorbereitung der nationalen Bewerbung diente und sowohl Vertreter der Stadt Frankfurt am Main, als auch des Landes Hessen und der Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V. als Gesellschafter beteiligte (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2001b, 1). Zu den Aufgaben der Frankfurt Rhein-Main GmbH gehörte neben der Aufstellung der Bewerbungsunterlagen auch die professionelle Vermarktung des Bewerbungsanliegens. So ermöglichte eine extra verlegte „Olympia-Zeitung“ und ein professioneller Internetauftritt den Informationstransfer zu den Bewerbungsaktivitäten und Zielsetzungen. Botschafter, Veranstaltungen und Informationsabende trugen dazu bei, die Bewerbung in der Öffentlichkeit bekannt zu machen (Stadt Frankfurt am Main 2003a, 23). Der größte Teil der anstehenden Aufgaben zur Bewältigung des Bewerbungsverfahrens wurde durch die FrankfurtRheinMain 2012 GmbH erledigt, die mit zwei Vollzeitkräften und einer Teilzeitkraft besetzt wurde (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002b, 1). Mit der Aufstellung einer Machbarkeitsstudie wurde eine Vision abgeleitet, ein Konzept über Wettkampfstätten, für den Verkehr und Transport erarbeitet sowie die finanzielle Machbarkeit überprüft (IHK Frankfurt am Main 2001, 22-23). Durch die Gegenüberstellung von geplanten Ausgaben, Investitionen und Einnahmen im Rahmen der Machbarkeitsstudie konnte die Bewerbungsinitiative Frankfurt Rhein-Main 2012 im Falle einer Ausrichtung einen finanziellen Überschuss berechnen (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002f, 2). Aufbauend auf den Erfahrungen als Stadt des Turnfestes und als Austragungsort nationaler und internationaler Spitzensportveranstaltungen wurden Frankfurt am Main beste Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewerbung attestiert (Stadt Frankfurt am Main 2002b, 28). Die Planungen für die Olympischen Spiele knüpften an bereits vorhandene Infrastrukturen und Planungen an. So wurde als Standort für das Olympiadorf das Gleisvorfeld des Güterbahnhofes – das zukünftige

ge Europaviertel – vorgeschlagen, welches auch ohne Olympia entwickelt werden sollte (Stadt Frankfurt am Main 2002b, 28). Nach Abgabe der Bewerbungskonzeption im Mai 2002 (Stadt Frankfurt am Main 2003a, 23) entschied sich das NOK im nationalen Auswahlverfahren gegen Frankfurt am Main und die Region als Ausrichter für die Olympischen Sommerspiele 2012 (Stadt Frankfurt am Main 2004a, 3).

Während die Idee einer Olympia-Bewerbung im Frühjahr 2001 entstand, beschloss die Regionalkonferenz<sup>34</sup> am 11.05.2001 die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt der Region Frankfurt Rhein-Main (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002a, 1). Als Teil der Regionalkonferenz hatte die Stadt Frankfurt am Main somit schon frühzeitig eine Bewerbung unterstützt, die auf den Vorschlag des Frankfurter Kulturdezernenten vom Dezember 2000 zurückzuführen war (Frankfurter Rundschau 2001b). Im städtischen Parlament findet sich der erste Hinweis zur Kulturhauptstadtbewerbung im Januar 2002, in dem die organisatorische und finanzielle Beteiligung an der Kulturhauptstadtbewerbung vorgetragen wurde (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002a, 1). Am 28.02.2002 beschloss die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main sich an der Kulturhauptstadtbewerbung der Region Frankfurt Rhein-Main zu beteiligen (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002d). Als Basis der Kulturhauptstadtbewerbung galt der „Vertrag zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Kultur“ vom 7. Oktober 2002, in welchem in § 1 vereinbart wurde, dass die Stadt Frankfurt am Main als offizieller Bewerber die Region repräsentieren sollte (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002f, 1). Erstellt wurde dieser Vertrag auf Initiative von Gebietskörperschaften der Region Frankfurt Rhein-Main, der Festlegungen zur Zusammenarbeit in der Region im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung traf und u. a. die Finanzierung des Bewerbungsprozesses über eine Abgabe je Einwohner festlegte (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002h, 1).

Zur Aufstellung der Bewerbung wurde eine Organisationseinheit in der Kulturinitiative RheinMain gegründet, welche die inhaltliche Ausgestaltung und Konzeption der Bewerbung übernehmen sollte (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002a, 1). Von Seiten der Stadt Frankfurt am Main wurde eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Kulturdezernates gegründet, die Vorschläge und Anregungen der einzelnen Frankfurter Kulturinstitute und Kulturschaffenden abfragte und diese in die Kulturinitiative RheinMain hineintrug (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002a, 1). Ebenso wurden von Seiten der Stadt Frankfurt am Main aus den vorhandenen Mitteln des Dezernats „Kultur und Wissenschaft“ die erste finanzielle Unterstützung bereitge-

---

<sup>34</sup> In der Regionalkonferenz arbeiten direkt gewählte Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte des Rhein-Main-Gebietes partnerschaftlich zusammen. Die erste Regionalkonferenz fand am 8. Mai 2000 statt. Bis auf einen Arbeitskreis ist die Regionalkonferenz derzeit nicht aktiv (IHK Wiesbaden 2013).



stellt, um den Bewerbungsprozess zu beginnen (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002a, 1).

Ähnlich wie bei der Bewerbung für die Ausrichtung der Olympischen Spiele stand auch bei der Kulturhauptstadtbewerbung die Verbesserung der Zusammenarbeit in der Region im Fokus. Dies wurde bereits im „Vertrag zur interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Kultur“ festgelegt: „Um dem kulturellen Reichtum der Region Frankfurt Rhein-Main neues Gewicht nach außen zu verleihen, haben sich die in der Anlage 1 genannten Kommunen zu einem gemeinsamen Auftritt der Region zur Stärkung ihrer kulturellen Identität entschlossen. Einen ersten Schritt stellt die Bewerbung um den Titel ‚Kulturhauptstadt Europas 2010‘ dar.“ (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002g, 1). Die Kulturhauptstadtbewerbung verfolgte dabei das Ziel, „die qualitative Steigerung des Kulturangebots [...] und die Verankerung eines gemeinsamen regionalen kulturellen Bewusstseins“ zu ermöglichen (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002g, 4). Allerdings wurden den Zielsetzungen im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung bereits frühzeitig Grenzen gesetzt, da sich die Regionalkonferenz im Mai 2003 gegen die Fortführung des Bewerbungsprozesses aussprach (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2003b, 1; FAZ 2003d). Noch zu Beginn des Monats Mai 2003 wurden in der Öffentlichkeit erste Schwerpunktthemen der Bewerbung kommuniziert (Zweistromland Rhein-Main, Innovation und Tradition, Geist der Freiheit - Freiheit des Geistes, Mythen gestern - heute – morgen), für deren Umsetzung bereits Projekte erarbeitet wurden: z. B. die „Route der Industriekultur“ für das Thema „Zweistromland Rhein-Main“ (FAZ 2003c). Schon, dass sich die Repräsentanten der Kommunen, die sich am „Vertrag zur interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Kultur“ beteiligten, zusammensetzten und Schwerpunktthemen für die Bewerbungskonzeption diskutierten, war „das Größte“ (Frankfurter Rundschau 2003a). Doch am 22.05.2003 verkündete die Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main den Rückzug von der Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas, welcher im September 2003 von der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main beschlossen wurde (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2003c, 1).

Im Vergleich zu den gescheiterten Bewerbungen für die Olympischen Spiele und die Kulturhauptstadt, fand die Bewerbung für den Titel Stadt der Wissenschaft ausschließlich auf Initiative von Frankfurt am Main statt. Im November 2004 wurde die Stadtverordnetenversammlung aufgefordert, dass der Magistrat die Stadt Frankfurt am Main beauftragen soll, eine Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2006 aufzustellen, um Wissenschaft langfristig als Standortfaktor zu entwickeln (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2004c, 1). Grundlage der Bewerbung stellte die seit Mitte der 1990er Jahre durchgeführte Veranstaltung „Wissenschaftsstadt Frankfurt“ 2001 dar, die verschiedene wissenschaftliche Einrichtungen und ihre Forschungsergebnisse einem breiten Publikum präsentierte (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2004b, 1). Im Januar 2005 wurde im

Kultur- und Freizeitausschuss beschlossen, dass die Stadt Frankfurt am Main am Wettbewerb Stadt der Wissenschaft 2006 teilnimmt (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2005a). Zu dem Zeitpunkt war jedoch bereits die Abgabefrist für das Jahr 2006 abgelaufen, so dass eine Bewerbung nicht mehr möglich war. Der Magistrat hatte jedoch im Vorfeld des Bewerbungsschlusses geprüft und befunden, dass eine Bewerbung sinnvoll wäre und im Einklang mit dem in der Entwicklung befindlichen „Wissenschaftsportal“ stehen würde (Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main 2005b, 2). Schließlich wurde jedoch von einer Bewerbung Abstand genommen, „da die Randbedingungen des Stifterverbandes erhebliche eigene Investitionen bedingen“ (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2005b, 2).

Letztendlich wurde dennoch ein Konzept für die Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft erarbeitet. Für die nächst mögliche Ausrichtung im Jahr 2007 wurde fristgerecht im Oktober 2005 vom Magistrat eine Bewerbung eingereicht (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2005e, Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2005f, 6). Unter dem Motto „Brücken schlagen zu Wissensinseln“ hatte das Kulturdezernat der Stadt Frankfurt am Main mit dem Kulturamt unter Beteiligung des Institutes für Neue Medien, der Goethe-Universität Frankfurt am Main und der Fachhochschule Frankfurt am Main sowie des Regionalplanungsverbandes Frankfurt Rhein-Main die Bewerbung aufgestellt (I\_12, 14.01.2013, Stadt Frankfurt am Main 2004b, 20). Ziel der Bewerbungsinitiative sollte es sein, für 2007 ein Programm „in enger Kooperation von Politik, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft zu entwickeln: Vernetzung und gegenseitige Befruchtung der verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen, wie zum Beispiel Universität, Fachhochschule, Museen, Zoo, Bankakademie und andere Forschungs- und Lehrinrichtungen sowie die Verzahnung mit der Wirtschaft unter Einbeziehung der Öffentlichkeit“ (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2004c, 1). Tatsächlich war dann auch das Ziel der Bewerbung „die vielfältige Landschaft des Wissens dieser Region medial darzustellen, Wissenschaftler und Wissensnutzer zusammen zu bringen und für die Öffentlichkeit einen vielfältigen Zugang zu diesem Wissensspektrum herzustellen“ (Stadt Frankfurt am Main 2004b, 2). Um dies zu erreichen, sollten temporäre oder dauerhafte Gesprächs- und Projektgruppen gebildet werden (Stadt Frankfurt am Main 2004b, 9). Die Bewerbung präsentierte verschiedene bereits bestehende Initiativen und Projekte zur Vernetzung von Wissenschaft und Gesellschaft. Dazu gehörte die seit 2003 in der Realisierung befindliche Online-Plattform „Science4FrankfurtRheinMain“, die zum Wissenstransfer beitragen und als Wissensspeicher fungieren soll (Stadt Frankfurt am Main 2004b, 11). Mit den vorgeschlagenen „Online-Science Clubs“, sollten sich zukünftig Gruppen bilden, in denen sich Wissenschaftler und Bürger zu Themen und Projekten austauschen können (Stadt Frankfurt am Main 2004b, 13). Das Pendant dazu waren die angestrebten wissenschaftlich orientierte „Service Clubs“. Diese sollen eine Form des Bürgerengagements und der ehrenamtlichen Tätigkeit darstellen, in der Menschen mit ähnlichen wissenschaftlichen Interessen zusammenkommen, Themen aufarbeiten und

übergreifend diskutieren sollen (Stadt Frankfurt am Main 2004b, 13). Zwar wurde die Bewerbungskonzeption auch von den Initiatoren der Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt, dem Kulturdezernat, erstellt, jedoch gab es zwischen den Bewerbungen weder inhaltliche noch zeitliche Verbindungen. Im Januar 2006 stand fest, dass Frankfurt am Main nicht im Finale um den Titel Stadt der Wissenschaft 2007 mit Braunschweig, Aachen und Freiburg konkurrieren würde (Frankfurter Rundschau 2006a). Im März 2006 berichtete der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung, dass die Stadt Frankfurt am Main beim Wettbewerb ausgeschieden ist, aber, dass das Bewerbungskonzept in der Zukunft weiter umgesetzt werden soll, weil es die Grundlage des vom Magistrat schon seit mehreren Jahren durchgeführten Projekts „Wissenschaftsstadt Frankfurt“ bildete (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2006a, 2).

Parallel zu diesen Bewerbungen verfolgte Frankfurt am Main fast das gesamte erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts die Idee, eine IBA in der Region auszurichten. Zwar wird eine IBA nicht über ein Wettbewerbsverfahren vergeben, sondern von Städten und Regionen selbst ausgerufen (Siebel 2010, 105). Allerdings vergeht von Beginn der Entscheidung bis zum Präsentationsjahr einer IBA ein Zeitraum von ca. 8-10 Jahren<sup>35</sup>, in dem es heißt, gemeinsame Entscheidungen zu treffen und Befürworter für das Projekt zu gewinnen und zu halten. Bereits der erste Anlauf 1993, eine IBA in Frankfurt am Main auszurichten, scheiterte an der ablehnenden Haltung des damaligen Frankfurter Oberbürgermeisters (Frankfurter Rundschau vom 10.07.2007, 6). Der zweite Anlauf wurde 1999 von der Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V. ins Leben gerufen, die eine Landschafts- und Strukturausstellung „Metropolitana“ ausrichten wollte (Blatter 2008, 156). Jedoch scheiterte auch diese 2003 an Konflikten der Beteiligten, wodurch die finanzielle Absicherung der Leuchtturmprojekte hinfällig wurde (Blatter 2008, 156). Nachdem die Olympischen Spiele, die Europäische Kulturhauptstadt 2010 und die Landschafts- und Strukturausstellung 2003 alle gescheitert bzw. abgebrochen worden waren, wurde 2004 von der Landesregierung Hessen, Vertretern der Wirtschaft sowie der KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH eine Machbarkeitsstudie für eine IBA 2016 in Auftrag gegeben. Diese galt als Nachfolgeprojekt der Machbarkeitsstudie um die Olympischen Spiele 2012 (FAZ 2007a). Mit Beschluss des hessischen Wissenschaftsministeriums, eine IBA Rhein-Main nicht zu unterstützen, war 2007 auch dieses Projekt gescheitert (Frankfurter Rundschau 2007a). Die ablehnende Haltung der hessischen Landesregierung hatte sich zwar durch die Landtagswahl 2008 und 2009 gewandelt, jedoch scheiterte auch der erneute Versuch eine IBA 2018 unter dem Motto „Internationalität“ auszurichten (Frankfurter Rundschau 2009).

---

<sup>35</sup> Die IBA Emscher Park fand im Zeitraum von 1989 bis 1999 statt und auch die nachfolgenden IBA hatten eine ähnliche Dauer (z. B. die IBA Fürst-Pückler-Land 2000-2010, IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2002-2010) (Crone 2013, 21).

Zusammenfassend kann für die Stadt Frankfurt am Main festgestellt werden, dass die gescheiterten Bewerbungen für die Ausrichtung von Großereignissen nicht losgelöst von der Region Frankfurt Rhein-Main mit ihrer Vielzahl unterschiedlicher Akteure betrachtet werden können. Zahlreiche Netzwerke wie die Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V., die Regionalkonferenz, der Regionale Planungsverband oder die KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH waren maßgeblich daran beteiligt. Ausnahme stellt die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft dar, die von Frankfurt am Main allein getragen wurde. Allerdings sind auch hier Vernetzungen zur Region vorhanden: Das Motto „Brücken schlagen zu Wissensinseln“ der Bewerbung gehörte ursprünglich zur Initiative „Science4Frankfurt Rhein-Main“, die nun im Rahmen des Wissensportals der Wissensregion Frankfurt Rhein-Main, einer Initiative des Regionalverbandes, der IHK Frankfurt am Main und der Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V. weitergeführt wird.

### **Halle (Saale)**

Zwar unterschieden sich die Bewerbungsverfahren der Stadt Halle (Saale) (Europäische Kulturhauptstadt, Olympischen Sommerspiele und die Stadt der Wissenschaft) wesentlich in Bezug auf Dauer und Intensität, doch einte sie der Fakt, dass die Stadtverwaltung finanzielle und personelle Ressourcen dafür zur Verfügung stellte. Für alle Bewerbungsverfahren wurden Finanzmittel aus dem städtischen Haushalt bereitgestellt, die nach der Art des Großereignisses variierten. So war der Bewerbungsprozess zur Europäischen Kulturhauptstadt zeitlich und finanziell am intensivsten. Zum ersten Mal wurden die Aktivitäten zur Europäischen Kulturhauptstadt im Mai 2003 im Amtsblatt als ein Höhepunkt bezeichnet, auf den sich die Saalestadt in den nächsten Jahren konzentrieren wollte (Stadt Halle (Saale) 2003a, 5). Bis zum März 2004 wurden auf Basis einer festgelegten Organisationsstruktur<sup>36</sup> die verschiedenen Akteure vernetzt und ein Bewerbungskonzept erarbeitet, welches dann beim Bundesland Sachsen-Anhalt eingereicht wurde (Stadtrat (Halle) 2004b, 1). Danach folgte fast ein Jahr Beratungszeit für die Kultusministerkonferenz zur Auswahl des nationalen Kandidaten. Diese Zeit nutzte Halle (Saale) zur Vermarktung und für unterstützende Aktivitäten der Bewerbung. Letztendlich investierte Halle (Saale) 400.000 Euro in ihre Bewerbungsaktivitäten, welche den Verwaltungshaushalt belasteten (Stadtrat Halle (Saale) 2004b, 2).

Etwa die Hälfte des Etats für die Kulturhauptstadtbewerbung wurde für die Beteiligung als Partnerstadt an der Olympiabewerbung Leipzig 2012 investiert. In zwei Jahresraten wur-

---

<sup>36</sup> Unter Führung einer Strategieguppe wurde ein Bewerbungskonzept erarbeitet, welches auf Basis der Ideen der vier verschiedenen Arbeitsgruppen (AG Kultur/Kultureinrichtungen, AG Stadtentwicklung, AG Tourismus, AG Marketing) entstand. Neben diesen Einheiten koordinierte die Lenkungsgruppe die operative Arbeit der AG und dem Kulturhauptstadtclub. Als dritte Organisationseinheit koordinierte das Organisationsbüro die Umsetzung einzelner Projekte während des Bewerbungsprozesses (Stadt Halle (Saale) 2004f, 1; Stadtrat Halle (Saale) 2004a, 13).

den insgesamt 210.000 Euro plus Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit in Höhe von 13.500 Euro von der Stadt Halle (Saale) ausgegeben (Stadtrat Halle (Saale) 2002, 2-3). Für die Unterstützung der Leipziger Bewerbung zur Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012 beteiligte sich Halle (Saale) nicht nur finanziell, sondern auch organisatorisch: Die Stadt wurde Mitglied der „Leipzig, Freistaat Sachsen und Partnerstädte GmbH“, der sogenannten „Olympia GmbH“. Es wurde ein Olympiabeauftragter innerhalb der Stadtverwaltung ernannt. Die Stadt Halle (Saale) war Bestandteil des „Beirates Sport“ in der Stadt Leipzig, welche zum Ziel hatte, die Integration des Sportes in der Stadtverwaltung Leipzig und der Partnerstädte, u. a. Halle (Saale), zu verstärken (Stadtrat Halle (Saale) 2002, 2; Stadt Halle (Saale) 2003d, 3).

Während im Rahmen der Unterstützung der Olympiabewerbung Leipzigs 2012 vor allem der Ausbau der sportlichen Infrastruktur und die Bereitstellung von Trainingsstätten im Vordergrund standen, waren die Bewerbungen zur Kulturhauptstadt Europas und zur Stadt der Wissenschaft mehr mit dem städtischen Kontext verbunden. Der eigens für die Kulturhauptstadtbewerbung entwickelte Slogan „Halle verändert“ gab die andauernden städtischen Schrumpfungs- und Stadtumbauprozesse wieder und wurde in der Bewerbung zur Stadt der „Wissenschaft 2012“ weitergeführt (Stadt Halle (Saale) 2004a; Stadt Halle (Saale) 2011a). Dies drückt die inhaltlichen Überschneidungen aus, welche die gescheiterten Bewerbungen zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010, Stadt der Wissenschaft 2005 und 2012 einen.

Die erste Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft für das Jahr 2005 wurde von den Fachbereichen Medien und Kommunikation und Wirtschaftsförderung zusammen mit einer Halleschen Kommunikations- und Designagentur entwickelt (Stadtrat Halle (Saale) 2004d, 34). Bereits nach dem Erscheinen der Ausschreibung wurden im Juni 2003 erste Ansätze zur Wettbewerbsteilnahme in der Stadtverwaltung angeschoben (Stadtrat Halle (Saale) 2003b, 4). Dabei stand die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes mit Slogan sowie die Präsentation im Internet und Amtsblatt im Vordergrund. Hinzu kam die Moderation einer „Aktivgruppe“ mit Vertretern aus der Universität, der Burg Giebichenstein, weiterer wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Einrichtungen sowie der Stadtverwaltung, auf deren Basis Ideen für das Bewerbungskonzept entwickelt wurden (Stadt Halle (Saale) 2003b, 1). Nachdem bereits 2007 eine zweite Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft im Stadtrat diskutiert wurde, wurde zu Beginn des Jahres 2010 diese Bewerbung beschlossen (Stadtrat Halle (Saale) 2007, 2; Stadtrat Halle (Saale) 2010a, 27; Stadtrat Halle (Saale) 2010b, 6). Vor dem Hintergrund, dass nach 2005 die Anzahl der beteiligten Wettbewerbsstädte am Wettbewerb Stadt der Wissenschaft abgenommen hatte und vermehrt Städte mit einer zweiten Bewerbung starteten, war auch für Halle (Saale) eine zweite Bewerbung attraktiv (Stadtrat Halle (Saale) 2010b, 4). Auch die Kenntnisse über die Gewinnerstädte des Formates Stadt der Wissenschaft, haben das Ziel der Stadt Halle (Saale) geschärft, mit der zweiten Bewerbung ein Gesamtprodukt zu entwickeln, dass

auch dann umgesetzt werden sollte, wenn die Bewerbung nicht erfolgreich sein würde. So stellt der 2009 begonnene Prozess „Strategiedialog 2025+“ neue Ansätze zur Stadtentwicklung von Halle (Saale) vor, die dem Motto folgen „Vorfahrt für Wissenschaft und Bildung“ und das Projekt „Halle – Stadt der Wissenschaft 2012“ als Meilenstein auf dem Weg zur Realisierung betrachten (Stadt Halle (Saale) 2011a, 6-7).

Charakteristisch für die Bewerbungsprozesse der Stadt Halle (Saale) ist, dass diese sowohl in den öffentlich zugänglichen Dokumentationen des Stadtrates als auch im Amtsblatt der Stadt vorgestellt und diskutiert wurden. Unabhängig vom Typ des Großereignisses waren die Bewerbungsprozesse von Beginn an ein Thema für die gesamte Stadt und galten als Höhepunkte zwischen denen Synergien erzeugt werden sollten. Das Jahr 2010 stellte für die Stadt Halle (Saale) einen zeitlichen Horizont dar, bis zu dem es galt, Zielvereinbarungen zu treffen und Visionen für die Zukunft der Stadt zu entwickeln. Die Olympiabewerbung, die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 und zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010, das Stadtjubiläum 2006 und der Händelgeburtstag 2009 stellten dabei verschiedene Meilensteine dar (Stadtrat Halle (Saale) 2004b, 5). Mit der Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 strebte Halle (Saale) an, „bis zum Jahr 2010 ein Pilotprojekt zu realisieren, das bei Berücksichtigung der Prämissen „Wachstum im Prozess des Schrumpfens“ und des „Stadtausbaus durch Stadtumbau“ verallgemeinerungsfähige Lösungsvorschläge für die Gestaltung eines veränderten Typus der „europäischen Stadt“ zu entwickeln (Stadt Halle (Saale) 2004a, 6). Der Bezug der Bewerbung zur Bewältigung des Bevölkerungsrückganges in der Stadt Halle (Saale) wurde anhand konkreter Projekte weiter spezifiziert. So sollten z. B. unter dem Thema „Stadt und Experiment“ Projekte im Plattenbau oder den durch Stadtumbau geprägten Raum an der Hochstraße durchgeführt werden, welche die Suche nach neuen Wohnformen begleiten und künstlerische Experimente den öffentlichen Raum beleben (Stadt Halle (Saale) 2004a, 85). Fast zeitgleich fand die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 statt. Diese stellte ebenfalls einen konkreten Bezug zu der wirtschaftlichen und städtebaulichen Veränderung in Halle (Saale) anhand des Projektes „Expedition Stadtumbau“ her und betonte damit die Bedeutung der Wissenschaft zur Bewältigung dieser Stadtentwicklungsprozesse und des Strukturwandels (Stadt Halle (Saale) 2003b, 1; Stadt Halle (Saale) 2004d, 1). Zeitgleich mit Lübeck, bewarb sich Halle (Saale) erneut für die Stadt der Wissenschaft 2012. Ähnlich wie die Hansestadt, war dieser Bewerbungsprozess mit einer konkreten Leitvorstellung zur Entwicklung der Stadt Halle (Saale) verbunden (Stadt Halle (Saale) 2012a, 2). Im räumlichen Leitbild Halle 2025 plus wird dieser Ansatz weiterverfolgt: „Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft: Das Potenzial des halleschen Wissenschaftsstandortes soll künftig noch stärker zu wissensbasierter Produktion führen, wofür der Technologiepark Weinberg Campus die zentrale Schnittstelle bildet“ (Stadt Halle (Saale) 2012b, 5).

## Karlsruhe

Der Ablauf der Bewerbungsprozesse für die Europäische Kulturhauptstadt, die Bundesgartenschau und die Unterstützung der Stuttgarter Olympiabewerbung erfolgten in der Stadt Karlsruhe fast zeitgleich. Nachdem bereits Ende der 1990er Jahre die Diskussion zur Ausrichtung einer Europäischen Kulturhauptstadt in Karlsruhe geführt wurde, stellte dann der Gemeinderatsbeschluss im Januar 2001 den tatsächlichen Auftakt des Bewerbungsprozesses dar (Gemeinderat Karlsruhe 2001a, 2 & 13). Insgesamt betrachtete Karlsruhe den intensiven Bewerbungsprozess bereits als ein Stadtmarketinginstrument, um die kulturelle Vielfalt zu präsentieren: „Selbst, wenn die Bewerbungsphase letztendlich nicht zu einem Zuschlag für die Stadt Karlsruhe führen sollte, wären die bis zu diesem Zeitpunkt aufgewendeten Mittel keineswegs wirkungslos. Schon die Bewerbung selbst, sollte als herausragendes Marketing-Instrument verstanden werden.“ (Gemeinderat Karlsruhe 2001b, 8). Die Stadtverwaltung wurde damals beauftragt, die notwendigen Schritte zur Aufstellung einer gemeinsamen Bewerbung mit Straßburg einzuleiten. Dazu hatte Karlsruhe die Unterstützung der Landesregierung, welche die gemeinsame Bewerbung mit Straßburg „zur Stärkung der Europafähigkeit des Landes betrachtete“ (Land Baden-Württemberg 2001, 59). Straßburg nahm damals das Projekt „Kulturhauptstadt“ im Stadtentwicklungsplan auf, was den Stellenwert der Kulturhauptstadtbewerbung für die Stadt ausdrückte (Gemeinderat Karlsruhe 2001b, 3). Im Vergleich dazu, verdeutlichte Karlsruhe die Priorität der Kulturhauptstadtbewerbung dadurch, dass eine dem Oberbürgermeister von Karlsruhe zugeordnete Stabsstelle eingerichtet wurde, die der Bewerbung Unterstützung von der obersten Stelle der Stadtverwaltung garantierte (Gemeinderat Karlsruhe 2001a, 6). Zur weiteren Vorbereitung des Bewerbungsverfahrens wurde ab 2001 eine ständige Arbeitsgruppe – das Kulturstadtbüro – eingerichtet, die unter Federführung der Kulturbereiche für die inhaltliche Grundkonzeption bis 2003 verantwortlich war (Gemeinderat Karlsruhe 2001b, 2). Letztendlich wurde der Bewerbungsprozess organisatorisch durch die Karlsruher Stadtverwaltung betreut, die, durch die Schaffung eines Lenkungskeises, der vom Karlsruher Oberbürgermeister geleitet wurde, die besondere Bedeutung dieses Projektes für die Stadt verdeutlichte (Gemeinderat Karlsruhe 2003e, 1). Arbeitsgruppen aus den Bereichen Kultur, Marketing, Finanzen und Stadtentwicklung unterstützten die Lenkungsgruppe inhaltlich.

Im Fokus der Kulturhauptstadtbewerbung standen vor allem die „nachhaltige Schärfung des Karlsruher Profils in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit“ und die Stärkung des Gemeinschaftsgefühls der Karlsruher Bevölkerung (Gemeinderat Karlsruhe 2003d, 2-3). Mit der formalen Entscheidung zur Aufstellung der Bewerbung zeigte Karlsruhe „die Identität einer jungen Stadt, die von Beginn an eine europäische Stadt war und die eine europäische Stadt geblieben ist. Vom ersten Tag an ist Karlsruhe eine Stadt der Begegnung von Menschen aus vielen deutschen Regionen, aus vielen Ländern Europas, eine Stadt der Toleranz, eine Stadt der Bürgerrechte, eine Stadt mit der Fähigkeit und mit dem Mut, die Zukunft vorauszudenken und vorauszugestalten.“ (Gemeinderat Karlsruhe

2003h, 3). In Bezug auf die gemeinsame Bewerbung mit Straßburg war das Ziel, die deutsch-französische Zusammenarbeit zu intensivieren. Aufgrund der Ausschreibungsrichtlinien der EU und damit der ausschließlichen Vergabe der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 an eine deutsche Stadt konnte die gemeinsame Bewerbung mit Straßburg ab Dezember 2003 jedoch nicht weiterverfolgt werden: „Straßburg hat klipp und klar gesagt, dass es hinter dieser Bewerbung steht, nur aus formalen Gründen keine Doppelbewerbung möglich ist“ (Gemeinderat Karlsruhe 2003d, 7).

Während der Bewerbungsprozess zur Europäischen Kulturhauptstadt in Karlsruhe andauerte, scheiterten die Vorhaben eine Bundesgartenschau im Jahr 2015 in Karlsruhe sowie die Vorstellung die Olympischen Sommerspiele 2012 in Baden-Württemberg auszurichten (ka news 2003a; ka news 2003b). Neben diesen zeitlichen Parallelitäten gab es auch inhaltliche Überschneidungen. So verfolgten z. B. die Initiatoren der Bundesgartenschaubewerbung 2015 ähnliche Zielsetzungen wie auch die Bewerbung zur Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010: Zentrale Projekte, eine Bundesgartenschau zum 300. Stadtjubiläum in Karlsruhe 2015 stattfinden zu lassen, waren der Landschaftspark Rhein mit Rheinpromenade für Naherholungszwecke und der Ostaupark zur Verbesserung des städtischen Grüns (Gemeinderat Karlsruhe 2006a, 2-3). Auch im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung stellte die Entwicklung des Ostauparks ein Projekt dar, welches die zentrale Fortentwicklung der Garten- und Landschaftskultur zum Ziel hatte (Stadt Karlsruhe 2004, 31).

Neben einer grünen Europäischen Kulturstadt verstand sich Karlsruhe auch als Sportstadt. Im Zusammenhang der Olympiabewerbung der Stadt Stuttgart wurde im Karlsruher Gemeinderat diskutiert, inwieweit sich die Stadt in dem Initiativkreis zur Vorbereitung der Stuttgarter Bewerbung beteiligen sollte. Dabei stand im Vordergrund ein neues Verhältnis zur Stadt Stuttgart aufzubauen, welches für weitere gemeinsame sportliche Wettbewerbe von Bedeutung wäre (Gemeinderat Karlsruhe 2001c, 1). Außerdem wurde angenommen, dass im Falle der Olympischen Sommerspiele 2012 würden in Baden-Württemberg ausgetragen werden, die zahlreichen Wettkämpfe mit Medaillenvergabe im Raum Karlsruhe den Leistungssport in der Region aufwerten würden (Gemeinderat Karlsruhe 2003a, 1-2). Nachdem in der offiziellen Olympiabewerbung Stuttgarts die Region Karlsruhe als Standort für die Kanuwettbewerbe vorgestellt wurde (Gemeinderat Karlsruhe 2002, 1), wurden damit auch verkehrsinfrastrukturelle Verbesserungen zur gegenseitigen Erreichbarkeit erwartet (Gemeinderat Karlsruhe 2003b, 2). Zwar wurde auch davon ausgegangen, dass für die Stadt Karlsruhe ein Imagegewinn auf nationaler wie internationaler Ebene und eine Verbesserung im Bereich des Tourismus eintreten würde, aber Gegenstimmen verwiesen auch auf die parallel laufenden Bemühungen, eine Bundesgartenschau 2015 in Karlsruhe auszurichten und die finanziellen Belastungen bei der Ausrichtung von zwei Großereignissen (Gemeinderat Karlsruhe 2003b, 9). Nachdem am 12. April 2003 die deutschen Kandidatenstädte ihre Bewerbungskonzepte in München präsentierten und



das NOK die Entscheidung fällte, Leipzig in den internationalen Wettbewerb mit New York, London, Paris, Madrid und Moskau zu schicken, war nach mehr als zwei Jahren auch der Bewerbungsprozess für die Stadt Karlsruhe beendet (Rothfuss 2012).

Nachdem von den ursprünglich drei geplanten Großereignissen, nun nur noch die Europäische Kulturhauptstadt zur Diskussion stand und der Abgabetermin zur Einreichung der Bewerbungsunterlage näher rückte, intensivierte sich der Bewerbungsprozess. Nach zwei gescheiterten Bewerbungen wollte Karlsruhe jetzt alles richtigmachen: Eine in Auftrag gegebenen Studie „Wirtschaftliche Wirkungen – Karlsruhe, Kulturhauptstadt Europas 2010“ unterstützte die Stadt bei der Argumentation zur Kostenkalkulation und gab Ratschläge zu den direkten und indirekten Risiken und Vorteilen eines solchen Vorhabens (Funck et al. 2007, 9). Anders als bei der Olympia- und Bundesgartenschaubewerbung, sah die Stadt Karlsruhe den Vorteil, bei der Ausrichtung der Kulturhauptstadtbewerbung auf die Einrichtung von zusätzlicher Infrastruktur verzichten zu können: „Die Kulturhauptstadt hat den großen Vorteil, dass wir nicht gezwungen sind, neue Einrichtungen zu schaffen. Wir brauchen kein Olympiastadion oder keine Ruderregatta-Strecken zu bauen, wir brauchen auch nicht neue Parks zu bauen. Wir können, und das ist der Charme dieser Bewerbung, mit unseren vorhandenen Stärken etwas erreichen. (Gemeinderat Karlsruhe 2003d, 18). Im Vergleich zu anderen Kulturhauptstadtwerberstädten verfolgte Karlsruhe bis Dezember 2003 eher eine verhaltene Marketingstrategie ihrer Bewerbung. Dies war zwar beabsichtigt, damit der Gemeinderat in seiner Einschätzung zu den Leitlinien der Bewerbung nicht durch öffentliche Meinungsbildung beeinflusst werden würde (Gemeinderat Karlsruhe 2003g, 4). Auf der anderen Seite wurde dies auch kritisiert, da in der ersten Phase der Bewerbung die Marketingauftritte über die Information der Bürger nicht hinausgingen (Gemeinderat Karlsruhe 2003g, 4). Zeitlich fortgeschritten im Bewerbungsverlauf konkretisierten sich auch die Zielstellungen und es wurden Leitprojekte für das Bewerbungsdokument entwickelt: Platz der Grundrechte, Europäisches Haus der Gerechtigkeit, Europäischer Stadtbrief 2010 und der Kreativpark Ostau (Stadt Karlsruhe 2005, 4-15). Mit diesen vier Leitprojekten sollte die Karlsruher Bewerbung ein Leitprojekt der Stadtentwicklung darstellen, welches dem Profil der Stadt entspricht und „die Erneuerung des Stadtraumes und die Gestaltung in der Natur ebenso [...] wie die künstlerische Betätigung“ einschließt (Gemeinderat Karlsruhe 2003h, 8-9).

Zur Abgrenzung zu den bereits gescheiterten Bewerbungen wurde immer wieder betont, dass Karlsruhes Kulturhauptstadtbewerbung keine Neubauten braucht, sondern auf den Bestand und aufbauend auf den vorhandenen Stärken der Stadt ausgerichtet ist. Trotz der bereits gescheiterten Bewerbungen und den Befürchtungen, dass die Kulturhauptstadtbewerbung ein ähnliches Schicksal ereilen könnte, entschied sich der Gemeinderat dafür, Mittel zu Bewerbungszwecken zur Verfügung zu stellen, statt damit direkt Kulturprojekte zu finanzieren (Gemeinderat Karlsruhe 2003g, 15-18). Die Finanzierung des

Bewerbungsprozesses wurde dabei hauptsächlich aus Mitteln des städtischen Haushalts beglichen. Diese reichten jedoch für die Personalkosten zusätzlicher Mitarbeiter nicht aus, so dass Mitarbeiter aus der Stadtverwaltung das Projekt Kulturhauptstadt unterstützen (Gemeinderat Karlsruhe 2004, 2). Nachdem Karlsruhe als offizieller Kandidat des Landes Baden-Württemberg im Juli 2004 in den bundesdeutschen Wettbewerb geschickt wurde (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, 2004), begann die Vermarktung des Vorhabens. Begleitet von der „Laserfächertour“ wurde das markante Markenzeichen Karlsruhes über die Städte Stuttgart, Saarbrücken, Koblenz, Weimar und Halle (Saale) bis nach Berlin getragen, wo die Bewerbung im Juni 2004 der Kultusministerkonferenz übergeben wurde (Stadt Karlsruhe 2005, 84-86). Ebenso warb eine bundesweite Plakatkampagne zusammen mit dem Land Baden-Württemberg für die Kulturhauptstadtbewerbung Karlsruhes: „Karlsruhe muss Hauptstadt werden“; „Kunst kommt von Karlsruhe“, „Die Kultur ist in Karlsruhe“ (Stadt Karlsruhe 2005, 18-20). Auf regionaler und lokaler Ebene brachten Plakataktionen, kleine Festivals und Ausstellungen die Bewerbung der Bevölkerung nahe. So fuhr z. B. eine Straßenbahn mit Kulturhauptstadtlogo durch die Stadt, Banner mit Kulturhauptstadtlogo schmückten den Stadtraum und Merchandisingartikel wie Bleistifte und Luftballons führten dazu, dass das Projekt der Bevölkerung bekannt wurde (Stadt Karlsruhe 2005, 91). Im Dezember 2004 wurde ein ehrenamtlicher Intendant – ein künstlerischer Leiter – für die Kulturhauptstadtidee einberufen, der „in einer Form Social-Sponsoring von Bertelsmann“ der Stadt Karlsruhe zur Verfügung gestellt wurde und die Bewerbung Karlsruhes bis zur Entscheidung im März 2005 begleitete (Stadt Karlsruhe 2005, 44-46; Gemeinderat Stadt Karlsruhe 2005, 6). Mit Entscheidung der Kultusministerkonferenz im März 2005 schied Karlsruhe aus dem Wettbewerb um die Europäische Kulturhauptstadt 2010 aus.

In dem Zeitraum, in dem die Karlsruher Verwaltung „in einem Klima der Vorfreude und Aufgeschlossenheit“ die Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas konzeptionell vorbereitete, fiel auch der Bewerbungsprozess zur Stadt der Wissenschaft 2005 (Gemeinderat Karlsruhe 2003d, 3). Nach Kultur, Grün und Sport stellte nun auch Wissenschaft ein Thema für die Stadtentwicklung Karlsruhes dar. Zwar wurde bereits in der Bewerbungsbroschüre Karlsruhes zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 von Karlsruhe als „Wissenschafts- und Kulturstadt“ gesprochen (Stadt Karlsruhe 2004, 10), in der sich Karlsruhe selbst als Stadt der Wissenschaft bezeichnete und sich der „Vermittlung der neuen Erkenntnisse und des technischen Fortschritts verpflichtet sah“ (Stadt Karlsruhe 2004, 38). Ziel der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 war es, die bestehenden Netzwerke innerhalb der Stadt zwischen Forschung, Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Verwaltung und Bürger weiter zu entwickeln (Stadtmarketing Karlsruhe GmbH 2003, 1). Der Titel Stadt der Wissenschaft 2005 sollte für Karlsruhe die Gelegenheit bieten, „sich bundesweit ein ganzes Jahr lang nachhaltig in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Technologie zu profilieren und [...] lokal einen Identifikationswert für die Bürgerinnen und Bürger“ zu schaffen (Fenrich 2004, 1). Unter Führung des Stadtmarketings wurde von der

Verwaltung, zusammen mit den wissenschaftlichen Einrichtungen und Partnern aus der Wirtschaft, die Bewerbung aufgestellt. In einem gemeinsamen Workshop mit Studierenden der Fachhochschule – Hochschule für Technik aus dem Bereich International Management und dem Stadtmarketing entstand eine Reihe von Projekten, die 2005 durchgeführt werden sollten (Stadtmarketing Karlsruhe GmbH 2003, 2). Neben den bereits genannten inhaltlichen Verbindungen und zeitlichen Parallelen zwischen den beiden Bewerbungen gab es auch organisatorische Gemeinsamkeiten. Sowohl für die Kulturhauptstadtbewerbung als auch für die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 hatte das Stadtmarketing die Projektleitung inne. Die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 war in Folge der vierte Versuch, ein Großereignis in Karlsruhe auszurichten, welcher jedoch bereits in der Vorentscheidung des Wettbewerbs im Januar 2004 scheiterte (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 2004)

Etwa anderthalb Jahren nach dem Aus der Kulturhauptstadtbewerbung und der Stadt der Wissenschaft wurde im Gemeinderat erneut die Idee zu einem Großereignis diskutiert: der erneute Versuch die Bundesgartenschau 2015 in Karlsruhe auszurichten (Gemeinderat Karlsruhe 2006a, 1). Vorgeschichte war die im April 2000 auf Beschluss des Gemeinderates durchgeführte Bewerbung für eine Bundesgartenschau 2015 beim Zentralverband Gartenbau (Gemeinderat Karlsruhe 2007d, 3). Nachdem bereits eine Bewerbungskonzeption und eine Machbarkeitsstudie für eine Bundesgartenschau 2015 in Karlsruhe erarbeitet worden waren, traf am 18.03.2003 der Gemeinderat die Entscheidung, aufgrund der schwierigen finanziellen Situation Karlsruhes, die Bewerbung für eine Bundesgartenschau 2015 nicht mehr aufrecht zu erhalten (SPD Karlsruhe 2003, 2). Grund des Wiederbelebens der „Bundesgartenschau-Idee“ in Karlsruhe war der Fakt, dass die für 2015 ausgewählte Stadt Osnabrück, ebenso aus finanziellen Gründen am 21.11.2006 entschied, den Zuschlag für die Ausrichtung einer Bundesgartenschau 2015 an die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft zurückzugeben (Gemeinderat Karlsruhe 2006a, 1). Die Idee, Stadtgeburtstag und Bundesgartenschau zusammen zu führen, faszinierte erneut.

Mit der zeitlichen Distanz zur Erfahrung von 2003 wurde auch deutlich, dass die planerische Ausgangslage 2006 eine ganz andere war. Zwischenzeitlich erfolgte Grundstückskäufe, die Verbesserung der finanziellen Rücklagen durch Gewerbesteuererinnahmen und keine weiteren parallellaufenden Großereignisbewerbungen wie damals für Olympia und die Europäische Kulturhauptstadt ermöglichten eine neue Diskussion zur Durchführung einer Bundesgartenschau 2015 (Gemeinderat Karlsruhe 2006a, 10). Bis zum März 2007 wurden von der Stadtverwaltung Karlsruhe die planerischen und finanziellen Rahmenbedingungen einer erneuten Bundesgartenschau-Bewerbung überprüft, so dass im April 2007 der Bundesgartenschau-Gesellschaft verbindlich das Interesse zur Durchführung für 2015 signalisiert werden konnte (Gemeinderat Karlsruhe 2006a, 2; Gemeinderat Karlsruhe 2007c, 29). Im Konzept von 2006/07 wurde „eine verbesserte Versorgung der

dicht bebauten Stadtteile der Süd- und Oststadt mit Grün-, Spiel- und Aufenthaltsflächen und die Erschließung des Erholungspotentials am Rhein als wichtiger Teil des regionalen Pamina-Rheinparks“ vorgeschlagen. Diese waren zum damaligen Bewerbungszeitpunkt bereits in Bebauungsplänen vorgesehen und verbesserten die Ausgangssituation der Bewerbungsinitiative (Gemeinderat Karlsruhe 2007d, 2). Besonders im zweiten Anlauf wurde die Verbindung der Bewerbungsprojekte mit übergeordneten Zielen der Stadtentwicklung deutlich: Durch die Ausrichtung der Bundesgartenschau 2015 sollten „Inhalte schneller befördert und realisiert [werden], die im Einklang mit den formulierten Entwicklungszielen des Masterplanes 2015 stehen“ (Gemeinderat Karlsruhe.2007b, 3). Nachdem im November 2007 bekannt wurde, dass Karlsruhe nicht Ausrichterstadt der Bundesgartenschau 2015 wird, war die Chance auf eine Bundesgartenschau 2015 zum zweiten Mal vertan (Die Welt 2007b).

Zusammenfassend kann für die Großereignisbewerbungen der Stadt Karlsruhe festgestellt werden, dass diese im Gesamten eine große Bedeutung zur Vorbereitung auf den 300jährigen Stadtgeburtstag im Jahr 2015 hatten. In Abhängigkeit von den verschiedenen Großereignisthemen standen die Bewerbungsziele in engem Zusammenhang mit dem gesamtstädtischen Ziel, die Stadt auf das Jahr 2015 vorzubereiten und die Wahrnehmung auf die Stadt zu verstärken. Ebenso überschritten sich Bewerbungsprojekte in Bezug auf ihre inhaltliche und räumliche Zielrichtung. So war der Kreativpark Ostau sowohl ein Projekt der Kulturhauptstadtbewerbung als auch ein Projekt für die Gartenschaubewerbungen. Zwar unterschieden sich die Akteure des Bewerbungsprozesses voneinander, jedoch einte sie der Fakt, dass die Stadtverwaltung und der Stadtrat als Gremien immer in den Bewerbungsprozessen vertreten waren und diese diskutierten.

## **Lübeck**

Das Jahrzehnt der Großereignisse begann für Lübeck mit der Initiative des Oberbürgermeisters, eine Projektgruppe zu bilden, die den Weg für die Ausrichtung der Olympischen Segelwettbewerbe 2012 in Lübeck-Travemünde ebnen sollte (Hansestadt Lübeck 2001). Bis Mai 2002 wurde ein Olympiakonzept erarbeitet, wofür im Vorfeld eine Machbarkeitsstudie erstellt worden war (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2001b, 5). Die laufenden Planungen zu einem städtebaulichen Konzept zur Entwicklung einer Ferienanlage mit Marina auf der Halbinsel Priwall unterstützten die Planungen zum zukünftigen Segelolympiastützpunkt und wurden einbezogen (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2001a, 69; Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2001b, 8). Nach Übergabe der Olympiabewerbung an das Nationale Olympische Komitee im Mai 2002 wurde das Jahr bis zur Entscheidung mit zahlreichen PR-Aktionen gefüllt, um überregional zu verdeutlichen, dass die Lübecker Bürger hinter der Olympia-Bewerbung standen (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2002a, 4; Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2002c, 3). Dazu zählten die Ernennung der Olympiabotschafter und die Werbung zur „Sportstadt Lübeck“ auf den Trikots des VfB Lübeck. Im Mai 2003 galt der Bewerbungsprozess als beendet, was in der 1. Sitzung des Ausschus-

ses für den Kurbetrieb Travemünde bekannt gegeben wurde (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2003a, 3)

Während die NOK in München im April 2003 über das Aus für die Lübecker Beteiligung an Olympischen Spielen in Deutschland entschied, wurde in der Bürgerschaft Lübeck bereits über das nächste Großereignis diskutiert (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2003b, 52-53). Der Olympische Geist sollte in der Kulturhauptstadtbewerbung Lübecks weiterleben und den Aufbruch Lübecks in die Moderne weiter begleiten (Hansestadt Lübeck 2003b). Nachdem die Lübecker Bürgerschaft beschlossen hatte, dass sich die Hansestadt für die Europäische Kulturhauptstadt bewerben soll, war dazu bereits im Juni 2003 die Zustimmung von der Landesregierung Schleswig-Holstein eingeholt worden (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2003c, 3). Zur Finanzierung der Bewerbungskosten wurden für die Jahre 2003 und 2004 Mittel im Stadthaushalt zur Verfügung gestellt (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2003e, 61). Nach Abgabe der Bewerbungsschrift bei der Landesregierung Schleswig-Holstein, nutzte die Stadt Lübeck die Zeit bis zur Auswahlentscheidung des bundesdeutschen Kandidaten für die Weiterentwicklung der Bewerbungsprojekte und für die Implementierung von Marketing Maßnahmen zur Unterstützung des Kulturhauptstadtprojektes (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2004c, 10). Organisiert wurde die Kulturhauptstadtbewerbung von Beginn an von einem eigens aufgestellten Arbeitskreis unter Projektleitung des Kulturbüros des Fachbereiches Kultur und regelmäßiger Berichterstattung in der Lübecker Bürgerschaft (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2003f, 4). Nach dem Ausscheiden aus dem Bewerbungsverfahren im April 2005 stellte sich die Stadt selbst der Frage nach Erfahrungen aus der Bewerbungszeit zur Europäischen Kulturhauptstadt auf dem weiteren Weg, neue kulturpolitische Strukturen und Maßnahmen zu ermöglichen (Hansestadt Lübeck 2006).

Unter dem Motto „irgendwann muss es ja einmal klappen“ startete Lübecks Initiative Stadt der Wissenschaft 2009 zu werden (NWZ 2008). Nach den gescheiterten Vorhaben Olympiabewerbung und Europäische Kulturhauptstadt 2010 wurde im September 2007 im Hauptausschuss der Lübecker Bürgerschaft die Empfehlung ausgesprochen, dass sich die Hansestadt Lübeck am Wettbewerb um die Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft 2009 beteiligen sollte (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2007a). Mit Unterstützung einer externen Werbeagentur wurde die Bewerbung auf Initiative der vier Hochschulen (Universität, Fachhochschule Lübeck, Musikhochschule, Bundespolizeiakademie und Fachhochschule des Bundes) gemeinsam mit zahlreichen Unternehmen am Standort und in Partnerschaften erarbeitet (Hansestadt Lübeck 2009b, 95). Mit der Possehl-Stiftung hatte die Initiative Stadt der Wissenschaft 2009 nicht nur einen Partner zur Finanzierung der Bewerbungskosten, sondern auch inhaltliche Unterstützung und Erfahrungen aus der Zeit der Kulturhauptstadtbewerbung (NWZ 2008). Dieser Partner war von besonderer Bedeutung, da vom Stadthaushalt zwar Mittel für die Realisierung der Projektvorschläge im Fall einer erfolgreichen Bewerbung genehmigt worden waren, für den Bewerbungs-

prozess jedoch keine bereitgestellt wurden (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2007c, 18). Vor dem Hintergrund der Annahme, dass Forschung und Wissenschaft das Alltagsleben der Menschen in der globalisierten Wissensgesellschaft mehr denn je verändern, stellte Lübeck seine Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2009 auf. Diesem Strukturwandel setzte Lübeck das Ziel entgegen, die „Bürgergesellschaft und Wissenschaft in einen Dialog gegenseitiger Öffnung und Integration zu verbinden“ (Hansestadt Lübeck 2007, 5). Auf Basis der Zusammenarbeit verschiedener Akteure in thematischen Arbeitskreisen wurden Projektideen entwickelt und Kooperationen aufgebaut, die auch unabhängig vom Ausgang der Bewerbung weiterverfolgt werden sollten (Hansestadt Lübeck 2007, 1). Nachdem bekannt war, dass Lübeck nicht Stadt der Wissenschaft 2009 werden würde (Hansestadt Lübeck 2008), war der erste Schritt in diese Richtung, eine erneute Bewerbung für die Stadt der Wissenschaft 2012 aufzustellen und Projektideen wie die Bürgerakademie Lübeck weiterzuentwickeln (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2010, 17-18; Hansestadt Lübeck 2011c, 23). Hintergrund dieser Bewerbung war, die angestoßenen Impulse des Bewerbungsverfahrens zur Stadt der Wissenschaft 2009 weiterzuführen und das besondere Profil der Wissenschaftsstadt Lübeck auszubauen (Hansestadt Lübeck 2009a). Aufbauend auf den Erfahrungen von 2007 und 2008 und mit dem damals gegründeten „Initiativkreis Stadt der Wissenschaft“, der als „Initiativkreis Wissenschaft in Lübeck“ weitergeführt wird, wurde das „Entwicklungskonzept Wissenschaftsstadt Lübeck“ erarbeitet, welche die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2012 als impulsgebendes Projekt verortete (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2013a, 3).

Alle Bewerbungsverfahren fanden unter Beteiligung und regelmäßiger Information der Lübecker Bürgerschaft statt. Ziel der Bewerbung Lübecks zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 war vor allem die Verbesserung der Innen- und Außenwahrnehmung der Stadt: „Die Bewerbung dient dazu, unsere Stadt international mit ihrem überall bekannten Profil weiter bekannt zu machen, Menschen von überall hierher zu bitten. Diese Bewerbung wird auch das Selbstbewusstsein unserer Stadt stärken und die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen auf allen kulturellen Feldern fördern“ (Hansestadt Lübeck 2004a, 6). Mit der Betonung der städtischen Besonderheiten und einem Kulturkalender für 2012 hatte die Bewerbung vor allem einen gesamtstädtischen Marketingcharakter. Dies spezifizierte sich mit den nachfolgenden Bewerbungen für die Stadt der Wissenschaft 2009 und 2012. Während die Bewerbung 2009 noch mit dem Ziel scheiterte, „Lübeck als Wissenschaftsstandort konsequent weiterzuentwickeln – die Bewerbung als Stadt der Wissenschaft 2009 wird diesen Prozess stärken und beschleunigen“ (Hansestadt Lübeck 2007, 1), war der Bewerbungsprozess für 2012 erfolgreich. Die Verbindung des Bewerbungsprozesses mit konzeptionellen Planungen der Stadtentwicklung haben dem Projekt einen strategischen Charakter gegeben (Hansestadt Lübeck 2011c, 4). So zählt laut der Bewerbungsunterlage Stadt der Wissenschaft 2012 zu den derzeitigen Entwicklungszielen der Stadtentwicklung, der Ausbau der Hochschul- und Forschungsinfrastruktur (Hansestadt Lübeck 2011c, 4).

Dadurch, dass die Großereignisbewerbungen von Lübeck zeitlich versetzt zueinander abliefen, wurde für Lübeck im Besonderen deutlich, dass sich Zusammenhänge zwischen den Bewerbungen im Verlaufe der Zeit ergaben. Während die Kulturhauptstadtbewerbung und die Bewerbung um die Ausrichtung der Segelwettbewerbe für Olympia eher losgelöst voneinander durchgeführt und behandelt wurden, bezogen sich die nachfolgenden Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft mehr aufeinander bzw. reflektierten die bereits gemachten Erfahrungen der gescheiterten Großereignisbewerbungen. Auch konnten Überschneidungen in Bezug auf die beteiligten Akteure der einzelnen Bewerbungsprozesse gemacht werden. So war die personell und finanziell maßgeblich an den Bewerbungsprozessen zur Europäischen Kulturhauptstadt und zur Stadt der Wissenschaft beteiligt.

### **Münster**

Der Auftakt zum Bewerbungsprozess der Stadt Münster als Europäische Kulturhauptstadt 2010 erfolgte im September 2001, als der Bürgermeister dem Haupt- und Finanzausschuss eine erste Einschätzung zum Projekt und Verfahren Kulturhauptstadt Europas 2010 gab (Rat der Stadt Münster 2002a, 1). Daraufhin wurde im Februar 2002 das Thema innerhalb des Arbeitskreises „Kunst und Kultur“ im Stadtmarketing der Stadt Münster diskutiert, wodurch zeitliche und inhaltliche Parallelitäten mit dem damals aktuellen Stadtmarketingprozess sowie der Entwicklung und Darstellung von kulturpolitischen Leitlinien für die Stadt Münster offensichtlich wurden (Rat der Stadt Münster 2002a, 3). Vor diesem Hintergrund erhielt die Bewerbung der Stadt Münster zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 die Funktion eines Marketinginstrumentes mit dem Ziel, einen Imagegewinn für die Stadt und eine langfristige Stadt-Marketing-Strategie zu entwickeln (Rat der Stadt Münster 2002a, 3). Auf dem Weg zur Abgabe der Bewerbungskonzeption bis zum März 2004 wurde bereits im Sommer 2002 mit der Erarbeitung einer Grobkonzeption für die Bewerbungsunterlage begonnen. Diese entstand unter der Mitarbeit verschiedener interner (Arbeitskreis Kunst und Kultur, Integrationsworkshop) und externer Fachpersonen und stellte eine Entscheidungsgrundlage für die Aufstellung einer Bewerbung im Stadtrat dar (Stadt Münster 2002a, 3-4).

Aus diesen ersten Aktivitäten wurde im November 2002 geschlussfolgert, dass „eine Bewerbung nur dann weiterverfolgt wird, wenn sie von breitem gesellschaftliche Engagement getragen wird und daraus eine tragfähige Finanzierung resultiert“ (Rat der Stadt Münster 2002c, 1). Allerdings wurde zu diesem Zeitpunkt auch betont, dass bereits der Bewerbungsprozess „unabhängig vom Erfolg der Bewerbung einen nachhaltigen Imagegewinn für Münster in den Bereichen Kultur, Stadtgestaltung und Bildung ermöglicht“ (Rat der Stadt Münster 2002b, 1). Verstärkt wurde diese Vorstellung, indem die Bewerbung Münsters zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 als ein zentrales und zukunftsweisendes Projekt des parallel stattfindenden integrierten Stadtmarketing- und Stadtentwicklungsprozess definiert wurde (Rat der Stadt Münster 2002d, 4). Letztendlich beauftragte

der Rat der Stadt Münster im Dezember 2002 die Verwaltung, „eine breit angelegte, fundierte Bewerbung Münsters um den Status ‚Kulturhauptstadt Europas 2010‘ zu erarbeiten“ (Rat der Stadt Münster 2003b, 2). Die Bewerbungsunterlage wurde ebenso vom Rat der Stadt Münster beschlossen, bevor sie am 31.03.2004 durch den Oberbürgermeister an das Land Nordrhein-Westfalen, Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport übergeben wurde (Rat der Stadt Münster 2004a, 1)

Die Reflexion und Weiterentwicklung der eigenen kulturellen Qualitäten und Leistungen der Stadt Münster vor dem Hintergrund der europäischen Idee war dabei das Ziel, welches mit der Ausrichtung der Kulturhauptstadt Europas 2010 erreicht werden sollte (Stadt Münster 2004d, 6). Das Leitprojekt der Bewerbung stellte für Münster der Westfälische Frieden dar. Vor dem Hintergrund erweiterter geografischer und machtpolitischer Voraussetzungen sollte dieser z. B. in Form von Ausstellungen und Konferenzen thematisiert werden (Stadt Münster 2003b). Ein weiteres Leitprojekt beschäftigte sich mit der Kunst im öffentlichen Raum. Pate dafür war die internationale Skulpturenausstellung, die seit 1977 im zehnjährigen Rhythmus parallel zu jeder zweiten documenta in Kassel stattfindet (Stadt Münster 2003b).

Durch die frühzeitigen finanziellen Unterstützungen aus der „regionalen und überregionalen Kreditwirtschaft“ stand der Stadt Münster bereits Ende 2002 ein Budget von etwa 250.000 Euro zur Finanzierung des Bewerbungsprozesses zur Verfügung (Stadt Münster 2002b, Rat der Stadt Münster 2002d, 5). Die Erarbeitung der Bewerbungskonzeption konnte somit ausschließlich durch Spenden- und Sponsorengelder (ca. 300.000 Euro) finanziert werden, während die Akquisephase bis zur Abgabe der Bewerbung im März 2004 durch die Stadtverwaltung abgedeckt werden konnte (40.000 Euro) (Rat der Stadt Münster 2003b, 2-3). Mit dem Oberbürgermeister als „Schirmherrn“ der Bewerbung und einem externen Projektmanager, der die Stadtverwaltung bei der Aufstellung und Kommunikation der Bewerbung unterstützte (Stadt Münster 2002b), war der Bewerbungsprozess auch vom „Engagement der Einwohnerschaft“ geprägt (Rat der Stadt Münster 2003b, 3). Die Konzipierung der Bewerbungsunterlage baute somit auf verschiedenen Debatten und Diskussionen mit der Einwohnerschaft auf, die sich damit auseinandersetzten, zukünftige Wege der Stadt Münster zu erörtern und den Beitrag von „Kultur“ festzustellen. So wurden bereits im Mai 2002 Visionen und Ideen zu Münster als Kulturhauptstadt Europas in der Werkstatt „Kunst und Kultur“ unter der Beteiligung verschiedener Kultureinrichtungen und Kunstförderer erarbeitet und in einem öffentlichen Forum mit der Einwohnerschaft diskutiert (Stadt Münster 2002a). Im Jahr 2003 erfolgte dann die Eröffnung des Kulturklubs auf Initiative der Bürger von Münster, die für den Zeitraum der Bewerbung Raum und finanzielle Mittel zur Verfügung stellten, um eine öffentliche Plattform für die Kulturschaffenden zu schaffen (Stadt Münster 2004h). Regelmäßig fanden dienstags im Kulturklub Informationsgespräche zur Bewerbung, Kulturveranstaltungen und Gesprächsreihen statt, die den Münsteranern ihre Stadt näherbrachten und deren zahl-



reichen Facetten offenbaren. So wurde z. B. „Die Brücke“, eine Einrichtung der Universität zur Integration ausländischer Studenten vorgestellt oder Jazzkonzerte gegeben, welche unter dem Motto „1.000 Jahre Jazz“ extra im Rahmen der Bewerbung zur Kulturhauptstadt entwickelt wurden waren (Stadt Münster 2004c, Stadt Münster 2004f). Als Besonderheit der Münsteraner Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2010 war die geplante gegenseitige Unterstützung von Münster und Osnabrück. Über Bundesländergrenzen hinweg unterstützen sich die Städte Münster und Osnabrück in ihrem Vorhaben, Europäischen Kulturhauptstadt zu werden: „Wenn eine der beiden Städte gewinnt, bezieht sie die andere Stadt in das Kulturprogramm mit ein“ (Stadt Münster 2003a). Die Kooperationen mit der Stadt Osnabrück ist historisch begründet und hatte ihren Ursprung in den Friedensverträgen zur Beendigung des Dreißigjährigen Krieges.

Während der Bewerbungsprozess zur Europäischen Kulturhauptstadt bereits seit anderthalb Jahren andauerte, startete die Stadt Münster den Bewerbungsprozess zur Stadt der Wissenschaft 2005 im August 2003 (Rat der Stadt Münster 2003a, 1). Dieser war jedoch wesentlich kürzer und wurde bereits nach knapp einem halben Jahr durch die Entscheidung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft beendet. Zwar scheiterte die Bewerbung der Stadt Münster im Februar 2004, doch wurde durch das ausdrückliche Lob des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft für das „gut durchdachte Gesamtkonzept“ der Bewerbung Münsters, die Stadt zu einer erneuten Aufstellung einer Bewerbung motiviert (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 2004, Stadt Münster 2004g). Finanziert aus Mitteln des Verwaltungshaushaltes wurde zusammen mit den Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Kammern ein Wettbewerbsbeitrag erarbeitet, der das „Multitalent Münster“ auf dem Weg zur Stadt der Wissenschaft 2005 präsentierte (Rat der Stadt Münster 2003a, 2; Stadt Münster 2003c). Bereits der Bewerbungsprozess sollte dazu genutzt werden, „die Arbeitszusammenhänge und die Netzwerke zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Kultur und Stadt zu stabilisieren, auszubauen und auf neue Felder zu erweitern“ (Rat der Stadt Münster 2003a, 3). Die mit dem Wettbewerb verbundenen Chancen, die Profilierung Münsters als Wissenschafts- und Bildungsstandort auf nationaler und Europäischer Ebene voranzutreiben, waren für Münster ebenso ein Argument, sich am Wettbewerb zu beteiligen (Rat der Stadt Münster 2003a, 3). Dies wurde vor allem vor dem Hintergrund des übergeordneten Prozesses zur Erarbeitung eines integrierten Stadtmarketing- und Stadtentwicklungskonzeptes deutlich, welches sich u. a. zum Ziel gesetzt hatte, Münster mit dem Profil „Wissenschaft und Lebensart“ weiterzuentwickeln (Rat der Stadt Münster 2003a, 2-3). Sowohl der Bewerbungsprozess zur Stadt der Wissenschaft 2005 als auch der Bewerbungsprozess zur Kulturhauptstadt Europas 2010 wurden als Leitprojekte im Rahmen des integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzeptes Münster benannt. Die Einbindung dieser Vorhaben in das strategische Vorgehen der Stadt verdeutlichte deren Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Stadt Münster (Rat der Stadt Münster 2004b, 7). Das zeitliche Überschneiden der Bewerbungsprozesse zur Europäischen Kultur-

hauptstadt 2010 und zur Stadt der Wissenschaft 2005 reflektierte sich auch in den Bewerbungsunterlagen. So wurde z. B. Wissenschaft und Bildung als „kulturelle Stärke“ der Stadt in der Bewerbungsunterlage zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 besonders betont (Stadt Münster 2004e, 46-47) ebenso wie die Bereitschaft die Stadt-der-Wissenschaft-Projekte mit den Bewerbungsaktivitäten zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 abzustimmen (Stadt Münster 2003c, 15).

Organisatorisch wurde der Bewerbungsprozess zur Stadt der Wissenschaft 2005 durch die Abteilung Strategische Stadtentwicklung und Stadtforschung des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Verkehrsplanung begleitet. Nachdem Kooperationspartner für das Projekt Stadt der Wissenschaft 2005 eingeworben werden konnten, erfolgten eine Bestandsaufnahme laufender und geplanter Aktivitäten und die Entwicklung einer Leitidee für die Bewerbung anhand eines Workshops. Auf Basis eines Finanzierungsplans zur Realisierung der geplanten Maßnahmen wurde die Bewerbung abgabereif vorbereitet (Rat der Stadt Münster 2003a, 4). Bestehend aus zwei Teilen („Das Konzept“ und „Die Details“) beinhaltete die Bewerbung zum einen eine Standortbeschreibung Münsters, welche die verschiedenen wissenschaftlichen Facetten der Stadt zum Ausdruck brachte und gab zum anderen einen Einblick in geplante Projekte (Stadt Münster 2003c, Stadt Münster 2003d). Zum anderen wurden im zweiten Teil der Bewerbung die geplanten Projekte detailliert vorgestellt und beschrieben. Durch die Darstellung der unterschiedlichen Projektträger wurde deutlich, wie vielfältig die Akteursstruktur im Rahmen der Bewerbung war. Zu den Projektideen zählten u. a. Ausstellungen, Veranstaltungsreihen, Exkursionen und kleine Forschungsprojekte, welche die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen zusammenbringen sollte. Außerdem verdeutlichte die Zuordnung der insgesamt 65 Bewerbungsprojekte in die Kategorien: (1) „Projekte, die unabhängig vom Wettbewerb in Münster durchgeführt werden, aber für den Wettbewerb spezifisch weiterentwickelt wurden [19 Projekte]“, (2) „Projekte, die anlässlich des Wettbewerbes entwickelt und unabhängig vom Wettbewerbsausgang realisiert werden [18 Projekte]“, (3) „Projekte, die nur bei Wettbewerbsgewinn realisiert werden [28 Projekte]“, dass die Mehrzahl auch ohne Wettbewerbserfolg weiterverfolgt werden sollten (Stadt Münster 2003c, 17). Ähnlich wie bei der Kulturhauptstadtbewerbung 2010 wurde auch das Projekt Stadt der Wissenschaft 2005 durch verschiedene Projektpartner und Träger unterstützt, so dass bereits vor der Wettbewerbsentscheidung feststand, inwieweit die Projektrealisierung finanziell abgesichert werden kann, auch wenn der Wettbewerbsausgang nicht erfolgreich sein sollte (Stadt Münster 2004a).

Motiviert durch die Erfahrungen der ersten Bewerbung, fand unmittelbar danach eine weitere Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2006 statt. Der Auftakt des erneuten Bewerbungsprozesses geschah im Juli 2004 durch einen Workshop, zu dem Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Technologie, Kultur und Verwaltung auf Initiative der Stadt Münster eingeladen worden waren (Stadt Münster 2004g). Ebenso wurden beim zweiten Anlauf,

Stadt der Wissenschaft zu werden, „neue Wege“ gegangen: „In einem interdisziplinären Arbeitstreffen, dem so genannten Ideen-Mining, gingen erfahrene Fachleute und junge Studierende unter anderem aus den Bereichen Kultur, Politik, Biologie und Marketing der Fragestellung nach: "Wie können wir Wissenschaft in Münster erlebbarer machen?" (Stadt Münster 2004i). Die dabei neu entstandenen Ideen gingen ebenso in die Bewerbungskonzeption ein, wie auch ein Teil der Projekte, die bereits in der Bewerbung Stadt der Wissenschaft 2005 von Bedeutung waren (vgl. z. B. „Science Center Kommunikation“). Ende Oktober 2004 wurde die Bewerbungskonzeption mit insgesamt 100 Projekten beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft eingereicht, von denen unabhängig vom Wettbewerbsausgang „63 auf jeden Fall verwirklicht“ werden sollten (Stadt Münster 2004i; Stadt Münster 2004l). Zu den Schlüsselprojekten der Bewerbung für 2006 zählt „Das Innovationsviertel entdecken“ (Stadt Münster 2004i). Im Vergleich zur ersten Bewerbung wurde damit ein räumlicher Schwerpunkt in der Stadt deutlich, der betonte, dass sich Münster zur Wissenschaft bekannte und die Bedeutung der Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen für die Zukunft der Stadt erkannte (Stadt Münster 2013a). Die insgesamt ca. 30 Projektpartner, die in die Erstellung der Bewerbungskonzeption eingebunden waren, stellten für Münster eine „zentrale Voraussetzung für die Profilierung des Wissenschaftsstandortes“ dar (Stadt Münster 2004k). Somit war der Bewerbungsprozess 2006 erneut ein Beitrag zur „Umsetzung der Ergebnisse des Integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingprozesses“ (Stadt Münster 2004k). Neben den zahlreichen Projektvorschlägen zählte zu den Zielen Stadt der Wissenschaft 2006 zu werden, die Bedeutung der Wissenschaft für Münster zur Gestaltung des Strukturwandels herauszuarbeiten und dies in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken (Stadt Münster 2004j, 4). Letztendlich scheiterte auch der zweite Versuch Stadt der Wissenschaft zu werden. Im Januar 2005 schied Münster im Vorentscheid aus, während Tübingen und Dresden ins Finale um den Titel und die Ausrichtung traten (Stadt Münster 2005a).

Wie der enge zeitliche Zusammenhang zwischen den Großereignisbewerbungen von Münster bereits vermuten ließ, waren die einzelnen Bewerbungen auch inhaltlich und organisatorisch miteinander verbunden. Während sich inhaltliche Bezüge zwischen der Bewerbung für die Europäischen Kulturhauptstadt 2010 und der Stadt der Wissenschaft 2005 in den Bewerbungsdokumenten finden lassen, baut die Bewerbung Stadt der Wissenschaft 2006 direkt auf die vorangegangenen Bewerbungen auf. Für Münster ist besonders, dass für alle drei Bewerbungsverfahren durch die Projektdokumentation der Stadtrats- und Stadtverwaltungsdokumente nachgewiesen werden konnte, dass die Bewerbungen in der Lage sind, bereits einen eigenständigen Beitrag zur Profilierung der Stadt zu leisten.

### **Oldenburg**

Den Auftakt zur Reihe der Großereignisse in Oldenburg stellte die Bewerbung für die Bundesgartenschau 2015 dar. Die Stadt Oldenburg beabsichtigte mit der Ausrichtung

einer Bundesgartenschau im Jahr 2015, eine vormals militärisch genutzte Fläche im Norden der Stadt in eine Parklandschaft zu entwickeln (Stadt Oldenburg 1999). Im Vordergrund stand die Schaffung einer lebendigen Verbindung zwischen der Stadt und der umgebenden Landschaft verbunden mit dem Zweck, Erholung und Begegnung für die Bürger zu schaffen (Stadt Oldenburg 1999, 7-8). Die städtebauliche Entwicklung des Fliegerhorstes sollte im Rahmen der Bundesgartenschau stattfinden. Neben diesen stadträumlichen Zielen reizte jedoch auch die Option auf Fördermittel von EU, Bund und Land, die im Rahmen einer Bundesgartenschaubewerbung fließen konnten (Stadtrat Oldenburg 1999, 13). Ebenso erhofften sich die Initiatoren der Bewerbung eine katalysatorische Wirkung auf die Entwicklung eines Stadtleitbildes (Stadt Oldenburg 1999, 9). Ein eindeutiger Auftakt zum Bewerbungsprozess der Bundesgartenschau in Oldenburg auf dem Fliegerhorstgelände konnte nicht herausgefunden werden. Der erste Beleg findet sich im Jahr 1999 in der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates Oldenburg, in der der Oberbürgermeister deutlich machte, dass er sich bereits wenige Monate nach seinem Amtseintritt (1996) für eine Bundesgartenschau in Oldenburg eingesetzt habe (Stadtrat Oldenburg 1999, 11). Verzögernd bei den Vorbereitungen auf dieses Großereignis war der Punkt, dass das Gelände des Fliegerhorstes nicht im Eigentum der Stadt Oldenburg war und Unsicherheit über die Freigabe des Geländes durch die Bundeswehr herrschte (Stadtrat Oldenburg 1999, 11).

Der Rat der Stadt Oldenburg beauftragte am 13.06.1999 die Verwaltung, in Kooperation mit den Umlandgemeinden die notwendigen Schritte für die Vorbereitung einer Bewerbung zur Durchführung einer Bundesgartenschau zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf dem Gelände des Fliegerhorstes einzuleiten. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, zu deren ersten Aufgaben es gehörte, eine Präsentationsbroschüre zu erstellen (Stadtrat Oldenburg 2002a, 1; Stadt Oldenburg 1999). Damit wurde der Deutschen Bundesgartenschau GmbH und den Bürgern der Stadt das Interesse Oldenburgs bekundet, eine Bundesgartenschau durchzuführen. Neben dieser Broschüre entstanden bis 2002 ebenso ein „Städtebauliches Entwicklungskonzept Fliegerhorst Oldenburg“, eine Vermessung des Fliegerhorst-Areals, eine durch externe Agenturen aufgestellte Kostenschätzung und eine Machbarkeitsstudie zur Aufwands- und Ertragssituation einer Bundesgartenschau, welche die Grundlage für die Bewerbung bei der Deutschen Bundesgartenbau Gesellschaft darstellte (Stadtrat Oldenburg 2002a, 1). Mit dem Ausstieg des Landkreises Ammerland aus dem Bundesgartenschauprojekt aufgrund der schwierigen finanziellen Haushaltslage war auch für Oldenburg eine Bundesgartenschau finanziell nicht mehr tragbar (Stadtrat Oldenburg 2002a, 4). Nach Auffassung des damaligen Oberbürgermeisters musste die Stadt dringend in den Schulbereich und Straßenbauerhaltungsmaßnahmen investieren, wodurch kein finanzieller Spielraum für eine Bundesgartenschau mehr vorhanden war (Stadtrat Oldenburg 2002a, 7).

Die Zielsetzungen der Bundesgartenschaubewerbung konkretisierten sich im Verlauf der Bewerbungen für die Stadt der Wissenschaft 2005 und 2009. Der Bewerbungsprozess 2005 fand unter dem Motto „Große Wissenschaft auf kleinem Raum“ in Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Universität, Fachhochschule und weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen in Oldenburg statt (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg 2004). In Anlehnung an die Diskussion um die Wachstumsregionen in Europa kreierte die Stadt Oldenburg den Begriff „Oldenburger Blaue Banane“, welche den in der Stadt Oldenburg vorhandenen und geplanten Wissenschaftsstandorten entsprach (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg 2004). Während die 2005er Bewerbung noch im Stillen vorbereitet wurde (I\_3, 06.09.2012), konzentrierte sich vor allem die zweite Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2009 auf die Erarbeitung eines Leitbildes für die Zukunftsentwicklung der Stadt (Stadt Oldenburg, 4). Auf dem Weg in eine neue Urbanität zählten zu den untergeordneten Zielsetzungen der Bewerbung die Internationalisierung der Stadt und das Wagnis, mehr moderne Architektur zuzulassen (Lisowski 2011, 121-122). Auftakt für die Bewerbung 2005 war die Ausschreibung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft im Mai 2003. Innerhalb der Stadtverwaltung wurde die Bewerbung in einem kleinen Kreis von ca. zehn Mitarbeitern – ohne einen öffentlichen Beteiligungsprozess durchzuführen – aufgestellt (I\_3, 06.09.2012). Nachdem es im Jahr 2006 zu einem Bürgermeisterwechsel kam, bewarb sich die Stadt Oldenburg 2007 erneut für das Format Stadt der Wissenschaft. Diesmal mit Erfolg (Stadtrat Oldenburg 2008, 3). Schlüsselperson dieses Bewerbungsverfahrens war der Oberbürgermeister, der hinter der Bewerbung stand und sich intensiv dafür einsetzte (I\_3, 06.09.2012). Die Koordination erfolgte über das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Oldenburg, welches bereits im Frühjahr 2007 erste Schritte unternahm, um Akteure der Universität, Fachhochschule und der Stadt zusammen zu bringen (Stadtrat Oldenburg 2007a, 8-9 & 12). Basierend auf der Erfahrung von 2003 und mit dem Wissen, dass die Stadt der Wissenschaft jährlich ausgeschrieben wird, konnte der Bewerbungsprozess frühzeitig beginnen. Lenkungsgruppe, Ideenschmiede, Kampagnenbüro und Kernteam stellten die komplexe Organisationsstruktur eines kreativen Prozesses dar (Stadtrat 2007a, 9). Dieser wurde aus der Vermutung heraus begonnen, dass „schon allein der Bewerbungsprozess sich positiv auf die Kommune auswirken könne“ (Lisowski 2011, 118). Im Unterschied zum ersten Bewerbungsprozess zur Stadt der Wissenschaft und zur Bundesgartenschaubewerbung wurden im Vorfeld die großen Leitlinien für die Stadtentwicklung skizziert und die Vision der „Übermorgenstadt“ entwickelt. Mit einem einheitlichen Corporate Design des Projektes wurde ein Wiedererkennungseffekt generiert, welcher die Kommunikation mit den Bürgern und den Transfer der Inhalte erleichterte (Stadt Oldenburg 2007b, 4; Stadtrat Oldenburg 2007b, 7 & 15). Der Bewerbungsprozess und der Titelgewinn stellten dabei ein Instrument dar, Impulse für eine im Hintergrund laufende Strategie der Stadt Oldenburg zu geben. Diese hatte zum Ziel Oldenburg von einer „gemütlichen Großstadt 2008“ zu einer Stadt mit „Neuer Urbanität 2014“ zu entwickeln (Lisowski 2011, 119). Zur Realisierung der Strategie wurde

für den Zeitraum 2007 bis 2014 eine direkt dem Oberbürgermeister zugeordnete Stabsstelle „Wissenschaftliche Angelegenheiten“ geschaffen, deren Aufgabe die regionale und überregionale Positionierung des Wissenschaftsstandortes Oldenburg war (Stadtrat Oldenburg 2010, 1).

Die Gründe der Stadt Oldenburg sich mehrfach in Bewerbungsprozesse für Großereignisse zu engagieren zeigen, dass neben thematischen Zielen vor allem Impulse auf die Aufstellung eines übergeordneten Stadtentwicklungsziels erwartet wurden. Dies eint die drei Bewerbungsprozesse und stellt einen indirekten Zusammenhang untereinander her. Die Bewerbungsprozesse sollten einen Beitrag zur Profilierung der Stadt Oldenburg leisten. Dies konnte aus den Bewerbungsunterlagen entnommen werden und wurde im Fall der erfolgreichen Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2009 nunmehr realisiert. Ähnlich wie in Aachen und Lübeck erfolgten die Großereignisbewerbungen schrittweise und zeitlich versetzt. Dennoch konnte ein Zusammenhang in Bezug auf die formalen Zielstellungen der Bewerbungsprozesse erkannt werden, nämlich, dass die Bewerbungen einen Beitrag zur Entwicklung einer Stadtentwicklungsstrategie zur Profilierung von Oldenburg leisten.

### **Potsdam**

Im April 2002 wurde der Bürgermeister von Potsdam in der Stadtverordnetenversammlung aufgefordert, Vorbereitungen für die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 zu treffen (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2002b, 1). Auf Basis der Erfahrungen mit der Bundesgartenschau 2001 wurde davon ausgegangen, dass mit der Einwerbung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 eine mittel- und längerfristige Perspektive sowohl für die kulturelle als auch für die touristische und wirtschaftliche Entwicklung in Potsdam geschaffen werden kann (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2002b, 2). So stand bei der Kulturhauptstadtbewerbung weniger das kulturelle Angebot der Stadt und dessen Verbesserung im Vordergrund, sondern vielmehr die kulturellen Eigenarten der Stadt Potsdam zu vereinen und sie neu zu formulieren. Die Stadt beabsichtigte mit der Bewerbung sein kulturelles Angebot zu positionieren und die Außenwahrnehmung der Potsdamer Kultur zu verbessern (Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH 2004b, 134). Im Zuge der Bewerbung der Stadt Potsdam zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 sollte gleichzeitig ein langfristiges Konzept für die Kulturentwicklung und Kulturförderung der Landeshauptstadt Potsdam aufgestellt werden (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2003d, 2). Aus diesem Grund enthielt die Bewerbungsunterlage vor allem Projekte, die den damaligen „Prozess dokumentieren, den Potsdam gegenwärtig erfährt“ und die „andererseits eine Bündelung und Konzentration des kreativen Potenzials bilden“ (Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH 2004b, 114). Dabei handelte es sich um Projekte wie die „Schiffbauergasse“ oder die Entwicklung der „Potsdamer Mitte“, die im Wesentlichen in der Planung schon abgeschlossen waren und unabhängig vom Ergebnis des Wettbe-

werbes um die Europäische Kulturhauptstadt 2010 realisiert werden sollten (I\_10, 03.01.2012). Neben der Positionierung Potsdams und seinen kulturellen Stärken, beabsichtigte die Stadt ebenso das Projekt Kulturhauptstadt 2010 als Wirtschaftsfaktor einzusetzen. Dafür wurde im Rahmen von Veranstaltungen des Landesarbeitskreises Tourismus und Regionalentwicklung des Unternehmerverbandes Brandenburg um Unterstützung der Bewerbung aus der Wirtschaft geworben, wobei die Unternehmen dem Bewerbungskonzept eher zurückhaltend gegenüberstanden (PNN 2005b).

Organisatorisch wurde die Kulturhauptstadtbewerbung der Stadt Potsdam durch die Potsdam 2010 GmbH betreut, die Ende 2003 aus der Bundesgartenschau Potsdam 2001 GmbH hervorging (Landeshauptstadt Potsdam 2013b). Die Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH war ein städtisches Unternehmen, mit dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden sowie Vertretern aus der Landeshauptstadt Potsdam und dem Land Brandenburg (Stadtverordnetenvertretung der Landeshauptstadt Potsdam 2003, 2). Erste konzeptionelle Arbeiten wurden jedoch bereits durch einen Programmbeirat (Mai 2003) erarbeitet, der die Potsdam 2010 GmbH dann auf dem weiteren Weg unterstützte (I\_10, 03.01.2012; Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH 2004b, 154). Außerdem trugen ein politischer Lenkungskreis mit Vertretern aus Kommunal-, Landes- sowie auch Bundes- und Europapolitik und die Erfahrungen mit der erfolgreich durchgeführten Bundesgartenschau 2001 dazu bei, die Organisation der Kulturhauptstadtbewerbung 2010 zu erleichtern (Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH 2004b, 154). Ab Dezember betreute das Projekt Kulturhauptstadtbewerbung 2010 ein professioneller Projektmanager, der das Verfahren koordinieren sollte und den bis dahin ehrenamtlich tätigen Programmbeirat ablöste. Dieser konnte „mit dem Rest aus der Bundesgartenschau-Kasse, darin befinden sich immerhin 300.000 Euro, finanziert werden“ (PNN 2003a). Neben diesen formalen Organisationseinheiten, die vor allem für die Aufstellung der Bewerbungsunterlagen und dem Einhalten der offiziellen Termine verantwortlich waren, wurde der Bewerbungsprozess vom Förderverein Kulturhauptstadt Potsdam 2010 begleitet (Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH 2004b, 154). Dieser Verein wurde im Dezember 2003 gegründet und hatte sich hauptsächlich zum Ziel gesetzt, die Kulturhauptstadtinitiative in die Bevölkerung zu tragen und diese über die Bewerbungsaktivitäten Potsdams zu informieren (I\_10, 03.01.2012).

Die regelmäßige Berichterstattung über den Stand der Bewerbungsaktivitäten erfolgte in der Stadtverordnetenversammlung und verdeutlichte die Priorität des Projektes „als wichtiges und aussichtsreiches Projekt für unsere Stadt“ (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2003b, 2). Bis Ende März 2004 musste Potsdam das Bewerbungskonzept zur Ausrichtung einer Europäischen Kulturhauptstadt im brandenburgischen Kultusministerium abgeben, welches die Bewerbung dann an das Auswärtige Amt weiterleitete (Land Brandenburg 2004). Nachdem in einer öffentlichen Veranstaltung in Berlin, die deutschen Bewerberstädte ihre Bewerbungsunterlagen am 2.7.2004 an das

Auswärtige Amt übergaben (Mitteldeutsche Zeitung 2004), setzte in Potsdam der Zeitraum der aktiven Bewerbung der „Kulturhauptstadtidee“ ein. Der Zeitraum nach der Abgabe der Bewerbung und bis zur Entscheidung für einen Kandidaten, ca. zwei Jahre, sollte genutzt werden, um die Idee weiter auszugestalten und sowohl nach außen als auch nach innen zu tragen und zu beleben (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2004d, 1). Im Zuge dessen wurde von der Kulturhauptstadt GmbH ein Informationsstand geschaffen, der auf verschiedenen Veranstaltungen präsent war und für interessierte Bürgern ein Bild zur der Kulturhauptstadtbewerbung darstellte und diese veranschaulichte (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2004d, 1). Weiterhin trugen PINs, Luftballons, Flyer und Kugelschreiber aber auch Veranstaltungen und Kooperationen mit anderen Kulturveranstaltungen dazu bei, die Idee der Kulturhauptstadt in die Öffentlichkeit zu tragen (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2004d, 2). Nachdem im März 2005 feststand, dass Potsdam nicht der bundesdeutsche Kandidat sein wird, wurden erste Überlegungen diskutiert, wie mit den Bewerbungsprojekten und der Kulturhauptstadt GmbH zukünftig umgegangen werden sollte (PNN 2005d).

Während sich die Stadt Potsdam mitten im Bewerbungsprozess zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 befand, kam es auch zu den ersten Überlegungen, sich für die Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft zu bewerben. Bereits im Oktober 2003 wurde eine Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 in Erwägung gezogen (PNN 2003a). Dies wurde dann jedoch auf 2006 verschoben, da bereits eine hohe Dichte an geplanten Veranstaltungen in den nächsten zwei Jahren bestand (PNN 2003b). Bis dahin sollte eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den drei universitären Einrichtungen in Potsdam und der Vereinigung der außeruniversitären Einrichtungen, eine Bewerbung aufstellen (PNN 2003b). Zwar fand 2003 in Potsdam das „Jahr der Wissenschaft“ statt, welches zu den seit 2002 durchgeführten Themenjahren der Landeshauptstadt Potsdam gehörte, allerdings reichte das bis dahin wirkende Zusammenspiel zwischen Hochschulen, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie Stadt und Wirtschaft noch nicht aus, um eine überzeugende Bewerbung für 2005 auszuarbeiten (PNN 2003c). Für 2006 sollte ein neues und inhaltsreiches Konzept erarbeitet werden, mit dem sich die Stadt Potsdam in den Wettbewerb begeben wollte (PNN 2003d). Dafür wurde 2004 der Verein proWissenschaft Potsdam e. V. gegründet, der für die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2006 als „Träger der geplanten Aktivitäten die Beiträge der einzelnen wissenschaftlichen Institute in einem einheitlichen Programm zusammenfassen und koordinieren“ sollte (PNN 2004a). Diesem Verein gehören „neben dem Oberbürgermeister die drei Rektoren der Hochschulen, der Vorstand des GeoForschungsZentrums und der Geschäftsführer der IHK an“, welches dem erneuten Bewerbungsanlauf die nötige Priorität verlieh (PNN 2004a). Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam wurde im August über die Bewerbungsaktivitäten für 2006 informiert, die auf der Initiative des Oberbürgermeisters, der Rektoren der Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie



der Geschäftsführung der IHK zurückzuführen war (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2004b, 1).

Unter Einbezug der ersten konzeptionellen Bewerbungsvorbereitungen im Oktober 2003 für die Stadt der Wissenschaft 2005 dauerte der Prozess insgesamt knapp anderthalb Jahre und wurde durch die Entscheidung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft im Januar 2005 beendet: „Der Stifterverband Wissenschaft hat Dresden, Magdeburg und Tübingen in den Endausscheid geschickt. Die Stadt Potsdam ist mit ihrer Bewerbung um den Titel Stadt der Wissenschaft 2006 gescheitert.“ (PNN 2005a). Somit schied Potsdam mit seiner Bewerbungskonzeption bereits in der Vorrunde des Wettbewerbes aus. Bereits unmittelbar nach dem Scheitern wurde der Oberbürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung aufgerufen, eine erneute Bewerbung Potsdams zur Stadt der Wissenschaft prüfen zu lassen (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005b, 2). Die begonnene Vernetzung von Wissenschaft und Stadt durch die Bewerbung für 2006 wurde als Schritt in die richtige Richtung für die zukünftige Entwicklung von Potsdam betrachtet (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005a). Allerdings wurde im April 2005 vom Vorstand des Vereins proWissenschaft Potsdam e. V. entschieden, sich erst wieder für die Ausrichtung im Jahr 2008 zu bewerben (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005e, 1). Eine direkt anschließende Bewerbung für das Jahr 2007 hätte bedeutet, bereits bis zum Oktober 2005 ein Konzept abzugeben. Der damit längere Vorbereitungszeitraum sollte genutzt werden, um eine aussagefähige Bewerbungsunterlage zu erstellen und die Kooperation zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen, Stadtverwaltung, Wirtschaft und Kultur besser auszubauen (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005e, 1). Ähnlich wie für 2006 wurde auch die Bewerbung für die Stadt der Wissenschaft 2008 federführend vom Verein proWissenschaft Potsdam e. V. betreut, welcher die Bewerbungsunterlage vorbereitete (Landeshauptstadt Potsdam 2006a). Beim zweiten Anlauf Potsdams, Stadt der Wissenschaft zu werden, wurde vor allem frühzeitig die breite Öffentlichkeit in den Bewerbungsprozess einbezogen. Nur mit Unterstützung der Bürger und verschiedener gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen und Unternehmen wurde eine erneute Bewerbung als sinnvoll erachtet (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2006b). Dazu trugen öffentliche Veranstaltungen, wie z. B. der Workshop zur Vorstellung des Konzeptrahmens der Bewerbung und der Aufruf zur Einreichung von Ideen für die Bewerbung bei (Landeshauptstadt Potsdam 2006a). Im Vorfeld wurden in einer Arbeitsgruppe vom Verein proWissenschaft Potsdam e. V. Erwartungen und Ideen gesammelt und ausgewertet und für die Bewerbungskonzeption aufgearbeitet (Landeshauptstadt Potsdam 2006c, 13). Die Präsentation der Ergebnisse erfolgte in der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2006. Die Einbindung der Bewerbung der Stadt der Wissenschaft 2008 in den ISEK-Prozess und die damit verbundenen strategischen Zielsetzungen über das Jahr 2008 hinaus, wurden positiv bewertet und verstärkten die Unterstützung der Bewerbung (Stadtverordnetenversammlung der Landes-

hauptstadt Potsdam 2006c). Fristgerecht konnte die Bewerbung im Oktober 2006 an den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft übersandt werden (Landeshauptstadt Potsdam 2006d), allerdings wurden alle Hoffnungen im März 2007 nicht erfüllt, als feststand, dass Jena Stadt der Wissenschaft 2008 werden würde (Landeshauptstadt Potsdam 2007b). Da sich für das Ausrichterjahr 2008 nur die beiden Städte Jena und Potsdam beworben hatten, gab es keinen Vorentscheid.

Durch die zeitlich parallel stattfindenden Bewerbungsverfahren zur Kulturhauptstadt Europas und zur Stadt der Wissenschaft in Potsdam konnten thematische Verbindungen zwischen den Bewerbungsschriften erkannt werden. Während in der Bewerbungsschrift zur Kulturhauptstadt Europas die Stadt Potsdam bereits als profilierter Wissenschaftsstandort präsentiert wurde (Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH 2004a, 78), wiesen auch gemeinsame Projekte wie das „Science Center“ auf die gegenseitige Verstärkung der Bewerbungsaktivitäten hin (PNN 2004a). Im Rahmen des Projektes „Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte“ der Kulturhauptstadtbewerbung wurde das geplante Science Center am Alten Markt vorgestellt, welches aktuelle Erkenntnisse aus der Wissenschaft vermitteln soll (Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH 2004b, 118). Seit langem schon in der Planung sollte dieses zusammen mit der Stadt- und Landesbibliothek besonders die Jugend der Stadt ansprechen (Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH 2004b, 118). Allerdings scheiterte die Umsetzung bisher daran, dass es Schwierigkeit gab einen Betreiberverein zu gründen und einen passenden Standort in der Stadt zu finden (PNN 2004b). Diese Idee wurde in der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2006 wieder aufgegriffen, wobei nicht mehr von einem „Science Center“ sondern von einem „Denkhaus“ gesprochen wurde. Auch in der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2008 wurde an dem Projekt „Denkhaus“ als ein Kommunikationszentrum sowie Ausstellungs- und Begegnungshaus festgehalten und war weiterhin Teil der Planungen (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2004c, 2). Es wurde sich konkret zum Ziel gesetzt, dass in der Innenstadt ein Wissensspeicher als öffentlicher Ort der Kultur geschaffen werden soll, der Raum für Kommunikation und Integration sowie Plattform für die Wissenschaft bietet (Landeshauptstadt Potsdam 2006c, 20).

## 6.2.2 Vergleichende Analyse: Abgrenzungsmerkmale

### **Zielsetzungen: Konkrete städtebauliche und kulturelle Projekte sowie generelle gesamtstädtische Zielsetzungen**

Ausgehend von der Differenzierung zwischen Formal- und Sachzielen können auch die Zielsetzungen der elf Fallstädte nach übergeordneten, die ganze Stadt betreffenden und konkreten, sich auf einzelnen städtischen Aspekte beziehende Ziele unterschieden werden. Dabei ähneln die gesamtstädtischen Zielsetzungen der einzelnen Bewerbungsvorhaben den Thesen, die Häußermann und Siebel in den 1990er Jahren aufgestellt haben. Es soll damit Aufmerksamkeit erzeugt werden, wodurch sowohl die Verbesserung der Innen- und Außenwahrnehmung einer Stadt als auch die Identifikation mit der Stadt er-

wirkt werden soll. Ebenso sollen Impulse ausgelöst werden, um Stadtentwicklungsprozesse in der Stadt anzustoßen bzw. zu beschleunigen. So kann die Stadt Aachen exemplarisch aufgeführt werden, die durch die Großereignisbewerbungen beabsichtigte, den Strukturwandel von einer ehemaligen Montanregion zu einer Wissens- und Technologieregion zu bewältigen und sich damit im nationalen und europäischen Kontext zu profilieren. Im Vergleich dazu beabsichtigten die Städte Augsburg und Karlsruhe, Großereignisse mit dem Ziel auszurichten, um vor allem das bürgerschaftliche Engagement und die Wahrnehmung und Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt zu verbessern. Dies spiegelt sich in den konkreten Leitprojekten der Bewerbungskonzeptionen wider, die im Fall von Karlsruhe das Thema Recht in den öffentlichen Stadtraum stellten und damit typische Eigenschaften der Stadt betonten. Auch in Augsburg wurde mit Projekten, wie die Erneuerung der Stadtbibliothek, Themen der Bürgergesellschaft aufgegriffen. Demgegenüber stand eine Gruppe von Städten, die mit dem Ziel Großereignisse auszurichten, vor allem die Absicht verfolgten, die Region und den regionalen Zusammenhalt für eine bessere nationale und internationale Wahrnehmung zu stärken. Dazu zählen vor allem Braunschweig und Frankfurt am Main. Während die Stadt Frankfurt am Main als Kern der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main bereits als Region etabliert zu sein scheint, stand Braunschweig bisher eigenständig als Stadt für sich. Beide Städte erklärten die Profilierung als Region und damit die Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit jedoch als wichtiges Ziel, warum sie sich für die Ausrichtung von Großereignissen bewarben. Das Wir-Gefühl der Region zu stärken und Projekte stadtübergreifend zu realisieren, war die Absicht.

Zur Realisierung dieser umfassenden Ziele enthielt die Mehrheit der Bewerbungen konkrete Projektvorschläge, die bis zum Ausrichterjahr oder im Ausrichterjahr realisiert werden sollten. Allerdings war der Konkretisierungsgrad sehr unterschiedlich. Auch wenn die städtebaulich relevanten Projekte besonders für Bundesgartenschauen einen Schwerpunkt darstellten, hatten auch Projekte für die Europäische Kulturhauptstadt und die Stadt der Wissenschaft städtebaulichen Charakter. So gab es z. B. die verschiedenen Varianten ein „Haus der Wissenschaft“ zu errichten (u. a. Braunschweig, Oldenburg) oder die Sanierung alter Industriebrachen und leerstehender Gebäude durchzuführen (u. a. Halle (Saale), Potsdam). Häufig war es das Ziel, die städtebaulichen Projekte bis zum Zeitpunkt der Ausrichtung des Großereignisses zu realisieren, um sie dann im Ausrichterjahr zu präsentieren. Diese Projekte hatten mehrheitlich bereits einen planerischen Vorlauf. Sie waren bereits zum Bewerbungszeitpunkt sehr konkret und beanspruchten Investitionen, welche allein durch die Bewerberstadt nicht zu stemmen gewesen wären. Diese städtebaulichen Großprojekte wurden in den Rahmen des Bewerbungsprozesses gestellt, um den zeitlichen Druck bis zur Entscheidung oder Ausrichtung des Großereignisses nutzen zu können. Allein durch die Fördermittel der Ausrichterorganisationen oder die Unterstützung von Landesregierungen wäre es ebenso nicht möglich gewesen, solche städtebaulichen Großprojekte zu realisieren. Allerdings wurde mit der Einwerbung

eines Großereignisses das Ziel verbunden, diesen Projekten einen zeitlichen Rahmen zu geben, der Druck erzeugt und durch den die Bedeutung des Projektes für die Stadt erhöht wird. Das wiederum bot die Möglichkeit Fördermittel aus der Privatwirtschaft oder aus der Landeskasse einzuwerben. Das Projekt würde in diesem Fall dann nicht mehr allein stehen, sondern im Kontext eines Großereignisses. Neben konkreten städtebaulichen Zielsetzungen enthielten die Großereignisbewerbungen auch zahlreiche kulturelle, künstlerische oder themenbezogene Mit-Mach-Projekte, die entweder zielgruppenspezifisch oder sich an alle Bürger richteten. Unabhängig vom Typ des Großereignisses wurden damit durch die Bewerbungen in allen Städten Ideen generiert, die Ausgangspunkt für weitere gesellschaftliche Prozesse vor Ort waren (vgl. Kapitel 7).

In Abhängigkeit zum zeitlichen Verlauf der Großereignisbewerbungen konnte festgestellt werden, dass sich die formalen Zielsetzungen hinter den Bewerbungen weiterentwickelten. So konkretisierte sich z. B. im Verlauf der Bewerbungen von Oldenburg und Potsdam das Ziel, sich zu profilieren und die Innen- und Außenwahrnehmung zu verbessern dahingehend, dass die letzten Bewerbungen im Vergleich zu den ersten Bewerbungen im Kontext von konkreten Stadtentwicklungsstrategien standen. So beabsichtigte Oldenburg mit der Ausrichtung einer Bundesgartenschau auch die Entwicklung eines Leitbildes für die Zukunft der Stadt. Mit der Ausrichtung der Bundesgartenschau stand die Entwicklung eines ehemals militärisch genutzten Geländes im Vordergrund, welches auch für das Profil und die Entwicklungsrichtung der Gesamtstadt von Bedeutung war. Während jedoch die ersten beiden Bewerbungen eher darauf aufbauten, durch die Ausrichtung Impulse zu generieren, war die dritte Bewerbung bereits Teil einer Konzeption und stellte ein Leitprojekt auf dem Weg zur Realisierung dar. Ähnlich verlief dieser Prozess in Potsdam. Auch hier sollte der Bewerbungsprozess und die Ausrichtung des Großereignisses dazu genutzt werden, das Profil der Stadt zu schärfen. Dabei stand im Rahmen der Kulturhauptstadtwerbung Europas vor allem die Aufstellung einer Kulturförderplanung im Vordergrund, wodurch die kulturellen Alleinstellungsmerkmale der Stadt besser organisiert werden sollten. Dieser sektorale Ansatz entwickelte sich mit der Zunahme der Bewerbungen weiter. Schließlich ging mit dem letzten gescheiterten Bewerbungsprozess die Aufstellung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes einher. Dies war jedoch nicht immer der Fall, so z. B. im Fall von Aachen und Duisburg, die sich ebenso schrittweise und zeitlich versetzt mit unterschiedlichen Großereignissen beschäftigten. Diese Städte verfolgten mit der ersten Bewerbung ähnliche gesamtstädtische Ziele wie mit den nachfolgenden Bewerbungen.

### **Dauer: Mehrjährige oder mehrmonatige Bewerbungsprozesse**

Neben den verschiedenen Zielsetzungen konnte auch beobachtet werden, dass die Dauer der Großereignisbewerbungen variieren. Zum einen hängt dies vom Typ des Großereignisses und den damit verbundenen organisatorischen Verfahren ab. So umfassten die international relevanten Großereignisbewerbungen für die Olympischen Spiele und

die Europäische Kulturhauptstadt immer einen mehrjährigen Prozess, wohingegen nationale Großereignisse wie die Stadt der Wissenschaft von etwa einem halben Jahr Bewerbungsverfahren ausgingen. So standen die Entscheidungen der Hauptbewerberstädte Frankfurt am Main und Duisburg für die Olympischen Sommerspiele 2014 zu konkurrieren bereits im März bzw. im Mai 2001 fest. Auch für die Stadt Karlsruhe, welche den Hauptbewerber Stuttgart unterstützte stand frühzeitig fest, im Februar 2001, sich am Bewerbungsprozess zu beteiligen. Zurückzuführen ist dies auf die Gründung eines Initiativkreises Olympiabewerbung Stuttgart, der bereits im Februar 2001 Kommunen zur Unterstützung der Stuttgarter Absichten ins Leben gerufen wurde (Gemeinderat Karlsruhe 2001c). Im Fall von Lübeck und Halle (Saale), die zwar keine Hauptbewerber waren, aber sich um die Ausrichtung der Segelwettbewerbe bewarben bzw. Trainingsstellen zur Verfügung stellten, begann der Bewerbungsprozess erst 2002. Dadurch wird deutlich, dass im Fall der Hauptbewerberstädte die Bewerbungsprozesse zur Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 früher begannen, als bei den Städten, die andere Städte unterstützten bzw. sich für einzelne Sportwettkämpfe entschieden. Im Vergleich konnten jedoch auch bei regelmäßig stattfindenden Großereignissen wie dem nationalen Format Stadt der Wissenschaft, die Bewerbungsprozesse länger als ein Jahr andauern. Dies stand jedoch weniger im Zusammenhang mit den umfangreichen Anforderungen, die an die Städte gestellt wurden, sondern vielmehr damit, dass der Abgabetermin verpasst wurde oder sich die Stadt bewusst für einen längeren Bewerbungsprozess entschied. Städte wie Potsdam oder Frankfurt am Main wussten, dass die Option der Ausrichtung auch im nächsten Jahr bestehen würde, und nutzten dies, um sich intensiver auf die Bewerbung vorzubereiten. Sowohl für Potsdam als auch für Frankfurt am Main dauerte der Bewerbungszeitraum zur Stadt der Wissenschaft im Vergleich zu den anderen Städten verhältnismäßig lang an, da der Beteiligungsprozess in der Stadtverordnetenversammlung andauerte, während die Abgabefristen abliefen.

Zum anderen beeinflusst auch die Erfahrungen mit Großereignissen, wie lange ein Bewerbungsprozess in den Städten andauert. Damit unterscheiden sich die Bewerbungsprozesse in der Dauer selbst dann, wenn es sich um das gleiche Großereignis handelt. Dies verdeutlicht der Fall der Stadt Aachen, welche sich zweimal für die Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft beworben hatte. Der erste Bewerbungsprozess erstreckte sich nur über vier Monate. Das Großereignis war erst 2003 als neues Format eingeführt worden, so dass Erfahrungen dazu waren noch nicht existierten. Beim zweiten Anlauf waren die organisatorischen Abläufe und der nächste Ausschreibungstermin bereits bekannt, so dass frühzeitig mit dem Bewerbungsprozess begonnen werden konnte. Außerdem erstreckte sich diesmal der Zeitraum bis in das Folgejahr, da Aachen bis in das Finale gekommen war. Auch die Bewerbungsprozesse für die Europäische Kulturhauptstadt dauerten aus diesem Grund unterschiedlich lange. Während Augsburg, Münster und Köln bereits in den landesinternen Wettbewerben im Juni 2004 ausschieden, dauerte für die Städte Braunschweig, Halle (Saale), Lübeck, Karlsruhe, und Potsdam der Bewerbungs-

prozess bis März 2005 an. So beeinflusste das mehrstufige Auswahlverfahren die Dauer des Bewerbungsprozesses, aber auch die Vorgehensweisen und die Entscheidungsprozesse in den Städten, ob und wie sich für ein Großereignis beworben werden sollte. So stellte der Auftakt für das Bewerbungsverfahren zur Europäischen Kulturhauptstadt in Deutschland die Ausschreibung im Jahr 2000 dar, die durch den Deutschen Städtetag kommuniziert wurde (Heinrich 2005, 6). Während die Stadt Halle (Saale) nach achtmonatiger Beratung die Idee zur Bewerbung im Oktober 2003 zum ersten Mal im Stadtrat diskutierte (Stadtrat Halle (Saale) 2003a, 5-6), stand in Braunschweig bereits seit April 2002 (Stadtrat Braunschweig 2002a, 1) und in Augsburg seit Oktober 2002 (Stadtrat Augsburg 2002a, 2) fest, dass sich die Stadt um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt bewerben wird.

Am Beispiel der Großereignisbewerbungen zur Ausrichtung einer Bundesgartenschau wurde deutlich, dass es keinen Stichtag oder Abgabetermin gibt. Im Vergleich zur Europäischen Kulturhauptstadt, der Stadt der Wissenschaft und den Olympischen Spielen gab und gibt es keine Fristen zur Abgabe einer Bewerbung für eine Gartenschau. Allen Städten ist bekannt, dass Bundesgartenschauen in Deutschland aller zwei Jahre stattfinden. Die Bewerberstädte bestimmten somit selbst, wann sie eine Interessensbekundung bzw. eine Machbarkeitsstudie zur Ausrichtung einer Bundesgartenschau bei der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH abgeben und sich damit in den Wettbewerb mit anderen Städten begeben. Dass die Ausrichtung der Bundesgartenschau scheiterte und der Prozess damit endete, lag bei den hier untersuchten Städten Aachen, Duisburg und Oldenburg nicht an der Entscheidung der Bundesgartenschau-Gesellschaft, sondern an den Städten selbst, die von ihrer Absicht eine Bundesgartenschau stattfinden zu lassen, Abstand genommen hatten. Außer Oldenburg hatten alle anderen Städte bereits den Zuschlag erhalten, zogen jedoch ihre Bewerbung zurück und beendeten damit den Prozess, das Großereignis auszurichten. Oldenburg beendete den Bewerbungsprozess aufgrund zu hoher finanzieller Belastungen für die Stadt kurz bevor die Bewerbungsunterlagen an die Bundesgartenschau-Gesellschaft abgegeben werden sollte. Im Vergleich dazu sprang Karlsruhe 2007 als Bewerber für die Bundesgartenschau 2015 ein, nachdem Osnabrück seine Bewerbung aufgrund finanzieller Schwierigkeiten zurückzog. Der kurzfristige Entschluss der Stadt Karlsruhe war jedoch nur möglich, da bereits Vorüberlegungen und Planungen aus dem Zeitraum 2000 bis 2003 existierten, die damals bereits für eine Bundesgartenschaubewerbung durchgeführt worden waren.

### **Akteure: Bewerbungsprozesse mit externer Unterstützung oder eigenen Kapazitäten sowie komplex oder einfachen Organisationsstrukturen**

Die Bewerbungsverfahren zur Ausrichtung von Großereignissen stellten komplexe Prozesse dar, die sich wie durch die bereits vorgestellten Merkmale wesentlich in ihren Zielsetzungen und ihrer Dauer unterschieden. Demzufolge variierten auch die Bandbreite der Akteure und die Art und Weise der Organisation eines solchen Bewerbungsprozesses.

Auch hatten Großereignisbewerbungen unterschiedliche Prioritäten innerhalb der Städte was den Einsatz städtischer Kapazitäten für die Großereignisse beeinflusste. Vor allem die Städte, die wenig Erfahrung mit der Durchführung von Großereignissen hatten bzw. für die ersten Bewerbungsprozesse stellte sich der Akteurskreis überschaubar dar und wurde häufig im Rahmen der Verwaltungsarbeit der Städte organisiert. Dies wurde z. B. am Fall von Aachen deutlich, deren erste Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft ohne Öffentlichkeitsbeteiligung und Beteiligung des Stadtrates „im Stillen“ verlief. Bei der zweiten Bewerbung erweiterte sich der Akteurskreis und damit wurden auch die Organisationsstrukturen komplexer. Ähnlich verlief es im Fall von Oldenburg und Halle (Saale), auch hier wurden die Folgebewerbungen organisatorisch komplexer.

Für die meisten Großereignisse war es notwendig, dass die Bewerbungsunterlagen durch einen Vertreter der Stadtverwaltung eingereicht wurde. So mussten städtische Einrichtungen an einem bestimmten Punkt zwangsläufig in den Bewerbungsprozess eingebunden werden. Allerdings musste die Stadtverwaltung nicht unbedingt die führende Rolle im Bewerbungsprozess einnehmen. Dies wurde am Beispiel der Städte Braunschweig und Potsdam deutlich, wo sich Vereine hauptsächlich mit den Bewerbungen für das Großereignis Stadt der Wissenschaft beschäftigten. So war z. B. die „ForschungsRegion Braunschweig“ der aktive Akteur im Bewerbungsprozess für die Stadt der Wissenschaft der Stadt Braunschweig. Auch in Potsdam stellte der Verein proWissenschaft e. V., der extra zur Vorbereitung der Bewerbung gegründet worden war, den Hauptakteur der beiden gescheiterten Bewerbungsprozesse dar. Diese Vereine existieren auch nach den gescheiterten Bewerbungsverfahren weiter und waren im Fall der Städte Braunschweig und Potsdam die „Auffangbecken“ von Bewerbungsideen, die entweder in einer erneuten Bewerbung wieder aufgegriffen oder in einem anderen Rahmen weiterverfolgt wurden. Auch ist charakteristisch für diese Organisationsform, dass sie auf Basis von freiwilliger Kooperation aus Akteuren besteht, die ein gemeinsames Ziel verfolgen. Im Fall von Braunschweig agiert der Verein regionsübergreifend, im Fall von Potsdam bezieht er sich auf die Institutionen in der Stadt.

Neben diesen Organisationsstrukturen gab es auch Zweckverbände, die zum Bewerbungszweck gegründet und nach dem Scheitern wieder aufgelöst wurden, da der Zweck des Verbandes nicht mehr vorhanden war. Diese wurden vor allem im Zusammenhang mit den Olympiabewerbungen gegründet. So beteiligte sich die Stadt Frankfurt am Main am Zweckverband Frankfurt Rhein-Main GmbH und die Stadt Duisburg am Zweckverband Rhein-Ruhr zur Vorbereitung der Olympiabewerbungen. Diese Organisationsstrukturen agierten mit Vertretern verschiedener Kommunen und wurden vor allem für Großereignisse mit internationaler Bedeutung eingesetzt. Auch Halle (Saale) und Karlsruhe beteiligten sich an den Zweckverbänden der Olympiabewerbungen der Städte Leipzig und Stuttgart. Allerdings waren weder Halle (Saale) noch Karlsruhe Hauptbewerber, sondern unterstützten mit ihrer Mitgliedschaft im Zweckverband der Olympiabewerbungen den

Hauptbewerber finanziell und durch die Bereitstellung zukünftiger Wettkampfstätten. Zum Zweck des Bewerbungsprozesses zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 in Potsdam wurde die Bundesgartenschau GmbH in die Kulturhauptstadt GmbH überführt. Damit profitierte Potsdam für seine Kulturhauptstadtbewerbung nicht nur vom organisatorischen Wissen, sondern konnte auch das Kapital der ehemaligen Bundesgartenschau GmbH zugreifen.

Auch bürgerschaftliches Engagement trug zur Organisation und Unterstützung der Bewerbungsprozesse bei. Im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbungen der Städte Augsburg, Münster und Potsdam setzten sich bürgerschaftlich organisierte Gruppen für die Kommunikation des Bewerbungsvorhabens, und der Entwicklung von Bewerbungsideen ein.

Großereignisübergreifend trat die Organisationsstruktur bestehend Lenkungsgruppe, Arbeitsgemeinschaften/-gruppen und Projektbüro auf. Bestehend aus Vertretern der Stadtverwaltung, z. B. der Fachabteilungen und dem Stadtrat, und den Akteuren kommunaler Institutionen, z. B. Universitäten, Museen oder Verbänden, wurden die Bewerbungsprozesse von städtischen Führungspersonen koordiniert, von Experten inhaltlich vorbereitet, und durch ausführende Organisationsgruppen mit der Öffentlichkeit kommuniziert. Städtische Arbeitsgruppen unter Beteiligung externer Institutionen, in Abhängigkeit vom Thema des Großereignisses, stellten die häufigste Organisationsstruktur dar. Mit der Einrichtung einer Stabsstelle beim Oberbürgermeister/bei der Oberbürgermeisterin wurde die Priorität der Bewerbung auch nach außen deutlich. Dies zeigte sich beispielhaft im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung der Stadt Karlsruhe, der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2009 in Oldenburg und der Olympiabewerbung Frankfurt Rhein-Main.

Mit dem zeitlichen Fortschreiten der Bewerbungsprozesse wurden häufig externe Experten in das Bewerbungsverfahren einbezogen. So entschieden sich z. B. die Städte Augsburg und Karlsruhe im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung für einen Intendanten, der den Bewerbungsprozess mit Fachwissen leitete. Ähnlich den Bewerbungsintendanten, wurden auch Bewerbungsmanager (Kulturhauptstadtbewerbung Münster und Potsdam) oder Kuratoren (Kulturhauptstadtbewerbung Braunschweig) eingesetzt. Im Fall der zweiten Bewerbung Braunschweigs zur Stadt der Wissenschaft 2007 wird von einem Bewerbungsredakteur gesprochen, der zur Aufstellung der Bewerbung beschäftigt wurde (Stadtrat Braunschweig 2005a, 3). Auch gab es vor allem im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbungen häufig prominente Botschafter, die für das Bewerbungsvorhaben warben. Externe Agenturen übernahmen in fast allen Städten die professionelle Aufbereitung der Bewerbungsunterlagen. War dies nicht der Fall, so betraf dies häufig die Städte, die bis dahin kaum Erfahrung bei der Durchführung von Bewerbungsprozessen für Großereignisse hatten. Dies wurde z. B. am Format Stadt der Wissenschaft deutlich, welches erst 2005 eingeführt wurde und mit zunehmender Durchführung auch professionellere und umfangreichere Bewerbungsunterlagen abgegeben wurden.



**Indikator 2: Organisation der gescheiterten Bewerbungsprozesse zwischen 2000 und 2010**

In Bezug auf das Thema „Organisation der gescheiterten Bewerbungsprozesse“ konnten unterschiedliche Zielsetzungen, Variationen in der Dauer und den beteiligten Akteuren in den Fallstädten festgestellt werden. So verfolgen die Mehrzahl der Städte sowohl gesamtstädtische als auch konkrete Zielsetzungen, wenn sie sich für ein Großereignis beworben haben. Zwar variierte die Dauer des Bewerbungsprozesses auch aufgrund städtischer Entscheidungen, doch war dies hauptsächlich vom Typ des Großereignisses abhängig, für welches sich die Stadt beworben hatte. Da sich die Fallstädte für verschiedene Großereignisformate beworben hatten, konnten die meisten Fälle auch verschieden lange Bewerbungsprozesse erfahren. In Bezug auf das Merkmal „Akteur“ konnte hauptsächlich zwischen intern und extern sowie einfach und komplex unterschieden werden. Auch dies war vor allem abhängig, für welches Großereignis sich die Stadt bewarb. Dennoch beeinflussten auch städtische Besonderheiten, wie starke bürgerschaftlich engagierte Vereine vor Ort oder vorab erfolgreich eingeworbene Großereignisse die Akteursstruktur.

Diese Merkmale geben eine große Bandbreite an Variationen wider, wonach sich Städte und ihre Großereignisbewerbungen unterscheiden. Im Vergleich zum Indikator 1 haben sie jedoch keinen ausschließenden Charakter, sondern können alle im Rahmen verschiedener Bewerbungsverfahren einer Stadt auftreten. So standen hinter den gescheiterten Großereignisbewerbungen der Stadt Halle (Saale) sowohl gesamtstädtische als auch konkrete Zielvorstellungen genauso, wie die gescheiterten Großereignisbewerbungen sowohl mehrjährig als auch mehrmonatig andauerten.

**6.3 Indikator 3: Stadt- und Regionalpolitischer Kontext****6.3.1 Einzelfallbeschreibung der Fallstädte****Aachen**

Die kreisfreie Stadt Aachen (Nordrhein-Westfalen) liegt im äußersten Westen Deutschlands und gehört dem Gemeindeverband „StädteRegion Aachen“ an, der seit 2009 Rechtsnachfolger des Kreises Aachen ist (Städteregion Aachen 2009). Neben dem Stadtrat mit der Stadtverwaltung als ausführendes Organ, stellt die Städteregion mit dem Städteregionstag eine weitere Institution dar, die Einfluss auf die Entwicklung der Stadt Aachen ausübt und bei dem Ziel mitwirkt, „den Lebensraum Aachen zukunftsfähig zu machen und für den Wettbewerb der europäischen Regionen zu rüsten“ (Städteregion Aachen 2009). So war die IGA 2017 nicht nur ein Projekt der Stadt Aachen, sondern zählte zu den räumlichen Entwicklungsperspektiven der gesamten Städteregion Aachen.

Durch die Lage der Stadt im Grenzraum Belgien/Deutschland/Niederlande ist Aachen Teil der Euregio Maas-Rhein, die seit 1976 als Arbeitsgemeinschaft existiert. Diese wird mittlerweile als Stiftung organisiert und hat sich zum Ziel gesetzt, unabhängig von Ländergrenzen mehr Lebensqualität für die vor Ort lebenden Menschen und Besucher zu ermöglichen (Euregio Maas-Rhein 2013). Als ein Ergebnis dieser grenzüberschreitenden Kooperation ist die EuRegionale 2008 zu nennen, deren Fundament 2001 gelegt wurde (ILS NRW 2006b, 15). An der EuRegionale 2008 beteiligte sich die Stadt Aachen mit eigenen Projekten, um Impulse für die Wirtschaftsförderung, die Regionalentwicklung und den Kulturtourismus zu setzen (Stadt Aachen 2013a). Zu den Leitthemen der EuRegionale 2008 zählte die Entwicklung der europäischen Kultur- und Wissensregion und die Grünmetropole: Freizeit- und Industrieerbe, zu denen die inhaltlichen Themen der Wettbewerbe zur IGA 2017 und der Stadt der Wissenschaft passten.

Bereits die erste Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 basierte auf konkreten planerischen Ansätzen, Wissenschaft und Technologie als Standortfaktor für Aachen zu etablieren. Diese gingen weit über einen gesamtstädtischen Ansatz und einen Leitbildcharakter hinaus. In einem Elf-Punkte-Plan wurde bereits 1996 die Kooperation zwischen den Hochschulen in Aachen und der Stadtverwaltung zum Ausbau der Standortvorteile Aachens, zur Bewältigung des Strukturwandels vertraglich vereinbart und 2004 aktualisiert (Ariëns et al. 2011, 34). Diese Entwicklungsrichtung wurde durch das „Leitbild 2020“ weiterverfolgt, welches seit dem Jahr 2000 erarbeitet und 2002 vom Stadtrat verabschiedet wurde (Stadt Aachen 2001, Stadtrat Aachen 2004). Das Ziel „Wissen schafft Zukunft“ stand neben „Europa wächst von hier“ und „Lebensqualität - Aachen hat sie“ und beinhaltete bereits konkrete Vorstellungen, wie dies realisiert werden sollte. Der 2003 stattgefundenen Bewerbungsprozess zur Stadt der Wissenschaft 2005 entsprach somit direkt den Zielen der Stadt Aachen und drückte das bisher Geleistete im Bereich wissensbasierte Stadtentwicklung aus (I\_1, 29.08.2012). Ebenso wurde im Rahmen der Bewerbung für 2007 besonders betont, dass die „aktive Einbindung der wissenschaftlichen Kompetenz aller Hochschulen in die Leitbilddiskussion „Aachen 2020“ von entscheidender Bedeutung ist“ (Stadt Aachen 2005, 13). Dies verdeutlicht den direkten Zusammenhang zwischen den Bewerbungsprozessen und der strategischen Stadtentwicklungsplanung in Aachen.

Konkretisiert wurde dieser Prozess 2004 im Leitplan Aachen, der zum Ziel hatte, ein „zukunftsorientiertes informelles Planwerk entstehen“ zu lassen und „stadtgestaltende Projekte sowie Umsetzungsstrategien“ beinhaltete (Stadtrat Aachen 2004, 2). Einen weiteren stadtentwicklungspolitischen Meilenstein stellt der Masterplan Hochschulcampus Innenstadt dar, deren Erstellung 2005 in Auftrag gegeben worden war und bereits im Innenstadtkonzept 2002 als wichtiger Handlungsschwerpunkt benannt wurde (Stadtrat 2006c, 2, Stadt Aachen 2002, 29). Neben diesen planerischen Prozessen, erhielt die RWTH Aachen im Oktober 2007 den Status einer Exzellenz-Universität, den sie auch in der

zweiten Runde nunmehr bis 2017 sicher hat (RWTH Aachen 2013). Damit einher ging der 2007 aufgestellte Masterplan Freiraumentwicklung „RWTH Campus Innenstadt“, der zur Stärkung des Rufes der RWTH Aachen als eine renommierte Hochschule beitragen sollte (Stadt Aachen 2007, 7).

Weitergeführt wurde die Steuerung von Stadtentwicklungsprozessen mit dem Projekt Aachen\*2030 (Stadt Aachen 2008). Seit 2011 wurden in einem mehrjährigen Planungsprozess ein Masterplan und ein Flächennutzungsplan aufgestellt, welche auf den vorherigen Planungsinstrumenten und -ziele aufbauen. „Der Masterplan AACHEN\*2030 vermittelt im Überblick eine Vorstellung davon, welche Aufgaben der Stadtentwicklung bis 2030 im ganzen Stadtgebiet in Angriff genommen werden sollten“ (Stadt Aachen 2011, 8). Der Masterplan integriert die Zielsetzungen der verschiedenen Handlungsfelder der Stadtentwicklung und soll als städtebauliche Entwicklungskonzeption Orientierung, Leitlinien und Impulse für die nächsten beiden Jahrzehnte geben (Stadtrat Aachen 2012b, 3). Die im Masterplan formulierten Leitlinien werden mit dem Ziel angeführt, „1. Die Qualitäten der Wissenschafts- und Technologiestadt im Kontext der Gesamtstadt nachhaltig fortentwickeln und sichtbar [zu] machen.“ (Stadtrat Aachen 2012b, 5). Dies verdeutlicht die Kontinuität des Themas Wissenschaft im Bereich der Stadtentwicklung. Im Dezember 2012 wurde der Masterplan beschlossen, der in den kommenden Jahren fortgeschrieben und konkretisiert werden wird (Stadtrat Aachen 2012d).

Zusammenfassend kann für den Fall Aachen festgestellt werden, dass die gescheiterten Bewerbungsprozesse konzeptionell in die Stadtentwicklungsprozesse eingebunden waren und zur gezielten Verstärkung derer eingesetzt wurden.

### **Augsburg**

Die Stadt Augsburg ist nach München und Nürnberg die drittgrößte Stadt Bayerns. Sie liegt im Südwesten des Bundeslandes und gehört der Planungsregion Augsburg an. In dem 2007 verabschiedeten Regionalplan des Planungsverbandes Augsburg als Träger der Regionalplanung wurde festgelegt, dass auf die Stärkung der überregionalen Funktionen des Oberzentrums Augsburg hingewirkt werden soll. Im Vordergrund stand dabei die Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit im „Wirtschaftsraum Südbayern. Greater Munich Area“ (Regionaler Planungsverband Augsburg 2007, 3). Der Verein „Wirtschaftsraum Südbayern. Greater Munich Area“ basiert auf einer seit 1992 ursprünglich von den Städten München, Augsburg und Ingolstadt gebildeten Städtekooperation (Europäische Metropolregion München 2013). Zusammen mit der 2007 ins Leben gerufenen „Initiative Europäische Metropolregion München“ entstand 2009 der Verein Europäische Metropolregion München e. V., dem auch die Stadt Augsburg angehört (Europäische Metropolregion München 2013). Eine inhaltliche oder organisatorische Verbindung zwischen den Bewerbungsverfahren und der Stadt Augsburg in ihrer Funktion als Mitglied einer Metropolregion bzw. vor dem Hintergrund der Städtekooperation mit München und Ingolstadt konnte nicht festgestellt werden. Zwar wurde anfänglich der Ein-

bezug der Region in die Planungen zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 empfohlen (Stadtrat Augsburg 2002a, 2), aber im Verlauf des Bewerbungsverfahrens nicht weiterverfolgt. Die Stadt Augsburg selbst stand im Fokus der jeweiligen Bewerbungsaktivitäten. Dafür steht beispielhaft der Bewerbungsprozess zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010, dessen Ziel es war, eine Vision für 2010 zu entwickeln (Stadt Augsburg 2002, 1). Auch der Bewerbungsprozess zur Stadt der Wissenschaft 2005 erfolgte unabhängig von den regionalen und überregionalen Verflechtungen.

Mit der Erarbeitung einer übergeordneten Zielsetzung für Augsburg begann die Stadt bereits Ende der 1990er Jahre. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungsprozesse kamen im Oktober 1999 Wissenschaftler, Experten, Interessenvertreter und die Bürgerschaft in Augsburg im „Forum Augsburg 2000 – unsere Stadt“ zusammen (Stadt Augsburg 2000a). Dabei wurde über Themen wie die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt in einem Europa der Regionen, die Verbesserung der Bürgeridentifikation oder die Erhaltung der Lebensqualität diskutiert. Die Ergebnisse der Werkstattgespräche gelten als Bausteine für die „Perspektiven für Augsburg“ – ein Konzept für die Leitvorstellungen für die zukünftige Stadtentwicklung Augsburgs (Stadt Augsburg 2000a, 4-5). Im Jahr 2000 wurden die „Perspektiven für Augsburg – ein städtebauliches Leitbild“ veröffentlicht, welche sich auf Leitlinien für die städtebauliche Planung und Entwicklung Augsburgs konzentrierten (Stadtrat Augsburg 2011a, 4). Aspekte wie „Augsburg ist Heimat und gibt Zuhause“ oder „Augsburg ist eine Stadt der Erneuerung“ sollten Wege für die Zukunft der Stadt Augsburg aufzeigen (Stadt Augsburg 2000b, 1). Auch wenn keine konkreten Anknüpfungspunkte zwischen diesen Dokumenten und den Großereignisbewerbungen, z. B. in Form gemeinsamer Projekte gefunden werden konnten, wurden jedoch Parallelen zwischen den gesamtstädtischen Zielstellungen und den Zielen der Großereignisbewerbungen erkennbar: Das Thema „Augsburg ist Heimat und gibt Zuhause“ korrespondiert so z. B. mit dem Ziel der Kulturhauptstadtbewerbung, das „Wir-Gefühl“ in der Stadt zu stärken. Ebenso geht „Augsburg eine Stadt der Erneuerung“ einher mit dem Ziel der Kulturhauptstadtbewerbung, Kultur als Instrument der Stadtentwicklung zu verstehen und als Motor zur Stadterneuerung bei der Neuentwicklung alter Militärfächen, der Neunutzung alter Industriebrachen oder aber auch der Modernisierung der Innenstadt einzusetzen.

Ein weiteres gesamtstädtisches Konzept ist das 2004 vom Stadtrat beschlossene Handlungsprogramm Nachhaltigkeit, welches „Leitlinien und Ziele zu den Handlungsfeldern Ökologie, Ökonomie und Soziales formuliert, die durch Maßnahmenvorschläge und Indikatoren konkretisiert werden“ (Stadtrat Augsburg 2011a, 4). Erarbeitet wurde das Handlungskonzept Nachhaltigkeit von einem Sachverständigenbeirat, der den Prozess der nachhaltigen Entwicklung seit 1997 begleitet (Stadt Augsburg 2013b). Zu seinen Aufgaben gehört es, die Stadt zu Nachhaltigkeitsthemen zu beraten und z. B. Empfehlungen gegenüber der Stadtverwaltung zu deren Umsetzung auszusprechen. So empfahl der

Sachverständigenbeirat<sup>37</sup>, dass sich die Stadt Augsburg zur hochwertigen Entwicklung der Konversionsflächen im Augsburger Westen der Stadt für eine Bundesgartenschau 2019 bewerben sollte (Stadtrat 2005, 1). Allerdings wurde mit dem Verweis auf die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 diese Empfehlung nicht weiterverfolgt. Bereits im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung wurde das Ziel verfolgt, die Neuentwicklung alter Militärf Flächen voranzutreiben und dafür Kultur als treibenden Faktor einzusetzen (Stadt Augsburg 2002, 4-5). Neben diesen gemeinsamen Zielsetzungen konnte für das „Handlungsprogramm Nachhaltigkeit“ ein direkter Bezug zu den gescheiterten Bewerbungsprozessen festgestellt werden. So wurde in der Anlage „Fakten“ zur Bewerbungsschrift Augsburgs für die Europäische Kulturhauptstadt 2010 auf das Handlungsprogramm Nachhaltigkeit, allerdings unter dem Namen „Masterplan Stadtentwicklung 2010“, verwiesen (Stadt Augsburg 2004b, 24-27). Die Verbindung zwischen Masterplan und Kulturhauptstadtbewerbung verdeutlichte sich durch Parallelen bei den Themen und Projekten der jeweiligen Konzepte. Innerhalb der sozialen Dimension „Gesellschaft“ des Masterplanes wurde sich zum Ziel gesetzt, eine europäische Bürgerstadt zu werden, welches sich mit den Zielsetzungen der Kulturhauptstadtbewerbung, die Identifikation der Bürger für ihre Stadt zu stärken, überschneidet. Ein Beispiel dafür ist das 2003 gegründete Bündnis für Augsburg, welches sich zum einen für Projekte zur Unterstützung der Kulturhauptstadtbewerbung einsetzte, wie die „Kulturpalette“ (Stadt Augsburg 2004a, 14; Stadt Augsburg 2004b, 60-61). Zum anderen gehörte zu den Zielen des Bündnisses für Augsburg das Projekt „Change in“, welches dazu beitragen sollte, die Bildungsinfrastruktur mit Leben zu füllen und damit einen Beitrag zur Realisierung des Masterplans Stadtentwicklung 2010 zu leisten (Stadt Augsburg 2004b, 62-63).

Derzeit befindet sich die Stadt Augsburg im Prozess zur Aufstellung eines gesamtstädtischen Stadtentwicklungskonzeptes. Mit Beschluss im Stadtrat vom 12.05.2011 wurde die Stadtverwaltung beauftragt, ein Stadtentwicklungskonzept für die mittel- und langfristige räumliche Entwicklung der Stadt Augsburg zu erarbeiten (Stadtrat Augsburg 2011b, 2). Für die strategische Steuerung der Gesamtentwicklung der Stadt wurde es vor dem Hintergrund großer Herausforderungen notwendig, Prioritäten zu setzen. Da die Stadt Augsburg zwar über verschiedene städtische Leitbilder und einige teilräumliche und fachbezogene Konzepte verfügt, aber noch nicht über ein gesamtstädtisches Konzept wurde der Prozess zur Aufstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes begonnen (Stadtrat Augsburg 2011a, 3).

---

<sup>37</sup> Die Bezeichnung des Sachverständigenbeirates hat sich im Laufe der Zeit verändert: Zuerst hieß er „Umweltbeirat“, dann „Agendabeirat - Sachverständigenbeirat für zukunftsfähige Entwicklung“ und seit Oktober 2012 ist seine offizielle Bezeichnung "Nachhaltigkeitsbeirat" (Stadt Augsburg 2013b).

## Braunschweig

Die kreisfreie Stadt Braunschweig liegt im Südosten des Bundeslandes Niedersachsen und erfüllt oberzentrale Funktionen. Zusammen mit den Oberzentren Wolfsburg und Salzgitter sowie in enger räumlicher Verflechtung mit dem Mittelzentrum Wolfenbüttel ist Braunschweig Teil des „Oberzentralen Verbundes Braunschweig-Salzgitter-Wolfsburg“ (Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung 2008, 14). Diese räumliche Verflechtung spiegelt sich auch im Zweckverband Großraum Braunschweig wider, der nach dem Niedersächsischen Raumordnungsgesetz Träger der Regionalplanung ist (NROG vom 18.07.2012 § 20 Abs. 2). Bereits frühzeitig wurden auf Initiative der Stadt Braunschweig die Gebietskörperschaften in der Region aufgefordert, die Kulturhauptstadtbewerbung „als ein konkretes Projekt für das weitere Zusammenwachsen der Region“ zu unterstützen (Stadtrat Braunschweig 2002f, 2).

Weiterhin ist Braunschweig überregional mit den Städten Hannover, Göttingen und Wolfsburg in der seit 2005 existierenden Metropolregion verflochten (Stadtrat Braunschweig 2005c, 1). Die Initiative zum freiwilligen Zusammenschluss der Städte mit dem Ziel, die Region bekannter und wettbewerbsfähiger im europäischen Kontext zu machen, ist auf den Arbeitskreis „Nachhaltige Regionalentwicklung“ des Städteneetzes EXPO Region Hannover zurückzuführen (Priebes 2004, 106). Die Metropolregion stellt dabei eine Plattform für projektorientierte Zusammenarbeit der drei niedersächsischen Teilräume dar, was am Beispiel der Projekte „Regionale Wissensvernetzung“ und „Kulturelle Leuchttürme“ deutlich wird (Stadtrat Braunschweig 2007, 1-2). Diese Projekte stellen dar, was die Region Braunschweig teilräumlich seit geraumer Zeit bereits lebt. Schon seit den 1990er Jahren galt Wissenschaft als wichtiger Profilierungsfaktor für den Standort Braunschweig. Nach dem 1999 von der Stadt Braunschweig der „Braunschweig Preis“ für anwendungsorientierte Forschung ins Leben gerufen wurde, gründeten die Leiter der Forschungseinrichtungen in der Region die Arbeitsgruppe ForschungRegion Braunschweig (Wäller 2011, 40). Diese informelle Arbeitsgruppe wurde 2004 als Verein institutionalisiert. Während zum Zeitpunkt der ersten Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 die Stadtverwaltung Braunschweig noch kein offizielles Mitglied war, beteiligte sie sich beim zweiten Anlauf nunmehr als offizielles Mitglied der ForschungRegion Braunschweig e. V. aktiv an der Aufstellung der Bewerbung (Wäller 2011, 40).

Vor dem Hintergrund der zweiten Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2007 kam es im Juli 2005 zur Neukonzipierung des Braunschweig Preises, womit die Reduzierung des Preisgeldes und das organisatorische Überführen des Braunschweig Preis e. V. in den ForschungRegion Braunschweig e. V. einherging (Stadtrat Braunschweig 2005e, 2). Das dadurch freigewordene Vermögen des Braunschweig Preises wurde zweckgebunden in die ForschungRegion Braunschweig überführt und stand zur Erarbeitung der zweiten Bewerbung für die Stadt der Wissenschaft 2007 zur Verfügung (Stadtrat Braunschweig

2005e, 3). Als freiwilliger Zusammenschluss von 27 Hochschulen und Forschungseinrichtungen trägt die ForschungRegion Braunschweig e. V. dazu bei, „den wissenschaftlichen Nährboden des enormen Zukunftspotenzials strategisch weiterzuentwickeln und durch neue Ideen für regionale und internationale Cluster nachhaltig Wertschöpfung, Wachstum und Beschäftigung zu fördern“ (ForschungRegion Braunschweig e. V. 2013).

Neben diesen regionalen Kooperationsformen, welche zum Ziel haben, Braunschweig und seine Region zu profilieren, stehen auf Ebene der Stadtverwaltung die für vier Jahre gültigen Planungs- und Handlungsrahmen als Instrumente zur kommunalen Stadtentwicklung zur Verfügung. In die Bewerbungszeiträume zur Europäischen Kulturhauptstadt und der Stadt der Wissenschaft 2005 sowie 2007 fallen die Planungs- und Handlungsrahmen 2003-2007 und 2005-2007, welche die strategischen Planungen für die Stadt Braunschweig festlegten (Stadtrat Braunschweig 2002d, 2). Innerhalb der Planungs- und Handlungsrahmen wurden strategische Grundsätze und Ziele abgesteckt, an denen sich die Stadt Braunschweig orientierte, um „ihre Stellung als führende Wissenschafts- und Hochtechnologiestadt zu festigen, auszubauen und sich dabei im nationalen und internationalen Wettbewerb zu profilieren“ (Stadtrat Braunschweig 2002d, 3; Stadtrat Braunschweig 2004c, 2). Auch die Bewerbungsaktivitäten zur Europäischen Kulturhauptstadt finden sich in diesen Planungsdokumenten wieder. Während für das Planungs- und Handlungsprogramm 2003-2007 die „Profilierung und der Ausbau der Stadt als kulturelles Zentrum der Region unter Einbeziehung der positiven Außenwirkungen einer Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas“ als letzter Schwerpunkt (Nr. 10) aufgeführt wurde (Stadtrat Braunschweig 2002d, 3), wurde im Planungs- und Handlungsprogramm 2005-2009 die Kulturhauptstadtbewerbung 2010 als Schwerpunkt an die erste Position gesetzt (Stadtrat Braunschweig 2004c, 3). Dies reflektiert die Prioritäten des städtischen Handelns, der in diesem Zeitraum intensiv mit der Aufstellung und der Vorbereitung der Bewerbung beschäftigt war.

Kontinuierlich wurde auch das Ziel verfolgt, Braunschweig „als führende Wissenschafts- und Technologieregion zu festigen, auszubauen und im internationalen Kontext zu profilieren“ (Stadtrat Braunschweig 2002d, 3; Stadtrat Braunschweig 2004c, 2). Dies wurde unterlegt mit dem seit 1999 vergebenen Braunschweig Preis, ein mit 100.000 Mark dotierten Preis für anwendungsorientierte Forschung (Wäller 2011, 40). Auch nach den Bewerbungsprozessen für die Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 und der Stadt der Wissenschaft 2005 und 2007 verspricht der Planungs- und Handlungsrahmen 2007-2011 eine Verstetigung der Themen: „Das durch den Titel ‚Stadt der Wissenschaft 2007‘ und die Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2010 bestätigte Image Braunschweigs als bedeutendes Kulturzentrum und exzellenter Wissenschafts- und Technologiestandort in Deutschland muss weiter gefestigt und das wirtschaftliche und kulturelle Potenzial von Stadt und Region weiterentwickelt werden.“ (Stadtrat Braunschweig 2006, 3). Im aktuellen Planungs- und Handlungsrahmen 2011-2014 haben die Themen Kultur

und Wissenschaft zwar hierarchisch betrachtet keine Priorität mehr (Punkt 5: Braunschweigs reiche Kultur nutzen und Punkt 7: Wissenschaft und Technologie als Standortfaktor), aber sind dennoch von zentraler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der Stadt Braunschweig (Stadtrat Braunschweig 2011a, 2 & 3).

Die Stadt Braunschweig hatte zwar demnach bisher noch kein formal verfasstes und gesamtstädtisch gültiges Stadtentwicklungskonzept oder Leitbild (I\_14, 08.11.2011), allerdings konnte durch die inhaltlichen Gemeinsamkeiten zwischen den Zielen der strategischen Allianzen wie der ForschungRegion Braunschweig e. V. und den Schwerpunkten der kommunalen Planungs- und Handlungsrahmen ein direkter Zusammenhang zwischen Entwicklungsabsichten und Großereignisbewerbungen festgestellt werden. Derzeit wird die Arbeit an einem Integrierten Stadtentwicklungskonzept in der Stadtverwaltung vorangetrieben, welches die zukünftigen strategischen Leitlinien und Ziele der städtischen Entwicklung umfassend darstellen soll (Stadtrat Braunschweig 2013a, 1-3).

### **Duisburg**

Als Teil des Ruhrgebietes gehört die Stadt Duisburg zum größten Ballungsraum Deutschlands, dessen Entstehung auf das enorme industriebedingte Wachstum seit Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Verlagerung des Bergbaus in Richtung Norden zurückzuführen ist (Pachaly 2008, 43-44). Charakteristisch für die Stadtentwicklung Duisburgs war schon immer der enge Zusammenhang mit der Montanindustrie, welcher der Stadt ein immenses Bevölkerungswachstum bescherte. Seit den 1970er Jahren kämpft die Stadt nun mit den Folgen der Rationalisierungsmaßnahmen im Zuge des Strukturwandels, welcher mit hohen Arbeitslosenquoten und zahlreichen industriellen Brachflächen einhergeht (Wohlfahrt 2010, 189-193).

Die Stadt Duisburg steht in einem starken regionalen Zusammenhang zu Nachbarstädten, was sich räumlich in einer stark vernetzten Städtelandschaft mit kaum voneinander abzugrenzenden Stadtgebieten ausdrückt. Bedingt durch diesen Zustand hat die kommunale Zusammenarbeit eine lange Tradition und ist für die Städte des Ruhrgebietes nicht wegzudenken. Durch die polyzentrale Siedlungsstruktur des Ruhrgebietes sind für Duisburg zahlreiche interkommunale Verflechtungen von Bedeutung, die sich in gemeinsamen Planungsinstrumenten oder Projekten widerspiegeln. Dies wurde bereits deutlich durch die vorherrschend gemeinsamen Großereignisbewerbungen der Stadt Duisburg mit anderen Städten des Ruhrgebietes. Damit hob sich Duisburg von den anderen Fallstädten ab. Um die Bewerbungen der Stadt Duisburg und die Einflussfaktoren auf die Effekte des Scheiterns zu verstehen, werden nun die verschiedenen regional- und stadtpolitischen Gegebenheiten näher beleuchtet

Nach außen präsentiert sich Duisburg als Teil der Metropolregion Rhein-Ruhr, die mit ca. elf Millionen Einwohnern einen ähnlichen Bevölkerungsumfang aufweist, wie die internationalen Metropolen London und Paris (Stadt Duisburg 2013a). Die globale Wahrneh-



mung der Rhein-Ruhr-Wirtschaftsregion wird durch das gemeinsame Auftreten der Gemeinden im Rahmen der Metropolregion Rhein-Ruhr beabsichtigt. Auch wenn sich Duisburgs Oberbürgermeister vor dem Hintergrund der 2007 stattgefundenen Kanu-Weltmeisterschaft in der Stadt besonders in der Verantwortung sah diesen regionalen Ansatz zu vermarkten, hat die Metropolregion Rhein-Ruhr starke Konkurrenz durch bereits existierende interkommunale Kooperationen. So ist z. B. die Metropole Ruhr ein Zusammenschluss von kreisfreien Städten und Kreisen im Regionalverband Ruhr, welcher auf den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR) zurückgeführt werden kann. Nach Steinberg (1971) zählt die Gründung des SVR durch das Gesetz von 1920 bis heute zur „eigentlichen Geburtsstunde der überörtlichen Raumplanung in Deutschland (zitiert nach Hinüber 2005, 385) und ist heute als Regionalverband Ruhr die regionale Planungsbehörde und Träger bedeutender Infrastrukturprojekte wie der Route der Industriekultur und dem Emscher Landschaftspark (RVR 2013b; RVR 2013c). Auch bei den Großereignisbewerbungen der Stadt Duisburg war der RVR zentraler Akteur.

Neben dieser interkommunalen Kooperationsform hat sich die Stadt Duisburg im Jahr 2000 mit den größten Städten des Ruhrgebietes im informellen Städteverbund „Städteregion Ruhr 2030“ zusammengeschlossen. Dies geschah vor dem Hintergrund des Forschungsverbundes „Stadt 2030“, welcher durch das BMBF gefördert wurde und zum Ziel hatte, Visionen und Leitbilder für die Zukunft der Städte zu entwickeln (Göschel 2003, 9). Verschiedene Projekte gingen aus diesem Modellvorhaben hervor, zu dem auch der „Masterplan Ruhr“ zur Vereinbarung gemeinsamer Entwicklungsstrategien der Region gehörte. Auf Basis der Herausstellung von Stärken und Qualitäten der beteiligten Städte wurde die Erarbeitung einer gemeinsamen Position ermöglicht (Städteregion Ruhr 2006, 7). Dort spielte auch der „Duisburger Rheinpark“ als bedeutendes städtebauliches Projekt eine Rolle, der zum einen in die langfristige Zielplanung der Stadt Duisburg „Grüner Ring“ eingebunden wurde, zum anderen aber auch Bestandteil der Planungen für das Konzept des überregionalen „Masterplan Emscher Landschaftspark 2010“ war (Städteregion Ruhr 2006, 37). Der 2005 aufgestellte „Masterplan Emscher Landschaftspark 2010“ ist die Planungsgrundlage für die Entwicklung des Emscher Landschaftsparks, bei dem die Verbundprojekte Duisburg „Grüner Ring“ und „Duisburg an den Rhein“ Teil der Planungen sind (RVR 2013d; Stadt Duisburg 2013b).

Das Konzept des Emscher Landschaftsparks kann auf die IBA Emscher Park zurückgeführt werden. Dabei wird die Idee der „Regionalen Grünzüge“ aufgegriffen und die Revierparks miteinander vernetzt. Die IBA Emscher Park gestaltete zwischen 1989 und 1999 den Strukturwandel des nördlichen Ruhrgebietes und gilt als ausschlaggebende Erfahrung für die Städte des Ruhrgebietes mit Festivals und Projekten, sich in kleinen Schritten auf den Weg in die Zukunft zu machen (Pachaly 2008, 49). Weiterentwicklungen der IBA Emscher Park finden sich derzeit in den REGIONALEN, dem strukturpolitischen Landesprogramm Nordrhein-Westfalens wieder. Zwar hatte Duisburgs Bewerbung

2007 für die Ausrichtung der REGIONALEN 2013 nicht den Zuschlag erhalten, die Stadt hatte damit jedoch dem Land Nordrhein-Westfalen gegenüber verdeutlicht, dass sich die Region Niederrhein gefunden hatte und im Interesse der Region agierte (Rat der Stadt Duisburg 2007c, 3). Dieses Beispiel verdeutlicht weiter die Parallelität zwischen kommunaler Kooperation und stadteigenen Interessen. Weiterhin konnte in Duisburg durch die IBA Emscher Park auf ehemaligen Brachflächen und alten Industrieflächen neue Landschaftsparks und Flächen für Wohnen und Arbeiten entstehen (B.S.L. 2007, 14). Während die IBA den Duisburger Innenhafen entwickelte, wurde im Rahmen der Kulturhauptstadt Europas 2010 der Fokus auf den Binnenhafen gerichtet, welches mit der Zielsetzung der Stadt Duisburg, die Verbindungen der Stadt mit dem Wasser zu stärken, korrespondierte (Pachaly 2008, 84).

Die Gemeinschaftsinitiative „Das Ruhrtal“ ist eine weitere Form der regionalen Zusammenarbeit an der sich Duisburg seit 2007 beteiligt und vor allem die touristische Vermarktung der Region verfolgt (Rat der Stadt Duisburg 2010a, 1). Zur Zielerreichung entwickelte diese Initiative bisher Projekte, die z. B. im Rahmen der städtischen Beteiligung Duisburgs an der Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt Ruhr 2010 umgesetzt werden sollten (Rat der Stadt Duisburg 2010a, 2).

Neben diesen regionalen Kooperationsformen den Strukturwandel im Ruhrgebiet und in der Stadt Duisburg zu bewältigen, wurde 1988 vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Stahlkrise das kommunale Handlungsprogramm „Duisburg 2000“ verabschiedet (Stadt Duisburg 2001a, 5). Mehrmals fortgeschrieben sollten damit Entwicklungsperspektiven bis zum Jahr 2000 aufgezeigt werden, die unter dem Titel „Zukunft Duisburg“ 1999 reflektiert wurden. Zu den Ergebnissen des ersten Jahrzehnts zählten die IBA-Projekte Ruhrort, Landschaftspark Nord und Innenhafen, aber auch die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Duisburg als Logistik sowie Universitäts- und Technologiestandort (Stadt Duisburg 1999, 16). Mit dem Ende des Planungshorizontes „Duisburg 2000“ wurde im Jahr 2001 unter dem Namen „impuls.duisburg“ ein neues strukturpolitisches Handlungsprogramm erarbeitet (Stadt Duisburg 2001a). Vor dem Hintergrund der 2006 auslaufenden Ziel-2-Förderungen der Europäischen Union forderte das Land Nordrhein-Westfalen die Regionen auf, regionale Kompetenzfelder zu bestimmen (Wohlfahrt 2010, 196). Daraufhin legte die Stadt Duisburg den Schwerpunkt auf zehn sogenannte „Impulsprojekte“, zu denen auch die städtebaulich ausgerichtete Bundesgartenschau 2011 gehörte, die den RheinPark als zentrales Projekt betrachtete (Stadt Duisburg 2001b, 4). Im Kontext des Stadtentwicklungsprogrammes „Duisburg an den Rhein“ wurde zwar der Entwicklung des RheinParks zugestimmt, aber die Durchführung einer Bundesgartenschau abgelehnt (Rat der Stadt Duisburg 2003e, 62-63). Nachdem 2008 der erste Bauabschnitt abgeschlossen wurde, konnte 2009 der Rheinpark der Öffentlichkeit übergeben werden: „Über ein Netz von Grünflächen wird der RheinPark mit der Duisburger Innenstadt verbunden. Grundlage hierfür bildet die langfristige Zielplanung ‚Grüner Ring‘ als ein Leitbild der Stadtent-

wicklung. [...] Diese Planung ist Bestandteil des überregionalen ‚Masterplan Emscher Landschaftspark 2010‘ (Stadt Duisburg 2013c).

Auch der Sportpark Wedau ist seit jeher ein strategisches Stadtentwicklungsprojekt der Stadt Duisburg und wird perspektivisch immer weiterentwickelt (Stadt Duisburg 2013c). Als Austragungsort für Wassersportwettkämpfe, aber auch als einer der größten Sport- und Erholungsgebiete in Deutschland hatte er eine bedeutende Funktion bei den Bewerbungen zur Ausrichtung der Gartenschauen und der World Games sowie der Olympischen Spiele. Rheinpark, Sportpark und Innenhafen verdeutlichen den Schwerpunkt der Duisburger Stadtentwicklung auf die Innenstadt, welcher auch für die langfristige Entwicklung von Duisburg maßgeblich ist (Wohlfahrt 2010, 198). Dieser Prozess wurde weitergeführt durch den Stararchitekten Lord Norman Foster, der 2005 beauftragt wurde, einen Masterplan für die Innenstadt aufzustellen. Ziel war es, dass sich die Duisburger Innenstadt zukünftig möglichst effektiv präsentiert, damit sie sich als Oberzentrum der Region gegenüber den anderen Städten des Ruhrgebietes behaupten kann. Das Image einer grauen Montanstadt sollte abgelegt werden (Wohlfahrt 2010, 198-199). Der Masterplan Innenstadt baute auf „dem Erfolg der Erneuerung des Innenhafens“ im Rahmen der IBA Emscher Park auf (ID-EG 2011, 16).

Der Rheinpark, der Sportpark Wedau, der Innenhafen gehören zu den innerstädtischen Stadtentwicklungsprojekten, die u. a. in Verbindung zu den Bewerbungsverfahren um die Ausrichtung von Großereignissen standen. Sie gelten als strategische Projekte, deren Realisierung durch die Ausrichtung von Großereignissen beschleunigt werden sollten. Gegenwärtig findet zur Aufstellung einer gesamtstädtischen, strategischen Planung das Projekt Duisburg 2027 statt (Rat der Stadt Duisburg 2008c, 70). Auf Grundlage der Stadtentwicklungsstrategie soll anschließend ein neuer Flächennutzungsplan entwickelt werden, da dieser seit 1986 nicht mehr aktualisiert worden ist (Stadt Duisburg 2011a, 6).

Basierend auf diesem Hintergrundwissen zu steuernden Maßnahmen von Stadtentwicklungsprozessen in Duisburg wurde deutlich, dass Duisburgs Bewerbungen zur Ausrichtung von Großereignissen sowohl auf die städtebaulichen als auch strategischen Ziele der Stadt aufbauten. Die interkommunalen Verflechtungen innerhalb des RVR und Projekte wie der Rheinpark, welcher in die übergeordneten Pläne eingebunden war, zeigen, dass die Bewerbungen die Regional- und Stadtentwicklungsprozesse unterstützen bzw. beschleunigen sollten.

### **Frankfurt am Main**

Als „Herzmuskel“ des Rhein-Main Gebietes bezeichnete der Leiter der Abteilung Landesentwicklung, Städtebau und Wohnungswesen des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft Verkehr und Landesentwicklung die Stadt Frankfurt am Main (Zimmermann 2012, 103). Dies unterstreicht die Bedeutung der Stadt, die als Aushängeschild der Region gilt und oft als Synonym für die Region verwendet wird (Planungsverband Ballungsraum Frank-

furt/Rhein-Main 2005, 6). Das gehört auch zu den Gründen, warum Frankfurt am Main meist stellvertretend für die Region die Bewerbungen zur Ausrichtung von Großereignissen getragen hat. Neben Berlin, Hamburg, München und Köln zählt die Stadt Frankfurt am Main zu den größten Kommunen Deutschlands. Als Standort der Europäischen Zentralbank, der Deutschen Bundesbank, der Deutschen Börse AG sowie weiterer zahlreicher öffentlich-rechtlicher und privatwirtschaftlicher Banken und Finanzunternehmen gilt Frankfurt am Main aufgrund seiner wirtschaftlichen Verflechtungen als ein international bedeutender Standort. Auch durch den größten deutschen Verkehrsflughafen – Flughafen Frankfurt am Main – ist die Stadt als Drehscheibe für den internationalen Luftverkehr bekannt und ist damit auch von besonderer landespolitischer Bedeutung, u. a. als ausgewiesenes Oberzentrum mit überörtlichen Funktionen (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung 2000, 1 & 20). Die Bedeutung der Stadt Frankfurt am Main für das Land Hessen wurde auch im Rahmen der Olympiabewerbung deutlich, für die das Land Hessen mit einer Bürgerschaft von 20 Mio. Euro die Garantien für das NOK lieferte, sollte die Region Frankfurt Rhein-Main Austragungsort der Olympischen Spiele 2012 werden (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002e, 1).

Die Steuerung der zukünftigen Entwicklung Frankfurt am Main losgelöst von der Region zu betrachten, ist kaum möglich. Bedeutende Projekte wie das Ziel, die Olympischen Sommerspiele 2012, die Kulturhauptstadt Europas 2010 oder eine IBA auszurichten wurden daher nicht ausschließlich durch die Stadt Frankfurt am Main getragen. Nach Angaben der Stadt Frankfurt am Main gilt für die Stadtentwicklungsplanung, „die Belange der Stadt und der Region in einem gemeinsamen Kontext zukunftsfähig zu gestalten“ (Stadt Frankfurt am Main 2015). Zahlreiche Initiativen und Planungsansätze existieren, die es sich zum Ziel gemacht haben, die Region zu stärken. So standen auch die Bewerbungen für die Olympischen Sommerspiele 2012 und die Kulturhauptstadt Europas 2010 im regionalen Kontext: „Mit den Bewerbungen um die Kulturhauptstadt 2010 oder für die Olympischen Spiele 2012 will das Rhein-Main-Gebiet international bekannter werden“ (Wolf und Langhagen-Rohrbach 2002, 40). Um diese Vorhaben zu realisieren bzw. zu organisieren, waren verschiedene Netzwerke und Initiativen in der Region Frankfurt Rhein-Main aktiv, die im Folgenden vorgestellt werden.

Ein zentrales Planungsorgan ist dabei der heutige Regionalverband FrankfurtRheinMain, der durch das am 1. April 2011 in Kraft getretene Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main (MetropolG) aus dem vorherigen Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main hervorgegangen ist. Durch dieses Gesetz erhält die 2005 von der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) ausgewiesene Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main die Funktion „als Motor der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit des Landes Hessen im nationalen und internationalen Zusammenhang [zu] stärken“ (MetropolG Präambel). Dazu wurde der Regionalverband FrankfurtRheinMain gebildet, der aus dem 2001 beschlossenen

Planungsverband hervorging. Dieser wiederum war durch das 2001 erlassene Ballungsraumgesetz der Rechtsnachfolger des seit 1974 existierenden Umlandverbandes Frankfurt (Regionalverband FrankfurtRheinMain 2013). Ein zentrales Entwicklungsinstrument der Region stellt der 2011 rechtsgültig gewordene Regionale Flächennutzungsplan 2010 dar. 2004 wurde dazu im Vorfeld das politische Leitbild beschlossen, welches Empfehlungen zur zukünftigen Entwicklung für die Region gibt (Regionalverband FrankfurtRheinMain 2012, 9). Der Regionale Flächennutzungsplan gilt als Rahmen der Stadtentwicklungsplanung der Stadt Frankfurt am Main, dessen Aufstellungsprozess Frankfurt am Main konstruktiv unterstützt hatte (Stadt Frankfurt am Main 2012, 23-24). Der Planungsverband sah dabei in der positiven Konkurrenz der Kommunen untereinander, bei der Synergien zwischen den Städten genutzt werden sollten, die Lösung zur Bewältigung der Herausforderung, die Region weiter nach außen zu profilieren (Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main 2005, 11). In der Region selbst herrscht zwar Einigkeit darüber, gemeinsam die globale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, allerdings ist man sich uneinig darüber, ob entweder interkommunale Konkurrenz oder Zusammenarbeit zur Entwicklung der Region beitragen (Zimmermann 2012, 104-105). Fakt ist, dass die polyzentrale Struktur des Ballungsraumes Frankfurt/Rhein-Main einen stärkeren intrakommunalen Konkurrenzkampf zur Folge hat, als dies in monozentralen Metropolregionen der Fall ist (IHK-Forum Rhein-Main 2008, 11). Die Region gilt als fragmentiert, wogegen aus regionaler Perspektive identitätsstiftende Großereignisse wie die Olympischen Sommerspiele 2012, die Kulturhauptstadt Europas 2010 oder eine IBA dem hätten entgegenwirken können (IHK-Forum Rhein-Main 2008,11).

Als Mitglied verschiedener regionaler Initiativen war der Planungsverband (heute Regionalverband FrankfurtRheinMain) indirekt an den Bewerbungsprozessen der für die Region Frankfurt Rhein-Main relevanten Großereignisse involviert. So setzte sich die Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V. z. B. für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012 ein. Neben diesem Vorhaben nimmt die Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V. als Zusammenschluss von nunmehr ca. 150 Unternehmen, durch Projektpatenschaften, Sponsoring oder anderen Eigenleistungen direkt Einfluss auf die Entwicklung der Region Frankfurt Rhein-Main (Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V. 2013). Bereits 1996 gegründet (Frankfurter Rundschau 1996a), gehört die Wirtschaftsinitiative zu den ersten Vereinigungen, „welche die funktionale Region am besten repräsentiert und die wirtschaftliche Potenz der Region zu stärken versucht“ (Wolf und Langhagen-Rohrbach 2002, 40). Beispielhaft ist hier die regionale Landschafts- und Strukturausstellung „Metropolitana“ zu nennen, die von der Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V. ins Leben gerufen wurde (Frankfurter Rundschau 2001c). Aber auch die Olympiabewerbung profitierte von der Unterstützung der Unternehmen, da es zu den ersten Projekten der „Metropolitana“ zählte (Frankfurter Rundschau 2001c). So war die Wirtschaftsinitiative Mitglied der Frankfurt Rhein-Main GmbH zur Vorbereitung der Bewerbung auf die Olympischen Spiele 2012 und unterstützte diese sowohl materiell als auch

ideell und beteiligte sich mit einer Million Mark an der Bewerbung (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2001c, 1-2).

Ebenso ist die Kulturinitiative RheinMain, eine seit 1998 existierende Institution, die vor dem Hintergrund die kulturelle Leistungsfähigkeit durch Kooperation zu verbessern, ein bedeutender Akteur für die Region Frankfurt Rhein-Main ist und für die Kulturhauptstadtbewerbung Europas 2010 war (Frankfurter Rundschau 1998). Beschlossen durch die Regionalkonferenz, wurde die Kulturinitiative RheinMain mit der Vorbereitung der Bewerbung zur Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 beauftragt und arbeitete direkt mit der Arbeitsgruppe der Stadt Frankfurt am Main zusammen, welche die Frankfurter Vorschläge und Anregungen für die Bewerbung bündelte (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002a, 1-2). 2005 gründete sich als Ergebnis der Kulturhauptstadtbewerbung die KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2005d, 1), die sich zum Ziel gesetzt hatte, regionsübergreifende Projekte zu realisieren, die durch die Kulturinitiative RheinMain vormals initiiert worden waren (Kulturinitiative RheinMain 2013). Die KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH basiert auf einem freiwilligen und bundesländerübergreifenden Zusammenschluss mehrerer Gemeinden, um die kulturelle Kooperation und den Austausch zwischen Kulturschaffenden zu fördern (Frankfurter Rundschau 2005). So war z. B. das Projekt „Route der Industriekultur“, welches von der Kulturinitiative RheinMain ins Leben gerufen worden war, Teil der Kulturhauptstadtbewerbung, und wird nunmehr nach dem Abbruch des Bewerbungsprozesses durch die KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH weitergeführt (Kulturinitiative RheinMain 2013). Die verschiedenen Initiativen im Kultur- und Wirtschaftsbereich engagieren sich zwar zum einen in einer Vielzahl von Projekten für die Region, erschweren durch ihre Doppelstrukturen zum anderen aber deren Durchführung, da es selbst für Ortsansässige schwierig ist, den Überblick zu behalten (I\_11, 20.12.2012). So gibt es im Bereich Kultur die parallel laufenden Aktivitäten der Kulturinitiative RheinMain, der KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH und dem Kulturfonds Frankfurt Rhein-Main, die sich inhaltlich überschneiden, aber vor allem in der Anzahl der Kommunen und Akteure unterscheiden (Monstadt 2012, 273).

Für den Bereich der Wissenschaft existieren ebenso über die Frankfurter Stadtgrenzen hinweg Kooperationsstrukturen, welche ihren Ursprung in der seit 1996 vom Dezernat Kultur und Freizeit der Stadt Frankfurt am Main durchgeführten Veranstaltung die „Wissenschaftsstadt Frankfurt“ hatten (Frankfurter Rundschau 1996b). Ziel war es, den Frankfurtern ihre Stadt als Stadt der Wissenschaft näher zu bringen und den Bürgern Einblick in die Vielfalt der wissenschaftlichen Einrichtungen der Stadt zu geben und um eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Wissenschaft und Forschung zu erreichen (Institut für Neue Medien 2007). Daraus entwickelte sich 2001 das Projekt „Science4Frankfurt“, ein Internetportal zur Darstellung der wissenschaftlichen Einrichtungen in der Region Frankfurt, zur Ankündigung wissenschaftlicher Veranstaltungen und zur Präsentation interes-

santer wissenschaftlicher Themen für die Bürger (Institut für Neue Medien 2007). Zusammen mit der Stadt Frankfurt am Main, dem Amt für Wissenschaft und Kunst, entstand 2004 dieses Wissenschaftsportal, was auf den Wissenstransfer in die Öffentlichkeit abzielte (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2004b, 1). Heute ist es ein Kooperationsprojekt der Stadt Frankfurt am Main, dem Amt für Wissenschaft und Kunst, und dem Land Hessen, dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst, welches im Rahmen des Wissensportals FrankfurtRheinMain „für die Science Community der Region Information und Kommunikation für kritische Denker, Interessierte und Akteure aus dem Bereich Wissenschaft und Forschung“ bietet (Arbeitsgemeinschaft Wissensregion FrankfurtRheinMain 2013). Das Wissensportal wird derzeit vom Initiativkreis Wissensregion FrankfurtRheinMain betrieben, welcher aus Akteuren des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain, IHK Frankfurt am Main, Institut für Neue Medien, Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V. besteht und seit 2005 existiert (Stadt Frankfurt am Main 2012, 67). Diese Kooperationsstrukturen und der andauernde Diskurs zur „Wissenschaftsstadt“ Frankfurt waren schließlich auch Ausgangspunkt für die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2007.

So wurde jeder Bewerbungsprozess von bestimmten thematisch orientierten Initiativen der Region Frankfurt Rhein-Main unterstützt und begleitet. Neben diesen spezifischen Institutionen zählte auch die Regionalkonferenz zu den freiwilligen Zusammenschlüssen von Kommunen, die eine politische Vernetzung der Rhein-Main-Region darstellt. So konnte durch die Regionalkonferenz die Olympiabewerbung und die Kulturhauptstadtbewerbung der Region Frankfurt Rhein-Main beschlossen und auf den Weg gebracht werden (Cichorowski 2003, 122). Die seit dem Jahr 2000 jährlich stattfindende Regionalkonferenz agiert vor allem über ihre Arbeitskreise und ist darüber in die Zusammenarbeit mit der Region involviert (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2008b, 2). Doch auch zwischen der Regionalkonferenz und den verschiedenen Initiativen zur Wirtschaftsförderung ergeben sich inhaltliche Überschneidungen. Die vom Gesetzgeber initiierte Regionalkonferenz wurde durch das Ballungsraumgesetz 2001 von oben festgelegt und gilt als aufgesetztes Instrument im Vergleich zur von unten gegründeten Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V. (I\_11, 20.12.2012).

Auf kommunaler Ebene sind die in regelmäßigen Abständen verfassten Stadtentwicklungsberichte von 1995, 2003 und 2012 die Basis für die Stadtentwicklung von Frankfurt am Main (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2012a, 2). Neben einer gesamtstädtischen Betrachtung der Frankfurter Ausgangssituation und den Entwicklungschancen beinhalten die Stadtentwicklungsberichte auch Konzepte und Maßnahmen zur räumlichen Entwicklungsplanung und stellten für den Magistrat, die Stadtverordnetenversammlung und die Fachämter einen Orientierungsrahmen dar (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2004a; Stadt Frankfurt am Main 2003b, 4). Speziell der Stadtentwicklungsbericht 2003 diente als Grundlage für die Stellungnahme der Stadt

Frankfurt am Main zur Aufstellung des Regionalen Flächennutzungsplanes. Im Stadtentwicklungsbericht 2003 wurde ein „Neuaufbruch zu regionaler Kooperation zwischen Frankfurt am Main und den übergeordneten planenden Institutionen einerseits sowie den Städten und Gemeinden der Region andererseits festgestellt“ (Stadt Frankfurt am Main 2003b, 9). Nur so konnte ein Konsens für die gemeinsam getragene Bewerbung zur Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012 mit der Region Frankfurt Rhein-Main erreicht werden. Neben großen Infrastrukturprojekten, wie dem Ausbau des Frankfurter Flughafens, zählte die Olympiabewerbung zu den wichtigsten Stadtentwicklungsprojekten für Frankfurt am Main seit 1995 (Stadt Frankfurt am Main 2003b, 12). Einen Verweis auf die Kulturhauptstadtbewerbung bzw. die Kultur als Thema der Stadtentwicklung findet sich im Stadtentwicklungsbericht nicht. Dieser konzentriert sich vor allem auf die Themen Frankfurt am Main und die Rhein-Main Region, die Bevölkerung, Wohnen, Arbeiten, Einzelhandel, Verkehr, Freiraum/Grün und Stadtgestalt. Aufbauend auf diesem Orientierungsrahmen von 2003 wurde 2008 ein Leitbild für die Stadt Frankfurt am Main erstellt (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2009, 1; Stadt Frankfurt am Main 2008, 40). Zwar konnten keine thematischen Beziehungen zwischen den gescheiterten Bewerbungen und ihrer Inhalte und den Handlungsfeldern des neu aufgestellten Leitbildes erkannt werden, jedoch knüpft die Stadt mit dem Handlungsfeld „In und mit der Region kooperieren“ an die existierenden regionalen Initiativen an, die auch im Rahmen der gescheiterten Bewerbungsprojekte von Bedeutung waren.

Zusammenfassend kann für die Stadtentwicklungsplanung in Frankfurt am Main festgestellt werden, dass diese bisher vor allem Stadtentwicklungsprozesse sektoral betrachtet und behandelt (Stadt Frankfurt am Main 2012, 137). Demzufolge argumentiert der aktuelle Stadtentwicklungsbericht der Stadt Frankfurt am Main für eine zukünftige integrative Herangehensweise einer strategischen Stadtentwicklungsplanung, um die einzelnen Stadtentwicklungsprojekte miteinander in Verbindung zu setzen (Stadt Frankfurt am Main 2012, 137).

### **Halle (Saale)**

Die kreisfreie Stadt Halle (Saale) an der Saale ist die bevölkerungsreichste Stadt Sachsen-Anhalts und das Oberzentrum im südlichen Sachsen-Anhalt. Als Teil der Planungsregion Halle (Saale) und durch die Mitarbeit in der Regionalen Planungsgemeinschaft kooperiert Halle (Saale) mit den angrenzenden Landkreisen im Bereich der Regionalplanung und Entwicklung zusammen (Räumliches Leitbild 2025plus, 3). Ebenso zählt Halle (Saale) zu den ursprünglichen Kernräumen der Metropolregion Mitteldeutschland, die sich für die zukunftsfähige Entwicklung des Standortes einsetzen (Stadt Halle (Saale) 2007a, 81). Mit einer 1.200 Jahre währenden Geschichte hatte Halle (Saale) bereits verschiedene Funktionen inne. Sie gilt als Salz-, Hanse-, Residenz- Universitäts-, Handel- und inoffiziell als „Kulturhauptstadt“ Sachsen-Anhalts (Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt 2010, 8; I\_4, 16.02.2012). Städtebaulich hat



Halle (Saale) zwei Gesichter: die Stadt der Nachkriegsmoderne mit den dafür charakteristischen Plattenbauwohnungen (Halle-Neustadt) und die alte gewachsene Stadt mit einem bis heute erhaltenen reichen Denkmalbestand an Gebäuden.

Der Strukturwandel<sup>38</sup> in der chemischen Industrie traf die Plattenbaugebiete von Halle-Neustadt besonders. Gebaut als „Stadt der Chemiewerker“ verzeichneten vor allem diese Wohngebiete einen Bevölkerungsrückgang und waren vom Leerstand betroffen. Diese Schrumpfungsprozesse brachten der Stadt Halle (Saale) das Image einer „shrinking city“ ein, welches durch die umfangreichen Stadtumbauprozesse vor allem im Bereich Rückbau von Wohninfrastruktur deutlich wurde (I\_2, 21.02.2012). Durch die Fördermittel des Bundesprogrammes „Stadtumbau Ost“ wurden zwischen 2002 und 2010 12.479 Wohnungen abgerissen, wobei sich der Rückbau auf die Gebiete Heide-Nord, Neustadt, Nördliche Innenstadt, Silberhöhe, Südliche Innenstadt und Südstadt konzentrierte (Bundestransferstelle Stadtumbau Ost 2013). Durch den Rückbau und den andauernden Wohnungsleerstand zeichneten sich außerdem weitere Problemfelder mit negativen Auswirkungen auf das Stadtbild ab. Dazu zählten eine verstärkte soziale Segregation und das Entstehen von sozialen Brennpunkten, ein Sanierungs- und Investitionsstau, existentielle Bedrohung der genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbaunternehmen sowie mangelhafte Auslastung von Infrastruktureinrichtungen in Stadtquartieren mit hohem Leerstand (Stadt Halle (Saale) 2000, 3). Aufbauend auf den „Leitlinien für die Zukunft des städtischen Wohnens in Halle“ (Stadt Halle (Saale) 2000) und der „Stadtentwicklungskonzeption Wohnen“ (Stadt Halle (Saale) 2001) wurde 2007 ein gesamtstädtisches ISEK beschlossen, welches zum Ziel hatte, den „Prozess des Schrumpfens aktiv zu begegnen, um die gesamtstädtische Identität zu erhalten und eine nachhaltige Stadtstruktur zu entwickeln“ (Stadt Halle (Saale) 2007a, 7). Dabei wurden Schwerpunktgebiete des Stadtumbaus festgelegt und Entwicklungsziele im Bereich Bevölkerung, Wohneigentum, Begrenzung des Leerstandes, Aufwertungsmaßnahmen und Baulandentwicklung abgesteckt (Stadt Halle (Saale) 2007a, 87-98). Das 2007 vorgelegte ISEK hatte die Entwicklung einer nachhaltigen Stadtstruktur mit Priorität auf der Innenstadt als städtebauliches Leitziel (Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt 2010, 15). Zur Entstehung des ISEK 2007 trug auch die frühzeitige Vernetzung verschiedener Akteure zur Bewältigung des Stadtumbaus in Halle (Saale) bei, wozu das 1999 auf Initiative der Wohnungswirtschaft gegründete Netzwerk „Wohnen“ zu zählen ist (Stadt Halle (Saale) 2015a). Aus diesem ging 2002 das Netzwerk „Stadtumbau“ und 2008 das Netzwerk „Stadtentwicklung“ hervor (Stadt Halle (Saale) 2015a).

---

<sup>38</sup> Der Beschäftigungsrückgang in der Industrie von 34,7% (1989) auf 19,6 (2004) und der enorme Einwohnerrückgang um 19,8% zwischen 1990 und 2000 riefen eine wesentliche Veränderung der Stadtstruktur innerhalb eines sehr kurzen Zeitraumes hervor (Stadt Halle (Saale) 2007a, 14 & 45).

Auch die Teilnahme an der IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 beeinflusste die Stadtentwicklung in Halle (Saale) wesentlich. Mit der Umsetzung verschiedener Projekte an sieben Standorten wurden beispielhaft neue Strategien unter dem Motto „Weniger ist mehr“ erprobt (Stadt Halle (Saale) 2015b). Dabei profitierte Halle (Saale) als IBA-Stadt von der europäischen Strukturfondsförderung, welche die Finanzierung der IBA-Projekte ermöglichte (Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt 2010, 4).

Während das Stadtentwicklungskonzept Wohnen von 2001 und das ISEK von 2007 mehrheitlich auf die Thematik des Bevölkerungsrückganges reagierten, wurde 2012 die Fortschreibung des ISEK 2007 als ISEK 2025 vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen beschlossen (Stadtrat Halle (Saale) 2012a, 1). Dazu wurden im Vorfeld das „Räumliche Leitbild Halle 2025plus“ und das Strategiepapier „Vernetzte Vielfalt – Wissenschaft als kreativer Motor der Stadtentwicklung“ als Integriertes Strategiepapier Halle 2025 erstellt, die als Grundlage für die Fortschreibung des ISEK gelten (Stadtrat Halle (Saale) 2012b, 12). Das Strategiepapier hatte die Profilierung als Stadt der Wissenschaften, der Hochschultechnologien und der Innovationen zum obersten Ziel erklärt, welches durch die Entwicklung von Wissenschaftsstandorten im Stadtraum Halle (Saale) bei der Aufstellung des Räumlichen Leitbildes 2025plus unterlegt wurde (Stadt Halle (Saale) 2012a, 2; Stadt Halle (Saale) 2012b, 5).

Zusammenfassend kann für die Stadt Halle (Saale) festgestellt werden, dass die Steuerung von Stadtentwicklungsprozessen in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts vor allem eine Reaktion auf die demografischen Veränderungen mit ihren räumlichen Auswirkungen waren. Die Aufstellung des ISEK 2007 ging parallel einher mit zahlreichen punktuellen Höhepunkten, zu denen die Bewerbungsverfahren für Großereignisse zählten. Mit der Aktualisierung des ISEK begann für die Stadt eine strategische Neuausrichtung mit dem Schwerpunkt, die Stadt Halle (Saale) als Wissenschaftsregion zu profilieren.

## **Karlsruhe**

Die Stadt Karlsruhe liegt im Südwesten von Deutschland im Bundesland Baden-Württemberg und übernimmt die Funktion des Oberzentrums für die Region (Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg 2002, 21). Vor diesem Hintergrund wurde vom Gemeinderat Karlsruhe die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 befürwortet, da davon ausgegangen worden ist, dass die Kandidatur die Rolle Karlsruhes und der Region im Wettbewerb mit kooperierenden Regionen unter Führung des Oberzentrums stärken würde (Gemeinderat Karlsruhe 2003e, 5).

Geografisch befindet sich Karlsruhe im Gebiet des Oberrheins und hat zusammen mit den größeren Städten Basel, Freiburg, Mulhouse, Strasbourg eine besondere Verantwortung für die Entwicklung des Gebietes (Stadt Karlsruhe 2012, 50). Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Oberrhein und der Region Karlsruhe hat Tradition und wird

heute durch verschiedene Kooperationen gegenwärtig. So schlossen sich 2002 mehrere große Städte, darunter Karlsruhe, Freiburg und Straßburg zum Städtenetz Oberrhein zusammen (Städtenetz Oberrhein 2013a, 6). Deren Ziel ist es, die Sichtbarkeit in Europa zu erhöhen sowie spezifische städtische Problemlagen in die trinationale Metropolregion Oberrhein einzubringen (Städtenetz Oberrhein 2013a, 5). Dieses existiert seit 2010 und setzt sich aus den vier Teilgebieten Elsass, Nordwest-Schweiz, Südpfalz und Baden zusammen (Städtenetz Oberrhein 2013a, 25). Ziel ist es, 2015 auf den jeweiligen nationalen Ebenen als trinationale Metropole anerkannt zu sein (Regionalverband Mittlerer Oberrhein 2013). Auch wenn die Stadt mit der TechnologieRegion Karlsruhe bereits einen Status in Europa hat, setzte sich der Gemeinderat Karlsruhe seit 2007 für die Anerkennung des Oberrheins als Metropolregion ein (Gemeinderat Karlsruhe 2007e, 19-20). Ziel der trinationalen Metropolregion Oberrhein ist es, die „seit vierzig Jahren fruchtbare grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter zu vertiefen und die Möglichkeiten des deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheingebietes besser auszuschöpfen“ (Städtenetz Oberrhein 2013b). Auf regionaler Ebene existiert seit 1987 die TechnologieRegion Karlsruhe, in der sich Städte und Landkreise aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zusammengeschlossen haben, um den Wirtschaftsraum Karlsruhe in seiner Entwicklung zu unterstützen (TechnologieRegion Karlsruhe 2013). Um Karlsruhes Position in einer der „wirtschaftsstärksten, forschungsintensivsten und innovationsfreudigsten Regionen Europas“ weiter auszubauen, kooperiert die Stadt Karlsruhe über die TechnologieRegion Karlsruhe mit der Metropolregion Rhein-Neckar (Stadt Karlsruhe 2012, 50). Durch diese verschiedenen Kooperationsformen wird deutlich, dass die Stadt Karlsruhe regional wie überregional vernetzt ist. Mit Projekten wie dem Regionaltag als Schaufenster der Region, ausgerichtet von der TechnologieRegion Karlsruhe oder dem „Kooperationsfeld IT- und Medienunternehmen“ werden die Stärken der Region und die Vorteile der Stadt Karlsruhe präsentiert sowie die Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft hervorgehoben (Stadt Karlsruhe 2012, 48-51).

Vor dem Hintergrund dieser regionalen und überregionalen Vernetzungen der Stadt Karlsruhe konnte in Bezug auf die Bewerbungsaktivitäten für Großereignisse kaum ein Zusammenhang hergestellt werden. Die Bewerbungen zur Bundesgartenschau 2015 und zur Stadt der Wissenschaft 2005 fokussierten ausschließlich auf die Stadt selbst ohne eine regionale oder überregionale Zielsetzung. Zwar bewarb sich Karlsruhe als Partner mit der Stadt Stuttgart um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012. Allerdings baute dieses Vorgehen nicht auf den genannten regionalen und überregionalen Netzwerken auf. Im Fall der Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt war ursprünglich eine Gemeinschaftsbewerbung mit Straßburg angestrebt worden. Dies scheiterte jedoch an den Regularien der Ausschreibung der Europäischen Union, die eine Bewerbung zweier Länder für 2010 nicht vorsah. Aber auch die im Bewerbungsprozess angestrebte Zusammenarbeit für 2010 konnte sich letztendlich nicht bis in die Bewerbungsschrift durchsetzen.

Die Karlsruher Bewerbungsprozesse um Großereignisse fielen vielmehr in eine Zeit, in der sich die Stadt konzeptionelle Gedanken zur Entwicklung einer attraktiven Innenstadt machte. Zielhorizont war das Jahr 2015, in welchem der 300. Stadtgeburtstag gefeiert werden wird. So wurden zwischen Dezember 2001 und September 2002 in der Initiative „City 2015“ die Bürger der Stadt in Foren, Arbeitsgruppen und Facharbeitskreisen aufgerufen, sich an den Planungen zu beteiligen (Stadt Karlsruhe 2011c). Seit 2005 befindet sich dieser Prozess in der Umsetzungsphase. Die Entwicklung der Karlsruher Innenstadt zu einer Flaniermeile 2015 wird durch zahlreiche verkehrliche Maßnahmen ermöglicht, zu denen z. B. gehört, dass der Schienenverkehr im Herzen der Stadt unter die Erde gelegt wird und damit ein Stadtbahntunnel entsteht (Fenrich 2003, 8). Diese sogenannte „Kombilösung“ erhielt 2008 Baurecht und befindet sich seitdem in der Realisierungsphase (KASIG 2013).

Diese Thematik fand Eingang in den Masterplan 2015 im Handlungsfeld „Zukunftssicherung Innenstadt“ (Stadt Karlsruhe 2009f, 112), dessen Aufstellung 2005 angestoßen wurde und auf verschiedenen Beteiligungsprozessen und Projekten aus der Vergangenheit der Stadt Karlsruhe aufbaute (z. B. Bundesgartenschau- und Kulturhauptstadtbewerbung, Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft und Olympia) (Gemeinderat Karlsruhe 2007b, 8). Der 2007 vom Gemeinderat beschlossene „Masterplan 2015“ galt nunmehr „als Orientierungsrahmen, an dem zukünftig alle Verantwortlichen ihre Entscheidungen und ihr Vorgehen im Hinblick auf den Stadtgeburtstag 2015 und die weitere Entwicklung Karlsruhes ausrichten“ sollten (Gemeinderat Karlsruhe 2007b, 2). Neben dem Handlungsfeld „Zukunftssicherung Innenstadt“, wurden weitere 11 Handlungsfelder festgelegt, zu deren Realisierung Leitprojekte ausgewählt wurden. In diesen Leitprojekten wurden Schwerpunkte der gescheiterten Bewerbungskonzeptionen aufgegriffen. So wurden die Projekte „Pamina Rheinpark“, „Rheinauenerlebnispark“ (Stadt Karlsruhe 2009d, 67-70) und „Alter Schlachthof“ (Stadt Karlsruhe 2009e, 72-74) in ihrer Umsetzung priorisiert (Stadt Karlsruhe 2009a, 7), welche bereits in den Bewerbungen zur Bundesgartenschau 2015 und zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 von besonderer Bedeutung gewesen sind. Dabei kam sogar die Idee auf, eine Bauausstellung zum Stadtjubiläum in Karlsruhe 2015 auszurichten, die sich im Verlauf der Zeit und Diskussionen zur Idee einer „Stadttausstellung Karlsruhe“ entwickelte (Stadt Karlsruhe 2009e, 76-77). Die Idee der Sportstadt Karlsruhe, die im Zuge der Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele 2012 diskutiert wurde, findet sich im Handlungsfeld „Sport, Freizeit und Gesundheit“ wieder, zu deren Umsetzung der Umbau des Wildparkstadions in ein reines Fußballstadion gehört, welches als Austragungsort der Vorrundenfußballturniere für Olympia 2012 geplant gewesen war (Stadt Karlsruhe 2009c, 58-59). Mit dem Handlungsfeld „Hochschulen /Wissenschaft /Forschung/Innovative Technologien“ wurde auch der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft Rechnung getragen. 2005 wurde das Leitprojekt „Studentenstadt“ im Masterplan 2015 beschlossen (Käthler 2011, 71), welches das Ziel verfolgte, ein „stu-

dentenfrendliches Umfeld zu schaffen, um Karlsruhe als Studienort attraktiver zu machen“ (Stadt Karlsruhe 2009b, 14).

Aufgrund der demografischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Veränderungsprozesse in der Stadt bedurfte es einer Fortschreibung des Masterplanes 2015 (Stadt Karlsruhe 2011b). Zwischen 2011 und 2012 wurde der Masterplan 2015 zum ISEK Karlsruhe 2020 fortgeschrieben (Gemeinderat Karlsruhe 2011, 2). Daraus abgeleitet entsteht derzeit das räumliche Leitbild 2015 mit gesamtstädtischen Entwicklungsschwerpunkten, welche für Karlsruhe unter der Prämisse ohne größeres Flächenwachstum auszukommen den Weg für ein „zukunftsfähiges räumliches Gerüst vorgibt“ (Stadt Karlsruhe 2015).

Zusammenfassend kann für Karlsruhe festgestellt werden, dass die Stadtentwicklung durch die Großereignisse aus der Mitte der 2000er Jahre wesentlich beeinflusst wurde. Die meisten Themen der unterschiedlichen Großereignistypen fanden Eingang in Stadtentwicklungsstrategien, die nach dem Scheitern der Bewerbungsprozesse vorangetrieben worden waren. Charakteristisch für Karlsruhe ist der Zeithorizont 2015, der 300. Stadtgeburtstag, bis zu welchem sich die Stadt fit für die Zukunft machen wollte. Zwar existierten zum Zeitpunkt der Bewerbungen verschiedene regionale und überregionale Kooperationsformen, allerdings konnte kein Zusammenhang zu den Großereignisbewerbungen der Stadt Karlsruhe und der Region hergestellt werden.

### **Lübeck**

Die Hansestadt Lübeck befindet sich im Norden Deutschlands und ist neben Kiel, Flensburg und Neumünster eines der vier Oberzentren in Schleswig-Holstein. Als Kern der 1993 gegründeten Arbeitsgruppe „Region Lübeck“ ist die Hansestadt Lübeck mit den fünf benachbarten Landkreisen (Kreis Ostholstein, Kreis Herzogtum Lauenburg, Kreis Nordwestmecklenburg, Kreis Stormarn, Kreis Segeberg) planend verbunden (Regionalbeirat für die Region Lübeck 2003, V). Diese Arbeitsgruppe erstellte im Auftrag der Regionalkonferenz (1998) das Entwicklungskonzept „Region Lübeck 2003“, welches z. B. einen Orientierungsrahmen zur Ausweisung von Wohnbauflächen darstellte, aber auch einen Beitrag zur Schaffung von regionaler Identität leisten sollte (Regionalbeirat für die Region Lübeck 2003, 2-3; Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein 2004, 12-13). Dieser galt auch als Grundlage für den Regionalplan 2004, der 2012 teilfortgeschrieben wurde (Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein 2004; Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein 2012).

Seit dem 1. Mai 2012 ist Lübeck Mitglied der Metropolregion Hamburg (Metropolregion Hamburg 2012) und arbeitet im Netzwerk daran, die Entwicklung in der verdichteten Großstadtregion zu unterstützen. Die räumliche Nähe zueinander verbindet die Städte Hamburg und Lübeck auf verschiedene Weise. So konnten bereits die Akteure der Kulturhauptstadtbewerbung Lübecks die Hansestadt Hamburg dazu bringen, sich als Partner

zu beteiligen und Bestandteil des Programmes 2010 zu werden (Hansestadt Lübeck 2004a, 14)

Um sich innerhalb der Region von Städten wie Hamburg und Kiel abzugrenzen und die Außendarstellung der Stadt zu verbessern, begann in Lübeck 1999 der Prozess zur Entwicklung eines Leitbildes für die nächsten Jahrzehnte. Ziel war es, eine Aufbruchsstimmung innerhalb der Stadt zu erzeugen, die zu einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt beitragen und ein funktionierendes Stadtmarketing aufbauen sollte (Hansestadt Lübeck 2013). Dies scheiterte bereits Anfang 2000 mit dem Ausstieg der Lübecker Wirtschaftsverbände aus dem Leitbildprozess. 2002 wurde die Diskussion um ein zukunftsorientiertes Leitbild durch die Initiative der Possehl-Stiftung „Leitlinie – Zukunft Lübeck“ weitergeführt. Diese erarbeitete ein Strategiepapier, welches Schlüsselprojekte zur Umsetzung beinhaltete (Hansestadt Lübeck 2003a). Eines dieser Schlüsselprojekte war „Lübeck – Kulturstadt des Nordens“ und auch der Grund, warum die Possehl-Stiftung die Hansestadt in ihren Bemühungen um die Europäische Kulturhauptstadt bestärkte (Lübeck und Travemünde Marketing GmbH 2005). Dieser Ansatz, die Entwicklung der Stadt Lübeck „von unten“ zu steuern, wurde zwar 2003 vom Bürgermeister begrüßt (Hansestadt Lübeck 2003a), allerdings konnten keine Hinweise gefunden werden, inwieweit diese Ansätze und Ideen in die Stadtentwicklungsprozesse einfließen. Auf der städtischen Website der Hansestadt Lübeck befindet sich zwar ein Verweis auf die damalige Prozessdokumentation, welcher zwar noch erreichbar, jedoch nicht mehr aktiv ist und nur dem Zweck der Archivierung dient (Hansestadt Lübeck 2013).

Zu den wichtigsten strategischen Stadtentwicklungsinstrumenten der Stadt Lübeck gehört das 2010 in der Lübecker Bürgerschaft verabschiedete ISEK (Hansestadt Lübeck 2010, 12). Nachdem 2007 die Vorbereitungen dazu begannen, stellt das ISEK Lübeck nun einen ganzheitlichen Orientierungsrahmen für die zukünftige Stadtentwicklung Lübecks dar. Der Prozess zur Aufstellung des ISEK wurde durch eine Stärken- und Schwächen-Analyse der bereits bestehenden Konzepte und Projekte zur Stadtentwicklung begleitet. Dazu zählen auch die gescheiterten Bewerbungen zur Ausrichtung der olympischen Segelwettbewerbe 2012, der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 und der Stadt der Wissenschaft 2009, die jedoch für die interkommunale und internationale Zusammenarbeit von besonderer Bedeutung gewesen sind: „Überregional bedeutsame Projekte mit Ausstrahlungskraft, wie die Bewerbung zur Kulturhauptstadt, zur Stadt der Wissenschaften, für die Landesgartenschau oder als Austragungsort der Olympischen Spiele konnten bislang nicht realisiert werden, hatten aber positive Wirkung nach innen und tragen über die Projektphase hinaus zur Zusammenarbeit bei“ (Hansestadt Lübeck 2009b, 16). Zu den zukünftigen Handlungsfeldern der Stadtentwicklung gehören Lübeck als „4. Hafenstadt & Wissensstadt“ sowie „5. Stadtlandschaft & Weltkulturstadt“ (Hansestadt Lübeck 2010, 22-24 & 27). Beide Handlungsfelder knüpfen an die gescheiterten Bewerbungsverfahren zur Kulturhauptstadt Europas und zur Stadt der Wissenschaft an.

Neben dem ISEK, welches eben dem ISEK, welches für die gesamte Hansestadt Lübeck gilt, stellt der Managementplan U, stellt der Managementplan UNESCO Welterbestätte „Lübecker Altstadt“ den denkmalgeschützten Teil der Stadt in den Fokus. Markenzeichen von Lübeck ist das geschlossene Stadtbild mit einer Vielzahl denkmalgeschützter Gebäude, welches 1987 von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt wurde. „Ausschlaggebend für die Aufnahme war die markante Stadtsilhouette mit den sieben Türmen der monumentalen Kirchen, der planmäßig angelegte Stadtgrundriss mit den historischen Raumgefügen der Straßen und Plätze, die originale historische Bausubstanz in den unzerstörten Altstadtbereichen und der für die archäologische Erforschung des mittelalterlichen Städtewesens außerordentlich ergiebige Untergrund“ (Koretzky 2012, 35). Zur Bewahrung des Welterbes „Lübecker Altstadt“ wurde basierend auf den Richtlinien der UNESCO-Gremien 2005 ein Managementplan aufgestellt, der als verbindliches Planungsinstrument der Stadt den dauerhaften Erhalt der Authentizität und Integrität des Welterbes bei der zukünftigen Stadtentwicklung gewährleistet (Hansestadt Lübeck 2011a, 7). Markant und nicht wegzudenken von Lübeck, rückt die Lübecker Altstadt ins Zentrum der Bewerbungen. So stellt der siebte Turm der Stadtsilhouette – St. Petri im Herzen der Stadt – den Titel für die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2009 und verbindet das Thema Wissenschaft räumlich mit der Stadt. Seit 2004 ist St. Petri Universitätskirche und beliebter Ort für kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen (Hansestadt Lübeck 2007, 3). Als Weltkulturerbestadt lag eine Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 nahe, welche die Stadt Lübeck im Norden Deutschlands in die Mitte von Europa rückt: „... die Entwicklung von Architektur innerhalb und am Rand des UNESCO Weltkulturerbes ‚Altstadt Lübeck‘ macht diese Stadt zu einem Erfahrungsfeld von Stadtentwicklung, Denkmalschutz und Moderne ...“ (Hansestadt Lübeck 2004a, 10).

Nachdem Lübeck 2012 Ausrichterstadt zur Stadt der Wissenschaft war, wird nun in der Bürgerschaft das weitere strategische Vorgehen zur Profilierung Lübecks als Wissenschaftsstadt diskutiert. Die institutionelle Verstetigung des Wissenschaftsmanagements im Rahmen der Stadtverwaltung bis mindestens 2015 wurde bereits beschlossen (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2013b, 2-3).

## **Münster**

Neben Aachen und Duisburg ist Münster ebenso eine Stadt aus Nordrhein-Westfalen, die sich mehrfach für die Ausrichtung von Großereignissen beworben hatte. Während Aachen und Duisburg Städte sind, die vom wirtschaftlichen Strukturwandel des letzten Jahrhunderts geprägt wurden und sich nun von der einstigen Altindustrieregion zu modernen Großstädten entwickeln, hat Münster schon seit jeher den Ruf als „Schreibtisch Westfalens“ (Landesregierung Nordrhein-Westfalen 2013). Auch wenn die zahlreichen ortsansässigen Behörden, Banken, Versicherungsunternehmer und Dienstleister ebenso vom Strukturwandel erfasst wurden, so ist das Image der Stadt jedoch eher durch seine wiederhergestellte historische Altstadt und seinen Charakter als Fahrradstadt geprägt als

durch demografische Schrumpfungprozesse und Industriebrachen der Deindustrialisierung (Hauff 2003, 44).

Die kreisfreie Stadt Münster ist Oberzentrum des Münsterlandes und Sitz des Regierungsbezirkes Münster. Dabei hat sich Münster „als Oberzentrum des Münsterlandes der besonderen Verantwortung für die regionale Zusammenarbeit zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Stadt und Region gestellt“ (Stadt Münster 2013b). Dies drückt sich z. B. in der interkommunalen Zusammenarbeit der Stadt Münster mit angrenzenden Städten und Gemeinden in der Stadtregion Münster aus. Darüber hinaus findet eine enge Zusammenarbeit zwischen den Kreisen des Münsterlandes und der kreisfreien Stadt Münster statt, wodurch z. B. das Münsterlandprogramm aufgestellt wurde, ein durch die Regionalkonferenz und den Regionalrat abgeschlossenes Entwicklungsprogramm. Der Zuschlag für die Ausrichtung der REGIONALEN 2004 hat ebenso dazu beigetragen, die Potentiale der Region Münsterland ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, zu stärken und zu nutzen (Bezirksregierung Münster 2004a). In der Stadt Münster gehörten zu den REGIONALE-Projekten das „Kulturforum Westfalen“, in dem eine innerstädtische Brache durch den Zusammenschluss des Museums für Gegenwartskunst, der Musikhalle und dem Schlaun'schem Schloss wieder aufgewertet werden sollte. Im Rahmen der REGIONALEN 2004 wurde dazu ein Architekturwettbewerb ausgelobt, der dieses, bereits seit den 1980er Jahren diskutierte Projekt, weiter konkretisierte (Bezirksregierung Münster 2004b). Auch in der Kulturhauptstadtbewerbung der Stadt war es Thema und zählte zu den kulturpolitischen Schwerpunkten in der Stadt Münster (Stadt Münster 2004d, 34-35).

Neben diesen regionalen Verflechtungen ist Münster seit 1989 im „Städtedreieck“ mit Osnabrück und der niederländischen Doppelstadt Enschede/Hengelo und seit 1999 in der „EUREGIO“ auch überregional vernetzt (Stadt Münster 2013c). Begründet durch die historischen Gegebenheiten des Westfälischen Friedens 1648 sind Münster, Osnabrück und die Niederlande schon seit jeher miteinander verbunden. Diese regionalen Aspekte reflektierten sich in der Absichtserklärung der Städte Münster und Osnabrück, die vereinbarten, dass im Fall eine Stadt gewinnt den Wettbewerb zur Ausrichtung der Kulturhauptstadt, die andere ebenso am Durchführungsprozess beteiligt wird (Stadt Münster 2003a).

Auf kommunaler Ebene fand der Prozess zur Aufstellung des Integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzeptes (ISM) parallel zur Bewerbung für die Europäische Kulturhauptstadt 2010 und zur Stadt der Wissenschaft 2005 statt. In diesem Aufstellungsprozess konzentrierte sich die Stadt unter breiter Beteiligung der Bürgerschaft, von Vereinen und Verbänden sowie der Wirtschaft auf die Beantwortung der Frage, wohin sich Münster entwickeln soll (Hauff 2003, 44). Vor dem Hintergrund des Wandels hin zu einer wissensbasierten Gesellschaft fanden sich in Münster über die zahlreichen Hochschulen und Bildungseinrichtungen Ansätze, die Stadt zu profilieren und im städtischen Wettbewerb zu positionieren (Hauff 2003, 53-55). Damalige empirische Untersuchungen wiesen auf Wahrnehmungsdefizite im Bereich Wissenschaft und Forschung hin, die ab-



gebaut werden sollten. Dem Stadtmarketing und der Stadtentwicklung kam dabei eine Schlüsselfunktion zu, die als Impulsgeber und Koordinator diesen Prozess begleiten sollten (Hauff 2003, 54). Zum anderen galt es vor dem Hintergrund der aller zehn Jahre stattfindenden und international renommierten Skulpturenausstellung, die Entwicklung Münsters als kulturelles Zentrum herauszuarbeiten. Dieser Prozess zur Aufstellung eines integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzeptes dauerte bis 2004 an und brachte als Ergebnis Leitorientierungen und Ziele für die Zukunft von Münster hervor, welche vom Rat und der Stadtverwaltung als Orientierungsrahmen für die zukünftige Entwicklung der Stadt beschlossen wurden (Rat der Stadt Münster 2004b, 1). Hauptaussage des ISM war die Aufstellung eines Profils für Münster unter dem Motto „Wissenschaft und Lebensart“. Die zum damaligen Zeitpunkt aktuellen Schwerpunktprojekte der Stadt, u. a. die Bewerbungen zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 und zur Stadt der Wissenschaft 2005, unteretzten den Aufstellungsprozess und galten als Leitprojekte zur Umsetzung der Leitorientierungen (Stadt Münster 2004b). So sollte die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt „auch [als] unabhängig von dem angestrebten Status ‚Kulturhauptstadt Europas‘ verstanden werden als nachhaltige, strategische Entwicklungsarbeit für die Kulturentwicklung in Münster auch mit Blick auch auf die ‚angrenzenden‘ Fachgebiete Stadtentwicklung, Regionalentwicklung und Marketing“ (Rat der Stadt Münster 2003b, 3).

In den Bewerbungsdokumenten zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 und zur Stadt der Wissenschaft 2005 selbst konnte allerdings kein Hinweis auf die parallel stattfindenden Zukunftsdiskussionen gefunden werden. Im Vergleich dazu stellte die Bewerbungsschrift zur Stadt der Wissenschaft 2006 den direkten Zusammenhang zwischen Bewerbung und Stadtentwicklung her: „Die Entwicklungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Funktion Münsters als Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum für Westfalen zunehmend weniger zukunftsfähig sind. Daher hat unter breitem Einbezug der Bürgerschaft und der gesellschaftlichen Gruppen eine systematische Zukunftsdebatte stattgefunden. Der Integrierte Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingprozess mündete in einem eindeutigen Votum: Münster bekennt sich zur Wissenschaft und will sich zu einem der führenden Bildungs-, Wissenschafts-, Forschungs- und Entwicklungsstandorte in Europa entwickeln.“ (Stadt Münster 2004d, i).

Die Profilierung der Stadt Münster als Wissenschaftsstadt wurde konsequent weiterverfolgt. In der Fortsetzung des ISM, welches die zukünftige Entwicklung Münsters im Rahmen des Profil „Wissenschaft und Lebensart“ beabsichtigte (Stadt Münster 2004m, 3), wurde im ersten Münsteraner Zukunftsgespräch im September 2006 das Thema „Münster – Mit Wissen erfolgreich im Standortwettbewerb“ diskutiert und übereinstimmend die kontinuierliche Weiterverfolgung beschlossen (Rat der Stadt Münster 2007, 2). Vielmehr wurde festgelegt, dass die Kooperationen zwischen Hochschulen, Stadt und Wirtschaft weiter auszubauen und verbessert zu organisieren sind (Rat der Stadt Münster 2007, 3).

Als Ergebnis des ersten Münsteraner Zukunftsgesprächs wurde eine „Konzertierte Aktion Wissenschaftsstadt Münster“ initiiert, die mit festen Strukturen versehen wurde und zusammen mit Akteuren der Stadt, der Wissenschaft und der Wirtschaft eine strategische Allianz für Münster darstellte (Rat der Stadt Münster 2008, 1). Das im Rahmen der Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft entstandene Netzwerk sollte damit weiterentwickelt und professionalisiert werden (Rat der Stadt Münster 2007, 4). Seit 2010 wird die „Konzertierte Aktion Wissenschaftsstadt Münster“ unter dem Namen „Allianz für Wissenschaft Münster“ weitergeführt und hat einen eigenen Internetauftritt (Stadt Münster 2010a).

### **Oldenburg**

Die niedersächsische Stadt Oldenburg ist nach Hannover, Braunschweig und Osnabrück die viertgrößte Stadt des Landes und Oberzentrum für die Region (Stadt Oldenburg 2012, 13). Ebenso ist Oldenburg seit 2005 Teil der „Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten“ (Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen 2006, 6). Der institutionelle Vorläufer der Metropolregion Bremen-Oldenburg war die Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen, die letztendlich 2006 in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e. V. aufgegangen ist (Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 2013, Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e. V. 2011, 5). Diese erarbeitete im zwei-Jahres-Rhythmus einen Handlungsrahmen mit Handlungsfeldern und Leitprojekten, um diese zu realisieren. Während im Handlungsrahmen 2003-2004 die Themen Wirtschaft und Verkehr Priorität hatten, war im Handlungsrahmen 2005-2007 die stärkere Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft zur Stärkung des Wissenschaftsstandortes Nordwesten ein Handlungsfeld für die zukünftige Entwicklung der Region (Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen 2003, 2-5; Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen 2006, 10-11). Das Thema „Wissenschaft“ hatte sich im Laufe der Zeit für die Region Nordwesten immer weiter etabliert und wurde schließlich im Handlungsrahmen 2011-2013 an erster Stelle aufgeführt: „Mit der Auszeichnung „Stadt der Wissenschaft in Deutschland“ hat der Nordwesten bereits Marken gesetzt (Bremen/Bremerhaven 2005, Oldenburg 2009) und ist bundesweit die einzige Metropolregion mit gleich drei ausgezeichneten Städten der Wissenschaft“ (Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e. V. 2011, 10-11). Parallel zu den Bewerbungsprozessen der Stadt Oldenburg zur Stadt der Wissenschaft 2005 und 2009 hat die Thematik auch für die Region an Bedeutung gewonnen. Auch wenn keine organisatorischen und inhaltlichen Verbindungen zwischen den Oldenburger Bewerbungen und den Handlungsfeldern der Metropolregion offensichtlich wurden, überschneiden sich die Zielrichtungen für die Entwicklung der Region mit denen der Stadt Oldenburg.

Auf kommunaler Ebene war und ist für die räumliche Planung der Flächennutzungsplan das entscheidende Planungsinstrument der Stadt Oldenburg. Zwar ermöglichte das damalige „Nichtbeplanen des Fliegerhorstes“ – keine Ausweisung von Nutzungen – die Dis-

kussion darüber, eine Bundesgartenschau im Stadtnorden Oldenburgs durchzuführen (Stadtrat Oldenburg 1999, 12). Damit konnte der Bundesgartenschauengesellschaft demonstriert werden, dass die Stadt über den notwendigen Raum für eine Bundesgartenschau verfügt. Allerdings war zum Zeitpunkt der Bewerbungsvorbereitungen zur Bundesgartenschau die Stadt Oldenburg nicht der Eigentümer der Fläche und hatte somit keine Planungshoheit über das Gelände (Stadtrat Oldenburg 1999, 11). Zum Zeitpunkt des Bewerbungsprozesses war nur bekannt, dass die Bundeswehr das Gelände frühestens im Jahr 2000 räumen würde (Stadt Oldenburg 1996, 39). Mittlerweile hat die Stadt Oldenburg Planungshoheit über das ca. 192 ha große Gelände: „Ungefähr 80 ha der nördlichen Fläche des ehemaligen Fliegerhorstes auf Oldenburger Gebiet wurde für die Errichtung eines, direkt an den Ammerländer Solarpark anschließenden, zweiten Solarparks von ca. 28 ha Größe verkauft.“ (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben 2013). Im Zuge der nachfolgenden Stadtplanungen wurde im Auftrag der Stadt Oldenburg eine Machbarkeitsstudie Konversionsflächen erarbeitet, die zum Ziel hatte, für die zwei Konversionsflächen Fliegerhorst und Donnerschwee Kaserne die „Platzierbarkeit auf dem Immobilienmarkt der Stadt Oldenburg zu untersuchen“ (Stadt Oldenburg 2009, 4). Weitergeführt wurden die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie im „step2025“, dem Stadtentwicklungsprogramm der Stadt Oldenburg, welches im März 2014 vom Rat der Stadt Oldenburg beschlossen wurde. Auf dem Weg zur Übermorgenstadt und dem damit prognostizierten Flächenbedarf wird der Fliegerhorst für den langfristigen Entwicklungsbedarf der Stadt benötigt und als Zukunftsort auf dem Weg zur urbanen Stadt benannt (Stadt Oldenburg 2012, 67).

War die Stadt Oldenburg zum Zeitpunkt der Bundesgartenschaubewerbung 1999 noch in der Phase der Neudefinition ihrer Rolle und Funktion und erhoffte sich durch die Ausrichtung dieses Großereignisses Schubkraft für die Erarbeitung einer Zukunftsaussage, ist die Stadt nach mehr als zehn Jahren an diesem Ziel angekommen (Stadt Oldenburg 1999, 7; Stadt Oldenburg 2012). Zwar wurde diese „Schubkraft“ nicht durch die Ausrichtung einer Bundesgartenschau ausgelöst, vielmehr ist die Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft 2009 prägend und wegweisend für ein nun erstmalig gesamtstädtisches Stadtentwicklungsprogramm: „Das step2025 ist geeignet, eine Orientierung der Stadt bis zum Jahr 2025 vorzugeben, so dass sich alle Handlungsfelder daran ausrichten können und gut verzahnt ineinandergreifen. Der Impuls wurde 2008 gesetzt, in dem die Stadt Oldenburg vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zu Deutschlands „Stadt der Wissenschaft 2009“ gewählt wurde.“ (Stadt Oldenburg 2012, 9).

### **Potsdam**

Potsdam ist Landeshauptstadt von Brandenburg und unter den analysierten Fallstädten nach deren absoluter Bevölkerungszahl die kleinste Stadt. In einem Bundesland mit vergleichbar geringer Bevölkerungs- und Städtedichte erfüllt Potsdam oberzentrale Funktionen für das Umland (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin 2009, 18). Zurück-

zuführen auf die unmittelbare Nähe zu Berlin, existiert bundesländerübergreifend eine gemeinsame Landesplanung von Berlin und Brandenburg. Ebenso bezogen auf die räumliche Nähe zu Berlin, ist Potsdam Teil der Metropolregion Berlin/Brandenburg (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2009, 15). In der Bewerbungsunterlage zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 sieht sich Potsdam selbst als administratives Zentrum und herrschaftliche Residenz verschiedener Epochen, welche „wie keine andere Stadt den kulturellen Reichtum widerspiegelt“ und doch im „Windschatten der Metropole Berlin“ steht (Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH 2004a, 74 & 105). Zwar bekam Potsdam für die Kulturhauptstadtbewerbung die uneingeschränkte Unterstützung des Landes Brandenburgs, konzentrierte die Bewerbungskonzeption jedoch voll und ganz auf Potsdam und seine Position im Bundesland (Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH 2004b, 154). Auch die Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft 2006 und 2008 konzentrierten sich auf den Standort Potsdam und dessen weitere Profilierung, als dass eine überregionale Zielsetzung verfolgt wurde.

Die Profilierung und Positionierung des Standortes Potsdam erfolgte zu Beginn der 1990er Jahre durch die Aufstellung der Grundsätze zur Stadtentwicklung (1993), der Grundsätze zur behutsamen Stadterneuerung (1993) und dem Leitbild der Stadt Potsdam (1995). Diese galten als Orientierung für die zukünftige Entwicklungen Potsdams (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2002a). Dabei richteten sich die Grundsätze vor allem auf die verschiedenen Funktionen der Stadt Potsdam, aber auch nach den städtebaulichen und stadtstrukturellen Gegebenheiten mit deren verschiedenen räumlichen und sektoralen Anforderungen: Potsdam als (1) Landeshauptstadt mit ihren Behörden und Ämtern, (2) „Wohnstadt“, (3) „Arbeitsstadt“, (4) „Stadt der Bildung, Wissenschaften und Forschung“, (5) „Geschichts- und Kulturstadt“, (6) „Kongress und Touristenstadt, Sport und Erholungsstadt“, (7) „Garten und Parkstadt“, (8) „Zentrenstruktur, Quartiere und Kieze – Versorgung – Einzelhandel“, (9) „Soziale und technische Infrastruktur – Ökologische Belange – Umweltaspekte“, (10) „Zentrale Funktion der Innenstadt“, (11) „Planungs- und Baukultur“ (Balderjahn und Mennicken 1996, 2-6). Diese verschiedenen Aspekte verdeutlichen die Schwierigkeit der Landeshauptstadt Potsdam, Alleinstellungsmerkmale zu definieren.

Weitergeführt wurde die Leitbilddiskussion im Jahr 1997 mit dem Ansatz zur Erarbeitung einer strategischen Stadtentwicklungsplanung, welche allerdings aus Personal- und Finanzmangel nicht weiter fortgeführt werden konnte (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2002a). Im Jahr 2002 wurde der Prozess zur Aufstellung eines Leitbildes für die Entwicklung der Landeshauptstadt Potsdam wiederaufgenommen: „Der Entwurf des Leitbildes soll im Zusammenhang mit den vom Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen vorgelegten Leitlinien der Stadtentwicklung Potsdam diskutiert und der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt werden. Leitbild und Leitlinien ergänzen sich: das Leitbild definiert das Ziel, die Leitlinien formulieren den Weg

und die Methodik. Das Leitbild dient nach seinem Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung als Führungsinstrument für Politik und Verwaltung sowie als Richtlinie konzeptionellen und praktischen Handelns. Es ist damit Grundlage weiterführender Konzepte und entsprechender Maßnahmenkataloge zu Schwerpunktbereichen städtischer Handlungsfelder.“ (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2002c, 3). Jedoch wurde auch dieser Prozess nicht beschlussfähig abgeschlossen. In diesen Zeitraum fielen auch die Bewerbungsverfahren zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 und zur Stadt der Wissenschaft 2006, allerdings ohne die konzeptionelle Einbindung in eine gesamtstädtische Strategie. Auch sektorale Strategien fehlten, so dass der Bewerbungsprozess zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 mit der Aufstellung einer Kulturentwicklungsplanung verknüpft werden sollte, wobei nicht nur das Ausrichterjahr 2010 im Fokus stand, sondern vor allem der Weg bis dahin (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2003e, 2-3).

Vor dem Hintergrund der zugenommenen Bedeutung des Kultur- und Wissenschaftsstandortes Potsdams durch die Wettbewerbserfahrungen erfolgte 2005 die Wiederaufnahme der Diskussion um ein zukünftiges Leitbild (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005h, 1). Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Stadt sowohl für die Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010, als auch für die Stadt der Wissenschaft 2006 beworben, die jedoch im Auswahlprozess scheiterten. Diese Erfahrungen sollten nun bei der Leitbildbestimmung deutlich werden (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005h, 2). Die Aufstellung eines Standortentwicklungskonzeptes (SEK) und eines Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) setzten den Leitbildprozess in der Landeshauptstadt Potsdam wieder in Gang (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2006a, 1-2). Anstoß zur Aufstellung dieser Dokumente waren jedoch nicht nur die Erfahrungen der zwei gescheiterten Bewerbungsprozesse, sondern auch die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg, die es notwendig werden ließ, geringer werdende Finanzmittel auf Schwerpunkte zu konzentrieren (Landeshauptstadt Potsdam 2006b, 5).

Aufbauend auf einer Stärken-Schwächenanalyse wurden vom 2006 beschlossenen SEK zukünftige thematische und räumliche Schwerpunkte für die Stadt Potsdam abgeleitet. Unter dem Slogan „In Bewegung – Potsdam 2020“ sollte die Entwicklung der Stadt in den Leitbildebene Hauptstadt, Wissensstadt, Kulturstadt und Heimatstadt verlaufen. Dafür wurden eigene Entwicklungsziele und Handlungsschwerpunkte erstellt (Landeshauptstadt Potsdam 2006b, 32-40). Schlüsselprojekte sollten das Erreichen der Entwicklungsziele innerhalb der verschiedenen Leitbildebene gewährleisten. So stellt die Realisierung des Wissensspeichers in Potsdam ein Schlüsselprojekt dar, mit dem Potsdam nach außen als Wissensstadt bekannt werden sollte. Die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2008 mit dem Wissensspeicher als Bewerbungsprojekt unterstreicht und verstärkt die Funktion des Schlüsselprojektes (Landeshauptstadt Potsdam 2006b, 67). In Ergän-

zung zum SEK wurde das INSEK aufgestellt, welches die Schlüsselprojekte für die Stadt- und Wirtschaftsentwicklung der Stadt Potsdam bis ca. 2020 weiter präziserte (Landeshauptstadt Potsdam 2007c, 8). In der Bewerbungsunterlage zur Stadt der Wissenschaft 2008 wird dieser Zusammenhang im Besonderen hervorgehoben: „Die Landeshauptstadt Potsdam entwickelt synchron zum Bewerbungskonzept als Stadt der Wissenschaft 2008 ein INSEK. Das Leitbild selbst enthält bereits bedeutende Schlüsselprojekte zur Förderung der Wissenschaftslandschaft, die in der Ausrichtung des Bewerbungskonzeptes als ‚Stadt der Wissenschaft 2008‘ eine wichtige Rolle einnehmen.“ (Landeshauptstadt Potsdam 2006c, 11).

Im Jahr 2009 wurden zur weiteren Konkretisierung des SEK vier Konzepte für die zukünftige Entwicklung der Stadt Potsdam erarbeitet. So konzentriert sich „auf gesamtstädtischer Ebene das Stadtentwicklungskonzept Wohnen und das Stadtentwicklungskonzept Gewerbe [und] auf jeweils ein Branchenkompetenzfeld und ein Gebiet fokussieren die Entwicklungskonzepte Medien/Medienstadt und Biotechnologie/Golm“ (Landeshauptstadt Potsdam 2009, 4). Dabei zählte das Projekt „Wissensspeicher“, welches bereits Bestandteil der gescheiterten Bewerbungsprozesse für Großereignisse sowie der vorherigen Stadtentwicklungskonzeptionen gewesen ist, auch in diesem konzeptionellen Dokument immer noch zu den Maßnahmen mit „Konkretisierungs- und Prüfungsbedarf“ (Landeshauptstadt Potsdam 2009, 10).

Neben diesen konzeptionellen Beschlüssen zur zukünftigen Schwerpunktsetzung der Entwicklung von Potsdam wurden seit der Bundesgartenschau 2001 Themenjahre in Potsdam ausgerichtet, um die vielen Besonderheiten der Stadt zu präsentieren (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2003c, 3). Diese hatten zum einen das Ziel, durch bürgerschaftliches Engagement in Vorbereitung und Durchführung der Themenjahre die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt zu verbessern. Zum anderen sollte damit der nationale Bekanntheitsgrad der Stadt Potsdam weiter gesteigert werden, der sich durch die Bundesgartenschau im Jahr 2001 und die ersten Themenjahre bereits verbessert hatte (Landeshauptstadt Potsdam 2013c). Besonders das Themenjahr 2003 war für die zukünftige Schwerpunktbildung auf den Standortfaktor „Wissen“ von Bedeutung. Das Jahr 2003 stand ganz im Zeichen der Wissenschaft, deren Höhepunkt es auf dem Brandenburg-Tag hatte. Das Konzept der Landeshauptstadt „Potsdam – Stadt der Wissenschaft zwischen Tradition und Hightech“ präsentierte die Vielfalt der wissenschaftlichen Einrichtungen in der Stadt und legte den Grundstein für weitere Entwicklungsimpulse (Die Welt 2003). So gelten die erste Bewerbung Potsdams um den Titel Stadt der Wissenschaft 2006 und die Gründung des Vereins proWissenschaft Potsdam e. V. als unmittelbare Ergebnisse des Themenjahres von 2003 (Landeshauptstadt Potsdam 2013c).

Auch das seit 1998 existierende „Stadt Forum“, eine unabhängig und bürgerschaftlich organisierte Institution, beschäftigt sich in regelmäßigen öffentlichen Veranstaltungen mit

den Themen der Potsdamer Stadtentwicklung (Stadt Forum Potsdam 1999, 5). Damit wird zum einen das Ziel verfolgt, die Öffentlichkeit anzusprechen und über aktuelle Themen der Stadtentwicklung in Potsdam zu informieren. Zum anderen sollen dadurch Expertenmeinungen eingeholt und Empfehlungen für die Politik und Verwaltung zum Thema Stadtentwicklung in Potsdam erarbeitet werden (Stadt Forum Potsdam 2002, 3). So wurden z. B. im Oktober 2001 die Ergebnisse eines Werkstattprozesses zur Aufstellung von Leitlinien für die zukünftige Stadtentwicklung bis 2015 diskutiert (Stadt Forum Potsdam 2002, 17-20). Dabei wurde im Rahmen des ersten Leitthemas "Potsdam hat Potentiale und Chancen in Fülle, sie müssen nur entdeckt, bekannt gemacht und genutzt werden" das Projekt eines Science Centers hervorgehoben, welches die bundesweite Bedeutung Potsdams als Wissenschaftsstadt verdeutlichen könnte (Stadt Forum Potsdam 2002, 21). Dieses Projekt fand später Eingang in die Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft 2006/2008 und wurde schließlich im September 2013 als „Haus der Wissenschaft“ (mit Stadt- und Landesbibliothek, Volkshochschule und der Wissenschaftsetage) in der Innenstadt Potsdams eröffnet (Landeshauptstadt Potsdam 2013a). Auch die Bewerbungsaktivitäten der Stadt Potsdam zur Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt wurden durch eine Arbeitssitzung im November 2002 vom Stadt Forum mit Empfehlungen zum weiteren Vorgehen unterstützt (Stadt Forum Potsdam 2003, 17-19). Dabei wurde aufbauend auf den Erfahrungen mit der Bundesgartenschau 2001 verdeutlicht, dass es bei der Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 nicht nur um das Veranstaltungsjahr geht, sondern schon mit der Bewerbung „soll die Entwicklung Potsdams [...] vorangebracht werden“ (Stadt Forum Potsdam 2002, 17). In diesem Rahmen wurden Empfehlungen gegeben, die auch im späteren Bewerbungskonzept Eingang fanden, so z. B. das „Science Center“ oder die Weiterentwicklung von Kultureinrichtungen als Komponenten der Stadtentwicklung mit der „Schiffbauergasse“ (Stadt Forum Potsdam 2002, 17).

### 6.3.2 Vergleichende Analyse: Abgrenzungsmerkmale

#### **Gesamtstädtische Stadtentwicklung: Großereignisbewerbungen als ein Impuls zur Aufstellung oder als ein Meilenstein zur Erfüllung gesamtstädtischer Strategien**

In den untersuchten Städten spielt eine Vielzahl unterschiedlicher gesamtstädtischer Stadtentwicklungsstrategien zum Zeitpunkt der Großereignisbewerbungen eine Rolle. Unabhängig davon, in welchem Zusammenhang diese zu den Großereignisbewerbungen standen, zählten dazu z. B. formelle Instrumente wie die Flächennutzungsplanung oder informelle Instrumente wie Integrierte Stadtentwicklungskonzepte und Leitbilder. Die Strategien unterschieden sich vor allem im Grad ihrer Konkretisierung und im Umfang. Dabei einte diese Plandokumente, dass in den meisten Fällen die Stadtverwaltung und der Stadtrat einer Stadt die Initiatoren waren, obwohl der Aufstellungsprozess häufig von einer bürgerschaftlichen Beteiligung begleitet wurde. In Bezug auf diese Art der Plandokumente konnte anhand der empirischen Analyse der Fallstädte beobachtet werden, dass

es zum einen eine Gruppe von Städten gab, deren Großereignisbewerbungen den Impuls zur Aufstellung für gesamtstädtische Stadtentwicklungsstrategien gaben. Zum anderen gab es Städte, für welche die Großereignisbewerbungen bereits einen Meilenstein auf dem Weg zur Umsetzung von Entwicklungsstrategien darstellten.

Eine Vielzahl der Städte befand sich zu Beginn der 2000er Jahre in der Phase der Neuaufstellung und Aktualisierung von Plänen für die Stadtentwicklung. Oftmals mussten Pläne vom Beginn der 1990er Jahre aktualisiert oder neu aufgestellt werden bzw. beschäftigten sich die Städte zum ersten Mal mit der Entwicklung einer übergeordneten Vision für die zukünftige Stadtentwicklung. Es konnte für die analysierten Städte beobachtet werden, dass die Großereignisse der Auslöser dafür waren, dass sich die Städte durch die Bewerbungsprozesse gezwungen sahen, sich mit ihrer Zukunft auseinander zu setzen. So wurden im Verlauf der Großereignisbewerbungen Stadtentwicklungskonzepte, Visionen, Leitbildern oder Fachkonzepte entwickelt oder deren Aufstellungsprozess begonnen. Dies wurde besonders deutlich bei den Städten, deren erste Großereignisbewerbungen ohne die konzeptionelle Einbindung in die Stadtentwicklung stattfanden. So beinhalteten die Bewerbungen der Städte Lübeck, Halle (Saale) und Potsdam zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 zwar städtebauliche Projekte und verknüpften den Inhalt mit aktuellen Projekten der Stadtentwicklung jedoch ohne eine umfassende Stadtentwicklungsplanung, die das Großereignis im Gesamten einbezog. Bei den Folgebewerbungen dieser Städte veränderte sich das. Letztendlich entwickelten die drei Städte parallel zu ihrer dritten Bewerbung ein Stadtentwicklungskonzept und betrachteten dann diese Bewerbung als Baustein zur Verwirklichung eines thematischen Schwerpunkts der Zukunftsstrategie. Auch Oldenburgs Bewerbung zur Ausrichtung einer Bundesgartenschau folgte zwar einem wichtigen stadtentwicklungspolitischen Ziel, die Entwicklung einer ehemals genutzten militärischen Brachfläche, aber ohne Bezug zu einem gesamtstädtischen Konzept. Die Stadt erhoffte sich durch die Ausrichtung des Großereignisses Impulse zur Entwicklung einer zukünftigen Stadtentwicklung. Während auch in Oldenburg die ersten beiden gescheiterten Bewerbungen ohne Bezug zur Gesamtstadt stattfanden, wurde mit der dritten Bewerbung eine gesamtstädtische Strategie aufgebaut, die Wissenschaft und Stadtentwicklung mehr vernetzen sollte. Die erfolgreiche Einwerbung der Stadt der Wissenschaft 2009 und die Priorisierung von „Wissen“ als Standortfaktor wurden nachfolgend bei der Aufstellung des „step25“, dem gesamtstädtischen Entwicklungskonzept, weitergeführt. Im Fall von Karlsruhe wurde ebenfalls deutlich, dass die fast parallel zueinander stattfindenden Großereignisbewerbungen in eine Zeit fielen, in der sich die Stadt konzeptionell mit ihrer Zukunft auseinandersetzte. Hervorgerufen wurde dies durch den 2015 stattfindenden 300. Stadtgeburtstag, der für Karlsruhe einen Entwicklungshorizont darstellte. Karlsruhe konnte zwar letztendlich kein Großereignis einwerben, führte jedoch die durch die Bewerbungsprozesse begonnenen Diskussionen im Rahmen des Aufstellungsprozesses eines gesamtstädtischen Masterplanes weiter. Dort wurden die Leitprojekte der gescheiterten Bewerbungsverfahren aufgenommen und waren auch



in der späteren Diskussion bei der Aufstellung eines räumlichen Leitbildes und eines I-SEK von Bedeutung. Ähnlich stellte sich die Situation in der Stadt Münster dar, welche die Aufstellungsprozesse für die Großereignisbewerbungen dafür nutzte, einen Gesamtstädtischen Stadtmarketing- und Stadtentwicklungsprozess in Gang zu setzen.

Im Vergleich zu den Städten, die durch den Bewerbungsprozess des Großereignisses begannen, strategische Stadtentwicklungsplanung zu betreiben, gab es auch die Städte, für die die gescheiterten Bewerbungen bereits einen Meilenstein auf dem Weg zur Realisierung einer Zukunftsvision darstellten. Dazu zählt die Stadt Aachen, deren gescheiterte Bewerbungen mit konkreten strategischen Zielen verbunden waren. Die Profilierung der Stadt als eine Wissenschafts- und Technologieregion wurde bereits Mitte der 1990er Jahre festgeschrieben, um der Stadt einen Weg aus dem Strukturwandel zu bereiten. Aachens gescheiterte Bewerbungen hatten die Funktion, diese Planungen zu unterstützen. Die Bewerbungsprozesse wurden als Profilierungsstrategien der Gesamtstadt betrachtet. Auch in der Augsburger Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt wurde ein direkter Bezug zum Masterplan Nachhaltigkeit der Stadt gezogen und die Themen der beiden Dokumente zueinander in Beziehung gesetzt. Auch Braunschweig setzte seine Großereignisbewerbungen in den gesamtstädtischen Kontext. Zwar existierte zum damaligen Zeitpunkt kein ISEK, allerdings fanden alle Großereignisbewerbungen vor dem Hintergrund des aller vier Jahre aktualisierten Planungs- und Handlungsrahmens statt. In diesem wurden die städtischen Entwicklungsziele aufgelistet, die z. B. zum Zeitpunkt der Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 stark kulturell ausgerichtet gewesen sind. Im Vergleich dazu stand für Duisburg weniger das Großereignis, als vielmehr die Projekte der Großereignisbewerbung im Vordergrund, die durch die Ausrichtung schneller realisiert werden sollten. Für Duisburg waren die Leitprojekte der Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele 2012 und die Bundesgartenschau 2011 ebenso Leitprojekte des städtischen Handlungsrahmens zur zukünftigen Entwicklung von Duisburg. Verstärkt wurde diese Bedeutung, durch die Vernetzung mit regionalen Konzepten, bei denen z. B. der Sportpark Wedau oder die Rheinpromenaden eine Funktion in der interkommunalen Entwicklung der Region einnahmen. Ähnlich der Stadt Duisburg galt vor allem die Olympiabewerbung für Frankfurt als ein Leitprojekt für die Stadtentwicklung. Durch Frankfurts geografische Lage und Position im Rhein-Maingebiet, standen die Großereignisbewerbungen jedoch weniger im alleinigen Kontext der Stadt, sondern waren vielmehr Projekte der Regionalentwicklung.

### **Regionalentwicklung: Großereignisbewerbungen als Teil der Regionalentwicklung**

Neben den gesamtstädtischen Entwicklungsstrategien stellten für einige Fallstädte auch regionale oder länderspezifische Förderprogramme sowie regionale Entwicklungsstrategien und Kooperationsformen bedeutende Stadtentwicklungsinstrumente dar. Diese bezogen sich nämlich in ihren Zielsetzungen bzw. Umsetzungsbemühungen auf bestimmte

Städte in der Planungsregion und waren teilweise richtungsgebend für die Großereignisbewerbungen zwischen 2000 und 2010.

Aus dieser Perspektive stellen z. B. die IBA und die REGIONALEN nicht nur ein Großereignis dar, sondern sind auch länderspezifische Instrumente der Strukturpolitik. Durch ihren langen Vorbereitungs- und Ausrichtungszeitraum von mehreren Jahren unterscheiden sie sich nicht nur organisatorisch von anderen Großereignissen, sondern stellen häufig auch einen zeitlichen Rahmen für die anderen Großereignisse in den Fallstädten dar. Die Städte Halle (Saale) und Aachen waren z. B. Bestandteil von Bauausstellungen, deren Vorbereitungs- und Präsentationszeitraum in die Zeit der gescheiterten Bewerbungsprozesse fielen. Die Region Aachen richtete zwischen 2002 und 2008 die EuRegionale aus. Durch dieses Strukturentwicklungsinstrument profitierte auch die Stadt Aachen als Kern der Region. So wurde z. B. die zweite Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft als EuRegionale-Projekt mitfinanziert und Projekte der Bewerbung später in das Konzept der EuRegionalen übernommen. Für Halle (Saale) begann parallel zur ersten Großereignisbewerbung für die Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 die Vorbereitung für eine IBA. Das Thema Stadtumbau der IBA Sachsen-Anhalt 2010 wurde als städtische Herausforderung auch in der Bewerbungsunterlage zur Europäischen Kulturhauptstadt thematisiert. Ebenso wurden im Rahmen der IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 in Halle (Saale) Projekte der Kulturhauptstadtbewerbung wieder aufgegriffen, die durch das Scheitern vorerst nicht realisiert werden konnten. Diese Beispiele verdeutlichen, dass die gescheiterten Großereignisse in Halle (Saale) und Aachen dadurch eine besondere Vernetzung zu parallel und darüber hinauslaufenden Stadtentwicklungsprozessen hatten. Während sich die Städte Aachen und Halle (Saale) im Rahmen einer IBA bzw. EuRegionalen beteiligten und entweder als „Auffangbecken“ für Projekte der gescheiterten Großereignisbewerbungen dienten (I\_4, 16.02.2012) oder als Mitinitiator zur Aufstellung von Großereignisbewerbungen, konnte zwischen der REGIONALEN 2004 (Münsterland) und den Großereignisbewerbungen kein Zusammenhang hergestellt werden. Zwar fiel das Ausrichterjahr in den Bewerbungszeitraum für die Europäische Kulturhauptstadt 2010 und die Stadt der Wissenschaft 2005 und 2006, doch gab es weder inhaltliche noch organisatorische Verbindungen.

Im Fall von Frankfurt am Main und Duisburg scheiterten die Versuche eine IBA bzw. eine REGIONALE auszurichten. Mehrmals setzten sich in Frankfurt am Main regional agierende Wirtschafts- und Kulturinitiativen für die Ausrichtung einer IBA ein, um vor allem die Region zu stärken. Das Ziel eine IBA in der Region Frankfurt RheinMain auszurichten ähnelte dabei den generellen Zielsetzungen der gescheiterten Bewerbungen für die Olympischen Spiele 2012, die Europäische Kulturhauptstadt 2010. Da es im Vergleich zu Aachen und Halle (Saale) allerdings in Frankfurt am Main und Duisburg Städten nie zu einer Ausrichtung einer IBA oder REGIONALEN kam, konnten keine vergleichbaren Effekte in Bezug auf die weiteren Großereignisbewerbungen der beiden Städte festgestellt

werden. Vielmehr sind für diese Städte die Vielzahl von freiwilligen, regional agierenden Initiativen und Kooperationen von Bedeutung, die neben den Stadtverwaltungen die Großereignisbewerbungen maßgeblich beeinflussten. Während in Frankfurt am Main die Wirtschaftsinitiative Frankfurt RheinMain, die Kulturregion und die Kulturinitiative Frankfurt RheinMain zu nennen sind, war für Duisburg die langjährig gelebte Zusammenarbeit im KVR für den regionalen Charakter der Großereignisbewerbungen ausschlaggebend.

Ähnlich stellte sich dies im Fall der Stadt Braunschweig dar, deren Bewerbungen für die Europäische Kulturhauptstadt 2010 und die Stadt der Wissenschaft nicht nur auf die Stadt fokussierten, sondern die gesamte Region mit einbezogen. Zum einen wurde dies durch den Verein ForschungRegion Braunschweig möglich, der sich für die Aufstellung der Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft einsetzte. Ebenso warb die Stadt Braunschweig frühzeitig im Zweckverband Großraum Braunschweig als Träger der Regionalplanung für die Kulturhauptstadtbewerbung der gesamten Region. Dadurch wurden Projektideen von 14 Städten und Landkreisen erarbeitet, die letztendlich Eingang in die Bewerbungsschrift erhielten.

### **Sektorale Schwerpunkte: Kultur und Wissenschaft als Themen der Stadtentwicklung**

Weiterhin beeinflusste die thematische Schwerpunktsetzung in den Städten und der Region die Entscheidungen sich für Großereignisse zu bewerben. Dabei war vor allem von Interesse, wie sich diese Situation vor den Großereignisbewerbungen gestaltete. In Halle (Saale) gab es z. B. eine kontinuierliche Schwerpunktsetzung im Bereich Kultur, obwohl dies unter dem extremen Bevölkerungsrückgang der 1990er Jahre immer wieder zur Diskussion stand. Dennoch wurde die Kulturhauptstadtbewerbung in Halle fast ausschließlich durch den städtischen Haushalt finanziert, was auf das traditionell umfangreiche Budget der Stadt für Kultur zurückgeführt werden konnte. Dieser Schwerpunkt auf den Sektor Kultur war auf die komplexe und umfangreiche kulturelle Infrastruktur zurückzuführen, deren Organisation in Zeiten von Bevölkerungsrückgang zwar neu diskutiert werden musste, aber nie generell in Frage gestellt worden war. Durch die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt und den damit begonnenen Diskussionsprozess zum Thema Kultur erhoffte sich die Stadt Halle (Saale) die Aufstellung einer Entwicklungsperspektive unter Schrumpfungsbedingungen. Auch in Aachen gab es schon seit Mitte der 1990er Jahre die vertraglich vereinbarte Zusammenarbeit zwischen Akteuren der Stadtverwaltung und den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen in der Stadt. Dieser thematische Schwerpunkt zur Bewältigung des Strukturwandels war auch ausschlaggebend, dass sich die Stadt zweimal für die Ausrichtung zur Stadt der Wissenschaft bewarb.

Neben den thematischen Schwerpunktsetzungen in der Stadtverwaltung gab es Städte, in denen sich bürgerschaftlich organisierte Vereine und Initiativen für bestimmte Themen einsetzten. Besonders deutlich wurde dies im Fall der Städte Braunschweig, Frank-

furt am Main und Potsdam. So setzten sich z. B. in Frankfurt am Main zahlreiche Initiativen zum Thema Wissenschaft und Kultur (z. B. Kulturinitiative RheinMain, Wissenschaftsstadt Frankfurt) für die verbesserte Wahrnehmung dieser Themen ein. Dies war auch der Grund, warum die Großereignisbewerbungen zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 und zur Stadt der Wissenschaft 2006/07 organisatorisch und inhaltlich unterstützt werden konnten und die Stadtverwaltungen nicht die einzigen Akteure der Bewerbungen darstellten. Ziel der Initiativen war es die Themen Kultur und Wissenschaft zur Profilierung und zur Stärkung der regionalen Identität von Frankfurt Rhein-Main einzusetzen, wobei die Großereignisbewerbungen Schlüsselprojekte zur Erreichung dieser Ziele darstellten. Auch in Braunschweig, und Potsdam standen hinter den Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft bürgerschaftlich organisierte Vereine (ForschungRegion Braunschweig e. V. und proWissen Potsdam e. V.), die sich für die verbesserte Wahrnehmung von Wissenschaft in Stadt und Region einsetzten.

Während sich Initiativen für die bessere Wahrnehmung von Kultur und Wissenschaft einsetzten, waren die Themen Sport und Umwelt weniger von Bedeutung. Diese spielten vielmehr in gesamtstädtischen Strategien eine Rolle und stellten dort einen Entwicklungsaspekt dar. Generell konnte auch erkannt werden, dass zum Zeitpunkt der Großereignisbewerbungen in keiner Stadt eine themenspezifische Entwicklungsplanung stattgefunden hatte. So existierte in den Städten, die sich für die Europäische Kulturhauptstadt 2010 beworben hatten, keine Kulturentwicklungsplanung. Allerdings lassen die Zielsetzungen der Großereignisbewerbungen der Städte vermuten, dass durch die Großereignisbewerbungen ein Diskussionsprozess ausgelöst wird, in dem sich die Städte bewusstwerden, wie sie in Zukunft mit den Themen Kultur und Wissenschaft umgehen sollten. Diesem Aspekt wird im Kapitel 7 nachgegangen, in dem Effekte der gescheiterten Großereignisbewerbungen diskutiert werden.

### **Indikator 3: Stadt- und Regionalpolitischer Kontext**

Zum Zeitpunkt der Großereignisbewerbungen waren in den Fallstädten strategische Stadtentwicklungskonzepte in unterschiedlichem Maße vorhanden. In Bezug auf das Merkmal „Gesamtstädtische Stadtentwicklung“ gab es Städte, die entweder im Verlauf ihrer Großereignisbewerbungen gesamtstädtische Strategien erarbeitet hatten oder deren Großereignisbewerbungen auf einen im Vorfeld erarbeiteten gesamtstädtischen Planungsansatz aufbauten.

Neben diesem Merkmal waren auch regionalpolitische Besonderheiten und sektorale Schwerpunktsetzungen einflussgebend auf die Großereignisbewerbungen. So stellten die REGIONALEN in Nordrhein-Westfalen oder die bürgerschaftlich agierenden Vereine, die sich z. B. für eine verbesserte Wahrnehmung von Wissenschaft einsetzten, Aspekte dar, welche die Großereignisbewerbungen unterstützten.

#### 6.4 Fazit: Stadttypen mit mehreren gescheiterten Bewerbungen

Die Einzelfallanalysen geben ein diverses Bild der Städte wieder, die mehrfach mit Großereignisbewerbungen scheiterten. Durch die vergleichende Analyse der Städte in Bezug auf bestimmte Merkmale konnten Gemeinsamkeiten herausgefunden, die vermuten lassen, dass diese einflussgebend auf die Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen sind. So kann davon ausgegangen werden, dass die Zielsetzungen, warum sich Städte für Großereignisse beworben haben und die Akteure, die am Bewerbungsprozess beteiligt gewesen sind, Einfluss auf die Effekte haben. Allerdings sind diese Merkmale nicht stadtspezifisch, sondern beziehen sich ausschließlich auf die einzelnen Großereignisbewerbungen. Ähnlich verhält es sich mit den Merkmalen „Zeitpunkt des Scheiterns“ und „Art des Scheiterns aus dem Indikator 1. Auch dies sind Merkmale, die sich auf einzelne Großereignisse beziehen und nicht generell auf die Stadt zutreffen. Aus diesem Grund eignen sich diese Merkmale weniger für die Typenbildung. Im Vergleich dazu beziehen sich die anderen Merkmale des Indikators 1 (Anzahl und Reihenfolge der Großereignisbewerbungen sowie die Wettbewerbserfahrungen) direkt auf die Stadt. Ebenso kann das Merkmal „Gesamtstädtische Stadtentwicklung“ aus dem Indikator 3 zur Typenbildung hinzugezogen werden. Während die beiden anderen Merkmale „Regionalentwicklung“ und „Sektorale Schwerpunkte“ Besonderheiten in den Städten aufzeigen, kann das Merkmal „Gesamtstädtische Stadtentwicklung“ die elf Fallstädte in zwei Gruppen unterteilen. Zum einen die Städte, die bereits vor den Großereignisbewerbungen gesamtstädtische Stadtentwicklungsstrategien aufgestellt hatten und zum anderen die Städte, welche diese im Verlauf der Großereignisbewerbungen erarbeiteten.

Um die Fallstädte den verschiedenen Merkmalen zuordnen zu können, wurden die Indikatoren „Großereignisse und Großereignisbewerbungen zwischen 2000 und 2010“ und „Stadt- und Regionalpolitischer Kontext“ und deren verschiedene Merkmale mit den Merkmalsausprägungen tabellarisch dargestellt (vgl. Abb. 22).

Indikator (1):		Merkmal: Anzahl		Merkmal: Reihenfolge		Merkmal: Scheitern und Erfolg		
		Maximal 3	Mehr als 3	konzentriert	versetzt	Ausschließlich scheitern	Scheitern und Erfolg	
Indikator (2) : Stadt- und Regionalpolitischer Kontext	Merkmal: Gesamtstädtische Stadtentwicklungsansätze	Strategische Ansätze vorher	Augsburg Braunschweig	Aachen Duisburg Frankfurt	Augsburg Braunschweig	Aachen Duisburg Frankfurt	-	Aachen Augsburg Braunschweig Duisburg Frankfurt
		Strategische Ansätze im Verlauf	Münster Oldenburg	Halle Lübeck Karlsruhe Potsdam	Münster Karlsruhe	Halle Lübeck Oldenburg Potsdam	Münster Karlsruhe	Halle Lübeck Oldenburg Potsdam
			Gruppe (1) mit 4 Stadttypen		Gruppe (2) mit 4 Stadttypen		Gruppe (3) mit 4 Stadttypen	

Abb. 22: Typisierungsschritt Nr. 1 – Zuordnung der Fallgruppenstädte zum Merkmalsraum der Indikatoren (1) und (3) mit deren Merkmalsausprägungen (Quelle: Eigene Darstellung).

Dabei wurde eine Matrix aufgebaut, die im Ergebnis verschiedene Merkmalskombinationen hat. Die Zuordnung der Städte in den Merkmalsraum mit zwei Indikatoren und mehreren Merkmalen lässt unterschiedliche Städtegruppen mit einzelnen Stadttypen entstehen. So konnte festgestellt werden, dass die Stadtgruppen mit Städten, die strategische Stadtentwicklungsansätze im Vorfeld der Bewerbungen aufstellten, in Bezug auf das Merkmal „Anzahl“ und „Reihenfolge“ gleich sind. Wird allerdings das Merkmal „Scheitern und Erfolg“ hinzugezogen, wird deutlich, dass Städte, deren Großereignisse auf vorherige Stadtentwicklungsansätze aufbauten, nicht ausschließlich scheiterten, sondern auch erfolgreich in der Einwerbung eines Großereignisses sein konnten. Es gab keine Stadt in der Fallgruppe, die ausschließlich mit Großereignisbewerbungen scheiterte und auf strategische Stadtentwicklungsansätze aufbaute. Im Vergleich dazu variierte die Gruppe an Städten, die im Verlauf der Großereignisbewerbungen strategische Stadtentwicklungsansätze in Bezug auf die Anzahl der stattgefundenen Großereignisbewerbungen und deren Reihenfolge entwickelten.

Im Ergebnis des ersten Typisierungsschrittes entstanden 12 unterschiedliche Stadttypen, die in Bezug auf die Merkmalskombinationen variierten. Beim Vergleich der 12 Stadttypen wurde deutlich, dass unterschiedliche Typen nicht zwangsläufig unterschiedliche Städte enthalten. So wurden in einem zweiten Schritt Merkmale zusammengefasst, um die Anzahl der Stadttypen zu reduzieren. Die Zusammenfassung der Merkmale erfolgte vor dem Hintergrund, welche Stadttypen am häufigsten auftraten. So konnten vier Stadttypen herausgestellt werden, für die eine spezifische Merkmalskombination zutreffend war (vgl. Abb. 23).

Indikator (1):		Merkmal: Anzahl		Merkmal: Reihenfolge		Merkmal: Scheitern und Erfolg		
		Maximal 3	Mehr als 3	konzentriert	versetzt	Ausschließlich scheitern	Scheitern und Erfolg	
Indikator (2): Stadt- und Regionalpolitischer Kontext	Merkmal: Gesamtstädtische Stadtentwicklungsansätze	Strategische Ansätze vorher	Augsburg Braunschweig	Aachen Duisburg Frankfurt	(1) Augsburg Braunschweig	(2) Aachen Duisburg Frankfurt	-	Aachen Augsburg Braunschweig Duisburg Frankfurt
		Strategische Ansätze im Verlauf	Münster Oldenburg	Halle Lübeck Karlsruhe Potsdam	(3) Münster Karlsruhe	(4) Halle Lübeck Oldenburg Potsdam	Münster Karlsruhe	Halle Lübeck Oldenburg Potsdam
	↓							
	4 Stadttypen							

Abb. 23: Typisierungsschritt Nr. 2 – Reduzierung der Stadttypen durch Zusammenfassung von Merkmalsausprägungen (Quelle: Eigene Darstellung).

Diese Vorgehensweise erfolgte aufgrund dessen, dass eine Vielzahl von Merkmalskombinationen für die Städte möglich war. So einte die Städte Augsburg und Braunschweig (Typ 1), dass im Vorfeld ihrer Großereignisbewerbungen strategische Entwicklungsansätze existierten, sich die Anzahl der Großereignisse zwischen 2000 und 2010 auf maximal drei beschränkte, die sich zeitlich konzentrierten. Dabei konnte Augsburg und Braunschweig neben mehreren gescheiterten Großereignisbewerbungen auch erfolgreich ein Großereignis einwerben. Dieser **Stadttyp 1** wird in den folgenden Kapiteln wie folgt bezeichnet: „**Städte mit maximal drei und sich zeitlich konzentrierten Großereignisbewerbungen, die mit strategischen Stadtentwicklungsansätzen verbunden waren, wobei eine Großereignisbewerbung erfolgreich war**“. Im Vergleich dazu grenzen sich die Städte Aachen, Duisburg und Frankfurt am Main (Typ 2) dahingehend von den anderen Fallstädten ab, dass mehr als drei Großereignisbewerbungen stattfanden, die zeitlich versetzt zueinander abliefen. Auch auf diese Städte trafen die Merkmale zu, dass die Großereignisbewerbungen mit strategischen Entwicklungsansätzen verbunden waren und neben der Erfahrung des Scheiterns auch mindestens ein Großereignis ausgerichtet werden konnte. Somit wird der **Stadttyp 2** im weiteren Verlauf unter diesem Titel geführt: „**Städte mit mehr als drei und nacheinander stattfindenden Großereignisbewerbungen, die mit strategischen Stadtentwicklungsansätzen verbunden waren, wobei mindestens eine Großereignisbewerbung erfolgreich war**“. Im Vergleich zu den ersten beiden Typen, haben die Typen 3 und 4 das Merkmal, dass die Städte im Verlauf der Großereignisbewerbungen gesamtstädtische Entwicklungsansätze erarbeiteten. So eint die Städte Karlsruhe und Münster (Typ 3), dass deren konzentriert stattgefundenen Großereignisbewerbungen ausschließlich scheiterten, während die Städte Halle (Saale), Lübeck, Oldenburg und Potsdam (Typ 4) neben gescheiterten Bewerbungen auch erfolg-

reich eingeworbene Großereignisse vorweisen konnten. Typ 3 und Typ 4 unterscheiden sich weiterhin aufgrund dessen, dass die Erfahrungen mit Großereignis zum einen zeitlich versetzt und zum anderen konzentriert erfolgt sein konnte. Der **Stadttyp 3** wird anschließend als „**Städte mit mehr als drei und sich zeitlich konzentrierenden Großereignisbewerbungen, die ausschließlich scheiterten und in dessen Verlauf Stadtentwicklungsansätze aufgestellt wurden**“ bezeichnet, während der **Stadttyp 4** die „**Städte mit mehr als drei und nacheinander stattfindenden Großereignisbewerbungen, in deren Verlauf Stadtentwicklungskonzepte erarbeitet wurden und eine Großereignisbewerbung erfolgreich war**“ sind.

Ausgehend von diesen Stadttypen wurden im Kapitel 7, die Städte daraufhin analysiert, welche Effekte gescheiterte Großereignisbewerbungen ausgelöst haben und in welchem Zusammenhang diese zu den spezifischen Städtmerkmalen standen.



## 7 Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen

### 7.1 Stadttyp 1: Städte mit maximal drei, sich zeitlich konzentrierenden Bewerbungen, wovon eine erfolgreich war und verbunden mit strategischen Stadtentwicklungskonzepten

#### 7.1.1 Kategorie „Wirtschaft“

##### Augsburg

Die Stadt Augsburg scheiterte mit ihrem Vorhaben Europäische Kulturhauptstadt 2010 und Stadt der Wissenschaft 2005 zu werden. Dabei wurden beide Bewerbungsprozesse maßgeblich über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln finanziert, welches unmittelbare Kosten für die Stadt in der Vorbereitungszeit verursachte. So wurde für die Erstellung der Bewerbungsschrift für die Europäische Kulturhauptstadt 2010 bis zum 1. Quartal 2004 dem Kulturreferat 250.000 Euro zur Verfügung gestellt (Stadt Augsburg 2003, 15). Für 2004 standen der Verwaltung insgesamt 500.000 Euro zur Verfügung, die für die Vorbereitung eines Bewerbungsfestes im Jahr 2005 und die weiteren Bewerbungsaktivitäten genutzt werden konnten. Auch wenn es durch das frühzeitige Ausscheiden Augsburgs aus dem Wettbewerb nicht zur Ausrichtung des Bewerbungsfestes kam, wurde durch die Höhe des theoretischen zur Verfügung stehenden Budgets deutlich, welche Bedeutung die Bewerbung für die Stadt hatte. Diese Haushaltsmittel finanzierten Mitarbeiterhonorare und den Betrieb des Bewerbungsbüros (Stadt Augsburg 2004b, 139). Auch für die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 entstanden Kosten für die Stadtverwaltung. Jedoch wurden diese nicht explizit in den Stadtratsdokumenten ausgewiesen, sondern fielen vielmehr in das Alltagsgeschäft des Bildungs- und Schulreferates der Stadt Augsburg (I\_6, 09.07.2012). Neben diesen direkten Kosten für die Stadtverwaltung, konnten Hinweise gefunden werden, dass der Bewerbungsprozess zur Europäischen Kulturhauptstadt durch ortsansässige Unternehmen und das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst finanziell unterstützt wurde (Stadt Augsburg 2003, 15; Augsburgener Allgemeine 2004b). Weiterhin wurden Sponsorenmittel eingeworben, die den Bewerbungsprozess mit Aktionen, wie z. B. der Kulturpalette auf dem Rathausplatz, finanziell unterstützten (Augsburger Allgemeine 2004b). Nach Aussage der Stadt Augsburg konnten bis zur Abgabe der Bewerbungsunterlage rund 500.000 Euro zusätzliche Einnahmen verbucht werden (Stadt Augsburg 2004b, 139). Nach dem Scheitern der Augsburger Kulturhauptstadtbewerbung konnten zwar einige Bewerbungsprojekte weiterverfolgt und Kooperationen verstetigt werden (vgl. Diskussion in den anderen Wirkungsdimensionen), allerdings konnte kein Beleg für Folgekosten oder Einnahmen gefunden werden, die ursprünglich auf die Bewerbungsaktivitäten hätten zurückgeführt werden können. Die weitere Verfolgung von Projekten basierte entweder auf bürger-

schaftlichem Engagement, ohne dass zusätzlich Gelder investiert wurden, oder auf städtischen Beschlüssen, bei denen die Abwicklung der Projekte bereits organisiert und Kosten eingeplant wurden.

Im Fall der Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft 2005 in Augsburg hätte die Stadt Aussicht auf ein Preisgeld von 125.000 Euro gehabt, welches vor allem zur Umsetzung der Projekte eingesetzt worden wäre. Doch bereits in der Vorbereitungszeit zur Aufstellung der Bewerbung machte der Bildungsreferent der Stadt Augsburg deutlich, dass weniger die wirtschaftlichen Aspekte von Bedeutung sind: „Wir haben so gute Ideen erarbeitet, die wir zum Teil ohne Preisgeld umsetzen können.“ (Singer 2004).

Als Folgekosten der gescheiterten Großereignisbewerbungen können auch Investitionen in weitere Großereignisbewerbungen gesehen werden. So wurde eine zeitweise eine Bewerbung zur Bundesgartenschau 2019 in Betracht gezogen, die seit Beginn der 2000er Jahre im Stadtrat Augsburg diskutiert und nach dem Scheitern der Kulturhauptstadtbewerbung als Maßnahme zur Entwicklung von Konversionsflächen wieder auf die Agenda gesetzt wurde (Stadtrat Augsburg 2005). Endgültig fand diese Bewerbung jedoch nie statt. Dagegen setzte sich die Stadt nach den gescheiterten Bewerbungen für die Europäische Kulturhauptstadt und die Stadt der Wissenschaft für die Ausrichtung eines Sportgroßereignisses ein. Augsburg bewarb sich erfolgreich als Austragungsort für die Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen 2011 und investierte Millionen, um die Anforderungen des DFB und der FIFA zu erfüllen (Augsburger Allgemeine 2008c). Zwar standen die gescheiterten und die erfolgreiche Großereignisbewerbung kaum inhaltlich oder organisatorisch in einem Zusammenhang, dennoch erhoffte sich die Stadt ebenso wie bei den Vorgängerbewerbungen einen Imagegewinn für Augsburg (Augsburger Allgemeine 2008c).

### **Braunschweig**

Auch in Braunschweig verursachte die Kulturhauptstadtbewerbung Kosten für die Stadtverwaltung. Als Hauptinitiator stellte die Stadt Braunschweig einzelne Maßnahmen in den Produkthaushalt des Fachbereiches Stadtplanung und Umweltschutz zur Erreichung der strategischen Ziele ein. So standen 2004 für Projekte zur Beförderung der Kulturhauptstadtbewerbung 100.000 Euro im Verwaltungshaushalt zur Verfügung. Damit sollte die Kulturhauptstadtbewerbung z. B. der Katalysator für die Erstellung konzeptioneller Ideen zur Zusammenlegung der Bibliotheken in der Stadt sein (Stadtrat Braunschweig 2003c, 7). Neben diesen Mitteln gab die Stadt Braunschweig im dreijährigen Bewerbungsprozess insgesamt nur 80.000 Euro und die Region 155.000 Euro für die direkten Bewerbungsaktivitäten aus (Stadt Braunschweig 2005c). Dieser geringe Einsatz aus Steuergeldern war jedoch nur möglich gewesen, da die ansässige Wirtschaft die Bewerbung intensiv unterstützte. So konnten bis 2004 zusätzlich 1,4 Mio. Euro Sponsorengelder eingeworben werden, durch die z. B. eine bundesweite Plakataktion zur Unterstützung der Braunschweiger Kulturhauptstadtbewerbung finanziert wurde (Stadtrat Wolfenbüttel

2004, 3). Die frühzeitige Unterstützung der Stiftung Nord/LB-Öffentliche garantierte somit einen An Schub für den Auftakt des Bewerbungsprozesses (Noske 2003). Während die unmittelbaren Kosten für die Stadtverwaltung im Verlauf des dreijährigen Bewerbungsprozesses überschaubar blieben, konnte das Vorhaben zahlreiche Investoren aus der Wirtschaft motivieren. Inwieweit sich Folgekosten oder Investitionen aus der Kulturhauptstadtbewerbung ergeben haben, kann nur vor dem Hintergrund der weiterverfolgten Projekte abgeleitet werden. Diese werden in den nachfolgenden Wirkungskategorien diskutiert und basieren jedoch hauptsächlich auf ehrenamtlichen oder gesponserten Aktivitäten bzw. in Verbindung mit der Einwerbung von Fördergeldern aus Bundes- oder Länderprogrammen.

Als direkte Folgeinvestition der Kulturhauptstadtbewerbung kann die zweite Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft für das Jahr 2007 angesehen werden. Unmittelbar nachdem feststand, dass Braunschweig und die Region nicht Kulturhauptstadt Europas 2010 werden, stand der Entschluss fest, dass sich Braunschweig erneut für die Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft bewerben wird (Stadt Braunschweig 2005b). Zwar wurde davon ausgegangen, dass während des Bewerbungsprozesses kaum mit Kosten auf den städtischen Haushalt zu rechnen ist, da die Finanzierung der Bewerbung hauptsächlich über Sponsorenmittel bzw. dem Vereinsvermögen des Braunschweig Preis e. V. abgedeckt werden sollte (Stadtrat Braunschweig 2005a, 3). Doch stellt die Summe an Sponsorengeldern in Höhe von 600.000 Euro, die bis zur Abgabe der Bewerbungsunterlage bereits akquiriert werden konnte, auch für diesen erneuten Bewerbungsprozess eine immense Investition dar (Hoffmann 2006).

### **7.1.2 Kategorie „Raum“**

#### **Augsburg**

Die parallel stattgefundenen Bewerbungsprozesse Augsburgs zur Stadt der Wissenschaft 2005 und zur Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 enthielten zahlreiche Projektvorschläge für das Programm im Ausrichterjahr sowie Vorhaben, die bis dahin realisiert werden sollten. Vor allem die Projekte der Augsburger Kulturhauptstadtbewerbung 2010 hatten einen räumlichen Bezug, in dem die Stadt Kultur als Instrument der Stadtentwicklung verstand und durch kulturelle Projekte die Aufwertung von leerstehender, altindustrieller Bausubstanz beabsichtigte. Durch die Kulturhauptstadtbewerbung wurde die Industriegeschichte Augsburgs thematisiert und „Trittsteine auf dem Weg ins Jahr 2010“ festgelegt (Stadt Augsburg 2003, 9). So sollte bis 2010 ein Zentrum für Stadt- und Industriegeschichte auf dem Gelände der Augsburger Kammgarnspinnerei errichtet werden und beispielhaft zeigen, wie mit Industriearchitektur in der Stadt umgegangen wird (Stadt Augsburg 2003, 9-10). Das Projekt bezog sich auf das Augsburger Textilviertel, welches sich in direkter Nachbarschaft zur Innenstadt befindet und als einzigartiges städtebauliches Ensemble gilt (tim 2014). 2010 fand zwar keine Kulturhauptstadt in

Augsburg statt, dennoch konnte das staatliche Textil- und Industriemuseum Bayern (tim) durch die Finanzierung des Freistaates Bayern, des Bezirks Schwaben und der Stadt Augsburg eröffnet werden. Damit wurde Industriearchitektur und –Kultur zum Thema der touristischen Vermarktung der Region gemacht und die Ideen der Kulturhauptstadtbewerbung weiterverfolgt (tim 2009; Regio Augsburg Tourismus GmbH 2010).

Auch die Neuentwicklung alter Militärfächen wurde in das Konzept der Kulturhauptstadtbewerbung eingebunden, die im Sinne von „best practice“ innovative Projekte im kulturellen Bereich darstellen sollten (Stadt Augsburg 2002, 4-5). Ähnlich wie bei dem Staatlichen Textil- und Industriemuseum wurde auch die Konversion ehemaliger Militärfächen unabhängig vom Ausgang der Wettbewerbsteilnahme weiterverfolgt. Dies verdeutlicht den Ansatz der Stadt, Projekte in den Kontext von Großereignissen zu setzen und damit deren Verwirklichung zu beschleunigen bzw. deren Bedeutung durch die öffentliche Thematisierung zu betonen. So basierte die Entwicklung der freigezogenen Kasernen aus den 1990er Jahren auf einem Strukturentwicklungskonzept für den Augsburger Westen, welches die Grundlage für ein Wohn- und Mischgebiet darstellte und 2006 durch die Aufnahme in das Bundesprogramm Stadtumbau West weiter konkretisiert wurde (BMVBS 2013b, 31-32). Die Grundlage für einen Bebauungsplan zur Entwicklung des Gebietes „Augsburger Kammgarnspinnerei“ wurde bereits durch den Aufstellungsbeschluss 2004 gelegt, der letztendlich 2011 in Kraft getreten ist (Stadt Augsburg 2014).

Neben diesen städtebaulichen Großprojekten beinhaltete die Kulturhauptstadtbewerbung auch einzelne punktuelle Projekte, die einen stadträumlichen Bezug hatten. Dazu zählt z. B. das Projekt „Lesezeichen“ am Weinmarkt, welches durch die Neuerrichtung eines Gebäudes an der Stelle eines ehemaligen abgebrochenen Siegelhauses von 1809 eine städtebauliche Lücke schließen und den Platz- und Straßenraum der Maximilianstraße aufwerten sollte (Stadt Augsburg 2004a, 27). Dieses Projekt wurde damals von interessierten Bürgern der Stadt vorgeschlagen und extra für die Kulturhauptstadtbewerbung entwickelt. Zwar ist die Maximilianstraße weiterhin ein städtebauliches Projekt der Stadt Augsburg, für deren Neugestaltung nun durch die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 470 im Jahr 2011 eine Grundlage geschaffen wurde. Allerdings spielte im Nachgang an die Kulturhauptstadtbewerbung das Projekt „Lesezeichen“, welches zum Ziel hatte, für Augsburgs Goldschmiede und Verlage einen Ort der kulturellen Begegnung zu schaffen, keine Rolle mehr und wurde nicht in die weiteren Planungen aufgenommen (Augsburger Allgemeine 2009). Im Vergleich dazu basierte die „Lebendige Bibliothek“ als punktuell stadträumliches Projekt der Kulturhauptstadtbewerbung auf einer andauernden Offensive der Bürgerschaft Augsburgs für eine neue Stadtbücherei (Stadt Augsburg 2004a, 32; Stadt Augsburg 2013a). In der Bewerbungsschrift wurde sich zum Ziel gesetzt, ein neues Gebäude entstehen zu lassen, welches beispielhaft für das ökologische Bauen in Augsburg vor dem Hintergrund der Bedeutung von Nachhaltigkeit für die Stadt stehen sollte. Dieses „Baukunstwerk“ sollte die Neugier auf Wissen fördern und sich nicht nur auf Bü-

cher im traditionellen Sinn konzentrieren, sondern Wissenstransfer im Allgemeinen zum Ziel haben (Stadt Augsburg 2004a, 32). Der Kulturhauptstadtbewerbung folgte 2005 ein Bürgerbegehren für eine „Neue Stadtbücherei“, welches dazu führte, dass der Stadtrat den Bau einer „Neuen Stadtbücherei“ am Ernst-Reuter-Platz beschloss, die 2009 eröffnet wurde (Stadt Augsburg 2013a). Während die Baumaßnahmen bereits fast abgeschlossen waren, wurden im Januar 2011 in den „Kulturpolitischen Zielen zwischen 2008 – 2014“ der konzeptionellen Weiterentwicklung der Staats- und Stadtbibliothek Prioritäten beigegeben (Stadt Augsburg 2011e, 2). So wurde eine „Arbeitsgruppe mit Vertretern des Wissenschaftsministeriums und Bibliotheksfachleuten eingerichtet, welche ein tragfähiges Zukunfts- und Finanzierungskonzept für die Augsburger Staats- und Stadtbibliothek erarbeiten soll“ (Stadt Augsburg 2011e).

Ebenso wurde in engem Zusammenhang zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt, der Stadtraum Augsburgs und seine Wahrnehmung in der Bevölkerung durch Einzelprojekte im Rahmen der Bewerbung thematisiert. So wurde eine Fußgängerunterführung zum Thema gemacht, die im „Volksmund als Angströhre“ bezeichnet und durch Bemalungen optisch verkürzt wurde (Stadt Augsburg 2004a, 14). Im Zuge einer baulichen Erneuerung des Tunnels durch das Tiefbauamt der Stadt Augsburg wurde die Bevölkerung wieder an dieses Projekt erinnert und aufgefordert, nach den Umbaumaßnahmen 2012 an einer ähnlichen Verschönerungsaktion teilzunehmen (Stadt Augsburg 2012). Ebenso gehörte dazu das zeitlich befristete Open-Air-Theater auf dem Rathausplatz, welches sich im Bewerbungszeitraum zur Begegnungsstätte entwickelte und die Bürger der Stadt zusammenbrachte.

### **Braunschweig**

Aufbauend auf dem Braunschweiger Verständnis, dass unter Kultur nicht nur das kulturelle Angebot zu subsumieren ist, sondern auch städtebauliche Aspekte zur Verbesserung der Lebensqualität einzubeziehen sind, wurden mit dem Ziel, Kulturhauptstadt Europas 2010 zu werden auch raumbezogene Projekte verbunden. Dazu gehörte z.B. die Gestaltung wichtiger innenstädtischer Grünräume (Ringgleisgebiet) oder die Aufwertung des öffentlichen Raumes und die Idee einer Kunsthalle, welche eine städtebauliche Lücke schließen sollte (Stadtrat Braunschweig 2003b, 2; Stadt Braunschweig 2003c). In der Bewerbung stand hinter dem Projekt „Bewegung am Ringgleis“ die Idee, eine alte Eisenbahntrasse als Fuß- und Radweg zu entwickeln. Im Verlauf des Weges sollte auf besondere Traditionen der ehemaligen ansässigen Industrien verwiesen werden (Stadt Braunschweig 2004, 40-41). Dieses Projekt wurde unabhängig vom Scheitern der Kulturhauptstadtbewerbung realisiert und 2008 schließlich eröffnet. Mit der Unterstützung zahlreicher Sponsoren aus Wirtschaft und der Bevölkerung, aber auch öffentlicher Einrichtungen wurde durch die Initiative „Zeitschienen“ die Umsetzung des ersten Abschnitts des Freiluftmuseums auf dem Ringgleis realisiert (Stachura 2008). Dabei stand das Gebiet Ringgleis bereits im Vorfeld der Kulturhauptstadtbewerbung im Fokus von

Stadtentwicklungsprozessen Braunschweigs: 2001 wurde das Gebiet in das Bundes-Länder-Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen, um einen durchgängigen grünen Freizeitweg innerhalb des Stadtgebietes auszubauen (Stadt Braunschweig 2011, 3-4). Mit der Aufstellung des Masterplans „Ringgleis“ wurde 2011 ein informelles Planwerk geschaffen, wodurch „ein die Stadt umschließender grüngerprägter, klimaschutzwirksamer Freiraumring von hohem Naherholungs- und Freizeitwert mit integriertem Rad- und Fußweg entwickelt“ wurde (Stadtrat Braunschweig 2011b, 1-2).

Zwar wurde im Stadtrat bestimmt, dass die investiven Projekte der Kulturhauptstadtbewerbung nur unter Vorbehalt der Einwerbung des Titels realisiert werden können (Stadtrat Braunschweig 2004a, 1), doch kündigte der Oberbürgermeister unmittelbar nach dem Scheitern des Bewerbungsprozesses an, dass „manche Projekte aus dem Bewerbungskonzept in jedem Falle realisiert“ würden (Stadtrat Braunschweig 2005b, 1). Beispielhaft sollte dies die schon lange diskutierte Kunsthalle sein, deren Idee durch die Kulturhauptstadtbewerbung neue Schubkraft und konzeptionellen Hintergrund bekam (Stadt Braunschweig 2004, 58). Allerdings wurde diesem Projekt in den Folgejahren weniger Aufmerksamkeit gewidmet als geplant. Seitens der Hochschule für Bildende Künste wurde die Thematik und die Forderung nach einer zentralen Ausstellungshalle 2008 wiederbelebt, woraufhin die Stadt Braunschweig den Ausbau der städtischen Halle Hamburger Straße 267 veranlasste und mit Eigenmitteln und mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II finanzierte (Stadtrat Braunschweig 2012a, 4). Die Diskussion um eine „große Kunsthalle“ für Braunschweig scheint jedoch noch nicht abgeschlossen zu sein: „Sowie die zeitlichen Kapazitäten der Kulturverwaltung reichen, sollte einmal – unter Einbeziehung von Fachleuten – eine solche konkret untersucht und ggf. ausgearbeitet werden.“ (Stadtrat Braunschweig 2012a, 9).

Zu den stadträumlichen Projekten gehörte auch das Projekt „Turm der Wissenschaft“, welches sowohl ein Projekt in der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005, als auch in der Kulturhauptstadtbewerbung 2010 war. Mit einer erneuten Bewerbung zur Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft für das Jahr 2007 sollte dieses Vorhaben realisiert werden (Stadt Braunschweig 2005b). Basierend auf dem erfolgreich eingeworbenen Titel Stadt der Wissenschaft 2007 konnte das Projekt „Haus der Wissenschaft“ weiterverfolgt und 2009 schließlich eröffnet werden (Zauner 2009). Allerdings ging dieser Eröffnung ein langwieriger Diskussionsprozess zur Standortauswahl und der Entscheidung zwischen einem Neubau oder der Umnutzung eines bereits bestehenden Gebäudes voraus (Jonscher 2006; Duin 2008). Dennoch stand fest, dass "ohne den Titel Stadt der Wissenschaft [...] das Haus der Wissenschaft“ nie hätte eröffnet werden können (Duin 2008).

### 7.1.3 Kategorie „Stadtgesellschaft“

#### Augsburg

Zu den Zielen der Stadt Augsburg, Kulturhauptstadt Europas zu werden, gehörte unter anderem das „Wir-Gefühl der Stadt zu stärken“ (Stadtrat Augsburg 2002a, 2). Zwar stellte bürgerschaftliches Engagement bereits eine ausgeprägte Tradition in Augsburg dar, was sich z. B. durch eine hohe Stiftungsdichte ausdrückte, die bis ins 13. und 14. Jahrhundert zurückverfolgt werden kann und deren gemeinnützige Zwecke sich hauptsächlich auf Augsburg und die Region konzentrieren. Ebenso ist für Augsburg charakteristisch, dass zahlreiche Unternehmen und einzelne Personen sich durch Stiftungstätigkeit und durch Sponsoring und Spendentätigkeiten engagieren und damit bereits zahlreiche öffentliche Aufgaben in Augsburg gemeinschaftlich bewältigt werden konnten (Stadt Augsburg 2004b, 50-52). Vor diesem Hintergrund zählte es auch zu den ausdrücklichen Zielen der Stadt, die Bürgerbeteiligung auch zukünftig weiter zu stärken und dies vor allem in Bezug auf die eigenverantwortliche Mitarbeit und die Beteiligung der Bürger an städtischen Planungen (Stadt Augsburg 2011f, 73). Die Stadt hatte sich zum Ziel gesetzt, Augsburg als europäische Bürgerstadt zu entwickeln, wofür die Kulturhauptstadtbewerbung die Richtung markierte (Stadt Augsburg 2004b, 58). In unmittelbarem Zusammenhang dazu stand die Gründung des „Bündnis für Augsburg“ 2003, welches sich als Plattform für bürgerschaftliches Engagement besonders für die Kulturhauptstadtidee Augsburgs einsetzte. So konnte im Bewerbungszeitraum mit engagierten Botschaftern das Projekt „Kulturpalette“ auf dem Rathausplatz umgesetzt werden, welches künstlerische Aktivitäten in den Stadtraum brachte und die Bürger der Stadt inspirierte (Stadt Augsburg 2004b, 60). „Zahlreiche Bandneugründungen waren ebenso zu verzeichnen, wie eine Reihe von Happening und Fotokunstreihen, die auch nach Abbau des Theaters weiter fortwirkten“ (Stadt Augsburg 2004a, 14). Nach fünf Jahren Bestehen hatte das Bündnis Augsburg auch überregional Aufmerksamkeit erregt und Anerkennung erhalten und war immer noch aktiv, das Bürgerengagement und die Bürgergesellschaft in Augsburg zu entwickeln und zu stärken (Augsburg direkt 2008, 3). Durch die Kulturhauptstadtbewerbung und die damit verbundenen Aktivitäten des Bündnisses für Augsburg konnte sich diese Institution entwickeln und einen Grundstein setzen, der auch nach dem Scheitern der Bewerbung aktiv zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürger Augsburg beiträgt. Die Kulturhauptstadtbewerbung kann somit als Kick-off für eine Institution verstanden werden, die 2013 ihr 10-jähriges Jubiläum feierte „vom Schwung der „Kulturbotschafter“ zur Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas“ profitierte (Stadt Augsburg 2013c, 7). Im Jahr 2011 unterstützte das „Bündnis Augsburg“ die Stadt Augsburg bei der Durchführung der Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen mit der Aktion „SymPate – City Welcomer“, bei der Freiwillige in der Stadt unterwegs waren und den Besuchern der WM behilflich waren (Stadt Augsburg 2015).

Ebenso zur Bereicherung des städtischen Lebens und zur Verbesserung der Identität der Bürger mit ihrer Stadt hat die Etablierung des Projektes „Augsburg Open“ geführt: „Die Augsburg Open basieren auf der Idee der "längsten Stadtführung der Welt" aus dem Jahr 2003 anlässlich Augsburgs Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2010“, wobei in vier Tagen und vier Nächten mehr als 300 Führungen durch Unternehmen und Institutionen in Augsburg angeboten werden (Augsburger Allgemeine 2008a; City Initiative Augsburg e. V. 2014).

Im Vergleich dazu erfolgte die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft eher im Verborgenen und war auch nicht in die Projektarbeit des „Bündnis für Augsburg“ eingebunden. Die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft Augsburgs 2005 wurde aus einer Vielzahl von Einzelbeiträgen der Universität und Stadtverwaltung zusammengesetzt, die jedoch nicht durch eine gemeinsame Arbeitsgruppe oder ein gemeinsames Organ koordiniert wurden (I\_6, 10.07.2012). Vor diesem Hintergrund kann festgestellt werden, dass ohne die konzeptionelle Einbindung der Bewerbungsprojekte bzw. die Vernetzung mit einer übergeordneten Zielsetzung kaum nachhaltige Effekte ausgelöst werden können. Zwar entwickelte sich aus der Idee der „Professorenpatenschaften für Grundschulkinder“ das Projekt „Kinderuniversität“, wodurch Grundschulkinder im Klassenverband drei bis viermal im Jahr die Universität besuchen und diese als „Lernort“ entdecken. In Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Augsburg, liegt die Organisation der Kinderuni bei der Universität Augsburg und hat sich als dauerhaftes Projekt entwickelt (I\_6, 17.03.2014). Aber sind diese Effekte eher von punktuellen Charakter und treten vereinzelt auf. Ohne den Katalysator des Großereignisses bleibt es schwierig, Projekte umzusetzen und Kooperationen dauerhaft am Leben zu halten.

### **Braunschweig**

In Vorbereitung auf die Kulturhauptstadtbewerbung wurden, ähnlich wie in Augsburg, Aktionen mit öffentlicher Beteiligung organisiert. So fand im März 2004 ein Workshop zum Thema „Präsenz der Zeit“ an verschiedenen Standorten in der Braunschweiger Innenstadt statt, der zahlreiche Künstler, Architekten und Stadtplaner zusammenkommen ließ, um Projekte zu entwickeln und sie mit der Öffentlichkeit zu diskutieren (Stadtrat Braunschweig 2004b). Zum einen wurden damit Bewerbungsprojekte entwickelt, die Visionen für 2010 darstellten und die Kulturhauptstadtbewerbung durch den Blick von außen bereicherten. Zum anderen wurden Aktionen wie diese durch die regionale Presse begleitet und trugen dazu bei, dass die Bevölkerung informiert und vom „Kulturstadt-Fieber“ angesteckt wurde. So konnte in Braunschweig bereits nach zwei Jahren Bewerbungsprozess festgestellt werden, dass „bereits nationale Aufmerksamkeit auf Braunschweig und die Region gelenkt worden“ war (Stadtrat Wolfenbüttel 2004, 3). Die mediale Begleitung der Kulturhauptstadtbewerbung Braunschweigs wurde jedoch nicht nur von der Stadt selbst angestrebt, sondern auch aus gesamtdeutscher Perspektive betrieben. So trug der TV-Sender 3sat mit seinem Kulturhauptstadt-TÜV dazu bei, dass alle zehn deutschen Be-



werberstädte mit ihren Bewerbungen präsentiert wurden. Dadurch wurde die Wahrnehmung auf eine Region gerichtet, die als „niedersächsische Provinz mitten in Deutschland“ vorgestellt wurde (Stadtrat Wolfenbüttel 2004, 2). Angetrieben durch die „gelungene Kampagne um den Titel Europäische Kulturhauptstadt 2010“ bewarb sich die Stadt weiter für Großereignisse, so die Stadt der Wissenschaft, um die Wahrnehmung auf die Stadt und deren Image weiter zu verbessern und als attraktiver Lebensstandort zu gelten (Braunschweig Zukunft GmbH 2005).

In Abhängigkeit von der Initiative und dem Interesse einzelnen Personen oder Institutionen wurden kleinere Projekte aus der Phase der Kulturhauptstadtbewerbung im Nachhinein umgesetzt oder weiterverfolgt. Dazu zählt z. B. auch die Realisierung des Freiluftmuseums entlang des Ringleises, welches bereits in der Kategorie „Raum“ diskutierte wurde. Aber auch das Projekt „Himmelsstürmer“, welches die Braunschweiger Kirchen als Ausstellungsräume für moderne Kunst nutzen, „stammt noch aus der Zeit, als sich Braunschweig für den Titel ‚Kulturhauptstadt‘ beworben hat“ und wurde 2011 vom Bund der Bildenden Künste realisiert (Leute 2010).

#### **7.1.4 Kategorie „Politik“**

##### **Augsburg**

Zu politischen Effekten von Großereignissen gehört z. B. die Verstetigung von Themen in der zukünftigen Entwicklung der Städte, die Mobilisierung und Profilierung der Akteure oder die Beibehaltung von Einrichtungen über den Ausrichtungszeitraum hinweg. In Überschneidung zur Kategorie „Gesellschaft“ zählt auch die Verbesserung des Stadtimages und damit einhergehend die Verbesserung der Bürgeridentifikation dazu. Augsburg schied zwar schon im bayrischen Vorentscheid zur Auswahl der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 aus, erntete aber für die Wettbewerbsteilnahme Lob auf Landesebene und konnte während des Bewerbungszeitraumes sowohl auf regionale wie überregionale Berichterstattung zurückblicken (z. B. Augsburger Allgemeine 2008; FAZ 2003e; Der Spiegel 2004, 149). Die Bewerbungsschrift Augsburg galt als professionell und wurde mit dem „begehrten internationalen Designpreis (Red Dot Award) für höchste Qualität und überragende Ästhetik ausgezeichnet“ (Augsburger Allgemeine 2004a und 2004c). Diese Presse und auch die Erfahrungen des Bewerbungsprozesses trugen dazu bei, dass sich die Stadt mit Elan auf weitere Großereignisse vorbereitete (Augsburger Allgemeine 2004c): So wurde 2005 der 450. Jahrestag des Augsburger Religionsfriedens gefeiert und 2006 „Festveranstaltungen zum 50. Todestag von Bert Brecht (1898-1956), dem großen Sohn der Fuggerstadt, und musikalische Höhepunkte zu Mozarts 250. Geburtstag“ durchgeführt (Augsburger Allgemeine 2004c). Damit knüpften die Jubiläen an das Ziel der Kulturhauptstadtbewerbung an, mit Kultur Stadtentwicklung zu betreiben und den „kulturellen Prozess eines Image-Wandels“ in Augsburg aufzuzeigen (Augsburger Allgemeine 2008b). Besonders kulturelle Themen eignen sich zur Schärfung des Gemein-

schaftsgefühls in einer Stadt, so dass eine Profilierung nach innen und außen möglich ist. Bereits der Bewerbungsprozess Augsburgs war so angelegt, dass durch die Beteiligung am Wettbewerb ein Gewinn für die Stadt entsteht, auch wenn Augsburg nicht den Zuschlag erhalten sollte (Stadt Augsburg 2003, 1). Die umfangreiche Bewerbungsunterlagen beinhaltete zum einen den Teil „Fakten“, der sich ausführlich damit beschäftigt, was Augsburg als Stadt ausmacht: „Ihre Geschichte, die Menschen, die in ihr leben, die Visionen und Aufgaben, die für die Zukunft entwickelt und gelöst werden müssen“ (Stadt Augsburg 2004b, 9). Zum anderen werden in dem Teil „Visionen“ Projekte für 2010 entwickelt und die Schwerpunkte auf dem Weg nach 2010 thematisiert. Um diese Dokumente zu erarbeiten, blickt Augsburg nun im Nachhinein auf einen Bewusstseinsbildungsprozess zurück, der darstellt, was Augsburg für seine Bürger ausmacht. Dies reflektiert eine wichtige Erfahrung, die durch die Teilnahme am Bewerbungsprozess zur Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 durch Augsburg gemacht wurde. Für die Stadtverwaltung war diese Erfahrung einmalig, die beteiligten Akteure blicken auf eine besondere Zeit zurück, die für die weitere Arbeit prägend war und in Erinnerung bleiben wird (I\_5, 9.7.2012).

Allerdings ist fraglich, inwieweit die Bewerbung um den Titel Europäische Kulturhauptstadt 2010 ein Anreiz gewesen ist, Grundlinien einer nachhaltigen Kulturpolitik zu entwickeln, wovon zu Beginn des Bewerbungsprozesses ausgegangen war (Stadt Augsburg 2002, 4). Dem Ziel, Kultur als Instrument der städtebaulichen Entwicklung zu nutzen, wurde nach der Bewerbung wenig Aufmerksamkeit gewidmet. In den derzeitigen kulturpolitischen Zielen der Stadt Augsburg spielt die Industriekultur bei den Prioritäten für kulturelle Sanierungsobjekte und die Herausstellung kultureller Alleinstellungsmerkmale der Stadt keine Rolle mehr (Stadt Augsburg 2011d; Stadt Augsburg 2011e). Vielmehr war zu erkennen, dass das Zusammenspiel der Vorbereitungen auf die Kulturhauptstadtbewerbung und der 450. Jahrestag des Augsburger Religionsfriedens dazu führten, dass sich die Stadt Augsburg im Handlungsprogramm Nachhaltigkeit zum Ziel gesetzt hatten, „als Stadt des Friedens Profil zu entwickeln“ (Stadt Augsburg 2011f, 68). Bereits zum Zeitpunkt der Kulturhauptstadtbewerbung 2003 hatte die Stadt Augsburg „ihre Tradition als Friedensstadt betont, in der gemeinsam Vielfalt gelebt und gestaltet wird“ (Stadt Augsburg 2011f, 68). Neben dieser Verankerung von Themen der Kulturhauptstadtbewerbung in politische Zielsetzungen der Stadt Augsburg wurde dem Thema Frieden in den kulturpolitischen Zielsetzungen 2008-2014 wesentliche Bedeutung beigemessen und zu den Alleinstellungsmerkmalen der Stadt gezählt (2011d, 1). Auch im 2011 begonnenen Aufstellungsprozess eines Stadtentwicklungskonzeptes (STEK) wurde darauf verwiesen, dass zur strategischen Steuerung der Gesamtentwicklung einer Stadt neben den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen auch die kulturellen Aspekte gehören (Stadtrat Augsburg 2011a, 3).

Ähnlich wie bei der Beobachtung in der Kategorie „Gesellschaft“ konnte für die gescheiterte Bewerbung Augsburgs zur Stadt der Wissenschaft 2005 keine politischen Effekte beobachtet werden. Weder in der gesamtstädtischen Diskussion zur Entwicklung der Stadt noch in der sektoralen Planung, spiegelt sich die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für Augsburg wider.

### **Braunschweig**

Zu Beginn des Bewerbungsprozesses der Stadt Braunschweig zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 war davon ausgegangen worden, dass „schon auf dem Weg zum Status der Kulturhauptstadt in Braunschweig wesentliche Impulse zur kulturellen, stadtplanerischen, städtebaulichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Stadt freigesetzt werden“ (Stadtrat Braunschweig 2002a, 2). Diese Impulse sollten Voraussetzungen schaffen, welche zu einer wesentlichen Verbesserung der Lebensqualität in Braunschweig führen sollte. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden dargelegt, wie sich die gescheiterten Großereignisbewerbungen auf gesamtstädtische wie sektorale Planungsansätze auswirkten. Wie bereits bekannt, waren sowohl die Kulturhauptstadtbewerbung als auch die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft in strategische Entwicklungsansätze eingebettet

Dazu zählte der städtische Planungs- und Handlungsrahmen, der thematische Schwerpunkte für die zukünftige Entwicklung Braunschweigs für einen Vier-Jahres-Zeitraum festlegte. Während 2002 das Thema Kultur in den Grundsätzen der zukünftigen Stadtentwicklung an letzter Position stand: „10. Profilierung und Ausbau der Stadt als kulturelles Zentrum der Region unter Einbeziehung der positiven Außenwirkungen einer Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas“ (Stadtrat Braunschweig 2002d, 3), veränderte sich im Verlauf des Bewerbungsprozesses zur Kulturhauptstadt die Priorität der Thematik Kultur. Im Handlungsrahmen für die Jahre 2005 – 2009 wurde die Bedeutung der Kultur für die Stadt an erster Stelle der Grundsätze betont (Stadtrat Braunschweig 2004c, 3). Nachdem feststand, dass Braunschweig nicht Kulturhauptstadt Europas 2010 sein wird, stand zwar „Kultur“ weiterhin als wichtiger Entwicklungsfaktor im Handlungsrahmen, rutschte in der Bedeutung für die Jahre 2007 – 2011 aber auf Position 5 ab. Allerdings war diese Positionierung mit konkreten Vorschlägen verbunden, wie die Impulse der Kulturhauptstadtbewerbung kulturpolitisch und städtebaulich weiter genutzt werden sollten: „z. B. durch die Zusammenlegung der Städtischen Bibliotheken im Medien- und Kommunikationszentrum Schloss sowie die Präsentation der Sammlung der klassischen Moderne (Sammlung Bönsch) in der jetzigen Stadtbibliothek“ (Stadtrat Braunschweig 2006, 4). Auch für die Jahre 2011 – 2014 stellt Kultur für Braunschweig weiterhin einen wichtigen Standortfaktor dar, wodurch die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt verstärkt werden kann (Stadtrat Braunschweig 2011a, 3). Auch der Bezug von Wissenschaft und Forschung findet sich von Beginn an als Thema des Planungs- und Handlungsrahmen der Stadt Braunschweig. Es galt, die Region und Braunschweig als führenden Wissenschafts- und Technologiestandort zu festigen und auszubauen (Stadtrat Braunschweig 2002d, 3; Stadtrat Braun-

schweig 2004c, 3). Nach dem erfolgreichen Einwerben der Stadt der Wissenschaft 2007 wurde im Handlungsrahmen für die Jahre 2007-11 z. B. konkret der Ausbau von Arbeitsplätzen in den wissenschaftlichen Kompetenzfeldern zum Ziel gemacht, was auch für 2011-2014 weiter galt (Stadtrat Braunschweig 2006, 4; Stadtrat Braunschweig 2011a, 3).

Neben dieser kontinuierlichen Weiterverfolgung der Themen Kultur und Wissenschaft vor dem Hintergrund des gesamtstädtischen Planungsrahmens wurde bereits 2002 die Notwendigkeit zur Aufstellung eines Kulturentwicklungsplanes (KEP) für Braunschweig im Stadtrat diskutiert. Dabei stand fest, dass ein Zusammenhang zwischen KEP und der Kulturhauptstadtbewerbung dahingehend bestehen soll, dass das zukünftige kulturelle Profil der Stadt neben dem eigentlichen Kulturangebot auch städtebauliche und stadtplanerische Aspekte umfassen soll (Stadtrat Braunschweig 2002b, 3). Zwar war der Stadtverwaltung Braunschweig die Notwendigkeit eines KEP bewusst, um z. B. klare Förderrichtlinien an der Hand zu haben“ (Stadtrat Braunschweig 2005b, 1), doch konnte auch unmittelbar nach dem Scheitern der Bewerbung noch kein KEP vorgelegt werden. Dies hing unmittelbar mit den Aktivitäten zur Kulturhauptstadtbewerbung zusammen. Da die Braunschweiger Stadtverwaltung den Hauptakteur des Bewerbungsprozesses zur Kulturhauptstadt Europas darstellte, war sie mit einer Vielzahl von Aufgaben beschäftigt, die normalerweise nicht zur Alltagsarbeit der Stadtverwaltung zählten. So wurden zahlreiche Marketingmaßnahmen angestoßen, um die Bewerbungsidee in die Öffentlichkeit zu tragen. Dazu zählte der erste interaktive Internetauftritt einer Bewerberstadt oder die Initiierung eines Info-Containers (Stadtrat Braunschweig 2003, 3b). Dies wurde zwar als eine Bereicherung für die Alltagsarbeit betrachtet. Zum anderen bedeutete diese Zeit auch eine intensive Konzentration auf den Bewerbungsprozess, wodurch Verdrängungsprozesse in anderen Aufgabenbereichen erkannt werden konnten. So stellte die Kulturhauptstadtbewerbung einen Grund dafür dar, warum nach drei Jahren immer noch kein KEP für die Stadt Braunschweig vorgelegt werden konnte (Stadtrat Braunschweig 2005d, 1). Im Jahr 2012 wurde erneut angeregt, einen KEP zusammen mit den Kulturinstitutionen und den Kulturschaffenden aufzustellen, da der Entwurf aus dem Zeitraum der Kulturhauptstadtbewerbung als veraltet angesehen werden muss (Stadtrat Braunschweig 2012b, 4-5). Dieser Prozess dauert weiterhin an (Stadtrat Braunschweig 2013b und 2013c).

Zwar stand die Dezernatsneustrukturierung 2010 nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit der gescheiterten Kulturhauptstadtbewerbung, doch wurde nunmehr durch die Neuschaffung des Dezernats für Kultur und Wissenschaft „dem Aufgabenzuwachs im [ehemaligen] Dezernat IV Rechnung getragen [und] andererseits aber auch der kulturellen Bedeutung der Stadt Braunschweig“ (Stadtrat Braunschweig 2010, 3). Damit erhielt der einstige Fachbereich Kultur nun die Funktion eines Dezernates, zu dessen Aufgaben es z. B. gehörte, Kultur und Wissenschaft als Standortfaktoren für Braunschweig weiter zu entwickeln. Dies stellte einen Bedeutungszuwachs für Kultur und Wissenschaft dar, wel-

che sich nun auch visuell, durch die Schaffung konkreter städtischer Strukturen, ausdrückte und in indirektem Zusammenhang zu den Großereignisbewerbungen zur Europäischen Kulturhauptstadt und der Stadt der Wissenschaft stand.

Zu den weiteren übergeordneten Zielsetzungen der Kulturhauptstadtbewerbung Braunschweigs gehörte das Zusammenwachsen der Region, wodurch dem Projekt höchste Priorität zugeschrieben wurde (Stadtrat Braunschweig 2002f, 2). Vor diesem Hintergrund wurde im Dezember auf Initiative der Stadt Braunschweig eine Resolution zur Bewerbung „Braunschweigs und der Region zur Kulturhauptstadt Europas im Jahre 2010“ aufgestellt, in der sich die Hauptverwaltungsbeamten der Städte und Kommunen der Region für die gemeinsame Bewerbung aussprachen (Stadtrat Braunschweig 2002e). Neben dieser formellen Bekundung der Unterstützung entstand in Vorbereitung auf die Erstellung der Bewerbungsunterlagen der Regionale Arbeitskreis, in dem sich die kommunalen Akteure regelmäßig trafen, um Bewerbungsprojekte und Inhalte der Bewerbung zu diskutieren (Stadtrat 2003b, 1). Somit bestand die regionale Zusammenarbeit nicht nur auf dem Papier, sondern wurde darüber hinaus auch aktiv gelebt. So wurde aus der Perspektive des Bürgermeisters von Wolfenbüttel 2004 festgestellt, dass der Bewerbungsprozess einen „Quantensprung in der interkommunalen Zusammenarbeit“ ausgelöst hatte (Stadtrat Wolfenbüttel 2004, 3). Diese Zusammenarbeit wurde vor allem im Bereich der Kultur auch im Nachgang der gescheiterten Bewerbung weiterverfolgt. Die Kulturdezernenten der Städte Braunschweig und Wolfsburg setzten sich weiterhin für eine verstärkte kulturelle Kooperation ein, wie z. B. zwischen städtischen Einrichtungen (Musikschulen, Bibliotheken und Archiven der beiden Kommunen) und der Realisierung von Projektskizzen, die im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung entstanden sind: „Unsere Bewerbung hat den Nährboden für die heutige Kooperation gelegt. Wir werden unsere damaligen Entwürfe auf Realisierung abklopfen, und wir sind sicher, dass wir einige der Projekte erfolgreich umsetzen werden.“ (Stadt Braunschweig 2008). Am Beispiel von Braunschweig und Wolfsburg wurde aus heutiger Perspektive konstatiert, dass besonders die Kulturinstitutionen eine enge Zusammenarbeit pflegen, so dass die Region als Einheit wahrgenommen wird (Berger und Jasper 2014).

Während das Thema Kultur und deren Bedeutung für Braunschweig und die Region Ausgangspunkt der Kulturhauptstadtbewerbung war, wurde durch die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 beabsichtigt, die einzigartige Wissenschaftskultur in den Fokus der Öffentlichkeit zu stellen (Stadt Braunschweig 2003a, 2). Im Gegensatz zur Kulturhauptstadtbewerbung wurde die erste Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft vor allem durch die ForschungRegion Braunschweig und die darin organisierten Institutionen aus Forschung, Wissenschaft und Kultur im Schatten der Kulturhauptstadtbewerbung durchgeführt (Meyer 2004). Nach dem Scheitern der Bewerbung stand jedoch für den Braunschweiger Oberbürgermeister fest, dass „die Erfahrungen aus dieser Zusammenarbeit [...] auch in die Bewerbung Braunschweigs und der Region zur Kulturstadt 2010

einfließen, die jetzt mit voller Kraft vorangetrieben werden“ (Meyer 2004). So fand z. B. das Projekt „Haus der Wissenschaft“ Eingang in die Kulturhauptstadtbewerbung unter dem Projektnamen „Turm der Wissenschaft“ (Stadt Braunschweig 2004). Nicht nur die Überschneidungen bei den Projekten der Großereignisbewerbungen, sondern auch die Folgebewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2007 verdeutlichen die Verstetigung der Thematik Wissenschaft für die Braunschweiger Stadtentwicklung. Dies war nun nicht mehr nur Thema der Region, sondern stand im städtischen Fokus. Unmittelbar nach der gescheiterten Kulturhauptstadtbewerbung stand für den Oberbürgermeister fest, dass eine erneute Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft unmittelbar folgen würde, durch die z. B. das Projekt „Turm der Wissenschaft“ realisiert werden sollte (Stadt Braunschweig 2005b). Bereits bevor der Wettbewerb für 2007 ausgeschrieben wurde, wurde die Bewerbung für 2007 mit konkreten Vorstellungen im Stadtrat diskutiert, die auf den Erfahrungen der Kulturhauptstadtbewerbung und der ersten Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft aufbauten (Stadtrat 2005a, 3). Dem Vorhaben, erneut eine Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2007 aufzustellen, folgte im August 2005 die Umbenennung des Kulturausschusses im Stadtrat in den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft. Zwar war zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt, ob Braunschweig tatsächlich erfolgreich mit seiner zweiten Bewerbung für die Stadt der Wissenschaft sein würde, doch wurde damit einem seit 2003 gestellten Antrag gefolgt, der beabsichtigte damit eine „sinnstiftende“ Wirkung und Plattform für die politischen Strukturen der Stadt zu schaffen (Stadtrat Braunschweig 2005f, 2). Mit dieser Umbenennung des Ausschusses wurde ein Signal nach außen gesetzt, dass sich die Stadt bewusst zum Wissenschaftsstandort Braunschweig bekennt.

### **7.1.5 Zwischenfazit: Punktueller Engagement mit Langzeitwirkung**

Die Städte Augsburg und Braunschweig einte, dass zwei parallel stattgefundenen Großereignisbewerbungen scheiterten und der dritte Anlauf, ein Großereignis einzuwerben, erfolgreich war. Dabei waren die gescheiterten Großereignisbewerbungen beider Städte auf unterschiedliche Art und Weise mit strategische Ansätzen und Entwicklungszielen verbunden. Die dritte und erfolgreiche Bewerbung der Städte fand im Fall von Augsburg mit einem zeitlichen Versatz von drei Jahren statt und richtete sich auf ein anderes Großereignisthema. Braunschweig motivierte sich dagegen unmittelbar nach den zwei gescheiterten Großereignisbewerbungen für einen weiteren Versuch, Stadt der Wissenschaft zu werden. Dieser Fakt unterscheidet die beiden Städte und ist ein Grund für das unterschiedliche Maß der Effekte in den beiden Städten.

Zu den wirtschaftlichen Effekten zählen sowohl in Augsburg als auch in Braunschweig die Kosten, die im städtischen Haushalt für den Bewerbungsprozess entstanden sind. Trotz des zweimaligen Scheiterns investierten beide Städte in eine weitere Großereignisbewerbung. Neben diesen Ausgaben konnte jedoch auch in beiden Städten Sponsorenmittel aus der Wirtschaft eingeworben werden.

In beiden Städte enthielten die Bewerbungsdokumente Projekte mit räumlichem Bezug. In Augsburg wurde sogar der öffentliche Stadtraum während des Bewerbungsprozesses zur Europäischen Kulturhauptstadt für die Vermarktung genutzt. Längerfristig konnten die räumlichen Projekte zum einen durch die Verzahnung mit den städtischen Konzepten und Strategien weiterverfolgt werden. Zum anderen trugen Akteure des Bewerbungsprozesses im nach hinein dazu bei, dass diese weiterentwickelt und realisiert werden konnten. Im Fall von Braunschweig war die erfolgreiche Einwerbung der Stadt der Wissenschaft 2007 ausschlaggebend, dass das lange geplante „Haus der Wissenschaft“ eröffnet werden konnte.

Durch die Fokussierung der Stadt Augsburg, die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt mit den Bürgern der Stadt zu gestalten, konnten im Bereich „gesellschaftliche Effekte“ unter anderem die Gründung des Bündnis Augsburg beobachtet werden, welches sich auch weiterhin nach dem Bewerbungszeitraum für ein „Wir-Gefühl“ der Augsburger einsetzt. Im Vergleich dazu war die Bewerbung Augsburgs zur Stadt der Wissenschaft nahezu unbeobachtet entstanden, so dass im nach hinein kaum Effekte auftraten. Braunschweig kommunizierte seine Großereignisbewerbungen offen und erreichte dadurch nicht nur lokale und regionale Präsenz in den Medien, sondern konnte sogar mit besonderen Aktionen landesweite Aufmerksamkeit erregen.

Im Zuge der Kulturhauptstadtbewerbung wurde in Augsburg geplant, Kultur als Instrument der Stadtentwicklung einzusetzen. Motiviert durch die Erfahrungen des Bewerbungsprozesses, der mehrere Jahre die Stadt in einen kreativen Ausnahmezustand versetzte, wurden die nachfolgenden Jubiläen in der Stadt mit den strategischen Zielen verbunden. Zwar entstanden keine kulturpolitischen Leitlinien für Augsburg, allerdings hat die Wettbewerbserfahrung wesentlich dazu beigetragen, dass Augsburg die folgenden Großereignisse bestreiten konnte. Auch in Braunschweig wurde in der Stadtverwaltung durch die Großereignisbewerbungen ein Bewusstseinsbildungsprozess ausgelöst. Die Umgestaltung der Dezernatsstruktur zugunsten von Wissenschaft und Kultur und das Engagement der Stadt im Verein ForschungRegion Braunschweig sind Indizien dafür. Dennoch muss auch festgestellt werden, dass die Bewerbungsprozesse Verdrängungseffekte hervorrufen. So konnte auch für Braunschweig festgestellt werden, dass der seit langem geplante Kulturentwicklungsplan bisher auf der Strecke blieb.

**Stadttyp 1: Städte mit mind. zwei gescheiterten und einer erfolgreichen Bewerbung, die sich zeitlich konzentrierten und unmittelbar mit strategische Stadtentwicklungsansätzen in Verbindung standen:**

Die Wahrscheinlichkeit, dass Projekte und Ideen aus den Großereignisbewerbungen nach dem Scheitern realisiert werden ist höher, wenn diese bereits im Vorfeld in strategische und planerische Stadtentwicklungsinstrumente eingebunden waren bzw. wenn Personen oder Institutionen, die im Bewerbungsprozess aktiv waren, auch weiterhin

existieren.

Das erfolgreiche Einwerben von Großereignissen nach dem mehrmaligen Scheitern hat nur dann Einfluss auf die Effekte der gescheiterten Bewerbungen, wenn ein thematischer Zusammenhang bestand bzw. die erfolgreiche Bewerbung in unmittelbarem zeitlichem Abstand erfolgte.

## **7.2 Stadtyp 2: Städte mit mehr als drei, nacheinander stattfindenden Bewerbungen, wovon eine erfolgreich war und verbunden mit strategischen Stadtentwicklungskonzepten**

### **7.2.1 Kategorie „Wirtschaft“**

#### **Aachen**

Die Aufstellung der Bewerbung in Aachen zur Stadt der Wissenschaft 2005 erfolgte ohne ein eigens dafür vorgesehenes Budget. Sie wurde im Rahmen der alltäglichen Arbeit zwischen der Stadtverwaltung und der RWTH Aachen organisiert. Es wurden weder externe Mittel eingeworben noch wurde das Bewerbungsdokument durch eine externe Agentur gestaltet. Somit entstanden für die Stadt keine direkten Kosten, die durch den Stadtrat abgestimmt und in den Verwaltungshaushalt aufgenommen werden mussten. Laut dem damaligen Projektkoordinator wurde die Entscheidung zur Bewerbung kurzfristig getroffen, da die Fristen drängten (I\_1, 29.08.2012). Dadurch war nur eine interne Organisation möglich, die als Ergebnis ein Bewerbungsdokument im Word-Format mit einfachem Layout entstehen ließ, wodurch auch keine Kosten für eine externe Agentur entstanden. Auch beim zweiten Bewerbungsveruch zur Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft 2007 entstanden der Stadt Aachen keine direkten Kosten bei der Erstellung der Bewerbungsunterlage. Obwohl dieser Bewerbungsprozess öffentlich diskutiert und der Akteurskreis erweitert wurde, konnte kein Hinweis auf ein eigenständiges Budget gefunden werden. Im öffentlich zugänglichen Ratsinformationssystem der Stadt Aachen wurde die Bewerbung im Rahmen der Projekte der EuRegionale<sup>39</sup> thematisiert, die sich am Bewerbungsprozess sowohl inhaltlich als auch organisatorisch beteiligte (Stadtrat Aachen 2005a, 3). Die gemeinsame Organisation der Bewerbung im Rahmen der Wirtschaftsförderung der Stadtverwaltung, der Universitäten und der REGIONALE-Agentur verdeutlicht

<sup>39</sup> Die EuRegionale stellt ein Strukturprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen dar, welches zum Ziel hat das Profil der Regionen zu stärken und die Region als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig zu machen (ILS NRW 2006a, 7). Die in einem Wettbewerb ausgewählten Regionen können durch dieses Förderinstrument verschiedene Impulsprojekte realisieren, die für die Stadt- und Regionalentwicklung von Bedeutung sind. Aachen hatte 2002 den Zuschlag für die grenzüberschreitende EuRegionale mit Partnern aus der Regio Parkstad, das Gewest Maastricht en Mergelland sowie der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, und damit Zugang zu einem Fördervolumen von 100 Mio. Euro erhalten.



die Zielsetzung, Aachen und die Region mit dem Thema Wissenschaft zu profilieren. Somit wurde eine Finanzierung des Bewerbungsprozesses im Rahmen der Abteilungen realisiert (I\_1, 29.08.2012). Die Bewerbungsunterlage für 2007 wurde durch ein ortsansässiges Unternehmen gestaltet und gedruckt (Stadt Aachen 2005, 24), jedoch kann vor diesem Hintergrund nicht von wesentlichen Impulsen auf die städtische Wirtschaft ausgegangen werden. Diese Impulse traten durch den Ausbau des Campus in Aachen ein. Dabei wurde zwar die Thematik „Wissenschaft und Forschung“ in Aachen gestärkt, jedoch ist dies eher auf den Masterplan Hochschulcampus Innenstadt und der Exzellenzinitiative der RWTH Aachen zurückzuführen, als auf die zwei gescheiterten Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft (Stadtrat Aachen 2006e). Die gescheiterten Bewerbungen Aachens zur Stadt der Wissenschaft stellen zwar ebenso einen Baustein auf dem Weg zur Stärkung des Wissenschafts- und Technologiestandortes Aachen dar, doch konnte kein Zusammenhang zu direkten Folgeinvestitionen oder -kosten nachgewiesen werden. Vielmehr sind diese städtebaulichen Entwicklungen eine Folge der wachsenden Kooperation zwischen Stadt und Hochschulen (Ariëns et al. 2011, 35), zu denen auch die Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft einen Beitrag geleistet haben.

Durch die Realisierung des Projektes „Europäisches Wissenschaftsparlament“ aus der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2007 wurde zum einen ein Effekt in der Kategorie „Gesellschaft“ ausgelöst und zum anderen entstanden dadurch der Stadt Aachen Folgekosten, die sich unmittelbar aus der Bewerbung ergaben. Um dieses Gemeinschaftsprojekt zu realisieren betrug der Haushaltssatz der Stadt Aachen in der Zeit von 2007 bis 2010 insgesamt 200.000 Euro, die RWTH Aachen investierte 140.000 Euro (Stadtrat Aachen 2011, 2). Nach der erfolglosen Prüfung zukünftiger Finanzierungsmöglichkeiten für eine aufwandsneutrale Fortführung des Europäischen Wissenschaftsparlaments musste das Projekt für die nachfolgenden Jahre jedoch eingestellt werden (Stadtrat Aachen 2011, 4).

Im Gegensatz zu den Bewerbungsprozessen zur Ausrichtung einer Stadt der Wissenschaft entstanden für den Bewerbungsprozess zur IGA 2017 direkte wirtschaftliche Kosten für die Stadt Aachen. So zählen zu den direkten finanziellen Effekten 50.000 Euro, der Anteil, den die Stadt Aachen zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie bereitzustellen hatte. Da die IGA 2017 ein gemeinsames Projekt der Dreiländerregion war, konnten die Gesamtkosten der Machbarkeitsstudie in Höhe von 200.000 Euro auf die beteiligten Kommunen verteilt werden (Stadtrat Aachen 2008). Allerdings stellte die EuRegionale 2008 Agentur GmbH auch in diesem Bewerbungsprozess einen zentralen Akteur dar, auf dessen Initiative eine Vorstudie zur IGA 2017 durch ein externes Architekturbüro durchgeführt und finanziert wurde. Nur durch diese Vorstudie war ein Weiterführen des Bewerbungsprozesses möglich (Stadtrat Aachen 2009b, 3). Kurz vor der endgültigen Entscheidung, ob Aachen die Bewerbungsunterlagen bei der Bundesgartenschau GmbH einreichte, wurde die Stadt mit weiteren Kosten konfrontiert: Dazu zählte eine Bewerbungsgebühr

in Höhe von 25.000 Euro, die 14 Tage nach dem Einreichen zu begleichen gewesen wäre, aber auch Reisekosten und andere Kosten zur öffentlichen Präsentation der Bewerbung (Stadtrat Aachen 2009b, 8). Für diese Ausgaben wurden Kostenträger gefunden und die Vorstellung des Bewerbungskonzeptes zur IGA 2017 der Städteregion Aachen konnte in Bonn im Juni 2009 durchgeführt werden (Aachener Zeitung 2009a). Dennoch wurde im November 2009 durch den Aachener Oberbürgermeister entschieden, dass die Stadt und mit ihr die Städteregion Abstand von der Bewerbung nimmt, die auf die zu großen finanziellen Unwägbarkeiten sowie den starren Vorschriften der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft zurückgeführt werden konnten (Aachener Zeitung 2009b). Damit standen vorerst den Ausgaben zur Aufstellung der Bewerbung keine quantifizierbaren Einnahmen gegenüber.

Auch die Beteiligung Aachens an der Bewerbung Maastrichts zur Europäischen Kulturhauptstadt war mit Investitionen aus dem städtischen Haushalt verbunden. So war es in Vorbereitung auf die Bewerbung notwendig, eine Organisations- und Prozessstruktur sowie eine Marketing- und Kommunikationsstrategie für die Beteiligung Aachens festzulegen, wozu die Stadt im Zeitraum 2010 – 2012 mit 40.000 Euro pro Jahr kalkulierte (Stadtrat Aachen 2009c, 2). Für den weiteren Verlauf des Bewerbungsprozesses (2014-2017) wurden ebenso Mittel in den städtischen Haushalt in Höhe von 150.000 Euro eingestellt, die jedoch durch das Scheitern wieder gestrichen wurden (Stadtrat Aachen 2013, 2).

### **Duisburg**

Charakteristisch für die gescheiterte Duisburger Bundesgartenschaubewerbung 2011 war, dass die Stadt nach erfolgreicher Präsentation der Bewerbungsunterlagen 2001 den Zuschlag zur Ausrichtung vom Zentralverband Gartenbau e. V. erhalten hatte, diesen jedoch Ende 2003 zurückgab. Der Zeitraum von Januar 2001 bis November 2003 war somit bereits mit konkreten Vorbereitungsmaßnahmen auf eine Bundesgartenschau 2011 verbunden, womit z. B. Investitionen im Bereich Flächenerwerb und Flächensanierungen zur Vorbereitung auf die Ausrichtung stattfanden. Somit stand als erstes Teilprojekt der „Rheinpark“ im Fokus, für den ehemals industriell genutzte Flächen vom Eigentümer an die Stadt Duisburg veräußert wurden (Rat der Stadt Duisburg 2003d). In Zusammenarbeit mit den zuständigen Landesministerien und der Bezirksregierung Münster konnte Duisburg Fördermittel in Millionenhöhe für die Altlastensanierung und die Stadterneuerungsziele beantragen. Dies war vor allem dadurch möglich, dass der Rheinpark zwar Projekt der Bundesgartenschau 2011, aber auch ein eigenständiges Projekt der Stadt Duisburg war, für das bereits ein detailliertes städtebauliches Rahmenkonzept vorlag. Die Bundesgartenschau 2011 stellte dabei für den Rheinpark die zeitliche Zielmarke der Realisierung dar. Jedoch stand es vor allem im direkten Zusammenhang zu den städtebaulichen Vorhaben Duisburgs als Impulsprojekt für die zukünftige Stadtentwicklung (Stadt Duisburg 2001b, 4). Trotz der finanziellen Unterstützung entfiel auch auf die Stadt Duisburg ein wesentlicher finanzieller Eigenanteil (Rat der Stadt Duisburg 2003d, 3). Dennoch

wurde Ende 2003 vom Rat der Stadt Duisburg entschieden, von der Bundesgartenschau 2011 Abstand zu nehmen. Die geschätzten Gesamtkosten für die Entwicklung des ersten Bauabschnittes des Rheinparks betragen zu diesem Zeitpunkt 37.452.450 Euro, was selbst mit der Unterstützung von Fördermitteln eine immense Investition für die Stadt darstellte, ohne dass weitere geplante Maßnahmen für die Bundesgartenschau 2011 realisiert werden würden (Rat der Stadt Duisburg 2003f, 62). Auch stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest, wie hoch die finanzielle Unterstützung des Landes für dieses städtebauliche Projekt sein würde, was in Bezug auf die verschlechterte Haushaltslage der Stadt Duisburg seit dem Zuschlag für die Bundesgartenschau als kritisch betrachtet wurde. Hinzu würden noch weitere Kosten für Flächenerwerb, Planung und Sanierung kommen (Rat der Stadt Duisburg 2003f). So wurde zwar das Gesamtprojekt Bundesgartenschau gekippt, doch konnte bis zu diesem Zeitpunkt das Teilprojekt Rheinpark mit rund 31 Mio. Euro zugesagten Landesmitteln vorangetrieben werden (Rat der Stadt Duisburg 2003f, 24). Neben dem Rheinpark als Teilprojekt wurde nach dem Scheitern auch an anderen Projekten der Bundesgartenschaubewerbung festgehalten. So war Teil der Machbarkeitsstudie der Bundesgartenschau 2011 auch ein Rad- und Wanderweg zur Verbindung des Kaiserbergs in Duisburg und dem linksrheinischen Rheinufer in Rheinhausen, das sogenannte „Grüne Band“, geplant. Dieses Projekt wurde auch ohne die Realisierung der Bundesgartenschau 2011 weiter vorangetrieben. Dazu trugen z. B. Fördermittel in Höhe von 42.300 Euro aus Münster bei, die eine Verbindung zwischen verschiedenen Knotenpunkten Teile des Radweges entstehen lassen konnten (Bezirksregierung Münster 2011).

Neben der Einwerbung von Fördermitteln oder weiteren Kosten für Teilprojekte der Bundesgartenschau 2011 kann auch die 2007 durchgeführte Bewerbung für eine Landesgartenschau 2014 als wirtschaftlicher Effekt für die Stadt Duisburg gesehen werden. Diese Bewerbung baute auf den Prozessen und Erfahrungen für die Bundesgartenschau 2011 auf und stand auch inhaltlich im Zusammenhang dazu. Um die Voraussetzungen für eine Landesgartenschaubewerbung 2014 beim Land Nordrhein-Westfalen zu erfüllen, wurde im März 2007 vom Rat der Stadt Duisburg eine Machbarkeitsstudie zu diesem Vorhaben in Auftrag gegeben (Rat der Stadt Duisburg 2007a, 6). Die Bereitstellung der dafür notwendigen Mittel durch den städtischen Haushalt in Höhe von 90.000 Euro wurden im April 2007 genehmigt (Rat der Stadt Duisburg 2007b). Neben der Aufstellung der Machbarkeitsstudie musste die Stadt Duisburg eine Stellungnahme einer Aufsichtsbehörde über die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt einreichen (Rat der Stadt Duisburg 2007e, 9). Letztendlich war jedoch diese Stellungnahme zur Haushaltssituation Duisburgs von der Bezirksregierung ausschlaggebend, dass Duisburg nicht Ausrichter einer Landesgartenschau sein konnte (Der Westen 2007). Da die Machbarkeitsstudie zur Landesgartenschau 2014 aus dem RheinPlan entwickelt wurde, kann von Synergieeffekten gesprochen werden, welche die Investitionskosten in die Landesgartenschaubewerbung relati-

vieren. Am Rheinplan wurde auch nach dem Scheitern der Landesgartenschaubewerbung festgehalten (vgl. Diskussion in den weiteren Wirkungskategorien).

Parallel zu den Vorbereitungen auf die Bundesgartenschau 2011 entschied der Rat der Stadt Duisburg 2001, sich an den Bewerbungsaktivitäten von Düsseldorf Rhein-Ruhr für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele zu beteiligen (Rat der Stadt Duisburg 2003a, 1; Rat der Stadt Duisburg 2003a, 5). Dabei beteiligte sich Duisburg an der Olympiabewerbung mit der Bereitstellung von Wettkampfstätten wie der Regattabahn für den Kanurensport. Um dies gewährleisten zu können, wurden Kosten in Höhe von 16.000 Euro für eine Machbarkeitsstudie investiert, die z.T. durch Fördergeldern vom Land Nordrhein-Westfalen abgedeckt werden konnten (Rat der Stadt Duisburg 2003a, 6-9). Ähnlich wurde im Fall der Slalomstrecke Wedau verfahren, für die eine Machbarkeitsstudie in Höhe von 61.000 Euro erarbeitet wurde. Neben diesen direkten Kosten zur Vorbereitung auf die Olympiabewerbung investierte Duisburg auch städtische finanzielle Mittel in die Mitgliedschaft des „Zweckverbandes Olympia Rhein Ruhr“, der aus organisatorischen Gründen zur Vorbereitung auf eine gemeinsame Olympiabewerbung 2001 gegründet wurde. So ist bekannt, dass Duisburg im Haushaltsjahr 2001 insgesamt 30.000 Mark als Mitgliedsbeitrag für den Zweckverband einstellte (idr 2001). Obwohl bereits 2003 feststand, dass die Olympischen Sommerspiele nicht in der Region Rhein-Ruhr ausgerichtet werden sollten, wurde erst 2010 der Zweckverband Olympia-Rhein-Ruhr durch die Mitglieder aufgelöst (Rat der Stadt Duisburg 2010c, 3): *„Nachdem in den vergangenen Jahren noch vereinzelt Lizenzgebühren für die Übernahme des seinerzeitigen Bewerbungslogos durch den Verband zu entrichten waren, steht nunmehr einer Auflösung des Verbandes nichts mehr im Wege“*.

Zwar entstanden für die zahlreichen Großereignisbewerbungen der Stadt Duisburg fast immer direkte Kosten für den städtischen Haushalt, doch konnten auch diese auch mit der Einwerbung von Sponsorenmitteln minimiert werden. Dies erfolgte z. B. im Fall der 2007 stattgefundenen Bewerbung für die World Games 2013. Neben Personal- und Sachmitteln musste die Stadt eine Kautions für das Bewerbungsinteresse in Höhe von 50.000 US\$ (ca. 37.000 Euro) entrichten, die aus Sponsorenmitteln finanziert werden konnten (Rat der Stadt Duisburg, 2007d, 4). Ähnlich verhielt es sich im Fall der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2007. So beteiligte sich die Stadt Duisburg nur mit 5.500 Euro an den Vorbereitungen für die Bewerbung, während der Großteil über Sponsorengelder abgedeckt werden konnte (Rat der Stadt Duisburg 2005b, 2; Rat der Stadt Duisburg 2005c, 2). Diese geringen Kosten für den städtischen Haushalt waren zum einen auf die Situation zurückzuführen, dass sich die Stadt Duisburg zusammen mit Bochum, Düsseldorf und Essen bewarb und die Kosten geteilt werden konnten. Auf der anderen Seite unterschied sich das Format der Stadt der Wissenschaft wesentlich von Großereignissen wie den Olympischen Spielen oder von Bundesgartenschauen, für die Vorleistungen in anderen Größenordnungen erbracht werden mussten. Für den zweiten

Versuch Stadt der Wissenschaft zu werden, konnten keine Belege für etwaige städtische Kosten gefunden werden. Dies liegt vor allem daran, dass aufgrund der fehlenden Projektpartner, z. B. die Universität Duisburg-Essen, keine konkreten Bewerbungsaktivitäten begonnen werden konnten. Die parallel stattfindenden Vorbereitungen zur Kulturhauptstadt Europas 2010 und der Beteiligung der Universität Duisburg-Essen an der Exzellenzinitiative des Bundes bündelten Kapazitäten und Finanzmittel, so dass der zweite Anlauf bereits frühzeitig abbrach.

### **Frankfurt am Main**

Die Vorbereitung der Olympiabewerbung der Region Frankfurt Rhein-Main ging bereits mit Kosten für die Aufstellung einer Machbarkeitsstudie in Höhe von 1,2 Mio. Mark einher (Frankfurter Rundschau 2006b). Auf deren Basis wurde entschieden, an dem Vorhaben OlympJa 2012 festzuhalten und Visionen und Konzepte für die Olympischen Sommerspiele der kurzen Wege auszuarbeiten. Zu Beginn des Bewerbungsprozesses wurde davon ausgegangen, dass bis zum Ende des nationalen Wettbewerbes ein Etat von zehn bis zwölf Mio. Mark notwendig ist, um die Bewerbung zu finanzieren (FAZ 2001c). So wurde für den Bewerbungsprozess 2001/2002 1,9 Mio. Mark im städtischen Haushalt veranschlagt, damit bis Mai 2002 die Bewerbungsunterlagen erstellt, die Sportregion öffentlich wirksam präsentiert und die Bewerbungsgebühr in Höhe von 150.000 Euro an das NOK entrichtet werden konnte (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2001a, 1). Auf städtischer Seite wurde für die Bewerbungsaktivitäten eine Stabsstelle Olympia bei der Oberbürgermeisterin mit zwei Vollzeit und einer Teilzeitkraft gebildet (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002b, 1). Auch zählten zu den ersten städtischen Investitionen der Stadt Frankfurt am Main, die Freistellung von städtischen Mitarbeitern aus dem Bereich Presse, Planung und Sport zur Unterstützung der Bewerbungsaktivitäten in der neu gegründeten Olympia-GmbH. Diese wurde gegründet, um die Bewerbungsaktivitäten der Region zu organisieren und zu koordinieren. Neben der Stadt Frankfurt am Main waren auch das Land Hessen, die Region und die Wirtschaftsinitiative Gesellschafter. Als Stammkapital musste die GmbH 50.000 Euro aufbringen, wobei sich die Stadt Frankfurt am Main mit 12.500 Euro beteiligte (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2001c, 1). Des Weiteren brachte sich die Stadt Frankfurt am Main 2002 mit 1,9 Mio. Mark in die Olympia GmbH ein, neben dem Land Hessen mit 2 Mio. Mark, der Region mit 2 Mio. Mark und der Wirtschaftsinitiative mit 1 Mio. Mark. Während sich die vier verschiedenen Gesellschafter der Olympia GmbH in die Kosten der Bewerbung teilten, konnten auch Sponsorengelder in Höhe von 700.000 Euro erworben werden (Stadt Frankfurt am Main 2003a, 23). Nach dem Scheitern dauerte es jedoch noch einige Zeit, bis die tatsächlichen Kosten der Frankfurter Olympia-Bewerbung feststanden, da die Olympia GmbH erst 2007 endgültig aufgelöst wurde. Bis dahin stiegen die eingeplanten Gesamtkosten von 6,2 Mio. Euro (FAZ 2004a), die von den vier Gesellschaftern bisher getragen wurden, durch einen erwirtschafteten Verlust in Höhe

von 300.000 Euro weiter an (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2005c, 2). Letztendlich wurde die 2001 gegründete Olympia GmbH im Jahr 2007 aufgelöst, nachdem die steuerlichen Prüfungen durchgeführt und die Stadt Frankfurt am Main sich an der Begleichung der Restschuld von insgesamt 75.000 Euro mit 20.000 Euro beteiligte (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2006b, 2; Frankfurter Rundschau 2007b). Insgesamt investierte die Stadt Frankfurt am Main einen Millionenbeitrag in die Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele 2012. Diese direkten Kosten erhöhen sich, wenn die Investitionen der Stadt in die sportliche Infrastruktur während dieses Zeitraums mit einbezogen werden. So investierte die Stadt in den Ausbau und die Sanierung von Trainingsstätten und die Weiterentwicklung der Leistungssportförderung. So wurde im Bewerbungszeitraum der Etat für Leistungssportmittel im städtischen Haushalt um rd. 25% erhöht (Stadt Frankfurt am Main 2004a, 8). Diese indirekten städtischen Kosten haben mit ihrem konkreten Projektcharakter zum einen räumliche Effekte auf die Stadt, zum anderen aber auch für die Stadtgesellschaft, worauf in den folgenden Kapiteln näher eingegangen wird.

Fast parallel zur Olympiabewerbung beschäftigte sich Frankfurt und die Region Rhein-Main mit dem Projekt Kulturhauptstadt Europas 2010. Bereits im Mai 2001 wurde der Entschluss in der Regionalkonferenz dazu gefasst und Frankfurt am Main garantierte, diese Bewerbung nach besten Kräften zu unterstützen. Dazu wurden vorerst 25.500 Euro aus den vorhandenen Mitteln des Kulturdezernats zur Verfügung gestellt. Außerdem beschäftigte sich eine eigens für die Kulturhauptstadtbewerbung gebildete Arbeitsgruppe des Kulturdezernats damit, Anregungen für die Bewerbungskonzeption von Frankfurter Kulturinstitutionen und Kulturschaffenden zu sammeln und als Verbindungsstelle zum Projektbüro bei der Kulturinitiative RheinMain zu agieren (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002a, 2). Dieser Bewerbungsprozess wurde durch den Vertrag zur interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Kultur finanziert, in dem sich zwölf Gemeinden und Kreise einigten, eine Umlage von zehn Cent pro Einwohner zu zahlen (Frankfurter Rundschau 2003c). Dies bedeutete für die Stadt Frankfurt am Main, in den Jahren 2003 und 2004 jeweils 65.000 Euro für die Bewerbung aufzubringen (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002h, 1). Durch diesen Vertrag standen jährlich 156.000 Euro für den Bewerbungsprozess zur Kulturhauptstadt Europas zur Verfügung. Diesen direkten Kosten für den städtischen Haushalt Frankfurt am Main folgten durch die Weiterführung der interkommunalen Zusammenarbeit in der 2005 gegründeten KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH weitere Kosten, die nun mehr in indirektem Zusammenhang zur ehemaligen Kulturhauptstadtbewerbung standen. Dabei musste die Stadt einen Teil des Stammkapitals in Höhe von 10.000 Euro übernehmen und verpflichtete sich zur Finanzierung der GmbH, jährlich eine Kopfpauschale pro Einwohner von 0,10 Euro bis 2006 und 0,20 Euro ab 2006 zu entrichten (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2005d, 1-2).

Auch die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2007 wurde vom Kulturdezernat der Stadt Frankfurt am Main unter der Beteiligung des Institutes für Neue Medien, der Goethe-Universität Frankfurt am Main und der Fachhochschule Frankfurt sowie des Regionalplanungsverbandes Frankfurt Rhein-Main organisiert. Allerdings konnten für diesen Bewerbungsprozess keinerlei Belege über Kosten oder Einnahmen gefunden werden. Die Bewerbungsaktivitäten knüpften an Prozesse in der Stadt an, wie z. B. die seit 2003 in der Realisierung befindliche Online-Plattform „Science4FrankfurtRheinMain“, die zum Wissenstransfer beitragen sollten. Nach dem Ausscheiden Frankfurt am Main aus dem Wettbewerb um die Stadt der Wissenschaft 2007 wurde betont, „die Bewerbung sei von vorn herein dazu gedacht gewesen, sich ein potentielles Preisgeld nicht entgehen zu lassen“ (Frankfurter Rundschau 2006a). Dies verdeutlicht einmal mehr, dass Wettbewerbe zur Ausrichtung von Großereignissen die Möglichkeit bieten, Gelder einzuwerben, was neben anderen Zielsetzungen eine nicht unwesentliche Bedeutung hat.

### 7.2.2 Kategorie „Raum“

#### Aachen

Während die erste Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 eher die bereits existierenden Aktivitäten und Initiativen in Aachen präsentierte und mehr damit ausdrückte, was Wissenschaft bisher für Aachen darstellte, wurden im zweiten Anlauf konkrete Zukunftsprojekte als „Leuchttürme“ vorgestellt, die vor allem auch räumlichen Charakter hatten. Mit dem SuperC plante die Stadt Aachen im Rahmen der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2007 die Errichtung eines „sichtbaren Zeichen[s] für die Verankerung der Wissenschaft in Aachen“ (Stadt Aachen 2005, 10). Ähnlich wie z. B. auch in Braunschweig wurde damit beabsichtigt punktuell, im Stadtraum das Thema Wissenschaft zu verorten und eine Anlaufstelle für Studierende, Wissenschaftsorganisationen und Unternehmerverbände zu schaffen. Das SuperC gilt auch als ServiceCenter der RWTH Aachen und soll als zentrale Anlaufstelle Fragen der Studierenden aller Art beantworten. Unmittelbar nach dem Feststehen des Scheiterns der Bewerbung gab sich der Aachener Oberbürgermeister optimistisch, dass dieses Projekt auch ohne den Titel realisiert werden würde (Aachener Zeitung 2006d). Im Jahr 2008 konnte das SuperC eröffnet werden und galt als neues architektonisches Erkennungszeichen für den Standortfaktor Wissenschaft in Aachen (Aachener Zeitung 2008). Dabei stellte das SuperC bereits vor den Bewerbungsiniciativen zur Stadt der Wissenschaft ein wichtiges Projekt für Stadt und Hochschule dar. Bereits 2002 wurde das Projekt in der Stadt vorgestellt (Aachener Zeitung 2002).

Neben dem SuperC sollte auch das Bauhaus Europa entstehen, womit das Ziel verbunden war, einen lebendigen Treffpunkt für Wirtschaft, Wissenschaft und die Kultur Europas zu schaffen (Stadt Aachen 2005, 9). Auch dieses Projekt wurde nach dem Scheitern weitergedacht und diskutiert, jedoch letztendlich aufgrund der ablehnenden Haltung eines

Bürgerbegehrens „Bauhaus Europa? Nein, danke“ nicht in die Tat umgesetzt (Aachener Zeitung 2006e; Stadtrat Aachen 2006d, 4). Zwar war bereits durch den Stadtrat Aachen dieses Projekt beschlossen und beabsichtigt, das Ausstellungs- und Veranstaltungsgebäude mit städtischen und Mitteln des Landes NRW zu errichten, doch setzten sich die Bürger Aachens erfolgreich gegen diesen Beschluss und die „Verschwendung öffentlicher Gelder“ ein (Stadtrat Aachen 2006d, Anlage).

Auch ohne den Titel Stadt der Wissenschaft hält Aachen konsequent am gesamtstädtischen Ziel fest, die Stadt Aachen als Wissenschaftsstadt zu profilieren. Dazu zählt auch das städtebauliche Projekt „RWTH Aachen Campus“, das die Wahrnehmung auf die Stadt als Wissenschaftsstandort weiter prägen wird (Ariëns et al. 2011, 38). Dabei baut dieses Projekt ebenso auf die jahrelange Kooperation von Stadt mit der Universität und der Industrie auf, die sich für Aachen als Stadt der Wissenschaft einsetzen. So sind die gescheiterten Großereignisbewerbungen zur Stadt der Wissenschaft 2005 und 2007 zwar nicht der Auslöser für diese städtebaulichen Entwicklungen gewesen, doch trugen sie durch die Erarbeitung der Bewerbungsunterlagen und den damit stattgefundenen Diskussionen und gelebten Kooperationen dazu bei, dass sich die Stadt im Gesamten mit dem Thema Wissenschaft immer mehr identifizierte.

Als Grundlage für jede Gartenschau gilt, dass eine ausreichende Flächenverfügbarkeit gewährleistet sein muss. Damit stehen Gartenschauen häufig in direktem Zusammenhang zu räumlichen Stadtentwicklungsprozessen. So auch in Aachen, wo die Durchführung einer Gartenschau einen „Beitrag zum Strukturwandel und der qualitativen Raum- und Stadtentwicklung entlang der Grenze der Städtereion Aachen und der Parkstadt Limburg“ darstellen sollte (Stadtrat Aachen 2006b, 2). Die Bewerbung der Stadt Aachen zur IGA 2017 basierte dabei auf einer Vorstudie, die durch die EuRegionale 2008 Agentur GmbH im Jahr 2006 für eine Landesgartenschau durchgeführt worden war. So profitierte die Stadt Aachen bereits in dieser Vorstufe von den personellen und finanziellen Kapazitäten der EuRegionale 2008 Agentur GmbH (Stadtrat Aachen 2006b, 3). Projekte der EuRegionalen, z. B. der Pferdelandpark, wurden im Zusammenhang der Gartenschaubewerbung diskutiert, deren Realisierung und Weiterführung somit über den Projektzeitraum der EuRegionalen hätte gewährleistet werden können (Herbstreit Landschaftsarchitekten GmbH & Co. KG 2008, 21; Stadtrat Aachen 2006c, 3; Stadtrat Aachen 2008, 2). Neben diesen Flächen wurde ebenso diskutiert, wie eine IGA 2017 die Kernzone bis zum Campusgebiet der Stadt Aachen weitergeführt und damit auch mit den bereits existierenden Imageträgern der Stadt Aachen, z. B. der Exzellenzuni RWTH Aachen, verbunden werden kann (Stadtrat Aachen 2008, 3). Aus diesem Grund sollte die Machbarkeitsstudie so konzipiert werden, dass im Falle eines Ausscheidens aus dem Wettbewerb konkrete Ansätze für städtereionale Planungen abgeleitet werden können“ (Städtereion Aachen 2008, 9). Die Machbarkeitsstudie zur IGA 2017 beschäftigte sich somit weiterhin mit den räumlichen Themen, die für die Stadt Aachen und deren Profilierung



zur Wissenschafts- und Technologiestadt von Bedeutung waren. Ziel war es, „ein Szenario für eine wachsende Stadt mit der Campus-Entwicklung in Aachen“ zu entwickeln und die IGA-Ausstellungsfläche im Zusammenspiel mit der RWTH Aachen Campus und Stadtentwicklung zu bringen (Herbstreit Landschaftsarchitekten GmbH & Co. KG 2009, 7-8). Durch die Einbettung in den EuRegionale Prozess, aber auch durch die konkreten städtebaulichen Planungen zum Campus RWTH Aachen, wurden trotz des Scheiterns der Bewerbung zur IGA 2017 in der Region Aachen die Zielsetzungen der Bewerbungen weiterverfolgt. So spielen die Räume wie der Pferdelandpark und das Campusgebiet auch in den andauernden städtischen Planungen eine bedeutende Rolle (Stadt Aachen 2012). Zwar wurde die IGA 2017 für die Stadt Aachen nicht realisiert, dennoch wurden wichtige städtebauliche Projekte für die Stadt, wie der RWTH Campus, nicht aufgegeben, sondern konsequent weiterverfolgt (Aachener Zeitung 2009b). Dies verdeutlicht, dass im Fall der Stadt Aachen die Großereignisbewerbungen vor allem zur Unterstützung von Stadtentwicklungsprozessen dienten, die bereits angestoßen worden waren.

Im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung Maastricht und die Euregio Maas-Rhein 2018 standen auch die strategischen infrastrukturellen Projekte der Stadtentwicklung Aachens (Campusbahn, Avantis-Linie, Elektromobilität), welche durch weitere, neue Projekte, wie z. B. Möglichkeiten der Umnutzung von altindustriellen Bauten, ergänzt werden sollten (Stadtrat Aachen 2012c, 5). Allerdings standen diese Überlegungen noch am Anfang der Diskussion und wurden durch das frühzeitige Ende der Bewerbungsaktivitäten nicht weiter konkretisiert.

### **Duisburg**

Charakteristisch für Duisburgs Großereignisbewerbungen waren der starke räumliche Bezug der Bewerbungsprojekte und die gesamtstädtebaulichen Zielsetzungen hinter den Großereignisbewerbungen unabhängig von deren thematischer Ausrichtung. Projekte wie der RheinPark oder der Sportpark Wedau finden sich in den verschiedenen Großereignisbewerbungen zwischen 2000 und 2010 wieder und verdeutlichen einmal mehr, dass Duisburgs Großereignisbewerbungen ein Mittel zum Zweck der eigenen städtischen Zielsetzungen darstellten. Diese Projekte waren Teil eigenständiger Strategien und sollten im Rahmen der Großereignisse beschleunigt umgesetzt werden.

Somit stehen die räumlichen Effekte der Bundesgartenschaubewerbung im unmittelbaren Zusammenhang zu den strategischen Stadtentwicklungsplanungen der Stadt Duisburg. Als eigenständiges städtebauliches „Impulsprojekt“ des strukturpolitischen Handlungsrahmens „impuls.duisburg“ wurde bereits 2001 ein Schwerpunkt auf die Entwicklung des Rheinparks auch ohne die Ausrichtung der Bundesgartenschau gelegt (Stadt Duisburg 2001b, 4). Mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union, dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (Ökologieprogramm Emscher Lippe) und dem Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Förderpro-

gramm Soziale Stadt) konnte der erste Bauabschnitt des Rheinparks 2008 eröffnet werden (Stadt Duisburg 2014b). Die Realisierung dieser Großinvestition stand jedoch nicht nur im Zusammenhang mit den kommunalpolitischen Strategien, sondern auch mit den Entwicklungsstrategien des Ruhrgebietes. So war der 2005 aufgestellte „Masterplan Emscher Landschaftspark 2010“ die Planungsgrundlage für die Entwicklung des Emscher Landschaftsparks, bei dem die Verbundprojekte Duisburg „Grüner Ring“ und „Duisburg an den Rhein“ Teil der Planungen darstellten und diese mit der Region verbanden (RVR 2013d; Stadt Duisburg 2013b).

Auch für die Landesgartenschau 2014 stellte das zentrale Element der Rhein dar, der gleichzeitig zum Thema und zur Ausstellungsfläche gemacht wurde. Erste Ideen zur Landesgartenschaubewerbung beinhalteten schwimmende Gärten auf dem Rhein, Fahrradwege auf dem Deich oder die Häfen als Veranstaltungsorte, wofür der Ausbau und die Weiterentwicklung der Kernbereiche Ruhrort und Hochfeld mit RheinPark angedacht wurden (Rat der Stadt Duisburg 2007a, 4). In der Machbarkeitsstudie zur Landesgartenschau wurde letztlich der Hafenturm mit dem Duisburger Binnenhafen als eine Kernfläche für die Landesgartenschau 2014 ausgewiesen (B.S.L. 2007, 23). Dabei wurde unter anderem beabsichtigt, die Parkanlagen um den Trajekturm zu modernisieren. Ebenso sollte der Rheinpark eine weitere Kernfläche darstellen, die bereits ein wichtiges Element der früheren Bundesgartenschaubewerbung 2011 und Projekt des Konzeptes „Duisburg an den Rhein“ gewesen ist (B.S.L. 2007, 34). Somit integrierte die Bewerbung für die Landesgartenschau 2014 bereits in der Umsetzung befindliche Flächen mit der Diskussion um neue Flächenareale (Rheinportale). Der erste Bauabschnitt des Rheinparks wurde 2009 abgeschlossen, während die Entwicklung des zweiten Abschnittes mit der Erschließung eines 18ha großen Baufeldes weiter andauert (Stadt Duisburg 2014a). Dabei steht das Projekt „Rheinpark“ eher im Zusammenhang zur Bundesgartenschaubewerbung 2011, als zur Landesgartenschaubewerbung 2014, die auf diesem umfangreichen städtebaulichen Projekt aufbaute und die Weiterentwicklung durch eine Landesgartenschau zu beschleunigen beabsichtigte. Die räumlichen Effekte der Landesgartenschaubewerbung hängen somit vor allem mit den Entwicklungszielen des Rheinplans zusammen, der als gesamtstädtische Strategie Gültigkeit über das Scheitern der Landesgartenschaubewerbung hinweg hat. Der Entwicklung des Landschaftsraums Rheins auf Basis des Rheinplans wurde durch den Beschluss im Rat der Stadt Duisburg im September 2007 zugestimmt, wofür der Realisierungszeitraum von 2009 bis 2014 veranschlagt worden war (Metropole Ruhr 2010, 27). Beispielhaft für die Realisierung der Rheinplan Projekte kann die Mercatorinsel angefügt werden, deren Brachfläche im Rahmen der Kulturhauptstadt Ruhr 2010 erste Aufwertungsmaßnahmen erfuhr und auch zukünftig weiterentwickelt werden soll. Dazu wurde 2009 bereits ein Europaweiter Wettbewerb ausgeschrieben, um Lösungsvorschläge für die Gestaltung der Inselfspitze zu machen (Stadt Duisburg 2014a).

Für die Beteiligung Duisburgs an der Olympiabewerbung Rhein-Ruhr plante die Stadt die Bereitstellung von Wettkampfstätten aus dem Bestand (Regattabahn Duisburg, Wedau-Stadion, Schwimmstadion) und durch Neubau (Sporthalle Sportpark Wedau, Kanuslalom/Wildwasserstrecke) (Rat der Stadt Duisburg 2003a, 1). Für die geplanten Neubaulprojekte konnte kein Hinweis gefunden werden, dass diese auch ohne die Olympischen Spiele in die Realität umgesetzt wurden. Dafür wurden dem geplanten Umbau und der Modernisierung der Regattabahn Duisburg durch z. B. die Errichtung eines Parallelkanals 2006 durch den Rat der Stadt Duisburg zugestimmt (Rat der Stadt Duisburg 2006a, 63-64). Dieser konnte 2008 eröffnet werden und gehört seit dem, mit dem dazugehörigen Hochseilgarten und dem Wasserspielplatz, zu den Attraktionen der Wasserwelt Wedau im Sportpark Duisburg (RP Online 2008, Stadt Duisburg 2014c).

Im Vergleich zu den Bewerbungen für die Gartenschauen und den sportlichen Großereignissen zielten die Bewerbungen für die Stadt der Wissenschaft 2007/12 weniger auf die Verbesserung der räumlichen Aspekte in Duisburg, sondern vielmehr auf die Wahrnehmung des Themas Wissenschaft und Forschung in der Region Duisburg/Essen. Aus diesem Grund konnten für diese beiden gescheiterten Bewerbungen keine direkten oder indirekten räumlichen Effekte festgestellt werden.

### **Frankfurt am Main**

Ziel der Olympiabewerbung war es, keine Sportstätten zu bauen, die nach den Wettkämpfen leer stehen würden (FAZ 2001c). So stand früh fest, dass die Olympischen Spiele 2012 rund um das bereits neugeplante Waldstadion stattfinden sollten sowie dem Frankfurter Rebstockgelände und der Frankfurter Messe. Dabei knüpften die Visionen rund um das Olympiadorf an Planungen für das zukünftige Europaviertel an (Stadt Frankfurt am Main 2002b, 28). Nachdem feststand, dass Olympia 2012 nicht in der Region ausgerichtet werden würde, wurden die Planungen für das Europaviertel wiederaufgenommen. Anstelle des Mediendorfes sollte nun der Wohnungsbau wieder vorangetrieben werden, wofür bereits Verhandlungen zur Flächenübernahme von der Deutschen Bahn liefen und ein Wettbewerb zur Entstehung eines grünen Wohnviertels stattgefunden hatte (Frankfurter Rundschau 2003b; Immobilienzeitung 2003). Im Jahr 2001 wurden bereits Befürchtungen laut, dass sich aufgrund der Olympiabewerbungen die Planungen für das Europaviertel verzögern würden, da die Bereitstellung der Flächen für eine mögliche Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele Planungen für andere Zwecke verhindern würde (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2001d, 1). Nach dem gescheiterten Bewerbungsvorhaben begannen wieder die Planungen für das Europaviertel als Wohnstandort. Einige Jahre später zogen dort überwiegend Familien ein (Frankfurter Rundschau 2012).

Während geplante Infrastrukturprojekte der Olympiabewerbung im Nachhinein keine Bedeutung mehr hatten, konnten indirekte räumliche Effekte festgestellt werden, wie z. B. die Einrichtung eines Trainingszentrums für Leichtathletik, welches 2003 als neue städti-

sche Sportanlage in der Hahnstraße eröffnet werden konnte (FAZ 2003f). Ebenso wurden neue bzw. sanierte Umkleidegebäude und Spielfelder eröffnet, z. B. auf Sportanlagen in Rödelheim, Oberrad und in der Lärchenstraße sowie eine Turnhalle in der Lenzenbergstraße saniert (Stadt Frankfurt am Main 2004a, 3). Diese Sportstättenanierung, die während des Bewerbungsprozesses in Frankfurt am Main begonnen und darüber hinaus fortgeführt wurde, löste im Bereich der sportlichen Infrastruktur räumliche Effekte aus. Dabei profitierte die gesamte Region davon, dass zwischen 2001 und 2003 dem Thema Sport Priorität eingeräumt wurde und finanzielle Mittel zur Sportstättenanierung in die städtischen Haushalte eingeplant worden waren (FAZ 2004a).

Im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung der Region Frankfurt Rhein-Main standen weniger räumlich bedeutsame Projekte im Vordergrund als vielmehr die angestrebte Verbesserung einer regionalen Identität. Zwar ist die Route der Industriekultur als Kulturhauptstadtprojekt durch die Wahrzeichen der Industriegeschichte direkt mit räumlichen Gegebenheiten verbunden, doch ergaben sich daraus kaum infrastrukturelle Maßnahmen. Zwar lässt der Titel der Frankfurter Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2007 „Brücken schlagen zu den Wissensinseln“ einen räumlichen Schwerpunkt vermuten, doch zielt diese Formulierung eher auf „institutionelle Brückenschläge“ zwischen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen in Frankfurt am Main ab. Diese Bewerbung hatte weder im Bewerbungsprozess noch in der Zeit danach Effekte, die der Kategorie „Raum“ zuordenbar wären.

### **7.2.3 Kategorie „Stadtgesellschaft“**

#### **Aachen**

Für die erste Bewerbung Aachens zur Stadt der Wissenschaft 2005 konnten keinerlei Effekte im Bereich Gesellschaft festgestellt werden. Da die Bewerbung intern von Experten der Stadtverwaltung und Akteuren aus den Hochschulen organisiert und kaum von den Medien begleitet wurde, fand weder eine Bürgerbeteiligung zur Erarbeitung der Bewerbungsunterlage noch bewerbungsbegleitende Aktivitäten statt. Auch konzentrierte sich der Inhalt der Bewerbung für 2005 eher auf bereits existierende Aktivitäten, als auf neue Projekte. Im Vergleich dazu enthielt die zweite Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2007 zahlreiche neue und eigenständige Projekte. Dazu zählte neben den in der Kategorie „Raum“ vorgestellten „SuperC“ oder dem „Bauhaus Europa“ auch das „Europäische Wissenschaftsparlament“ (Stadt Aachen 2005, 9). Damit sollte ein Forum geschaffen werden, „in dem Menschen über Wissenschaft und Technologie unter sozialen, politischen, philosophischen, wirtschaftlichen und moralischen Gesichtspunkten diskutieren können und das für alle Bürger offen stehen“ soll (Stadt Aachen 2005, 9). Auch ohne Titel Stadt der Wissenschaft 2007 hat das Europäische Wissenschaftsparlament 2008 als Gemeinschaftsprojekt der Stadt Aachen und der RWTH Aachen das erste Mal und 2010 erneut in Aachen getagt (Stadtrat Aachen 2010, 4). Es brachte Experten und Bürger zu-

sammen, um gemeinsam über wissenschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen der Zukunft Europas zu debattieren. Jedoch musste nach Prüfung der städtischen Finanzen und möglicher zukünftiger Finanzierungsmöglichkeiten das Projekt eingestellt werden (Stadtrat Aachen 2011, 1).

Während der Bewerbungsprozess zur IGA 2017 vor allem von politischen Gremien geführt wurde, konzentrierten sich die Effekte vor allem im Bereich „Politik“, wodurch erst nach einem längeren zeitlichen Abstand mit direkten gesellschaftlichen Effekten auszugehen ist. Im Vergleich dazu, ging zu dem 2009 begonnenen Bewerbungsprozess Maastricht und die Euregio Maas-Rhein für die Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt ein umfangreicher öffentlicher Beteiligungsprozess aus. So beteiligten sich bereits bis 2012 z. B. über 4.700 Personen an Sondierungen und Studienprojekten zur Aufstellung der Bewerbungsunterlage, ebenso wurden Arbeitsgruppen mit Beamten und Politikern gegründet, die den Akteuren in den Städten / Regios bei der Herstellung von Verbindungen und bei der Kooperation unterstützend zur Seite standen (Stadtrat Aachen 2012a, 2). Ausgehend von der Vielzahl der kommunalen Partner war auch der Bewerbungsprozess darauf ausgelegt, eine Vielzahl von Bürger zu motivieren und für die Kulturhauptstadtidee zu gewinnen (Stadtrat Aachen 2012a, 4). Durch das Bewerbungsbüro in Aachen wurde Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betrieben, die zum einen öffentliche Werbung betrieb, aber auch durch die Unterstützung von Studienprojekten und kleineren Veranstaltungen sich für die Partizipation der Bürger und den Rückhalt in der Bevölkerung einsetzte (Stadtrat 2012c, 5). Für Aussagen zu weiteren gesellschaftliche Wettbewerbseffekte ist es jedoch noch zu früh, da erst seit September 2013 feststeht, dass Maastricht und die Euregio Maas-Rhein nicht Kulturhauptstadt Europas 2018 werden (Aachener Zeitung 2013).

### **Duisburg**

Vor dem Hintergrund der Bewerbungsprozesse der Stadt Duisburg zur Ausrichtung einer Bundes- und Landesgartenschau konnten keine direkten gesellschaftlichen Effekte festgestellt werden. Die Bewerbungsprozesse fanden im Rahmen stadtpolitischer Zielsetzungen statt und verliefen ohne spezifische Bürgerpartizipation oder öffentlichkeitswirksame Maßnahmen. Im Zuge der Realisierung des Rheinparks, als geplantes Teilprojekt der Bundesgartenschau 2011, ergaben sich für die Duisburger Bevölkerung und deren Gäste wesentliche Verbesserungen im Wohnumfeld und für die Freizeitgestaltung. Durch dieses Projekt wurde der Zugang zum Rhein ermöglicht, Uferpromenaden und Parkanlagen machen dieses Gebiet nun attraktiv (Stadt Duisburg 2014b). Ähnlich verhält es sich im Fall der gescheiterten Landesgartenschaubewerbung: Es kann davon ausgegangen werden, dass sich durch die schrittweise Umsetzung des Rheinplans, worauf die Bewerbungskonzeption basierte, gesellschaftliche Effekte im Bereich der Verbesserung der Lebensqualität ergeben. Dazu zählen z. B. die weitere Entwicklung des Rheinparks oder die Aufwertung der Brachflächen auf der Mercatorinsel, die z.T. bereits umgesetzt und sich

weiterhin in der Planung befinden. Diese indirekten gesellschaftlichen Effekte stehen somit im Zusammenhang mit räumlichen Effekten, die jedoch einen längeren Beobachtungszeitraum erfordern, da diese großflächigen Projekte nur schrittweise realisiert werden können.

Nachdem die Wettbewerbe um die Ausrichtung eines sportlichen Großereignisses in Duisburg (Olympische Sommerspiele 2012; World Games 2013) scheiterten, profitierte die Stadt Duisburg 2012 von der Entscheidung Rio de Janeiros, den Zuschlag für die Kanu-Weltmeisterschaft 2013 zurückzugeben (RP Online 2012). Mit der abgeschlossenen Modernisierung der Regattabahn in Duisburg wurden die Voraussetzungen in der Stadt geschaffen, internationale und nationale Wettkämpfe auszurichten. Durch die Erweiterung der Regattabahn verbesserte die Stadt Duisburg jedoch nicht nur ihre Kompetenzen als Sportstadt, sondern trug auch dazu bei, dass der Sportpark Duisburg (ehemals Wedau) noch mehr in die Aufmerksamkeit der Bürger und Gäste Duisburgs gerückt wurde. Derzeit in Planung, soll dieses Gebiet durch eine Wildwasserstrecke ergänzt werden und damit einen weiteren Ausbau des Sportpark Duisburgs vorantreiben und thematisch im Trendsportbereich Rafting ergänzen. So setzt sich die Stadt Duisburg für die Förderung des Breitensports und den Ausbau der Bedingungen für den Leistungssport ein (Stadt Duisburg 2014d). Die Weiterführung der Diskussion und der Ausbau im Bereich Wassersport in Duisburg trugen somit zur Profilierung der Stadt im Bereich Sport bei.

Vor dem Hintergrund, eine erneute Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2012 aufzustellen, wurden die Erfahrungen aus der Vorgängerbewerbung für 2007 reflektiert. Dabei wurde festgestellt, dass zwar „die Thematik [...] jetzt in modifizierter Form Eingang in das Programm der ‚Kulturhauptstadt 2010‘ gefunden“ hat, aber generell „die Absicht, das für den Wettbewerb erarbeitete Programm außerhalb des Wettbewerbs mit Hilfe von Sponsoren im Jahre 2008 zu realisieren, scheiterte“ (Rat der Stadt Duisburg 2009c, 2). Aus der Perspektive der Träger der Bewerbung 2007 (die vier Hochschulstädte Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen sowie der Regionalverband Ruhr) sollte unabhängig vom „Aus“ der Bewerbung ein „Jahr der Wissenschaft“ veranstaltet werden, wofür die Bewerbungsschrift die Grundlage des geplanten Programms darstellte (RVR 2006). Die unter der Schirmherrschaft des BMBF seit 2000 ausgerichteten „Jahre der Wissenschaft“ beinhalten verschiedene Veranstaltungsformate in ganz Deutschland, die sich unterschiedlichen wissenschaftlichen Themen widmen. Im Jahr 2007 fand das Jahr der Geisteswissenschaften in Deutschland statt, welches durch den Wissenschaftssommer in Essen begleitet wurde und eine Woche lang Wissenschaft zum Anfassen präsentierte (Wissenschaft im Dialog gGmbH 2007).

### **Frankfurt am Main**

Unmittelbar nach dem Bewerbungsprozess zur Ausrichtung der Olympischen Spiele zwischen 2001 und 2003 stand fest, dass sich ein regionales Gemeinschaftsgefühl entwickelt hatte, „das zuvor ‚nur in Ansätzen‘ erkennbar gewesen“ war (FAZ 2003a). Eine ähn-

liche identitätsstiftende Atmosphäre sollte im Nachhinein durch die Ausrichtung einer IBA erreicht werden, was jedoch misslang (I\_11, 20.12.2012). Zahlreiche bewerbungsbegleitende Aktionen hatten dazu geführt, dass der „Olympische Funke“ auch auf die Stadtgesellschaft überging und identitätsstiftend wirkte. Durch Informationsabende in den Kommunen der Region Frankfurt Rhein-Main wurden der Hintergrund und Visionen zu Olympia 2012 vorgestellt, aber auch die Möglichkeit gegeben, selbst mit Ideen und Vorschlägen sich an der Bewerbungskonzeption zu beteiligen (IHK 2001). Im Jahr 2002 wurde durch die Olympia GmbH die „Olympia-Zeitung“ herausgegeben und ein professioneller Internetauftritt von Frankfurt am Main als Bewerberstadt ging online (Stadt Frankfurt am Main 2004a, 23). So gelang es bereits im Vorfeld zahlreiche ehrenamtliche Helfer für die Unterstützung zur Durchführung der Spiele zu gewinnen (Langhagen-Rohrbach 2004). Die mehr als 30.000 registrierten ehrenamtlichen Helfer wurden angeschrieben und konnten ihre Bereitschaft für die Unterstützung anderer Sportveranstaltungen bestätigen (Frankfurter Rundschau 2003d). Jedoch löste die Olympiabewerbung nicht bei allen Bevölkerungsteilen Befürwortung aus, sondern es regten sich auch Zweifel darüber und Befürchtungen zu möglichen negativen Effekten. So wurde bereits 2001 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, dass durch die Olympia-Initiative nun die Schaffung von familiengerechten Wohnraums vernachlässigt und die Zukunft von Kleingartenanlagen in unmittelbarer Nähe zum geplanten Olympiadorf ungewiss wird (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt m Main 2001d, 1).

Neben diesen Effekten für die Gesamtbevölkerung der Region Frankfurt Rhein-Main profitierten vor allem die Sportvereine sowie der Breiten- und Leistungssport von der Olympiabewerbung. Durch zahlreiche Veranstaltungen in der Region während des Bewerbungsprozesses, z. B. die „OlympJa-Tage des Sports“ (in Frankfurt die Tage der Leichtathletik und des Basketballs) und der Olympic Day Run, ein Stadtlauf zur Werbung für die Bewerbung, wurde die Werbetrommel für Olympia gerührt und die Zusammenarbeit mit den Sportvereinen ausgebaut (Stadt Frankfurt am Main 2003a). Die Bedeutung von Sport bekam im Bewerbungszeitraum erhöhte Aufmerksamkeit, was sich zum einen durch die Erhöhung der städtischen Haushaltsmittel für Sport ausdrückte, die z. B. für den Ausbau der städtischen Sportinfrastruktur eingesetzt wurden (Stadt Frankfurt am Main 2004a, 3), oder die zahlreichen sportlichen Veranstaltungen, die Sport verstärkt in das Bewusstsein der Bevölkerung rückten (Frankfurter Rundschau 2003d). Auch wurde der Sportetat im städtischen Haushalt erhöht, um konkrete Projekte der sportlichen Nachwuchsförderung zu entwickeln und finanziell absichern zu können und darüber hinaus den Behindertensport intensiver in die Leistungssportförderung einzubeziehen (Stadt Frankfurt am Main 2004a, 8). So besteht z. B. auch heute noch das Landestrainerprogramm Hessen, welches im Zuge der Olympiabewerbung geschaffen wurde (Frankfurter Rundschau 2012).

Über den Bewerbungszeitraum hinweg konnte sich zum Beispiel die „Olympische Ballnacht“ als Veranstaltung etablieren, die 2013 zum zwölften Mal stattgefunden hat (Frank-

furter Rundschau 2013). Diese bietet der Sportfamilie eine willkommene Gelegenheit, jährlich zusammenzukommen und die Athleten und Trainer des Jahres zu küren. Durch diese Institution werden auch immer Sponsorengelder eingeworben, die dann der Stiftung Sporthilfe Hessen zugutekommen, deren Gründung auf die Olympiabewerbung zurückgeführt werden kann (Frankfurter Rundschau 2012).

Ähnlich wie der Sport galt auch das Thema Kultur als identitätsstiftendes Bindeglied für die Region, wofür sich die verschiedenen Gebietskörperschaften mit Hilfe der Kulturhauptstadtbewerbung einsetzten. So sollten „Leuchtturmprojekte“ wie die „Route der Industriekultur“, „Schlösser und Gärten“ und der „Regionalpark“, die in ihrer Planung schon vorangeschritten waren, durch die Kulturhauptstadtbewerbung weiteren Anschub erhalten (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002i, 6). Auch nach dem Rücktritt von der Bewerbung stand fest, dass „die gemeinsam geschaffene Route der Industriekultur Rhein-Main“, die mittlerweile von Bingen bis Aschaffenburg reicht, [...] ein gutes Beispiel für die Potentiale der „ältesten Kulturregion Deutschlands“ [sei] und weiterhin als Projekt weitergeführt wird (FAZ 2003d). Seit 2003 finden jährlich Veranstaltungen statt, um Denkmäler und Industriegeschichte im Gebiet Rhein-Main zu erschließen. Dabei ist die Route der Industriekultur Teil des EU-Projektes „Nachhaltige und zugänglich Stadtlandschaften“ und wird seit 2005 durch die KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH, die aus der Kulturhauptstadtbewerbung heraus entstanden ist, betreut. Neben der Route der Industriekultur gehörte auch das Thema „Geist der Freiheit – Freiheit des Geistes, Mythen gestern – heute – morgen“ zu den Bewerbungsschwerpunkten (FAZ 2003d). Dies wurde seit 2006 durch die KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH weiterentwickelt, in deren Rahmen bereits zahlreiche Veranstaltungen, Kooperationen und Schülerprojekte stattgefunden haben, die sich mit den freiheitlich-demokratischen Traditionen in der Rhein-Main-Region auseinandersetzten (KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH 2014). Diese Beispiele verdeutlichen, wie Themen aus der Kulturhauptstadtbewerbung weitergeführt werden konnten, da die Projekte zum einen bereits einen bestimmten Entwicklungszustand erreicht hatten, der eine problemlose Umsetzung ermöglichte. Zum anderen wurde durch die KulturRegion Frankfurt Rhein-Main gGmbH eine Institution durch die Kulturhauptstadtbewerbung geschaffen, die einen Rahmen bildete. Auch profitierte die „Kultur“ durch die finanziellen Mittel der vertraglich vereinbarten Zusammenarbeit: „Die für die Bewerbung eingestellten Mittel können für die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Kultur verwendet werden“ (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2003b, 1).

Auch die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2007 baute auf bereits bestehenden Projekten auf, die durch die Einwerbung des Titels weiter vorangetrieben werden sollten. So bildete das Bewerbungskonzept die Grundlage des vom Magistrat schon seit mehreren Jahren durchgeführten Projekts „Wissenschaftsstadt Frankfurt“ (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2006a, 2). Vor diesem Hintergrund stand nach dem



Ausscheiden aus dem Bewerbungsprozess fest, dass daran weiterfestgehalten werden würde. Vor allem das Projekt „Science4FrankfurtRheinMain“ gilt als immer noch aktuelles Kooperationsprojekt der Stadt Frankfurt – Amt für Wissenschaft und Kunst – und dem Land Hessen – Ministerium für Wissenschaft und Kunst –, welches im Rahmen des Wissensportals FrankfurtRheinMain „für die Science Community der Region Information und Kommunikation für kritische Denker, Interessierte und Akteure aus dem Bereich Wissenschaft und Forschung“ bietet (Arbeitsgemeinschaft Wissensregion FrankfurtRheinMain 2013).

#### **7.2.4 Kategorie „Politik“**

##### **Aachen**

Motiviert durch die Erfahrungen aus dem ersten Bewerbungsprozess zur Stadt der Wissenschaft 2005 wurde unmittelbar im Anschluss ein weiterer Bewerbungsprozess zur Stadt der Wissenschaft 2007 angeregt. Während die erste Bewerbung eher eine „ad hoc“-Bewerbung darstellte und in einem überschaubaren Zeitraum mit kleinem Team bewerkstellte wurde, baute die zweite Bewerbung unmittelbar auf diesen Erfahrungen auf, diesmal mit dem Ziel „es richtig zu machen“ (I\_1, 29.08.2012). Ein unmittelbarer Effekt der ersten Bewerbung war somit, sich erneut für die Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft zu bewerben. Dies resultierte auch darin, dass beim zweiten Anlauf der Aufstellungsprozess der Bewerbungsunterlagen offen kommuniziert und die Kooperation zwischen Stadt, EuRegionale-Agentur und Universität Aachen verstärkt wurde. So wurden im Rahmen eines Startworkshops ein Positionspapier zur Bewerbung und zahlreiche Projektideen mit verschiedenen Partnern entwickelt (Stadtrat Aachen 2005b, 6).

Das konsequente Verfolgen der städtischen Strategie, Wissenschaft als Standortfaktor für die Stadt Aachen zu profilieren hatte letztendlich auch zum Ergebnis, dass die RWTH Aachen 2012 zum zweiten Mal erfolgreich innerhalb der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder war. Der Masterplan Hochschulcampus ist dabei ein Beispiel wie das Thema Wissenschaft im Stadtraum Aachen weiterverfolgt wurde. Ebenso wurde Wissenschaft als Motor der Stadtentwicklung im Masterplan Aachen \*2030 beschrieben und konzeptionell weitergedacht (Stadtrat 2006e; Stadt Aachen 212, 5). Auch bezeichnet sich Aachen auf seiner Internetpräsenz als Stadt der Wissenschaft und unterstreicht damit die Bedeutung des Standortfaktors „Wissenschaft“ für die Stadt, ohne jemals zu den Titelträgern des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft gezählt zu haben (Stadt Aachen 2014).

Besonders für Aachen ist auch die Situation, dass die gescheiterten Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft parallel zur Vorbereitung einer EuRegionale in der Region Aachen 2008 abgelaufen sind. Vor diesem Hintergrund war z. B. das Projekt „Europäisches Wissenschaftsparlament“ gleichzeitig auch ein Projekt der EuRegionalen, die nach dem Scheitern der Bewerbung mit dazu beigetragen haben, das Projekt weiterzuentwi-

ckeln (Stadtrat Aachen 2006c, 2). Diese erfolgte mit dem Ziel der EuRegionalen, Aachen als eine europäische Wissens- und Kulturregion weiterzuentwickeln und damit die kommunalen Zielsetzungen zu unterstützen (Stadtrat Aachen 2007, 2). Die EuRegionale ist ein Strukturentwicklungsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalens, welches das Ziel hat, durch einzelne Projekte über einen mehrjährigen Zeitraum, Entwicklungen in der Region anzustoßen. Die erfolgreiche Einwerbung der EuRegionalen bedeutete für Aachen die Schaffung einer Institution, die EuRegionale 2008 Agentur GmbH, um eigene Projekte mit der regionalen Entwicklung zu verknüpfen. So galt die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2007 der Stadt Aachen auch als ein Projekt der EuRegionalen, was sich im Fall des Scheiterns als eine Option herausstellte, die Bewerbungsprojekte weiterzuvorführen. Nach dem Auslaufen der EuRegionale 2008 sollte durch weitere Projekte, wie die IGA 2017 an die Erfahrungen und Projekte der EuRegionalen angeknüpft werden. Somit ist zu erklären, wie z. B. der Pferdelandpark als Projekt der EuRegionalen auch im Rahmen der IGA 2017 weiterhin eine Rolle spielen und zu den zentralen Ausstellungsflächen zählen sollte.

Nachdem feststand, dass Aachen keine IGA 2017 ausrichten wird, sollte dennoch an dem Ziel festgehalten werden, die Städteregion zur Modellregion für den Klimaschutz auszubauen (Aachener Zeitung 2009b). Diese Aufgabe übernahm die im Oktober 2009 neugegründete Städteregion (SR) Aachen, welche den Rechtsnachfolger des Kreises Aachen darstellte und sich als Gemeindeverband zum Ziel gesetzt hat, den Lebensraum Aachen zukunftsfähig zu machen und für den Wettbewerb der europäischen Regionen zu rüsten (Städteregion Aachen 2009). Die SR Aachen knüpfte dabei an einen bereits jahrelang andauernden Prozess an, der sich im ehemaligen Kreis Aachen mit der Thematik Energieeffizienz und Klimaschutz auseinandersetzte (Städteregion Aachen 2011, 21). Dazu zählte auch die Aktivitäten eine IGA 2017 in der Region auszurichten, die sich unter anderem zum Ziel gesetzt hatte, eine regionale Flächen- und Technologiestrategie zu entwickeln, um z. B. den Anteil an energieeffizienten Maßnahmen in der Zukunft zu erhöhen (Stadtrat Aachen 2008, 6). Mit dem Beschluss des Städteregionstages 2010 wurde das Integrierte Klimaschutzkonzept verabschiedet und stellte damit einen wesentlichen Baustein für die Klimaschutzaktivitäten der Städteregion Aachen dar. Dieses Beispiel verdeutlicht, wie an den thematischen Schwerpunkten der IGA 2017 festgehalten und diese weitergeführt wurden, obwohl der Katalysator des Großereignisses nicht wirken konnte. Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass die Kooperationen im Rahmen der Städteregion Aachen zur Vorbereitung der IGA 2017 den Prozess zur Aufstellung eines Klimaschutzkonzeptes unterstützt hat. Bereits die im Vorfeld der Großereignisbewerbung stattgefundenen Diskussionen zum Klimaschutz und zur Energieeffizienz ermöglichten ein Weiterführen der IGA-Themen und bildeten eine verbindende Klammer, um daran festzuhalten.

Mit dem Beschluss des Stadtrates Aachen 2009 die Bewerbung Maastrichts zur Europäischen Kulturhauptstadt zu unterstützen, beabsichtigte Aachen vor allem die „gute nachbarschaftliche Verbundenheit und Freundschaft mit Maastricht und den anderen beteiligten Städten und Provinzen in der Euregio Maas-Rhein nachdrücklich“ zu stärken (Stadtrat Aachen 2009a, 3). Gemeinsame Vorbereitungstreffen der Stadträte der verschiedenen Kommunen sind dabei bereits ein Baustein auf dem Weg zu einer gelebten Euregio Maas-Rhein. Dies wurde durch die Absichtserklärung der Städte Maastricht, Aachen, Hasselt, Heerlen, Lüttich, Sittard-Gelen, die niederländische und belgische Provinz Limburg, die Provinz Lüttich und die deutschsprachige Gemeinschaft Belgien verdeutlicht, die sich darin einigten, eine gemeinsame Bewerbung zur Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt 2018 aufzustellen (Maastricht 2009). Diese elf Partner gründeten 2011 die Stiftung Maastricht Kulturhauptstadt Europas 2018 und stellten bis 2012 eine gemeinsame Bewerbungsschrift auf.

### **Duisburg**

Fast alle Großereignisbewerbungen Duisburgs waren mit ihren Teilprojekten ebenso Teil von übergeordneten bzw. bereits laufenden Planungen. Die Realisierung der geplanten Projekte wie der Rheinpark oder der Sportpark Wedau wurden durch die Großereignisbewerbungen priorisiert und standen damit im Fokus der Diskussion. Somit konnten z. B. Fördermittel eingeworben werden, deren Vergabe durch die Option auf das Großereignis unterstützt wurde. Beispielhaft deutlich wurde dies im Fall der Bewerbung zur Ausrichtung einer REGIONALEN formuliert: „Bei einem Zuschlag hätte die Region und damit auch die Stadt eine weitere Möglichkeit, ihre Projekte zu platzieren. Selbst wenn die Region NiederRhein nicht den Zuschlag für die Durchführung der REGIONALE 2013 erhält, hätte diese Bewerbung strategische Bedeutung im Zusammenhang mit den neuen Fördervoraussetzungen (Wettbewerben etc.) der neuen Förderphase der Europäischen Union bzw. des Landes. Mit dieser Bewerbung könnte die Region dem Land gegenüber sehr deutlich machen, dass sie sich, wie von EU und Land gewollt, als einheitliche Region gefunden hat und im Interesse der Region agiert. Dieser Nachweis käme Projekten in anderen Zusammenhängen damit sicherlich zu Gute.“ (Rat der Stadt Duisburg 2007c, 3). Im Fall der Stadt Duisburg konnten somit kaum Effekte auf strategische Stadtentwicklungsansätze erkannt werden. Diese standen vielmehr im Vorfeld der Bewerbungen fest und wurden unabhängig davon weiterentwickelt.

Eine Ausnahme stellt die Landesgartenschaubewerbung 2014 dar, in deren Zusammenhang der „Rheinplan“ erarbeitet wurde. Auf dieser Basis wurde das Konzept zur Landesgartenschaubewerbung erarbeitet (Rat der Stadt Duisburg 2007e, 3). Dabei stellt der Rheinplan eine gesamtstädtische Entwicklungsstrategie dar, die zwar in das Gesamtkonzept „Duisburg an den Rhein“ eingebettet wurde, jedoch darüber hinaus eine wichtige Grundlage für die Wertigkeit von Flächen hinsichtlich ihrer potentiellen Nutzung erschloss (Rat der Stadt Duisburg 2007e, 5). So sollten die im Rheinplan geplanten Einzelmaß-

nahmen im Rahmen einer Landesgartenschau realisiert werden: Die Gartenschau ist damit zugleich das Signal für die weitgehende Realisierung des Rheinplans und bildet damit den vorläufigen Abschluss einer Stadtentwicklung“ (B.S.L. 2007, 19). Nachdem feststand, dass die Bewerbung zur Ausrichtung der Landesgartenschau 2014 gescheitert war, sollte das darin vorgeschlagene Konzept „Rheinplan“ weiterverfolgt werden. Dafür waren bereits im Rahmen der Bewerbung Förderanträge gestellt worden. Mit der Einwerbung der Gartenschau hätte der Umsetzungsprozess jedoch wesentlich beschleunigt werden können (Der Westen 2007). Im Rahmen der Strategie „Konzept Ruhr“ zur nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung im Ruhrgebiet werden gemeinschaftliche Ziele aufgestellt, die jährlich überprüft und aktualisiert werden. In diesem Rahmen trägt das Projekt „Rheinplan“ der Stadt Duisburg dazu bei, die Gesamtregion Ruhrgebiet zu stärken und zu profilieren (Metropole Ruhr 2010, 1). Im Statusbericht zum „Konzept Ruhr 2011/12“ befindet sich der Rheinplan immer noch in der Umsetzungsphase, womit dessen Aktualität und die Weiterführung belegt werden kann (RVR 2012, 42).

Ähnlich verhält es sich im Fall der zweiten Bewerbung für die Stadt der Wissenschaft. Im Vergleich zur ersten Bewerbung Duisburgs sollte parallel zur Diskussion für eine Neubewerbung zur Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft 2012 ein Strategiepapier zur stärkeren Vernetzung der Stadt Duisburg und der Universität Duisburg-Essen erarbeitet werden (Rat der Stadt Duisburg 2010b, 3). Vor dem Hintergrund, dass die Universität Duisburg-Essen erst seit 2003 besteht, aber zu den zehn größten in der Bundesrepublik gehört (Universität Duisburg-Essen 2009, 5), veränderte sich auch der Stellenwert der Thematik Wissenschaft für die Stadt Duisburg. Dies wird z. B. im Strategiedialog Duisburg 2027 deutlich. Im Ziel 2.2.1 wurde vereinbart, dass „Duisburg als Standort für Bildung und Wissen durch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Stadt, den Bildungs-, Forschungs- und Hochschuleinrichtungen sowie der Wirtschaft weiter profiliert und ausgebaut werden“ soll (Stadt Duisburg 2011b, 23). Als beispielhafter Handlungsansatz stand zu diesem Zeitpunkt die Aufstellung einer Strategie zur Förderung des Wissenschaftsstandortes. Während die Bedeutung von Wissenschaft in der Region Ruhr bereits durch das Gemeinschaftsprojekt „Wissenschaftsatlas 2006“ der Universitäten und Forschungseinrichtungen der Städte Duisburg, Essen, Bochum und Dortmund ausgedrückt und der 2010 aktualisiert veröffentlicht wurde (Universität Dortmund 2006), befindet sich die kommunale Sichtweise weiterhin im Prozess.

Damit trugen die gescheiterten Großereignisbewerbungen im Bereich „Politik“ vor allem dazu bei, Erfahrungen mit Wettbewerben zu sammeln. Das Ziel war es, Großereignisse unterschiedlicher Art für die Stadt Duisburg zu gewinnen, um die eigenen städtischen Zielsetzungen umzusetzen. Ausschlaggebend für die erfolgreiche Einwerbung von Großereignissen ist z. B. auch die Erfahrung der Städte damit und der vorhandenen Infrastruktur. Die Vielzahl der Großereignisbewerbungen Duisburgs unterstützt diese These, die durch die Teilnahme an internationalen, nationalen und regionalen Großereignisfor-

maten auf nunmehr umfangreiche Erfahrungen zurückblicken kann. Als Hauptakteur der meisten Großereignisbewerbungen beteiligte sich die Stadt Duisburg an ganz verschiedenen Kooperationsformen bei der Durchführung von Großereignisbewerbungen. Diese variierten zwischen dem Format einer Arbeitsgemeinschaft mit Akteuren aus Stadt, Bezirksregierung und Bundesland (Bundesgartenschau 2011), einem Zweckverband (Olympia 2012) oder nicht institutionalisierten Kooperationen auf Basis bereits bestehender Netzwerke (Stadt der Wissenschaft, REGIONALE). So baute die Teilnahme am Wettbewerb Stadt der Wissenschaft 2007 auf bereits bestehende Kooperationen und Netzwerke zwischen den Hochschulen und den Städten auf und knüpfte ebenso an die gemeinsamen Aktivitäten der Städte im Rahmen des RVR an (Rat der Stadt Duisburg 2005c, 2). Die räumliche Nähe der Städte im Ruhrgebiet erfordert zum einen die Kooperationsbereitschaft zwischen den Städten, damit die Gesamtregion profitieren kann. So bot sich durch die Vorbereitungen auf die World Games 2013 auf Initiative der Stadt Duisburg die geplante Partnerschaft mit den Nachbarstädten an, die ebenso am gemeinschaftlichen Erfolg für die Region und den Sport interessiert waren (Rat der Stadt Duisburg 2008a, 5). Zum anderen kann diese Situation, Projekte gemeinschaftlich anzugehen, auch die Gefahr bergen, dass diese in Abhängigkeit zu anderen Vorhaben oder der andauernden Kooperationsbereitschaft der Beteiligten stehen. Letztendlich wurde von dem Vorhaben der Stadt Duisburg, die World Games 2013 zusammen mit Düsseldorf auszurichten, abgesehen, da zur Aufstellung eines Wirtschaftsplans für die Durchführung der Spiele ein formaler Beschluss der Stadt Düsseldorf fehlte (Rat der Stadt Duisburg 2008b, 111). Ähnliche Erfahrungen machte Duisburg im Fall der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2012, die ebenso daran scheiterte, dass die Stadt die notwendigen Zusagen zur Kooperation nicht erhielt (Rat der Stadt Duisburg 2010b, 2-3).

### **Frankfurt am Main**

Nicht nur für die Bevölkerung der Region Frankfurt Rhein-Main galt die gescheiterte Olympiabewerbung als identitätsstiftend, sondern auch für die politischen Gremien trug sie zum stärkeren Zusammenhalt in der Region bei. Schon allein der Fakt, dass sich die vier Akteure: Stadt Frankfurt am Main, Region Frankfurt Rhein-Main, Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V. und das Land Hessen im Rahmen der Olympia GmbH für eine gemeinsame finanzielle Beteiligung für die Olympiabewerbung stark machten, galt bis dahin wegweisend: „Es kam schon einer kleinen Sensation gleich, dass alle Gebietskörperschaften – ohne jede Ausnahme – in kürzester Zeit die dafür notwendigen Beschlüsse ihrer Parlamente – auch die finanzwirksamen – eingeholt haben. Deshalb schon mitten in der Bewerbungsphase ein erstes Zwischenfazit: Kein anderes Projekt hat die Region bisher so geeint wie Olympia, kein anderes Projekt hat so viele Kontakte zwischen den Städten und Gemeinden, zwischen den Bürgermeistern und Landräten ermöglicht. Auch dies wird nachhaltig wirken.“ (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002f, 2-3). Allerdings muss im Nachhinein festgestellt werden, dass diese Erfahrungen der regio-

nenalen Kooperation und Einigkeit kaum Chancen auf die Übertragbarkeit in politisch sensiblere Bereiche hatte (Langhagen-Rohrbach 2004, 64).

Dennoch wurde das Thema „Regionalbewusstsein stärken“ weiterverfolgt und resultierte u. a. darin, dass aus dem Arbeitskreis Olympia der Regionalkonferenz sich der Arbeitskreis Sportregion Frankfurt Rhein-Main bildete, der zum Ziel hatte, die durch die Olympiabewerbung angestoßenen Prozesse zur Verbindung von Sport und Menschen weiterzuführen (Stadtverordnetenversammlung 2008b, 2). So wurde eine Studie zur regionalen Sportentwicklungsplanung in Auftrag gegeben, welche die Bedeutung von Sport für die Region herausarbeitete. Ebenso setzte sich der Arbeitskreis für die Erstellung eines Internetportals ein, welches in Zukunft über sportlichen Ereignisse, Vereine und Angebote der Region Frankfurt Rhein-Main informieren sollte (FAZ 2004a).

Neben der Verstetigung des Themas Sport im Bereich der Regionalentwicklung zählte auch die gemeinsame Entscheidung der Stadt Frankfurt am Main und der Region Rhein-Main, sich für die Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt zu bewerben, zu den Effekten, die aus der Olympiaerfahrung gezogen wurden (FAZ 2004b). So wurde versucht, die „guten Ansätze der regionalen Zusammenarbeit“ durch die Olympiabewerbung aufrecht zu erhalten, indem die Arbeiten an der Kulturhauptstadtbewerbung verstärkt und durch das Projektbüro beim Planungsverband Rhein-Main aufgenommen wurden (Frankfurter Rundschau 2003d). Der Impuls aus der Olympiabewerbung sollte übertragen werden, die Kulturhauptstadtbewerbung sollte ein Projekt darstellen, welches die Region stärkt. Auch bei der Kulturhauptstadtbewerbung wurde deutlich, wie viele unterschiedliche Akteure sich bereits für die Region einsetzten und gemeinsame Ziele verfolgten, die jedoch in solch einem Projekt gemeinsam koordiniert werden müssen. So bereitete die Kulturinitiative RheinMain, ein seit 1998 freiwillig agierender Zusammenschluss von Kulturschaffenden, im Auftrag der Regionalkonferenz, einer gesetzlich geschaffenen Institution, die Kulturhauptstadtbewerbung vor (FAZ 08.05.2003). Zu diesem Zweck haben im Oktober 2002 die Städte/Gebietskörperschaften Aschaffenburg, Bad Homburg, Bad Vilbel, Frankfurt am Main, Hanau, Hochtaunuskreis, Mainz, Rüsselsheim und Wiesbaden den „Vertrag zur interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Kultur“ geschaffen, in dem sich die Vertragspartner darauf einigten, einen Beitrag von 0,10 Euro je Einwohner an die Kulturinitiative RheinMain zu zahlen zur Koordination und Vorbereitung auf die Bewerbung (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2002i). Trotz des Rücktritts vom Vorhaben, Europäische Kulturhauptstadt 2010 zu werden, wurde vereinbart den Vertrag zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Kultur weiterzuführen. Die begonnene Zusammenarbeit in der Region sollte aufrechterhalten werden, wozu Mitarbeiter eingestellt wurden, die aus der vereinbarten Kopfpauschale finanziert wurden (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2003a, 1). Diesem Entschluss folgten auch die anderen Kommunen und vereinbarten 2004 eine Kulturorganisation zu gründen (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2003d, 1). Dies resul-

tierte letztlich in der Gründung einer eigenständigen KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH, die weiterhin existiert (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2005d).

Auch die verschiedenen Ansätze eine IBA in der Region Frankfurt Rhein-Main auszurichten, zielten darauf ab, ein identitätsstiftendes Projekt zu schaffen. So wurde nach dem Scheitern der Olympia- und Kulturhauptstadtbewerbung 2004 erneut von der Landesregierung Hessen, der Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V. und der KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH der Versuch unternommen, eine IBA auszurichten. Eine Machbarkeitsstudie für eine IBA 2016 wurde in Auftrag gegeben. Diese galt als Nachfolgeprojekt der Machbarkeitsstudie um die Olympischen Spiele 2012 (FAZ 2007a). Unter der Überschrift „Das neue Frankfurt Rhein-Main – Die neue Stadt im 21. Jahrhundert“ schloss das Konzept einige bereits bestehende Projekte, wie die Route der Industriekultur oder Bauvorhaben der Olympiabewerbung ein (Frankfurter Rundschau 2004). Jedoch konnte bisher keine abschließenden Entscheidungen für eine IBA in der Region getroffen werden. Allerdings werden für die Region Frankfurt Rhein-Main immer noch Projekte gesucht, die das Wir-Gefühl der Gemeinsamkeit im Ballungsraum stärken sollen (I\_11, 22.12.2012; Frankfurter Rundschau 2010). So wurden 2010 z. B. die Teilnahme an Wettbewerben im Bereich Umwelt und Energie als Möglichkeit diskutiert, welches darin resultierte, dass sich die Stadt Frankfurt am Main 2012 am Wettbewerb um den European Green Capital Award 2014 bewarb (Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main 2012b).

Während die Olympiabewerbung und die Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas einen besonderen Stellenwert beim Zusammenwachsen der Region Frankfurt Rhein-Main darstellten, galt vor allem auch die Olympiabewerbung für die Stadt Frankfurt am Main selbst als ein Meilenstein für die Stadtentwicklung. Mit der Aufstellung der Olympiakonzeption, die auch festlegte, dass der Kern der Olympischen Spiele in Frankfurt am Main sein würde, wurden städtebauliche Planungen vorangetrieben, die für die Stadt Zukunftsvisionen darstellten, die jedoch jederzeit Realität werden könnten (Frankfurter Rundschau 2003b). So entstanden Pläne im Bereich Grün- und Freiflächennutzung oder die Vernetzung von Straßen und Schienen, die umsetzbar sind und nicht nur unter dem Vorzeichen Olympia gelten. Mit Olympia wäre die Realisierung schneller gegangen, doch auch ohne kann auf die Pläne immer wieder zurückgegriffen werden.

### **7.2.5 Zwischenfazit: Konkrete Vorgaben und konsequente Weiterverfolgung**

In diesem Stadtyp befinden sich vor allem Städte, die sich für viele Großereignisse zwischen 2000 und 2010 beworben haben, die sowohl scheiterten als auch erfolgreich eingeworben werden konnten. Im Fall von Aachen fanden die Großereignisbewerbungen nacheinander und gestaffelt statt, für Duisburg und Frankfurt am Main galt, dass es kaum

ein Jahr gab, in dem sich die Städte nicht mit einer Großereignisbewerbung oder der Ausrichtung eines Großereignisses beschäftigten. Ebenso charakteristisch ist für die drei Städte, dass die Ziele oder Projekte der Großereignisbewerbungen in unmittelbarem Zusammenhang zu bereits bestehenden strategischen Entwicklungsansätzen standen. Das drückte sich z. B. darin aus, dass die Bewerbungen von Frankfurt am Main immer mit dem Ziel verbunden waren, die Identität der gesamten Region Frankfurt Rhein-Main zu verbessern, wofür sich traditionell bereits im Vorfeld der Bewerbungen unterschiedliche Akteursnetzwerke einsetzten. Im Fall von Aachen wurde bereits in den 1990er Jahren der Grundstein für die strategische Ausrichtung der Stadt als Wissenschafts- und Technologiestandort gelegt. Für Duisburg stellten die Großereignisbewerbungen eine Zusammenfassung der Projekte dar, die bereits durch sektorale oder städtebauliche Konzepte vorbereitet und sich in der Planung befanden.

Auch für die Städte dieses Typs gilt, dass zu den wirtschaftlichen Effekten der gescheiterten Großereignisbewerbungen direkte Kosten für die Stadtverwaltungen entstanden sind. Jedoch konnten alle Städte auf die finanzielle Unterstützung von außen zählen, wodurch mehrheitlich Geld eingeworben wurde. Dies stand in engem Zusammenhang zu den städtischen Besonderheiten. So profitierten die Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft in Aachen und der IGA von dem seit den 1990er Jahren existierenden Einsatz, Wissenschaft und Forschung als Standortfaktor zu etablieren. Dies war vor dem Hintergrund des Strukturwandels in der Region ein maßgebliches Ziel, welches auch durch das strukturelle Förderinstrument „REGIONALE“ unterstützt wurde. Im Fall von Duisburg wurden die Bewerbungen für die Bundes- und Landesgartenschau durch Fördermittel aus dem Land Nordrhein-Westfalen vorangetrieben. Dies war jedoch hauptsächlich der Fall, weil die Projekte bereits konkret waren und in den Kontext der Bewerbungsstrategien gestellt wurden. Im Fall von Frankfurt erhöhten sich die direkten Bewerbungskosten zur Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012 dadurch, dass im Bewerbungszeitraum in die sportliche Infrastruktur investiert und der Etat für Sport erhöht wurde. Auf der anderen Seite profitierten die Städte Duisburg und Frankfurt am Main durch deren spezifische geografische Lage in den Ballungszentren Deutschlands. Die Großereignisbewerbungen fanden mehrheitlich unter Beteiligung benachbarter Kommunen statt, was zur Folge hatte, dass sich die Städte in die Bewerbungskosten teilen konnten.

Neben den direkten Kosten entstanden für die Städte dieses Typs vor allem auch indirekte Folgekosten. Durch die enge Vernetzung der Bewerbungsprojekte mit den strategischen Stadtentwicklungszielen stand bereits im Vorfeld fest, dass die Projekte auch ohne Erfolg der Bewerbungen weitergeführt werden. Folgekosten entstanden aber auch im Fall von Institutionen, die zur Organisation der Bewerbungsprozesse aufgestellt wurden und nach dem Scheitern noch weiter betrieben wurden.

Für die Städte dieses Stadttyps gilt, dass fast alle raumbezogenen Bewerbungsprojekte bereits vorher wichtige Stadtentwicklungsprojekte darstellten wie z. B. das „SuperC“ in



Aachen, der „Rheinpark“ in Duisburg und das „Europaviertel“ in Frankfurt am Main. Diese Projekte wurden auch nach dem Scheitern der Bewerbungsprozesse weiterentwickelt und teilweise realisiert. Durch ihren Charakter als Impuls- oder Meilensteinprojekte für die jeweilige Stadt waren sie bereits in Stadtentwicklungsstrategien verankert und in ihrem Entwicklungsstand schon so weit vorangeschritten, dass eine Umsetzung auch ohne Wettbewerbsgewinn möglich war. Im Fall von Aachen wurde aber auch deutlich, dass die öffentliche Diskussion um die Wettbewerbsprojekte diese auch verhindern kann.

In engem Zusammenhang zu den räumlichen Effekten konnten positive gesellschaftliche Effekte festgestellt werden. Die Realisierung der räumlichen Projekte führte in den meisten Fällen zu Standortaufwertungen und zur Verbesserung der Lebensqualität in diesen städtischen Bereichen. Auch konnte festgestellt werden, dass die Großereignisbewerbungen, die in der öffentlichen Diskussion standen, identitätsstiftend für die Bevölkerung waren. Beispielhaft steht dafür die Olympische Ballnacht in Frankfurt, die im Bewerbungszeitraum eingeführt und darüber hinaus weiter durchgeführt wird.

Bei der Vielzahl der Großereignisbewerbungen, die diese Städte in einem Jahrzehnt durchgeführt haben ist im Bereich politische Effekte festzustellen, dass diese Erfahrungen die städtischen Gremien nachhaltig prägten. Vor allem für die Städte der Ballungszentren, Frankfurt am Main und Duisburg, trugen die zahlreichen Kooperationsformen und Netzwerkarbeiten dazu bei, Themen wie Wissenschaft und Kultur zu stärken und dafür eine Plattform zu bilden. Für alle Städte dieses Typs gilt, dass die Wettbewerbserfahrungen wichtige Lerneffekte hervorriefen, die sich bei der Vorgehensweise zu den folgenden Großereignisbewerbungen ausdrückte.

**Stadttyp 2: Städte mit mehr als zwei gescheiterten und mind. einer erfolgreichen Bewerbung, die unmittelbar mit strategischen Stadtentwicklungsansätzen in Verbindung standen:**

Großereignisbewerbungen, die zum Ziel hatten, den Entwicklungsprozess von bereits bestehenden strategischen Stadtentwicklungsprojekten zu beschleunigen, trugen trotz des Scheiterns zur Realisierung dieser Vorhaben bei.

Wenn die gescheiterten Bewerbungsprozesse an das Vorhandene in den Städten anknüpfen, können sich Themen und Netzwerke zwar verstetigen und etablieren, jedoch weniger innovative Effekte hervorgerufen werden.

### **7.3 Stadtyp 3: Städte mit mehr als drei, sich zeitlich konzentrierenden Bewerbungen, die alle scheiterten, während strategische Stadtentwicklungskonzepte aufgestellt wurden**

#### **7.3.1 Kategorie „Wirtschaft“**

##### **Karlsruhe**

Besonders für die Stadt Karlsruhe war, dass im Jahr 2003 drei Großereignisbewerbungen parallel zueinander stattfanden: Die Europäische Kulturhauptstadt 2010, die Olympischen Sommerspiele in Baden-Württemberg 2012 und die Bundesgartenschau 2015. Von diesen drei Mammutprojekten erhoffte sich die Stadt zwar gegenseitige Synergieeffekte, allerdings stellten diese Karlsruhe jedoch auch vor finanzielle Herausforderungen. Dieser Fakt führte auch dazu, dass sich Karlsruhe 2003 bewusst vom Projekt Bundesgartenschau distanzierte und die Bewerbungsoption an die Bundesgartenschau-Gesellschaft zurückgab. Erst nachdem die Projekte der Bundesgartenschaukonzeption in die Masterplanung 2015 eingegangen waren, wurden auch finanzielle Mittel zur weiteren Planung und Entwicklung im städtischen Haushalt zur Verfügung gestellt.

Die zahlreichen Bewerbungsverfahren der Stadt Karlsruhe waren mit ganz unterschiedlichen Kosten und Einnahmen verbunden. Dies lag zum einen am Typ des Großereignisses und dem damit im Zusammenhang stehenden Bewerbungszeitraum. Zum anderen erforderte die Beteiligung am Wettbewerb als Mitbewerber, so im Fall der Olympiabewerbung Karlsruhes zusammen mit Stuttgart, Aufwendungen in anderem Umfang. In dem insgesamt knapp zweieinhalb Jahre andauernden Bewerbungsprozess musste Karlsruhe Mitgliedsbeiträge in Höhe von 7.500 Euro für den Initiativkreis Olympia 2012 investieren. Aber auch Ausgaben für die Gastgeberkampagne in Höhe von 35.000 Euro standen auf der Ausgabenseite. Dennoch konnten die Kosten niedrig gehalten werden, da die verschiedenen Werbematerialien aus der Zeit, wie Flaggen, Banden und Streuartikel über die Stuttgart 2012 GmbH gedeckt wurden, die auch die Planungskosten für die Kanuwettbewerbe übernahm (Gemeinderat Karlsruhe 2003f). Grundsätzlich wurden die Vorbereitungen Karlsruhes auf die Olympiabewerbung im Rahmen des Alltagsgeschäftes des Sportdezernates geleistet, zu dessen originären Aufgaben es gehört, für den Sport zu werben und den Leistungssport zu unterstützen. Zwar konnten keine Olympischen Sommerspiele 2012 in Baden-Württemberg ausgerichtet werden, doch hielt die Stadt Karlsruhe weiterhin an sportlichen Großveranstaltungen fest und richtete 2008 die „Special Olympics“ aus, eine Sportveranstaltung für Menschen mit geistiger Behinderung (Gemeinderat Karlsruhe 2008a). Diese Veranstaltung verdeutlichte, welche wirtschaftlichen Effekte entstehen können, so z. B. durch die Unterbringung von ca. 3.500 Athleten und ihren Angehörigen.

Als im Januar 2001 die Stadtverwaltung beauftragt wurde, alle notwendigen Schritte für eine gemeinsame Bewerbung der Städte Karlsruhe und Straßburg für die Europäische Kulturhauptstadt einzuleiten und voranzutreiben, stand noch nicht fest, mit welchem Budget Karlsruhe ins Rennen gehen würde. Allerdings wurde deutlich, dass die geplanten Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung mit denen für die Bundesgartenschau verzahnt werden könnten (Gemeinderat Karlsruhe 2001b, 7-8). Die Parallelität der Großereignisbewerbungen sollte somit auch zu Synergieeffekten im Bereich der Finanzierung führen. Im Juni 2003 stand fest, dass für den Bewerbungsprozess bis zur nationalen Entscheidung 2005 der Stadt Karlsruhe 2 Mio. Euro zur Verfügung stehen (Gemeinderat 2003d, 9). Allerdings stellte diese Summe vor den umfangreichen Aufgaben vom Aufbau einer Projektgruppe, über die Erstellung einer Bewerbungsschrift bis hin zu Marketingmaßnahmen zur Unterstützung und Kommunikation der Bewerbungsabsichten einen begrenzten Rahmen dar (Gemeinderat Karlsruhe 2003g, 15). So baute die Karlsruher Bewerbung weiterhin auf Zuarbeiten der städtischen Ämter und Gesellschaften sowie der freiwilligen Mitarbeit aller kulturellen Organisationen in der Stadt und der Einwerbung von Sponsorengeldern auf. Diese finanziellen, personellen und ideellen Kosten erscheinen jedoch in keiner Bilanz und können für den Bewerbungsprozess auch nicht dokumentiert werden. Demgegenüber standen die kalkulierten Personalkosten von 3 Vollzeitstellen und Werkverträge, die sich für 2003 und 2004 auf insgesamt 360.000 Euro beliefen sowie weitere Sachkosten für z. B. Mieten in Höhe von 80.000 Euro und Kosten für Marketingmaßnahmen von ca. 200.000 Euro (Gemeinderat Karlsruhe 2003g, 16). Karlsruhes Bestrebung Europäische Kulturhauptstadt zu werden, wurde durch die frühzeitige Unterstützung der Landesregierung Baden-Württembergs vorangetrieben (Gemeinderat Karlsruhe 2003d, 2), was sich auch in einer Beteiligung von einem Drittel an den Bewerbungskosten ausdrückte (Gemeinderat Karlsruhe 2003h, 3). Letztendlich hat die Bewerbung der Stadt Karlsruhe zur Europäischen Kulturhauptstadt 2.720.000 Euro gekostet. Darin enthalten waren Finanzmittel des Bundeslandes Baden-Württemberg und eingeworbene Sponsorengeldern. Allerdings waren in dieser Abschlussrechnung die Personalkosten der städtischen Mitarbeiter, die für Aufgaben während des Bewerbungsprozesses abgestellt worden, nicht einbezogen (Gemeinderat Karlsruhe 2005b, 3).

Während des Bewerbungsverfahrens war mehrmals betont worden, dass vor allem die Leitprojekte unabhängig vom Ausgang der Bewerbung weiterverfolgt werden würden. Vor diesem Hintergrund stellten unmittelbar nach dem Bewerbungsprozess verschiedene Fraktionen den Antrag im Gemeinderat, städtische Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen, um diese Prozesse weiterzuführen. Besonders die weiteren Planungen für den Kreativpark Ostau sollten durch die Einstellung von 100.000 Euro gewährleistet werden. Diesem Antrag wurde jedoch nicht stattgegeben, da das Projekt zu dem Zeitpunkt bereits dem Stadtplanungsamt zugeordnet worden war, welches sich mit der Erarbeitung eines Bebauungsplanes für dieses Areal beschäftigte. Dafür waren vorerst keine weiteren Ext-

ra-Mittel erforderlich (Gemeinderat Karlsruhe 2005a, 1). Die Idee auf dem Gelände des ehemaligen Schlachthofes Kulturzentren und künstlerisches Gewerbe räumlich zusammenzuführen, entstand im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung und wird seit dem als Leitprojekt des Masterplans 2015 weitergedacht (Gemeinderat Karlsruhe 2007a, 6). Durch die Realisierung dieses Projektes kann davon ausgegangen werden, dass sich für die Stadt Karlsruhe weitere wirtschaftliche Effekte ergeben. Zum einen als Kosten im städtischen Haushalt und zum anderen als Multiplikatoreffekte für die städtische Wirtschaft, die z. B. an der Umsetzung und Sanierung beteiligt ist oder durch Veranstaltungen Einnahmen generieren wird. Die Weiterführung des Kulturhauptstadtprojektes stellt somit einen Ausgangspunkt für weitere wirtschaftliche Effekte dar.

Zu den Zielen der Kulturhauptstadtbewerbung gehörte es unter anderem auch, die Stadt bundesweit bekannter zu machen und bereits den Bewerbungsprozess als Stadtmarketingprozess anzusehen. Auch hier gelang es der Stadt, wirtschaftliche Effekte zu erzielen, obwohl diese kaum quantifizierbar sind. Doch wurde die Stadt z. B. durch den Kulturhauptstadt-TÜV des Senders 3sat medial präsentiert, konnte durch die Plakatkampagne eines Sponsors bundesweite Aufmerksamkeit erregen ebenso wie mit der vom Bundesland Baden-Württemberg finanzierten Laserfächertour durch verschiedene Bundesländer zur Abgabe der Bewerbungsunterlagen (Stadt Karlsruhe 2005, 84-86). Diese Aktionen standen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Kulturhauptstadtbewerbung und stellten für die Stadt einen wirtschaftlichen Werbeeffekt dar, der ohne die Bewerbung als Plattform kaum denkbar gewesen wäre.

Im Vergleich zu den Bewerbungen zur Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele und der Kulturhauptstadt Europas basierte die erneute Bundesgartenschaubewerbung für das Jahr 2015 auf den Erfahrungen Karlsruhes, die bereits zwischen 2000 und 2003 gemacht wurden. Damals entschied der Gemeinderat aus finanziellen Gründen auf die Ausrichtung einer Bundesgartenschau 2015 zu verzichten (Gemeinderat Karlsruhe 2007d, 3). Aufgrund der Rückgabe der Bewerbungsoption durch die Stadt Osnabrück, ergab sich für Karlsruhe 2007 erneut die Möglichkeit, eine Gartenschau in der Stadt auszurichten. Die Stadt profitierte dabei von den bereits für den ersten Anlauf durchgeführten Studien und Planungen, die im Nachhinein durch die Einbindung in den Masterplan 2015 weiterentwickelt wurden und auch 2007 noch tragfähig waren. Durch diese Situation waren die Bewerbungskosten für eine erneute Bundesgartenschau kaum von den Kosten bereits laufender Planungen zu trennen. So überschneiden sich die Projekte der Bundesgartenschaukonzeption mit den Leitprojekten des Masterplans, die somit auch unabhängig von den Bewerbungsaktivitäten liefen und umgesetzt werden sollten. Deutlich wurde dies am Beispiel Landschaftspark Rhein, für den im städtischen Haushalt 2007/08 Finanzmittel in Höhe von 925.000 Euro für Planungen und erste Maßnahmen vorgesehen worden waren und der gleichzeitig Teil des Bundesgartenschau-Konzeptes 2015 war (Gemeinderat Karlsruhe 2006b, 5-6). So konnte aufgrund des zweiten Versuches, eine Bundesgarten-

schau zum Stadtgeburtstag 2015 auszurichten keine wirtschaftlichen Effekte festgestellt werden, die nicht ohnehin für die Stadt entstünden: „Die Bausteine des Bundesgartenschau-Konzeptes sind überwiegend auch Leitprojekte des ‚Karlsruhe Masterplan 2015‘ und sollen auch ohne Bundesgartenschau-Zuschlag im Rahmen des finanziell Möglichen und auf Grundlage entsprechender Haushaltsbeschlüsse des Gemeinderates möglichst bis 2015 realisiert werden.“ (Gemeinderat Karlsruhe 2008b, 2).

### **Münster**

Für die Stadt Münster gingen von den Bewerbungsverfahren für die Europäische Kulturhauptstadt und die Stadt der Wissenschaft ganz spezifische wirtschaftliche Effekte aus. So wurde vor allem am Beispiel der Kulturhauptstadtbewerbung deutlich, wie stark die regionale Kredit- und Finanzwirtschaft hinter den Bewerbungen stand und diese nicht nur finanziell unterstützte, sondern darüber hinaus auch nach dem Scheitern weitere Gelder zur Verfügung stellte, um einen Teil der geplanten Projekte zu realisieren. Somit wurde die städtische Haushaltskasse durch die drei gescheiterten Großereignisbewerbungen kaum belastet

Bemerkenswert für die Stadt Münster war, dass die direkten Kosten der Kulturhauptstadtbewerbung hauptsächlich durch Dritte aufgebracht wurden. Zur Finanzierung des Bewerbungsprozesses Europäische Kulturhauptstadt in Münster stand bereits frühzeitig fest, dass das erforderliche Bewerbungsbudget durch Sponsoring, Spenden und Zuwendungen von Unternehmen und Stiftungen abgedeckt werden konnte (Rat der Stadt Münster 2002d, 1). Nur so war es möglich, dass die Verwaltung 2002 konzeptionelle Vorbereitungen für die Bewerbung Münsters zur Europäischen Kulturhauptstadt begann. Dabei stammten die finanziellen Mittel für den Bewerbungsprozess hauptsächlich von öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten aus der Stadt und der Region sowie aus regionalwirksamen Stiftungen (Rat der Stadt Münster 2002d, 5). Für den Bewerbungsprozess bis zur Entscheidung der Landesregierung im Juni 2003 standen der Stadt Münster 300.000 Euro aus Sponsorengeldern und 40.000 Euro aus dem städtischen Haushalt zur Verfügung (Rat der Stadt Münster 2003b, 1). Neben diesen direkten Kosten zur Aufstellung der Bewerbungskonzeption profitierte Münster auch durch das bürgerschaftliche und finanzielle Engagement der Münsteraner. So wurden während des Bewerbungsprozesses im Kulturklub 2010 Informations- und Kulturveranstaltung zur Unterstützung der Bewerbungsabsichten durchgeführt. Die dafür benötigten Räumlichkeiten wurden von den Münsteranern zur Verfügung gestellt und mit finanziellen Mitteln ausgestattet (Stadt Münster 2004h). Das professionelle Projektmanagement der Kulturhauptstadtbewerbung konnte ebenso „fremdfinanziert“ werden, ohne dafür das städtische oder privatwirtschaftliche Budget Münsters anzugreifen. Dafür wurde für den Bewerbungszeitraum der Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vom Westfälischen Landesmuseum freigestellt (Stadt Münster 2002b).

Durch das frühzeitige Scheitern der Bewerbungsaktivitäten – Münster schied bereits im landesinternen Wettbewerb aus – konnten aus wirtschaftlicher Perspektive vorerst keine zusätzlichen Einnahmen oder weitere Kosten für die Stadt beobachtet werden. Doch profitierte Münster langfristig gesehen von der Entscheidung, dass Essen und das Ruhrgebiet als Ausrichter ausgewählt wurden. Die räumliche Nähe führte dazu, dass Münster im Jahr 2010 weiter auf „touristischem Wachstumskurs“ war und steigende Übernachtungszahlen feststellen konnte. Als einer der Gründe wurde auch die „Stahlkraft der Kulturhauptstadt Ruhr 2010“ genannt, wodurch sich die Zusammenarbeit Münsters mit dem Ruhrgebiet bezahlt gemacht hatte (Stadt Münster 2011).

Die Teilnahme am Wettbewerb Stadt der Wissenschaft 2005 fand parallel zu den Bewerbungsaktivitäten zur Kulturhauptstadt Europas statt. Allerdings war der Bewerbungszeitraum um ein wesentliches kürzer, womit auch die Notwendigkeit eines geringeren Budgets zu erklären ist. So wurde vorerst für die Erarbeitung eines Wettbewerbsbeitrages 6.000 Euro in den städtischen Haushalt 2003 eingestellt (Rat der Stadt Münster 2003a, 2). Davon sollte die Moderation und Durchführung eines Workshops finanziert werden, welcher Basis für die Erarbeitung der Bewerbungskonzeption darstellte. Nachdem im Januar 2004 bereits feststand, dass Münster aus dem Wettbewerb ausgeschieden war, waren keine weiteren finanziellen Mittel zur Beteiligung am Finale des Wettbewerbes nötig. Während die erste Bewerbung noch mit zusätzlichen Mitteln aus dem städtischen Haushalt unterstützt wurde, gibt es keinen Beleg, dass die zweite Bewerbung ein Jahr später direkte städtische Kosten verursacht hatte. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass beim zweiten Mal die Stadtverwaltung mit dem Amt für Stadt- und Regionalentwicklung und dem Stab für stadtstrukturelle Grundsatzfragen die Moderatoren des Bewerbungsprozesses waren und die Vernetzung zum parallel laufenden Integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingprozess weiter vorangetrieben wurde. Es kann somit davon ausgegangen werden, dass die Bewerbungskosten im Rahmen des Budgets dieser Abteilungen bzw. auf Basis der Unterstützung aus Wissenschaft und Forschung abgedeckt werden konnten, ohne zusätzliche Mittel einzuwerben.

Durch den andauernden Profilierungsprozess Münsters als „Wissenschaftsstadt“ entstanden vor allem der Stadtverwaltung auch im Nachgang an die Bewerbungen weitere Kosten, so z. B. durch die Schaffung und personelle Ausrüstung einer Stabstelle Hochschulangelegenheiten. Allerdings ist dies auf den Gesamtkontext der Profilierungsstrategie der Stadt zurückzuführen und weniger ein Effekt, der sich ausschließlich auf die Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft zurückgeführt werden kann. Nichtsdestotrotz haben die Erfahrungen der Bewerbungen dazu beigetragen, sich dem Profil „Wissenschaftsstadt“ weiter zu nähern und daran festzuhalten.

### 7.3.2 Kategorie „Raum“

#### Karlsruhe

Vor allem die Bewerbung zur Ausrichtung einer Bundesgartenschau 2015 war mit wesentlichen städtebaulichen Entwicklungen in der Stadt Karlsruhe verbunden. Im Zentrum der Bewerbung stand der Landschaftspark Rhein und der Ostauerpark als Hauptkomponenten (Gemeinderat 2006b, 2). Für den zweiten Anlauf wurden der Zoologische Stadtgarten und das Zoo-Areal in die Planungen mit einbezogen. Dass diese Planungen weiterverfolgt wurden, ist zum einen dem bürgerschaftlich organisierten Verein „BÜGA 2015“ zu verdanken, der sich nach dem Scheitern 2003 dafür einsetzte, dass Ideen aus der Bewerbungskonzeption weiterverfolgt wurden. Zum anderen ist es auf den erneuten Versuch 2007 zurückzuführen, als Karlsruhe sich nach dem Rücktritt von Osnabrück entschloss, mit einer erneuten Bewerbung für 2015 anzutreten. Diese Aspekte werden in den nachfolgenden Kategorien „Gesellschaft“ und „Politik“ weiter diskutiert, da die räumlichen Effekte vor allem auf die Prozesse in diesen Kategorien zurückzuführen sind.

Im Zuge der Beteiligung Karlsruhes an der Olympiabewerbung Stuttgarts war geplant, die Neue Messe und das Wildparkstadion als Wettkampfstätten vorzuhalten und in der Region Karlsruhe die Kanuwettkämpfe stattfinden zu lassen (Gemeinderat Karlsruhe 2002, 1). Vorteil war dabei im Besonderen, dass die wesentlichen Infrastrukturen bereits vorhanden waren. Investitionen hätten nur im Bereich der Kanuwettbewerbe für eine Riesenrutsche getätigt werden müssen. Doch selbst dies wurde nicht als problematisch angesehen, da diese Installation über den Wettkampfzeitraum hinaus den Badestandort aufgewertet hätte (Gemeinderat Karlsruhe 2003a, 4). Ausgehend von dieser Situation wurden weder im Bewerbungszeitraum, noch nach dem Scheitern des Vorhabens räumliche Effekte der Olympiabewerbung beobachtet

Neben der Beteiligung an der Stuttgarter Bewerbung für die Olympischen Spiele 2012 und der Bundesgartenschau mit ihren stark räumlich geprägten Projektvorhaben grenzte sich die Karlsruher Kulturhauptstadtbewerbung mit dem Ziel ab, zwar Impulse für die Stadtentwicklung zu generieren, aber damit nicht zwangsläufig neue Einrichtungen zu schaffen: *„Wir brauchen kein Olympiastadion oder keine Ruderregatta-Strecken zu bauen, wir brauchen auch nicht neue Parks zu bauen. Wir können, und das ist der Charme dieser Bewerbung, mit unseren vorhandenen Stärken etwas erreichen.“* (Gemeinderat Karlsruhe 2003c, 18). So zählte der Kreativpark Ostau zu den Leitprojekten der Bewerbung, womit die nachhaltige Entwicklung eines ehemals als Schlachthof genutzten Areals in Karlsruhe beabsichtigt wurde (Gemeinderat 2003g, 2). An diesem Projekt sollte auch festgehalten werden, sollte die Kulturhauptstadtbewerbung für Karlsruhe nicht erfolgreich sein (Gemeinderat Karlsruhe 2005c, 32). Unmittelbar nachdem feststand, dass die Bewerbung gescheitert war, wurde das Projekt Kreativpark Ostau beim Stadtplanungsamt verankert, um die Fortführung und Realisierung gewährleisten zu können (Fischer und Theurer 2005/06, 2). Durch die Etablierung des ehemaligen Kulturhauptstadtprojektes als

Leitprojekt des Masterplan 2015 im Handlungsfeld Stadtbild/Städtebau wurde dieses Vorhaben weiter vorangetrieben (Stadt Karlsruhe 2007, 37-38). Ziel ist es weiterhin, diesen Ort zu einem einmaligen, innovativen Kreativwirtschaftszentrum zu entwickeln, welcher „die Spitzenkompetenzen Karlsruhes im Technologie und Kreativsektor zusammenbringt und dem Nachwuchs einen Platz gibt zum Gründen, Arbeiten, Forschen und Entwickeln“ (Mal und Reich 2009/10).

Ebenso zu den Leitprojekten der Kulturhauptstadtbewerbung gehörte der Platz der Grundrechte, welcher ein Kunstprojekt im öffentlichen Raum zwischen Marktplatz und Schloss in Karlsruhe darstellte (Fischer und Theurer 2005/06, 2). Der Platz der Grundrechte war ursprünglich ein Geschenk zum 50-jährigen Bestehen des Bundesverfassungsgerichtes und fand durch seinen identitätsstiftenden Charakter Eingang in die Kulturhauptstadtbewerbung (Stadt Karlsruhe 2014a). Das 2005 fest installierte Kunstwerk leistete somit einen Beitrag zur Aufwertung des öffentlichen Raumes, gab aber auch dem unverwechselbaren Charakter Karlsruhes als Stadt des Rechts Ausdruck und trug somit zur Profilierung der Stadt bei.

### **Münster**

Die gescheiterten Bewerbungen der Stadt Münster hatten eher einen indirekten Bezug zum Thema Raum, der sich vor allem dadurch ausdrückte, dass Bewerbungsprojekte im Stadtraum stattfinden sollten. So gehörte zu den Leitprojekten der Kulturhauptstadtbewerbung die Kunst im öffentlichen Raum. Aufbauend auf den aller zehn Jahren stattfindenden Skulpturenausstellungen sollte im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung das Verhältnis von Kunst und Gesellschaft thematisiert werden (Stadt Münster 2003b). Unabhängig vom Ausgang der Kulturhauptstadtbewerbung fand 2007 die „Skulptur.Projekte“ statt, welche als große Freiluftausstellung der Kunstwelt den öffentlichen Stadtraum in den Fokus der Betrachter rückte (Stadt Münster 2007). Vor diesem Hintergrund konnten ausgehend von der Kulturhauptstadtbewerbung keine nachhaltigen räumlichen Effekte auf die Stadt Münster beobachtet werden.

Auch die Bewerbungskonzeption zur Stadt der Wissenschaft 2005 war hauptsächlich mit Projekten verbunden, die auf die Information, Kommunikation und Transformation zwischen Bürgern und wissenschaftlichen Einrichtungen abzielten. In der Folgebewerbung für 2006 wurden im Rahmen von „Das Innovationsviertel entdecken“ zahlreiche Projekte vorgeschlagen, um einem räumlichen Schlüsselprojekt der Stadtentwicklung besondere Aufmerksamkeit zu schenken und der Stadtöffentlichkeit näher zu bringen (Stadt Münster 2004j, 8). Das Innovationsviertel in Münster ist dabei Ausdruck, welche Bedeutung Wissenschaft als Standortfaktor für die Stadt Münster hat. Dieser Ausdruck im Stadtbild steht zwar nicht in direktem Zusammenhang zu den Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft, sondern kann eher als Resultat eines Erkenntnisprozesses im Rahmen der Aufstellung des Integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingprozesses mit Unterstützung zahlreicher Einzelprojekte, wie den Großereignisbewerbungen, gesehen werden.



### 7.3.3 Kategorie „Stadtgesellschaft“

#### Karlsruhe

Ein direkter Effekt der gescheiterten Bundesgartenschaubewerbung war die Gründung der Bürgerinitiative „ProBundesgartenschau“ im März 2003. Diese setzte sich dafür ein, die Bundesgartenschauaktivitäten der Stadt zu unterstützen und voranzutreiben. Nach dem Rücktritt vom Vorhaben wurde der im Mai 2003 der Bürgergartenschau e. V. gegründet, der sich zum Ziel gesetzt hatte, die Projekte der Bundesgartenschaukonzeption weiter zu verfolgen. Dieses bürgerschaftliche Engagement trug dazu bei, dass Teile des ehemaligen Bundesgartenschaukonzepts, so z. B. der „Landschaftspark Rhein“, im Masterplan der Stadt für das Jahr 2015 aufgenommen wurden. Auch setzte sich der BÜGA e. V. für die erneute Bewerbung im Jahr 2007 ein (Bürgergartenschau e. V. Karlsruhe 2007). Für die Stadt Karlsruhe stellt der Verein einen Akteur „mit großem Sachverstand“ dar, der in die städtischen Planungen zur Realisierung der Projekte auch ohne Bundesgartenschau eingebunden wurde (Gemeinderat Karlsruhe 2008c, 4). Die Homepage des Vereins ist zwar nicht mehr aktiv, doch gibt der Verein auch heute noch Impulse für die Stadt Karlsruhe. So wird das Projekt „Offene Pforte – Die privaten Gärten und Höfe Karlsruhes entdecken“ auf Initiative des BÜGA e. V. zum 300. Stadtgeburtstag durchgeführt (Stadt Karlsruhe 2014c).

Im Vergleich dazu konnte für die Bewerbungsaktivitäten „Olympia 2012“ keine gesellschaftlich relevanten Effekte beobachtet werden. Zwar blieb die Stadt dem Thema „Sport“ treu und verdeutlichte dies auch, indem ein spezielles Handlungsfeld „Sport, Freizeit und Gesundheit“ im Masterplan 2015 aufgenommen wurde. Allerdings gibt es keinen Beleg für einen direkten Zusammenhang zwischen der Verstetigung der Thematik und der ehemaligen Olympiabewerbung. Die daraus resultierenden verbesserten Bedingungen für die Bürger von Karlsruhe können nur vermutet werden.

Die Kulturhauptstadtbewerbung trug im Besonderen dazu bei, die Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Stadt zu verbessern. Bereits im Bewerbungsprozess zur Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt fand eine aktive Bürgerbeteiligung und Bürgerinformation statt. So wurden zusammen mit der Bevölkerung Ideen und Vorschläge für die Kulturhauptstadt Europas 2010 in Karlsruhe entwickelt, die in die Bewerbungskonzeption eingearbeitet wurden. Dies äußerte sich z. B. durch die *„mündlichen wie schriftlichen Anhörung aller im Kulturleben der Stadt Organisierten, [die] Information und Einbeziehung der Bürgervereine und Ortschaftsräte, zahlloser Medienkontakte und die Information der nichtorganisierten Bevölkerung durch viele Veranstaltungen“* (Gemeinderat Karlsruhe 2003j, 2). Zwar startete Karlsruhe erst nach dem offiziellen Beschluss des Gemeinderates im Dezember 2003 mit öffentlich wirksamen Aktionen, doch konnten vor allem durch diese eine hohe Aufmerksamkeit in der Karlsruher Bevölkerung erzeugt werden. Dazu zählte z. B. die Kulturnacht im Februar 2005 (Gemeinderat Karlsruhe 2004, 2). Aber auch Plakataktionen im Stadtraum und die Kulturhauptstadtstraßenbahn präsentierten die In-

tention Karlsruhes, Kulturhauptstadt Europas 2010 zu werden (Stadt Karlsruhe 2005, 17-100). Durch die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt mit dem Leitthema „Recht und Gerechtigkeit“ wurde ein Identifikationsmerkmal für die Bevölkerung der Stadt geschaffen, welches zum einen in die Schulen getragen wurde und dort verstärkte Aufmerksamkeit erfuhr (Fischer und Theurer 2005/06, 2). Zum anderen verbesserten sich durch das Thema „Recht“ als Gemeinschaftsmerkmal die Kooperationen zwischen den Kultureinrichtungen, die bei der Ausrichtung verschiedener Veranstaltungen und Ausstellungen zusammenarbeiteten (Fischer und Theurer 2005/06, 2).

Dieser Prozess kann weiterhin als andauernd verstanden werden, da auch nach dem Scheitern der Kulturhauptstadtbewerbung zahlreiche Leitprojekte realisiert bzw. weiterentwickelt und fortgeführt wurden. Dazu zählt z. B. der Kreativpark Ostau oder der Platz der Grundrechte, die durch ihre räumliche Wirksamkeit offensichtlich im Bewusstsein der Bevölkerung verankert wurden. Aber auch das kulturelle Leben in der Stadt erhielt durch die Bewerbungsaktivitäten nachhaltige Impulse. Dazu zählt die Nacht des Rechts, welches ein Kulturfestival darstellt, das von den Kulturschaffenden und den Kulturinstitutionen organisiert wird und das Thema Recht mit Kultur in zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen verbindet (Funck et al. 2007, 69-70). Auch der Europäische Stadtbrief wurde als Projekt weitergeführt und konnte im Rahmen der „National Heroes“, einer Initiative zur Umsetzung von Bewerbungsprojekten der gescheiterten Kulturhauptstädte, umgesetzt werden. Angesiedelt beim Institut für Stadtgeschichte setzte sich Karlsruhe und die ehemaligen Bewerberstädte mit dem Thema auseinander, welche Bedeutung Kultur für die zukünftige Entwicklung in den Städten hat (Fischer und Theurer 2005/2006, 2). Durch die finanzielle Unterstützung der Bundeskulturstiftung konnte 2007 ein internationaler Kongress „Judging Values – Werturteile“ veranstaltet werden, der im Kontext des Projektes „Europäisches Haus der Gerechtigkeit“ stand, welcher unter dem Titel „Karlsruher Plattform“ nach dem Scheitern der Bewerbung weitergeführt wurde. Diese Aktivitäten führten dazu, dass die Kulturhauptstadtbewerbung maßgebliche Impulse gegeben hat, das Thema „Recht und Gerechtigkeit als Grundlagen der Kultur im zusammenwachsenden Europa“ zur Stärkung des Zusammenhalts unter den kulturellen Institutionen der Stadt zu etablieren, was durch große Resonanz beim interessierten Publikum honoriert wurde (Funck et al., 131).

Die Weiterführung der Kulturhauptstadtprojekte können jedoch nicht nur mit einer Verbesserung der Bürgeridentifikation in Zusammenhang gebracht werden. Aus der Perspektive wirtschaftlicher Standortfaktoren zählen diese Impulse auch zur Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt. Es wurden nicht nur städtische Räume revitalisiert oder Kunstwerke errichtet, sondern auch das kulturelle Angebot entwickelte sich durch die Erfahrung aus der Kulturhauptstadtbewerbung weiter und profilierte sich.

## Münster

Nicht nur für die Stadt Münster selbst, sondern auch für die Bürger der Stadt, hatte die Kulturhauptstadtbewerbung einen besonderen Stellenwert. Sowohl für den Bewerbungszeitraum als auch darüber hinaus konnten Effekte im Bereich Bürgerbeteiligung und Verbesserung der kulturellen Identität und Lebensqualität in der Stadt beobachtet werden. Die Kulturhauptstadtbewerbung der Stadt Münster sollte von Beginn an als „Bürgerinitiative mit dem Oberbürgermeister als Schirmherr“ verstanden werden (Stadt Münster 2002b). Neben der umfangreichen finanziellen Unterstützung des Bewerbungsprozesses, war für Münster auch eine aktive Beteiligung der Bürgerschaft bei der Entwicklung von Bewerbungsideen und bewerbungsunterstützenden Maßnahmen charakteristisch. So wurden bereits im Mai 2002 erste Ideen in der „Werkstatt Kunst und Kultur“ von Vertretern verschiedener Kultureinrichtungen und Kunstförderern erarbeitet und mit Bürgern diskutiert (Stadt Münster 2002a). Durch dieses Format der Zukunftswerkstatt wurden die Bürger von Beginn an in den Bewerbungsprozess eingebunden und zur Entwicklung eigener Ideen angeregt. Während des Bewerbungsprozesses wurde der Kulturklub 2010 von Münsters Bürgern ins Leben gerufen, der nicht nur Informationen zur Kulturhauptstadtbewerbung gab, sondern in Gesprächsreihen und zahlreichen Veranstaltungen den Bürgern ihre Stadt nahebrachte (Stadt Münster 2004c). So entstand z. B. die Konzertreihe „1000 Jahre Jazz“, die verschiedene Künstler im Kulturklub 2010 zusammenkommen ließ (Stadt Münster 2004f). Die Räumlichkeiten dienten jedoch auch dazu, als Treffpunkt in regelmäßigen Abständen über die Kulturhauptstadtbewerbung Münsters zu debattieren und Ideen zu entwickeln. Diese verschiedenen Formate, die zum einen die Bürgerbeteiligung am Bewerbungsprozess unterstützten und organisierten und zum anderen auf Initiative der Bürgerschaft selbst ins Leben gerufen wurden, drückten die hohe Akzeptanz des Kulturhauptstadtprojektes in der Stadt aus. Laut Zeitungsumfragen beurteilten nach zwei Jahren Bewerbungsprozess 80% der Münsteraner die Bevölkerung als positiv (Rat der Stadt Münster 2004a, 2).

Doch nicht nur während des Bewerbungsprozesses konnte Münster mit einer Reihe von interessanten Veranstaltungen punkten und die Identität der Bürger mit ihrer Stadt verbessern. Nachdem feststand, dass nicht Münster, sondern Essen und das Ruhrgebiet Europäische Kulturhauptstadt werden sollten, setzte sich der Oberbürgermeister der Stadt Münster weiter dafür ein, einen „Kultursommer 2010“ stattfinden zu lassen. Damit sollten die im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung begonnenen Prozesse zur kulturellen Profilierung der Stadt weiter fortgeführt werden (Stadt Münster 2008). Den finanziellen Grundstein für den „Kultursommer 2010“ legten, ähnlich wie bei der Bewerbung, regionale Kreditinstitute durch die Bereitstellung von 300.000 Euro Fördergeldern (Stadt Münster 2008). Dadurch konnte für 2010 ein sechswöchiges Kulturprogramm für Münster aufgestellt werden, welches nicht nur für die Bürger der Stadt, sondern auch für Touristen und Gäste auf die Beine gestellt wurde. Durch Veranstaltungen wie diese sollten Partnerschaften und Kooperationen zwischen Kulturinstitutionen und der freien Szene weiter

ausgebaut und verstetigt werden. Der Anstoß dazu kam ursprünglich aus der Kulturhauptstadtbewerbung der Stadt Münster. Im Jahresverlauf 2010 fanden mehr als 200 Einzelveranstaltungen statt, wodurch die Stadt auch ohne den begehrten Titel zeigen konnte, „über welch ein reiches Potential sie als traditionsreiche und lebenswerte Kulturstadt verfügt“ (Stadt Münster 2010b).

Auch die Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft 2005 und 2006 enthielten zahlreiche konkrete Projektvorschläge, die vor allem die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die Münsteraner näherbringen sollte. Dabei wurden für die Bewerbungsunterlagen neue Projekte entwickelt oder bereits geplante und etablierte Projekte eingearbeitet. Dazu zählt das Projekt „Wissenschaftsbox“, welches sowohl für 2005 als auch für 2006 vorgesehen worden war. In einem ausrangierten Seecontainer wurde ein Ausstellungspavillon eingerichtet, sollten aktuelle Forschungsprojekte erlebbar werden (Stadt Münster 2003d, 15). Bereits 2004 kam diese Wissenschaftsbox zum Einsatz und wurde auch darüber hinaus fortgeführt (Westfälische Wilhelms-Universität Münster 2004). So wurde im Wissenschaftsjahr 2009 die Wissenschaftsbox auf die Reise durch das Münsterland geschickt, um Bürgern Einblicke in die Forschung an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster zu geben und über die Bedeutung von Wissenschaft im Alltag zu informieren (Echo Münster 2009). Parallel zu den beiden Bewerbungsprozessen zur Stadt der Wissenschaft, wurde immer wieder betont, dass ein Teil der Projekte auch ohne die Einwerbung des Titels realisiert werden würden (Stadt Münster 2003c, 17; Stadt Münster 2004j, 17). Die Wissenschaftsbox ist eines dieser Projekte. Allerdings stellte sich das Nachverfolgen weiterer Projekte vor dem Hintergrund schwierig dar, dass nicht zwangsläufig die Projektnamen übernommen wurden und auch die Vielzahl der Projekte und involvierten Akteure eine Nachverfolgung kaum ermöglichten. Neben diesen möglichen gesellschaftlichen Effekten für die Stadt Münster, konnte 2008 durch eine Umfrage in der Stadt festgestellt werden, dass die Münsteraner von ihrer Stadt begeistert sind und sich mit ihrem Profil identifizieren: „Die Umfrageergebnisse bestätigen den eingeschlagenen Weg, Münster als Stadt der Wissenschaft mit städtebaulichen Qualitäten und einer herausragenden Lebensqualität zu positionieren (Stadt Münster 2008). Sowohl der gescheiterte Bewerbungsprozess zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 als auch die zwei gescheiterten Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft 2005 und 2006 haben einen Anteil daran, dieses Profil Münsters zu bilden und damit der Bevölkerung eine hohe Lebensqualität zu bieten.

#### **7.3.4 Kategorie „Politik“**

##### **Karlsruhe**

Für die Stadt Karlsruhe standen zu Beginn des 21. Jahrhunderts verschiedene thematische Großereignisse auf der Agenda, die alle vor dem Hintergrund des 300-jährigen Stadtgeburtstags im Jahr 2015 stattfinden sollten: Europäische Kulturhauptstadt 2010,

Olympische Sommerspiele 2012, Bundesgartenschau 2015. Der Stadtgeburtstag stellte einen zeitlichen Horizont dar, bis zu dem sich die Stadt „schick“ machen wollte. Die Großereignisse sollten dazu beitragen, den Blick auf die noch junge Geschichte von Karlsruhe zu lenken und die Wahrnehmung auf die Stadt zu verbessern.

Die Olympischen Spiele in Baden-Württemberg mit Stuttgart als Hauptveranstaltungsort auszurichten, stellte dabei eine Möglichkeit dar, die sich Karlsruhe nicht entgehen lassen konnte: „Damit wird die Chance gewahrt, Karlsruhes Image als Sportstadt international zu festigen und auszubauen“ (Gemeinderat Karlsruhe 2001c, 1). Dieser Ansatz wurde auch parallel neben der Beteiligung an der Olympiabewerbung aufrechterhalten, in dem die Neue Messe Karlsruhe als sportlicher Ausrichtungsort in die weiteren Bemühungen um internationale Sportgroßveranstaltungen eingebunden wurde (Gemeinderat Karlsruhe 2003a, 3). Um die Wahrnehmung auf die Stadt zu verbessern sollte vor allem schon der Zeitraum des nationalen Auswahlprozesses genutzt werden, um im „Schaufenster der Welt zu stehen“ (Gemeinderat Karlsruhe 2003a, 5). Dies blieb jedoch nur eine Wunschvorstellung, da die Stuttgarter Bewerbung zusammen mit Karlsruhe bereits im April 2003 früh aus dem nationalen Wettbewerb ausschied und von den fünf deutschen Kandidaten nicht einmal in den Endkampf kamen (ka news 2003b).

Anders als bei der Olympiabewerbung zusammen mit Stuttgart gelang es Karlsruhe durch den Bewerbungsprozess zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 auf sich aufmerksam zu machen. So stand bereits zu Beginn des Bewerbungsprozesses im Januar 2001 fest, „selbst wenn die Bewerbungsphase letztlich nicht zu einem Zuschlag für die Stadt Karlsruhe führen sollte, wären die bis zu diesem Zeitpunkt aufgewendeten Mittel keineswegs wirkungslos. Schon die Bewerbung selbst sollte als herausragendes Marketinginstrument verstanden werden.“ (Gemeinderat Karlsruhe 2001b, 8). So war geplant, dass die Stadt bereits in im Bewerbungsprozess die Europäischen Kulturtage und grenzüberschreitende Kulturprojekte ausrichten wollte, um die Stadt auf die Europäische Kulturhauptstadt einzustimmen. Allerdings ließ das Budget der Stadt Karlsruhe in der ersten Phase der Bewerbung bis Dezember 2003 kaum Marketingauftritte zu, sondern konzentrierte sich vorrangig auf die Erarbeitung einer Bewerbungskonzeption und die Information der Bürger über das Verfahren (Gemeinderat Karlsruhe 2003g, 4). Einen Beitrag zur Erhöhung der Wahrnehmung auf die Stadt Karlsruhe bot 2004 z. B. der Kultur-TÜV des TV-Senders 3sat, der alle Bewerberstädte Deutschlands porträtierte und eine bundesweite Plakatkampagne (Gemeinderat Karlsruhe 2003g, 22). Nachdem der Gemeinderat Karlsruhe im Dezember 2003 die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt beschlossen hatte, wurde das Projekt öffentlichkeitswirksamer. So finanzierte das Land Baden-Württemberg eine Plakatkampagne, welche die Bewerbungsabsichten der Stadt z. B. in Berlin mit Sprüchen wie „Karlsruhe muss Hauptstadt werden“ und „Kunst kommt von Karlsruhe“ visualisierte (Stadt Karlsruhe 2005, 18-19). Neben dieser Landeskampagne gab es auch zahlreiche regionale und lokale Aktionen. In Karlsruhe selbst wurde fuhr

eine Kulturhauptstadtstraßenbahn, die alle Bürger und Gäste der Stadt auf die Absicht Karlsruhe aufmerksam machte. Großbanner in der Karlsruher Innenstadt, Messeaktionen und Kulturhauptstadtbotschafter warben bis zur nationalen Entscheidung für Karlsruhe als Europäische Kulturhauptstadt 2010.

Durch die Leitprojekte „Europäisches Haus der Gerechtigkeit“ und „Europäischer Stadtbrief“ der Kulturhauptstadtbewerbung wurde das Thema Recht zu einem Positionierungsmerkmal, welches nicht nur die Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Stadt erhöhte, sondern auch zu einer Schwerpunktsetzung bei politischen Entscheidungen führte. So setzte sich Ende 2005 die Verwaltung dafür ein, dass weitere städtische Mittel in den Haushalt eingestellt werden, um das „Europäische Haus der Gerechtigkeit“ und den „Europäischen Stadtbrief“ als Folgeprojekte weiterunterstützen zu können (Gemeinderat 2005c, 1). Als „Karlsruher Plattform“ fand das Projekt „Europäisches Haus der Gerechtigkeit“ schließlich Eingang in den Masterplan 2015 und sollte dazu beitragen, Recht als zentrales Kulturgut einer Gesellschaft zu diskutieren (Stadt Karlsruhe 2007, 34). Mit finanzieller Unterstützung der Bundeskulturstiftung fand 2007 die erste Veranstaltung im Rahmen der „Karlsruher Plattform“ statt (CDU Fraktion Gemeinderat Karlsruhe 2006). Auch das ehemalige Kulturhauptstadtprojekt „Europäischer Stadtbrief“ fand sich im Handlungsfeld „Kultur“ des Masterplans Karlsruhe 2015 wieder. Fachspezifische Workshops und Tagungen, im Austausch mit den ehemaligen Kulturhauptstadt-Bewerbern sollen einen Beitrag zur Frage leisten: Welche Bedeutung haben Kunst und Kultur für die Zukunft unserer Städte? Karlsruhe setzte sich dabei mit der Zukunft des Stadtmuseums unter veränderten demografischen Rahmenbedingungen und der Zukunft der Stadtgestaltung auseinander. Letzteres zielte auf die Wahrnehmung der derzeitigen städtischen Herausforderungen wie den klimatischen Veränderungen durch Projekte im öffentlichen Raum ab (Stadt Karlsruhe 2011a). Zwar konnte kein Beleg gefunden werden, dass diese Reihe „Karlsruher Plattform“ weitergeführt wurde, jedoch zeugen ähnliche Projektvorhaben wie z. B. die Kampagne „Mit Recht. Karlsruhe“ zu der der „Platz der Grundrechte“ und der „Europäische Stadtbrief“ gehört von der Verstetigung der Themen „Recht“ und „Gerechtigkeit“ im Stadtprofil Karlsruhe (Stadt Karlsruhe 2014b).

Vor dem Hintergrund die Kulturregion Oberrhein zu stärken, die Zweisprachigkeit in der Region zu verbessern und Initialzündung für die weitere Stadtentwicklung und die Verkehrsplanung zu bekommen, wurde die Bewerbung mit Straßburg als besonders geeignet eingeschätzt. Seit 2001 wurde dafür eine gemeinsame ständige Arbeitsgruppe das „Kulturstadtbüro“ eingesetzt, welche unter Federführung der Kulturdezernenten der beiden Städte die Bewerbung federführend organisieren sollte (Gemeinderat Karlsruhe 2001b, 2-3). Diese Abstimmungs- und Kommunikationsprozesse zogen sich bis Mai 2003, als sich die Stadtverwaltung Straßburgs schriftlich festlegte, Karlsruhes Initiative zur Europäischen Kulturhauptstadt zu unterstützen (Gemeinderat Karlsruhe 2003c, 1).

Allerdings stand zu diesem Zeitpunkt auch fest, dass eine Doppelbewerbung der beiden Städte formal nicht möglich sei würde.

Neben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, war Karlsruhe auch an der Verbesserung regionaler Kooperationen gelegen. Vor diesem Hintergrund und mit dem Ziel „ein neues Verhältnis zur Stadt Stuttgart aufzubauen“ beteiligte sich die Stadt seit 2001 im Initiativkreis „Olympiabewerbung Stuttgart“, einem Zusammenschluss von 52 Kommunen zur Vorbereitung einer Olympiabewerbung (Gemeinderat Karlsruhe 2001c,1). Bereits während des Bewerbungsprozesses wurde im Gemeinderat deutlich, dass die Beteiligung Karlsruhes an den Olympiaaktivitäten der Landeshauptstadt Stuttgarts etwas bewegt hat, was so noch nicht eingetreten war: „Olympia hat ein Forum des Miteinander Sprechens geschaffen“, wodurch sich das Verhältnis der Städte untereinander wesentlich verbessert hat (Gemeinderat Karlsruhe 2003b, 2).

Im Zuge der Aufstellung der Bewerbungskonzeption für die Europäische Kulturhauptstadt in Karlsruhe wurde die Erkenntnis gemacht, dass sich die Stadt ihrer Stärken, ihrer Identität bewusst sein sollte, um Bewerbungsprojekte zu entwickeln, die mit der Stadt in direktem Zusammenhang stehen (Gemeinderat Karlsruhe 2003g). Dieser Bewusstseinsbildungsprozess führte zur Entwicklung von Leitlinien und Projektideen für 2010, die auch in den nachfolgenden Jahren Grundlage für die Entwicklungen strategischer Zielsetzungen in der Stadt waren. Bereits im Bewerbungsprozess wurde deutlich gemacht, dass zwischen dem Projekt „Kulturhauptstadt“ und anderen städtischen Vorhaben Schnittstellen herausgearbeitet und definiert werden sollten. Nur so und mit dem Ziel bereits im Bewerbungsprozess konkrete Vorhaben zu realisieren, war die Investition von 2 Mio. Euro öffentlicher Gelder für die Bewerbung gerechtfertigt (Gemeinderat Karlsruhe 2003i, 2-3). Vor diesem Hintergrund wurde der Bewerbungsprozess zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 als ein Weg gesehen, bei dem sich die Stadt aufmachte, um ihre „eigene Identität zu finden und sie fortzuentwickeln“ (Gemeinderat Karlsruhe 2003h, 2). Während der Aufstellung der Bewerbungskonzeption wurde immer wieder betont, welchen Schwung und welche Dynamik das Projekt Europäische Kulturhauptstadt 2010 in der Stadtpolitik ausgelöst hatte (Gemeinderat Karlsruhe 2003h, 6). So ist für den Bewerbungsprozess Karlsruhes charakteristisch gewesen, dass sich die Stadt mit Zielsetzungen für die Zukunft auseinandergesetzt und Stärken der Region und der Stadt erkannt und zusammengetragen hat (Gemeinderat Karlsruhe 2003h, 6).

Der Ausdruck der Bedeutung dieser Zielsetzungen wurde dahingehend verstärkt, dass z. B. die Leitprojekte der Kulturhauptstadtbewerbung nach dem Scheitern des Bewerbungsprozesses Eingang in den Masterplan Karlsruhe 2015 fanden. Doch nicht nur Projekte der gescheiterten Kulturhauptstadtbewerbung, sondern auch der Umbau des Wildpark Stadion, welches als Wettkampfstandort für die Olympischen Spiele 2012 vorgesehen war und die Förderung des Vereinssports in der Stadt fanden Eingang in den Masterplan 2015 (Stadt Karlsruhe 2007, 33). Im Aufstellungsprozess zum Masterplan Karls-

ruhe 2015 wurden zum ersten Mal Ideen der gescheiterten Großereignisbewerbungen und anderen Stadtentwicklungsprojekte wie der Kombilösung oder der Initiative zur Verbesserung der Innenstadt gebündelt. Somit erhielten die Bewerbungs- und Beteiligungsverfahren im Zuge der Großereignisbewerbungen auch im Nachhinein ihre Legitimität, da aus all diesen Prozessen Erfahrungen, Projekte und Erkenntnisse nun im Masterplan 2015 weitergeführt wurden (Gemeinderat Karlsruhe 2007b, 23).

Wie im Kapitel zum stadt- und regionalpolitischen Hintergrund von Karlsruhe bereits deutlich gemacht wurde, war letztlich der Aufstellungsbeschluss zum Masterplan 2015 das Resultat der einzelnen gescheiterten Großereignisbewerbungen. Der 300. Jährige Stadtgeburtstag im Jahr 2015 konnte zwar nicht durch die Ausrichtung der Großereignisse gerahmt werden, doch galt immer noch als Zielhorizont mit einzelnen Handlungsfeldern, welche u. a. die Projekte der gescheiterten Großereignisbewerbungen aufnahmen. So wurden der „Pamina Rheinpark“ und der „Rheinauenerlebnispark“ (Stadt Karlsruhe 2009d, 67-70) und der „Alte Schlachthof“ (Stadt Karlsruhe 2009e, 72-74) in ihrer Umsetzung priorisiert (Stadt Karlsruhe 2009a, 7), welche bereits in den Bewerbungen zur Bundesgartenschau 2015 und zur Europäische Kulturhauptstadt 2010 von besonderer Bedeutung waren. Die Idee der Sportstadt Karlsruhe, die im Zuge der Bewerbung für „Olympia 2012“ diskutiert wurde, findet sich im Handlungsfeld „Sport, Freizeit und Gesundheit wieder“, zu deren Umsetzung der Umbau des Wildparkstadions in ein reines Fußballstadion gehört, welches als Austragungsort der Vorrundenfußballturniere für Olympia 2012 geplant gewesen war (Stadt Karlsruhe 2009c, 58-59). Mit dem Handlungsfeld „Hochschulen /Wissenschaft /Forschung/Innovative Technologien“ wurde auch der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft Rechnung getragen. 2005 wurde das Leitprojekt „Studentenstadt“ im Masterplan 2015 beschlossen (Käthler 2011, 71), welche das Ziel verfolgte ein „studentenfreundliches Umfeld zu schaffen, um Karlsruhe als Studienort attraktiver zu machen“ (Stadt Karlsruhe 2009b, 14). Dieses wurde 2010 zur „Wissenschaftsstadt“ erweitert und auf Beschluss des Gemeinderates mit hoher Priorität weiterverfolgt (Gemeinderat Karlsruhe 2010). Im Nachgang der gescheiterten Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 und im Zusammenhang mit dem Projekt „Wissenschaftsstadt“ wurde 2010 ein Wissenschaftsbüro im Bereich des Stadtmarketings der Stadt Karlsruhe angesiedelt. Es stellt eine zentrale Anlaufstelle für alle Hochschul- und Wissenschaftsthemen dar. Durch diese Institutionalisierung wurde die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die Stadt Karlsruhe hervorgehoben und baut auf die bereits im Bewerbungsprozess begonnene Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlichen Einrichtungen mit Partnern aus Verwaltung und Wirtschaft auf (Stadtmarketing Karlsruhe GmbH 2003).

Durch den erneuten Versuch eine Bundesgartenschau zum Stadtgeburtstag 2015 auszurichten, verpflichtete sich die Stadt Karlsruhe auch unabhängig vom Ausgang des Wettbewerbs, das für die Bundesgartenschaubewerbung aufgestellte Freiraum- und Grünflä-



chenkonzept zu verwirklichen (Gemeinderat 2008b, 1). Zahlreiche Planungen für die Bundesgartenschau 2015 waren ohnehin mit dem Masterplan 2015 verbunden, so dass der Zuschlag für die Ausrichtung nur eine Draufgabe, ein „Geschenk zum Stadtgeburtstag“ gewesen wäre. Die Planungen zur Bundesgartenschau wurden durch Arbeitsgruppen wie die Arbeitsgruppe Landschaftspark Rhein vorbereitet, die auch nach dem erneuten Scheitern aufrechterhalten wurden und die weiteren Planungen bis zum Stadtgeburtstag vorantreiben sollten (Gemeinderat Karlsruhe 2008c, 3). Der zweite Anlauf die Bundesgartenschau 2015 nach Karlsruhe zu holen scheiterte zwar an der Entscheidung der Bundesgartenschau GmbH die Havelland Region als Ausrichter zu benennen, doch trug sie im politischen Diskussionsprozess dazu bei, dass die Leitprojekte des Masterplans vor dem Hintergrund des Stadtgeburtstags auf ihre Dringlichkeit weiter vorangetrieben wurden.

### **Münster**

Der Bewerbungsprozess zur Europäischen Kulturhauptstadt in Münster erfolgte parallel zur „systematischen Zukunftsdebatte [welche seit 2002] als Antwort auf die Herausforderungen des Standortwettbewerbs und der Verwaltungsstrukturreform geführt in Münster geführt wurde (Stadt Münster 2014). Geprägt durch intensive Konsultationsverfahren mit der Einwohnerschaft und Konzeptionsdebatten über die richtigen Wege in die Zukunft der Stadt Münster, trug dieser Bewerbungsprozess nicht nur dazu bei Ideen für die Bewerbungsunterlage zu erarbeiten, sondern auch ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, welche Rolle Kultur für Münster Zukunft spielen soll (Rat der Stadt Münster 2003b, 3). So resultierte der Bewerbungsprozess nicht nur in der Abgabe der Bewerbungsschrift, sondern gab den Impuls und Rahmen für Münster zusammen mit den Bürgern der Stadt, strategische Entwicklungsarbeit im Bereich Kultur und darüber hinaus zu leisten. Der Bewerbungsprozess selbst galt als Leitprojekt zur Aufstellung des ISM, wobei vor allem der Kommunikationsprozess mit den Bürgern der Stadt dazu beitragen sollte, Lösungen für die Realisierung der Leitorientierungen des ISM zu erarbeiten (Rat der Stadt Münster 2004c). Dies basierte auf den Erfahrungen während des Bewerbungsablaufs, woraus geschlussfolgert wurde, dass „mit der Bewerbung um die ‚Kulturhauptstadt‘ eine langfristige Strategie für ein Stadt-Marketing entwickelt und die Kommunikation in der Stadt verbessert werden könnte“ (Rat der Stadt Münster 2002a, 3). Durch die Verbindung der Kulturhauptstadtbewerbung mit dem Leitthema „Kunst und Kultur“ des Stadtmarketingprojektes wurde deren Bedeutung für die Zukunft der Stadt unterstrichen. Kulturelle Großprojekte sollten das kulturelle Image der Stadt auch zukünftig prägen (Rat der Stadt Münster 2002b).

Zwar fanden die Erfahrungen aus der Kulturhauptstadtbewerbung Eingang in die strategische Gesamtplanung der Stadt, doch konnte kein Beleg gefunden werden, dass auch nach dem Scheitern an der Aufstellung eines „Kulturpolitischen Entwicklungsrahmens“ festgehalten wurde. Dieser sollte nach dem Scheitern der Bewerbung ausgearbeitet wer-

den und auch gewährleisten, dass die Bewerbungsarbeit kritisch aufgearbeitet und mit neudefinierten Zielen weiter fortgeführt wird (Rat der Stadt Münster 2004d, 2). Die Profilierung

Ähnlich wie die Kulturhauptstadtbewerbung, stellte auch der Bewerbungsprozess zur Stadt der Wissenschaft 2005 ein Baustein zur Realisierung der Leitorientierungen im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingprozesses Münster dar. Dort wurde das Profil „Wissenschaft und Lebensart“ aufgestellt, wozu zählte, dass Münster zu den führenden Bildungs-, Wissenschafts-, Forschungs- und Entwicklungsstandorten in Europa entwickelt und als Wirtschaftsstandort die Stadt des dynamischen Mittelstandes Nordrhein-Westfalen wird (Rat der Stadt Münster 2004c). Bereits der Bewerbungsprozess sollte dazu genutzt werden, „Arbeitszusammenhänge und Netzwerke zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Kultur und Stadt zu stabilisieren, auszubauen und auf neue Felder zu erweitern“ (Rat der Stadt Münster 2003a, 3). Durch den Bewerbungsprozess zur Stadt der Wissenschaft 2005 wurde somit an strategische Entwicklungsansätze angeknüpft, die zeitlich parallel im Aufstellungsprozess zum ISM diskutiert wurden. In diesem Sinn kam das neu eingeführte Format der Stadt der Wissenschaft just-in-time und verhalf der Stadt Münster die Investition in den Bewerbungsprozess mit den aktuellen strategischen Diskussionen zu verknüpfen und Dynamik in den Profilierungsprozess zu bringen (Stadt Münster 2004l). So knüpfte die Bewerbung an den Vorschlag vom Juni 2003 an, ein Handlungsprogramm „Wissenschaftsstadt“ in Abstimmung mit den ortsansässigen Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu erarbeiten (Rat der Stadt Münster 2003a, 4-5). Der Wettbewerbsbeitrag Münsters zur Stadt der Wissenschaft 2005 mit den zahlreichen geplanten Projekten reflektierte dabei die bereits zahlreichen bestehenden Kooperationen und Netzwerke und stellte eine konzeptionelle Grundlage dar, das Profil Münsters als Stadt mit „Wissenschaft und Lebensart“ zu schärfen. Dazu sollten zahlreiche Projekte der Bewerbungskonzeption betragen, die zum einen bereits unabhängig von der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft liefen. Zum anderen enthielt die Bewerbungskonzeption Projekte, die neu entwickelt worden waren, allerdings nur im Erfolgsfall realisiert werden konnten und solche, die neu entwickelt, aber auch ohne Erfolg umgesetzt werden sollten (Stadt Münster 2003c, 17).

Nachdem im Januar 2004 feststand, dass Münster nicht im Finale um die Stadt der Wissenschaft 2005 ist, wurde bereits im Juli 2004 der Entschluss gefasst eine erneute Bewerbung für 2006 aufzustellen (Stadt Münster 2004g). In verschiedenen Workshops und interdisziplinären Veranstaltungen zusammen mit Akteuren aus der Stadtverwaltung, der Hochschulen und Forschungseinrichtungen wurden Ideen für ein weiteres Bewerbungskonzept entwickelt (Stadt Münster 2004i). Mit dieser Wiederholungsbewerbung wurde „ein konkreter Schritt der Umsetzung der Ergebnisse des Integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingprozesses“ gemacht (Stadt Münster 2004k). Die bereits im Bewerbungsprozess für 2005 ausgebauten Kooperationen wurden intensiviert und durch neue

Partner verstärkt (Stadt Münster 2005a). Das Wissenschaft als Standortfaktor an Bedeutung gewonnen hat, lässt sich nicht nur durch die erneute Bewerbung feststellen, sondern wurde auch durch die Einrichtung der „Stabsstelle für Hochschulangelegenheiten“ deutlich. Damit soll die Vernetzung der Einrichtungen am Wissenschaftsstandort und die Bemühungen zur Wissenschaftskommunikation forciert und mit der Stadtverwaltung verbunden werden (Stadt Münster 2004j, 3). Auch wurde im städtischen Eigenbetrieb Münster Marketing 2005 ein Wissenschaftsbüro eingerichtet, welches Ausdruck der weiteren Profilierung Münsters auf dem Weg zu einer „Wissenschaftsstadt“ (Stadt Münster 2005b). Neben diesen Institutionalisierungen zur Schwerpunktsetzung von Wissenschaft in der Stadt Münster, folgten weitere Veranstaltungen, wie das „1. Münsteraner Zukunftsgespräch“ mit der These „Zukunft ist mehr Lebensqualität – Wissenschaft ist Münsters Zukunft, die Projektideen für die Zukunft Münster als „Stadt des Wissens“ bündelten (Stadt Münster 2006). Dies stellte eine Fortsetzung des 2002 begonnenen Integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingprozesses dar, um den bisherigen Umsetzungsprozess des Profils „Wissenschaft und Lebensart“ zu reflektieren (Rat der Stadt Münster 2007, 3).

In diesem Zusammenhang wurde dem aus den Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft 2005 und 2006 entstandenen Netzwerk aus verschiedenen Akteuren der Verwaltung, Wissenschaft und Forschung Respekt gezollt, der nunmehr in eine institutionalisierte Form überführt werden sollte (Rat der Stadt Münster 2007, 4). Vor diesem Hintergrund wurde 2007 die „konzertierte Aktion Wissenschaftsstadt Münster“ initiiert, welche das Bündnis zwischen Stadt, Wissenschaft und Wirtschaft mit festen Strukturen versah und seit 2010 unter dem Label „Allianz für die Wissenschaft“ weitergeführt wurde (Rat der Stadt Münster 2007, 4; Stadt Münster 2010a). Mit diesem konsequenten Vorgehen seit 2002, die Stadt Münster mit dem Profil „Wissenschaft und Lebensart“ zu positionieren, konnte nicht nur ein interner Entwicklungsprozess ausgelöst werden, sondern auch eine Verbesserung in der Außenwahrnehmung erreicht werden. Dies wurde deutlich im Städteranking des Wirtschaftsmagazins „Capital“, welches 2009 Münster auf Position drei platzierte und damit dem Thema „Wissens als Standortfaktor“ für die wirtschaftliche Entwicklung immer mehr Bedeutung zumaß (Stadt Münster 2009; News aktuell 2009).

### **7.3.5 Zwischenfazit: Bündelung intensiver Erfahrungen**

Die Städte Karlsruhe und Münster einte, dass alle Großereignisbewerbungen scheiterten und sich die Bewerbungsprozesse überschneiden bzw. sich zeitlich konzentrierten. Im Fall von Karlsruhe machte die Stadt die Erfahrung mit fünf Vorhaben für vier unterschiedliche Großereignisformate zu scheitern, wohingegen Münster mit drei Bewerbungen für zwei unterschiedliche Großereignisse scheiterte. Im Unterschied zu Münster, scheiterte eine Großereignisbewerbung in Karlsruhe aufgrund der Entscheidung im Stadtrat, von den Bewerbungsabsichten zurückzutreten. Münster machte ausschließlich die Erfahrung aufgrund der Entscheidung der Wettbewerbsausrichter aus dem Wettbewerb auszuschneiden. Neben diesen Merkmalen ist für beide Städte typisch, dass sich im Verlauf der

Wettbewerbsteilnahme konkrete strategische Stadtentwicklungsansätze entwickelten. So standen alle Bewerbungen der Stadt Karlsruhe im Kontext des 300-jährigen Städtegeburts 2015. Die Großereignisse sollten vor allem dem Zweck dienen, die Stadt bis zu diesem Zeitpunkt fit zu machen und deren innere wie äußere Wahrnehmung zu verbessern. In Münster wurde fast zeitgleich zum Auftakt der ersten Großereignisbewerbung der Entschluss gefasst ein integriertes Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzept aufzustellen. Die Bewerbungsverfahren wurden daher von Beginn an in diesen Kontext einbezogen, um bereits aus dieser Phase Synergien für die Stadtentwicklung abzuleiten. Im Vergleich zu den anderen Stadttypen ist für die Städte Karlsruhe und Münster bemerkenswert, dass sich sowohl die Anstrengungen für mehrere Großereignisbewerbungen und die Erarbeitung strategischer Stadtentwicklungsansätze zeitlich konzentrierten und überschneiden.

So eint beide Städte, dass die Effekte der gescheiterten Großereignisbewerbungen in der Kategorie „Politik“ am bedeutendsten sind. Durch den Bewusstseinsbildungsprozess und die Erfahrung der Bewerbung, wurden sowohl in Karlsruhe als auch in Münster Akteure mobilisiert, sich konzeptionelle Gedanken über die zukünftige Entwicklung der Stadt zu machen und sich ihrer Stärken bewusst zu werden. In Karlsruhe fanden die Projekte der Bewerbungsverfahren Eingang in den Masterplan 2015, in Münster wurde entschieden das Profil „Wissenschaft und Lebensart“ weiter zu entwickeln. Somit war es auch möglich, dass Teilprojekte der Bewerbungen weiterentwickelt bzw. später realisiert werden konnten. Die Effekte in der Kategorie „Politik“ waren somit Ausgangspunkt, dass Effekte in den anderen thematischen Kategorien auftraten. In Abhängigkeit zum Großereignistyp konnten somit Bauvorhaben umgesetzt oder Veranstaltungen durchgeführt werden. Diese Wirkungsketten sind für diesen Stadttyp charakteristisch. Somit kann geschlossen werden, dass für Städte wie Karlsruhe und Münster die Konzentration der Bewerbungsprozesse eine intensive Auseinandersetzung mit sich selbst erzeugte, die zum einen unterschiedliche Akteure zusammenbrachte, und deren Verstärkung oder Institutionalisierung weitere Effekte nach sich zog. Zum anderen wurden Gesamtstädtische Konzepte oder Pläne aufgestellt, die einen Rahmen für das Weiterverfolgen der Wettbewerbsbeiträge oder der Schwerpunktsetzung von Themen darstellten.

Dass die Bewerbungsverfahren überhaupt möglich wurden, ist jedoch auf verschiedene Aspekte zurückzuführen. Während Münster durch die finanzielle Unterstützung von Firmen und Stiftungen profitierte, wurden die Bewerbungen in Karlsruhe hauptsächlich durch städtische Haushaltsmittel finanziert. Allerdings wurde am Bsp. der Kulturhauptstadtbewerbung Karlsruhes deutlich, dass Großereignisse mit europäischer Bedeutung auch die Unterstützung vom Bundesland ermöglichen, die sich für Karlsruhe finanziell und politisch einsetzte. Durch den Koalitionsvertrag des Landes Baden-Württembergs mit der ausdrücklichen Unterstützung für Karlsruhe als Bewerberstadt, wurde bereits frühzei-

tig ein bundeslandinterner Wettbewerb ausgeschlossen und Karlsruhe konnte sich allein auf den Wettbewerb konzentrieren.

**Stadttyp 3: Städte mit mind. 3 Großereignisbewerbungen, die sich zeitlich konzentrierten sowie ausschließlich scheiterten und in deren Verlauf strategische Stadtentwicklungsansätze entwickelt wurden:**

Die Konzentration der Bewerbungsprozesse trug dazu bei, dass sich die Städte ihrer Stärken bewusst wurden und Synergieeffekte für die Erarbeitung gesamtstädtischer Stadtentwicklungsansätze auftraten.

Die Wahrscheinlichkeit von nachhaltigen Wirkungsketten konzentrierter gescheiterter Großereignisbewerbungen ist höher, wenn Projekte, Akteursnetzwerke oder Themenschwerpunkte in den Aufstellungsprozess strategischer Stadtentwicklungsansätze weiter eingebunden werden und damit einen zeitlichen Entwicklungshorizont und eine Legitimität erhalten.

## **7.4 Stadttyp 4: Städte mit mehr als drei, nacheinander stattfindenden Bewerbungen, wovon eine erfolgreich war, während strategische Stadtentwicklungskonzepte aufgestellt wurden**

### **7.4.1 Kategorie „Wirtschaft“**

#### **Halle (Saale)**

Ähnlich wie Karlsruhe, unterstützte auch die Stadt Halle (Saale) einen Olympia-Kandidaten. In diesem Fall war es die Stadt Leipzig, die als sächsischer Bewerber im innerdeutschen Olympiawettbewerb um die Ausrichtung für 2012 kandidierte mit der Beteiligung verschiedener Partnerstädte. Halles Beteiligung an der Olympiabewerbung äußerte sich zum einen in der finanziellen Unterstützung zur Aufstellung einer Machbarkeitsstudie für eine Bewerbung der Stadt Leipzig mit weiteren Partnerstädten wie Chemnitz, Dresden und Riesa (Stadtrat Halle (Saale) 2002, 2). Diese legte den Grundstein für weitere städtische Investitionen, die durch die geographische Nähe zu Leipzig sowie der vorhandenen sportlichen und Hotelinfrastruktur begründet wurden. Somit wurden in den städtischen Haushalt 2002 und 2003 insgesamt 210.000 Euro eingestellt, um die anfallenden Kosten der Bewerbung als Partnerstadt mitzutragen (Stadtrat Halle (Saale) 2002, 3). Um die notwendige öffentliche Unterstützung für solch eine Bewerbung auch in der Stadt Halle (Saale) zu generieren, wurden zusätzlich 13.500 Euro aus dem städtischen Haushalt genutzt, um Printwerbung, Give-Aways, Anzeigen und Ausstellungstafeln finanzieren zu können (Stadtrat Halle (Saale) 2002, 3). Vor dem Hintergrund der schwierigen finanziellen Lage der Stadt, stellten diese Summen eine riskante Investition dar. Dennoch setzte sich die Stadtspitze für dieses Projekt ein und bezeichnete es als ein Vorhaben, welches trotz aller Sparzwänge für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Halle (Saale)

von besonderer Bedeutung gewesen ist (Stadt Halle (Saale) 2003c, 1). Als Leipzig als nationaler Kandidat feststand, wurden weitere finanzielle Zuweisungen von der Stadt Halle (Saale) für die Beteiligung am internationalen Wettbewerb notwendig, die sich auf eine Höhe von 1.637.300 Euro beliefen (Stadtrat Halle (Saale) 2004f, 1). Während ein Teil dieser Mittel ausgegeben wurde, standen nach dem Ausscheiden aus dem internationalen Wettbewerb finanzielle Mittel in Höhe von 748.568 Euro zur Verfügung. Diese wurden für die Sportförderung und die Finanzierung der Kulturhauptstadtbewerbung sowie des Stadtgeburtstags Halle (Saale) eingesetzt (Stadtrat Halle (Saale) 2004f, 1). Dabei floss das Geld für die Sportförderung nicht nur in infrastrukturelle Maßnahmen wie die Bauunterhaltung der Sportanlagen oder Reparaturarbeiten, sondern wurde auch für die Erhöhung des Stiftungskapitals der „Stiftung Sport“ und der Förderung im Bereich Nachwuchssport „Fußball“ eingesetzt. Somit hatte die Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der Olympiabewerbung zwar vor allem direkte wirtschaftliche Effekte auf den städtischen Haushalt, doch konnten dadurch Mittel für den Bereich Sport gebunden werden, die auch nach dem Scheitern diesem Themenbereich zugeführt wurden. Die direkten Investitionen führten so zu indirekten Effekten in den Bereichen Infrastruktur und Gesellschaft. Ebenso konnte damit eine weitere Bewerbung, zur Europäischen Kulturhauptstadt unterstützt werden.

Ähnlich wie die Olympiabewerbung, wurde auch die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt hauptsächlich durch städtische Mittel finanziert. Für die Dauer von zwei Jahren (2004 bis 2005) wurden insgesamt 600.000 Euro für den Bewerbungsprozess kalkuliert, wobei ein Teil mit 400.000 Euro durch den städtischen Haushalt, ein Teil mit 100.000 Euro von der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH und ein Teil mit 100.000 Euro durch Sponsoren abgedeckt werden sollte (Stadtrat Halle (Saale) 2004b, 13). Trotz der schwierigen finanziellen Lage der Stadt und der Notwendigkeit, Geld an vielen Stellen einzusetzen, war das Verständnis im Stadtrat da, finanziell in die Bewerbung zu investieren. Dies geschah vor allem auch vor dem Hintergrund, dass Halle (Saale) sich jedes Jahr mit insgesamt 11% des Gesamthaushaltes einen „exorbitanten“ Kulturhaushalt leistete“ (Stadtrat Halle (Saale) 2004c, 12).

Diesen direkten Kosten, welche auch als direkte Effekte der Kulturhauptstadtbewerbung in Bezug auf den städtischen Haushalt zu betrachten sind, standen bedeutend geringere Einnahmen gegenüber. So wurde z. B. eine überregionale Plakatkampagne mit dem Ehrenbürger Hans Dietrich Genscher auf Basis einer Sponsoren- und Fördervereinbarung zwischen der Stadtverwaltung Halle (Saale) und der Firma Stroer/DSM finanziert. Auch konnten 6.000 Euro von Sponsoren eingeworben werden, welche im Rahmen des publikumswirksamen Projektes „Lange Nacht der Kulturen“ in der Neuen Residenz umgesetzt werden sollten (Stadt Halle (Saale) 2005a, 3). Diesen direkten Effekten standen während des Bewerbungsprozesses indirekte Effekte gegenüber, die jedoch von minimaler Wirksamkeit waren. Dazu zählen z. B. Multiplikatoreffekte auf die ortsansässige Wirtschaft,

die durch die Bewerbungsaktivitäten ausgelöst wurden. Zwar wurde versucht ortsansässige Firmen in den Druck von Plakaten und „Give-aways“ einzubinden, jedoch wurden die großen Aufträge (wie die konzeptionelle Arbeit an der Bewerbungsunterlage) aus Zeitgründen an ein auswärtiges Unternehmen vergeben (Stadtrat Halle (Saale) 2003a, 6). Die Frage der Bilanzierung der Kosten und Einnahmen der Kulturhauptstadtbewerbung wurde auch im Stadtrat nach dem Scheitern des Vorhabens gestellt. Dabei wurde der Versuch unternommen, den „Werbeeffekt“ einer solchen Bewerbung zu quantifizieren: „In 45 überregionalen Tageszeitungen [erschiene] 174 qualifizierte positive Berichte mit einer Auflage von 44 Mio. für die Stadt Halle (Saale), [welches] einen Anzeigenwert von ca. 5,6 Mio. Euro für die Stadt Halle (Saale) ausmacht. Hinzu kommen noch 1000 Nennungen in den Printmedien und ein gleich hoher Betrag bezüglich des Fernsehens.“ (Stadtrat Halle (Saale) 2005, 11). Aus der Perspektive des Stadtmarketings mit dem Ziel die Wahrnehmung der Stadt Halle (Saale) überregional zu verbessern, kann dies als ein erfolgreiches Indiz gedeutet und als ein positiver wirtschaftlicher Effekt, der durch die Wettbewerbsteilnahme ausgelöst wurde. Diese Berichterstattung scheint vor dem Hintergrund unbezahlbar gewesen zu sein, dass Halle (Saale) bisher ein eher negativer Ruf der „Grauen Diva“ voraussetzte, der vor allem von Chemie, von Grau und vor Arbeitslosigkeit geprägt war (FAZ 2004c). Durch die Kulturhauptstadtbewerbung wurde Halle (Saale) einmal mit positiven Inhalten wahrgenommen und „Millionen Kulturinteressierte wurden auf die Saalestadt aufmerksam und entdeckten unerwartete Facetten der Stadt“ (Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH 2005, 2).

Auch die parallel zur Kulturhauptstadtbewerbung initiierte erste Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 wurde durch städtische Haushaltsmittel finanziert. Dabei wurden die Gesamtkosten von 27.000 Euro zur Ausarbeitung einer Gesamtkonzeption sowie „eines Slogans, der Moderation der Expertengruppe aus Vertretern von Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft, die Erarbeitung eines ansprechenden visuellen Erscheinungsbildes, die kreative Entwicklung von Ideen und die inhaltliche Vorbereitung der Präsentationen und des Auftritts der „Expedition Wissen“ im Amtsblatt und im Internet“ genutzt (Stadtrat Halle (Saale) 2004d, 34). Zwar war dieser Betrag im Vergleich zu den Investitionen in die Olympia- und Kulturhauptstadtbewerbung verhältnismäßig gering, doch wurde damit ebenso eine Investition im Bereich Wirtschaftsförderung getätigt, welche das Stadtoberhaupt von Halle (Saale) bei Amtseintritt zur „Chefsache“ erklärt hatte (Stadt Halle (Saale) 2003c, 1). In diesem Zusammenhang standen ebenso die beiden anderen Bewerbungsprozesse zur Europäischen Kulturhauptstadt und für Olympia 2012.

Als direkter wirtschaftlicher Effekt der gescheiterten Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005, können die Folgeinvestitionen in die erneute Bewerbung für das Jahr 2012 angesehen werden. Damit ging einher, dass im Vorfeld der Bewerbung 2012 ein Mitarbeiter aus der Stadtverwaltung in Vollzeit als Projektmanager abgeordnet wurde, um die Betreuung der Arbeitsgruppe zur Prüfung des Vorhabens zu übernehmen (Stadtrat Halle

(Saale) 2010b, 6). So wurde die Erstellung des Bewerbungskonzeptes „aus Bordmitteln der Wirtschaftsförderung finanziert“ (Stadtrat Halle (Saale) 2010a, 27). Nachdem die Bewerbungsskizze zur Stadt der Wissenschaft 2012 durch den Stadtrat bestätigt wurde, wurde durch den Stadtrat ein projektbezogenes Budget in Höhe von 100.000 Euro für die Bewerbung Stadt der Wissenschaft 2012 für das Jahr 2011 genehmigt (Stadtrat Halle (Saale) 2011a, 1). Neben diesem städtischen Beitrag stellte auch die Martin-Luther-Universität für das Jahr 2011 100.000 Euro für die Bewerbung zur Verfügung.

### **Lübeck**

Ähnlich wie bei den anderen Olympia-Bewerberstädten investierte auch Lübeck in eine Machbarkeitsstudie für die Ausrichtung der olympischen Segelwettbewerbe in 2012. Die dafür erforderlichen Mittel wurden in den städtischen Haushalt 2002 eingestellt (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2001a, 69; Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2001b, 5). So umfasste dies bereits für 2001 Kosten in Höhe von 125.000 Euro und plante für den Doppelhaushalt 2002/2003 mit 254.000 Euro weitere Mittel ein (Landesregierung Schleswig-Holstein 2002). Eine Anfrage zur Berichterstattung zu den Gesamtkosten der Olympiabewerbung in der Bürgerschaftssitzung im April 2003 wurde vom damaligen Ausschuss mehrheitlich abgelehnt, so dass keine abschließende Aussage zu den wirtschaftlichen Kosten für die Stadt Lübeck gemacht werden kann (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2004a, 8). Zwar scheiterte das Vorhaben die Olympischen Segelwettbewerbe 2012 in Travemünde stattfinden zu lassen, doch wurde dadurch dem städtebaulichen Projekt in Travemünde eine neue Ferienhaussiedlung entstehen zu lassen, Priorität eingeräumt, in dem es als Standort für das Olympische Dorf im Olympiakonzept Lübeck ausgewiesen wurde. Dieses Vorhaben wurde über die Olympiabewerbung hinweg weiterverfolgt und generiert heute wirtschaftliche Effekte im Bereich Tourismus.

Im Anschluss an die Olympiabewerbung Lübecks, bewarb sich die Stadt als Europäische Kulturhauptstadt 2010 und beabsichtigte damit „den Geist der Olympiabewerbung in die Zukunft fortzuschreiben“ (Hansestadt Lübeck 2003b). Doch auch mit dieser Bewerbung entstanden im städtischen Haushalt für die Haushaltsjahre 2003 und 2004 Kosten in Höhe von bis zu 150.000 Euro (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2003d, 8). Zwar wurde zu diesem Zeitraum davon ausgegangen, dass die Finanzierung der Kulturhauptstadtbewerbung auch durch Spenden und Sponsoren unterstützt werden würde, doch stand auch fest, dass ein finanzieller Eigenanteil der Stadt Lübeck erforderlich sein würde. Dennoch wurde sich bewusst entschieden nicht mit einer millionenschweren Bewerbung ins Rennen zu gehen, sondern das Konzept für 2010 aus den bestehenden Strukturen heraus zu entwickeln (Hansestadt Lübeck 2004b).

Zwar kosteten die Bewerbungsaktivitäten der Stadt Lübeck finanzielle Mittel, doch setzte sich auch die ortsansässige Wirtschaft für das Ziel Kulturhauptstadt 2010 ein. Beispielhaft sind hier die Possehl-Stiftung zu nennen, aber auch die Aktivitäten des SAS Radisson Senator Hotels, die im Rahmen ihrer Marketingmaßnahmen für das Projekt Kulturhaupt-



stadt warben (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2004c, 10). Ebenso konnte durch das Projekt „Kulturaktie“ zusätzliche Mittel für die Kulturhauptstadtbewerbung eingeworben werden. Dieses Projekt war auf eine private Initiative zurückzuführen, deren Erlös zur Weiterentwicklung und Begleitung der Lübecker Kulturhauptstadtbewerbung eingesetzt wurde (Hansestadt Lübeck 2004e). Dabei steht dieser direkte wirtschaftliche Effekt in direktem Zusammenhang zu Effekten im Bereich der Gesellschaft. Die Bewerbung hat die Bürger der Stadt mobilisiert Ideen zu entwickeln den Bewerbungsprozess zu begleiten und in diesem Fall damit finanzielle Unterstützung des Projektes hervorgebracht.

Nachdem die Bewerbungen zu Olympia 2012 und zur Kulturhauptstadt 2010 scheiterten, wurde 2007 die Initiative zur Bewerbung Stadt der Wissenschaft 2009 begonnen. Dabei profitierte die Hansestadt Lübeck vom finanziellen Engagement der Possehl-Stiftung, welche die Bewerbungskosten in Höhe von 100.000 Euro finanzierte (Lübecker Nachrichten 2008). Zwar scheiterte diese Bewerbung, doch bekam Lübeck 30.000 Euro als Trostpflaster vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und konnte eines der Bewerbungsprojekte realisieren. Ebenso zu den wirtschaftlichen Effekten dieser ersten Bewerbung für die Stadt der Wissenschaft 2009, zählte die auf Dauer eingerichtete Stelle eines Wissenschaftsmanagers seit 2009 (Hansestadt Lübeck 2014). Damit wurde beabsichtigt, Wissen und Wissenschaft in die Stadtentwicklung einzubinden und Netzwerke weiter auszubauen. Die Stelle war für drei Jahre finanziert, wobei sich die Possehl-Stiftung, die Gemeinnützige Sparkassen-Stiftung, die Hansestadt, die IHK und die Kaufmannschaft an der Finanzierung beteiligten (Lübecker Nachrichten 2008). Nach der Durchführung des Wissenschaftsjahres 2012 wurde von der Bürgerschaft beschlossen, die Stelle des Wissenschaftsmanagements in der Stadtverwaltung bis 2015 zu verstetigen, wobei die Finanzierung weiter über Drittmittel und einem städtischen Anteil erfolgt (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2013b, 2-3).

### **Oldenburg**

Die Stadt Oldenburg beschloss 1999 sich für die Ausrichtung einer Bundesgartenschau 2013 oder 2015 zu bewerben. Zwar sind keine absoluten Zahlen bekannt, doch ist sicher, dass auch die Stadt Oldenburg „im Rahmen der Vorbereitung der Bewerbung [...] bereits Gelder aufgewandt“ hatte, bevor der Entschluss gefasst wurde, vom Bewerbungsverfahren zurückzutreten (Stadtrat Oldenburg 2002b, 5). Ähnlich wie bei den meisten Städten, ist auch Oldenburg in Vorleistung gegangen und brachte neben finanziellen städtischen Mitteln auch Sach- und Personalkosten auf (Stadtrat Oldenburg 2002b, 6). So wurde z. B. in die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Ausrichtung einer Bundesgartenschau investiert. Durch den langen Bewerbungs- und Vorbereitungszeitraum für eine Bundesgartenschau wurde es aber für Oldenburg immer bedenklicher, die „hohen finanziellen Risiken und Verpflichtungen vor dem Hintergrund einer schwierigen finanziellen städtischen Haushaltssituation zu tragen (Stadtrat Oldenburg 2002b, 4). Bevor sozusagen der Haushalt weiter belastet werden würde, entschied der Stadtrat 2002, von dem

Vorhaben Bundesgartenschau zurückzutreten und damit weitere städtische Ausgaben zu unterbinden. Dennoch blieb auch nach dem Scheitern der Bundesgartenschaubewerbung das Gelände des Fliegerhorstes Bestandteil der planerischen Diskussionen in Oldenburg. Zwar lag das Gelände auf dem Flurstück der Kommune, befand sich jedoch im Eigentum des Bundes. Um die Planungshoheit für den Fliegerhorst zu erlangen, konnte letztlich 2013 der Fliegerhorst in Höhe von einer Million an die Stadt veräußert werden. Diesen Kosten folgen weitere 9 Mio. Euro, welche die Stadt für den notwendigen Abriss von Gebäuden, der Entsiegelung von Flächen und der Beseitigung von Kampfmitteln aufbringen muss (Stadt Oldenburg 2013). Zwar stehen diese Kosten nicht mehr im unmittelbaren Zusammenhang zur damaligen Bundesgartenschaubewerbung, doch hatten der Bewerbungsprozess und die nachfolgende, langjährige Beschäftigung mit der Thematik schließlich zum Ergebnis, dass die Stadt letztlich in den Besitz des Geländes kam und Ausgaben dafür tätigte.

Neben der Bundesgartenschaubewerbung engagierte sich Oldenburg 2003 für die Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft im Jahr 2005. Der damals erstmalig stattfindende Wettbewerb motivierte mehr als 30 deutsche Städte ein Bewerbungskonzept aufzustellen und auf ganz unterschiedliche Art und Weise in diesen Wettbewerb zu investieren. Oldenburg gehörte zu den Städten, die mit einem kleinen Personenkreis ein Programm für 2005 entwickelten, dessen Layout durch eine Werbeagentur „aufgehübscht“ wurde (I\_3, 06.09.2012; taz 2007). Zwar konnten keine absoluten Zahlen in Erfahrung gebracht werden, doch sind die wirtschaftlichen Effekte dieser ersten Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 als sehr gering einzuschätzen und waren vor allem im Bereich der Sach- und Personalkosten innerhalb der Stadtverwaltung angesiedelt. Organisiert durch die Abteilung Wirtschaftsförderung in der Stadtverwaltung wurde kein eigenständiges Budget für die Bewerbung aufgestellt, sondern im Rahmen der alltäglichen Verwaltungsarbeit eingebunden (I\_3, 06.09.2012). Dieses Vorgehen wurde beim zweiten Anlauf, Stadt der Wissenschaft 2009 zu werden, grundsätzlich geändert. Neben einer umfangreichen Beteiligung der Öffentlichkeit an dem Bewerbungsprozess durch die Einrichtung eines Kampagnenbüros und zahlreicher öffentlicher Veranstaltungen, der Entwicklung des Corporate Designs der „Übermorgenstadt“ und der Schaffung der Stabsstelle „Wissenschaftliche Angelegenheiten“ in der Stadtverwaltung entstanden durch den erneuten Bewerbungsprozess direkte wirtschaftliche Effekte in einem ganz anderen Ausmaß (I\_3, 06.09.2012; Stadt Oldenburg 2007a, 5-10; Stadtrat Oldenburg 2010, 1). Die Kosten der Folgebewerbung können jedoch nur in indirektem Zusammenhang gesehen werden, da die erneute Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft vor allem auf Initiative des Oberbürgermeisters zustande kam, der 2006 neu gewählt worden war und vorher die Professur für International Management & Marketing Strategies an der Fachhochschule Karlsruhe – Hochschule für Technik innehatte (I\_3, 06.09.2012; taz 2007). Dennoch zählt die später erfolgreiche zweite Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2009 zu den wirtschaftlichen Effekten der ersten Bewerbung, da genau vor dieser Erfahrung geschlussfolgert wurde,

dass der zweite Anlauf anders ablaufen sollte (I\_3, 06.09.2012). Durch die Einwerbung des Titels für 2009 wurden weitere wirtschaftliche Folgewirkungen ausgelöst. Dazu zählt z. B. das Preisgeld der Stiftung für die Deutsche Wissenschaft, welches eine Folgewirkung des ursprünglich stattgefundenen ersten Bewerbungsprozesses gewesen ist.

### **Potsdam**

Bevor die Stadt Potsdam mit den Bewerbungsprozessen für die Europäische Kulturhauptstadt 2010 und die Stadt der Wissenschaft 2006 und 2008 scheiterte, konnte sie bereits auf die erfolgreich ausgerichtete Bundesgartenschau im Jahr 2001 und den Brandenburg-Tag 2003 zurückblicken. Diese Erfahrungen beeinflussten auch die nachfolgenden Bewerbungsprozesse zur Ausrichtung von Großereignissen und unterstützten z. B. finanziell und institutionell den Bewerbungsprozess für die Europäische Kulturhauptstadt 2010. So wurde im Oktober 2003 die ehemalige Bundesgartenschau GmbH in die Kulturhauptstadt Europas GmbH umfirmiert (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2003f, 3), womit für die Kulturhauptstadtbewerbung für die Jahre 2004 und 2005 insgesamt 800.000 Euro zur Verfügung standen (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2004c, 1-2). Die Stadt Potsdam beteiligte sich zwischen 2004 bis 2006 mit insgesamt 600.000 Euro am Bewerbungsprozess, nachdem für die Vermarktung der Kulturhauptstadtbewerbung in 2003 bereits im Januar 2003 10.000 Euro im städtischen Haushalt eingestellt worden waren (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2003a, 2). Ähnlich wie bei den meisten anderen Bewerberstädten entstanden auch in Potsdam durch den Bewerbungsprozess vor allem Kosten im städtischen Haushalt, die als direkte wirtschaftliche Effekte deklariert werden können. Um diese zu minimieren, wurde zur Refinanzierung der Bewerbungskosten für die Bewerbungsunterlage der Stadt Potsdam für die Europäische Kulturhauptstadt 2010 eine Schutzgebühr in Höhe von 8,00 Euro verlangt (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2004e). Somit konnten zwar Einnahmen generiert werden, doch reichten diese nicht aus, um den Bewerbungsprozess zur Europäischen Kulturhauptstadt vollkommen von außen finanzieren zu können.

Nachdem Scheitern der Kulturhauptstadtbewerbung stand zur Diskussion, wie mit der Kulturhauptstadt Potsdam GmbH weiter umgegangen werden sollte. Diese bestand nur zum Zweck der Kulturhauptstadtbewerbung, so dass auch längerfristig datierte Mitarbeiterverträge (z. T. bis Sommer 2006) vorher hätten gekündigt werden können (PNN 2005e). Allerdings wurde die GmbH nicht sofort aufgelöst, da die GmbH-Mitarbeiter beauftragt worden waren ein Konzept für eine internationale Vermarktung Potsdams als Kulturstandort zu entwickeln. Auch war die Kulturstadt-GmbH über den Zeitraum des Scheiterns hinweg mit der Auswertung des Bewerbungsprozesses und der Durchführung einzelner Projekte beauftragt, so dass eine Liquidation der GmbH erst zum 01.01.2006 erreicht wurde (Landeshauptstadt Potsdam 2005). Eine Weiterführung der Kulturhauptstadt GmbH als Kulturbüro zur Vermarktung der Kultur als Standortfaktor der Stadt Pots-

dam wurde als zu teuer erachtet (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005g, 2). Anstelle dessen wurde 2006 eine Stabsstelle Projektmanagement für Kultur und Medien eingerichtet, die in der Zusammenlegung mit der Dienststelle „Beauftragter Schiffbauergasse“ für das Jahr 2006 einen Zuschussbedarf in Höhe von 107.700 Euro notwendig machte (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005i, Anlage Seite 6). So entstanden der Stadt Potsdam zwar weiterhin Kosten, welche als indirekte wirtschaftliche Effekte bezeichnet werden können, da sich die kulturpolitische Diskussion vor allem aus der gescheiterten Bewerbung heraus ergeben hatte.

Ebenso zu den wirtschaftlichen Effekten der gescheiterten Kulturhauptstadtbewerbung zählten die Kosten zur Weiterführung bzw. zur Beendigung von Kulturhauptstadtprojekten, die im Rahmen der Bewerbung aufgestellt worden waren. Zwar scheiterte die Bewerbung Potsdams Kulturhauptstadt 2010 zu werden, doch wurde im Nachhinein entschieden 17 Projekte aus der Bewerbungskonzeption auch ohne den Titel bis zum Ende des Jahres 2005 zu realisieren. Die dafür aufzubringenden finanziellen Aufwendungen in Höhe von 350.000 Euro waren zum Zeitpunkt des Scheiterns bereits Bestandteil des Wirtschaftsplans der Kulturhauptstadt GmbH, so dass die hauptsächlichen Kosten durch das bestehende Budget, Sponsoring und von Zuschüssen der Landeshauptstadt Potsdam abgedeckt werden konnten (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005d, 1).

Neben dem Ziel Europäische Kulturhauptstadt 2010 zu werden, hatte Potsdam auch die Absicht Stadt der Wissenschaft 2005 zu werden. Allerdings verschob die Stadt Potsdam dies auf das Jahr 2006, da im Verlauf des Bewerbungsprozesses deutlich wurde, dass sich für 2005 bereits zahlreiche Feierlichkeiten und Veranstaltungen in Potsdam häufen würden (PNN 2003b). Zusammen mit den Hochschulen der Stadt wurde 2004 der Verein proWissenschaft Potsdam e. V. gegründet, der die Federführung des Bewerbungsprozesses übernahm. Um diesen zu finanzieren, waren insgesamt 35.000 Euro notwendig, die anteilig von der Stadt Potsdam (15.000 Euro), der Universität Potsdam, der Fachhochschule, der Hochschule für Film und Fernsehen und dem GeoForschungsZentrum Potsdam getragen wurden (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2004c, 1-2). Neben den Kosten zur Aufstellung der Bewerbungskonzeption, musste bereits während des Bewerbungszeitraumes für das Hauptprojekt „Denkhaus“ eine Finanzierung aufgestellt werden. Da die Kosten für dieses Projekt nicht durch die Einwerbung des Preisgeldes hätten abgedeckt werden können, sollten die Vorlaufkosten in Höhe von 470.000 Euro im Jahr 2005 durch die Stadt, das Land und die wissenschaftlichen Einrichtungen getragen werden, ebenso wie die laufenden Kosten ab 2007 (PNN 2004b). Da diese Bewerbung scheiterte und das Denkhaus in einer anderen Variante Eingang in die Wiederholungsbewerbung für das Jahr 2008 fand, kamen diese wirtschaftlichen Effekte so nicht zum Tragen. Dennoch wurde durch die Verstetigung des Themas Wissen-

schaft in der Stadt wirtschaftliche Effekte ausgelöst, die sich vor allem in Form von Kosten im städtischen Haushalt niederschlugen. So wurde im Nachgang an die gescheiterte Bewerbung für 2008, der Wissensspeicher, die Zusammenführung von Volkshochschule und Stadt- und Landesbibliothek vorangetrieben, die Kosten im städtischen Haushalt verursachten (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2008, 3). Dass im Nachhinein entstandene Haus der Wissenschaft, mit der 2013 hinzugekommenen Wissenschaftsetage, die hauptsächlich durch Mittel der Universität Potsdam finanziert wurde, soll zukünftig dazu beitragen den Wissenschaftsstandort Potsdam weiter zu profilieren und in der Wahrnehmung zu verbessern sowie wirtschaftliche Synergien aus der Konzentration der verschiedenen Institutionen herzustellen (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2012, 3).

Auch der zweite Anlauf Stadt der Wissenschaft 2008 zu werden scheiterte, jedoch wurde diesmal ein Bewerbungsprojekt durch die Stiftung für die deutsche Wissenschaft finanziert und konnte somit realisiert werden: Edikt von Potsdam (Landeshauptstadt Potsdam 2007b). Die Wettbewerbsteilnahme brachte letztlich die finanzielle Einwerbung eines Teilbetrages aus den Stiftungsgeldern und kann als ein direkter wirtschaftlicher Effekt bezeichnet werden. Einen weiteren wirtschaftlichen Effekt nach dem Bewerbungsprozess verursachte die Eröffnung des Welcome-Centers 2007. Zwar war das Welcome-Center ein Projekt der Bewerbung, doch stand dessen Eröffnung bereits vor der Wettbewerbsentscheidung fest. Dennoch besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zum Bewerbungsprojekt, so dass die Kosten für die Einrichtung des Welcome-Centers und die Schulung der Mitarbeiterinnen auch als wirtschaftliche Effekte bezeichnet werden können (PNN 2007).

#### **7.4.2 Kategorie „Raum“**

##### **Halle (Saale)**

Durch die Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der Olympiabewerbung Leipzigs für 2012 ergaben sich indirekt räumliche Effekte. Durch das Scheitern der Bewerbung standen der Stadt Halle (Saale) finanzielle Mittel im städtischen Haushalt zur Verfügung, die für Reparaturarbeiten des Salineschwimmbades und weiterer Unterhaltungsmaßnahmen öffentlicher Sportanlagen eingesetzt werden konnten (Stadtrat Halle (Saale) 2004f, 3). Neben diesen punktuellen Maßnahmen im Nachhinein, konnten auch bereits im Verlauf der Bewerbungsaktivitäten Effekte im Bereich Raum festgestellt werden. So wurde „die Gelegenheit genutzt, für die Stadt wichtige Projekte mit der Kraft der Olympischen Welle voranzutreiben. [...] Im Osten wird am Hufeisensee bis 2010 das Sport- und Freizeitzentrum entstehen. Die Planungen für den Osendorfer See, einem traditionsreichen Kanuzentrum wurden soweit vorangebracht, dass hier die kostengünstigste Kanu- und Regattastrecke mit den besten Wettkampfbedingungen Mitteldeutschlands entstehen kann.“ (Stadt Halle (Saale) 2004e, 7).

Durch das zentrale Motto „Halle verändert“ in Verbindung zum Stadtumbau, der vor allem wesentlichen Einfluss auf die physische Struktur der Stadt Halle (Saale) hatte, konnten sowohl im Verlauf, als auch im Nachhinein räumliche Effekte durch die Kulturhauptstadtbewerbung ausgelöst werden. Diese hatten zum einen punktuellen Charakter im öffentlichen Raum und verfolgten das Ziel die Kulturhauptstadtbewerbung den Hallensern näher zu bringen. So wurde z. B. das Kulturkaufhaus, später Kulturstadthaus, in der Innenstadt eingerichtet, welches als zentrale Anlaufstelle für Informations- und Kommunikationszwecke genutzt wurde. Allerdings wurden dafür keine infrastrukturellen Maßnahmen notwendig, sondern vielmehr wurde das ehemalige und leerstehende Herrenkaufhaus am Markt einer Zwischennutzung zugeführt und provisorisch hergerichtet (Mitteldeutsche Zeitung 2005). Dem 1908 erbauten Baudenkmal konnte somit bis zum Verkauf 2006 eine Nutzung zugeführt werden und der Bevölkerung sowie den Gästen der Stadt zugänglich gemacht werden.

Zum anderen beinhaltete die Kulturhauptstadtbewerbung Projekte mit flächigem Ausmaß, wie z. B. die Neugestaltung des Museumsufers oder die Entwicklung der Salinehalbinsel als Bindeglied zwischen beiden Teilen der Doppelstadt. Dabei standen diese Projekte im Zusammenhang zur 2010 geplanten IBA in Stadtumbau Sachsen-Anhalt, bei der sich auch Halle (Saale) als Ausrichterstandort beteiligte und deren Ziele sich mit den Zielsetzungen der Kulturhauptstadtbewerbung überschneiden (I\_19, 21.02.2012). So war die Salinehalbinsel von jeher auch ein Projekt der IBA und wurde unabhängig vom Scheitern der Kulturhauptstadtbewerbung weiterentwickelt. Als Infrastrukturprojekt wurde 2010 ein kleiner Stadthafen mit öffentlichem Bootsanleger für Wasserwanderer eröffnet (Stadt Halle (Saale) 2009a, 1; Stadt Halle (Saale) 2015c). Ebenso wurde eine Schrägseilbrücke für Fußgänger und Radfahrer als Schlüsselprojekt der IBA beschlossen, welche den „Brückenschlag“ zwischen Alt- und Neustadt darstellt, was dem Motto des Kulturhauptstadtprojektes „Nahtstellen, die verbinden“ ähnelt (Stadt Halle (Saale) 2004a, 83; Stadt Halle (Saale) 2015d). Die Realisierung dieser räumlich relevanten Projekte der Kulturhauptstadtbewerbung sind jedoch kaum direkte Effekte. Vielmehr hätte die Ausrichtung der Kulturhauptstadt im Jahr 2010 neben der IBA einen weiteren zeitlichen Rahmen gesetzt und Druck ausgeübt, die Realisierung voranzutreiben.

Im Vergleich dazu hatten die Projekte der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2005 vor allem den Charakter, Raum zu bespielen, als Raum zu gestalten. So sollten Stadträume und Wissenschaft im Bewusstsein der Bevölkerung besser verankert und sichtbar gemacht werden. Dabei stellte auch das Thema Stadtumbau vor dem Hintergrund wirtschaftlicher und städtebaulicher Veränderungsprozesse einen wesentlichen Bestandteil der Bewerbung dar (Stadt Halle (Saale) 2003b, 1).

## **Lübeck**

Mit dem Interesse der Stadt Lübeck, die Segelwettbewerbe der olympischen Sommerspiele 2012 in Lübeck-Travemünde auszurichten, bestand die Möglichkeit, das städte-

bauliche Konzept für die Ferienhausanlage mit Marina und Freizeitinfrastruktur auf dem Priwall in die Bewerbung aufzunehmen (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2002b, 8). Dadurch bestand die Möglichkeit ein Entwicklungsprojekt der Hansestadt Lübeck voranzutreiben und vor dem Hintergrund der Olympiabewerbung einen potentiellen Investor zu finden. Der Wunsch die Segelwettbewerbe nach Lübeck-Travemünde zu holen, löste somit den Effekt aus, dass das infrastrukturelle Projekt „Priwall“ in der weiteren Umsetzung priorisiert wurde. Das geplante Feriendorf auf dem Priwall sollte im Zeitraum der Wettbewerbe als Olympisches Dorf genutzt werden. Zwar gingen damit davon noch keine unmittelbaren räumlichen Effekte aus, doch führte die Bewerbung dazu, dass sich einem bestimmten städtischen Raum im Besonderen zugewandt wurde. Dies geschah vor allem vor dem Hintergrund, dass Lübecks Stadtteil Travemünde zum damaligen Zeitpunkt einen etwas "spießigen Mutti- und Vati-Charme" versprühte und durch die Entstehung des Feriendorfes auf dem Priwall wiederbelebt werden sollte (Deutsche Welle 2003). Unabhängig vom Ausgang der Olympiabewerbung wurde dieses Vorhaben weiterverfolgt und eine Ferienanlage im dänischen Stil errichtet (Immobilien Zeitung 2005, Hamburger Abendblatt 2012).

Als räumlich relevantes Projekt der Kulturhauptstadtbewerbung kann die Entwicklung des Aalhof-Bunkers als Heimat der „quiriligen Subkultur“ Lübecks betrachtet werden (Hansestadt Lübeck 2004a, 28). Der ehemalige Luftschutzbunker als Relikt der aus dem 2. Weltkrieg lag am Rande der Lübecker Altstadt sollte einer kulturellen Nutzung zugeführt werden, um die Mischung von klassischer, moderner und zeitgenössischer Kunst in Lübeck lebendig zu erhalten. Diese Idee wurde weiterverfolgt und es fand sich sogar ein Investor und Betreiber für dieses Projekt. Allerdings kamen die städtischen Fachbetriebe nach dem Abklären aller planerischen und betriebswirtschaftlichen Aspekte zu dem Schluss, dass die zu investierende Summe in keinem Verhältnis zum Ergebnis stehen würde (Hansestadt Lübeck 2006, 6). Letztendlich wurde der Aalhof-Bunker 2010 abgerissen und 2013 begannen die Planungen zum Bau von Wohn- und Geschäftshäusern auf diesem Gelände (Lübecker Nachrichten 2013). Die Idee, Proberäume für junge Musiker an einem anderen Standort in Lübeck einzurichten sollte dennoch weiterverfolgt werden. Die Stiftung Lübeck hatte sich ursprünglich als Investor und Betreiber für den Aalhof-Bunker bereit erklärt und bietet heute zwei Übungsräume in Lübeck an (Deutsche Stiftung Rockmusik 2014).

Während sich die Olympiabewerbung im Besonderen und die Kulturhauptstadtbewerbung im Speziellen auf einen Stadtraum bezogen, richtete sich die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft auf den gesamten Standort Lübeck. Wissenschaft sollte als Standortfaktor für Lübeck etabliert werden, ohne dass infrastrukturelle Projekte auf der Agenda standen. Vor diesem Hintergrund konnten auch keine räumlichen Effekte der gescheiterten Bewerbung für 2009 beobachtet werden.

## **Oldenburg**

Zentrales Thema der Bundesgartenschaubewerbung der Stadt Oldenburg war die Entwicklung eines ehemals militärisch genutzten Gebietes, dem Fliegerhorst. Der Bewerbungsprozess löste vor allem die Diskussion aus, wie mit diesem großflächigen Gebiet der Stadt Oldenburg in der Zukunft umgegangen werden soll, wenn das Militär die Flächen endgültig frei gibt. Die Beschäftigung mit der Thematik „Fliegerhorst“ war auch über das Scheitern der Bewerbung hinaus, ein wesentliches Thema für die städtebauliche Entwicklung der Stadt. So wurde ein städtebaulicher Wettbewerb für diesen Raum durchgeführt. Zwar entsprach das Ergebnis des 2005 durchgeführten städtebaulichen Wettbewerbs den Bundesgartenschau-Vorstellungen, nämlich das Flugfeld zu einer gestalteten Kulturlandschaft zu entwickeln, doch wurde letztendlich nicht der geplante Landschaftspark, sondern 2011 eine großflächige Photovoltaikanlage auf einem Teil des Fliegerhorstes errichtet (I\_20, 08.07.2013). Für die weiteren noch zur Verfügung stehenden Teile des Fliegerhorstes auf der Flurfläche von Oldenburg wurde 2009 eine Machbarkeitsstudie für die Nachnutzung dieser Konversionsflächen durchgeführt. Doch war es für die weitere Entwicklung vorerst notwendig, dass die Flächen des Fliegerhorstes in den Besitz der Stadt Oldenburg kommen. Dies geschah schließlich im Oktober 2013, als der Verwaltungsausschuss der Stadt Oldenburg entschied, die Restfläche zu kaufen (Stadt Oldenburg 2013). Damit wurden die Voraussetzungen für die strategische Entwicklung der Flächen geschaffen. Zahlreiche Entwicklungsansätze dazu befinden sich bereits im 2012 aufgestellten Entwurf des Stadtentwicklungsprogramms, in dem die Flächen des Fliegerhorsts für die langfristigen Planungen im Bereich Freizeit, Sport und Wohnen vorgesehen werden (Stadt Oldenburg 2012).

Neben der Bundesgartenschaubewerbung startete Oldenburg 2003 den ersten Anlauf Stadt der Wissenschaft 200 zu werden, der jedoch frühzeitig scheiterte. Im Rahmen dieser Bewerbung konnten keine direkten räumlichen Effekte, ausgelöst durch den Bewerbungsprozess, beobachtet werden. Jedoch stand die erfolgreiche zweite Bewerbung für 2009 in unmittelbarem Zusammenhang zur ersten Bewerbung. Erfahrungen aus der ersten Bewerbung flossen in die Folgebewerbung ein, wodurch das Vorgehen für 2009 mitbestimmt wurde. Die Profilierung des Standortes Oldenburgs durch Wissenschaft und Forschung wurde in den Fokus der zweiten Bewerbung gestellt und hatte letztendlich auch räumliche Effekte. Das Leuchtturmprojekt der zweiten Bewerbung „Das schlaue Haus“, welches 2012 eröffnet wurde, prägt heute das Stadtbild und kann als nachgeordneter räumlicher Effekt der gescheiterten ersten Bewerbung betrachtet werden (Stadt Oldenburg 2012, 68).

## **Potsdam**

Die Potsdamer Kulturhauptstadtbewerbung thematisierte räumliche Stadtentwicklungsprozesse als Herausforderung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft (Landeshauptstadt Potsdam 2005, 90). Projekte wie die „Schiffbauergasse“, als Standort für



neue kulturelle und wirtschaftliche Innovationen für das neue Potsdam in Europa oder die Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte hatten starken räumlichen Bezug und sollten im Rahmen der Kulturhauptstadtidee vorangetrieben werden. Allerdings basierten diese Projekte bereits auf jahrelanger konzeptioneller und planerischer Vorarbeit, so dass die Entwicklungsrichtung durch Stadtratsbeschlüsse bereits hauptsächlich vorgegeben war. Die Weiterführung dieser Projekte auch nach dem Scheitern der Kulturhauptstadtbewerbung war somit bereits beschlossen, bevor die Entscheidung zur Kulturhauptstadtbewerbung getroffen wurde. Vor diesem Hintergrund konnte durch den Bewerbungsprozess und auch im Nachgang des Scheiterns der Bewerbung keine direkten räumlichen Effekte beobachtet werden.

Während die Kulturhauptstadtbewerbung auf Bewährtes setzte, sollte durch die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft in Potsdam etwas Neues geschaffen werden, was die wissenschaftliche Dichte im Stadtraum Potsdam repräsentieren sollte. Insgesamt 49 Wissenschaftsstandorte wurden im Wissenschaftsatlas, der im Rahmen des Themenjahres „Wissenschaft“ 2003 erstellt wurde, für Potsdam lokalisiert. Allerdings sind diese Standorte über das gesamte Stadtgebiet verteilt und liegen teilweise in der Peripherie, so dass diese hohe wissenschaftliche Konzentration kaum wahrnehmbar ist (PNN 2003d). Vor diesem Hintergrund wurde bereits 2003 die Idee eines Science Centers und eines möglichen Standortes in der Innenstadt von Potsdam diskutiert (PNN 2003b). Im Rahmen der Diskussion um die Entwicklung der „Potsdamer Mitte“ wurde diese Idee bereits im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung thematisiert, wobei die zu diesem Zeitpunkt noch wenig konkret waren (Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH 2004b, 118). Die Diskussion zu einer Einrichtung wie dem „Science Center“ wurde im Rahmen der Stadt der Wissenschaft Bewerbung weitergeführt und konkreter. Resultat war, dass 2004 feststand, dass das zentrale Projekt der Bewerbung die Einrichtung eines „Denkhauses“ im Gebäude der Fachhochschule am Alten Markt sein werde (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2004b, 1-2). Ab 2006 sollten sich an diesem Standort die wissenschaftlichen Einrichtungen der Stadt Potsdam präsentieren und mit Veranstaltungen und Ausstellungen und Projekten das Thema Wissenschaft in der Stadtgesellschaft kommunizieren. Der Bewerbungsprozess trug somit dazu bei, dass die begonnene Diskussion um einen Standort weitergeführt wurde. Dies sollte auch ohne die Einwerbung des Titels Stadt der Wissenschaft 2006 weiter vorangetrieben werden, welche durch den Verein proWissenschaft Potsdam e. V. konzeptionell übernommen wurde (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005f, 1). Mit der Aufstellung der erneuten Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2008 wurde das „Denkhaus“ in Form eines „Wissensspeicher“ in abgewandelter Form wieder aufgegriffen (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2006c). Als Wissensspeicher galt nunmehr die Sanierung und der Ausbau der Stadt und Landesbibliothek zum Medien-, Informations- und Kommunikationszentrum (Landeshauptstadt Potsdam 2006c, 20). Als prioritäres Projekt des INSEK Potsdams lag die Weiterverfolgung des „Wissenschaftsspeichers“ über

den Zeitraum des Scheiterns nahe und wurde konsequent weiterverfolgt (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2008). 2013 konnte die Erweiterung zum „Haus der Wissenschaft“ gefeiert werden, welches das umgebaute Gebäude mit der Bibliothek und der Volkshochschule nun durch die Wissenschaftsetage erweiterte, welche die Präsentation der wissenschaftlichen Einrichtungen der Stadt als vorrangiges Ziel verfolgte (Landeshauptstadt Potsdam 2013a).

### 7.4.3 Kategorie „Stadtgesellschaft“

#### Halle (Saale)

Die gemeinsame Olympiabewerbung der Stadt Leipzig mit ihren Partnerstädten, Chemnitz, Dresden, Halle (Saale) und Riesa kann als „ein Indiz für neues Selbstvertrauen ostdeutscher Regionen“ angesehen werden (Franz und Kronthaler 2003, 203). Während des Bewerbungsprozesses entwickelte sich die Stadt Leipzig mit der Olympia Region von einem anfangs eher als chancenlos eingestuften Kandidaten zu einem ernsthaften Konkurrenten innerhalb Deutschlands. Nicht nur Leipzig, sondern auch die Region und damit Halle (Saale) profitierten von diesem Image, dass aktive und nach vorn blickende ostdeutsche Region (Franz und Kronthaler 2003, 209). Die Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Stadt hat sich in diesem Zeitraum erhöht. Beispielhaft steht dafür die Gründung des Bürgervereins „Halle für Olympia“, der sich parallel zu den konzeptionellen Arbeiten der Stadt Halle (Saale) gebildet hatte. Dieser hatte sich zum Ziel gesetzt die Werbetrommel für die Bewerbungsaktivitäten der Stadt Halle (Saale) zu rühren (Mitteldeutsche Zeitung 2003; Stadt Halle (Saale) 2004b, 5). Allerdings ist die Webpräsenz des Bürgerverein H-alle f. Olympia e. V. nicht mehr aktiv. Auch konnten keine Belege gefunden werden, dass sich der Verein über den Zeitraum hinweg weiter etablierte. Die Identifizierung der Bevölkerung über dieses Projekt hinaus, ist ohne Olympia auch kaum nachhaltig möglich.

Im Rahmen der Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der Olympiabewerbung Leipzig, wurden städtische Mittel im Haushalt veranschlagt, die nach dem Scheitern dem Sport weiter zur Verfügung standen. So zählt zu den indirekten gesellschaftlichen Effekten des gescheiterten Bewerbungsvorhabens, dass zur Unterstützung hallescher Spitzenathletinnen und Spitzenathleten die Stiftung Sport der Stadt Halle (Saale) einen Förderbeitrag in Höhe von 190.000 Euro zu gewiesen bekam. Dieser wurde zur Anschaffung von Sportgeräten und zur Verbesserung der Trainingsanlagen eingesetzt (Stadtrat Halle Saale (2004d, 3).

Zu den unmittelbaren gesellschaftlichen Effekten der Kulturhauptstadtbewerbung gehörte die Einrichtung eines Kulturkaufhauses in der Innenstadt, welches zum Ziel hatte die Bewerbungsinhalte zu kommunizieren und die halleschen Kultureinrichtungen den Bürgern und Gästen der Stadt zu präsentieren (Stadtrat Halle (Saale) 2004e, 3). Dadurch wurde ein Beitrag zur Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt und zur verbesserten Wahrnehmung der kulturellen Einrichtungen gegeben. Somit wurde an einer zentralen Stelle am

Markt ein Anlaufpunkt eingerichtet Die Kulturhauptstadtbewerbung stellte dabei den direkten Auslöser dafür dar. Im Rahmen des Kulturkaufhauses wurden die Bürger dazu aufgerufen, Visionen für ein Halle (Saale) 2010 zu entwickeln und einzureichen, ebenso erfolgten Ausstellungen zum Thema Stadtumbau und den städtebaulichen Veränderungen in der Stadt. Das Kulturkaufhaus, später Kulturstadthaus, war somit nicht nur eine Informationsstelle, sondern funktionierte als Kommunikationsort in Halle (Saale). Diese Einrichtung blieb auch über den Zeitraum des Scheiterns der Kulturhauptstadtbewerbung bis 2006 hinweg bestehen (Stadt Halle (Saale) 2006b, 1).

Unmittelbar nach dem Scheitern der Kulturhauptstadtbewerbung wurde festgestellt, dass diese als Initialzündung für die weitere Entwicklung der Stadt angesehen werden konnte: „Bewirkt wurde ein zunehmendes Bekenntnis der Hallenser für den kulturellen Reichtum der Stadt (Stadt Halle (Saale) 2005b, 2). Unterstützend wirkte dabei die Ansiedlung der Bundeskulturstiftung in Halle (Saale) und die Beibehaltung des städtischen Budgets für die verschiedenen Formen von Kunst und Kultur in Halle (Saale) (I\_4, 16.02.2012). Auch die Beibehaltung des Kulturetats im städtischen Haushalt während des Bewerbungsprozesses und darüber hinaus, führten dazu, dass das kulturelle Angebot der Stadt weiter aufrechterhalten und z.T. sogar ausgebaut werden konnte. So blieb die Diversität in der Kultur erhalten, was vor dem Hintergrund der räumlichen Nähe zu Leipzig und dem dortigen Kulturangebot eine besondere Leistung darstellt.

Ähnlich wie im Bereich der Kategorie „Raum“ gilt auch im Bereich „Gesellschaft“ die IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 als ein Faktor, der Projekte der Kulturhauptstadtbewerbung weiterführte. So war die Hochstraße ein kritischer öffentlicher Stadtraum, wofür im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung die Vision entwickelt wurde, künstlerische Projekte darauf zu veranstalten. Beispielhaft kann dafür die 2010 veranstaltete „Hoch-Zeit“ angesehen werden, wofür die Magistrale einen Tag lang gesperrt und mit zahlreichen Aktionen für die Bürger der Stadt, u. a. der Gestaltung eines Schriftzuges, verbunden wurde (Stadt Halle (Saale) 2010a). Die Thematik Hochstraße aus der Kulturhauptstadtbewerbung wurde somit ebenso weiterverfolgt, allerdings kann dies kaum als ein direkter Effekt aus der Kulturhauptstadtbewerbung angesehen werden, sondern ist vielmehr ein Projekt des Stadtmarketings und der IBA, welches durch diese Akteure realisiert wurde. Während das Stadtmarketing die verschiedenen Meinungen zur Hochstraße mit gesamtstädtischen Aktionen wie der „Hoch-Zeit“ in die Bevölkerung trägt, hatte das IBA-Projekt sich vielmehr zur Aufgabe gemacht, den Dialog zwischen Stadtverwaltung und Bürgerinitiativen zur Hochstraße zu moderieren und Aufklärungsarbeit in der Debatte um die Hochstraße zu leisten (Stadt Halle (Saale) 2015e).

Im Verhältnis zu den anderen Großereignisbewerbungen der Stadt Halle (Saale), umfasste der Bewerbungsprozess zur Stadt der Wissenschaft 2005 einen kurzen Zeitraum, der kaum gesellschaftliche Effekte im Bereich Partizipation oder Bewerbungsbegleitende Projekte zuließ. Dies veränderte sich im Fall der erneuten Bewerbung für das Jahr 2012.

Dafür wurden „neben dem Aufruf der Bürger/innen der Stadt zum Einreichen von Ideen (Bürgerbriefkasten und Internetkontaktformular) auch eine Vielzahl von Wissenschaftseinrichtungen und sonstigen Institutionen mit der Bitte angeschrieben, themenbezogene Vorschläge zu unterbreiten“ (Stadtrat Halle (Saale) 2010c, 2). Auch trug die eigens für die Bewerbung erstellte Internetplattform „Wissenschaft in Halle“ dazu bei, die Bürger zum einen zu informieren und zum anderen den Bewerbungsprozess transparent zu kommunizieren (Stadt Halle (Saale) 2011b, 1). Diese Plattform ist auch heute noch aktuell und hat sich weiterhin zum Ziel gesetzt, die Entwicklung der Stadt Halle (Saale) nach dem Leitbild einer „Wissenschaftsstadt“ weiterhin zu unterstützen (Stadt Halle (Saale) 2015f).

### **Lübeck**

Im Rahmen der Bewerbung Lübecks als Ausrichter der olympischen Segelwettbewerbe fanden zahlreiche Veranstaltungen statt, um die Bürger für das Vorhaben der Stadt zu überzeugen und bereits während des Bewerbungsprozesses das olympische Feuer zu entfachen. So präsentierte sich das Projektbüro Olympia 2012 auf der Travemünder Woche 2002, der jährlich stattfindenden Segelregatta, und warb für das Vorhaben der Stadt (Hansestadt Lübeck 2002a). Weitere Aktionen fanden z. B. im Rahmen des Lübecker Altstadtfestes und dem Projekt „Lübecker Schüler laufen für Olympia“ statt (Hansestadt Lübeck 2002b; Hansestadt Lübeck 2002c).

Auch die Aktivitäten zur Kulturhauptstadtbewerbung Lübecks 2010 hatten Effekte auf die Stadtgesellschaft. So entstand die Idee der Kulturaktie, die für 150 Euro erworben werden konnte und wofür der Spender einen von Lübecker Künstlern gestalteten limitierten Kunstdruck sowie eine Eintrittskarte für weitere kulturelle Ereignisse bekam. Diese Kulturaktie trug nicht nur dazu bei den Bewerbungsprozess Lübecks finanziell zu unterstützen, sondern war auch das Ergebnis bürgerschaftlichen Engagements für die Stadt. Zum einen setzten sich die Künstler der Stadt für die Lübecker Bewerbung ein, zum anderen wurde den Bürgern der Stadt, die Kultur nähergebracht. Darüber hinaus wurde das kulturelle Leben in der Stadt während des Bewerbungszeitraums in den Medien verstärkt präsentiert. So wurden im Kunstmagazin „nord“ zwei Monate lang norddeutsche Künstler präsentiert, die sich für die Bewerbung Lübecks einsetzten. Der Erlös aus dem Verkauf der Zeitung kam zum einen dem Künstler und zum anderen der Bewerbung zugute (Hansestadt Lübeck 2004c).

Nach dem Scheitern der Kulturhauptstadtbewerbung stellte sich die Frage, was aus den vorgeschlagenen Bewerbungsprojekten für 2010 werden sollte und inwieweit diese auch ohne den Titel realisiert werden können. So enthielt die Bewerbungsunterlage basierend auf der seit 750 Jahren währenden Orgelkultur in Lübeck den Vorschlag, ab dem Jahr 2010 alle zwei Jahre einen internationalen Orgelwettbewerb stattfindenden zu lassen (Hansestadt Lübeck 2004a, 12). Dieser fand 2007 zum ersten Mal statt, allerdings nicht unter dem Namen „Franz-Tunder-Orgelwettbewerb“, sondern als „Internationaler Buxtehuder Orgelwettbewerb“ im Rahmen des Buxtehuder Festjahres Lübeck 2007 (Hanse-

stadt Lübeck 2006, 2). Organisiert von der Musikhochschule Lübeck und in Zusammenarbeit mit den Lübecker Kirchen wird dieser Wettbewerb regelmäßig durchgeführt und findet als nächstes wieder im Jahr 2015 statt (Musikhochschule Lübeck 2014). Zwar konnten nicht alle Bewerbungsprojekte weiterverfolgt oder umgesetzt werden, einige davon wurden in abgewandelter Form realisiert, dennoch wurde durch die Reflexionen aus der Kulturhauptstadtbewerbung deutlich, dass das Bewerbungskonzept einen Ausgangspunkt für die kulturellen Tätigkeiten in den Folgejahren in der Stadt darstellte (Hansestadt Lübeck 2006).

Auch im Rahmen der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2009 waren zahlreiche Projekte entwickelt worden, die den Bürgern und Gästen der Stadt Themen der Wissenschaft und Forschung erlebbar und verdeutlichen sollten. So entstand z. B. die Idee einer Bürgerakademie, die in der Folgebewerbung 2012 als Leuchtturmprojekt wiederaufgenommen wurde. Als Finalist des Wettbewerbs zur Stadt der Wissenschaft 2012 konnte die Anlaufphase der Bürgerakademie finanziell abgesichert werden und vorzeitig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden (Hansestadt Lübeck 2011b). Dies stellt beispielhaft dar, dass die für die erste Bewerbung entwickelten Projekte erhalten werden sollten. So stand frühzeitig fest, dass die Stadt sich erneut für die Ausrichtung zur Stadt der Wissenschaft bewerben würde und darüber hinaus die Stelle eines Wissenschaftsmanagers ausgeschrieben werden sollte, welche sich ebenso für die Realisierung der Projekte einsetzen sollte (Mildner et al. 2009, 146). Dass ein Bewusstseinsbildungsprozess für die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die zukünftige Entwicklung der Stadt auch in der Stadtgesellschaft ausgelöst wurde, wurde durch den Protest der Bürger und Bürgerinnen deutlich, als die Existenz des Universitätsstandortes Lübeck durch die mögliche Schließung der medizinischen Fakultät in Frage gestellt wurde (Hansestadt Lübeck 2011c, 2). Innerhalb kürzester Zeit wurden 130.000 Unterschriften gesammelt und Demonstrationen in der Landeshauptstadt Kiel durchgeführt, um das Aus zu verhindern (Klaßen 2011, 88). So konnte zum einen verhindert werden, dass der Medizinstudiengang wegfiel und zum anderen wurde bundesweit deutlich, wie erfolgreich sich die Stadt für die Wissenschaft einsetzen kann. Durch die Folgebewerbung für die Stadt der Wissenschaft 2012 wurden zahlreiche Projektideen aus der gescheiterten Bewerbung 2009 übernommen und weiterentwickelt. So konnte durch die nun erfolgreiche Wettbewerbsteilnahme die Projekte realisiert und den Bürgern und Interessierten der Hansestadt nahegebracht werden.

### **Oldenburg**

Die Entwicklung des Fliegerhorstes zum Landschaftspark stand in engem Zusammenhang zur Idee, im Rahmen der Bundesgartenschaubewerbung eine „Route der Gartenkultur“ zu entwickeln (Stadt Oldenburg 1999, 9). Damit sollten die Besucher der Bundesgartenschau „zu einer Reise durch die Entwicklung der Gartenkultur eingeladen werden“, wobei die Route der Gartenkultur als langfristiges Projekt angelegt war, welches Olden-

burg und die Region touristisch profilieren sollte (Stadt Oldenburg 1999, 8). Nach dem Scheitern der Bewerbung wurde das Projekt „Route der Gartenkultur“ durch verschiedene Institutionen ideell und finanziell unterstützt, so dass insgesamt 14 Routen entstanden sind, welche die große Vielfalt der unterschiedlichen Parks und Gärten der Nordwest-Region darstellt (I\_20, 08.07.2013). Die Stadt Oldenburg ist zwar aus Kostengründen derzeit nicht mehr Träger des Projektes, doch wurde mit der Realisierung der Bundesgartenschauidee auch ein gesellschaftlicher Effekt für Oldenburg ausgelöst. Der Botanische Garten der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg, der Garten der Stille und der Schlosspark Rastede vor den Toren Oldenburgs sind in die Route der Gartenkultur eingebunden und werden als touristische Ziele in die Vermarktung eingebunden (Oldenburg Tourismus und Marketing GmbH 2014).

Direkte gesellschaftliche Effekte ergaben sich durch den ersten Anlauf der Stadt Oldenburg Stadt der Wissenschaft 2005 zu werden nicht. Da die Bewerbung eher im Stillen im Rahmen der alltäglichen Verwaltungsarbeit stattfand und sich weder durch eine öffentliche Beteiligung bei der Aufstellung der Bewerbungsunterlage, noch durch transparente öffentliche Kommunikation auszeichnete, blieben gesellschaftlich relevante Effekte vielmehr auf der Strecke. Zwar wurde vor Bekanntgabe des Wettbewerbsergebnisses angekündigt, auch ohne den Titel 2005 ein umfangreiches Programm unter dem Titel „Große Wissenschaft auf kleinem Raum“ in Oldenburg auszurichten, doch konnten keine Belege dafür gefunden werden (Carl von Ossietzky Universität 2004). Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass geplante Bewerbungsprojekte wie Ausstellungen und Kongresse, „multimediale Schnitzeljagden oder ein „Sportsommer“ dennoch, allerdings unter anderem Namen oder eingebunden in weitere Konzepte stattgefunden haben. Ohne den Titel Stadt der Wissenschaft fehlt diesen Projekten jedoch der Rahmen, wodurch es auch schwierig wird, diese im Nachhinein aufzuspüren. Als indirekte gesellschaftliche Effekte können die im Zusammenhang zur Folgebewerbung stehenden Aktivitäten angesehen werden.

### **Potsdam**

Im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung 2010 hatte sich 2003 ein bürgerschaftlich organisierter Verein gegründet, der dazu beitragen sollte, Informationen und Begeisterung zur Kulturhauptstadt Idee in die Potsdamer Gesellschaft zu tragen. So wurden Podiumsdiskussionen und Informationsveranstaltungen organisiert, welche parallel und unabhängig von den Aktivitäten der Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH liefen (I\_10, 03.01.2012). Durch das Scheitern der Bewerbung verlor der Verein nicht nur Mitglieder, sondern auch ein Ziel, auf welches hätte hingearbeitet werden können. Dennoch besteht er weiterhin und hat seinen Schwerpunkt daraufgelegt, ein besseres Verständnis zwischen Jung und Alt herzustellen. Die ca. 80 ehrenamtlichen Mitglieder des Kulturstadt Potsdam e. V. tragen aus dem Impuls der gescheiterten Kulturhauptstadtbewerbung der Stadt Potsdam nun weiterhin dazu bei, dass Kunst und Kultur in Potsdam gefördert wer-

den oder dass „Neu-Potsdamer“ in einem monatlich stattfindenden Begrüßungsabend willkommen geheißen werden (I\_4, 03.01.2012).

Fast Parallel zum Scheitern der Kulturhauptstadtbewerbung, scheiterte auch das Vorhaben Potsdams Stadt der Wissenschaft 2006 zu werden. Vor diesem Hintergrund wurde im März 2005 diskutiert, welche Projekte auch ohne die Einwerbung des Titels realisiert werden würden. Unmittelbar nach dem Scheitern stand für die Stadtverwaltung fest, dass die Entwicklung des Denkhouses in der Potsdamer Innenstadt sowie die Auslobung eines Wissenschaftspreises und die Entwicklung einer Informationsbroschüre für ausländische Neubürger weiter auf der Agenda stehen bleiben (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005f, 1). Es blieb nicht nur bei einer Informationsbroschüre in englischer Sprache, sondern wurde auch im März 2007 das „Welcome-Center“ in Potsdam eröffnet (PNN 2007). Dieses sollte als Servicecenter für Gastwissenschaftler aus dem Ausland zukünftig als Anlaufstelle für Fragen dienen (Landeshauptstadt Potsdam 2007a). Dieses Projekt war bereits in der Bewerbungskonzeption für 2008 soweit entwickelt, dass ein konkreter Finanzierungsplan feststand und die Realisierung unabhängig vom Einwerben des Titels war (Landeshauptstadt Potsdam 2006c, 13). Mit einer erneuten Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft wurde dem Projekt „Welcome-Center“ Priorität beigemessen und konnte somit beschleunigt weiterverfolgt werden. Auch der Wissenschaftspreis wurde letztendlich eingeführt und 2007 das erste Mal verliehen, welcher ebenso dazu beitragen soll, Potsdam als Wissenschaftsstandort bekannt zu machen und auszubauen (Landeshauptstadt Potsdam 2007d).

Im Zusammenhang zur weiteren Profilierung Potsdams als „Wissensstadt“ wurden unmittelbar im Nachgang der zweiten gescheiterten Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft Bewerbungsprojekte umgesetzt, wodurch vor allem der Potsdamer Stadtgesellschaft das Thema „Wissenschaft“ stärker ins Bewusstsein gebracht wurde. Dazu zählt das durch den Stifterverband finanzierte „Toleranzedikt von Potsdam“ was durch die Bürger der Stadt in einem achtmonatigen Prozess entwickelt und zur Diskussion über eine vielfältige Stadtgesellschaft beiträgt. Somit wurde ein Beitrag geliefert, dass in der Stadt Potsdam ein offenes Klima für Studierende, Forscher, Gäste und Besucher aus aller Welt herrscht (Landeshauptstadt Potsdam 2007b). Weiterhin konnte das Projekt „Stadtfilmemacher“ umgesetzt werden, welches zum Ziel hatte die Filmstadt Babelsberg und die Wissensstadt Potsdam miteinander zu verbinden (Landeshauptstadt Potsdam 2006c, 18). Mit der Realisierung und Eröffnung des „Wissensspeicher“ wurde nicht nur im Stadtraum das Thema „Wissen“ verortet, sondern auch eine generationsübergreifende Begegnungsstätte geschaffen (Landeshauptstadt Potsdam 2009). In der Erweiterung zum Wissensspeicher wurde 2013 letztendlich das „Haus der Wissenschaft“ eröffnet, welches eine Variante des seit 2004 diskutierten „Science-Centers“ für Potsdam darstellt (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2012, Landeshauptstadt Potsdam 2013a). Dieser Prozess hängt stark mit den Aktivitäten des Vereins proWissenschaft Potsdam

e. V. zusammen, der in der Federführung die zwei gescheiterten Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft organisierte. Dass es schließlich doch noch zu einem Haus der Wissenschaft gekommen ist, ist auf die Kombination verschiedener Faktoren zurückzuführen, wovon die gescheiterten Bewerbungen einen Teil ausmachen.

Neben der Weiterführung von Projekten der Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaften konnte zwischen der ersten und zweiten Bewerbung auch ein Veränderungsprozess in Bezug auf die gesellschaftliche Beteiligung erkannt werden. Nach dem Scheitern für 2006 stand fest, dass für eine erneute Bewerbungsaufstellung die Beteiligung von Bürgern sowie gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen erforderlich ist (Landeshauptstadt Potsdam 2006a). Im Vergleich zur ersten Bewerbung wurde für die Konzeption der zweiten Bewerbung ein Workshop durchgeführt, der die Stadtgesellschaft zum einen informieren und zum anderen dazu auffordern sollte, sich aktiv am Bewerbungsprozess zu beteiligen.

#### **7.4.4 Kategorie „Politik“**

##### **Halle (Saale)**

Im Zeitraum zwischen 2000 und 2010 beschäftigte sich die Stadtpolitik Halle (Saale) mit fünf verschiedenen Bewerbungen zur Ausrichtung von Großereignissen, wovon vier Vorhaben scheiterten. Durch die Schwerpunktsetzung der Politik im Bereich Wirtschaftsförderung (Stadt Halle (Saale) 2003c, 1), verfolgten diese Projekte neben den thematischen Zielsetzungen auch übergeordnete Ziele und trugen damit zu verschiedenen konzeptionellen und organisatorischen Erfahrungsprozessen in der Stadt bei. Dabei ist für Halle (Saale) charakteristisch, dass die Großereignisbewerbungen Impulse zur strategischen Profilierung der Stadt auslösten, aber gleichzeitig auch bereits vorhandene sektorale und gesamtstädtische Entwicklungsvorstellungen unterstützten.

Im Rahmen der Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der Olympiabewerbung der Stadt Leipzig wurde innerhalb kürzester Zeit eine Organisationsstruktur geschaffen, um sich konzeptionell an den Leipziger Bewerbungsaktivitäten zu beteiligen. Eine Strategiegruppe bündelte dabei die Ergebnisse verschiedener Arbeitsgruppen, die sich aus Vertretern der Stadtverwaltung, Unternehmen und Vereinen zusammensetzten und hauptsächlich ehrenamtlich tätig waren. Dabei resultierte die Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe Sport/Sportinfrastruktur nicht nur in konkreten Beiträgen für das Strategiekonzept der Stadt Halle (Saale) zur Leipziger Olympiabewerbung, sondern auch in der Erarbeitung der „Leitziele der Sportentwicklung in der Stadt Halle (Saale), die 2004 vom Stadtrat beschlossen wurden (Stadt Halle (Saale) 2004e, 7; Stadtrat Halle (Saale) 2003d). Dieses sektorale Konzept war auch im Nachhinein weiterhin von Bedeutung und stellte einen Baustein zur Profilierung und zur verbesserten Wahrnehmung der Stadt Halle (Saale) dar. So wurde im Rahmen des Zukunftsforums der Stadt Halle (Saale), dem beratenden Gremium des Stadtmarketing der Stadt Halle (Saale), den 2004 festgelegten Leitzielen



der Sportentwicklung weitere Schwerpunkte gesetzt (Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH 2008, 15). Auch im Rahmen des Strategiedialogs zur Aufstellung des Räumlichen Leitbildes Halle 2025 plus, wird weiterhin daran festgehalten: Gesundheit, Soziales, Sport stellen wichtige Funktionen der Daseinsvorsorge in den Stadträumen dar, wozu Einrichtungen des Breitensports als auch des Spitzensports erhalten werden sollen (Stadt Halle (Saale) 2012b, 11).

Allerdings nimmt die Profilierung der Stadt Halle (Saale) im Themenbereich Sport im Vergleich zu den Themen wie die „unternehmerfreundliche Stadt“, „Stadt der Wissenschaft und Hochtechnologie“ oder als „Stadt der Kultur und Bildung“ eine eher untergeordnete Rolle ein (Stadt Halle (Saale) 2010b, 1). Bereits während des Bewerbungsprozesses zur Europäischen Kulturhauptstadt wurde betont, dass die Bewerbung ein Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzept darstellt und somit unabhängig von der Entscheidung nachhaltig wirken soll und einzeln für sich stand (Stadtrat Halle (Saale) 2004a, 13). Vor diesem Hintergrund wurde auch die Finanzierung des Kulturhauptstadtprojektes diskutiert, da damit nicht nur Geld für eine Bewerbungsunterlage, sondern auch für ein Stadtmarketingkonzept mit dem Zielhorizont 2010 beschlossen werden sollte (Stadtrat Halle (Saale) 2004c, 10). So wurde beschlossen, dass in der zweiten Phase der Bewerbung, nachdem die Bewerbungsunterlage aufgestellt worden war, die Bewerbungsinhalte in den Kommunikationsprozess des Stadtmarketings aufgenommen wurden und unabhängig vom Ausgang des Wettbewerbs Bestandteil des Stadtmarketings in Halle (Saale) sind (Stadtrat Halle (Saale) 2004e, 3). Das Motto „Halle verändert“ stellte das zentrale Thema dar, mit dem sich die Stadt bewarb und zielte nicht nur auf die Herausstellung des kulturellen Reichtums der Stadt ab, sondern auf den „Stadtumbau als komplexes kulturgeschichtliches und kulturelles Phänomen“ (Stadtrat Halle (Saale) 2004c, 10). So war der Slogan auch nach dem Scheitern weiterhin aktuell und stand für eine „nachhaltige Entwicklungs- und Vermarktungslinie der Stadt Halle an der Saale, der von der Kulturhauptstadt-Bewerbung ausging, über die 1.200-Jahr-Feier hinweg bis zur Internationalen Bauausstellung 2010 und darüber hinaus“ gültig war (Stadt Halle (Saale) 2005c, 8). Nicht zuletzt wurde er in der 2010 erneut initiierten Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2012 wiederbelebt, wofür sich die Stadt Halle (Saale) unter dem Titel „Halle verändert! Bewerbung der Stadt Halle an der Saale um den Titel Stadt der Wissenschaft 2012 bewarb (Stadt Halle (Saale) 2011a). Dies verdeutlicht zum einen, dass Projekte wie Großereignisse weiterhin wichtig für die Entwicklung der Stadt Halle (Saale) waren und Impulse auslösen sollten (I\_4, 16.02.2012), zum anderen reflektierte es den andauernden Prozess des Strukturwandels, der durch das Motto „Halle verändert“ weiter vergegenwärtigt wurde.

Im Bereich Kultur konnte durch die Kulturhauptstadtbewerbung Kürzungen im städtischen Haushalt vermieden werden. So wirkte der Bewerbungsprozess dahingehend, dass das Budget für Kunst und Kultur der Stadt Halle (Saale) im Zeitraum 2003 bis 2005 nicht re-

duziert wurde (I\_4, 16.02.2012]. Dies hatte wiederum indirekte Wirkungen für die Gesellschaft, wobei zum Zeitpunkt einer schrumpfenden Bevölkerung das kulturelle Angebot weiter in vollem Umfang aufrechterhalten wurde. Vielmehr hatte der Bewerbungsprozess dazu geführt, dass sich die Stadt in Zeiten demografischer Veränderungen, Gedanken zur zukünftigen Absicherung des kulturellen Angebotes machte und Lösungen entwickelte, wie mit viel Kultur für sinkende Bevölkerungszahlen umgegangen werden sollte (I\_2, 21.02.2012). So kann als indirekter Effekt die Neu-Organisation der Orchesterlandschaft und die Gründung einer Theater GmbH genannt werden, die durch den zeitlichen Druck der Kulturhauptstadtbewerbung ins Leben gerufen wurden (I\_2, 21.02.2012). Diese Beobachtung gilt auch heute noch: Für Kultur wird im städtischen Haushalt immer noch ein „nicht zu verachtendes Budget“ zur Verfügung gestellt. Institutionen wie die Oper in Halle (Saale) werden trotz der räumlichen Nähe zu Leipzig und dem damit verbundenen kulturellen Angebot aufrechterhalten. Die Diversität und Breite des kulturellen Angebots konnte bis heute erhalten bleiben und durch neu hinzugekommene Festivals (Theater der Welt) oder Institutionen (z. B. Werkleitz-Stiftung) erweitert werden (I\_2, 21.12.2012). Schließlich wurden 2013 die Kulturpolitischen Leitlinien für die Stadt Halle (Saale) beschlossen werden, die auf einem komplexen Prozess der vergangenen Jahre zurückgeführt werden können (Stadtträte Halle (Saale) 2013, 2). Dabei stellte die Kulturhauptstadtbewerbung, neben den Zukunftsforen, dem ISEK und den Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft, ein Puzzleteil dieses Bewusstseinsbildungsprozesses dar, der immer auch ein Nachdenken über die kulturpolitischen Leitlinien der Stadt war (Stadtträte Halle (Saale) 2013, 2). Die 1991 aufgestellten kulturpolitischen Ziele erfuhren zwar zehn Jahre später durch die Kulturhauptstadtbewerbung einen umfangreichen kulturpolitischen Diskurs, doch waren weitere Jahre notwendig, um letztendlich zu einem gesamtstädtischen strategischen Kulturkonzept zu gelangen.

Neben diesen indirekten Effekten der Kulturhauptstadtbewerbung auf das konzeptionelle Vorgehen im Sektor „Kultur“, stand der Bewerbungsprozess auch im indirekten Zusammenhang zur strategischen Auseinandersetzung der Stadt mit der Problematik des Schrumpfens. Das Image einer „shrinking city“ und der zahlreiche Rückbau von Wohngebäuden prägten das Geschehen während des Bewerbungsprozesses und setzten sich vor allem mit dem „Verwalten“ des Bevölkerungsrückgangs auseinander (I\_4, 16.02.2012). So sollte die Stadtentwicklungskonzeption „Wohnen, Phase 1“ aus dem Jahr 2001 zu einem Integrierten Stadtentwicklungskonzept Halle (Saale) fortgeschrieben werden, wobei weniger die Kulturhauptstadtbewerbung den Anlass gab, sondern vielmehr das Ministerium für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Stadtträte Halle (Saale) 2003c, 2). Parallel zum Bewerbungsprozess entstand dann das ISEK Halle (Saale), in dessen Rahmen die „Stärkung der Stadt Halle als Stadt der Kultur und Bildung, Erhöhung der überregionalen Wahrnehmung in diesem Bereich“ als strategisches Leitziel aufgestellt wurde (Stadt Halle (Saale) 2007a, 11). So fand sich auch im ISEK Halle (Saale) die Salinehalbinsel als Entwicklungsschwerpunkt bis 2015 wieder, deren Entwicklung

auch in der Kulturhauptstadtbewerbung eine Vision darstellte. Allerdings konnten keine direkten Wortbezüge zwischen den Dokumenten des ISEK-Aufstellungsprozesses und der Kulturhauptstadtbewerbung beobachtet werden, wobei durch die zeitliche Überschneidung der Prozesse und der inhaltlichen Gemeinsamkeiten dem Stadtumbau kreativ zu begegnen von einer indirekten Beeinflussung ausgegangen werden kann.

Nachdem bereits mit dem Thema Kultur im erweiterten Sinn dem Strukturwandel der Stadt begegnet werden sollte, rückte auch das Thema Wissenschaft und Forschung immer mehr in den Fokus. Erste Anzeichen gab es dafür durch die Bewerbung der Stadt der Wissenschaft für das Jahr 2005 (Stadt Halle (Saale) 2004d, 1). Diese Bewerbung scheiterte zwar, jedoch wurde nicht ausgeschlossen, dass die Bewerbungsinhalte für eine mögliche erneute Bewerbung weiterverwendet werden würden. Nachdem sich die Stadt Halle (Saale) in den Folgejahren vor allem auf die Kulturhauptstadtbewerbung 2010 und das Stadtjubiläum 2006 konzentrierte, wurde 2007 die Diskussion im Stadtrat über eine Folgebewerbung wiederaufgenommen (Stadtrat Halle (Saale) 2007, 2). Aufgrund der zu knapp erscheinenden Bewerbungsfrist und sich voraussichtlich ändernder Bewerbungsmodalitäten wurde jedoch vorerst abgewartet. Motiviert durch die lobende Beurteilung für das Bewerbungskonzept 2005, wurde letztendlich 2010 der Prozess zur Aufstellung einer erneuten Bewerbung für 2012 aufgenommen (Stadtrat Halle (Saale) 2010b, 4). Im Unterschied zur ersten Bewerbung sollte jedoch nicht nur das Ziel verfolgt werden, Ausrichterstadt zu werden und den Titel zu tragen, vielmehr sollte mit dem erneuten Bewerbungsprozess ein „Gesamtprodukt erarbeitet werden, das auch dann umgesetzt wird, wenn eine Bewerbung um den Titel Stadt der Wissenschaft 2012 nicht erfolgreich sein sollte“ (Stadtrat Halle (Saale) 2010b, 5).

Die Bewerbungsprozesse zu Olympia 2012 und zur Kulturhauptstadt 2010 bescherten der Stadt auch Effekte im Bereich der Zusammenarbeit mit verschiedenen Vertretern innerhalb von Halle (Saale). Dazu zählte z. B. die organisatorischen Erfahrungen bei der Aufstellung der Organisationsstruktur mit einer Strategieguppe und Arbeitsgemeinschaften, die für die Aufstellung der nachfolgenden Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt auch von Bedeutung waren. Auch dort wurden die Elemente der Strategieguppe und Arbeitsgemeinschaften verwendet. Aufbauend auf den Erfahrungen der Olympiabewerbung Leipzigs mit den Partnerstädten wurden ähnliche Strukturen geschaffen, um die Kulturhauptstadtbewerbung der Stadt Halle (Saale) zu organisieren (NMZ 2004). So verbesserte sich die Zusammenarbeit der Stadt mit den kulturellen Einrichtungen, wie z. B. der Franckeschen Stiftung, und trug zum Aufbau eines Netzwerkes bei, der im Zuge der zweiten Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2012 von Bedeutung war (I\_4, 16.02.2012). Das gemeinsame Ziel einte die verschiedenen Akteure aus Stadtverwaltung, Politik, Kultur, Wissenschaft und Praxis, so dass während des Bewerbungsprozesses kaum „Querulanten“ anzutreffen waren (I\_19, 21.02.2012). Dabei wurde der Druck der Bewerbung genutzt, Projekte und Strategien im Bereich Kultur und Stadtentwicklung

zu diskutieren, die ohnehin auf der Agenda standen. Diese Erfahrungen reflektieren sich auch in der späteren Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2012, die erneut durch Organisationseinheiten wie der Lenkungsgruppe und Arbeitsgemeinschaften zur Vernetzung verschiedener Akteure charakterisiert werden konnte. So sollte der in diesem Prozess aufgestellte Lenkungskreis beibehalten werden und dazu beitragen, dass die Bewerbungsprojekte auch ohne die Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft 2012 umgesetzt werden können (Stadtrat Halle (Saale) 2011b, 68). Dieses Vorhaben wurde in den „Strategiedialog zur Stadtentwicklung Halle 2025“ aufgenommen, wobei der „Vorfahrt für Bildung und Wissenschaft“ eine besondere strategische Funktion beigemessen wurde und vor diesem Hintergrund die Projekte der „Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2012“ in einem „Halle 2012 – Jahr der Wissenschaft“ realisiert (Stadt Halle (Saale) 2012a, 9). Durch den erneuten Bewerbungsprozess haben sich in Halle (Saale) die Netzwerkstrukturen innerhalb der Stadt mit verschiedenen Akteuren aus dem Bereich Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft weiter verstetigt (Stadt Halle (Saale) 2011a, 18).

Diese Organisationsstrukturen richteten sich vor allem nach innen und drückten wesentliche Verantwortungs- und Aufgabenbereiche transparent aus. Daneben war Halle (Saale) seit August 2002 auch in der Olympia GmbH – Leipzig, Freistaat Sachsen, und Partnerstädte GmbH – beteiligt, was die Zusammenarbeit und das Vernetzen von Akteuren über die Stadtgrenzen hinweg unterstützte. Vor diesem Hintergrund gehörte ebenso die Zusammenarbeit der Städte Halle (Saale) und Leipzig im „Beirat Sport“ dazu, welche zum Ziel hat den Sport der Stadt Leipzig und der Partnerstädte in die Olympiakonzeption zu integrieren (Stadtrat Halle (Saale) 2002, 2). Die gemeinsame Olympiabeteiligung steht dafür beispielhaft für ein „Stück interkommunale Kooperation, [...] was in einer bisher eher kooperationsabstinenten ostdeutschen Umwelt die Potentiale koordinierten interkommunalen Handelns“ herausstellte (Franz und Kronthaler 2003, 209). Solch eine Bewerbung über Landesgrenzen hinweg zu organisieren kann als bemerkenswert herausgestellt werden. Zwar fand die Kulturhauptstadtbewerbung ohne regionale Partner statt und konzentrierte sich ganz auf die Stadt Halle (Saale) selbst, doch konnte auch durch den Bewerbungsprozess ein über die Stadtgrenzen hinweg reichender Aufmerksamkeitsprozess kommuniziert werden. Dazu trug z. B. Kulturhauptstadtbotschafter, wie der Ehrenbürger der Stadt Halle (Saale) Hans Dietrich Genscher, bei, der bundesweit in 15 deutschen Städten mit einer Plakataktion für Halle (Saale) als Kulturhauptstadt 2010 warb. Das Großereignis stellte somit eine Plattform dar und generierte positive Effekte, um auf Halle (Saale) und nicht auf eine "shrinking city" aufmerksam zu werden (Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH 2005, 4).

## **Lübeck**

Hinter den Großereignisbewerbungen der Stadt Lübeck (Olympia 2012, Europäische Kulturhauptstadt 2010 und Stadt der Wissenschaft 2009) stand vor allem, das Image der

Stadt und deren Außenwahrnehmung zu verbessern. So bewarb sich die Stadt nach der gescheiterten Olympiabewerbung 2003 und der gescheiterten Kulturhauptstadtbewerbung 2005 mit dem Motto „Irgendwann muss es ja einmal klappen“ für die Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft 2009 (NWZ 2008). Auch hier war das Ziel einen Imagegewinn für die Hansestadt Lübeck zu erreichen (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2007b). Zwar scheiterte auch dieses Vorhaben, doch soll im Folgenden dargelegt werden, inwieweit die Hansestadt Lübeck durch die Großereignisbewerbungen dazu beitrug, sich für die zukünftige Entwicklung der Stadt zu profilieren.

Eine besondere Rolle übernahm dabei die Kulturhauptstadtbewerbung Lübecks, zu deren politischen Zielen es gehörte, die Stadt international weiter bekannt zu machen und das Selbstbewusstsein der Stadt zu stärken (Hansestadt Lübeck 2004a, 6). Dazu legte Lübeck seine Bewerbungsunterlage nicht nur in der deutschen Sprache vor, sondern veröffentlichte eine Kurzfassung auch in Englisch und Französisch, um damit die Internationalität des Konzeptes zu betonen (Hansestadt Lübeck 2004d). Allerdings schien dies nach dem Urteil des Kultur-TÜV des Fernsehsenders 3sat nicht gelungen zu sein. Der Kultur-TÜV war eine Sendung, die alle deutschen Bewerberstädte und ihre Bewerbungskonzeptionen genauer unter die Lupe nahm und für Lübeck keine gute Presse bescherte (Lübecker Nachrichten 2004). In der Bürgerschaft der Hansestadt wurde die Kritik zwar als unberechtigt zurückgewiesen, doch ruft diese Art der Berichterstattung kaum die erwünschte verbesserte Wahrnehmung von außen hervor (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2004b, 6). Dennoch reflektierte der Bürgermeister als Projektbeauftragter der Bewerbung der Stadt Lübeck nach dem Scheitern, dass „die rund Eineinhalbjährige Bewerbungsphase national und Europaweit Schlagzeilen nicht nur Schlagzeilen gebracht, sondern die Hansestadt Lübeck als Kulturstadt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt“ hat (Hansestadt Lübeck 2005).

Nachdem die Hansestadt Lübeck mit ihrer Kulturhauptstadtbewerbung im April 2005 aus dem Wettbewerb ausgeschieden war, wurde in der Bürgerschaft angeregt ein Bericht über die Erfahrungen aus der Kulturhauptstadt zu verfassen. Dieser wurde im Juni 2006 präsentiert und kam grundsätzlich zum Ergebnis, dass es gelungen war durch den Bewerbungsprozess Partner für die Kulturstadt Lübeck-Idee zu mobilisieren, die neue kulturpolitische Strukturen und Maßnahmen in der Stadt ermöglichen (Hansestadt Lübeck 2006). Aus der Sicht des Fachbereiches Kultur gehörten zu den wichtigsten Effekten: 1. Die Optimierung der innerstädtischen Organisationsstrukturen durch Einrichtung eines Museumsverbundes mit einer klaren Leitungsstruktur bei der Kulturstiftung. 2. Die Einführung eines aufeinander abgestimmten zentralen Marketings und eines Kulturbüros. 3. Die Optimierung der Leitungs- und Geschäftsführungsstrukturen beim Theater Lübeck und der 4. Der Ausbau der Zusammenarbeit mit den Lübecker Hochschulen (Hansestadt Lübeck 2006, 1). Diese Effekte verdeutlichen, dass der Bewerbungsprozess zum einen dazu genutzt wurde, um Strukturen in der städtischen Kultur zu aktualisieren und zu ver-

ändern. Zum anderen wurden Netzwerke innerhalb der Stadt ausgebaut, so z. B. mit den Universitäten, die wiederum für die Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft in den Folgejahren von Bedeutung waren. Dabei entstand die erste Bewerbung zur Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft 2009 auf Initiative der Stadt und Hochschulen im August 2007. Zwar scheiterte dieses Vorhaben, doch wurde im Nachhinein die Stelle eines Wissenschaftsmanagers in der Stadt Lübeck geschaffen, der die Projekte der gescheiterten Bewerbung vorantreiben und die Wissenschaft stärker ins Bewusstsein der Bürger rücken soll (Lübecker Nachrichten 2008).

Die Idee Lübeck als Kulturstadt des Nordens zu entwickeln zählte einst zu den Schlüsselprojekten, die 2002 im Rahmen der „Leitlinien – Zukunft Lübeck“ von der Possehl-Stiftung aufgestellt wurden. Diese setzte sich dafür ein, strategische Ansätze für die zukünftige Entwicklung Lübecks aufzustellen. Vor diesem Hintergrund wurde auch die Kulturhauptstadtbewerbung durchgeführt und von der Possehl-Stiftung unterstützt (Lübeck und Travemünde Marketing GmbH 2005). Allerdings wurde erst 2008 die Aufstellung eines ISEK von Seiten der Hansestadt begonnen, in dessen Rahmen es zur Reflexion der gescheiterten Großereignisbewerbungen kam. Bevor 2010 das ISEK von der Bürgerschaft beschlossen wurde, fand im Vorfeld eine Analyse zur gesamtstädtischen Situation in Lübeck statt, wobei die gescheiterten Bewerbungen zur Ausrichtung der Segelwettbewerbe der olympischen Spiele, der Europäischen Kulturhauptstadt und der Stadt der Wissenschaft als überregional bedeutsame Projekte für Lübeck hervorgehoben wurden. Diese Projekte lösten positive Wirkungen nach innen in die Stadt aus und trugen auch über die Projektphasen hinweg zur Zusammenarbeit bei (Hansestadt Lübeck 2009b, 16). So konnten über den Bewerbungszeitraum hinweg 50% der aufgestellten Projekte der Kulturhauptstadtbewerbung dennoch realisiert werden, was ein Indiz für die Kooperationsbereitschaft der unterschiedlichen Akteure vor Ort und die enge Verbindung von Kultur, Bildung und Wissenschaft verdeutlicht (Hansestadt Lübeck 2009b, 73). Auch die gescheiterte Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft stellte einen wichtigen Faktor für die strategische Weiterentwicklung Lübecks dar. Nach dem Scheitern stand fest, dass eine erneute Bewerbung durchgeführt werden würde und einige Projekte der Bewerbungen bereits auf den Weg gebracht wurden (Hansestadt Lübeck 2009b, 95). Dabei wurde im Besonderen als Stärke für Lübeck herausgestellt, dass die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2009 Kooperationen unter den Hochschulen und im Bereich Kultur entstehen ließ (Hansestadt Lübeck 2009b, 99). Diese Situationsbeschreibung zum Aufstellungsprozess eines ISEK für Lübeck drückt die direkten politischen Effekte der gescheiterten Großereignisbewerbungen aus.

Die Entwicklung einer Stadtentwicklungsstrategie und die konzeptionellen Diskussionen zur Profilierung der Hansestadt Lübeck stellen einen wichtigen Effekt der gescheiterten Großereignisbewerbungen dar. Dabei wurden Wettbewerbe wie die Stadt der Wissenschaft als Impulse angesehen, gemeinsame Ziele zu formulieren und verschiedene Ak-

teure herauszufordern, sich den eigenen Stärken bewusst zu werden und sich darüber hinaus zu profilieren. Damit dieser Prozess fortgeführt und verstetigt werden kann, ist es von Bedeutung die aktive Zusammenarbeit der Bewerbungsprozesse aufrecht zu erhalten. Im Rahmen der ersten Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2009 bildete sich der Initiativkreis „Wissenschaft in Lübeck“, bestehend aus „Repräsentanten aller Lübecker Institutionen unter Leitung des Bürgermeisters“, der die Bewerbungsinhalte aufstellte und das Vorhaben Stadt der Wissenschaft 2009 wesentlich unterstützte (Hansestadt Lübeck 2007, 23). Dieser Aktivkreis agiert weiterhin und auf unbefristete Zeit (Hansestadt Lübeck 2011c, 2). Seit 2009 wird dieses Netzwerk unterstützt durch die Einrichtung eines Wissenschaftsmanagements in Lübeck (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2013a, Anlage 1). So wurde entschieden, dass zur Verstetigung des Themas Wissenschaft als Standortfaktor und Perspektive für zukünftige Entwicklung, die Einrichtung des Wissenschaftsmanagements in der Stadtverwaltung als Koordinierungs- und Kommunikationsstelle unerlässlich war (Klassen 2011, 90). Zur Verstetigung des Wissenschaftsmanagements trägt die finanzielle Unterstützung der Possehl-Stiftung bei (Bürgerschaft Hansestadt Lübeck 2014, Anlage Nr. 3), die bereits bei den verschiedenen Großereignisbewerbungen der Stadt Lübeck ein bedeutender Akteur gewesen ist. Dies kann als direkter politischer Effekt der gescheiterten Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft 2009 angesehen werden und steht in maßgeblichem Zusammenhang damit, dass sich die Hansestadt Lübeck erneut für die Stadt der Wissenschaft im Jahr 2012 bewarb. So wurden durch die Wettbewerbsteilnahme nicht nur Akteursnetzwerke geschaffen und verstetigt, sondern auch die Schwerpunktsetzung auf die Themen „Wissenschaft und Forschung“ stehen nunmehr im Fokus der Profilierung der Stadt visualisiert durch die Festlegung im 2010 beschlossenen ISEK als Handlungsfeld „Hafenstadt und Wissensstadt“ (Hansestadt Lübeck 2010, 22).

### **Oldenburg**

Die Bundesgartenschaubewerbung der Stadt Oldenburg verfolgte verschiedene Zielsetzungen, zu denen unter anderem auch gehörte, Visionen für ein Stadtgebiet, den Fliegerhorst, zu entwickeln: Flugfelder neu bestellen – Vom historischen Fliegerhorst zum modernen Landschaftspark (Stadt Oldenburg 1999). Die Idee einer Bundesgartenschau und die dafür erforderliche Machbarkeitsstudie unterstützte dabei die planerische Auseinandersetzung und Vorbereitung, so dass auch nach dem Rücktritt von der Bewerbung feststand, dass die Vorschläge aus diesem Prozess weiterverfolgt werden sollten (Stadtrat Oldenburg 2002b, 4-5). Dabei wurde durch die Vorbereitung auf eine Bewerbung bei der Deutschen Bundesgartenschau GmbH bereits konzeptionelle und planerische Ergebnisse geschaffen, wie z. B. eine Präsentationsbroschüre zur zukünftigen Vision des Fliegerhorstes, das „Städtebauliche Entwicklungskonzept Fliegerhorst Oldenburg“ sowie Vermessungsarbeiten des Fliegerhorst-Areals, damit eine weitere Planung überhaupt möglich wurde (Stadtrat Oldenburg 2002a, 1). Diese Ergebnisse können als direkte Effekte der abgebrochenen und damit gescheiterten Großereignisbewerbungen angesehen

werden, durch die eine Grundlage für den weiteren Umgang mit dem Stadtgebiet „Fliegerhorst“ in Oldenburg geschaffen wurde. Vor diesem Hintergrund beziehen sich die weiteren Effekte, die von den Erfahrungen aus der Bundesgartenschaubewerbung hervorgegangen sind, vor allem auf die Kategorien Raum und Gesellschaft. So wurde die Idee, innovative Konzepte für neue Wohnungen und neues Gewerbe auf dem Standort Fliegerhorst zu erproben in der Stadtentwicklungsplanung weiterverfolgt: „Bereits 2005 hatte ein Städtebaulicher Wettbewerb ein großes Areal des Fliegerhorstes für moderne Wohnbebauung mit familiärem Charakter ausgewiesen.“ (Stadt Oldenburg 2014). Doch verzögerten sich die weiteren Planungen durch stockende Verkaufsverhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, welche die Freigabe des Geländes zu entscheiden hatten. Letztendlich wurde auf dem Fliegerhorstgelände im August 2011 eine großflächige Photovoltaikanlage realisiert (I\_20, 08.07.2013).

Nachdem die Bundesgartenschaubewerbung im Jahr 2002 scheiterte, konzentrierte sich die Stadtentwicklung vor allem auf teilräumliche Planungen. Ein Flächennutzungsplan von 1996 stellte das einzige gesamtstädtische Planungsdokument dar. Doch wurde bereits zum Zeitpunkt der Bundesgartenschaubewerbung Ende 2000 deutlich, dass sich Oldenburg in einer „Phase der Neudefinition seiner Rolle und Funktion“ befand (Stadt Oldenburg 1999, 9). Die Bundesgartenschau sollte eine Diskussion zum zukünftigen Stadtleitbild auslösen und die Schubkraft zur Aufstellung einer Zukunftsperspektive auslösen. Bis zum 2008 begonnen Aufstellungsprozess des „Step 2025“, einem gesamtstädtischen Handlungskonzept für die zukünftige Entwicklung Oldenburgs, verging jedoch noch etwas Zeit. Die Notwendigkeit eines solches Konzeptes war zwar schon 1999 ein Thema, wurde jedoch erst durch den Bewerbungsprozess zur Stadt der Wissenschaft 2009 wirklich in Gang gesetzt. Das Ziel der Bundesgartenschaubewerbung: „Das, was Oldenburg traditionell auszeichnet (Stadt im Grünen, gesunde Mischung), muss mit einer Zukunftsaussage für die Stadt und die Region verbunden werden“ (Stadt Oldenburg 1999, 9) wurde im step 2025 mit den Leitmotiven der Stadt der Wissenschaft 2009: Talente, Toleranz, Technologie verbunden (Stadt Oldenburg 2012, 8). So hat zwar nicht die Ausrichtung der Bundesgartenschau 2015, sondern die Stadt der Wissenschaft 2009 dazu geführt, dass mit einem erfolgreich durchgeführten Großereignis in Oldenburg der Stadt die Schubkraft verliehen wurde, eine Zukunftsaussage zu entwickeln. Vielmehr kann bereits der Bewerbungsprozess zur Stadt der Wissenschaft 2009, bevor überhaupt feststand, das Oldenburg Stadt der Wissenschaft 2009 werden würde, als Katalysator zur Aufstellung einer Gesamtstädtischen Entwicklungsstrategie angesehen werden (Lisowski 2011, 118).

### **Potsdam**

Ähnlich wie in Halle (Saale) sollte der Bewerbungsprozess der Stadt zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 auch dazu genutzt werden, die „inzwischen überfällige Kulturentwicklungsplanung für die Landeshauptstadt Potsdam voranzutreiben und ein mittel- bzw.



langfristiges Planungsinstrument zu schaffen (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2003d, 2). Dabei sollten die Prozesse zur Aufstellung eines Kulturentwicklungsplans und einer Bewerbungskonzeption für die Europäische Kulturhauptstadt verknüpft und Synergien daraus entwickelt werden, so dass „das langfristige Konzept für die Kulturentwicklung und – Förderung der Landeshauptstadt Potsdam im Zuge der Bewerbung als Europäische Kulturhauptstadt 2010 im Oktober 2003 der Stadtverordnetenversammlung“ vorgelegt werden sollte (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2003e, 2). Während des Bewerbungsprozesses konnte dieses Ziel nicht erreicht werden. Nach dem Scheitern Potsdams bestand immer noch der dringende Bedarf für eine Konzeption, um eine strategisch langfristige Positionierung Potsdams als Kultur- und Wissenschaftsstadt zu erreichen. Dafür wurde die Kulturhauptstadt GmbH beauftragt, die diese auf Basis der gesammelten Wettbewerbserfahrungen erarbeiten sollte (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005c, 2). Die Idee war, die Kulturhauptstadt 2010 Potsdam GmbH in eine Kultur GmbH zu überführen, um das Kulturmanagement und – Marketing neu zu organisieren. Letztendlich wurde eine Stabsstelle im Büro des Oberbürgermeisters geschaffen, da die Kosten einer Kulturbüro GmbH schlichtweg zu teuer für Potsdam gewesen wären (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005g, 2; Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005i, 1). Diese Stabsstelle sollte als Basis dienen, Vorbereitungen für die Notwendige Einrichtung eines Kulturbüros vorzunehmen (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005i, 1). Zwar wurde keine Kulturstadt GmbH für Potsdams Kulturentwicklung und Marketing eingerichtet, doch ist die auch heute noch existierende Stabsstelle Projektmanagement Kultur und Medien für die Standortentwicklung Potsdamer Projekte wie die Schiffbauergasse und die Potsdamer Mitte zuständig. Diese Institutionalisierung hat sich unmittelbar aus der Kulturhauptstadtbewerbung ergeben, die den Diskussionsprozess dazu ausgelöst hat. Aufgrund des Scheiterns der Bewerbung hatte die kulturpolitische Diskussion in der Stadt an „Fahrt gewonnen“ und die Grundlage zur Konzeption eines „Kulturbüros“ erarbeitet (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005i, Anlage Seite 1). Neben der Diskussion zur zukünftigen Organisation von Kultur und deren Bedeutung in Potsdam wurde im Rahmen des Stadtforums Potsdam<sup>40</sup> 2006 zur gescheiterten Kulturhauptstadtbewerbung reflektiert, dass „die damit verbundene Kampagne den hohen Stand der kulturellen Vielfalt in der Stadt dokumentiert und ein enormes, in der Stadt vorhandenes Potential von kulturellen Angeboten und Visionen offenbart“ (Stadt Forum Potsdam 2006, 11). Dies verdeutlicht einen weiteren politischen Effekt der gescheiterten Kulturhauptstadtbewerbung: Die Stadt

---

<sup>40</sup> „Das Stadtforum Potsdam ist eine unabhängige, auf zivilgesellschaftlicher Initiative basierende Institution, die sich in regelmäßigen öffentlichen Veranstaltungen mit den relevanten Themen der Potsdamer Stadtentwicklung befasst – querschnittsorientiert und kompetent, mit Beteiligung der verantwortlichen Politiker aus Stadt und Land, aber auch unter Einbeziehung von kritischem, nicht gebundenem Sachverstand.“ (Landeshauptstadt Potsdam 2014).

verdeutlichte sich ihrer Stärken und Besonderheiten. Den Rahmen stellte dafür die Kulturhauptstadtbewerbung dar.

Ähnlichen Effekt hatte die erste Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft Potsdams für das Jahr 2006. Zwar arbeiteten Stadt und die wissenschaftlichen Institutionen vor Ort eine gemeinsame Bewerbungskonzeption aus, doch wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht deutlich, welche Rolle „Wissenschaft und Forschung“ für die Landeshauptstadt Potsdam einnimmt. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es in Potsdam kein gesamtstädtisches Leitbild, welches die Entwicklungsrichtung der Stadt vorgab. Die Bewerbungsprozesse zur Europäischen Kulturhauptstadt und zur Stadt der Wissenschaft hatten jedoch die Bedeutung dieser Themen für den Standort Potsdam erhöht (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005h, 2). Im 2007 veröffentlichten ISEK der Stadt Potsdam wurde diesem Bedeutungszuwachs gerecht: Das Leitbild „In Bewegung Potsdam 2020“ sprach sich neben Potsdam als Landeshauptstadt und Heimatstadt als Kultur- und Wissenschaftsstadt aus (Landeshauptstadt Potsdam 2007c, 60). Die Bedeutung von Wissenschaft für die Stadtentwicklung Potsdams sollte durch einen erneuten Bewerbungsversuch herausgestellt werden (PNN 2006). Die Erfahrungen und Reflexionen aus dem ersten Bewerbungsprozess für 2006 resultierten darin, dass der erneute Bewerbungsprozess für 2008 mit den strategischen Zielen (Leitbild und INSEK) der Stadt Potsdam verbunden wurde (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2006c). Auch wenn der zweite Anlauf Stadt der Wissenschaft 2008 zu werden gescheitert ist, konnte in einer Bilanz zu den seit 2004 stattgefundenen Prozessen festgestellt werden, dass Stadt und Wissenschaft nun besser vernetzt und eine intensivere Wahrnehmung auf den Wissenschaftsstandort Potsdam erfolgt (Landeshauptstadt Potsdam 2008). Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass sich Wissenschaft zum Cheffthema entwickelt hat und Projekte wie das Welcome-Center, der Wissenschaftspreis oder die Verbindung des Potsdamer Leitbildprozesses mit dem Label Wissenschaftsstadt einhergegangen ist. Viele Projekte aus den Bewerbungskonzeptionen zur Stadt der Wissenschaft 2006 und 2008 konnten realisiert werden, das der Verein Pro Wissenschaft bereits über mehrere Jahre als Institution besteht und in der Lage war Sponsoren und Kooperationspartner einzuwerben.

Die Organisation des Bewerbungsprozesses zur Auswahl der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 sah vor, dass die Stadt Potsdam ihre Bewerbungskonzeptionen bis zum Juni 2004 an das Auswärtige Amt zu übergeben hatte. Bis zur endgültigen Entscheidung im März 2006 durch die Europäische Kommission, welche Stadt Kulturhauptstadt Europas werden sollte, war ein weiterer Meilenstein die Entscheidung auf Bundesebene im März 2005. Dieses Verfahren offenbart jedoch, dass dem mehrjährigen Prozess zur Aufstellung einer Bewerbungskonzeption ein weiterer Zeitraum folgte, den es zu gestalten galt (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2004a). Vor diesem Hintergrund wurde durch die Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH zahlreichen Veranstal-

tungen durchgeführt, welche die Bewerbung der Stadt Potsdam präsentierten und kommunizierten. Ebenso wurden eigene Veranstaltungen organisiert und mit weiteren Kulturveranstaltungen kooperiert, um die Idee Potsdam als Europäische Kulturhauptstadt 2010 in die Öffentlichkeit zu tragen (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2004d, 1-2). Auch wenn sich die Erfolge dieser Veranstaltungen nur schwer messen lassen und im Kontext mit den Gesamtaktivitäten zur Europäischen Kulturhauptstadt zu betrachten sind, wurde dadurch lokale und regionale Präsenz erreicht, was sich z. B. auch in der positiveren medialen Berichterstattung widerspiegelt (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2004d, 2). Damit trug der Bewerbungsprozess dazu bei, die Wahrnehmung auf die Stadt Potsdam zu verstärken. Dies wurde unmittelbar nach dem Scheitern durch eine Wettbewerbsanalyse festgestellt, die ergab, dass Potsdam während des Bewerbungsprozesses seine Medienaufmerksamkeit enorm steigern konnte (Landeshauptstadt Potsdam, 2005). So wurde in mehr als 190 unterschiedlichen Printmedien über die Kulturhauptstadt-Idee der Stadt Potsdam berichtet, wodurch der Oberbürgermeister letztlich schlussfolgerte: „Potsdam profitiert eindeutig von der Bewerbung die Stadt konnte sich im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung bestens profilieren (Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH 2005).

Nachdem im März 2005 feststand, dass Potsdam im nationalen Wettbewerb um die Kulturhauptstadt Europas 2010 ausgeschieden war, konnte durch begonnene Planungen und Konzeptionen im Rahmen der Kulturhauptstadt Potsdam GmbH 17 Projekte aus dem Bewerbungsprozess weitergeführt werden (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005d, 1 und Anlage). Dazu zählte die Weiterführung von geplanten Marketingmaßnahmen, wie die Kooperation mit Potsdam TV, aber auch kulturelle Veranstaltungen wie das Medien-Projekt M100, welches seit der Kulturhauptstadtbewerbung jährlich stattfindet. Im Rahmen dieser Konferenz treffen sich „Europas tonangebende Redakteure, Kommentatoren und Medienbesitzer (Print, TV und Internet) sowie öffentliche Schlüsselfiguren zusammenzubringen, um die Rolle und den Einfluss der Medien in internationalen Angelegenheiten zu untersuchen und sich für Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit einzusetzen“ (Potsdam Media International e. V. 2014). Dieses Projekt ist als direkter Effekt der gescheiterten Kulturhauptstadtbewerbung zu bezeichnen und trägt durch seine Realisierung nicht nur dazu bei, den Standort Potsdam in die Öffentlichkeit zu stellen, sondern auch zur Schärfung des Medienstandortes Potsdam.

Die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft verfolgte ebenso das Ziel den Standort und seine wissenschaftliche Kompetenz deutschlandweit bekannter zu machen. Dabei sollte das zeitliche Überschneiden der Bewerbungsprozesse zur Europäischen Kulturhauptstadt und zur Stadt der Wissenschaft dazu genutzt werden, dass die Bewerbungen und die daraus resultierenden Effekte sich verstärken (PNN 2004a). Direkter Effekt der Initiative zur Stadt der Wissenschaft ist die Gründung des Vereins proWissenschaft Potsdam e. V., dem neben dem Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, die drei Rektoren der an-

sässigen Hochschulen, der Vorstand des GeoForschungszentrums und der Geschäftsführer der IHK angehörten (PNN 2004a). Dieser Verein koordinierte die Arbeiten des Bewerbungsprozesses und erstellte eine Bewerbungskonzeption (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2004c, 1). Nachdem der erste Anlauf für eine Bewerbung 2005 bereits auf das Jahr 2006 verschoben wurde, scheiterte die Bewerbung Potsdams zur Stadt der Wissenschaft 2006 bereits in der Vorrunde. Dennoch ist hervor zu heben, dass als eines der ersten direkten Effekte dieses Prozesses, sich der Dialog zwischen Stadt und Wissenschaft durch die Institutionalisierung des Verein proWissenschaft Potsdam e. V. verbessert hat (PNN 2005c).

Bereits unmittelbar nach dem Scheitern wurde in der Stadtverordnetenversammlung dafür plädiert, dass sich Potsdam erneut mit einer Bewerbung am Wettbewerb beteiligen solle (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005b). Für eine erneute Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft, sollte ein neues Konzept aufgestellt und vor allem eine stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit erreicht werden (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2006b). Aus diesem Grund wurde entschieden nicht unmittelbar nach dem Scheitern einen zweiten Anlauf zu nehmen, sondern die Zeit zu nutzen, die Kooperationen zwischen Wissenschaft und Stadt auszubauen und die Netzwerke zu verstärken (Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam 2005e, 1). Eine erneute Bewerbung fand für das Jahr 2008 statt, welche jedoch ebenso scheiterte. Dennoch kann die Entscheidung sich erneut zu bewerben als politische Konsequenz angesehen werden, sich auch zukünftig dem Thema Wissenschaft zu widmen und dies vor dem Hintergrund städtischer Entwicklungspotentiale zu verstetigen.

#### **7.4.5 Zwischenfazit: Innovationen durch schrittweises Vorgehen**

Die Städte Halle (Saale), Lübeck, Oldenburg und Potsdam einte, dass deren gescheiterten Großereignisbewerbungen hauptsächlich nacheinander erfolgten und, dass die Städte neben der Erfahrung des Scheiterns ebenso die Erfahrung machten, erfolgreich in der Einwerbung eines Großereignisses zu sein. Dabei konnte diese Erfahrung im Vorfeld der gescheiterten Bewerbungen stattgefunden haben (z. B. Halle (Saale) und Potsdam) oder im nach hinein (Lübeck und Oldenburg). Ebenso war diesen Städten gemein, dass im Verlauf der Bewerbungsprozesse, hauptsächlich als Impuls daraus, gesamtstädtische Strategien, Leitbildprozesse oder Entwicklungskonzepte aufgestellt wurden. Charakteristisch ist ebenso, dass alle vier Städte sich zweimal für die Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft beworben haben.

Die Effekte in der Kategorie „Wirtschaft“ haben alle gemein, dass Halle(Saale), Lübeck, Oldenburg und Potsdam unabhängig vom Typ des Großereignisses fast immer die hauptsächlichlichen finanziellen Mittel für die Bewerbungsprozesse aus dem städtischen Haushalt entnahmen. Zwar wurde auch versucht Sponsoren zur Finanzierung zu gewin-

nen, doch stellten diese eingeworbenen Mittel im Verhältnis zu den Bewerbungskosten des städtischen Haushaltes einen geringen Anteil dar. Als Ausnahme gilt hier die Stadt Lübeck, die durch die finanzielle Unterstützung der Possehl-Stiftung überdurchschnittlich hohe Beträge zur Finanzierung der Bewerbungen einwerben konnte. Neben diesen direkten Kosten, ergaben sich für alle Städte städtische Folgekosten durch die Institutionalisierung von Personalstellen, wie die Einrichtung eines Wissenschaftsmanagers oder die Realisierung von Bewerbungsprojekten. Auch Folgebewerbungen, wie die Wiederholungsbewerbungen zur Stadt der Wissenschaft in Halle (Saale), Lübeck und Potsdam waren mit weiteren städtischen Investitionen verbunden, die oftmals höher ausfielen als beim ersten Bewerbungsversuch. Zurückzuführen ist dies auf die bereits getätigten Erfahrungen und die Schlussfolgerungen daraus, den Bewerbungsprozess im zweiten Anlauf „besser“ bzw. „komplexer“ anzugehen. Diesen umfangreichen städtischen Kosten des Bewerbungsprozesses stehen minimale nachhaltige Einnahmen gegenüber, die kaum messbar sind. Dennoch zählt die mediale Berichterstattung während des Bewerbungszeitraumes, zu den bedeutenden wirtschaftlichen Effekten. Da die Städte eher den kleinen Großstädten Deutschland angehören, stellten die verschiedenen Bewerbungsprozesse eine Bühne zur Darstellung dar, deren medialer Wert kaum bezifferbar ist. Der aus den Bewerbungsprozessen ausgehende Werbewert wirkt nachhaltig und gilt als indirekter wirtschaftlicher Effekt der gescheiterten Großereignisbewerbungen.

In Abhängigkeit zum Großereignistyp planten diese Städte Projekte mit räumlichem Charakter in unterschiedlichem Ausmaß. Dazu zählten zum einen die Entwicklung von Konversionsflächen oder die Errichtung von Gebäuden mit Symbolcharakter im Stadtraum. Dass diese geplanten Projekte weiterverfolgt wurden hing zum einen mit Folgebewerbungen zusammen, die erfolgreich verliefen (z. B. Oldenburg, Lübeck, Halle (Saale)) oder die konzeptionelle Einbindung in strategische Stadtentwicklungsansätze. Längerfristige räumliche Effekte ergaben sich aus den gescheiterten Bewerbungen also nur, wenn auch Effekte im politischen Bereich, wie die Verstetigung von Themen oder die Institutionalisierung von Akteuren, erreicht werden konnten. Die verschiedenen Bewerbungen einer Stadt erreichten, dass Synergien entstanden und ähnliche räumliche Themen immer wieder im Fokus der Diskussion standen, wodurch ihre Umsetzung beschleunigt wurde. Inwieweit räumliche Effekte auftraten hing jedoch nicht nur vom Großereignistyp ab, sondern auch von der städtebaulichen Situation. So hatte Potsdam bereits durch die Bundesgartenschau räumlich profitiert, die unmittelbar im Vorfeld der gescheiterten Großereignisbewerbungen stattgefunden hatte. Im Gegensatz dazu, befand sich Halle (Saale) zum Zeitpunkt der Bewerbungen im Prozess des Schrumpfens und musste sich mit verschiedenen räumlichen Problemen auseinandersetzen.

So wie sich im Verlauf der Großereignisbewerbungen die Investitionen in die Bewerbungsprozesse erhöhten, intensivierten sich auch die gesellschaftlichen Effekte. Das wurde am Beispiel der Städte Potsdam und Oldenburg bei der zweiten Bewerbung zur

Stadt der Wissenschaft besonders deutlich, deren Bürgerbeteiligung beim zweiten Mal bewusst in die Vorbereitung der Bewerbungen einbezogen wurde. In Workshops wurden die Bürger aufgefordert Ideen für ihre Stadt zu entwickeln, was den Effekt auslöste, dass das Verfahren transparent und glaubwürdig wurde. Auch konnte festgestellt werden, dass sich bei fast allen Städten und Großereignistypen im Verlauf der Bewerbungsprozesse Bürgervereine oder Initiativen gründeten, die diesen Prozess unterstützten. Es konnte nicht beobachtet werden, dass in diesen Städten negativ gesellschaftliche Effekte durch den Bewerbungsprozess ausgelöst wurden, vielmehr trugen die Bewerbungsprozesse dazu bei, dass sich die Identifizierung mit ihrer Stadt verbesserte. Verstärkt wurde dies durch die Begleitveranstaltungen während des Bewerbungsprozesses. Auch im Nachhinein profitierte die Stadtgesellschaft von den gescheiterten Großereignisbewerbungen. Oftmals wurden einzelne Bewerbungsprojekte auch ohne die Einwerbung realisiert oder die Lebensqualität in der Stadt verbesserte sich dauerhaft, da durch die Bewerbungsprozesse Themen verstetigt wurden und sich daraus Folgeeffekte ergaben. Diese langfristigen gesellschaftlichen Effekte der gescheiterten Großereignisbewerbungen hingen unmittelbar mit den Effekten im politischen Bereich zusammen und wie dort Erfahrungen und Erkenntnisse aus den Bewerbungsprozessen verarbeitet wurden. Dass dies geschehen konnte, ermöglichte der Fakt, dass die Großereignisbewerbungen nacheinander abliefen und die Städte bei jeder erneuten Bewerbung die Erfahrungen der bereits stattgefundenen Prozesse einfließen lassen konnten.

In der Kategorie „Politik“ unterscheiden sich die Effekte ebenso nach direkten, unmittelbar aus dem Bewerbungsprozess ausgelösten Wirkungen und den indirekten, längerfristigen Effekten. Hier wurde am deutlichsten, dass durch das gestaffelte Auftreten der Großereignisbewerbungen zwar immer wieder finanziell, personell und ideell in die Bewerbungen investiert wurde, aber auch durch die Lücken zwischen den Bewerbungen Zeit blieb, die gemachten Erfahrungen zu reflektieren und wirken zu lassen. So veränderten sich die Organisationsstrukturen im Verlauf der Großereignisbewerbungen und wurden mit zunehmender Erfahrung komplexer bzw. erhöhte sich die Anzahl der beteiligten Akteure. Dies führte wieder dazu, dass sich im Verlauf der Zeit Netzwerke entwickelten, die auch nach dem Scheitern weiterbestanden und für Folgebewerbungen oder die Realisierung ehemaliger Bewerbungsprojekte die wichtigen Akteure darstellten. Ebenso führten in allen Städten die mehrmaligen Bewerbungsprozesse dazu, dass im Verlauf strategische Stadtentwicklungsansätze aufgestellt wurden. Dies waren zum einen gesamtstädtische Visionen, aber auch sektorale Konzepte, welche die Bedeutung der einzelnen Großereignisthemen für die Gesamtentwicklung der Stadt analysierten und diskutierten. Parallel dazu oder als weitere Folgewirkung wurde dieser Bewusstseinsprozess durch die Institutionalisierung von Personalstellen in der Stadtverwaltung oder der Realisierung ehemaliger Bewerbungsprojekte als Meilensteine verstärkt. Bedeutsam für diesen Stadttyp ist, dass Effekte im politischen Bereich ausschlaggebend für längerfristige Effekte in den anderen Kategorien waren. So entstanden erneut wirtschaftliche Kosten für die

Stadtverwaltung, wenn der politische Entschluss für eine Folgebewerbung gefasst, Projekte auch ohne den Titel realisiert und Themen in der strategischen Stadtentwicklung verstetigt wurden. Zwar kann dies auf fast alle Städte zutreffen, allerdings wurden durch die Bewerbungsprozesse bereits innovative Prozesse im Bereich Politik ausgelöst, was sich auch im Nachhinein im Vergleich zu den anderen Stadttypen fortsetzte.

**Stadtyp 4: Städte mit mehreren gescheiterten aber auch erfolgreichen Großereignisbewerbungen, die zeitlich versetzt zueinander stattfanden und in deren Verlauf strategische Stadtentwicklungsansätze entwickelt wurden:**

Durch das gestaffelte Auftreten der Bewerbungsprozesse wurde über einen Zeitraum hinweg ein Erkenntnis- und Bewusstseinsprozess in der Politik und der Stadtgesellschaft ausgelöst, der zur Verbesserung der Identifikation sowie zur Profilierung mit der Stadt führte und eine Vielzahl von innovativen Effekten auslöste.

Sowohl die Erfahrung erfolgreich eingeworbener als auch die Option auf die erfolgreiche Einwerbung eines Großereignisses, motivierten die Städte sich in Bewerbungsprozessen zu investieren und zu engagieren.



## 8 Schlussbetrachtungen

### 8.1 Zusammenfassung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Ausgangspunkt dieser Arbeit war die Beobachtung, dass zwischen 2000 und 2010 eine Vielzahl von Großereignissen bedeutend für deutsche Städte war. Zurückzuführen war dies zum einen auf die Rotationsverfahren, welche die Vergabe der Olympischen Spiele, der Fußball-Weltmeisterschaften der Männer und Frauen und der Europäischen Kulturhauptstadt festlegten. Turnusgemäß war Deutschland als Ausrichterland fast immer gesetzter Kandidat. Zum anderen spielten neben den internationalen Großereignissen auch nationale Großereignisse verstärkt eine Rolle. Zu den aller zwei Jahre stattfindenden Bundesgartenschauen, wurde 2005 das erste Mal im jährlichen Rhythmus die Wahl zur Stadt der Wissenschaft durchgeführt. Vor diesem Hintergrund wurde beobachtet, dass sich Städte mehrfach für die Ausrichtung von Großereignissen bewarben und mehrfach mit diesen Bewerbungen scheiterten. Dabei stellte sich die Frage, inwieweit Städte aus den gescheiterten Großereignisbewerbungen einen Nutzen ziehen konnten.

Um diese Frage beantworten zu können, standen folgende Forschungsfragen im Fokus der Arbeit:

1. Inwieweit bestand ein Zusammenhang zwischen den verschiedenen Großereignisbewerbungen einer Stadt?
2. In welchem Zusammenhang standen die gescheiterten Großereignisbewerbungen und die Stadtentwicklungsprozesse vor Ort?
3. Welche Effekte riefen gescheiterte Großereignisbewerbungen in unterschiedlichen Städten hervor?
4. Worauf lässt sich das Auftreten der Effekte zurückführen?

Im Anschluss werden die Antworten auf die Forschungsfragen zusammengefasst dargestellt. Die daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen haben Thesen-Charakter (**T**) und sind der Ausgangspunkt für Empfehlungen (**E**), die sowohl an Akteure aus der Praxis (Stadtverwaltungen, Stadtpolitik, Fördermittelgeber, Investoren) als auch an die Wissenschaft und Forschung adressiert sind.

#### 8.1.1 Gemeinsame Ziele, Akteure und Erkenntnisse: Zusammenhang zwischen den Großereignisbewerbungen einer Stadt

Zunächst stellte sich die Frage inwieweit, ein Zusammenhang zwischen den einzelnen Großereignisbewerbungen einer Stadt bestand. Dies konnte zum einen ein direkter inhaltlicher oder organisatorischer Zusammenhang sein, der sich durch ähnliche Bewerbungsprojekte oder gemeinsame Akteure bzw. Vorgehensweisen bei der Aufstellung der Bewerbungen ausdrückte. Zum anderen konnte ein indirekter Zusammenhang bestehen,

wobei sich die Großereignisbewerbungen durch ähnliche Zielsetzungen einten. Ausgangspunkt der Analyse waren Ratsdokumente, Pressemitteilungen und Zeitungsartikel, die Aussagen zu den damaligen Bewerbungsprozessen enthielten. Ebenso wurden Experteninterviews mit Akteuren der Bewerbungsprozesse und den Stadtverwaltungen via E-Mail oder Telefon durchgeführt, welche die Dokumentenrecherche unterstützten und ergänzten.

Um diese Fragen beantworten zu können, wurde für eine Gruppe von elf Städten zuerst recherchiert, wann und für welche Großereignisse sich die Städte zwischen 2000 und 2010 beworben hatten. Zwar stand bereits von Beginn an fest, dass die Fallstädte mehrfach gescheitert waren, allerdings konnte durch die städtische Analyse die genaue Anzahl der gescheiterten und erfolgreichen Großereignisbewerbungen zwischen 2000 und 2010 herausgefunden werden. Dabei wurde festgestellt, dass sich die Fallstädte danach unterschieden, ob sich deren Großereignisbewerbungen zeitlich konzentrierten bzw. überschnitten oder nacheinander stattfanden. Fast alle Fallstädte gaben Wiederholungsbewerbungen ab. So hatten sich Aachen, Braunschweig, Lübeck und Münster kurz nacheinander zweimal für die Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft beworben. Im Fall von Duisburg und Halle erfolgten die Wiederholungsbewerbungen mit zeitlichem Abstand. Halle bewarb sich nach sechs Jahren erneut für die Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft und Duisburg startete nach vier Jahren den zweiten Versuch, eine Gartenschau auszurichten und wollte nach drei Jahren erneut die World Games in die Stadt holen.

Nachdem feststand, für welche Großereignisse sich die Städte beworben hatten, konzentrierte sich die Analyse auf die einzelnen Bewerbungsprozesse. Beim Vergleich der verschiedenen Bewerbungsprozesse einer Stadt, z. B. in Bezug auf die Zielsetzungen, Akteursstrukturen und Finanzierungsformen, konnten immer indirekte und teilweise direkte Zusammenhänge zwischen den Großereignisbewerbungen einer Stadt festgestellt werden.

So verfolgten die Städte Aachen, Duisburg und Halle (Saale) mit ihren Großereignisbewerbungen u. a. das Ziel, den Strukturwandel in der Stadt zu bewältigen. Ebenso galt als verbindendes Ziel, die Identifizierung der Bürger mit der Region zu stärken und die überregionale Wahrnehmung der Region zu verbessern. Beispielhaft stehen dafür die Großereignisbewerbungen von Braunschweig und Frankfurt am Main, die zu diesem Zweck regionale Akteure und Netzwerke in die Großereignisbewerbungen einbezogen. Fast alle Städte beabsichtigten, sich durch die Großereignisbewerbungen mit ihren Stärken vor Ort zu präsentieren. Auch dieses Ziel war ein Argument, welches die Großereignisbewerbungen in einen Zusammenhang zueinander stellte. Dies ist von anhaltendem Interesse für die Städte. Sowohl die Durchführung und Investition in die ersten Bewerbungen zu Beginn der 2000er Jahre als auch die späteren Großereignisbewerbungen wurden damit gerechtfertigt. Zum einen stellen die gemeinsamen Zielsetzungen die Ver-

bindung zwischen den Großereignisbewerbungen einer Stadt her, zum anderen drücken sie die gegenwärtigen Herausforderungen der Städte aus.

**T1:** Bereits die Wettbewerbe für die Großereignisse stellen Instrumente für die Entwicklung der Städte dar. Diese werden genutzt, damit sich die Städte mit ihren Herausforderungen auseinandersetzen und sich ihrer Stärken und Schwächen bewusst werden.

**E1:** Es wird den Städten empfohlen, den Bewerbungsprozess nicht nur als Phase vor der Ausrichtung des Großereignisses zu betrachten, sondern als einen eigenständigen Prozess. Das kann dadurch gelingen, indem die Wettbewerbsteilnehmer (Städte) realistische Wettbewerbsbeiträge erarbeiten und den Wettbewerb in den Kontext aktueller städtischer Herausforderungen stellen.

Neben dem indirekten Zusammenhang zwischen den Großereignisbewerbungen konnte auch beobachtet werden, dass in manchen Städten die Großereignisbewerbungen im direkten Zusammenhang zueinanderstanden. Dies offenbarte sich z. B. durch die gleichen Akteure oder ähnliche Organisationsstrukturen im Bewerbungsprozess sowie die Präsentation verwandter Projekte und ähnlicher Themen in den verschiedenen Bewerbungsdokumenten.

Ein direkter Zusammenhang zwischen den Großereignisbewerbungen bestand in Lübeck durch die Possehl-Stiftung, die ein zentraler Akteur für die Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft und zur Europäischen Kulturhauptstadt war. Diese setzte sich auch nach dem Scheitern dafür ein, dass Entwicklungen, die durch die Bewerbungen angestoßen wurden, weiter vorangetrieben wurden. Dazu zählte z. B. die Einrichtung eines Wissensschaftsmanagements als Stabsstelle in der Stadtverwaltung Lübecks. Auch wird diese weiterhin finanziell durch die Possehl-Stiftung unterstützt. Auch die fast parallelen Großereignisbewerbungen der Stadt Karlsruhe standen organisatorisch in einem engen Zusammenhang zueinander. Dabei war in Karlsruhe die Stadtverwaltung der Hauptakteur aller Großereignisbewerbungen und koordinierte als Verbindungsstelle die Bewerbungsprozesse. Dies führte unter anderem dazu, dass die Akteure der Stadtverwaltung einen Erkenntnis- und Bewusstseinsbildungsprozess zu den Stärken der Stadt durchmachten. Im Ergebnis dazu wurde der Masterplan 2015 aufgestellt. So konnten ehemalige Bewerbungsprojekte wie der Kreativpark Ostau in den nachfolgenden Planungen der Stadtentwicklung weitergeführt werden.

**T2:** Der Grundstein für weitere städtische Entwicklungen wird dadurch gelegt, dass sich während des Bewerbungsprozesses verschiedene Akteure persönlich für die Entwicklung kreativer Ideen engagieren oder sich finanziell beteiligen. Es ist wahrscheinlich, dass sich Akteure auch nach dem Scheitern für Themen oder Projekte der Bewerbungen einsetzen, wenn sie bereits an den verschiedenen Großereignisbewerbungen beteiligt gewesen sind.

**E2:** Im Nachhinein sollte das Verantwortungsbewusstsein und Potential der Bewerbungsakteure gebunden und koordiniert werden. Dies kann z. B. in Form von Partnerschaften oder Kooperationen erfolgen, die auf Basis konkreter Projekte geschlossen werden. Ein Moderator, wie z. B. ein Wissenschaftsmanager, kann die Weiterverfolgung bestimmter Projekte und Prozesse organisieren und leiten.

Neben den Akteuren stellten auch Bewerbungsprojekte die Verbindung zwischen den verschiedenen Großereignisbewerbungen einer Stadt dar. Nach dem Scheitern der ersten Bewerbungsprozesse wurden ehemalige Projekte in die nachfolgenden Bewerbungen eingebunden oder weiterentwickelt. Beispielhaft dafür stehen die zahlreichen Versionen ein „Haus der Wissenschaft“ in Aachen, Braunschweig, Oldenburg und Potsdam aufzubauen. Diese Projekte tauchten sowohl in den Bewerbungen der Städte zur Europäischen Kulturhauptstadt als auch in den Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft auf. Im Fall von Braunschweig und Oldenburg konnte dieses Projekt durch die erfolgreiche Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft umgesetzt werden. In Aachen und Potsdam wurden diese Vorhaben ohne das Einwerben eines Großereignisses realisiert. Dies hing damit zusammen, dass in Aachen die Projektentwicklung schon im Vorfeld der Bewerbungen weit vorangeschritten war und ein Zusammenhang zur gesamtstädtischen Entwicklung bestand. Im Fall von Potsdam entstand die Idee im Zuge der Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt und wurde durch die nachfolgenden Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft weiterentwickelt. Nachdem diese Bewerbungen scheiterten, erhielt das Projekt den Rahmen durch die Aufstellung des INSEK und konnte letztendlich umgesetzt werden.

Auch die Entwicklung von städtischen Brachflächen stellten konkrete Projekte dar, die in Städten wie Karlsruhe und Duisburg Bestandteil von mehreren Großereignisbewerbungen waren. So war der Kreativpark Ostau in Karlsruhe sowohl Bestandteil in den Gartenschaubewerbungen als auch in der Bewerbung für die Europäische Kulturhauptstadt. Nachdem feststand, dass Karlsruhe weder Kulturhauptstadt sein, noch eine Gartenschau ausrichten wird, wurde das Projekt in den Rahmen des Masterplans gestellt und weiterentwickelt. In Duisburg nahm die Entwicklung des Rheinparks für die Gartenschau- und Kulturhauptstadtbewerbungen eine zentrale Rolle ein. Für die Olympia- und die Gartenschaubewerbung stellte die Entwicklung von Bergbauhalden die Verbindung dar. Letztendlich konnten keine Olympischen Spiele und keine Gartenschau in Duisburg ausgerichtet werden. Dennoch trugen die Bewerbungen und die strategische Einbindung des

RheinParks in die Stadt- und Regionalentwicklung dazu bei, Fördergelder von der EU und dem Land Nordrhein-Westfalen einzuwerben. Der Bewerbungszeitraum wurde genutzt, um Machbarkeitsstudien aufzustellen und projektvorbereitende Maßnahmen wie die Altlastensanierung von Teilflächen zu realisieren. Dies unterstützte die weitere, schrittweise Umsetzung des Projektes.

**T3:** Die Wettbewerbe stellen eine Plattform dar, um Projekte öffentlich zu präsentieren und ihre Bedeutung für die Stadt zu betonen. Zum einen bietet der Bewerbungsprozess den Anlass, Projekte zu entwickeln. Zum anderen können Projekte durch die Einbindung in Folgebewerbungen am Leben gehalten und weiterentwickelt werden. Damit sind Großereignisbewerbungen in der Lage, bestimmten Projekten Prioritäten zu geben, wodurch deren Umsetzungsprozess vorbereitet oder beschleunigt wird.

**E3:** Der Bewerbungsprozess sollte als aktive Entwicklungsphase für wichtige Stadtentwicklungsprojekte genutzt werden. Das Zusammenkommen verschiedener Akteure im Bewerbungszeitraum kann Bearbeitungswege verkürzen und Synergien zwischen der Bearbeitung der Bewerbung und der Projekte erzeugen.

Ein weiterer direkter Zusammenhang zwischen den Großereignisbewerbungen stellt die Reflektion und Verarbeitung der Bewerbungserfahrung dar. Beispielhaft stehen hierfür Städte wie Halle, Lübeck und Potsdam, die sich in ihren Folgebewerbungen auf frühere Großereignisbewerbungen bezogen und diese für die gesamtstädtische Entwicklung einsetzten. In Halle wurde die zweite Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft unter das Motto der Kulturhauptstadtbewerbung „Halle verändert“ gestellt und galt als Meilensteinprojekt im Rahmen des Strategiedialogs 2025+. Ähnlich war es im Fall der Stadt Lübeck, deren zweite Bewerbung für die Stadt der Wissenschaft zentraler Baustein zur Profilierung einer Wissenschaftsstadt gewesen ist. Vor der Bewerbung reflektierten die Städte, die bis dahin stattgefundenen Großereignisbewerbungen und deren Bedeutung für die interkommunale Zusammenarbeit im Rahmen des ISEK-Aufstellungsprozesses. Auch in Potsdam wurde die zweite Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft mit dem ISEK-Aufstellungsprozess der Stadt verbunden. Die Entscheidung, sich noch einmal zu bewerben, basierte dabei auf dem Erkenntnisprozess, den Bewerbungsprozess dafür zu nutzen, die Kooperationen zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen, Stadtverwaltung, Wirtschaft und Kultur auszubauen.

**T4:** Nacheinander stattfindende Großereignisbewerbungen erfordern die Aufarbeitung und das Reflektieren der gescheiterten Großereignisbewerbungen. Findet dies in den Städten statt, können Erkenntnisse für gesamtstädtische Entwicklungen gewonnen werden und das Scheitern ein Auslöser dafür sein.

**E4:** Ehemalige Bewerberstädte sollten offen mit dem Thema "Scheitern" umgehen und an die geleistete Arbeit im Bewerbungszeitraum anknüpfen. Dies kann vor allem

dadurch gelingen, indem bereits während des Wettbewerbes "Scheitern" als mögliche Situation betrachtet wird.

In Bezug auf die Reihenfolge der stattgefundenen Großereignisbewerbungen konnte festgestellt werden, dass in den Städten, in denen sich die Großereignisbewerbungen zeitlich konzentrierten, fast immer ein direkter inhaltlicher oder organisatorischer Zusammenhang zwischen den Großereignissen bestand. Im Fall von Karlsruhe und Münster wurde bewusst in mehrere Bewerbungen investiert und auf Synergieeffekte zwischen den Großereignisbewerbungen gesetzt. Diese traten dann vor allem bei der Aufstellung des Masterplans 2015 für Karlsruhe und des ISM in Münster auf. Durch die intensive Diskussion der Bewerbungen in der Stadtpolitik wurden die Akteure für Themen sensibilisiert.

Bestand kein inhaltlicher oder organisatorischer Zusammenhang zwischen den Großereignisbewerbungen einer Stadt war dies z. B. auf sehr viele Bewerbungen über einen langen Zeitraum hinweg zurückzuführen. Dazu zählen z. B. die Städte Duisburg und Frankfurt, in denen manche, aber nicht alle Bewerbungen miteinander verbunden waren. Auch die parallel laufenden Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft 2005 und zur Europäischen Kulturhauptstadt der Stadt Augsburg standen in keinem Zusammenhang zueinander. Während die Augsburger Kulturhauptstadtbewerbung unter Beteiligung der Öffentlichkeit stattfand, wurde die Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft verwaltungsintern durchgeführt. Dies führte dazu, dass für die gescheiterte Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft kaum Effekte beobachtet wurden.

**T5:** Die Verlinkung paralleler Bewerbungsprozesse trägt dazu bei, dass die Bewerbungen zusammen mehr Aussagekraft haben.

**E5:** Bewerberstädte sollten beachten, dass ein Zusammenhang zwischen sich zeitlich konzentrierenden Großereignisbewerbungen hergestellt und dieser auch transparent kommuniziert wird. Damit werden die Absichten hinter den jeweiligen Bewerbungen betont und rechtfertigen Investitionen in verschiedene, gleichzeitig stattfindende Bewerbungen.

### **8.1.2 Mittel zum Zweck: Der Zusammenhang zwischen Bewerbungen und Stadtentwicklung**

Nachdem herausgefunden worden war, dass die verschiedenen Großereignisbewerbungen einer Stadt meist im Zusammenhang zueinanderstanden, wurde die Frage beantwortet, inwieweit ein Zusammenhang zwischen den Großereignisbewerbungen und den zu diesem Zeitpunkt existierenden Stadtentwicklungsprozessen bestand. Basierend auf den Erkenntnissen aus der Literaturdiskussion, dass Großereignisse als strategische Instrumente der Stadtentwicklung gelten, wurde vermutet, dass bereits die Bewerbungsprozesse in Verbindung mit der Stadtentwicklung vor Ort gestanden haben. Vor diesem Hintergrund wurde für jede Fallstadt recherchiert, welche Stadtentwicklungsinstrumente und Netzwerkstrukturen zum Bewerbungszeitpunkt existierten. Diese waren Ausgangspunkt

für den Vergleich, inwieweit es thematische und organisatorische Gemeinsamkeiten zwischen Projekten und Zielen der Stadtentwicklung und den Großereignisbewerbungen gab. Auch hier stellten Textdokumente aus der Stadtratsarbeit und den Stadtverwaltungen sowie Experteninterviews mit Akteuren der Bewerbungsprozesse und der öffentlichen Verwaltung den Ausgangspunkt der Analyse dar.

Bereits übergeordnete Zielsetzungen der Bewerbungen wie die „Bewältigung des Strukturwandels“ bzw. die „Stärkung der Innen- und Außenwahrnehmung einer Stadt“ oder Projekte wie die Entwicklung von Brachflächen reflektierten den Bezug der Großereignisbewerbungen zu Themen der Stadtentwicklung. Darüber hinaus war von Interesse, inwieweit sich diese Ziele oder Projekte auch in formalen bzw. informellen Stadtentwicklungsdokumenten widerspiegelten. Dabei konnte festgestellt werden, dass sich die Fallstädte maßgeblich danach unterschieden, ob die Großereignisse einen Impuls darstellten, um Stadtentwicklungsstrategien aufzustellen oder bereits als Bestandteil von Stadtentwicklungsstrategien galten.

So wurden in Halle (Saale), Karlsruhe, Lübeck, Münster, Oldenburg und Potsdam gesamtstädtische Stadtentwicklungsstrategien während der Bewerbungsprozesse bzw. im Verlauf aufgestellt. Zurückzuführen auf die nacheinander stattfindenden Bewerbungen wurde im Fall der Städte Halle (Saale), Lübeck, Oldenburg und Potsdam der schrittweise Erkenntnisprozess deutlich. Während die ersten Bewerbungen eher indirekt mit der Stadtentwicklung vor Ort verbunden waren, erfolgte die letzte Großereignisbewerbung im Rahmen des Aufstellungsprozesses einer gesamtstädtischen Strategie. Dadurch war die Großereignisbewerbung ein Meilenstein, um die Ziele zur zukünftigen Entwicklung der Städte zu erreichen. Damit erhält die Großereignisbewerbung eine Funktion und wird Bestandteil strategischer Planung.

**T6:** Parallel und nacheinander stattfindende Großereignisbewerbungen können Impulse dafür geben, Stadtentwicklungsstrategien aufzustellen. Die Bewerbungsverfahren übernehmen dabei die Funktion, gegenwärtige Stadtentwicklungsprozesse zu beschreiben und Herausforderungen zu erkennen. Auf dem Weg zu strategischer Stadtentwicklung lösen die mehrfachen Bewerbungen Innovationen aus.

**E6:** Damit Großereignisbewerbungen der Ausgangspunkt für die Erstellung von Stadtentwicklungsstrategien sein können, sollten Städte die Bewerbungen nicht nur nach den Anforderungen der Ausrichterorganisationen richten, sondern eigene Ziele damit verbinden.

Im Vergleich dazu waren die Bewerbungen der Städte Aachen, Augsburg, Braunschweig, Duisburg und Frankfurt am Main bereits Bestandteil übergeordneter Stadtentwicklungsstrategien. Dies wurde dadurch deutlich, dass z. B. Stadtentwicklungsprojekte gleichzeitig auch Bewerbungsprojekte waren. Ebenso gab es den Fall, dass das Großereignis zu den thematischen Schwerpunkten zukünftiger Stadtentwicklung passte und diese damit her-

vorhoben. Im Fall von Aachen wurde mit den Bewerbungen dem strategischen Ziel, Aachen als Wissenschafts- und Technologiestandort zu entwickeln, Ausdruck verliehen. Duisburg hatte zum Ziel, große, städtebaulich wichtige Projekte für die Stadt mit den Großereignisbewerbungen zu beschleunigen. Dazu zählten der Rheinpark und der Sportpark Wedau. In Augsburg und Braunschweig korrespondierten die übergeordneten Ziele der Bewerbungen mit dem Masterplan und dem Planungs- und Handlungsrahmen. In Frankfurt am Main setzen sich seit jeher verschiedene Netzwerke für das Zusammenwachsen der Region ein. Diese unterstützten die Bewerbungen der Stadt mit dem Ziel, dass das Großereignis dazu beiträgt, die Region zu einen.

**T7:** Wenn Großereignisbewerbungen Bestandteil strategischer Stadtentwicklungsplanungen sind, tragen diese dazu bei, dass Projekten und Themen Prioritäten bei der Umsetzung gegeben werden. Dadurch besteht die Chance, Prozesse zu beschleunigen und konsequent weiterzuverfolgen.

**E7:** Die Integration von Großereignisbewerbungen in ein gesamtstädtisches Konzept stellt eine Möglichkeit dar, Wettbewerbe für Stadtentwicklungsprozesse zu nutzen. Zur Realisierung von Leitbildern oder Entwicklungszielen können Großereignisse als Meilensteine eine bedeutende Funktion übernehmen. Der Bewerbungsprozess für ein Großereignis ist ein realistisches Projekt, welches in der Lage ist, motivierend auf ganz unterschiedliche Gruppen von Akteuren zu wirken.

Zusammenfassend konnte für alle elf Fallstädte festgestellt werden, dass die Großereignisbewerbungen ihren spezifischen Beitrag zur Stadtentwicklung leisteten und damit ein Zusammenhang zwischen den Großereignissen und Stadtentwicklungsprozessen bestand.

### **8.1.3 Der Nutzen des Scheiterns: Effekte gescheiterter Bewerbungen**

Der Zusammenhang zwischen den einzelnen Bewerbungen und deren Bezug zur Stadtentwicklung lassen bereits auf Effekte der gescheiterten Bewerbungen schließen. Die Investition in eine Folgebewerbung, die wiederholte Thematisierung von Bewerbungsprojekten und der Erkenntnisprozess, Großereignisbewerbungen als Meilenstein strategischer Stadtentwicklungsansätze einzusetzen, können bereits zu den Effekten gescheiterter Bewerbungen gezählt werden. So sind diese Effekte von wirtschaftlicher oder politischer Natur, treten unmittelbar nach dem Scheitern oder zu einem späteren Zeitpunkt auf und treffen auf die eine, aber nicht auf die andere Stadt zu. Um diese Komplexität zu reduzieren und mit dem Ziel verbunden, ein ganzheitliches Bild von Effekten zu geben, wurden die Städte anhand eines Analyserahmens untersucht. Aufbauend auf den Erkenntnissen aus der Literatur war bekannt, dass Großereignisse vor allem Effekte im Bereich Wirtschaft, Raum, Gesellschaft und Politik hervorrufen. Innerhalb dieser Kategorien kann weiter zwischen der zeitlichen und räumlichen Dimension, geplanten und ungeplanten sowie negativen und positiven Effekten unterschieden werden. Diese Ansätze, Effek-



te systematisch zu erfassen und zu strukturieren, wurden auf die gescheiterten Bewerbungsprozesse übertragen. So konnten Antworten auf die Frage gefunden werden, welche Effekte die gescheiterten Großereignisbewerbungen in den unterschiedlichen Städten hervorriefen.

### **Städtische Kosten: Investitionen in zukünftige Entwicklungen**

So gehören zu den wirtschaftlichen Effekten gescheiterter Großereignisbewerbungen die unmittelbaren Kosten, die den städtischen Verwaltungen im Rahmen des Bewerbungsprozesses entstanden sind. Diese variieren zwar in ihrer Höhe, aber es gibt keine Stadt, deren Bewerbungsprozess keine Kosten verursachte. Ob als direkte Positionen im städtischen Haushalt oder durch die Abordnung von Mitarbeitern, in den meisten Fällen kam für die Bewerbungskosten die Stadtverwaltung auf. Aber nicht nur die Städte investierten, sondern auch Wirtschaft, Stiftungen, Bürger sowie Bund und Land beteiligten sich durch Sponsoring und der Vergabe von Fördermitteln finanziell an den Großereignisbewerbungen. Um das Interesse an der Ausrichtung des Großereignisses zu betonen, investierten manche Städte bereits im Vorfeld in den Ausbau von Infrastruktur oder erhöhten das Budget für bestimmte Abteilungen. So wurde beispielsweise in Frankfurt am Main während der Bewerbung für die Olympischen Sommer Spiele 2012 der Etat für den Leistungssport erhöht und in den Ausbau von Trainingsstätten investiert. In Halle (Saale) wurde trotz schrumpfender Bevölkerungszahlen der Etat für den Bereich Kultur im Bewerbungszeitraum nicht gekürzt. Neben diesen direkten Kosten des Bewerbungsprozesses konnten kaum direkte Impulse auf die städtische Wirtschaft, sogenannte Multiplikator-Effekte, festgestellt werden. Aufträge zur Erstellung der Bewerbungskonzeption wurden häufig an externe, erfahrene Agenturen vergeben, Intendanten zur Organisation von Bewerbungsprozessen kamen von außerhalb. Im wirtschaftlichen Sinne blieb unmittelbar nach dem Bewerbungszeitraum die Einnahmenseite leer.

**T8:** Unmittelbare wirtschaftliche Effekte von Großereignisbewerbungen sind Kosten für den Bewerbungsprozess, die zwar durch Sponsoren und Fördergelder unterstützt werden können, aber in jedem Fall auftreten. In den meisten Fällen werden diese von den Stadtverwaltungen getragen.

**E8:** Es ist zu empfehlen, dass sich potentielle Bewerberstädte diesen finanziellen Lasten von Anfang an bewusst sind. Wenn von Beginn an finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, drückt dies die Bedeutung des Bewerbungsprojektes für die Stadt aus und schafft Freiheiten, die Kreativität und Innovationen zulassen. Vor allem zu Beginn des Bewerbungsprozesses ist es schwierig, Sponsoren zu gewinnen und diese in ein noch sehr vages Projekt einzubeziehen.

Zu den wirtschaftlichen Effekten ist die mediale Berichterstattung im Bewerbungszeitraum zu zählen. Die Kommunikation der Bewerbung in der Öffentlichkeit rückte die Städte in den Fokus und bot die Möglichkeit, auf sich aufmerksam zu machen und sich best-

möglich zu präsentieren. Das stellte für die meisten Städte einen großen Wert dar. Im Vergleich dazu hätten bundesweite oder überregionale Kampagnen über einen mehrmonatigen Zeitraum kaum eigenständig finanziert werden können. Allerdings war dieser Effekt vom Großereignis und der Bewerberstadt abhängig. Der Wettbewerb um die Europäische Kulturhauptstadt rief ein größeres Medieninteresse hervor, als z. B. die Auswahlverfahren zur Bundesgartenschau. Städte, die ihre Bewerbung transparent und unter Beteiligung der Öffentlichkeit vorbereiteten, konnten eher von der Berichterstattung profitieren. Im Fall von Halle (Saale) und der Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt betonte die Presse die kulturellen und historischen Werte und trug dazu bei, dass weniger die „shrinking city“ als vielmehr die Kulturstadt an der Saale in den Vordergrund gerückt wurde. Ausgehend von der überwiegend positiven Berichterstattung erhofften sich die Städte die verbesserte Außenwahrnehmung, erhöhtes Touristenaufkommen oder sogar Unternehmensansiedlungen, welche die wirtschaftliche Situation vor Ort verbessern sollte. Diese Wirkungsketten sind jedoch kaum messbar und in den wenigsten Fällen ausschließlich auf die Aktivitäten einer Großereignisbewerbung zurückzuführen.

**T9:** Es kann davon ausgegangen werden, dass die Städte durch die mediale Berichterstattung während des Bewerbungszeitraumes wirtschaftlich profitieren. Dazu zählen vor allem Impulse auf den Bereich Tourismus.

**E9:** Von daher wird Bewerberstädten empfohlen, die Medien bewusst in die Bewerbungsprozesse einzubeziehen und für den eigenen Zweck zu instrumentalisieren. Dies kann zum einen durch Pressemitteilungen, Pressekonferenzen oder Interviews geschehen. Zum anderen sollte vor allem die lokale Presse in den Bewerbungsprozess einbezogen werden, um Missverständnisse zu umgehen und Ortskenntnisse zu nutzen.

Auch nachdem die Bewerbungen scheiterten, erfuhren die Städte Effekte im wirtschaftlichen Bereich. Zu den direkten langfristigen wirtschaftlichen Effekten zählen Kosten, die zur Realisierung von Bewerbungsprojekten eingesetzt wurden. Dies war jedoch häufig nur dann der Fall, wenn bereits im Vorfeld eine Finanzierung für diese Projekte feststand oder diese auch in einem anderen Zusammenhang hätten umgesetzt werden sollen. So wurde in Potsdam das Haus der Wissenschaft realisiert, auch ohne Stadt der Wissenschaft zu sein. In Duisburg wurden Teilabschnitte des RheinParks auch ohne die Bundesgartenschau realisiert. Auch Folge- oder Wiederholungsbewerbungen stellen einen längerfristigen wirtschaftlichen Effekt für die Städte dar. Die empirischen Beispiele zeigen, dass vor allem bei Wiederholungsbewerbungen mehr investiert wurde und der Bewerbungsprozess umfangreicher und komplexer organisiert war. Deutlich wurde dies an den Städten Aachen und Oldenburg, welche die zweite Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft mit höherem finanziellem und personellem Aufwand betrieben.

Weitere längerfristige wirtschaftliche Effekte stellen z. B. Kosten für die Institutionalisierung von Netzwerken oder die Einrichtung von Personalstellen dar. So wurde im Nach-

gang der gescheiterten Bewerbungsaktivitäten zur Stadt der Wissenschaft in vielen Fällen die Stelle eines Wissenschaftsmanagers in der Stadtverwaltung eingerichtet. Ebenso institutionalisierten sich Akteursstrukturen der Bewerbungsprozesse, die sich auch nach dem Scheitern der Bewerbung für die Zielsetzungen des ehemaligen Vorhabens einsetzten. Beispielhaft steht dafür die KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH. Diese hatte sich aus dem „Vertrag für die interkommunale Zusammenarbeit“ zur Aufstellung der Bewerbung für die Europäische Kulturhauptstadt gebildet. Für diese Effekte wurden bewusste Entscheidungen getroffen und Kosten in Kauf genommen. Auf der anderen Seite mussten Städte auch weiterhin in Organisationsstrukturen gescheiterter Bewerbungsprozesse investieren, da sich diese nicht ohne weiteres auflösen ließen. Dazu zählen z. B. GmbHs, die häufig im Zusammenhang mit Bundesgartenschau- und Olympia-Bewerbungen gegründet wurden. Die Abwicklung der Geschäftstätigkeiten von GmbHs konnte mehrere Jahre in Anspruch nehmen, für welche die Städte weiterhin Mitgliedsbeiträge oder Personal- und Sachkosten aufwenden mussten.

**T10:** Wenn Städte auch nach den gescheiterten Bewerbungsprozessen in Projekte, Institutionen oder Folgebewerbungen investieren, entstehen zwar Folgekosten, aber auch längerfristige Effekte in anderen Bereichen.

**E10:** Bereits im Bewerbungsprozess sollte bedacht werden, dass finanzielle Investitionen notwendig sind, um im Fall des Scheiterns Prozesse über den Bewerbungszeitraum hinaus weiter zu führen. Dies sollte transparent kommuniziert werden, um sich auf einen effektiven Umgang mit gescheiterten Bewerbungen vorzubereiten. Im Bewerbungsprozess institutionalisierte Netzwerke oder Sponsoren, die für bestimmte Projekte gewonnen werden, stellen Beispiele dar, Gelder schon im Bewerbungsprozess nicht an das Großereignis, sondern an Themen zu binden.

### **Thematisierung von Raum: Setzung von Prioritäten und Kreativitätsförderung**

Primäre enthielten vor allem die Bewerbungskonzeptionen zur Ausrichtung einer Bundesgartenschau oder den Olympischen Spielen Projekte mit räumlichen Charakter. Es wurden jedoch auch im Rahmen der Bewerbungen zur Europäischen Kulturhauptstadt und der Stadt der Wissenschaft räumliche Themen aufgegriffen. Neben dem Ausbau von Sportinfrastruktur und der Entwicklung von Industriebranchen standen häufig auch die Innenstädte und die Schließung von Baulücken oder die Wiederbelebung von leerstehenden Gebäuden im Fokus. Die Bewerbungsaktivitäten brachten somit städtebauliche Themen auf die Agenda, deren Entwicklung im Rahmen einer erfolgreichen Bewerbung hätte beschleunigt werden können. Die Diskussion über Räume löste noch keine räumlichen Effekte aus, doch wurden durch den intensiven Bewerbungsprozess häufig Grundlagen für die Weiterentwicklung geschaffen. Dazu zählen Entwicklungsentwürfe, Vermessungsarbeiten und Konzepte, die eine Weiterverfolgung dieser räumlichen Projekte auch nach dem Scheitern vereinfachten. Ob und wann letztendlich räumliche Projekte der gescheiterten Bewerbungen realisiert werden konnten, war von der individuellen Situation

der Stadt abhängig. Ausschlaggebend konnte dafür z. B. die erfolgreiche Einwerbung eines anderen Großereignisses (Haus der Wissenschaft in Braunschweig und Oldenburg) oder die bereits im Vorfeld festgelegte Rahmenkonzeption in den Städten sein (SuperC Aachen, Rheinpark Duisburg). Politische Entscheidungen, welche die Priorisierung der Projekte im Nachhinein ermöglichten (Haus der Wissenschaft Potsdam), können ein Grund für die Umsetzung ehemaliger Bewerbungsprojekte gewesen sein.

**T11:** Wenn die Großereignisbewerbungen bereits konkrete Projekte enthalten, sind Städte eher in der Lage, diese auch nach dem Scheitern weiterzudenken und umzusetzen. Nach dem gescheiterten Bewerbungsprozess verfügen die Städte über Expertenwissen, welches Grundlagen für die Weiterführung raumbezogener Projekte liefert.

**E11:** Die Bewerbungsziele sollten durch konkrete Bewerbungsprojekte unterstrichen werden. Projekte mit Raumbezug eignen sich durch ihre Symbolhaftigkeit und Identifizierungsmöglichkeiten dafür besonders.

Neben konkreten infrastrukturellen Maßnahmen wurden während der Bewerbungsprozesse der Stadtraum und vor allem der öffentliche Raum in den Fokus der Diskussion gestellt. Dazu zählte die Verschönerung einer Fußgängerunterführung in Augsburg oder die Einrichtung von Treffpunkten zur Information und Kommunikation der Bewerbungsidee in Münster und Halle (Saale). Dies waren Begleitaktionen während der Bewerbungsprozesse. Der öffentliche Raum wurde dadurch ins Bewusstsein der Stadtgesellschaft gestellt. Leerstehenden Gebäuden konnte während des Bewerbungszeitraumes eine neue Funktion zugeführt werden. Durch deren zwischenzeitliche Nutzung wurden sie vor dem weiteren Verfall bewahrt. Kunst im öffentlichen Raum, Erhaltung von Industriekultur oder Schaffung eines Kommunikations- und Informationszentrums für Wissenschaft und Forschung zählen zu den räumlichen Effekten der gescheiterten Bewerbungen, die zur Unterkategorie „Place-Making“ gezählt werden können. Im Zusammenhang mit den direkten gesellschaftlichen Effekten, wie z. B. der Etablierung und Weiterführung ehrenamtlicher Tätigkeiten, wurde dadurch die Identifikation der Bürger mit den Stadträumen verbessert.

**T12:** Die Thematisierung von Raum in der Bewerbung und die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Entwicklung von raumbezogenen Projekten tragen zur verbesserten Identifizierung der Bürger mit ihrer Stadt bei. Räumliche und gesellschaftliche Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen stehen daher in engem Zusammenhang zueinander. Es ist wahrscheinlicher, dass raumbezogene Projekte nach dem Scheitern weitergeführt werden, wenn sie durch oder mit Bürgern entwickelt wurden.

**E12:** Die Öffentlichkeit sollte nicht nur über den Bewerbungsprozess informiert, sondern daran aktiv beteiligt werden. Dies kann in Form von Workshops oder Werkstattgesprächen geschehen, in denen Projekte und Ideen entwickelt werden können. Die Verbindung mit den offiziellen Akteuren der Bewerbung ist dabei von Bedeutung, da-

mit die verschiedenen Beiträge koordiniert und eine Moderation des Prozesses erfolgen kann.

### **Aktive Bürgergesellschaft: Ergebnis öffentlich diskutierter Bewerbungsprozesse**

Nicht alle gescheiterten Großereignisbewerbungen riefen gesellschaftliche Effekte hervor. Ausschlaggebend dafür waren vor allem die öffentliche Kommunikation und die Beteiligung der Bürger am Bewerbungsprozess. So entstanden in Augsburg und Potsdam im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung und in Karlsruhe durch die Bundesgartenschaubewerbung bürgerschaftlich organisierte Vereine, die sich auch nach den gescheiterten Bewerbungen für die Bewerbungsthemen einsetzten. In Karlsruhe gilt der Verein auch heute noch als kompetenter Ansprechpartner. Das Bündnis Augsburg feierte 2013 das zehnjährige Bestehen. In Potsdam wurde der Verein Kulturstadt Potsdam gegründet, der Impulse der Kulturhauptstadtbewerbung weiterführt. Diese Beispiele zeigen, dass Großereignisbewerbungen identitätsstiftend sein können und dazu führen, dass sich die Bürger für ihre eigene Stadt einsetzen.

In Münster zeigte sich dies, durch eine intensive Beteiligung der Bürger bei der Entwicklung von Bewerbungsideen und bewerbungsbegleitender Maßnahmen. So wurden in Münster während des Bewerbungsprozesses eine Zukunftswerkstatt und Kulturveranstaltungen durchgeführt, welche die Akzeptanz und Identifizierung mit der Großereignisbewerbung ausdrückten. Dies wurde auch durch die umfangreichen Sponsorengelder reflektiert, die ortsansässige Unternehmen auch nach dem Scheitern des Bewerbungsprozesses zur Verfügung stellten, um Prozesse aus der Bewerbung fortzusetzen.

**T13:** Durch die öffentliche Kommunikation und die aktive Beteiligung der Bürger an den Bewerbungsprozessen werden Strukturen in der Stadtgesellschaft geschaffen, die nach dem Scheitern Bewerbungsthemen und -projekte weiterführen und verstetigen. So ergeben sich längerfristige Effekte, die z. B. die weichen Standortbedingungen vor Ort verbessern. Damit kann Bürgern und Gästen die Stadt nähergebracht und deren Identifikation mit der Stadt verbessert werden.

**E13:** Kooperationen, Vereine oder Bündnisse sollten sich nicht mit dem allgemeinen Ziel gründen die Großereignisbewerbung zu unterstützen, sondern sich auf einzelne Bewerbungsthemen oder bestimmte Projekte fokussieren. Damit kann nach dem Scheitern das Fortbestehen gewährleistet werden und die Motivation der Bewerbungserfahrung weiterwirken.

Für die Bewerbungsbücher entwickelten die Städte eine Vielzahl von Projekten und Veranstaltungsreihen, die im Jahr der Ausrichtung durchgeführt werden sollten. Vor allem die Bewerbungskonzeptionen für die Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt und der Stadt der Wissenschaft enthielten verschiedene Konzepte, die Themen Kultur und Wissenschaft der Stadt und seinen Gästen näher zu bringen. Den Städten fehlte nach dem Scheitern des Wettbewerbs der Rahmen um diese Projekte umzusetzen. Dennoch galten

die Bewerbungsbücher als Ideenpool für zukünftige Veranstaltungen, Jubiläen oder Folgebewerbungen. So etablierte sich in Lübeck ein Orgelwettbewerb, dessen Grundsteine durch die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt gelegt worden waren. In Frankfurt wird immer noch jährlich die „Olympische Ballnacht“ durchgeführt und in Aachen tagte eine Zeitlang das Europäische Wissenschaftsparlament. Aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten musste das Wissenschaftsparlament eingestellt werden. Diese Beispiele verdeutlichen, dass die Städte durch die entwickelten Bewerbungskonzeptionen auf einen Pool von Ideen zurückgreifen konnten, der zur Unterhaltung und Ausgestaltung weiterer Festivitäten der Stadtgesellschaft beitrug.

**T14:** Bewerbungsdokumente enthalten zahlreiche Ideen zu Veranstaltungen, Ausstellungen oder Workshops, die nach dem Scheitern Ausgangspunkt dafür sind, das kulturelle Leben in der Stadt zu bereichern. Werden diese im Rahmen einer Folgebewerbung, eines Stadtjubiläums oder durch anderen Hintergründe realisiert, profitiert die Stadtgesellschaft.

**E14:** Damit dies möglich ist, sollten die Bewerbungsinhalte verwaltungsintern oder besser noch öffentlich zugänglich sein und nicht in der "Schublade" verschwinden. Nur dann kann auch zu einem späteren Zeitpunkt, z. B. wenn sich Finanzierungsmöglichkeiten ergeben, darauf zugegriffen werden. Dies kann z. B. durch die inaktive Weiterführung von Webseiten erfolgen, die den ehemaligen Bewerbungsprozess und die Bewerbungsinhalte dokumentieren. Somit entsteht ein Online-Archiv, welches über Arbeitsschritte, Erfahrungen und Inhalte informiert.

Neben diesen primären Effekten konnten auch sekundäre Effekte für die Stadtgesellschaft festgestellt werden. Diese stehen in engem Zusammenhang zu Effekten im wirtschaftlichen, räumlichen und politischen Bereich und sind Teil von Wirkungsketten. Investitionen in die Realisierung ehemaliger Bewerbungsprojekte tragen zur Verbesserung des Lebensumfeldes der Bürger bei. Die Verstetigung von Themen wie Wissenschaft und Kultur durch politische Entscheidungen nach dem Bewerbungsprozess haben Einfluss auf die Stadtgesellschaft. So wurde im Zuge der Kulturhauptstadtbewerbung von Halle (Saale) die Beibehaltung des Kulturetats beschlossen, was den Bürgern und Gästen der Stadt die kulturelle Diversität weiterhin erhalten hat. Vor dem Hintergrund rückläufiger Bevölkerungszahlen stellt dies eine Besonderheit dar. In Duisburg wurde trotz gescheiterter Bewerbungen für die Olympischen Sommerspiele 2012 und der World Games 2013 weiter in die sportliche Infrastruktur investiert. Dies hatte zur Folge, dass die Bürger und Gäste der Stadt nun den Sportpark nutzen können und dass die Kanu-Weltmeisterschaft 2013 ausgerichtet werden konnte. In Münster haben die gescheiterten Bewerbungen zur Europäischen Kulturhauptstadt und zur Stadt der Wissenschaft zur Profilierung der Stadt beigetragen. Durch die Parallelität der Bewerbungen zum Aufstellungsprozess eines Stadtentwicklungskonzeptes wurde die Zukunft der Stadt vorbereitet, um den Standort Münster auch weiterhin für seine Bürger attraktiv zu halten.

**T15:** Wenn Großereignisbewerbungen nicht nur mit dem Ziel abgegeben werden, das Großereignis auszurichten, sondern auch andere, übergeordnete Zielsetzungen verfolgen, kann im Fall des Scheiterns mit Wirkungsketten in verschiedene Bereiche hinein gerechnet werden. Diese indirekten Effekte sind zwar kaum planbar, aber in den meisten Fällen positiv zu bewerten. Indem sich die Städte den verschiedenen Effekten bewusst werden, können negative Effekte des Scheiterns, wie z. B. Frustration, relativiert werden. Ein Neustart oder Umdenkprozess wird dadurch eher ausgelöst.

**E15:** Indirekte Effekte und Wirkungsketten sind meist auf den ersten Blick nicht zu erkennen. Sie benötigen eine genauere Analyse, die das Erfahrene aufarbeitet und in den Zusammenhang zu parallelen Prozessen stellt. Dies kann in Form einer Evaluierung oder Aufarbeitung der Bewerbungsaktivitäten erfolgen. Bereits unmittelbar nach dem Scheitern durchgeführte Diskussionen im Stadtrat haben wichtige Erkenntnisprozesse in den ehemaligen Bewerberstädten ausgelöst. Die Kommunikation und das Reflektieren der Bewerbungserfahrung ermöglicht das Aufdecken von indirekten Effekten und kann dazu beitragen, Scheitern weniger als Problem, sondern vielmehr als Lösung zu betrachten.

### **Profilierung von Städten: Politische Absicht oder Erkenntnisprozess**

Aus organisatorischen Gründen war es notwendig, dass hinter den Großereignisbewerbungen Städte und ihre Stadtverwaltungen standen. So waren fast alle Großereignisbewerbungen Thema von zahlreichen Diskussionen in öffentlichen oder nicht öffentlichen Ausschüssen der Ratssitzungen. In den meisten Fällen wurde die Stadtverwaltung beauftragt, eine Bewerbung aufzustellen. Darüber hinaus setzten sich aber auch Unternehmen oder Vereine für die Großereignisbewerbungen ein. Diese Akteure einte, dass sie sich aktiv an der Entwicklung der jeweiligen Stadt beteiligten und Einfluss auf das Geschehen vor Ort nahmen.

Inwieweit sich für die Akteure des Bewerbungsprozesses und deren Zielsetzungen etwas durch die gescheiterten Bewerbungsprozesse änderte, war Ziel bei der Beobachtung von Effekten im Bereich „Politik“. Dazu zählen z. B. die Erkenntnis- und Lernprozesse, welche die verschiedenen Akteure der Bewerbungsprozesse durchmachten und die sich in den Folgebewerbungen reflektierten. Dies wird durch die Städte Aachen, Münster, Halle (Saale) und Potsdam deutlich. Die zweite Bewerbung dieser Städte zur Stadt der Wissenschaft war komplexer organisiert, öffentlicher kommuniziert und stärker mit gesamtstädtischen Zielsetzungen verbunden. Angetrieben durch den Ehrgeiz und den Willen, es beim nächsten Mal zu schaffen, wollten die Städte das Beste aus dem Wettbewerb herausholen. Während die Aachener Bewerbung auf neue Projekte und konsequente Weiterverfolgung des bisher Geschehenen setzte, wurde in Münster und Halle (Saale) die Bewerbung bewusst unter das Motto „Der Weg ist das Ziel“ gesetzt. Neben der Ausrichtung der Stadt der Wissenschaft wurde beabsichtigt, ein Gesamtprodukt zu entwickeln, welches auch ohne Einwerbung umgesetzt werden konnte. Für beide Städte stellten die

Bewerbungen Meilensteine zur Realisierung einer Stadtentwicklungsstrategie dar. Potsdam bewarb sich bewusst erst zwei Jahre später, um den damit verlängerten Bewerbungszeitraum für den Ausbau von Netzwerken zwischen Stadt und Wissenschaft zu nutzen. Ebenso verstärkte sich mit jeder weiteren aufgestellten Bewerbung das Bewusstsein der Städte für ihre Stärken und die eigene Identität. Beispielhaft steht dafür die Stadt Karlsruhe, die feststellte, dass sich durch die Großereignisbewerbungen in der Stadt eine Dynamik entwickelte. Diese machte es möglich, Projekte und Ideen zu entwickeln, die so kaum entstanden wären. Diesen Bewusstseinsbildungsprozess nutzten sowohl Karlsruhe als auch Potsdam bei der Aufstellung des Masterplans 2015 bzw. des ISEK. Zahlreiche Themen der gescheiterten Großereignisbewerbungen wurden in diesen strategischen Dokumenten gebündelt.

Die Großereignisbewerbungen erforderten von den Stadtverwaltungen Projektverantwortung und die Koordination von Aufgaben, die sonst nicht zur Alltagsarbeit zählte. Die Durchführung von Workshops oder Präsentationen der Bewerbungsideen erforderte Kenntnisse, die sich die Städte entweder von außen holten oder selbst organisierten. Damit erweiterten sich nicht nur die Kompetenzen der städtischen Mitarbeiter, sondern die Städte reflektierten nach außen, dass sie in der Lage sind, sich an nationalen und internationalen Wettbewerben zu beteiligen.

**T16:** Es kann davon ausgegangen werden, dass die gescheiterten Großereignisbewerbungen die Akteure in ihrem zukünftigen Handeln beeinflussen.

**E16:** Damit Erfahrungen und Erkenntnisprozesse Anwendung für die weitere Entwicklung der Städte finden, ist es notwendig, dass die Städte ein neues Ziel oder Rahmenprojekt finden. Ebenso sollten die hinzugewonnenen Kompetenzen auf die Alltagsarbeit übertragen werden. Wettbewerbserfahrungen sind auch bei der Beantragung von Fördermitteln oder bei der Teilnahme an Leistungswettbewerben hilfreich.

Neben diesen „Aha“-Effekten bei den Bewerbungsakteuren stellte der Bewerbungsprozess für viele Städte den Ausgangspunkt für die Entwicklung von Akteursnetzwerken oder Kooperationen dar. So entstand im Rahmen der Bewerbung für die Europäische Kulturhauptstadt in Braunschweig der Regionale Arbeitskreis. Dieser wurde mit dem Ziel gegründet, die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und Kultureinrichtungen zu stärken. Nach dem Scheitern setzten sich vor allem die Bürgermeister von Braunschweig und Wolfenbüttel weiter für kulturelle Kooperationen zwischen Museen und Bibliotheken der beiden Städte ein. In Frankfurt wurde im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung der Vertrag zur interkommunalen Zusammenarbeit geschlossen. Auch dieses Netzwerk verstetigte sich nach dem Scheitern der Bewerbung und ist heute als KulturRegion Frankfurt RheinMain gGmbH aktiv. Im Verlauf der Kulturhauptstadtbewerbung Augsburgs wurde das im Auftrag der Stadt und ehrenamtlich agierende Bündnis Augsburg e. V. aktiv. Diese Einrichtung besteht weiterhin und unterstützte z. B. im Jahr 2011 die Aktivitäten um die Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen. In



Potsdam und Lübeck gründeten sich nach dem Scheitern der ersten Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft der Verein proWissenschaft Potsdam e. V. und der Initiativkreis „Wissenschaft in Lübeck“. Diese setzen sich dafür ein, den Dialog zwischen der Stadt und den wissenschaftlichen Einrichtungen zu verbessern.

Zu den unmittelbaren Effekten der gescheiterten Großereignisbewerbungen gehören neben konkreten und zweckbezogenen Netzwerken, auch lose geknüpfte und kurzfristig bestehende Kooperationen. Das Zusammenkommen verschiedener Akteure aus der Stadtverwaltung, den kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie der Wirtschaft und Politik, die sich für das Großereignis einsetzten, trug dazu bei, dass Grundsteine für nachfolgende Projekte und Arbeiten gelegt wurden. So basierte die zweite Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft in Halle (Saale) auf den Erfahrungen der gescheiterten Bewerbungen zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 und der Stadt der Wissenschaft 2005. Vor dem Hintergrund, dass „man sich kannte“, waren die Kommunikationswege kurz. Auch in Lübeck intensivierte der Bewerbungsprozess die Zusammenarbeit kultureller und wissenschaftlicher Einrichtungen. So konnten im Nachhinein 50% der Bewerbungsprojekte realisiert werden, was ein Indiz für die Kooperationsbereitschaft darstellt.

Für die Städte Duisburg und Frankfurt am Main stellten die Großereignisbewerbungen eine besondere Herausforderung dar. Diese Städte bewarben sich für mehr als sechs Großereignisse und dies fast immer mit Beteiligung der Region. Durch deren geografische Lage in sehr dicht besiedelten Räumen von Deutschland erfuhren diese Städte intensive Zusammenarbeiten mit verschiedenen Akteuren, die eine hohe Kooperationsbereitschaft erforderten. Die Erkenntnis der Städte, zusammen zu arbeiten statt zu konkurrieren, wird durch die Vielzahl der Bewerbungsaktivitäten und die gemeinsame finanzielle Verantwortung dafür ausgedrückt. Durch die Großereignisbewerbungen wurde ein Forum des "Miteinander-Redens" geschaffen, wodurch Einigkeit signalisiert und die Basis für weitere gemeinsame Projekte geschaffen wurde. Netzwerke und Kooperationen entstanden in fast allen Städten und trugen nach dem Scheitern dazu bei, Themen und Projekte in den Städten weiteranzutreiben. Diese Beobachtung konnte unabhängig von der Art des Großereignisses und des Stadtyps gemacht werden. Ausschlaggebend war vielmehr, dass sich die Stadt selbst öffnete und verschiedene Einrichtungen und Akteure in die Bewerbung einbezogen wurden.

**T17:** Wenn nach dem Scheitern bestehende Netzwerke und Kooperationen erhalten bleiben, können daraus langfristige Effekte für die Stadtgesellschaft entstehen.

**E17:** Durch die Benennung von Vereinen oder die Institutionalisierung von Partnerschaften können schnell sichtbare Signale nach außen gesendet werden, dass die Stadt auch nach dem Scheitern an Themen und Projekten der Bewerbung festhält.

Ähnlich den Netzwerken konnte auch in vielen Städten Veränderungen in der Organisationsstruktur der Stadtverwaltung festgestellt werden. Dazu gehört die Stadt Braunschweig, die nach dem Scheitern der Bewerbung für die Stadt der Wissenschaft 2005 den Kulturausschuss im Stadtrat in den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft umbenannte. Weiterhin wurde 2010 der Fachbereich Kultur zum eigenständigen Kultur- und Wissenschaftsdezernat Braunschweig, um den Bedeutungszuwachs der Themen Kultur und Wissenschaft als Standortfaktoren nach außen zu kommunizieren. Dies erfolgte, nachdem die Stadt mit den Bewerbungen für die Europäische Kulturhauptstadt und die Stadt der Wissenschaft erfolglos gewesen war. Letztendlich konnte Braunschweig 2007 die Stadt der Wissenschaft ausrichten. Auch in den Stadtverwaltungen von Karlsruhe, Lübeck und Münster änderte sich nach den gescheiterten Bewerbungen für die Stadt der Wissenschaft die Organisationsstruktur. Während Karlsruhe 2010 ein Wissenschaftsbüro im Bereich Stadtmarketing einrichtete, wurde in Lübeck und Münster eine Stabsstelle für Wissenschaftsangelegenheiten geschaffen. In Münster verstetigte sich dies zu einem Wissenschaftsbüro im Münster Marketing und in Lübeck setzte sich die Wissenschaftsmanagerin für die Projekte der gescheiterten Bewerbung ein und ist auch heute noch Schnittstelle zwischen Stadt und Wissenschaft. Diese Strukturen stehen nicht nur in direktem Zusammenhang mit den ehemaligen Bewerbungen, sondern sind auch auf die Etablierung von Wissenschaft im Masterplan Karlsruhe und im Stadtentwicklungskonzept von Münster und Lübeck zurückzuführen.

Angestoßen durch die Kulturhauptstadtbewerbung wurde in Halle die Neuorganisation der Orchesterlandschaft diskutiert und eine Theatergesellschaft gegründet. In einer Stadt, die zum damaligen Zeitpunkt einen extremen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen hatte, war die Kulturhauptstadtbewerbung Anlass gewesen, sich Gedanken über Kultur und deren zukünftige Organisation zu machen. Auch in Lübeck führte die Kulturhauptstadtbewerbung dazu, dass ein Museumsverbund in der Stadt und ein Kulturbüro mit einem zentralen Marketing eingerichtet wurden. Potsdam schaffte nach der gescheiterten Kulturhauptstadtbewerbung eine Stabsstelle für Projektmanagement Kultur und Medien, nachdem sich herausgestellt hatte, dass eine Kultur GmbH für die Stadt zu teuer werden würde. Schließlich wurde deutlich, dass organisatorische Veränderungen in den Stadtverwaltungen vor allem in Städten beobachtet werden konnten, die im Verlauf ihrer Großereignisbewerbungen strategische Stadtentwicklungskonzepte entwickelten.

**T18:** Wenn sich die Städte in der Orientierungsphase zur zukünftigen Entwicklung befinden, können die gescheiterten Bewerbungsprozesse dazu genutzt werden, die Anpassung und Aktualisierung städtischer, organisatorischer Strukturen anzustoßen.

**E18:** Um durch Großereignisbewerbungen Impulse auf die eigene städtische Entwicklung zu erhalten, sollte die jeweilige Stadt nicht nur die Zielsetzungen der Ausrichterorganisationen beachten, sondern auch bestimmen, welche Bedeutung das Thema des Großereignisses für die eigene Stadt hat. Das Zusammenkommen verschiedener Akteure während des Bewerbungsprozesses kann dafür genutzt werden. Im Fall des Scheiterns visualisieren veränderte Organisationsstrukturen neue Schwerpunkte und signalisieren Aktivität.

Neben den organisatorischen Veränderungen stellten die gescheiterten Großereignisbewerbungen in fast allen Städten ein Puzzlestück auf dem Weg zur Etablierung von Kultur, Sport und Wissenschaft als Standortfaktoren dar. Die Kulturhauptstadtbewerbung von Halle (Saale) war ein Schritt im Aufstellungsprozess der kulturpolitischen Leitlinien der Stadt. In Lübeck standen nach dem Scheitern der Bewerbung zur Stadt der Wissenschaft Forschung und Wissenschaft weiter im Fokus und stellten das Handlungsfeld "Hafenstadt als Wissensstadt" im ISEK 2010 dar. Diese Verstetigung von Themen wurde durch die regionale und überregionale Präsenz der Städte in den Medien während des Bewerbungsprozesses unterstützt. Davon profitierte z. B. die Stadt Augsburg, die "Frieden" als ehemaliges Hauptthema der Kulturhauptstadtbewerbung im Handlungsprogramm Nachhaltigkeit und den kulturpolitischen Zielsetzungen der Stadt im Nachhinein weiter diskutierte. Aachen setzte trotz der gescheiterten Bewerbungen für die Stadt der Wissenschaft und der IGA weiter auf die Etablierung von Wissenschaft und Forschung in den städtischen Strukturen und im Stadtraum. In den Städten Halle (Saale), Münster und Karlsruhe waren die Bewerbungen Bestandteil gesamtstädtischer Marketingprozesse. Die mediale Berichterstattung während des Bewerbungszeitraums wurde zum Aussenden von Botschaften genutzt und durch zahlreiche Kampagnen wie die Benennung von Kulturbotschaftern und bundesweiten Plakaten unterstützt. Die öffentliche Diskussion der Bewerbungsthemen trug dazu bei, diese weiter zu denken. In Karlsruhe verstetigten sich ehemalige Bewerbungsprojekte im Masterplan 2015, Halle (Saale) hielt am Bewerbungsmotto "Halle verändert" fest und setzt den Slogan weiterhin ein. Potsdam stellte fest, dass durch die Bewerbungsprozesse das mediale Interesse an der Stadt höher war und dies zur weiteren Profilierung der Stadt beitrug. Während in einigen Städten die Großereignisbewerbungen zur Verstetigung von Themen führten, wurde in anderen Städten die Verdrängung von Themen durch die Großereignisbewerbungen beobachtet. In Braunschweig ist es bis heute nicht zur Aufstellung der kulturpolitischen Leitlinien gekommen, die eigentlich seit 2002 im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung aufgestellt werden sollten.

**T19:** Die Städte verleihen mit Großereignisbewerbungen Themen und Projekten Prioritäten, die für die weitere Stadtentwicklung von strategischer Bedeutung sind. Die Viel-

zahl der Bewerbungen dieser Fallstädte ist somit ein Zeichen für aktive Stadtentwicklungspolitik.

**E19:** Großereignisbewerbungen als Instrumente der Stadtentwicklung erweitern den "Handwerkskoffer" von Städten mit komplexen Herausforderungen. Die Aussicht auf die Einwerbung des Großereignisses sollte dabei aber nicht im Vordergrund stehen. Vielmehr hat bereits der Bewerbungsprozess eine Hebelwirkung für Stadtentwicklungsprozesse. Um diese Wirkungsweise gezielt nutzen zu können, sollten Städte sich nicht wahllos für verschiedene Großereignisse bewerben. Den Städten sollte im Vorfeld bewusst sein, welches strategische Ziel die Stadtentwicklung mit der Bewerbung verwirklichen kann.

#### **8.1.4 Umdenken oder Neustart? Einflussfaktoren von Effekten gescheiterter Großereignisbewerbungen**

Gescheiterte Großereignisbewerbungen hinterlassen Spuren in den Städten. Welche das sind, hing zum einen von den Merkmalen ab, die zur Untergliederung der Stadttypen führten. Dazu zählten die Anzahl und die Reihenfolge der Großereignisbewerbungen sowie deren Zusammenhang zu strategischen Stadtentwicklungsansätzen. Zum anderen gehörten die Großereignisse selbst dazu, welche durch ihre unterschiedlichen Themen und Organisationsformen verschiedene Anforderungen an die Städte stellen. Ebenso waren individuelle städtische Merkmale ausschlaggebend für die Art und das Ausmaß der Effekte. Dazu gehören z. B. Sponsoren oder thematische Trends wie zunehmende Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die städtischen Standorte. Worauf sich die Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen zurückführen lassen, wird im Folgenden näher eingegangen. Dabei wurde zum einen deutlich, dass bestimmte Effekte auch besondere Faktoren erfordern. Zum anderen tragen die Kenntnisse zu den Einflussfaktoren von Effekten dazu bei herauszufinden, inwieweit die beobachteten Effekte auch auf zukünftige Situationen in Städten übertragbar sind.

Die empirische Beobachtung der Fallstädte konnte Muster aufdecken und zeigen, dass ähnliche Effekte unter bestimmten Bedingungen auftreten. Die Analyse hat auch ergeben, dass städtische Besonderheiten für bestimmte Effekte ausschlaggebend sein können. Das erschwert zwar die Übertragbarkeit, trägt jedoch zum Verständnis und zur Transparenz der Wirkungszusammenhänge bei. Im Ergebnis bedeutet dies, dass Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen durch das Zusammenspiel verschiedener Faktoren auftreten.

#### **Der Plan B, Optimismus und Ausdauer als stadttypische Faktoren**

Die Vermutung, dass die unterschiedlichen Stadttypen auch unterschiedliche Effekte hervorrufen, kann bestätigt werden (vgl. Abb. 24). So wurde festgestellt, dass Städte, die bereits im Vorfeld eine gesamtstädtische Entwicklungsstrategie oder ein Leitbild für die zukünftige Entwicklung hatten, Bewerbungsprojekte und -themen auch nach dem Schei-

tern konsequent weiterverfolgten. Dies ermöglichte eine zeitnahe Umsetzung bzw. profitierten diese Städte von der Diskussion vor der Bewerbung, die Themen oder Projekte auch nach dem Scheitern legitimierten. Städte, die im Verlauf ihrer gescheiterten Bewerbungen Stadtentwicklungsdokumente entwickelten, verfolgten auch Bewerbungsprojekte und -themen weiter. Jedoch entwickelten diese Städte erst Projekte und Ideen für die Bewerbung, so dass deren Erkenntnis- und Lernprozess ein ganz anderer war.

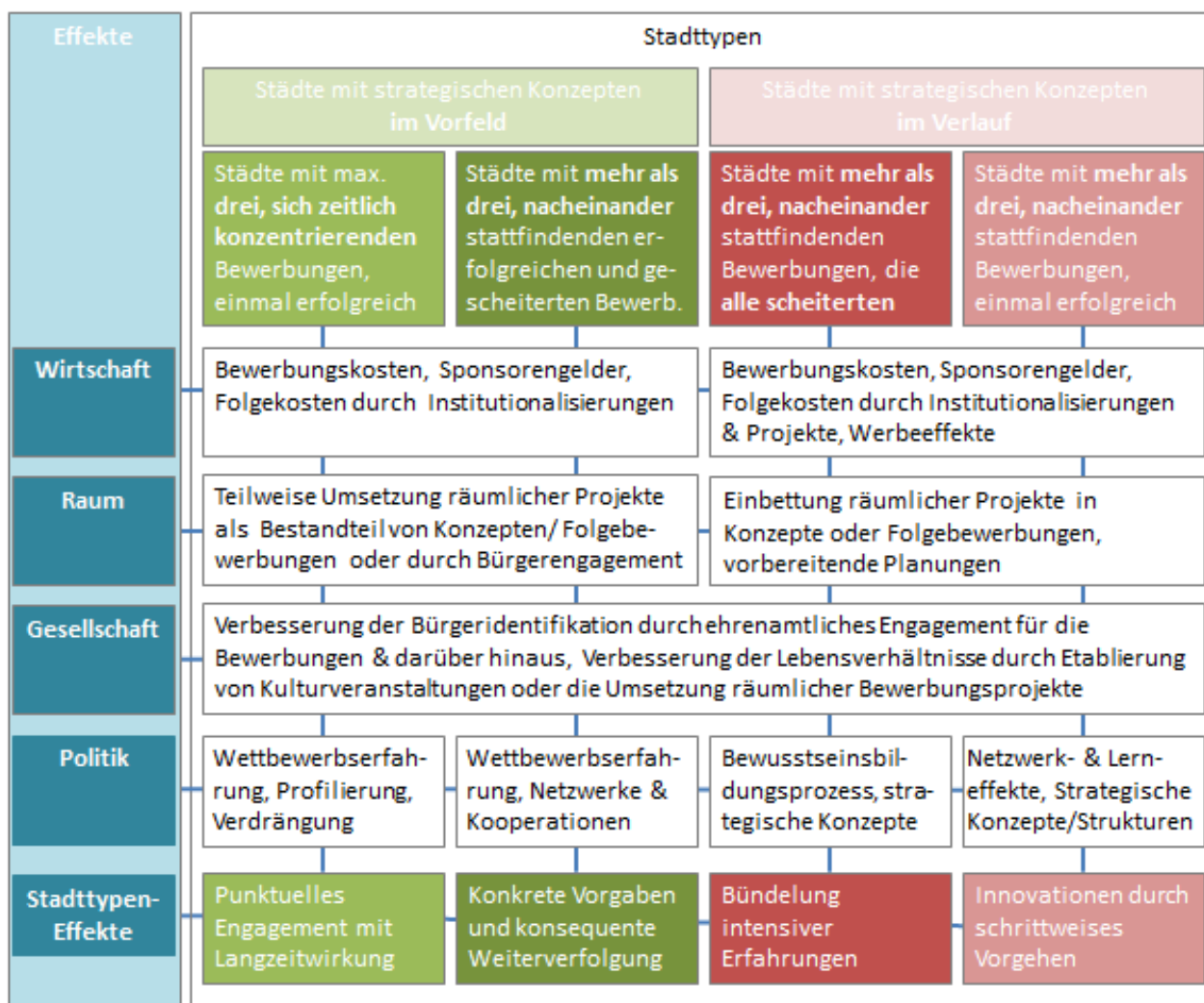


Abb. 24: Stadttypen und deren spezifische Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen (Quelle: Eigene Darstellung)

Vor dem Hintergrund der vier verschiedenen Stadttypen konnten unterschiedliche Effekte im Bereich Wirtschaft festgestellt werden. Zwar hatten alle Städte die Bewerbungskosten zu tragen und ebenso konnten fast alle Städte Sponsorengelder in unterschiedlichem Umfang einwerben. Jedoch entstanden vor allem den Städten Folgekosten für Projektumsetzungen oder Institutionalisierungen, die im Verlauf der Bewerbungen Stadtentwicklungskonzepte entwickelten. Die Städte, deren Bewerbungen bereits mit Konzepten verbunden waren, hatten bereits im Vorfeld die Projekte legitimiert und waren auf deren Umsetzung ausgerichtet. Durch die Diskussion von Themen wie Kultur und Wissenschaft im Bewerbungsprozess konnten vor allem die Städte mit wirtschaftlichen Werbeeinflüssen pro-

fitieren, für die Kultur und Wissenschaft vor den Bewerbungen kaum eine Rolle gespielt hatte.

**T20:** Es treten vor allem in den Städten wirtschaftliche Effekte auf, die im Verlauf der Großereignisbewerbungen einen Profilierungsprozess erleben und aufbauend auf den gescheiterten Großereignisbewerbungen Folgeinvestitionen tätigen.

Für fast alle Städte konnte beobachtet werden, dass auch nach dem Scheitern an räumlichen Bewerbungsprojekten festgehalten und deren Umsetzung weiterverfolgt wurde. Die räumlichen Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen unterschieden sich jedoch in Bezug darauf, ob die Städte im Vorfeld der Bewerbungen Stadtentwicklungskonzepte aufgestellt hatten. War dies der Fall, konnten Projekte teilweise umgesetzt oder deren Entwicklung unabhängig von der Großereignisbewerbung weiter vorangetrieben werden. Dies hing vor allem damit zusammen, dass bereits im Vorfeld der Bewerbungen, Planungsentscheidungen und vorbereitende Maßnahmen getätigt worden waren. Städte, die im Verlauf ihrer Großereignisbewerbungen Konzepte aufstellten, bauten häufig auf den Bewerbungserfahrungen auf und integrierten diese als Meilensteine in Zukunftsvisionen. Diese Städte profitierten vor allem davon, dass durch den Bewerbungsprozess räumliche Projekte und Ideen entwickelt worden waren und vorbereitende Planungen stattgefunden hatten.

**T21:** Wenn Städte im Vorfeld ihrer Bewerbungsprozesse noch keine konkreten räumlichen Projektideen haben, stellen die Bewerbungsverfahren eine Art "kreatives Labor" dar, welches Neues hervorbringt und die räumliche Entwicklung der Stadt beeinflusst.

Zwischen den gesellschaftlichen Effekten und den vier verschiedenen Stadttypen konnte kein Zusammenhang hergestellt werden. Unabhängig davon, wie oft sich die Städte bewarben oder ob es im Vorfeld strategische Überlegungen gab, riefen die gescheiterten Bewerbungen Effekte in der Stadtgesellschaft hervor. Dazu zählte das ehrenamtliche Engagement, welches in vielen Fällen durch die Bewerbungen initialisiert wurde und im Nachhinein weitergeführt wurde. Es rief bei den Bürgern Stolz und Gemeinschaftsgefühle hervor, wenn sich die eigene Stadt bereits als Europäische Kulturhauptstadt oder für die Ausrichtung der Olympischen Spiele beworben hatte. Dies zeigte sich bei der Bürgerbeteiligung während der Bewerbungsprozesse, dem Einwerben von Sponsorengeldern und den Aktivitäten nach den gescheiterten Bewerbungen, die darauf ausgerichtet waren, an das bereits Erreichte anzuknüpfen. Dass diese Effekte eintraten, hing vielmehr mit dem Fakt zusammen, dass der Bewerbungsprozess öffentlich diskutiert und die Bürger aktiv einbezogen worden waren.

**T22:** Gesellschaftliche Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen treten in den Städten auf, die ihre Bewerbungsprozesse unter öffentlichkeitswirksamer Beteiligung durchführen. Wenn die Bewerbungen hinter verschlossenen Türen stattfinden, ist die

Wahrscheinlichkeit höher, dass sich nach dem Scheitern wieder dem Alltagsgeschäft gewidmet wird, ohne dass die Großereignisbewerbungen noch eine Rolle spielen.

Für die Effekte im politischen Bereich sind vor allem die Merkmale „Anzahl der Großereignisse“ und „Reihenfolge“ ausschlaggebend gewesen. Städte, die sich für viele verschiedene Großereignisse bewarben, sammelten umfangreiche Wettbewerbserfahrungen. Dies drückte sich z. B. durch Kooperationen und Netzwerke aus, die Städte eingingen und die oftmals die Grundlage für nachfolgende Großereignisbewerbungen darstellten. Besonders in den Städten, die sich nacheinander an Wettbewerben beteiligten, konnte beobachtet werden, dass die Bewerbungen aufeinander aufbauten und Inhalte und Akteure sich ähnelten. Hinzukommt, dass bei den Städten, die im Verlauf der Großereignisbewerbungen strategische Konzepte erstellten, eher neue organisatorische Einheiten in der Stadtverwaltung gebildet wurden, als in den Städten, die bereits eine Zukunftsvision hatten. Dies reflektierte auch den Erkenntnisprozess, dass Themen wie Kultur und Wissenschaft von steigender Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Städte sind. Ebenso wurde deutlich, dass Städte, Großereignisse als Meilensteine auf dem Weg zur Realisierung einer Stadtentwicklungsstrategie einsetzten. Dies machte Projekte und die Investitionen in die Großereignisbewerbung sicherer, da sie im Fall des Scheiterns nicht ihren Rahmen verloren, sondern unter der übergeordneten Strategie weiterverfolgt wurden.

**T23:** So unterschiedlich wie die Effekte im Bereich Politik sind, so unterschiedlich sind auch die Faktoren, die diese bedingen. Ob sich Themen verstetigen und Organisationsstrukturen in den Stadtverwaltungen ändern, hängt davon ab, ob die Stadt letztendlich ein Großereignis erfolgreich einwerben kann, ein strategisches Stadtentwicklungskonzept aufstellt oder die Erfahrung zahlreicher Bewerbungen reflektiert.

Weiterhin konnte festgestellt werden, dass die Abgrenzungsmerkmale „Anzahl der Großereignisbewerbungen“, „Reihenfolge“ und „Wettbewerbserfahrung“ weniger die Art der Effekte, sondern vielmehr den Umfang der Effekte beeinflussen. Städte mit wenigen gescheiterten Bewerbungen, die sich auch noch konzentrierten, verzeichnen vor allem punktuelle Effekte, die sich unmittelbar auf den Zeitraum nach dem Scheitern konzentrieren. Bei den Städten, deren Großereignisbewerbungen nacheinander verliefen und scheiterten, war der Zeitraum länger, in dem sich die Städte mit Großereignissen beschäftigten. Dies führte häufig dazu, dass die Städte Zeit zum Reflektieren der Wettbewerbserfahrungen hatten und dies in die nachfolgenden Wettbewerbe einfluss. So verstetigten sich Netzwerke oder die Erkenntnis, die nächste Großereignisbewerbung anders zu organisieren oder mit strategischen Fragen der Stadtentwicklung zu verbinden.

### **Der diverse Großereignisbegriff, Befürworter und Trends als stadtypunabhängige Einflussfaktoren von Effekten**

Neben den Abgrenzungsmerkmalen der Stadtypen wurde angenommen, dass Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen im Zusammenhang zu den Merkmalen des Be-

werbungsprozesses stehen. Es wurde also davon ausgegangen, dass das Auftreten bestimmter Effekte vom spezifischen Bewerbungsprozess des jeweiligen Großereignisses abhängt. Ausschlaggebend dafür sind Unterschiede zwischen den Bewerbungsprozessen in Bezug auf die Dauer, die beteiligten Akteure und die Anforderungen der Ausrichterorganisationen.

Mit der Ausrichtung von Großereignissen wie den Bundesgartenschauen und den Olympischen Spiele gehen eher Investitionen und Vorbereitungen in den Ausbau und die Entwicklung von Infrastruktur einher, als mit Großereignissen wie der Europäischen Kulturhauptstadt und der Stadt der Wissenschaft. So werden im Bewerbungszeitraum für Bundesgartenschauen und die Olympischen Spiele Machbarkeitsstudien und konkrete räumliche Planungen aufgestellt. Dies ist auch ein Grund dafür, dass die Großereignisbewerbungen für die Olympischen Spiele und die Bundesgartenschauen meist länger dauerten, als für anderen Großereignissen. Damit werden ganz andere Voraussetzungen für die Weiterführung von raumbezogenen Projekten und Vorhaben im Fall des Scheiterns gelegt. Beispielhaft stehen dafür die Bundesgartenschaubewerbungen von Aachen und Duisburg. In Aachen wurde eine Machbarkeitsstudie erarbeitet, aus der konkrete städtebauliche Planungen abgeleitet werden konnten. In Duisburg wurden im Bewerbungszeitraum konkrete Planungen für das städtische Großprojekt „Rheinpark“ durchgeführt. Nach dem Scheitern konnte auf diesen Planungen aufgebaut und die Projekte weitergeführt werden.

Im Vergleich dazu beinhalteten die Bewerbungen zur Stadt der Wissenschaft und zur Europäischen Kulturhauptstadt weniger konkrete Bauvorhaben oder Planungen. Für Braunschweig oder Potsdam stand zwar die Idee für ein Haus bzw. einen Turm der Wissenschaft frühzeitig fest, allerdings waren Planungen dazu kaum vorhanden. In Braunschweig erforderte die Eröffnung einen mehrjährigen Diskurs im Stadtrat um einen Standort zu finden. Letztendlich wurde im Rahmen des erfolgreich eingeworbenen Titels Stadt der Wissenschaft 2007 der Turm der Wissenschaft 2009 eröffnet. Dafür wurde von der Vision eines Neubaus aus der Bewerbung abgesehen und einem bereits vorhandenen Gebäude eine neue Nutzung zugewiesen.

Diese Unterschiede entstehen zum einen durch die Anforderungen der Ausrichterorganisationen und zum anderen durch die Dauer der Bewerbungsprozesse. Während für die Olympischen Spiele ein Bewerbungszeitraum von mehr als drei Jahren beobachtet werden konnte, dauerten die Bewerbungsprozesse zur Stadt der Wissenschaft im Durchschnitt nicht länger als ein halbes Jahr.



**T24:** Es ist wahrscheinlicher, dass räumliche Effekte bei gescheiterten Bewerbungen für Bundesgartenschauen oder die Olympischen Spiele auftreten als bei Bewerbungen für die Europäische Kulturhauptstadt und die Stadt der Wissenschaft. Ausschlaggebend dafür sind die unterschiedlichen Anforderungen an die Großereignisse und die unterschiedlich langen Bewerbungsprozesse.

Neben den unterschiedlichen Eigenschaften der Bewerbungsprozesse beeinflussen auch städtische Besonderheiten die Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen. Das kann zum einen die gegenwärtige politische Diskussion sein, die durch Wahlen die Verschiebung von thematischen Prioritäten mit sich bringt. So wurde an den Beispielen Aachen und Oldenburg deutlich, dass die Neuwahl des Oberbürgermeisters Einfluss auf die Organisation und das Durchführen des Bewerbungsprozesses hatte. Während in Aachen der Bewerbungsprozess zur Bundesgartenschau abgebrochen und Prioritäten auf andere Themen gelegt wurden, stellte der neue Oberbürgermeister von Oldenburg die Wiederholungsbewerbung zur Stadt der Wissenschaft in den Fokus. Diese Bewerbung wurde zur „Chefsache“ erklärt und unterschied sich wesentlich von der vorherigen. Die zweite Bewerbung wurde mit neuer Belegschaft und eigener Kampagne zum städtischen Schwerpunkt.

Eine weitere städtische Besonderheit stellte z. B. die Spendenbereitschaft in Münster und Lübeck für die Großereignisbewerbungen dar. Dadurch war es überhaupt erst möglich geworden, dass sich die Städte für die verschiedenen Großereignisse beworben hatten. In Münster finanzierten ortsansässige Kreditinstitute die Kulturhauptstadtbewerbung fast ausschließlich und stellten auch für den Zeitraum nach dem Scheitern der Bewerbung finanzielle Mittel zur Verfügung, um Bewerbungsprojekte umsetzen zu können. Im Vergleich dazu unterstützte in Lübeck die Possehl-Stiftung die Bewerbungen zur Europäischen Kulturhauptstadt und zur Stadt der Wissenschaft finanziell und ideell. Diese Stiftung setzte sich auch nach dem Scheitern der Bewerbungen dafür ein, dass Prozesse weitergeführt wurden. Nur so konnte z. B. die Stelle eines Wissenschaftsmanagers in der Stadtverwaltung finanziert werden.

Ebenso zu den städtischen Besonderheiten zählen die REGIONALE für Aachen und die IBA Stadtumbau Ost für Halle (Saale). Diese strukturpolitischen Förderinstrumente des Landes Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt bewirkten nachhaltig, dass Projekte und Strukturen der gescheiterten Großereignisbewerbungen der Städte Aachen und Halle (Saale) weitergeführt wurden. In Aachen machte sich die REGIONALE vor allem für die Bewerbungen für die Stadt der Wissenschaft und die IGA stark und erklärte die Bewerbungsprojekte zu ihren eigenen Projekten. Das verstärkte deren Bedeutung und unterstützte deren Weiterverfolgung nach dem Scheitern. In Halle ermöglichte die IBA die Weiterverfolgung einer Vielzahl von Projekten und Ideen aus der gescheiterten Kulturhauptstadtbewerbung. Durch den relativ langen Zeitraum einer REGIONALEN (inkl. Bewerbungszeitraum ca. 8 Jahre) und einer IBA (ca. 10 Jahre) bildeten diese in den Städ-

ten Aachen und Halle (Saale) einen Rahmen um die Großereignisbewerbungen. Nicht nur zeitlich verbunden, sondern auch durch ähnliche thematische Zielsetzungen, stellen die REGIONALE und die IBA einen Einflussfaktor auf die Effekte der gescheiterten Großereignisbewerbungen dar.

**T25:** Das Auftreten von wirtschaftlichen, räumlichen, gesellschaftlichen oder politischen Effekten gescheiterter Großereignisbewerbungen hängt von der ganzen individuellen Situation der Bewerberstadt vor Ort ab.

Die hier dargestellte empirische Situation ist auf eine Phase in Deutschland zurückzuführen, in der sich Großereignisse unterschiedlicher Themen konzentrierten. Inwieweit dies zukünftig noch einmal so auftreten wird, bleibt ungewiss. Die zwischen 2000 und 2010 stattgefundenen Wettbewerbe standen in unmittelbarem Kontext zu den damaligen städtischen Herausforderungen. Diese haben sich unabhängig von den Großereignissen weiterentwickelt. Für manche Städte stehen heute ganz andere Themen im Vordergrund als vor zehn Jahren. Dies hängt stark mit thematischen Trends im Rahmen von Stadtentwicklungsprozessen zusammen. Während mit den Olympischen Spielen in Deutschland zu Beginn des Jahrtausends vor allem städtebauliche Entwicklungsimpulse verbunden wurden, zeigte die Diskussion um Olympia in München 2018, dass vor dem Hintergrund klimatischer Trends solche Vorhaben auf intensive Gegendiskussionen stoßen. Auf der anderen Seite erhöhte sich die Schwerpunktsetzung von Wissenschaft und Forschung im Bereich der Stadtentwicklung. Neben thematischen Trends trat im Beobachtungszeitraum eine generelle Wiederbelebung gesamtstädtischer Zukunftsstrategien auf, wodurch auch die Städte in ihrer Vorgehensweise beeinflusst wurden. Die Aufstellung integrierter Stadtentwicklungskonzepte, Leitbilder oder Zukunftsvisionen war politisch gewollt und wurde durch die Verbindung zur Einwerbung von Fördergeldern unterstützt. Vor diesem Hintergrund sollten Städte mit zukünftigen Großereignisbewerbungen reflektieren, in welchem Entwicklungszustand sie sich derzeit befinden und wofür die Großereignisbewerbung im Fall des Scheiterns eine Hebelwirkung ausüben kann.

## **8.2 Abschließendes Fazit für Praxis und Wissenschaft**

Großereignisse gelten als Instrumente der Stadtentwicklungsplanung, um städtebauliche Prozesse zu beschleunigen oder das Image der Städte zu verbessern. Zahlreiche Studien und Forschungsprojekte beschäftigen sich mit den unterschiedlichen Wirkungsweisen von Großereignissen und diskutieren deren Vor- und Nachteile. Im Verhältnis dazu sind die Erkenntnisse über gescheiterte Großereignisse überschaubar, obwohl die Anzahl der potentiellen Fallstädte bei den vielen Großereignisformaten überwiegen würde. Städte die innerhalb von 10 Jahren mehrfach mit Großereignisbewerbungen scheiterten, stellen ein Phänomen dar, welches in der wissenschaftlichen Diskussion bisher noch keine Rolle gespielt hat. Hier knüpft diese Forschungsarbeit an, die sich aus der Perspektive

der Stadtentwicklungsplanung zum Ziel gesetzt hatte, Erfahrungen von Städten mit gescheiterten Großereignisbewerbungen zusammenzutragen.

Die zahlreichen empirischen Erkenntnisse über die verschiedenen Bewerbungsprozesse und deren Zusammenhänge mit der Stadtentwicklungsplanung tragen dazu bei, dass die ehemaligen Bewerberstädte die Entwicklungen vor Ort besser nachvollziehen und bewerten können. Die recherchierten und aufgearbeiteten Informationen über die gescheiterten Großereignisbewerbungen und deren Effekte zeigen, dass die Bewerbungsprozesse oftmals der Ausgangspunkt für weitere Entwicklungen gewesen sind. Bewerbungsbücher, Bewerbungskonzeptionen und Machbarkeitsstudien enthalten viele Informationen über die Bewerberstädte, Zukunftsideen und Projekte zur Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt. Sie stellen damit Belege dar, die einen bestimmten Entwicklungsabschnitt der ehemaligen Bewerberstädte dokumentieren und strategischen Stadtentwicklungsdokumenten, wie Leitbildern, Masterplänen und ISEK ähneln. Die ehemaligen Bewerberstädte sollten die Bedeutung dieser Dokumente für nachfolgende Entwicklungsprozesse wahrnehmen und anerkennen.

Die vorliegende Forschungsarbeit ist auch für zukünftige Bewerberstädte von Interesse. Potentielle Bewerberstädte erhalten zahlreiche Hinweise und Informationen, welche Möglichkeiten es gibt, Bewerbungsprozesse zu organisieren, zu finanzieren und strategisch einzubinden. Die Differenzierung der Ergebnisse nach Stadttypen stellt für potentielle Bewerberstädte die Möglichkeit dar, Effekte und deren Einflussfaktoren im Vorfeld abschätzen zu können. Basierend auf den Erkenntnissen der elf Fallstädte kann davon ausgegangen werden, dass es unter gewissen Umständen wahrscheinlicher ist, dass auch bestimmte Effekte auftreten. Als Hauptunterscheidungsmerkmal der Städte kann z. B. der Fakt bezeichnet werden, ob die Großereignisbewerbungen entweder einen Impuls zur Aufstellung oder einen Meilenstein zur Erfüllung gesamtstädtischer Strategien darstellten.

Aus der Perspektive der Ausrichterorganisationen sind Informationen über die gescheiterten Großereignisbewerbungen und deren Bedeutung für die Städte von besonderem Interesse, um Ausschreibungen und Wettbewerbe besser an die Städte adressieren zu können. Durch die Belege, dass bereits die Bewerbungsprozesse Impulse für die Städte geben, bleiben die Ausschreibungen attraktiv für die Städte. Die Querschnittsanalyse konzentrierte sich auf gescheiterte Bewerbungen zwischen 2000 und 2010. Bisher stellte es kein Problem dar, Bewerberstädte für z. B. die Olympischen Spiele oder die Europäische Kulturhauptstadt zu finden. Doch die Diskussion um die Olympischen Winterspiele 2018 in München kann ein Hinweis darauf sein, dass dies zukünftig nicht unbedingt der Fall sein muss.

Das Thema der Forschungsarbeit weist auf eine Situation hin, die durchaus auf andere Länder zutreffen kann. Städte mit mehrfach gescheiterten Großereignisbewerbungen können in Ländern auftreten, die eine ähnliche, räumlich dezentrale, Städteverteilung wie

Deutschland haben und in denen viele Städte um die Aufmerksamkeit von außen konkurrieren. Auch kann das Phänomen der mehrfach gescheiterten Städte auf die Länder zutreffen, die relativ neu im Bewerberkreis sind und sich nun keine Chance auf die Ausrichtung eines Großereignisses entgehen lassen. Dazu zählen sowohl mittel- und osteuropäische Länder, als auch afrikanische und mittel- und südamerikanische Länder. Wissenschaftliche Studien oder Evaluierungen der Bewerberstädte konnten bisher nicht recherchiert werden. Erkenntnisse aus anderen Ländern könnten dazu beitragen, Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen zu differenzieren und länderübergreifende Merkmale festzustellen. Ebenso würde eine Vergleichsstudie zwischen verschiedenen Ländern das Verständnis erweitern, worauf die Effekte zurückgeführt werden können.

Neben dem praktischen Nutzen der empirischen Analyse der gescheiterten Bewerbungsprozesse, kann auch für die Planungstheorie ein Mehrwert abgeleitet werden. Dem Bewerbungsprozess von Großereignissen wurde bisher kaum eine Funktion zugewiesen. Er war bisher Bestandteil des Lebenszyklus eines Großereignisses und notwendig zur Vorbereitung auf das Großereignis. Durch das Scheitern wird der Lebenszyklus unterbrochen und der Bewerbungsprozess verbleibt als eigenständiges Projekt. Die empirische Analyse hat gezeigt, dass bereits im Bewerbungsprozess zahlreiche Impulse ausgelöst wurden, welche die Entwicklung der Städte vor Ort beeinflusst haben. Somit wird das Verständnis von Großereignissen als Instrument der Stadtentwicklungsplanung dahingehend erweitert, dass unabhängig vom Ausgang der Bewerbung, bereits der Bewerbungsprozess als Instrument für die Stadtentwicklungspolitik bezeichnet werden kann.

Weiterer Forschungsbedarf besteht dahingehend, die Bedeutung von Großereignisbewerbungen im Verhältnis zu traditionellen Planungsinstrumenten zu untersuchen. In fast allen Fallstädten waren die Großereignisbewerbungen mit aktuellen Herausforderungen und Problemlagen verbunden. Zur Fallgruppe gehörten sowohl wachsende als auch schrumpfende Städte, die aus unterschiedlichen Bundesländern stammen. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass Großereignisbewerbungen zwischen 2000 und 2010 für deutsche Städte zur gängigen Praxis gehörten. Dies kann ein Zeichen dafür sein, dass herkömmliche, formale Planungsinstrumente zur Entwicklung von Städten zu diesen Zeitpunkten nicht ausreichten. Das in diesem Zeitraum vorherrschende Interesse an Großereignissen reflektiert die aktive Herangehensweise der Städte, diese Herausforderungen zu bewältigen. Nach dieser Forschungsarbeit wäre interessant herauszufinden, inwieweit auch im nachfolgenden Jahrzehnt Großereignisse für die Stadtentwicklungsplanung in Deutschland von Bedeutung sind. Weitere Erkenntnisse zur andauernden oder nachlassenden Popularität von Großereignissen als Instrument der Stadtentwicklungsplanung können dazu beitragen, die Städte darauf vorzubereiten, den Bewerbungsprozess optimal zu nutzen.

Aufbauend auf den Erkenntnissen dieser Forschungsarbeit könnte in zukünftigen Studien die Zahl der Fallstädte erhöht und mittels einer deutschlandweiten schriftlichen Befragung

von Vertretern der Stadtverwaltungen Daten zu gescheiterten Großereignisbewerbungen und ihrer Effekte erhoben werden. Dieses Vorgehen könnte dazu beitragen, die qualitativ erhobenen Daten mittels quantitativer Daten zu reflektieren. Damit dies zielführend ist, sollten Städte Kapazitäten zur Verfügung stellen, damit die gescheiterten Bewerbungsprozesse so aufgearbeitet werden können, dass auch nach einem längeren Zeitraum darauf zugegriffen werden kann. Die Erfahrungen dieser Forschungsarbeit zeigen, dass das Hauptproblem bei der Analyse gescheiterter Großereignisbewerbungen der Zugang zu verlässlichen Daten ist.

Die Analyse der Effekte von gescheiterten Großereignisbewerbungen konzentrierte sich nicht nur auf ein Themenfeld, sondern gibt ein umfassendes Bild für die ehemaligen Bewerberstädte wieder. Dadurch war es möglich Wirkungsketten aufzudecken. Dazu zählt der Zusammenhang zwischen Folgeinvestitionen in ehemalige Bewerbungsprojekte und den damit einhergehenden verbesserten Standortbedingungen, die als Effekte in den Kategorien "Wirtschaft", "Raum" und "Gesellschaft" auftreten. Die thematischen Kategorien helfen bei der Strukturierung der Analyse, würden jedoch im Fall einer Bilanzierung zu Dopplungen führen. Somit könnten für Folgestudien eher Wirkungsketten den Ausgangspunkt der Analyse darstellen als thematische Kategorien.

Ebenso können die Erkenntnisse zu Effekten gescheiterter Großereignisbewerbungen den Ausgangspunkt für Studien darstellen, die auf der Analyse gescheiterter Leistungswettbewerbe zum Zweck der Stadt- und Regionalentwicklung fokussieren. Die thematische Gliederung der Effekte und die Aufstellung der Stadttypen zeigen eine Möglichkeit, wie die Analyse gescheiterter Wettbewerbe strukturiert und systematisiert durchgeführt werden kann.

Abschließend kann allen Fallstädten mit ihren mehrfach gescheiterten Großereignisbewerbungen Respekt und Anerkennung entgegengebracht werden. Die Bewerbungsprozesse erforderten Ideen und Investitionen, die z. T. unter schwierigen Bedingungen mobilisiert und eingeworben werden mussten. Diese Leistungen haben beachtliche Effekte auf die Stadtentwicklung hervorgerufen, auch wenn die Bewerbungsverfahren letztendlich scheiterten. Das Vorgehen dieser Städte kann als aktive Stadtentwicklungspolitik bezeichnet werden.



## 9 Quellennachweise und Verzeichnisse

### 9.1 Literatur

- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover.
- Albers, Gerd (1988): Stadtplanung. Eine Praxisorientierte Einführung. 1. Auflage. Darmstadt.
- Albers, Gerd (1996): Stadtplanung. Eine Praxisorientierte Einführung. 2. Auflage. Darmstadt.
- Albers, Gerd (1999): Stadtentwicklung/Bauleitplanung. In: Wollmann, Helmut; Roth, Roland (Hrsg.) (1999): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Opladen. Seiten 572-585.
- Albers, Gerd (2005): Stadtentwicklungsplanung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover. Seiten 1067-1071.
- Alberts, Heike C. (2009): Berlin's Failed Bid to Host the 2000 Summer Olympic Games: Urban Development and the Improvement of Sport Facilities. In: International Journal of Urban and Regional Research, Volume 33, Issue 2, Pages 502-516.
- Allmers, Swantje; Maennig, Wolfgang (2009): Economic Impacts of the FIFA Soccer World Cups in France 1998, Germany 2006, and outlook for South Africa 2010. In: Eastern Economic Journal, Volume 35, Issue 4, Pages 500-519.
- Altrock, Uwe (2007): Am Morgen danach: Großereignisse und ihre Folgen. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 12, Seiten 719-730.
- Altrock, Uwe (2009): Chancen einer gestoppten Festivalisierung – Das Beispiel der gescheiterten Kulturhauptstadtbewerbungen von Görlitz und Kassel. In: Altrock, Uwe; Huning, Sandra; Kuder, Thomas; Nuisle, Henning; Peters, Deike (2009): Städte im Aufbruch: Stadtentwicklungspolitische Handlungsoptionen in Krisenzeiten. Reihe Planungsrundschau, Ausgabe 16, Seiten 65-96.
- Altrock, Uwe (2010): Festivalisierung. In: Henckel, D.; Kuczkowski, K. von; Lau, P.; Pahl-Weber, E.; Stellmacher, F. (Hrsg.) (2010): Planen – Bauen – Umwelt. Ein Handbuch. Verlag für Sozialwissenschaften. Seiten 174-176.
- Altrock, Uwe; Schubert, Dirk (2011): Stadterneuerung und Festivalisierung – Einführung in den Schwerpunkt. In: Altrock, Uwe; Kunze, Ronald; Schmitt, Gisela; Schubert, Dirk (Hrsg.) (2011): Stadterneuerung und Festivalisierung. Jahrbuch Stadterneuerung 2011. Berlin. Seiten 21-24.
- Andersson, Ida; Niedomysl, Thomas (2008): Clamour for Glamour? City Competition for Hosting the Swedish Tryouts to the Eurovision Song Contest. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie, Volume 101, Number 2, Pages 111-125.
- Andranovich, Greg; Burbank, Matthew J.; Heying, Charles (2002): Olympic Cities: Lessons Learned from Mega-Event Politics. In: Journal of Urban Affairs, Volume 23, Issue 2, Pages 113-131.

- Ariëns, Elke; Duikers, Dana; Wimmer, Toni (2011): Wissenschaftsstadt internationaler Ausprägung. Aachen. In: Lisowski, Rainer; Meyer, Clas, Schmidt, Matthias; Spitzer-Ewersmann, Claus; Wesselmann, Stefanie (Hrsg.) (2011): Wissensbasierte Stadtentwicklung. 16 Beispiele aus der Praxis. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Essen. Seiten 34-39.
- Atkinson, Giles; Mourato, Susana; Szymanski, Stefan; Ocdemirglu, Ece (2008): Are We Willing to Pay Enough to "Back the Bid"? Valuing the Intangible Impacts of London's Bid to Host the 2012 Summer Olympic Games. In: *Urban Studies*, Volume 45, Issue 2, Pages 419-444.
- Auswärtiges Amt (2008): Europäische Kulturhauptstadt [Website vom 03.06.2008]. URL: [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/KulturDialog/ZieleUndPartner/EuropKulturhauptstadt\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/KulturDialog/ZieleUndPartner/EuropKulturhauptstadt_node.html) [Stand: 10.04.2013].
- Banthien, Henning; Meyer, Bernd (2001): Regionale Dialog- und Kooperationsprozesse – Schlüssel einer erfolgreichen Wettbewerbsteilnahme, Seiten 1-4 [Online-PDF]. URL: [http://www.bbr.bund.de/BBSR/DE/FP/MORO/Initiativen/2004undFrueher/WettbewerbRegionenZukunft/DL\\_Banthien\\_Meyer.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](http://www.bbr.bund.de/BBSR/DE/FP/MORO/Initiativen/2004undFrueher/WettbewerbRegionenZukunft/DL_Banthien_Meyer.pdf?__blob=publicationFile&v=3) [Stand: 28.03.2013].
- Bartsch, Elga; Thomas, Ingo P. (1993): Spieltheoretische Ansätze in der Rent-Seeking-Theorie: Ein Literaturüberblick. In: *Kiel Working Paper*, No. 564.
- Bärtschi, Regula; Keller, Roger (2008): Nachhaltigkeitskonzept Euro 08 als Basis für die Zukunft. In: *Forum Raumentwicklung*, Nr. 1, Seiten 15-17.
- Benneworth, Paul (2010): International Urban Festivals as a Catalyst for Governance Capacity Building. In: *Environment and Planning C: Government and Policy* 2010, Volume 28, Pages 1083-1100.
- Benz, Arthur (2004): Leistungswettbewerbe in der regionalen Raumentwicklungspolitik. In: *disP – The Planning Review*, Volume 40, Issue 157, Seiten 4-10.
- Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH (2011): München 2018 [Website o. J.]. URL: <http://www.muenchen2018.org> [Stand: 12.02.2013].
- Blotevogel, Hans H. (2011): Raumordnung in den 1990er Jahren. In: *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (2011): *Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung*. Hannover. Seiten 182-186.
- Blum, Andreas; Gruhler, Karin; Thin, Nguyen Xuan (2010): Typenbildung. In: Blum, Andreas; Gruhler, Karin (Hrsg.) (2010): *Typologien der gebauten Umwelt. Modellierung und Analyse der Siedlungsentwicklung mit dem Strukturtypenansatz*. Aachen. Seiten 9-23.
- Bob, Urmilla; Swart, Kamilla (2010): Sport Events and Social Legacies. In: *Alternation*, Volume 17, Issue 2, Pages. 72-95.
- Boettner, Johannes; Rempel, Katja (1996): *Kleine Stadt was nun? Weimar auf dem Weg zur Kulturhauptstadt*. Weimar.
- Bogner, Alexander; Menz, Wolfgang (2002): Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisse, Wissensformen, Interaktion. In: Bogner, Alexander, Littig, Beate und Menz, Wolfgang (2002): *Das Experteninterview*. Leske + Budrich. Seiten 33-70.
- Bröcker, Peter (2004): Organisatorische Erfolgsfaktoren. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2004): *Ratsinformationssysteme erfolgreich einführen – Ein Leitfaden für Politik und Verwaltung*. Verlag Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh. Seiten 64-71.



- Brocks, Silke; Weiß, Katrin (2004): Das Instrument des Wettbewerbs als Impulsgeber für die regionale Zusammenarbeit – Ergebnisse der Evaluation des Wettbewerbs "Regionen Aktiv" hinsichtlich seiner Wirkung auf die nicht als Modellvorhaben geförderten Regionen. In: Berichte über die Landwirtschaft, Band 82, Heft 1, Seiten 5-25.
- Brunstein, Joachim C. (1995): Motivation nach Misserfolg. In: Kuhl, Julius, Halisch, Frank (Hrsg.) (1995): Motivationsforschung. Band 15.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2011): Laufende Stadtbeobachtung – Raumabgrenzung. Stadt und Gemeindetypen in Deutschland [Website o. J.]. URL: [http://www.bbsr.bund.de/cln\\_032/nn\\_1067170/BBSR/DE/Raumb Beobachtung/Raumabgrenzungen/StadtGemeindetyp/Downloadangebote.html](http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_1067170/BBSR/DE/Raumb Beobachtung/Raumabgrenzungen/StadtGemeindetyp/Downloadangebote.html) [Stand: 10.04.2013].
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2012): Wachsende und Schrumpfende Gemeinden. Daten, Karten, Grafiken [Website von 2012]. URL: <http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumb Beobachtung/AktuelleErgebnisse/Stadtentwicklung/Gemeinden/downloads.html> [Stand: 16.12.2013].
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2005): Das BMBF-Förderprogramm InnoRegio – Ergebnisse der Begleitforschung. Bonn, Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2013): InnoRegio. Das Programm [Website o. J.]. URL: <http://www.unternehmen-region.de//de/159.php> [Stand: 28.04.2013].
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (2006): Das Umweltkonzept zur FIFA 2006 – Green Goal [Website vom 1.12.2006]. URL [http://www.bmu.de/service/publikationen/downloads/details/artikel/das-umweltkonzept-zur-fifa-wm-2006-green-goal/?tx\\_ttnews\[swords\]=green%20goal&tx\\_ttnews\[backPid\]=921&cHash=3676fbef7dcaa1f34e9c00a33d0ac66c](http://www.bmu.de/service/publikationen/downloads/details/artikel/das-umweltkonzept-zur-fifa-wm-2006-green-goal/?tx_ttnews[swords]=green%20goal&tx_ttnews[backPid]=921&cHash=3676fbef7dcaa1f34e9c00a33d0ac66c) [Stand: 16.08.2013].
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2011): Die Zukunft der Internationalen Bauausstellungen. Internationale Fallstudien und ein Monitoringkonzept. Bonn.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2013a): Bundeswettbewerb „Gärten im Städtebau“ [Website vom 28.03.2013]. URL: <http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Artikel/SW/bundeswettbewerb-gaerten-im-staedtebau.html> [Stand: 28.03.2013].
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2013b): Praxisratgeber Militärkonversion, Seite 1-114 [Online-PDF]. URL: [http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Sonderveroeffentlichungen/2013/DL\\_Militaerkonversion.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Sonderveroeffentlichungen/2013/DL_Militaerkonversion.pdf?__blob=publicationFile&v=2) [Stand: 11.03.2014].
- Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e. V. (2010): Gärten im Städtebau: Die Meisterschaft der Kleingärtenvereine [Website vom 31.12.2010]. URL: <http://www.kleingarten-bundeswettbewerb.de/> [Stand: 19.04.2013].
- Cashman, Richard (2006): The Bitter-Sweet Awakening. The Legacy of the Sydney 2000 Olympic Games. Walla Walla Press.
- Chalkley, Brian; Essex, Stephen (1999): Urban Development Through Hosting International Events: A History of the Olympic Games. In: Planning Perspectives, Volume 14, Issue 4, Pages 369-394.

- Chappelet, J.-L.; Junod, T. (2006): A Tale of Three Olympic Cities: What Can Turin Learn From the Olympic Legacy of Other Alpine Cities? In: Torres, D. (Ed.), Proceedings of Workshop on Major Sport Events as Opportunity or Development, 14-16 June, Valencia, Spain, Pages 83-89.
- Cochrane, Allan; Peck, Jamie; Tickell, Adam (1996): Manchester Plays Games: Exploring the Local Politics of Globalization. In: *Urban Studies*, Volume 33, No. 8, 1319-1336.
- Collins, Andrea; Jones, Calvin; Munday, Max (2009): Assessing the Environmental Impacts of Mega Sporting Events: Two Options? In: *Tourism Management*, Volume 30, Issue 6, Pages 828-837.
- Connell, Joanne; Page, Stephen J. (2005): Evaluating the Economic and Spatial Effects of an Event: The Case of the World Medical and Health Games. In: *Tourism Geographies*, Volume 7, Issue 1, Pages 63-85.
- Conrad, Peter (2007): Neuere Entwicklungen in der Motivationsforschung – Anreiz und volitionstheoretische Erweiterungen des Konzepts der Handlungsepisode. In: *Discussion Papers No.2/2007*, Seiten 1-32.
- Cornelissen, Scarlett; Bob, Urmilla; Swart, Kamilla (2011): Towards Redefining the Concept of Legacy in Relation to Sport Mega-Events: Insights from the 2010 FIFA World Cup. In: *Development Southern Africa*, Volume 28, Issue 3, Pages 307-318.
- Crompton, John L. (1995): Economic Impact Analysis of Sports Facilities and Events: Eleven Sources of Misapplication. In: *Journal of Sport Management*, Volume 9, Issue 1, 14-35.
- Crone, Benedikt (2013): 110 Jahre IBA. In: *StadtBauwelt*, Nr. 12, Seiten 20-21.
- Dally, Edgar; Schmigalla, Hans (2007): Ein Spross der Regionalentwicklung. Das Gemeinschaftsprojekt Bundesgartenschau Gera und Ronneburg 2007. In: *Stadt+Grün*, Jahrgang 56, Nr. 6, Seiten 10-17.
- Deccio, Cary; Baloglu, Seyhmus (2002): Nonhost Community Resident Reactions to the 2002 Winter Olympics: The Spillover Impacts. In: *Journal of Travel Research*, Volume 41, Issue 1, Pages 46-56.
- Deffner, Alex M.; Labrianidis, Lois (2005): Planning Culture and Time in a Mega-Event: Thessaloniki as the European City of Culture 1997. In: *International Planning Studies*, Volume 10, Issue 3-4, Pages 241-264.
- Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft (2013): BUGA Kassel 1955 [Website von 2011]. URL: <http://www.bundesgartenschau.de/buga-iga/bisherige-ausstellungen/buga-kassel-1955/> [Stand: 12.03.2013].
- Deutscher Evangelischer Kirchentag (2011): 33. Deutscher Evangelischer Kirchentag Dresden 2011 in Zahlen 1.-5. Juni 2011. Offizielle Endstatistik. Stand 30. September 2011, Seiten 1-6 [Online-PDF]. URL: [http://typo3deksync.s3.amazonaws.com/production/htdocs/uploads/media/DEKT33\\_Offizielle\\_Endstatistik\\_01.pdf](http://typo3deksync.s3.amazonaws.com/production/htdocs/uploads/media/DEKT33_Offizielle_Endstatistik_01.pdf) [Stand: 28.08.2015, Download nicht mehr möglich].
- Deutscher Olympischer Sportbund (2013): Bundesweiter Wettbewerb Mission Olympic startet [Online-Pressemitteilung vom 18.03.2013]. URL: [http://www.dosb.de/de/sportentwicklung/sportentwicklungs-news/detail/news/bundesweiter\\_wettbewerb\\_mission\\_olympic\\_startet/](http://www.dosb.de/de/sportentwicklung/sportentwicklungs-news/detail/news/bundesweiter_wettbewerb_mission_olympic_startet/) [Stand: 28.08.2015].

- Deutscher Städtetag (Hrsg.) (2013): Integrierte Stadtentwicklungsplanung und Stadtentwicklungsmanagement – Strategien und Instrumente nachhaltiger Stadtentwicklung. Positionspapier des Deutschen Städtetages. Berlin. Köln.
- Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (2010): Gartenschauen: Trends, Strategien und Perspektiven. Seminar. 8.-10. September 2010 in Gelsenkirchen.
- Die Welt (2007a): Die Nicht-nur-documenta-Stadt [Online-Artikel vom 18.05.2007]. URL: <http://www.welt.de/reise/nah/article872157/Die-Nicht-nur-documenta-Stadt.html> [Stand: 27.03.2013].
- Die Welt (2007b): Havelregion erhält den Zuschlag für die Bundesgartenschau 2015. „Von Dom zu Dom – Das blaue Band der Havel“ [Online-Artikel vom 16.11.2007]. URL: <http://www.welt.de/regionales/berlin/article1367708/Havelregion-erhaelt-Zuschlag-fuer-Buga-2015.html> [Stand: 13.11.2013].
- Die Welt (2007b): Havelregion erhält den Zuschlag für die Bundesgartenschau 2015. „Von Dom zu Dom – Das blaue Band der Havel“ [Online-Artikel vom 16.11.2007]. URL: <http://www.welt.de/regionales/berlin/article1367708/Havelregion-erhaelt-Zuschlag-fuer-Buga-2015.html> [Stand: 13.11.2013].
- Dimanche, Frédéric (1997): Special Events Legacy: The 1984 Louisiana World's Fair in New Orleans. In: Murphy, Peter E. (1997): Quality Management in Urban Tourism. Wiley. Pages 67-74.
- Dresdner Amtsblatt (2012): „Entente Florale. Gemeinsam Aufblühen“. Landeshauptstadt Dresden nimmt in diesem Jahr am Bundeswettbewerb teil. In: Dresdner Amtsblatt, Nr. 9, Seite 3.
- Dresdner Amtsblatt (2013): Blühen für Europa. Dresden vertritt Deutschland beim Europawettbewerb. In: Dresdner Amtsblatt, Nr. 12, Seite 2.
- Dziomba, Maike; Matuschewski, Manfred (2007): Großprojekte in der Stadtentwicklung – Konfliktbereiche und Erfolgsfaktoren. Wie lassen sich finanzielle Erfolge, städtebauliche Qualitäten und Nutzungsmischung erreichen? In: disP – The Planning Review, Volume 43, Issue 171, Seiten 5-11.
- Ehrenberg, Eckhart; Kruse, Wilfried (2000): Soziale Stadtentwicklung durch große Projekte? EXPOs, Olympische Spiele, Metropolen-Projekte in Europa: Barcelona, Berlin, Sevilla, Hannover. Dortmunder Beiträge zur Sozial- und Gesellschaftspolitik, Band 30.
- Einig, Klaus; Jonas, Andreas; Zaspel, Brigitte (2009): Methoden-Mix für die Evaluation von Regionalplänen. Land Use Economics and Planning – Discussion Paper No. 2009-05.
- Emery, P.R. (2002): Bidding to Host a Major Sports Event. The Local Organizing Committee Perspective. In: The International Journal of Public Sector Management, Volume 15, Issue 4, Pages 316-335.
- Entente Florale Deutschland. (2013): Entente Florale. Gemeinsam aufblühen. Gesamtziele [Online-Artikel vom 28.03.2013]. URL: <http://www.entente-florale-deutschland.de/content/gesamtziele.php>. [Stand: 28.03.2013].
- Essex, Stephen; Chalkley, Brian (1998): Olympic Games: Catalyst of Urban Change. In: Leisure Studies, Volume 17, Issue 3, Pages 187-206.
- Essex, Stephen; Chalkley, Brian (2004a): Gaining World City Status through Staging the Olympic Games. In: Geodate, Volume 17, Issue 4, Pages 7-11.

- Essex, Stephen; Chalkley, Brian (2004b): Mega-sporting Events in Urban and Regional Policy: A History of the Winter Olympics. In: Planning Perspectives, Volume 19, Issue 2, Pages 201-232.
- Europäisches Parlament (1999): Beschluss 1419/1999/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 über die Einrichtung einer Gemeinschaftsaktion zur Förderung der Veranstaltung „Kulturhauptstadt Europas“ für die Jahre 2005 bis 2019.
- Flick, Uwe (2010): Qualitative Sozialforschung. Hamburg.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2001a): Olympia-Euphorie: Bewerbung ist „reiner Formalismus“. [Online-Artikel vom 03.09.2001]. URL: <http://www.faz.net/aktuell/sport/olympia-2012-olympia-euphorie-bewerbung-ist-reiner-formalismus-130341.html> [Stand:29.06.2012].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2001b): Der deutsche Traum Olympia [Online-Artikel vom 03.11.2001]. URL: <http://www.faz.net/aktuell/sport/faz-net-spezial-olympia-2012-der-deutsche-traum-von-olympia-141798.html> [Stand: 23.10.2013].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2001c): Frankfurt mit solidem Konzept und starker Konkurrenz [Online-Artikel vom 23.10.2001]. URL: <http://www.faz.net/aktuell/sport/olympia-2012-frankfurt-mit-solidem-konzept-und-starker-konkurrenz-138323-b1.html> [Stand: 02.12.2013].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2003a): "Olympische Idee eint die Region" [Online-Artikel vom 10.04.2003]. URL: <http://www.genios.de/presse-archiv/artikel/RMO/20030410/-olympische-idee-eint-die-region-ih/FAB200304101829885.html> [Stand: 21.03.2014].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2003b): Die Entscheidung. Leipzig bewirbt sich mit Rostock für Olympia 2012 [Online-Artikel vom 13.04.2003]. URL: <http://www.faz.net/aktuell/sport/die-entscheidung-leipzig-bewirbt-sich-mit-rostock-fuer-olympia-2012-1106192.html#Drucken> [Stand: 21.10.2013].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2003c): Olympia Debakel mehrt die Zweifel [Online-Artikel vom 08.05.2003]. URL: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/kulturhauptstadt-olympia-debakel-mehrt-die-zeifel-1103938.html> [Stand: 22.03.2014].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2003d): Frankfurt verzichtet auf Kulturhauptstadt-bewerbung [Online-Artikel vom 21.05.2003]. URL: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/europa-2010-frankfurt-verzichtet-auf-kulturhauptstadt-bewerbung-1105163.html>[Stand 02.12.2013].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2003e): Wer alles „Kulturhauptstadt Europas“ werden will [Online-Artikel vom 28.05.2003]. URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/14-deutsche-bewerber-wer-alles-kulturhauptstadt-europas-werden-will-1100417.html> [Stand 12.03.2014].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2003f): Das Sportzentrum an der Hahnstraße nimmt seine Arbeit auf [Online-Artikel vom 04.07.2003]. URL: [http://www.genios.de:443/documents/RMO\\_FHG200307041931112](http://www.genios.de:443/documents/RMO_FHG200307041931112) [Stand: 21.03.2014].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2004a): Olympia-Bewerbung trotz Scheiterns keineswegs vergeblich [Online-Artikel vom 05.02.2004]. URL: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region/region-olympia-bewerbung-trotz-scheiterns-keineswegs-vergeblich-1145994.html> [Stand: 21.03.2014].

- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2004b): "Olympische Idee eint die Region" [Online-Artikel vom 10.04.2004]. URL: <http://www.genios.de/presse-archiv/artikel/RMO/20030410/-olympische-idee-eint-die-region-ih/FAB200304101829885.html> [Stand: 21.03.2014].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2004c): Kulturhauptstadt 2010. Halle – Die graue Diva unterm Schirm [Online-Artikel vom 15.09.2004]. URL: <http://www.faz.net/aktuell/kulturhauptstadt-2010-halle-die-graue-diva-unterm-schirm-1277653.html> [Stand: 04.04.2014].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2007a): Plädoyer für eine Internationale Bauausstellung [Online-Artikel von Harting, Mechthild vom 19.06.2007]. URL: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region/architektur-plaedoyer-fuer-eine-internationale-bauausstellung-1434158.html> [Stand: 03.12.2013].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2007b): Frankfurt soll WM-Finale der Frauen ausrichten [Online-Artikel vom 30.10.2007]. URL: <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/sport/frauenfussball-frankfurt-soll-wm-finale-der-frauen-ausrichten-1489879.html> [Stand: 03.12.2013].
- Friedrichs, Jürgen (2005): Stadtentwicklung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover. Seiten 1059-1067.
- Fry, Tony (1997): Sydney's Green Games? In: *Architecture Australia*, Volume 86, Issue 5, Pages 78-81.
- Gaitanides, Michael (1992): Ablauforganisation. In: Freese, Erich (Hrsg.): Handwörterbuch der Organisation. Enzyklopädie der Betriebswirtschaftslehre. Band 2. Poeschel Verlag, Stuttgart. Seiten 1-16.
- Gans, Paul; Horn, Michael, Zeman, Christian (2003): Sportgroßveranstaltungen – ökonomische, ökologische und soziale Wirkungen. In: Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft. Band 112.
- García, Beatriz (2004): Urban Regeneration, Arts Programming and Major Events. Glasgow 1990, Sydney 2000, Barcelona 2004. In: *International Journal of Cultural Policy*, Volume 10, Issue 1, Pages 103-118.
- Gassner, Edmund (Hrsg.) (1981): Bundeswettbewerbe. Gärten im Städtebau. Dokumentation zum 1.-14. Bundeswettbewerb. In: Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 05.011.
- Getz, Donald (1991): *Festivals, Special Events and Tourism*. Van Nostrand Reinhold.
- Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2010): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. Verlag für die Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Grün, Oskar (1992): Projektorganisation. In: Freese, Erich (Hrsg.) (1992): Handwörterbuch der Organisation. Enzyklopädie der Betriebswirtschaftslehre. Band 2. Poeschel Verlag, Stuttgart. Seiten 2102-2114.
- Haas, Barbara; Scheibelhofer, Ella (1998): Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung: eine methodologische Analyse anhand ausgewählter Beispiele. In: *Reihe Soziologie* Nr. 34, Seiten 1-25.
- Haberfellner, Reinhard (1992): Projektmanagement. In: Freese, Erich (Hrsg.) (1992): Handwörterbuch der Organisation. Enzyklopädie der Betriebswirtschaftslehre. Band 2. Poeschel Verlag, Stuttgart. Seiten 2090-2102.

- Haferburg, Christoph (2011): South Africa under FIFA's Reign: The World Cup's Contribution to Urban Development. In: *Development Southern Africa*, Volume 28, Issue 3, Pages 333-348.
- Haferburg, Christoph; Steinbrink, Malte (2010): WM 2010 – Kickoff für Südafrika und Anstoß für die Stadtentwicklung? In: Haferburg, Christoph; Steinbring, Malte (Hrsg.): *Mega-Event und Stadtentwicklung im globalen Süden. Die Fußballweltmeisterschaft 2010 und ihre Impulse für Südafrika*. Frankfurt am Main. Seiten 10-24.
- Hall, C. Michael (1997): Mega-Events and Their Legacies. In: Murphy, Peter E. (1997): *Quality Management in Urban Tourism*, Pages 75-87.
- Hamel, Winfried (1992): Zielsysteme. In: Frese, Erich (Hrsg.) (1992): *Handwörterbuch der Organisation. Enzyklopädie der Betriebswirtschaftslehre*. Band 2. Poeschel Verlag, Stuttgart. Seiten 2634-2650.
- Harth, Annette; Herlyn, Ulfert; Scheller, Gitta; Tessin, Wulf (2010): *Stadt als Erlebnis: Wolfsburg. Zur stadtkulturellen Bedeutung von Großprojekten*. Verlag für die Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Hartmann, Rainer (2009): Touristische Profilierung und Markenentwicklung der zwölf Austragungsorte im Umfeld der FIFA Fußball-WM 2006. In: Bogusch, Stephan; Spellerberg, Annette; Topp, Hartmut H.; West, Christina (Hrsg.) (2009): *Organisation und Folgewirkung von Großveranstaltungen. Interdisziplinäre Studien zur FIFA Fußball-WM 2006*. Verlag für die Sozialwissenschaften. Wiesbaden, Seiten 41-62.
- Harvey, David (1989): From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism. In: *Geografiska Annaler, Series B, Volume 71, Issue 1*, Pages 3-17.
- Häußermann, Hartmut; Läßle, Dieter; Siebel, Walter (2008): *Stadtpolitik*. Frankfurt am Main.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1994): Neue Formen der Stadt- und Regionalpolitik. In: *AfK 1/1994*, Seiten 32-43.
- Häußermann, Hartmut; Walter Siebel (1993): *Festivalisierung der Stadtpolitik: Stadtentwicklung durch große Projekte*. Verlag für Sozialwissenschaften. Opladen.
- Heinrich, Bettina (2005): 2010: Deutschland stellt die Kulturhauptstadt. In: *Der Städtetag: Zeitschrift für Kommunalpolitik und kommunale Praxis*, Jahrgang 58, Band 1, Seiten 5-8.
- Hellweg, Uli (2009): Die Internationale Bauausstellung Hamburg. Eine vorläufige Zwischenbilanz der IBA auf dem Weg zum Präsentationsjahr 2013. In: *RaumPlanung*, Nr. 146, Seiten 205-210.
- Herrero, Luis Cesar; Sanz, José Angel; Devesa, María; Bedate, Ana; Barrio del, María José (2006): The Economic Impact of Cultural Events: A Case-Study of Salamanca 2002, European Capital of Culture. In: *European Urban and Regional Studies*, Volume 13, Issue 1, Pages 41-57.
- Hessischer Rundfunk (2012): Dokumenta endet mit Besucherrekord [Online-Artikel vom 7.11.2012]. URL: [http://www.hr-online.de/website/specials/documenta13/index.jsp?rubrik=72974&key=standard\\_document\\_46080113](http://www.hr-online.de/website/specials/documenta13/index.jsp?rubrik=72974&key=standard_document_46080113) [Stand: 12.03.2013].
- Heuer, Hans (1975): *Sozioökonomische Bestimmungsfaktoren der Stadtentwicklung*. Schriften des Deutschen Institutes für Urbanistik. Band 50. Berlin.

- Hill, Hermann (1988): Optimierung der Organisation Kommunalen Verwaltung im Hinblick auf die Sachaufgabe Umweltschutz. In: Die Verwaltung. Zeitschrift für Verwaltungswissenschaft, Band 21, Seiten 175-197.
- Hiller, Harry (1990): The Urban Transformation of a Landmark Event: The 1988 Calgary Winter Olympics. In: Urban Affairs Review, Volume 26, Issue 1, Pages 118-137.
- Hiller, Harry (1997): And if Cape Town Loses? Mega-Events and the Olympic Candidature. In: Indicator South Africa, Volume 14, Issue 13, Pages 63-67.
- Hiller, Harry (1998): Assessing the Impact of Mega-Events: A Linkage Model. In: Current Issues in Tourism, Volume 1, Issue 1, Pages 47-57.
- Hiller, Harry (2000a): Mega-Events, Urban Boosterism and Growth Strategies: An Analysis of the Objectives of the Cape Town 2004 Olympic Bid. International Journal of Urban and Regional Research, Volume 4, Issue 2, Pages 439-458.
- Hiller, Harry (2000b): Toward an Urban Sociology of Mega-Events. In: Research in Urban Sociology, Volume 5, Pages 181-205.
- Hiller, Harry (2003): Toward a Science of Olympic Outcomes: The Urban Legacy. In: Moragas, Miquel de; Kennett, Christopher; Puig, Nuria (eds.) (2003): The Legacy of the Olympic Games 1984-2000. International Olympic Committee, 2003, Lausanne, Pages 102-109.
- Hiller, Harry (2006): Post-event Outcomes and the Post-urban Turn: The Olympics and Urban Transformations. In: European Sport Management Quarterly, Volume 6, Issue 4, Pages 317-332.
- Hinüber, Harmut von (2005): Geschichte der überörtlichen Raumplanung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover. Seiten 384-393.
- Hoffmann, Carl A.; Johanns, Markus; Kranz, Annette (Hrsg.) (2005): Als Frieden möglich war. 450 Jahre Augsburger Religionsfrieden. Regensburg.
- Hoffmann, Friedrich (1992): Aufbauorganisation. In: Frese, Erich (Hrsg.) (1992): Handwörterbuch der Organisation. Enzyklopädie der Betriebswirtschaftslehre. Band 2. Poeschel Verlag, Stuttgart. Seiten 208-218.
- Hohn, Stefanie; Meyer, Clas (2010): Erforschung der positiven Effekte der Netzwerkbildung bei Kommunen, die am Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft“ teilgenommen haben. Evaluationsbericht. Osnabrück.
- Hollmann, Lisa (2010): Kulturhauptstadt Europas – Ein Instrument zur Revitalisierung von Altindustrieregionen. Evaluierung der Kulturhauptstädte „Glasgow 1990, Cultural Capital of Europe“ und „Ruhr 2010, Essen für das Ruhrgebiet“. In: Arbeitspapiere zur Regionalentwicklung, Elektronische Schriftenreihe des Lehrstuhls für Regionalentwicklung und Raumordnung, Band 11, Kaiserslautern.
- Horne, John (2007): The Four „Knowns“ of Sport Mega-Events. In: Leisure Studies, Volume 26, Issue 1, Pages 81-96.
- Hunning, Sandra; Peters, Deike (2003): Mega-Projekte und Stadtentwicklung. In: Planungsrundschau: Theorien, Forschung Praxis, Heft 8, Seiten 5-14.
- Hutter, Gérard (2006): Strategische Planung. Ein wiederentdeckter Planungsansatz zur Bestandsentwicklung von Städten. In: RaumPlanung, Nr. 128, Seiten 210-214.
- Ibert, Oliver (2003): Projekte und Innovationen. In: Raumforschung und Raumordnung, Jahrgang 61, Heft 1-2, Seiten 3-12.

- Ibert, Oliver (2007): Megaprojekte und Partizipation. Konflikte zwischen handlungsorientierter und diskursiver Rationalität in der Stadtentwicklungsplanung. In: *disP – The Planning Review*, Volume 43, Issue 171, Seiten 50-63.
- Institut für Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW) (2006a): Die Regionalen in Nordrhein-Westfalen. Impulse für den Strukturwandel. MBV NRW / ILS NRW 2006. Aachen.
- Institut für Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW) (2006b): Innovatives Prozessmanagement in der Regionalentwicklung. Erfahrungen aus den „REGIONALEN“ in Nordrhein-Westfalen und dem „Regiodialog“ in den Niederlanden. Dokumentation des Workshops am 23. März 2006 ILS NRW Dortmund.
- Institut für Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW) (2011): Die REGIONALEN in Nordrhein-Westfalen. 2016 –ZukunftsLAND [Website von 2011]. URL: [http://www.regionalen.nrw.de/cms/index.php?option=com\\_content&view=article&id=16&Itemid=4](http://www.regionalen.nrw.de/cms/index.php?option=com_content&view=article&id=16&Itemid=4) [Stand: 04.06.2013].
- International Olympic Committee (IOC) (2003): International Symposium on Legacy of the Olympic Games 1984-2000. Conclusions and Recommendations, Seiten 1-5 [Online-PDF]. URL: [http://olympicstudies.uab.es/olympiclegacy/web/conclu/legacy\\_conclusions.pdf](http://olympicstudies.uab.es/olympiclegacy/web/conclu/legacy_conclusions.pdf) [Stand: 06.05.2013].
- International Olympic Committee (IOC) (2008): Manual for Candidate Cities for the Games of the XXIX Olympiad 2008. Part II: Candidature File, Seiten 1-105 [Online-PDF]. URL: [http://www.olympic.org/Documents/Reports/EN/en\\_report\\_524.pdf](http://www.olympic.org/Documents/Reports/EN/en_report_524.pdf) [Stand: 08.05.2013].
- Jones, Calvin (2001): Mega-Events and Host-Region Impacts: Determining the True Worth of the 1999 Rugby World Cup. In: *International Journal of Tourism Research*, Volume 3, Issue 3, Pages 241-251.
- Joost-Krüger, Jens (2006): Von den Folgen der Kulturhauptstadtbewerbung – Das Beispiel Bremen. In: *Planerin. Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung*, Heft 1, Seiten 28-30.
- Junge, Matthias (2004): Scheitern: Ein unausgearbeitetes Konzept soziologischer Theoriebildung und ein Vorschlag zu seiner Konzeptualisierung. In: Junge, Matthias; Lechner, Götz (Hrsg.) (2004): *Scheitern. Aspekte eines sozialen Phänomens*. Verlag für die Sozialwissenschaften. Seiten 15-32.
- Kaufmann, Andreas; Uttke, Angela (2006): Event-Euphorie. Zwischen Glücksgefühl und Katerstimmung. In: *Planerin. Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung*, Heft 1, Seiten 3-4.
- Kaufmann, Andreas; Weigel, Oliver (2006): Was bleibt von der Bewerbung Leipzig 2012? In: *Planerin. Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung*, Heft 1, Seiten 19-21.
- Kist, Luca (2006): Stadtentwicklungsplanung und Festivalisierung. Die gescheiterte Olympiabewerbung Stuttgarts und ihre Folgen. In: *Planerin. Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung*, Heft 1, Seiten 22-24.



- Klis van der, Joke Marijke (2010): Die zweite Chance? - Untersuchung über die Bewältigung der ökonomischen Krise vormals überschuldeter Privathaushalte mit unterschiedlichem Bildungsniveau unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen des Scheiterns auf die Lebenssituation. Chemnitz.
- Kluge, Susann (1999): Empirisch begründete Typenbildung. Zur Konstruktion von Typen und Typologien in der qualitativen Sozialforschung. Bremen.
- Knieling, Jörg (2005): Projektorientierung in der Raumordnung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover. Seiten 813-818.
- Knieß, Claudia (2004): Kampf der Kommunen. Noch sind die Olympischen Spiele für Deutschland nicht errungen, da rangeln unsere Städte schon um den Titel der Kulturhauptstadt 2010. Der Irrsinn ist beachtlich [Online-Artikel 25.03.2004], URL: <http://www.zeit.de/2004/14/Kulturhauptstadt> [Stand: 29.04.2010].
- Kremer, Elisabeth; Schmidt, Holger (2000): Exponitis oder regionale Entwicklung? Die Korrespondenzregion Dessau-Bitterfeld-Wittenberg. RaumPlanung, Nr. 92, Seiten 225-229.
- Kronthaler, Franz; Franz, Peter (2003): Methoden und Probleme der Abschätzung regionalökonomischer Effekte großer Sportveranstaltungen. Dargestellt am Fall der Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 in der Region Leipzig. In: Tourismus Journal: Zeitschrift für tourismuswissenschaftliche Forschung und Praxis, Volume 7, Heft 4, Seiten 439-455.
- Krueger, Anne O. (1974): The Political Economy of the Rent-Seeking Society. In: The American Economic Review, Volume 64, Issue 3, Pages 291-303.
- Kühn, Manfred (2009): Strategische Planung – ein Ansatz zur Regenerierung schrumpfender Städte. In: Kühn, Manfred; Liebmann, Heike (Hrsg.) (2009): Regenerierung der Städte. Strategien der Politik und Planung im Schrumpfungskontext. Verlag für die Sozialwissenschaften. Wiesbaden. Seiten 85-108.
- Kühn, Manfred; Fischer, Susen (2010): Strategische Stadtplanung. Strategiebildung in schrumpfenden Städten aus planungs- und politikwissenschaftlicher Perspektive. Demold.
- Kultusministerkonferenz (2005): Kulturhauptstadt Europas 2010. Empfehlungen der Jury, Seiten 1-12 [Online-PDF]. URL: [http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/JuryEmpfehlungen\\_1.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/JuryEmpfehlungen_1.pdf) [Stand: 06.11.2013].
- Landeshauptstadt Erfurt (2011): Erfurt BUGA 2021. GartenKulturStadt. Bewerbungsbroschüre. Bad Langensalza.
- Langhagen-Rohrbach, Christian (2004): Aktuelle Regionalisierungsprozesse in der Region Rhein-Main. In: Raumforschung und Raumordnung, Jahrgang 62, Heft 1, Seiten 58-66.
- Law, Christopher (1994): Manchester's Bid for the Millenium Olympic Games. In: Geography, Volume 79, Issue 3, Pages 222-231.
- Lawson, Trevor (1996): After it's all over. In: Geographical Magazine, Volume 68, Issue 7, Pages 20-24.
- Lechner, Goetz (2004): Soziologie des Scheiterns – ein romantisch archäologischer Versuch. In: Junge, Matthias; Lechner Goetz (Hrsg.): Scheitern. Aspekte eines sozialen Phänomens. Verlag für Sozialwissenschaften. Seiten 33-46.

- Lee, Choong-Ki; Taylor, Tracy (2005): Critical Reflection on the Economic Impact Assessment of a Mega-Event: The Case of the FIFA World Cup. In: *Tourism Management*, Volume 26, Pages 595-603.
- Leibniz Universität Hannover (2011): Scheitern – ein Desiderat der Moderne an der Leibniz Universität Hannover vom 15. bis 17. September 2011 in Kooperation mit dem Institut für Sozialinnovation, Seiten 1-9 [Online-PDF]. URL: <http://www.ish.uni-hannover.de/fileadmin/soziologie/pdf/allgemein/Konzept.pdf> [Stand: 01.06.2015].
- Leimbrock, Holger (1995): Zum Stellenwert und zur Leistungsfähigkeit von Fallstudien in der Stadtforschung - methodologische, methodische und forschungspraktische Fragestellungen. In: *IÖR-Schriften* Nr. 12, Seiten 55-66.
- Lenort, Norbert J. (1961): *Entwicklungsplanung in Stadtregionen. Die industrielle Entwicklung*. Westdeutscher Verlag. Köln und Opladen.
- Lenskyj, Helen Jefferson (1992): More than Games: Community Involvement in Toronto's Bid for the 1996 Summer Olympics. In: Barney, Robert K.; Meier, Klaus V. (Hrsg.) (1993): *Proceedings First International Symposium for Olympic Research*. London, Ontario: University of Western Ontario. Pages 78-87.
- Lenskyj, Helen Jefferson (1996): When Winners are Losers: Toronto and Sydney Bids for the Summer Olympics. In: *Journal of Sport and Social Issues*, Volume 20, Issue 4, Pages 392-410.
- Leonardsen, Dag (2007): Planning of Mega-Events: Experiences and Lessons. In: *Planning Theory & Practice*, Vol. 8, No. 1, Pages 11-30.
- Leopky, Becca; Parent, Milena M. (2012): Olympic Legacy: From General Benefits to Sustainable Long-Term Legacy. In: *The International Journal of the History of Sport*, Volume 29, No. 6, 924-943.
- Ley, Astrid; Teschner, Klaus; Haferburg, Christoph, Steinbrink, Malte (2010): Mega-Events und Stadtentwicklung unter den Bedingungen starker sozialer Ungleichheit. In: Haferburg, Christoph; Steinbring, Malte (Hrsg.): *Mega-Event und Stadtentwicklung im globalen Süden. Die Fußballweltmeisterschaft 2010 und ihre Impulse für Südafrika*. Frankfurt am Main. Seiten 243-255.
- Liebmann, Heike (2003): Mut der Verzweiflung. Events und Großprojekte als Motor der Stadtentwicklung. In: Liebmann Heike; Robischon, Tobias (Hrsg.): *Städtische Kreativität. Potential für den Stadtumbau*. Erkner, Darmstadt: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Schader Stiftung. Seiten 133-145.
- Liebmann, Heike; Fröhlich, Roland (2009): Görlitz – Kultur als Gegenstand eines strategischen Projektes der Regenerierung. In: Kühn, Manfred, Liebmann, Heike (Hrsg.) (2009): *Regenerierung der Städte. Strategien der Politik und Planung im Schrumpfungskontext*. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. Seiten 243-265.
- Lobeck, Michael; Müller, Wolfgang; Wiegandt, Claus-C. (2009): Stadtentwicklung durch Auszeichnung – der Städtewettbewerb T-City. In: *Raumforschung und Raumordnung*, Jahrgang 67, Heft 3, Seiten 261-271.
- Lück, Manuela (2010): Zurück ins Nirgendwo? Görlitz [2010] und die gescheiterte Chancen einer Kulturhauptstadtbewerbung. In: Volke, Kristina (Hrsg.) (2010): *Intervention Kultur. Von der Kraft kulturellen Handelns*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. Seiten 58-67.

- Mäding, Heinrich (1999): Model Cities: German Experiences with Best Practice Competitions. Presented at the World Conference on Model Cities, Singapore, April 19 – 22. 1999, Seiten 1-10 [Online-PDF]. URL: <http://www.difu.de/node/2864> [Stand: 28.03.2013].
- Mäding, Heinrich (2011): Große Trends. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (2011): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover. Seiten 21-40.
- Maennig, Wolfgang; Plessis, Stan du (2009): Sport Stadia, Sporting Events and Urban Development: International Experience and the Ambitions of Durban. In: Urban Forum, Nr. 20, Pages 61-76.
- Malpas, Jeff; Wickham, Gary (1995): Governance and Failure: On the Limits of Sociology. In: ANZJS, Volume 31, Issue 3, Pages 37-50.
- Marrs, David (2010): Ein nachhaltiges Vermächtnis? Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 auf Südafrika. In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.) (2010): Perspectives. Analysen und Kommentare aus dem südlichen Afrika. 2.10. Berlin. Seiten 13-17.
- Martins, Lionel (2004): Bidding for the Olympics: A Local Affair? Lessons Learned from the Paris and Madrid 2012 Olympic Bids. In: Konferenzbeitrag "City Futures" 8.-10. Juli 2004. Chicago.
- Mayer, Hans-Norbert (2000): Hannover und die EXPO. Ein Großereignis als Vehikel zur Stadtentwicklung? In: Raumplanung, Nr. 92, Seiten 213-218.
- Mayer, Hans-Norbert (2008): Mit Projekten planen. In: Hamedinger, Alexander; Frey, Oliver; Dangschat, Jens S.; Breiffuss, Andrea (Hrsg.) (2008): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. Seiten 129-150.
- Mayer, Hans-Norbert; Siebel, Walter (1998): Neue Formen politischer Planung: IBA Em-scher Park und EXPO 2000 Hannover. In: disP – The Planning Review, Volume 34, Issue 134, Seiten 4-11.
- Mayring, Philipp (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim und Basel.
- Mellahi, Kamel; Wilkinson, Adrian (2004): Organizational failure: a critique of recent research and a proposed integrative framework. In: International Journal of Management Reviews, Volume 5-6, Issue 1, Pages 21-41.
- Mettler, Elisabeth (2008): Nachhaltige Effekte oder Strohfeuer für ein Jahr? Die Kulturstädte Glasgow 1990, Luxemburg 1995 und Weimar 1999. In: Mittag, Jürgen (2008): Die Idee der Kulturhauptstadt Europas. Anfänge, Ausgestaltung und Auswirkungen Europäischer Kulturpolitik. Essen. Seiten 125-144.
- Metzler, Daniel; Job, Hubert (2007): Events und ihr Beitrag zur Regionalökonomie – die BUGA 05. In: Raumforschung und Raumordnung, Jahrgang 65, Heft 6, Seiten 514-530.
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (2002): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Bogner, Alexander, Littig, Beate und Menz, Wolfgang (Hrsg.) (2002): Das Experteninterview. Leske + Budrich. Seiten 71-93.

- Meyer-Künzel, Monika (2008): IBA, EXPO und Olympische Spiele. Ziele, Verfahren, Instrumente im Vergleich. In: Planerin. Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung, Heft 5, Seiten 9-11.
- Müller, Heidi; Niederlein, Kirsten (2002): III. Wirkungen? Eine Umfrage nach 14 Jahren. In: Müller, Heidi; Selle, Klaus (2002): EXPOst. Großprojekte und Festivalisierung als Mittel der Stadt- und Regionalentwicklung: Lernen von Hannover. Werkberichte der AGB Band 48. Dortmund. Seiten 99-160.
- Müller, Heidi; Selle, Klaus (2000): Expo ... und nun? Anmerkungen zur Situation in Hannover und zur weiteren planungstheoretischen Diskussion über große Projekte und Festivalisierung. In: RaumPlanung, Nr. 92, Seiten 219-224.
- Müller, Martin (2012): Popular Perception of Urban Transformation through Megaevents: Understanding Support for the 2014 Winter Olympics in Sochi. In: Environment and Planning C: Government and Policy, Volume 30, Issue 4, Pages 693-711.
- Musiktheater Oberlausitz/Niederschlesien GmbH – Kultur2020 (Hrsg.) (2009): Evaluierung der Bewerbung von Görlitz-Zgorzelec um den Titel Kulturhauptstadt Europas 2010. Görlitz.
- Nagel, Peter (1992): Techniken der Zielformulierung. In: Frese, Erich (Hrsg.) (1992): Handwörterbuch der Organisation. Enzyklopädie der Betriebswirtschaftslehre. Band 2. Poeschel Verlag, Stuttgart. Seiten 2626-2634.
- Neufeld, Markus; Chilla, Tobias (2013): Blümchenschau, Festivalisierung oder strategische Stadtentwicklung? Die Landesgartenschau Bamberg 2012. In: Standort. Zeitschrift für Angewandte Geographie, Heft 1, Seiten 6-10.
- Neumann, Klaus (2008): Die Zukunft der Gartenschauen. In: Stadt und Raum. Nr. 3, Seiten 116-127.
- Olympic Review (2006): What is the Olympic Games Global Impact Study?, Seiten 1-2 [Online-PDF]. URL: [http://www.olympic.org/Documents/Reports/EN/en\\_report\\_1077.pdf](http://www.olympic.org/Documents/Reports/EN/en_report_1077.pdf) [Stand: 14.05.2013].
- Pachaly, Christina (2008): Kulturhauptstadt Europas Ruhr 2010. Ein Festival als Instrument der Stadtentwicklung. In: Graue Reihe des Instituts für Stadt und Regionalplanung Technische Universität Berlin, Heft 12.
- Paul, Ullrich (2013): Die IBA ist tot, es lebe die IBA [Online-Artikel vom 25.06.2013]. URL: <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/iba-2020--die-iba-ist-tot--es-lebe-die-iba-,10809148,23515306.html> [Stand: 13.08.2013].
- Peters, James (1982): After the Fair. What Expos Have Done for Their Cities? In: Planning, Volume 8, Issue 1, Pages 13-19.
- Pfadenhauer, Michaela (2002): Auf gleicher Augenhöhe reden. Das Experteninterview – Ein Gespräch zwischen Experte und Quasi-Experte. In: Bogner, Alexander, Littig, Beate und Menz, Wolfgang (Hrsg.) (2002): Das Experteninterview. Leske + Budrich. Seite 113-130.
- Pirhofer, Gottfried (2005): Strategische Planung in Europäischen Städten. In Klotz, Arnold; Frey, Otto (Hrsg.) (2005): Verständigungsversuche zum Wandel der Stadtplanung. Springer Verlag. Wien. Seiten 10-36.
- Pranic, Ljudevit; Petric Lidija; Cetinic, Liljana (2012): Host Population Perceptions of the Social Impacts of Sport Tourism Events in Transition Countries. In: International Journal of Event and Festival Management, Volume 3, Number 3, Pages 236-256.

- Preuss, Holger (2007): The Conceptualisation and Measurement of Mega Sport Event Legacies. In: *Journal of Sport & Tourism*, Volume 12, Issue 3-4, Pages 207-227.
- Preuss, Holger; Solberg, Harry Arne (2006): Sport-Mega-Event. Langfristige Tourismuseffekte. In: *Planerin. Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung*. Heft 1, Seiten 12-15.
- Prigge, Walter (2008): Zwischen Plan und Projekt. Zur Profilierungsstrategie der IBA Stadtumbau 2010. In: *Planerin. Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung*, Heft 5, Seiten 18-20.
- Ramchandani, Girish M.; Coleman, Richard, J. (2012) The Inspirational Effects of Three Major Sport Events. In: *International Journal of Event and Festival Management*, Volume 3, Issue 3, Pages 257-271.
- Regionen Aktiv (o. A.): Regionen Aktiv. Land gestaltet Zukunft [Website o. J.]. URL: <http://www.regionenaktiv.de/index.html> [Stand: 28.04.2013].
- Reimer, Mario; Kemming, Herbert (2011): Planungskulturelle Dynamiken im Kontext temporärer Planungsansätze: Die REGIONALE 2010 zwischen Festival und Alltag. In: Altrock, Uwe; Kunze, Ronald; Schmitt, Gisela; Schubert, Dirk (Hrsg.) (2011): *Stadterneuerung und Festivalisierung. Jahrbuch Stadterneuerung 2011*. Berlin. Seiten 25-38.
- Richards, Greg (1999): The European Cultural Capital Event: Strategic Weapon in the Cultural Arms Race? In: *Journal of Cultural Policy*, Volume 6, Issue 2, Pages 159-181.
- Richards, Greg; Wilson, Julie (2004): The Impact of Cultural Events on City Image: Rotterdam, Cultural Capital of Europe 2001. In: *Urban Studies*, Volume 41, Issue 10, Pages 1931-1951.
- Ritchie, Brent J.R.B. (1984): Assessing the Impact of Hallmark Events. Conceptual and Research Issues. In: *Journal of Travel Research*, Volume 23, Issue 1, Pages 2-11.
- Ritchie, Brent J.R.B. (2000): Turning 16 Day into 16 Years through Olympic Legacies. In: *Event Management*, Volume 6, Issue 3, Pages 155-165.
- Roche, Maurice (1992): On the Sociology of the New Urban Tourism. In: *The British Journal of Sociology*, Volume 43, Issue. 4, Pages 563-600.
- Roche, Maurice (1994): Mega-events and Urban Policy. In: *Annals of Tourism Research*, Volume 21, Issue 1, Pages 1-19.
- Roche, Maurice (2000): *Megaevents and Modernity. Olympics and Expos in the Growth of Global Culture*. Routledge. London.
- Roche, Maurice (2003): Mega-events, Time and Modernity: On Time Structures in Global Society. In: *Time Society*, Volume 12, Issue 1, Pages 99-126.
- Rosinski, André; Rast, Christian; Franke, Matthias; Seebauer, Martin (2011): *Bundesgartenschau Landeshauptstadt erfurt2011. GartenKulturStadt. Machbarkeitsstudie für die Landeshauptstadt Erfurt*. Berlin, Potsdam.
- Saayman, Melville; Saayman, Andrea (2012): The Economic Impact of the Comrades Marathon. In: *International Journal of Event and Festival Management*, Volume 3, Issue 3, Pages 220-235.
- Sächsische Zeitung (2013): Sachsen schreibt Landesgartenschau für 2019 aus [Online-Artikel vom 02.04.2013]. URL: <http://www.sz-online.de/sachsen/sachsen-schreibt-landesgartenschau-fuer-2019-aus-2543184.html> [Stand: 05.04.2013].

- Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL) (2010): Sieben Bewerber für Landesgartenschau 2015 [Online-Artikel vom 01.10.2010]. URL: <http://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/158381> [Stand: 14.02.2011].
- Schmidt, Gabriele (2013): Was kommt nach der Show? Event in der Stadt- und Regionalentwicklung auf dem Prüfstand. In: ARL Nachrichten, Nr. 2, Seiten 10-12.
- Scott, John (1990): A Matter of record. Documentary Sources in Social Research. Polity Press.
- Searle, Glen (2002): Uncertain Legacy: Sydney's Olympic Stadium's. In: European Planning Studies, Volume 10, Issue 7, Pages 845-860.
- Selle, Klaus (1995): Phasen oder Stufen? Fortgesetzte Anmerkungen zum Wandel des Planungsverständnisses. In: RaumPlanung, Nr. 71, Seiten 237-242.
- Selle, Klaus (2002): I. Vom Werden einer Weltausstellung. Ein Lehrstück in sechs Akten nebst Vor-, Zwischen- und Nachspielen. In: Müller, Heidi; Selle, Klaus (2002): EX-POst. Großprojekte und Festivalisierung als Mittel der Stadt- und Regionalentwicklung: Lernen von Hannover. Werkberichte der AGB Band 48. Dortmund. Seiten 29-84.
- Selle, Klaus (2005): Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land. Dortmund.
- Selle, Klaus (2006): Stadtentwicklung durch große Ereignisse? In: Planerin. Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung, Heft 1, Seiten 5-7.
- Shaw, David; Sykes, Olivier; Fischer, Thomas, B. (2009): Culture, Regeneration and Urban Renaissance in Liverpool. In: RaumPlanung, Nr. 143, Seiten 92-97.
- Shepherd, Dean A.; Patzelt, Holger; Wolfe, Marcus (2011): Moving Forward from Project Failure: Negative Emotions, Affective Commitment, and Learning from the Experience. In: Academy of Management Journal, Volume 54, Issue 6, Pages 1229-1259.
- Shoval, Noam (2002): A new Phase in the Competition for the Olympic Gold: The London and New York Bids for the 2012 Games. In: Journal of Urban Affairs, Volume 24, Issue 5, Pages 583-599.
- Siebel, Walter (2006): Wandel, Rationalität und Dilemmata der Planung, Seiten 1-22 [Online-PDF]. URL: [http://www.planung-neudenken.de/images/stories/pnd/dokumente/siebel\\_lang.pdf](http://www.planung-neudenken.de/images/stories/pnd/dokumente/siebel_lang.pdf) [Stand: 13.08.2013].
- Siebel, Walter (2010): Stadtpolitik mittels großer Ereignisse. In: RegioPol. Zeitschrift für Regionalwirtschaft, Heft 1, Seiten 99-107.
- Simons, Katja (2003): Politische Steuerung großer Projekte. Berlin Adlershof, Neue Mitte Oberhausen und Euralille im Vergleich. Opladen.
- Smith, Andrew; Fox, Tim (2007): From Event-Led to Event-Themed Regeneration: The 2002 Commonwealth Games Legacy Programme. In: Urban Studies, Volume 44, Issue 5-6, Pages 1125-1143.
- Stadt Essen (2004): Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel. Bewerbungsschrift Europäische Kulturhauptstadt 2010. Essen.
- Stadtverordnetenversammlung Kassel (1993): Beschluss Nr. 16. In: Vorlage Nr. 101001300074001 vom 07.07.1993. Seite 1.

- Statistisches Bundesamt (2012): Industrie, Verarbeitendes Gewerbe [Website von 2012].  
URL:  
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/Wirtschaftsbereiche.html> [Stand: 15.11.2012].
- Statistisches Bundesamt (2013a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011, Seiten 1-29 [Online-PDF]. URL:  
[https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/VorlBevoelkerungsfortschreibung5124103129004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/VorlBevoelkerungsfortschreibung5124103129004.pdf?__blob=publicationFile) [Stand: 16.12.2013].
- Statistisches Bundesamt (2013b): Daten aus dem Gemeindeverzeichnis Städte in Deutschland nach Fläche und Bevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011 und Bevölkerungsdichte [Online-Dokument]. URL:  
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Aktuell/05Staedte.html> [Stand: 17.12.2013].
- Steinberg, H. G. (1971): Die Geschichte des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk und seine Bedeutung für die Entwicklung der Landesplanung in Deutschland. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Raumordnung und Landesplanung im 20. Jahrhundert. Historische Raumforschung 10. Forschungs- und Sitzungsberichte, Band 63. Hannover. Seiten 3-16.
- Steinbuch, Pitter A. (1998): Projektorganisation und Projektmanagement. Ludwigshafen.
- Steiner, Martin (2012): Die (Regional-) Ökonomie einer Ski-WM. Ein Fest mit Herz und wirtschaftlichem Kalkül. In: RAUM 88, Seiten 15-18.
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (2003a): Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft 2005“. Merkblatt. Essen.
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (2003b): Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft“ mit überwältigender Resonanz. 37 Städte wollen „Stadt der Wissenschaft 2005“ werden [Online-Pressemitteilung vom 18.12.2003]. URL:  
<http://idwf.eu/de/news73932> [Stand: 16.10.2013].
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (2004): Nominiert für "Stadt der Wissenschaft": Bremen, Dresden, Göttingen, Tübingen [Online-Pressemitteilung vom 11.02.2004]. URL: <http://idw-online.de/de/news75778> [Stand: 14.11.2013].
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (2005a): Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft 2007“. Essen.
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (2005b): Nominiert für die „Stadt der Wissenschaft 2006“: Dresden, Magdeburg, Tübingen [Online-Pressemitteilung vom 11.01.2005]. URL: <http://www.presseportal.de/pm/18931/635727/nominiert-fuer-stadt-der-wissenschaft-2006-dresden-magdeburg-tuebingen> [Stand: 27.11.2013].
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (2007): Konstanz, Lübeck und Oldenburg im Finale um die "Stadt der Wissenschaft 2009" [Online-Pressemitteilung vom 10.12.2007]. URL: <http://www.presseportal.de/pm/18931/1100432/konstanz-luebeck-und-oldenburg-im-finale-um-die-stadt-der-wissenschaft-2009> [Stand: 21.10.2013].
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (2010): Stadt der Wissenschaft 2012, Seiten 1-16 [Online-PDF]. URL:  
[http://www.stifterverband.info/wissenschaft\\_und\\_hochschule/dialog\\_wissenschaft\\_und\\_gesellschaft/stadt\\_der\\_wissenschaft/stadt\\_der\\_wissenschaft\\_2012\\_wettbewerb\\_broschuere.pdf](http://www.stifterverband.info/wissenschaft_und_hochschule/dialog_wissenschaft_und_gesellschaft/stadt_der_wissenschaft/stadt_der_wissenschaft_2012_wettbewerb_broschuere.pdf) [Stand: 29.01.2013].

- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (2013a): Stadt der Wissenschaft. Eine Übersicht über alle Städte, die sich im Wettbewerb um die Stadt der Wissenschaft beworben haben [Website o. J.]. URL: [http://www.stifterverband.info/wissenschaft\\_und\\_hochschule/dialog\\_wissenschaft\\_und\\_gesellschaft/stadt\\_der\\_wissenschaft/bewerberstaedte/index.html](http://www.stifterverband.info/wissenschaft_und_hochschule/dialog_wissenschaft_und_gesellschaft/stadt_der_wissenschaft/bewerberstaedte/index.html) [Stand: 17.10.2013].
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (2013b): Stadt der Wissenschaft 2009: Oldenburg [Website o. J.]. URL: <http://www.stadt-der-wissenschaft.de/chronik/2009/index.html> [Stand: 11.11.2013].
- Süddeutsche Zeitung (2002): WM 2006 ohne Düsseldorf, Bremen und Gladbach [Online-Artikel vom 15.04.2002]. URL: <http://sueddeutsche.de/sport/fussball-wm-ohne-duesseldorf-bremen-und-gladbach-1.306507> [Stand: 23.08.2012].
- Swart, Kamilla; Bob, Urmilla (2004): The Seductive Discourse of Development: The Cape Town 2004 Olympic Bid. In: *Third World Quarterly*, Volume 25, Issue 7, Pages 1311-1324.
- Taylor, Peter; Turok, Ivan; Hastings, Anne (2001): Competitive Bidding in Urban Regeneration: Stimulus or Disillusionment for the Losers? In: *Environmental and Planning C: Government and Policy* 2001, Volume 19, Issue 1, Pages 45-63.
- Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr (2011): IBA Thüringen – Machbarkeitsstudie/Kurzfassung, Seiten 1-4 [Online-PDF]. URL: <https://www.iba-thueringen.de/sites/default/files/boxeintrag/downloads/Kurzfassung%20IBA%20Th%C3%BCringen.pdf> [Stand: 28.08.2015].
- Tränkner, Sebastian (2006): Regional Governance und integrierte ländliche Entwicklung – Begleitforschung zum Bundesmodellvorhaben Regionen Aktiv. In: *Raumforschung und Raumordnung*, Jahrgang 64, Heft 3, Seiten 213-221.
- Tullock, Gordon (1967): The Welfare Costs of Tariffs, Monopolies and Theft. In: *Western Economic Journal*, Volume 5, Issue 3, Pages 224-230.
- Tullock, Gordon (1980): Efficient Rent-Seeking. In: Buchanan, J.M.; Tollison, R.D.; Tullock, G. (Hrsg.) (1980): *Toward a Theory of Rent-Seeking Society*. Texas. Pages 97-112.
- Turowski, Gerd (2005): Raumplanung (Gesamtplanung). In: *Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (2005): Handwörterbuch der Raumordnung*. Hannover. Seiten 893-898.
- UN-Habitat (2009): *Planning Sustainable Cities. Global Report on Human Settlements*. 2009. London.
- Weishäupl, Martin (2012): Eine nachhaltige Ski-WM – geht das überhaupt? Mega und doch ökologisch. In: *Raum. Österreichische Zeitschrift für Raumplanung und Regionalpolitik*, Heft 88, Seiten 19-21.
- Weiss, Christina (2005): Kulturhauptstadt Europa – Auch die Verlierer gewinnen. In: *Der Städtetag: Zeitschrift für Kommunalpolitik und kommunale Praxis*, Jahrgang 58, Band 1, Seite 9.
- Weiß, Dirk P. (2008): *Strategische Gestaltung des Lebenszyklus von Mega-Events*. Schriftenreihe der HHL – Leipzig Graduate School of Management. Gabler Verlag.



- Welch Guerra, Max (2004): Instrumente der räumlichen Planung und ihre Auswirkungen auf die Landschaftsstruktur in der Niederlausitz. Kurzfassung, Seiten 1-23 [Online-PDF]. URL: <https://www.uni-weimar.de/architektur/raum/forschung/IBA.pdf> [Stand: 10.6.2015].
- Westerbeek, Hans M.; Turner, Paul; Igerson, Lynley (2002): Key Success Factors in Bidding for Hallmark Sporting Events. In: *International Marketing Review*, Volume 19, Issue 3, Pages 303-322.
- Wiechmann, Thorsten (2004): Das Modellvorhaben „Regionen der Zukunft“. *Regionen der Zukunft – Wettbewerb und Netzwerk*. In: *IÖR Schriften* Nr. 45, Seiten 3-9.
- Wiswede, Günter (1992): Gruppen und Gruppenstrukturen. In: Frese, Erich (Hrsg.) (1992): *Handwörterbuch der Organisation. Enzyklopädie der Betriebswirtschaftslehre*. Band 2. Poeschel Verlag, Stuttgart. Seiten 735-752.
- Wohlfahrt, Lisa (2010): Duisburg – eine Stadt zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Paal, Michaela (Hrsg.) (2010): *Stadtzukünfte in Deutschland. Strategien zwischen Boom und Krise. Forschungsbeiträge zur Stadt- und Regionalgeographie*. Band 4. Münster. Seiten 189-205.
- Wolff, Stephan (2000): Dokumenten- und Aktenanalyse. In: Flick, Uwe; Kardoff, Ernst v.; Steinke, Ines (Hrsg.) (2000): *Qualitative Forschung – Ein Handbuch*, Reinbek. Rowohlt. Seiten 502-514.
- Yin, Robert K. (2009): *Case Study Research. Design and Methods*. Fourth Edition. USA.
- Zhang, Li; Zhao Simon Xiabin (2009): City Branding and the Olympic Effect: A Case Study of Beijing. In: *Cities*, Volume 26, Issue 5, Pages 245-254.
- Zimmermann, Karsten (2012): Zwischenfazit: Rhein-Main global. In: Monstadt, Jochen, Zimmermann, Karsten, Robischon, Tobias, Schöning, Barbara (Hrsg.) (2012): *Die diskutierte Region. Probleme und Planungsansätze der Metropolregion Rhein-Main*. Frankfurt am Main. Seiten 103-108.



## 9.2 Stadtbezogene Dokumente

### Aachen

Aachener Zeitung (2002): „SuperC“ als Super-Coup für den Standort Aachen [Online-Artikel vom 22.05.2002]. URL: <http://www.aachener-zeitung.de/news/hochschule/super-c-als-super-coup-fuer-den-standort-aachen-1.38543> [Stand: 17.03.2014].

Aachener Zeitung (2003) Wird Aachen erste Stadt der Wissenschaft? [Online-Artikel vom 22.12.2003]. URL: <http://www.aachener-zeitung.de/news/hochschule/wird-aachen-erste-stadt-der-wissenschaft-1.83660> [Stand: 14.10.2013].

Aachener Zeitung (2006a): Aachen im Finale „Stadt der Wissenschaft“ [Online-Artikel vom 09.01.2006]. URL: <http://www.aachener-zeitung.de/news/kultur/aachen-im-finale-stadt-der-wissenschaft-1.161543> [Stand: 14.10.2013].

Aachener Zeitung (2006b): „Stadt der Wissenschaft 2007“: Macht Aachen das Rennen? [Online-Artikel vom 20.03.2006]. URL: <http://www.aachener-zeitung.de/news/hochschule/stadt-der-wissenschaft-2007-macht-aachen-das-rennen-1.163328> [Stand: 14.10.2013].

Aachener Zeitung (2006c): Kann Aachen mit dem Zukunftslabor landen? [Online-Artikel vom 27.03.2006]. URL: <http://www.aachener-zeitung.de/lokales/region/kann-aachen-mit-dem-zukunftslabor-europas-landen-1.163709> [Stand: 14.10.2013].

Aachener Zeitung (2006d): „Stadt der Wissenschaft“: Aachen zieht in Dresden den Kürzeren [Online-Artikel vom 28.03.2006]. URL: <http://www.aachener-zeitung.de/news/kultur/stadt-der-wissenschaft-aachen-zieht-in-dresden-den-kuerzeren-1.163712> [Stand: 14.10.2013].

Aachener Zeitung (2006e): Bürger sollen in Europa mitreden [Online-Artikel vom 16.08.2006]. URL: <http://www.aachener-zeitung.de/news/kultur/buerger-sollen-in-europa-mitreden-1.169937> [Stand: 14.03.2014].

Aachener Zeitung (2008): Das SuperC als neuer städtebaulicher Akzent [Online-Artikel vom 29.07.2014]. URL: <http://www.aachener-zeitung.de/news/hochschule/das-superc-als-neuer-staedtebaulicher-akzent-1.283097> [Stand: 17.03.2014].

Aachener Zeitung (2009a): Der zweite Schritt in Richtung IGA 2017 ist getan [Online-Artikel vom 23.06.2009]. URL: <http://www.aachener-zeitung.de/lokales/eifel/der-zweite-schritt-in-richtung-iga-2017-ist-getan-1.317996> [Stand: 18.03.2014].

Aachener Zeitung (2009b): Städtereion zieht Bewerbung für Gartenbauausstellung zurück [Online-Artikel vom 17.11.2009]. URL: <http://www.aachener-zeitung.de/lokales/staedtereion-aachen/staedtereion-zieht-bewerbung-fuer-gartenbauausstellung-zurueck-1.333509> [Stand: 14.10.2013].

Aachener Zeitung (2013): Nicht Kulturhauptstadt: Trauer und Frust in Maastricht [Online-Artikel vom 06.09.2013]. URL: <http://www.aachener-zeitung.de/lokales/region/nicht-kulturhauptstadt-trauer-und-frust-in-maastricht-1.651550> [Stand: 18.03.2014].

Euregio Maas-Rhein (2013): Euregio Maas-Rhein. Einleitung. [Website o. J.]. URL: <http://www.euregio-mr.com/de/euregiomr> [Stand: 15.07.2013].

- EuRegionale 2008 Agentur GmbH (Hrsg.) (2009): Grenzen überschreiten – Die Dokumentation. Die EuRegionale 2008 in der Dreiländerregion Aachen, Seiten 1-120 [Online-PDF]. URL: [http://www.staedtereion-aachen.de/wps/portal/internet/home/staedtereion/projekte/!ut/p/c5/04\\_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP0os\\_gADxNHQ09\\_A0sLYzdHA08LC7cA70BTI2dDE\\_1wkA6cKkwMTCDyBjiAo4F-cEqqfqr-IDIOwWKM9MPy8otyga4J0Y901vfzyM9N1S\\_lzk5zcbNwBABpt9fr/dl3/d3/L2dBISEvZ0FBIS9nQSEh/](http://www.staedtereion-aachen.de/wps/portal/internet/home/staedtereion/projekte/!ut/p/c5/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP0os_gADxNHQ09_A0sLYzdHA08LC7cA70BTI2dDE_1wkA6cKkwMTCDyBjiAo4F-cEqqfqr-IDIOwWKM9MPy8otyga4J0Y901vfzyM9N1S_lzk5zcbNwBABpt9fr/dl3/d3/L2dBISEvZ0FBIS9nQSEh/) [Stand: 12.6.2015].
- Herbstreit Landschaftsarchitekten GmbH & Co. KG (2008): Internationale Gartenschau der Dreiländer-Region 2017. Vorstudie für eine Bewerbung, Seiten 1-33.
- Herbstreit Landschaftsarchitekten GmbH & Co. KG (2009): IGA 2017. Machbarkeitsstudie Dreiländerregion Aachen, Seiten 1-22.
- Maastricht (2009): Absichtserklärung, Seiten 1-9 [Online-PDF]. URL: [http://www.europedirect-aachen.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=272:aachen-unterstuetzt-maastricht-als-kulturhauptstadt-europas-2018&catid=3&Itemid=59](http://www.europedirect-aachen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=272:aachen-unterstuetzt-maastricht-als-kulturhauptstadt-europas-2018&catid=3&Itemid=59) [Stand: 18.03.2014].
- RWTH Aachen (2013): RWTH startet in zweite Phase der Exzellenz [Website vom 19.02.2014]. URL: [http://www.rwth-aachen.de/cms/root/Die\\_RWTH/Exzellenzinitiative/~eob/Exzellenzinitiative/](http://www.rwth-aachen.de/cms/root/Die_RWTH/Exzellenzinitiative/~eob/Exzellenzinitiative/) [Stand: 06.08.2015].
- Stadt Aachen (2001): Aachen Leitbild 2020. Europa. Eine Stadt macht Zukunft. Fachbereich Wirtschaftsförderung und Europäische Angelegenheiten, Seiten 1-14 [Online-PDF]. URL: [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/aachen\\_profil/leitbild\\_2020/leitbildd2020.pdf](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/aachen_profil/leitbild_2020/leitbildd2020.pdf) [Stand: 14.10.2013].
- Stadt Aachen (2002): Aachen. Innenstadtkonzept, Seiten 1-70 [Online-PDF]. URL: [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/planen\\_bauen/\\_materialien\\_planen\\_bauen/stadtentwicklung/innenstadt/innenstadtkonzept\\_internetpdf](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/planen_bauen/_materialien_planen_bauen/stadtentwicklung/innenstadt/innenstadtkonzept_internetpdf) [Stand: 14.10.2013].
- Stadt Aachen (2003): Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft 2005“. Bewerbung der Stadt Aachen. Aachen. Seiten 1-17.
- Stadt Aachen (2005): Zukunftslabor Europas. Aachen Stadt der Wissenschaft 2007. Aachen. Seiten 1-24.
- Stadt Aachen (2007): Masterplan Freiraumentwicklung. RWTH Campus Innenstadt, Seiten 1-44 [Online-PDF]. URL: [http://www.la.rwth-aachen.de/downloadbereich/Diplom%20Studiengang/Grundstudium/Grundstudium\\_%D20Cbung\\_2/Planungsunterlagen/campus\\_rwth.pdf](http://www.la.rwth-aachen.de/downloadbereich/Diplom%20Studiengang/Grundstudium/Grundstudium_%D20Cbung_2/Planungsunterlagen/campus_rwth.pdf) [Stand: 14.10.2013].
- Stadt Aachen (2008): Aachen\*2030. Masterplan. Flächennutzungsplan. Laufende Informationen zum Stand der Dinge – Ausgabe August 2011, Seiten 1-8 [Online-PDF]. URL: [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/planen\\_bauen/\\_materialien\\_planen\\_bauen/stadtentwicklung/stadt/aachen2030/laufende\\_infos/110816\\_AACHEN2030\\_LaufendeInfo\\_8\\_2011.pdf](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/planen_bauen/_materialien_planen_bauen/stadtentwicklung/stadt/aachen2030/laufende_infos/110816_AACHEN2030_LaufendeInfo_8_2011.pdf) [Stand: 14.10.2013].
- Stadt Aachen (2012): Aachen\*2030. Masterplan. Perspektiven und Impulse für die räumliche Entwicklung der Stadt Aachen, Seiten 1-88 [Online-PDF]. URL: [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/planen\\_bauen/\\_materialien\\_planen\\_bauen/stadtentwicklung/stadt/aachen2030/masterplan/AC2030\\_Masterplan\\_Broschuere.pdf](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/planen_bauen/_materialien_planen_bauen/stadtentwicklung/stadt/aachen2030/masterplan/AC2030_Masterplan_Broschuere.pdf) [Stand: 17.03.2014].

- Stadt Aachen (2013a): EuRegionale 2008 [Website o. J.]. URL: [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/planen\\_bauen/stadtentwicklung/euregio/euregionale2008/euregionale2008.html](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/planen_bauen/stadtentwicklung/euregio/euregionale2008/euregionale2008.html) [Stand: 15.07.2013].
- Stadt Aachen (2013b): Enttäuschung für Maastricht & die Euregio [Online-Pressemitteilung vom 06.09.2013]. URL: [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/politik\\_verwaltung/pressemitteilungen/kulturhauptstadt2018.html](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/politik_verwaltung/pressemitteilungen/kulturhauptstadt2018.html) [Stand: 21.11.2013]
- Stadt Aachen (2014): Aachen – Stadt der Wissenschaft [Website o. J.]. URL: [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/stadt\\_der\\_wissenschaft/stadt\\_der\\_wissenschaft\\_einfuehrung\\_neu.html](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/stadt_der_wissenschaft/stadt_der_wissenschaft_einfuehrung_neu.html) [Stand: 17.03.2014].
- Städtereion Aachen (2008): Tagesordnung für die Sitzung des Verbandsausschusses StädteRegion Aachen am 03.06.2008, Seiten 1-38.
- Städtereion Aachen (2009): Die Städtereion [Website von 2009]. URL: [http://www.staedtereion-aachen.de/wps/portal/internet/home/staedtereion!/ut/p/c5/04\\_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP0os\\_gADxNHQ09\\_A0sLYzdHA08LC7cA70BTI2dvM\\_1wkA6cKkwMTCDyBjiAo4F-cEqqvp9Hfm6qfkF2dpqjo6liANFR2pM!/dl3/d3/L2dBISEvZ0FBIS9nQSEh/](http://www.staedtereion-aachen.de/wps/portal/internet/home/staedtereion!/ut/p/c5/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP0os_gADxNHQ09_A0sLYzdHA08LC7cA70BTI2dvM_1wkA6cKkwMTCDyBjiAo4F-cEqqvp9Hfm6qfkF2dpqjo6liANFR2pM!/dl3/d3/L2dBISEvZ0FBIS9nQSEh/) [Stand: 15.07.2013].
- Städtereion Aachen (2011): Integriertes Klimaschutzkonzept für die StädteRegion Aachen. Abschlussbericht. Januar 2011, Seiten 1-248 [Online-PDF]. URL: [http://www.staedtereion-aachen.de/wps/portal/internet/home/service/aemter/a70!/ut/p/c5/04\\_SB8K8xLLM9MSzPy8xBz9CP0os\\_gADxNHQ09\\_A0sLYzdHA08LC7cA70BTI7MQc\\_1wllzCo8bEwAQib4ADOBroB6ek6kfqR5njtMfYVD8sL78oF-ieEP1IJ30\\_j\\_zcVP2CXEtPXXcfEwAG\\_yVj/dl3/d3/L2dBISEvZ0FBIS9nQSEh/](http://www.staedtereion-aachen.de/wps/portal/internet/home/service/aemter/a70!/ut/p/c5/04_SB8K8xLLM9MSzPy8xBz9CP0os_gADxNHQ09_A0sLYzdHA08LC7cA70BTI7MQc_1wllzCo8bEwAQib4ADOBroB6ek6kfqR5njtMfYVD8sL78oF-ieEP1IJ30_j_zcVP2CXEtPXXcfEwAG_yVj/dl3/d3/L2dBISEvZ0FBIS9nQSEh/) [Stand: 18.03.2014].
- Stadtrat Aachen (2004): Leitplan Aachen. Hier: Information zum Sachstand der Erarbeitung. Vorlagen-Nr.: 0002/ A 61/WP15 vom 17.09.2004, Seiten 1-3.
- Stadtrat Aachen (2005a): Sachstand EuRegionale 2008. Vorlagen-Nr.: Dez III/0010/WP15 vom 01.06.2005, Seiten 1-3.
- Stadtrat Aachen (2005b): Sachstand EuRegionale 2008. In: Vorlagen-Nr.: Dez III/0011/WP15 vom 26.09.2005, Seiten 1-6.
- Stadtrat Aachen (2006a): Bewerbung der Stadt Aachen als ‚Stadt der Wissenschaft 2007‘, Wettbewerbsergebnis. In: Vorlagen-Nr.: FB 02/0113/WP15 vom 14.03.2006, Seiten 1-2.
- Stadtrat Aachen (2006b): Bewerbung der Stadt Aachen um die Ausrichtung der Landesgartenschau 2014. In: Vorlagen-Nr.: FB 36/0092/WP15 vom 16.05.2006, Seiten 1-4.
- Stadtrat Aachen (2006c): Sachstand EuRegionale 2008. In: Vorlage-Nr.: Dez III/0017/WP15 vom 08.08.2006, Seiten 1-4.
- Stadtrat Aachen (2006d): Bürgerbegehren „Bauhaus Europa? Nein, danke“. In: Vorlage-Nr.: A 30/0013/WP15 vom 18.10.2006, Seiten 1-4.
- Stadtrat Aachen (2006e): Masterplan Hochschulcampus Innenstadt. In: Vorlagen-Nr.: A 61/0413/WP15 vom 23.10.2006, Seiten 1-2.
- Stadtrat Aachen (2007): EuRegionale 2008. In: Vorlagen-Nr.: FB 02/0157/WP15 vom 22.07.2007, Seiten 1-4.

- Stadtrat Aachen (2008): Internationale Gartenschau der Dreiländerregion 2017 Hier: Beauftragung einer Machbarkeitsstudie. In: Vorlagen-Nr.: Dez III/0028/WP15 vom 16.05.2008, Seiten 1-3.
- Stadtrat Aachen (2009a): Maastricht - Bewerbung um den Titel: Kulturelle Hauptstadt Europas 2018. In: Vorlagen-Nr.: 49/0017/WP15 vom 13.01.2009, Seiten 1-3.
- Stadtrat Aachen (2009b): Internationale Gartenbau-Ausstellung (IGA) 2017. In: Vorlagen-Nr.: FB 61/1030/WP15-1 vom 10.02.2009, Seiten 1-8.
- Stadtrat Aachen (2009c): Kulturelle Hauptstadt Europas 2018 hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung. In: Vorlagen-Nr.: E 49.5/0002/WP16 vom 29.10.2009, Seiten 1-3.
- Stadtrat Aachen (2010): Tagung des Europäischen Wissenschaftsparlamentes (EWP) in Aachen. In: Vorlage-Nr.: FB 02/0007/WP16 vom 20.01.2010, Seiten 1-4.
- Stadtrat Aachen (2011): Prüfung einer aufwandsneutralen Fortführung des Europäischen Wissenschaftsparlamentes (EWP). In: Vorlage-Nr. FB 02/0055/WP16 vom 09.11.2011, Seiten 1-4.
- Stadtrat Aachen (2012a): Sachstand zum Stand der Entwicklung der Bewerbung Kulturhauptstadt und die Auswirkungen auf die Stadt Aachen. Antrag der SPD-Fraktion vom 13.12.2011. In: Vorlage-Nr.: E 49/0016/WP16 vom 15.02.2012, Seiten 1-4.
- Stadtrat Aachen (2012b): Aachen\*2030: Masterplan. Perspektiven für die räumliche Entwicklung der Stadt. In: Vorlage-Nr.: FB 61/0747/WP16 vom 10.10.2012, Seiten 1-7.
- Stadtrat Aachen (2012c): Kulturhauptstadt 2018 hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und GRÜNEN v. 04.12.2012 zur Tagesordnung der Sitzung des Rates am 19.12.2012. In: Vorlagen-Nr.: E 49/0029/WP16 vom 11.12.2012, Seiten 1-6.
- Stadtrat Aachen (2012d): Auszug - Aachen\*2030: Masterplan Perspektiven für die räumliche Entwicklung der Stadt. In: Rat/35/WP. 16. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Aachen am 19.12.2012 [Website o. J.]. URL: <http://ratsinfo.aachen.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=55567#searchword> [Stand: 06.08.2015].
- Stadtrat Aachen (2013): Wirtschaftsplan für den Kulturbetrieb E49 für das Wirtschaftsjahr 2014. In: Vorlagen-Nr.: E49.5/0101/WP16 vom 12.09.2013, Seiten 1-3.

## **Augsburg**

- Augsburger Allgemeine (2004a): Kulturhauptstadt. Aus für Augsburg nun amtlich [Online-Artikel vom 22.06.2004]. URL: <http://www.augsburger-allgemeine.de/kultur/Kulturhauptstadt-Aus-fuer-Augsburg-nun-amtlich-id2744526.html> [Stand: 05.11.2013].
- Augsburger Allgemeine (2004b): Zwei Jahre dauerte die Bewerbung [Online-Artikel vom 22.06.2004]. URL: <http://www.augsburger-allgemeine.de/kultur/Zwei-Jahre-dauerte-die-Bewerbung-id2744496.html> [Stand 05.11.2013].
- Augsburger Allgemeine (2004c): Keine Kulturhauptstadt. Augsburg setzt jetzt auf Mozart [Online-Artikel vom 28.12.2004]. URL: <http://www.augsburger-allgemeine.de/augsburg/Keine-Kulturhauptstadt-Augsburg-setzt-jetzt-auf-Mozart-id2748791.html> [Stand: 12.03.2014].
- Augsburger Allgemeine (2008a): Bald stehen vier Tage lang alle Türen offen. [Online-Artikel vom 21.03.2008]. URL: <http://www.augsburger-allgemeine.de/augsburg/Bald-stehen-vier-Tage-lang-alle-Tueren-offen-id3541656.html> [Stand: 11.03.2014].

- Augsburger Allgemeine (2008b): Image-Wandel durch Kultur braucht Bürger. [Online-Artikel vom 16.04.2008]. URL: <http://www.augsburger-allgemeine.de/neu-ulm/Image-Wandel-durch-Kultur-braucht-Buerger-id3615586.html> [Stand: 12.03.2014].
- Augsburger Allgemeine (2008c): Augsburg bleibt bei der WM am Ball [Online-Artikel vom 19.09.2008]. URL: <http://www.augsburger-allgemeine.de/augsburg/Augsburg-bleibt-bei-der-WM-am-Ball-id4162631.html> [Stand: 05.11.2013].
- Augsburger Allgemeine (2009): Ein Kulturbau könnte die einstige Prachtstraße beleben (Online-Artikel vom 02.04.2009). URL: <http://www.augsburger-allgemeine.de/augsburg/Ein-Kulturbau-koennte-die-einstige-Prachtstrasse-beleben-id5313131.html> [Stand: 11.03.2014].
- City Initiative Augsburg e. V. (2014): Ankerprojekte. Augsburger Open [Website o. J.]. URL: [http://www.cia-augsburg.de/?page\\_id=117](http://www.cia-augsburg.de/?page_id=117) [Stand: 11.03.2014].
- Der Spiegel (2004): Siebzehn für Europa. In: Spiegel, Nr. 14, Seiten 148-160.
- Europäische Metropolregion München (2013): Der Verein. Chronik [Website o. J.]. URL: <http://www.metropolregion-muenchen.eu/der-verein/chronik.html> [Stand: 06.11.2013].
- Pressestelle des Senats Freie Hansestadt Bremen (2004): Bremen/Bremerhaven im Finale des Wettbewerbs für die „Stadt der Wissenschaft 2005“ [Online-Pressemitteilung vom 11.02.2004]. URL: <http://www.senatspressestelle.bremen.de/detail.php?id=10728> [Stand: 05.11.2013].
- Regio Augsburg Tourismus GmbH (2010): Industriekultur. Architektur und Museen in Augsburg, Seiten 1-13 [Online-PDF]. URL: [http://www.augsburg-tourismus.de/tl\\_files/augsburg\\_tourismus/broschueren/pdf/industriekultur-web.pdf](http://www.augsburg-tourismus.de/tl_files/augsburg_tourismus/broschueren/pdf/industriekultur-web.pdf) [Stand: 11.03.2014].
- Regionaler Planungsverband Augsburg (2007): Regionalplan der Region Augsburg (9). Teil A. Überfachliche Ziele (Z) und Grundsätze (G), Seiten 1-35 [Online-PDF]. URL: [http://www.rpv-augsburg.de/downloads/ziele\\_grundsaeetze.pdf](http://www.rpv-augsburg.de/downloads/ziele_grundsaeetze.pdf) [Stand: 06.11.2013].
- Singer, Marlen (2004): Ein Brückenschlag zur Wissenschaft. Stadt hat Bewerbung abgegeben. In: Augsburger Allgemeine. Ausgabe: B-Haupt vom 14.01.2004, Seite 28.
- Staatliches Textil- und Industriemuseum Augsburg (tim) (2009): Eröffnung Bayerisches Textil- und Industriemuseum Augsburg (tim), Seite 1-2 [Online-PDF]. URL: [http://www.timbayern.de/wp-content/uploads/2009/12/PM\\_Eroeffnungstermin\\_tim.pdf](http://www.timbayern.de/wp-content/uploads/2009/12/PM_Eroeffnungstermin_tim.pdf) [Stand: 11.03.2014].
- Staatliches Textil- und Industriemuseum Augsburg (tim) (2014): Textilviertel Augsburg [Website o. J.]. URL: <http://www.timbayern.de/architektur/textilviertel-augsburg/> [Stand: 11.03.2014].
- Stadt Augsburg (2000a): Perspektiven für Augsburg. Dokumentation. Forum Augsburg – Unsere Stadt, Seiten 1-70 [Online-PDF]. URL: [http://www.augsburg.de/fileadmin/www/dat/06st/splan\\_o/Service/Pub/FA2000/FA2000\\_Dokumentation.pdf](http://www.augsburg.de/fileadmin/www/dat/06st/splan_o/Service/Pub/FA2000/FA2000_Dokumentation.pdf) [Stand: 06.11.2013].
- Stadt Augsburg (2000b): Perspektiven für Augsburg. Ein städtebauliches Leitbild, Seiten 1-4 [Online-PDF]. URL: [http://www.augsburg.de/fileadmin/www/dat/06st/splan\\_o/Service/Pub/FA2000/FA2000\\_Leitbild.pdf](http://www.augsburg.de/fileadmin/www/dat/06st/splan_o/Service/Pub/FA2000/FA2000_Leitbild.pdf) [Stand: 06.11.2013].
- Stadt Augsburg (2002): Referat 5. Augsburgs Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2010. Exposé. Stand 15.10.2002 (Kulturausschuss), Seiten 1-5.

- Stadt Augsburg (2003): Augsburg. Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2010. Konzept. Januar 2003, Seiten 1-17.
- Stadt Augsburg (2004a): Augsburg – Kulturhauptstadt für Europa 2010. Bewerbungsschrift: Visionen. Augsburg.
- Stadt Augsburg (2004b): Stadt Augsburg – Bewerbungsschrift zur Kulturhauptstadt Europas 2010. Fakten. Augsburg.
- Stadt Augsburg (2011a): City of Peace. Kulturprogramm der Stadt Augsburg zur FIFA Frauen Weltmeisterschaft 2011 [Website von 2011]. URL: <http://www.augsburg-2011.de> [Stand: 25.07.2013].
- Stadt Augsburg (2011b): City of Peace. Rahmenprogramm der Stadt Augsburg zur Fußballweltmeisterschaft der Frauen 2011. 24.06.2011 - 10.07.2011. Bericht des WM Büros der Stadt Augsburg zur FIFA Frauen-Weltmeisterschaft 2011 und dem Rahmenprogramm „City of Peace“, Seiten 1-13 [Online-PDF]. URL: [http://www.augsburg-2011.de/fileadmin/augsburg2011/data/pdf/cityofpeace\\_resumee\\_web.pdf](http://www.augsburg-2011.de/fileadmin/augsburg2011/data/pdf/cityofpeace_resumee_web.pdf). [Stand: 28.08.2015, Download nicht mehr möglich].
- Stadt Augsburg (2011c): Das offizielle Programm-Magazin zu City Of Peace „GEH HIN UND DU WIRST EIN BESSERER MENSCH“ liegt ab 10 Mai in Augsburg, Schwaben und ganz Bayern aus [Website von 2011]. URL: <http://www.augsburg-2011.de/index.php?id=27937>. [Stand: 05.11.2013].
- Stadt Augsburg (2011d): Kulturpolitische Ziele 2008 – 2014. Referat Kultur, Jugendkultur und Sport der Stadt Augsburg, Seiten 1-2 [Online-PDF]. URL: [http://www.stadt-augsburg.de/fileadmin/www/dat/07ku/Kulturreferat/PDF/Kulturpolitische\\_Ziele\\_Januar\\_2011.pdf](http://www.stadt-augsburg.de/fileadmin/www/dat/07ku/Kulturreferat/PDF/Kulturpolitische_Ziele_Januar_2011.pdf) [Stand: 11.03.2014].
- Stadt Augsburg (2011e): Auszüge aus der Halbzeitbilanz (Mai 2008 – April 2011) von Bürgermeister Peter Grab, Referent für Kultur, Jugendkultur und Sport, Seiten 1-4 [Online-PDF]. URL: [http://www.friedensstadt.augsburg.de/fileadmin/www/dat/07ku/Kulturreferat/PDF/Auszuege\\_Halbzeitbilanz\\_13.5.2011\\_Kulturbereich.pdf](http://www.friedensstadt.augsburg.de/fileadmin/www/dat/07ku/Kulturreferat/PDF/Auszuege_Halbzeitbilanz_13.5.2011_Kulturbereich.pdf) [Stand: 11.03.2014].
- Stadt Augsburg (2011f): Augsburger Nachhaltigkeitsbericht 2010, Seiten 1-116 [Online-PDF]. URL: [http://augsburg-entwickeln.de/sites/default/files/Augsburg\\_Nachhaltigkeitbericht\\_2010.pdf](http://augsburg-entwickeln.de/sites/default/files/Augsburg_Nachhaltigkeitbericht_2010.pdf) [Stand: 28.08.2015].
- Stadt Augsburg (2012): Kunsttunnel „Pferseer Unterführung“ 2012, Seite 1 [Online-PDF]. URL: [http://www.stadt-augsburg.de/fileadmin/www/dat/startseite/kunsttunnel/2012\\_buendnis\\_kunsttunnel\\_info.pdf](http://www.stadt-augsburg.de/fileadmin/www/dat/startseite/kunsttunnel/2012_buendnis_kunsttunnel_info.pdf) [Stand: 11.03.2014].
- Stadt Augsburg (2013a): Geschichte der Stadtbücherei. Neue Stadtbücherei Augsburg. Für alle offen [Website o. J.]. URL: <http://www.stadtbuecherei.augsburg.de/index.php?id=20339> [Stand: 05.11.2013].
- Stadt Augsburg (2013b): Nachhaltigkeitsbeirat [Website o. J.]. URL: <http://www.nachhaltigkeit.augsburg.de/nachhaltigkeitsbeirat.html> [Stand: 06.11.2013].
- Stadt Augsburg (2013c): Bündnis für Augsburg. Jahresbericht 2013. Lebensqualität in Augsburg gemeinsam gestalten. Machen Sie auch 2014 mit!, Seiten 1-56 [Online-PDF]. URL: [http://www.buendnis.augsburg.de/fileadmin/buendnis-aug/dat/11\\_materialien/pdf/2013\\_buendnis\\_jahresbericht.pdf](http://www.buendnis.augsburg.de/fileadmin/buendnis-aug/dat/11_materialien/pdf/2013_buendnis_jahresbericht.pdf) [Stand: 11.03.2014].



- Stadt Augsburg (2014): Augsburger Kammgarnspinnerei – Bebauungsplan Nr. 475 I, "Kammgarnspinnerei" [Website o. J.]. URL: <http://stadtplanung.augsburg.de/staedtebauliche-projekte/augsburger-kammgarnspinnerei/bebauungsplan-nr-475-i/> [Stand: 11.03.2014].
- Stadt Augsburg (2015): SymPaten – City Welcomers 2011 [Website o. J.]. URL: <http://www.buendnis.augsburg.de/index.php?id=26624> [Stand 23.06.2015].
- Stadtrat Augsburg (2002a): Augsburg Kulturhauptstadt Europas 2010. In: Beschlussvorlage der Verwaltung mit Drucksache-Nr.: 02/00396 vom 02.10.2002, Teil 1, Seiten 1-2.
- Stadtrat Augsburg (2002b): Augsburger Kulturhauptstadt Europas 2010. In: Empfehlung des Kulturausschusses mit Drucksache-Nr.: 02/00396 Teil 2 vom 15.10.2002, Seiten 1-2.
- Stadtrat Augsburg (2003a): Augsburg Kulturhauptstadt Europas 2010. In: Beschlussvorlage der Verwaltung mit der Drucksache-Nr.: 03/00084 Teil 1 vom 21.02.2003, Seiten 1-2.
- Stadtrat Augsburg (2003b): Teilnahme der Stadt Augsburg an dem Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft 2005“ des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. In: Beschlussvorlage der Verwaltung mit Drucksache-Nr.: 03/00369 Teil 1 vom 11.09.2003, Seiten 1-2.
- Stadtrat Augsburg (2003c): Teilnahme der Stadt Augsburg an dem Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft 2005“ des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. In: Empfehlung des Ausschusses für Bildungsangelegenheiten mit Drucksache Nr.: 03/00369 Teil 2 vom 30.09.2003, Seiten 1-2.
- Stadtrat Augsburg (2005): Empfehlung des Agendabeirates. Bewerbung Augsburgs zur Ausrichtung der Bundesgartenschau 2019. In: Sitzung des Agendabeirates am 04.05.2005 mit Aktenzeichen: 321-Kh/ffnase/Buga 2019. Seiten 1-2.
- Stadtrat Augsburg (2011a): Stadtentwicklungskonzept (STEK) der Stadt Augsburg (Grundsatzbeschluss. In: Beschlussvorlage der Verwaltung vom 18.04.2011 mit der Drucksache-Nr.: 11/00221 Teil 1, Seiten 1-11.
- Stadtrat Augsburg (2011b): Stadtentwicklungskonzept (STEK) der Stadt Augsburg (Grundsatzbeschluss). In: Empfehlung gemäß Beschlussvorschlag der Verwaltung mit Drucksache-Nr.: 11/00221 vom 26.05.2011, Seiten 1-2.

## **Braunschweig**

- Berger, Andrea; Jasper, Martin (2014): „In der Regionsfrage ist die Kultur schon weiter“ [Online-Artikel vom 10.01.2014]. URL: <http://www.braunschweiger-zeitung.de/debatte/antworten/in-der-regionsfrage-ist-die-kultur-schon-weiter-id1294553.html> [Stand: 13.03.2014].
- Braunschweig Zukunft GmbH (2005): Imagegewinn mit Welfenschloss, "Kulturleuchttürmen" und 65 Prozent weniger Schulden [Online-Pressemitteilung vom 28.11.2005]. URL: <http://www.braunschweig-zukunft.de/bsz/de/presse/presse21.html> [Stand: 13.03.2014].
- Braunschweiger Zeitung (2003): Leitartikel: Mit Pfunden wuchern [Online-Artikel vom 13.08.2003]. URL: <http://www.braunschweiger-zeitung.de/archiv/leitartikel-mit-pfunden-wuchern-id425213.html> [Stand: 07.11.2013].

- Duin, Harald (2003): Der Leuchtturm der Forschung. Noch eine Bewerbung: Wie Braunschweig und die Region „Stadt der Wissenschaft 2005“ werden will [Online-Artikel vom 19.12.2003]. URL: <http://www.braunschweiger-zeitung.de/lokales/Braunschweig/der-leuchtturm-der-forschung-id389657.html> [Stand: 07.11.2013].
- Duin, Harald (2008): Haus der Wissenschaft erhält glanzvolle Kuppel. Eine Erinnerung auch an die im Kriege zerstörte Volkssternwarte auf dem Dach [Online-Artikel vom 20.08.2008]. URL: <http://www.braunschweiger-zeitung.de/lokales/Braunschweig/haus-der-wissenschaft-erhaelt-glanzvolle-kuppel-id570473.html> [Stand: 07.11.2013].
- ForschungRegion Braunschweig e. V. (2013): ForschungRegion Braunschweig. Aufgaben [Website o. J.]. URL: <http://forschungregion.de/pages/de/aufgaben.php> [Stand: 11.11.2013].
- Hoffmann, Elisabeth (2006): „ Stadt der Wissenschaft 2007!: Braunschweig ist eine Runde weiter [Online-Pressemitteilung vom 10.01.2006]. URL: <http://idw-online.de/pages/de/news142323> [Stand: 13.03.2014].
- Jonscher, Nobert (2006): Gesucht: Platz für das Haus der Wissenschaft [Online-Artikel vom 29.03.2006]. URL: <http://www.braunschweiger-zeitung.de/lokales/Braunschweig/gesucht-platz-fuer-das-haus-der-wissenschaft-id398171.html> [Stand: 14.03.2014].
- Leute, Birgit (2010): Moderne Kunst in der Kirche: Steckspielsteine unterm Kreuz [Online-Artikel vom 12.05.2010]. URL: <http://unser38.de/braunschweig-innenstadt/kulturelles/moderne-kunst-in-der-kirche-steckspielsteine-unterm-kreuz-d2166.html> [Stand: 13.03.2014].
- Meyer, Robert-Herbert (2004): Wissenschaftliches Profil ins Bewusstsein gerückt [Online-Artikel vom 11.02.2004]. URL: <http://www.braunschweiger-zeitung.de/lokales/Braunschweig/wissenschaftliches-profil-ins-bewusstsein-gerueckt-id384391.html> [Stand: 13.03.2014].
- Niedersächsischer Landtag (2003): Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP für die 15. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages 2003 bis 2008, Seiten 1-35 [Online-PDF]. URL: <http://www.fdp-cuxhaven.de/daten/fdp/files/koalition.pdf> [Stand: 06.11.2013].
- Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2008): Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen, Seiten 1-181 [Online-PDF]. URL: [http://www.ml.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation\\_id=1378&article\\_id=5062&\\_psmand=7](http://www.ml.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=1378&article_id=5062&_psmand=7) [Stand: 07.11.2013].
- Noske, Hennig (2003): Anschub für Kulturhauptstadt. Stiftung Nord/LB-Öffentliche will Bewerbung unterstützen [Online-Artikel vom 19.02.2003]. URL: <http://www.braunschweiger-zeitung.de/lokales/anschub-fuer-kulturhauptstadt-id223703.html> [Stand: 13.03.2014].
- Priebs, Axel (2004): Raum Hannover – Braunschweig – Göttingen auf dem Weg zur Europäischen Metropolregion. In: Neues Archiv, Nr. 2, Seiten 101-112.
- Richter, Ann Claire (2003): Wir sind tollkühn. Braunschweig stellt Projektideen für Kulturhauptstadt-Bewerbung vor [Online-Artikel vom 12.09.2003]. URL: <http://www.braunschweiger-zeitung.de/lokales/hoffmann-wir-sind-tollkuehn-id166728.html> [Stand: 06.11.2013].

- Richter, Ann Claire (2004): Bewerbungsschrift gab den Ausschlag [Online-Artikel vom 25.03.2004]. URL: <http://www.braunschweigerzeitung.de/lokales/Braunschweig/bewerbungsschrift-gab-den-ausschlag-id116020.html> [Stand: 07.11.2013].
- Stachura, Jörn (2008): Braunschweigs Eisenbahngeschichte ab Sonntag hautnah erleben [Online-Artikel vom 10.04.2008]. URL: <http://www.braunschweigerzeitung.de/lokales/Braunschweig/braunschweigs-eisenbahngeschichte-ab-sonntag-hautnah-erleben-id225306.html> [Stand: 13.03.2014].
- Stadt Braunschweig (2003a): Das Team für Braunschweig. Stadt der Wissenschaft 2005. Braunschweig bewirbt sich. Teil 1, Seiten 1-20 [Online-PDF]. URL: [http://www2.braunschweig.de/sdw/Stadt\\_der\\_Wissenschaft1.pdf](http://www2.braunschweig.de/sdw/Stadt_der_Wissenschaft1.pdf) [Stand: 07.11.2013].
- Stadt Braunschweig (2003b): Das Team für Braunschweig. Stadt der Wissenschaft 2005. Braunschweig bewirbt sich. Teil 2, Seiten 21-42 [Online-PDF]. URL: [http://www2.braunschweig.de/sdw/Stadt\\_der\\_Wissenschaft\\_2.pdf](http://www2.braunschweig.de/sdw/Stadt_der_Wissenschaft_2.pdf) [Stand: 07.11.2013].
- Stadt Braunschweig (2003c): Erste städtebauliche Projektideen für die Bewerbung als Kulturhauptstadt [Online-Pressemitteilung vom 12.09.2003]. URL: [http://braunschweig2010.de/\\_abzug/sp\\_auto\\_14681.html](http://braunschweig2010.de/_abzug/sp_auto_14681.html) [Stand: 13.03.2014].
- Stadt Braunschweig (2004): Zeitlandschaften. Bewerbungsschrift der Stadt Braunschweig und der Region zur Kulturhauptstadt Europas 2010, Seiten 1-133 [Online-PDF]. URL: [http://braunschweig2010.de/\\_abzug/bewerbungsschrift\\_schrift.html](http://braunschweig2010.de/_abzug/bewerbungsschrift_schrift.html) [Stand: 06.11.2013].
- Stadt Braunschweig (2005a): Ideenküche Braunschweig. Stadt der Wissenschaft 2007. Teil 1, Seiten 1-7 [Online-PDF]. URL: [http://www2.braunschweig.de/sdw/1\\_2\\_3\\_ideenkueche\\_BS\\_NEU.pdf](http://www2.braunschweig.de/sdw/1_2_3_ideenkueche_BS_NEU.pdf) [Stand: 07.11.2013].
- Stadt Braunschweig (2005b): Aktive Kampagne ruht – Braunschweig bleibt Bewerberstadt [Online-Pressemitteilung vom 16.03.2005]. URL: [http://braunschweig2010.de/\\_abzug/\\_meldung01.html](http://braunschweig2010.de/_abzug/_meldung01.html) [Stand: 13.03.2014].
- Stadt Braunschweig (2005c): Imagegewinn für Stadt und Region ist hohe Dividende auf den Bewerbungseinsatz [Online-Pressemitteilung vom 28.04.2005]. URL: [http://braunschweig2010.de/\\_abzug/\\_meldung02.html](http://braunschweig2010.de/_abzug/_meldung02.html) [Stand: 13.03.2014].
- Stadt Braunschweig (2008): „Kultur soll die Idee der Region mit Leben füllen“ [Pressemitteilung vom 12.12.2008]. URL: <http://www.presse-service.de/data.cfm/static/716136F.html> [Stand: 13.03.2014].
- Stadt Braunschweig (2011): Ringgleis Braunschweig. Eine Erfolgsgeschichte wird weitergeschrieben, Seiten 1-15 [Online-PDF]. URL: [http://www.braunschweig.de/leben/im\\_gruenen/Ringgleis\\_Broschuere\\_11\\_05\\_11.pdf](http://www.braunschweig.de/leben/im_gruenen/Ringgleis_Broschuere_11_05_11.pdf) [Stand: 13.03.2014].
- Stadt Braunschweig (2013): Bewerbung Stadt der Wissenschaft 2005 [Website o. J.]. URL: <http://www2.braunschweig.de/sdw/archiv.html> [Stand: 07.11.2013].
- Stadtrat Braunschweig (2002a): Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas. In: Vorlage mit Drucksache-Nr.: 6687/02 vom 05.04.2002, Seiten 1-3.
- Stadtrat Braunschweig (2002b): Sachstand zum 1. Öffentlichen Gesprächsforum kulturentwicklungsplan. In: Mitteilung mit Drucksache-Nr.: 5150/02 vom 23.05.2002, Seiten 1-5.

- Stadtrat Braunschweig (2002c): Kulturhauptstadt Europas. Hier: Sachstand. In: Mitteilung mit Drucksache-Nr.: 5406/02 vom 02.10.2002, Seiten 1-3.
- Stadtrat Braunschweig (2002d): Produkthaushalt 2003 und Strategische Planung. In: Vorlage mit Drucksache-Nr.: 7233 vom 10.10.2002, Seiten 1-7.
- Stadtrat Braunschweig (2002e): Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2010. In: Ergänzungsvorlage zu Drucksache-Nr.: 7361/02 mit der Drucksache Nr.: 7384/02 vom 26.11.2002, Seiten 1-3.
- Stadtrat Braunschweig (2002f): Zusammenarbeit im „Großraum Braunschweig“. In: Ergänzungsvorlage zur Drucksachen-Nr.: 7270/02 bzw. 7119/02 mit der Drucksachen-Nr.: 7312/02 vom 05.11.2002, Seiten 1-2.
- Stadtrat Braunschweig (2003a): Aktueller Stand zur "ForschungREgion Braunschweig". In: Mitteilung mit der Drucksache-Nr.: 5887/03 vom 03.04.2003, Seiten 1-2.
- Stadtrat Braunschweig (2003b): Sachstand „Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2010“. In: Mitteilung mit Drucksache Nr.: 5978/03 vom 07.05.2003, Seiten 1-4.
- Stadtrat Braunschweig (2003c): Strategische Planung und Produkthaushalt 2004. In: Vorlage mit der Drucksache-Nr. 8250/03 vom 16.10.2003, Seiten 1-8.
- Stadtrat Braunschweig (2004a): Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2010. Hier: Bewerbung und Bewerbungsschrift. In: Vorlage mit der Drucksache-Nr.: 8685/04 vom 10.03.2004, Seiten 1-6.
- Stadtrat Braunschweig (2004b): Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2010. Zusätzliche Informationen zu Kapitel 1 der Bewerbungsschrift, Thema: Präsenz der Zeit: Stadt-Bau-Kunst für Braunschweig“. Ergebnis des internationalen Workshops. In: Mitteilung mit der Drucksache-Nr.: 6628/4 vom 17.03.2004, Seiten 1-4.
- Stadtrat Braunschweig (2004c): Programm- und Handlungsrahmen sowie Strategische Ziele 2005 - 2009 der Stadt Braunschweig. In: 2. Ergänzung zur Beschlussvorlage vom 19. Mai 2004 mit der Drucksache Nr.: 8881/04 vom 21.04.2004, Seiten 1-4.
- Stadtrat Braunschweig (2005a): Bewerbung der Stadt Braunschweig um den Titel „Stadt der Wissenschaft 2007“ beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. In: Vorlage mit Drucksache-Nr.: 9620/05 vom 29.03.2005, Seiten 1-4.
- Stadtrat Braunschweig (2005b): Kulturentwicklungsplan für die Stadt Braunschweig. In: Anfrage mit der Drucksache-Nr. 328/05, vom 13.04.2005, Seiten 1-2.
- Stadtrat Braunschweig (2005c): Beitritt zur Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen. In: Vorlage mit Drucksache-Nr.: 9676/05 vom 18.04.2005, Seiten 1-4.
- Stadtrat Braunschweig (2005d): Kulturentwicklungsplan für die Stadt Braunschweig. In: Stellungnahme der Verwaltung mit Drucksache-Nr.: 6682/05 vom 20.04.2005, Seiten 1-2.
- Stadtrat Braunschweig (2005e): Neukonzeption des ehemaligen Braunschweig Preises. In: Vorlage mit Drucksache-Nr. 9850/05 vom 03.06.2005, Seiten 1-3.
- Stadtrat Braunschweig (2005f): Umbenennung des Kulturausschusses. "Der Kulturausschuss wird in Ausschuss für Wissenschaft und Kultur umbenannt". In: Vorlage mit der Drucksache-Nr.: 9975/05 vom 23.08.2005, Seiten 1-5.
- Stadtrat Braunschweig (2006): Programm- und Handlungsrahmen 2007 bis 2011 der Stadt Braunschweig. In: Vorlage mit der Drucksache-Nr.: 10693/06 vom 30.10.2006, Seiten 1-6.

- Stadtrat Braunschweig (2007): Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen. Sachstand und weitere Entwicklung. In: Mitteilung mit der Drucksache-Nr.: 8989/07 vom 25.06.2007, Seiten 1-5.
- Stadtrat Braunschweig (2010): Öffentliche Ausschreibung der Dezernentenstellen III und IV. In: Vorlage mit der Drucksache-Nr.: 13042/10 vom 05.02.2010, Seiten 1-9.
- Stadtrat Braunschweig (2011a): Programm- und Handlungsrahmen 2011 bis 2014 für die Stadt Braunschweig. In: Vorlage mit Drucksache-Nr.: 14145/11 vom 25.02.2011, Seiten 1-6.
- Stadtrat Braunschweig (2011b): Weiterführung des Ringgleises. In: Vorlage mit der Drucksache Nr.: 14329/11 vom 05.05.2011, Seiten 1-4.
- Stadtrat Braunschweig (2012a): Projekt „Hamburger Str. 267 (Quartiere für zeitgenössische Kunst und Photographie Braunschweig)“. In: Vorlage mit der Drucksache-Nr.: 15543/12 vom 03.09.2012, Seiten 1-9.
- Stadtrat Braunschweig (2012b): Niederschrift. Ausschuss für Kultur und Wissenschaft. Nr. 10 vom 23.11.2012, Seiten 1-6.
- Stadtrat Braunschweig (2013a): Aufstellung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK). In: Mitteilung mit der Drucksache-Nr.: 12896/13 vom 03.04.2013, Seiten 1-3.
- Stadtrat Braunschweig (2013b): Sachstand Kulturentwicklungsplan (KEP). In: Stellungnahme der Verwaltung mit der Drucksache-Nr.: 9359 vom 25.07.2013.
- Stadtrat Braunschweig (2013c): Niederschrift. Ausschuss für Wissenschaft und Kultur Nr. 17 vom 09.08.2013, 1-4.
- Stadtrat Wolfenbüttel (2004): Sachstandsbericht zur Kulturhauptstadtbewerbung der Stadt Braunschweig und der Region durch Herrn Stadtrat Laczny, Stadt Braunschweig. In: Niederschrift über die 16. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Fremdenverkehr und Städtepartnerschaften am Dienstag, 24.08.2004, Seiten 1-5.
- Wäller, Silvia (2011): Die Löwenstadt: eine Forschungsregion mit Teamgeist. Braunschweig. In: Lisowski, Rainer; Meyer, Clas, Schmidt, Matthias; Spitzer-Ewersmann, Claus; Wesselmann, Stefanie (Hrsg.) (2011): Wissensbasierte Stadtentwicklung. 16 Beispiele aus der Praxis. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Essen. Seiten 40-45.
- Zauner, Ernst-Johann (2009): Minister und die Maus eröffnen das Haus der Wissenschaft [Online-Artikel vom 18.05.2009]. URL: <http://www.braunschweigerzeitung.de/lokales/Braunschweig/minister-und-die-maus-eroeffnen-das-haus-der-wissenschaft-id153317.html> [Stand: 13.03.2014].

## Duisburg

- Bezirksregierung Münster (2011): Stadt Duisburg bekommt 42.300 Euro für "Grünes Band" [Online-Pressemitteilung vom 23.11.2011]. URL: [https://www.bezreg-muenster.de/startseite/presse/pressearchiv/2011/20111123\\_Stadt\\_Duisburg\\_bekommt\\_42300\\_Euro\\_fuer\\_Gruenes\\_Band/index.html](https://www.bezreg-muenster.de/startseite/presse/pressearchiv/2011/20111123_Stadt_Duisburg_bekommt_42300_Euro_fuer_Gruenes_Band/index.html) [Stand: 18.03.2014].

- Boyer Schulze Landschaftsarchitekten Ingenieure BDLA / IFLA (B.S.L.) (2007): Machbarkeitsstudie Landesgartenschau 2014: Duisburg: Schau mal RHEIN, Seiten 1-84 [Online-PDF]. URL: [https://www.duisburg.de/ratsinformationssystem/bi/to0040.php?\\_\\_ksinr=20045653](https://www.duisburg.de/ratsinformationssystem/bi/to0040.php?__ksinr=20045653) [Stand: 06.11.2013].
- Der Westen (2007): Ohne Geld keine Landesgartenschau [Online-Artikel vom 22.10.2007]. URL: <http://www.derwesten.de/nrz/staedte/duisburg/ohne-geld-keine-landesgartenschau-id1937373.html> [Stand: 23.10.2013].
- EG DU Duisburg mbH (EG DU) (2001): Integriertes Handlungsprogramm für die Stadtteilerneuerung Duisburg-Hochfeld, Seiten 1-46 [Online-PDF]. URL: [https://www.duisburg.de/micro/eg-du/medien/D\\_HochfeldKonzeptEGDU.pdf](https://www.duisburg.de/micro/eg-du/medien/D_HochfeldKonzeptEGDU.pdf) [Stand: 06.11.2013].
- Göschel, Albrecht (2003): Der Forschungsverbund „Stadt 2030“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 28/2003, Seiten 1-48.
- Informationsdienst Ruhr (idr) (2001): Duisburgs Olympia-Umlage für 2001 beträgt 30.000 Mark [Online-Pressemitteilung vom 23.11.2001]. URL: [http://www.idruhr.de/nachrichten/detail/archive/2001/november/article/duisburgs-olympia-umlage-fuer-2001-betraegt-30000-mark.html?tx\\_ttnews\[day\]=23&cHash=5bb811c9e0d2a45c3d851c886c7e75b2](http://www.idruhr.de/nachrichten/detail/archive/2001/november/article/duisburgs-olympia-umlage-fuer-2001-betraegt-30000-mark.html?tx_ttnews[day]=23&cHash=5bb811c9e0d2a45c3d851c886c7e75b2) [Stand: 19.03.2014].
- Innenstadt Duisburg Entwicklungsgesellschaft mbH (ID-EG) (2011): Masterplan. Innenstadt Duisburg. Integriertes Handlungskonzept, Seiten 1-196 [Online-PDF]. URL: [http://www.duisburg.de/micro2/ideg/medien/bindata/Integriertes\\_Handlungskonzept.pdf](http://www.duisburg.de/micro2/ideg/medien/bindata/Integriertes_Handlungskonzept.pdf) [Stand: 06.11.2013].
- International World Games Association (IWGA) (2011): The Association [Website von 2011-2012]. URL: <http://www.theworldgames.org/the-iwga/association> [Stand: 27.08.2013].
- Metropole Ruhr (2005): Bewerbung der Metropole Ruhr zur Stadt der Wissenschaft 2007. Welcome to Univercity. Essen.
- Metropole Ruhr (2010): Konzept Ruhr. Projekte in Duisburg. Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung in der Metropole Ruhr. Stand 2010, Seiten 1-52 [Online-PDF]. URL: [https://www.duisburg.de/micro2/pbv/medien/bindata/Konzept\\_Ruhr\\_Stadtpaketpdf](https://www.duisburg.de/micro2/pbv/medien/bindata/Konzept_Ruhr_Stadtpaketpdf) [Stand: 18.03.2014].
- Rat der Stadt Duisburg (2002a): Gründung einer Gesellschaft zur Ausrichtung der World Games 2005 in Duisburg. In: Beschlussvorlage mit der Drucksache-Nr.: 3717 vom 03.04.2002, Seiten 1-7.
- Rat der Stadt Duisburg (2002b): Bundesgartenschau 2011. In: Mitteilungsvorlage mit der Drucksache-Nr.: 4443 vom 24.09.2002, Seiten 1-5.
- Rat der Stadt Duisburg (2003a): Olympische Sommerspiele 2012. Hier: Aktueller Sachstand, Garantien, Beschlüsse. In: Dringlichkeitsbeschluss mit der Drucksache-Nr.: 2124/1 vom 17.01.2003, Seiten 1-10
- Rat der Stadt Duisburg (2003b): Mögliche Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region um die "Kulturhauptstadt Europas 2010". Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache-Nr.: 5146 vom 14.05.2003. In: Niederschrift der Sitzung Nr.: 28 vom 20.05.2003, Seiten 1-18.

- Rat der Stadt Duisburg (2003c): Mögliche Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region um die "Kulturhauptstadt Europas 2010". Antrag der CDU-Fraktion mit der Drucksachen-Nr.: 5238 vom 15.05.2003, Seiten 1-3.
- Rat der Stadt Duisburg (2003d): Bundesgartenschau. In: Mitteilungsvorlage mit der Drucksache-Nr.: 4443/1 vom 22.05.2003, Seiten 1-4.
- Rat der Stadt Duisburg (2003e): Duisburg an den Rhein/Rhein Park/Bundesgartenschau 2011. Beschlussvorlage mit der Drucksache-Nr.: 5896 vom 26.11.2003. In: Niederschrift des Haupt- und Finanzausschuss Nr. 29, vom 01.12.2003, Seiten 1-63.
- Rat der Stadt Duisburg (2003f): Duisburg an den Rhein/RheinPark/Bundesgartenschau 2011. Beschlussvorlage mit der Drucksache-Nr.: 5896 vom 26.11.2003. In: Niederschrift der Sitzung Nr. 31 vom 08.12.2003, Seiten 1-131.
- Rat der Stadt Duisburg (2005a): Gemeinsame Bewerbung im Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft“ Sachstand. In: Mitteilungsvorlage mit der Drucksache-Nr.: 05-2039 vom 16.06.2005, Seiten 1-3.
- Rat der Stadt Duisburg (2005b): Anlage 2 – Auszüge aus dem Entwurf des Bewerbungskonzeptes. In: Mitteilungsvorlage mit der Drucksache-Nr.: 05-2039 vom 16.06.2005, Seiten 1-3.
- Rat der Stadt Duisburg (2005c): Gemeinsame Bewerbung im Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft“. In: Beschlussvorlage mit der Drucksache-Nr.: 05-2039/1 vom 05.09.2005, Seiten 1-2.
- Rat der Stadt Duisburg (2006a): Umbau und Modernisierung der internationalen Wettkampfstrecke Regattabahn Duisburg; hier: Baubeschluss zum Parallelkanal. In: Beschlussprotokoll mit der Drucksache-Nr.: 14 vom 12.06.2006, Seiten 1-117.
- Rat der Stadt Duisburg (2006b): Kulturhauptstadt – Duisburg ist dabei – Kulturhauptstadtbüro. In: Niederschrift mit der Sitzungs-Nr.: 19 vom 17.11.2006, Seiten 1-43.
- Rat der Stadt Duisburg (2007a): Bewerbung um die Durchführung einer Landesgartenschau im Jahr 2014; Erstellung einer Machbarkeitsstudie. In: Beschlussvorlage mit der Drucksache-Nr.: 07-0563 vom 15.03.2007, Seiten 1-7.
- Rat der Stadt Duisburg (2007b): Bewerbung um die Durchführung einer Landesgartenschau im Jahr 2014; Bereitstellung von Mitteln zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie. In: Beschlussvorlage mit der Drucksache-Nr.: 07-0563/1 vom 10.04.2007, Seiten 1-2.
- Rat der Stadt Duisburg (2007c): Bewerbung zur REGIONALE 2013. In: Beschlussvorlage mit der Drucksache-Nr.: 07-1002 vom 31.05.2007, Seiten 1-4.
- Rat der Stadt Duisburg (2007d): World Games 2013. In: Beschlussvorlage vom 24.08.2007 mit der Drucksache-Nr. 07-1375, Seiten 1-4.
- Rat der Stadt Duisburg (2007e): 1. "RHEINplan" als Handlungsrahmen der zukünftigen Entwicklung des Erholungsraums Rhein 2. Bewerbung um die Durchführung einer Landesgartenschau im Jahr 2014. In: Beschlussvorlage mit der Drucksache-Nr.: 07-1274 vom 24.08.2007, Seiten 1-13.
- Rat der Stadt Duisburg (2008a): The World Games 2013. In: Beschlussvorlage mit der Drucksache-Nr. 08-0305 vom 05.02.2008, Seiten 1-9.
- Rat der Stadt Duisburg (2008b): Anfrage der SPD Fraktion. World Games. Tagesordnungspunkt 64. Drucksache Nr. 08-1161. In: Niederschrift der Sitzung Nr. 26 vom 16.06.2008, Seiten 1-113.

- Rat der Stadt Duisburg (2008c): Sachstandsbericht zum Projekt Duisburg 2027. Tagesordnungspunkt mit der Drucksache-Nr.: 08-1258 vom 22.09.2008. In: Niederschrift der Sitzung Nr. 27 vom 22.09.2008, Seiten 1-114.
- Rat der Stadt Duisburg (2008d): World Games 2013 In: Antrag der Bürger Union Duisburg mit der Drucksache-Nr.: 08/2296, Seite 1.
- Rat der Stadt Duisburg (2008e): Antrag der Bürger Union Duisburg. World Games 2013. Drucksache 08-22-96. In: Beschlussprotokoll mit der Nr. 29 vom 08.12.2008, Seiten 1-146.
- Rat der Stadt Duisburg (2009a): Teilnahme am Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft. In: Antrag der FDP-Gruppe mit der Drucksache-Nr.: 09-1075 vom 15.06.2009, Seite 1.
- Rat der Stadt Duisburg (2009b): Antrag der FDP-Gruppe. Teilnahme am Wettbewerb "Stadt der Wissenschaft". In: Niederschrift mit der Sitzungs-Nr. 32 vom 22.06.2009, Seiten 1-97.
- Rat der Stadt Duisburg (2009c): Wettbewerb Stadt der Wissenschaft 2011. In: Beschlussvorlage mit der Drucksache-Nr.: 09-1437 vom 04.09.2009, Seiten 1-4.
- Rat der Stadt Duisburg (2010a): Initiative „Das Ruhrtal“. In: Mitteilungsvorlage mit der Drucksache-Nr.: 10-0296 vom 16.02.2010, Seiten 1-3.
- Rat der Stadt Duisburg (2010b): Wettbewerb "Stadt der Wissenschaft 2012". In: Beschlussvorlage mit der Drucksache-Nr.: 10-1636 vom 09.09.2010, Seiten 1-3.
- Rat der Stadt Duisburg (2010c): Olympische Sommerspiele 2012. Hier: Auflösung des Freiverbandes „Zweckverband Olympia Rhein-Ruhr“. In: Beschlussvorlage mit der Drucksache-Nr. 10-1976 vom 11.11.2010, Seiten 1-3.
- Regionalverband Ruhr (RVR) (2006): Metropole Ruhr verpasst Finalrunde als "Stadt der Wissenschaft" im Jahr 2007. Jetzt beginnen die Planungen für ein "Jahr der Wissenschaft" [Online-Artikel vom 09.01.2006]. URL: [http://www.idruhr.de/nachrichten/detail/archive/2006/january/article/metropole-ruhr-verpasst-finalrunde-als-stadt-der-wissenschaft-im-jahr-2007-jetzt-beginnen-die-pl.html?tx\\_ttnews\[day\]=09&cHash=9d6ec22d9231953e5faefca8f98f4052](http://www.idruhr.de/nachrichten/detail/archive/2006/january/article/metropole-ruhr-verpasst-finalrunde-als-stadt-der-wissenschaft-im-jahr-2007-jetzt-beginnen-die-pl.html?tx_ttnews[day]=09&cHash=9d6ec22d9231953e5faefca8f98f4052) [Stand: 23.10.2013].
- Regionalverband Ruhr (RVR) (2012): Konzept Ruhr & Wandel als Chance. Statusbericht 2011/12, Seiten 1-64 [Online-PDF]. URL: [http://www.konzept-ruhr.de/fileadmin/user\\_upload/metropol Ruhr.de/Konzept\\_Ruhr/Veroeffentlichungen/Konzept\\_Ruhr\\_und\\_Wandel\\_als\\_Chance\\_-\\_Statusbericht\\_2011-2012.pdf](http://www.konzept-ruhr.de/fileadmin/user_upload/metropol Ruhr.de/Konzept_Ruhr/Veroeffentlichungen/Konzept_Ruhr_und_Wandel_als_Chance_-_Statusbericht_2011-2012.pdf) [Stand: 18.03.2014].
- Regionalverband Ruhr (RVR) (2013a): Regionalverband Ruhr – Aufgaben und Verbandsgebiet [Website o. J.]. URL: <http://www.metropol Ruhr.de/regionalverband-ruhr/ueber-uns/gebiet-aufgaben.html> [Stand: 28.08.2013].
- Regionalverband Ruhr (RVR) (2013b): Regionalverband Ruhr ist Träger der Route der Industriekultur [Website o. J.]. URL: <http://www.metropol Ruhr.de/regionalverband-ruhr/route-industriekultur.html> [Stand: 24.10.2013].
- Regionalverband Ruhr (RVR) (2013c): Regionales Kooperationsprojekt Emscher Landschaftspark [Website o. J.]. URL: <http://www.metropol Ruhr.de/regionalverband-ruhr/emscher-landschaftspark.html> [Stand: 24.10.2013].



- Regionalverband Ruhr (RVR) (2013d): Der Emscher Landschaftspark [Website o. J.]. URL: [http://www.ruhrgebiet-regionalkunde.de/erneuerung\\_der\\_infrastruktur/freiraum-und\\_gruenflaechen\\_/emscherpark.php?p=2,4](http://www.ruhrgebiet-regionalkunde.de/erneuerung_der_infrastruktur/freiraum-und_gruenflaechen_/emscherpark.php?p=2,4) [Stand: 24.10.2013].
- RP Online (2008): Party am Parallelkanal [Online-Pressemitteilung vom 30.06.2008]. URL: <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/party-am-parallelkanal-aid-1.991304> [Stand: 19.03.2014].
- RP Online (2012): Kanu-WM in der letzten Augustwoche [Online-Pressemitteilung vom 13.11.2012]. URL: <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/sport/kanu-wm-in-der-letzten-augustwoche-aid-1.3066732> [Stand: 19.03.2014].
- Stadt Duisburg (1999): Zukunft Duisburg. Fortschreibung des Entwicklungsprogramms „Duisburg 2000“, Seiten 1-113 [Online-PDF]. URL: [http://www.duisburg.de/micro/impuls/programm/medien/Zukunft\\_Duisburg\\_2.pdf](http://www.duisburg.de/micro/impuls/programm/medien/Zukunft_Duisburg_2.pdf) [Stand 06.11.2013].
- Stadt Duisburg (2001a): impuls.duisburg. strukturpolitisches Programm2006 / 2010 im Rahmen des kommunalen Handlungsprogramms „Zukunft Duisburg“. Branchenstrukturelle und räumliche Standortprofilierung in Duisburg, Seiten 1-19 [Online-PDF]. URL: <http://www.duisburg.de/micro/impuls/programm/medien/impuls.duisburg.pdf> [Stand: 06.11.2013].
- Stadt Duisburg (2001b): impuls.duisburg. Strukturpolitisches Programm2006/2010 im Rahmen des kommunalen Handlungsprogramms „Zukunft Duisburg“. www.duisburg. Wirtschaft. Wohnen. Wasser, Seiten 1-6 [Online-PDF]. URL: [http://www.duisburg.de/micro/impuls/programm/medien/Programm\\_\\_www.duisburg\\_\\_2001.pdf](http://www.duisburg.de/micro/impuls/programm/medien/Programm__www.duisburg__2001.pdf) [Stand: 06.11.2013].
- Stadt Duisburg (2011a): Integriertes Handlungskonzept Innenstadt Duisburg, Seiten 1-43 [Online-PDF]. URL: [http://www.duisburg.de/micro2/pbv/medien/bindata/Integriertes\\_Handlungskonzept\\_Innenstadt\\_Duisburg.pdf](http://www.duisburg.de/micro2/pbv/medien/bindata/Integriertes_Handlungskonzept_Innenstadt_Duisburg.pdf) [Stand: 06.11.2013].
- Stadt Duisburg (2011b): Strategie für Wohnen und Arbeiten. Duisburg 2027, Seiten 1-108 [Online-PDF]. URL: [http://www.duisburg.de/micro2/2027/medien/bindata/Strategie\\_fuer\\_Wohnen\\_Arbeiten\\_Langfassung\\_Doppelseiten.pdf](http://www.duisburg.de/micro2/2027/medien/bindata/Strategie_fuer_Wohnen_Arbeiten_Langfassung_Doppelseiten.pdf) [Stand: 20.03.2014].
- Stadt Duisburg (2013a): Metropolregion Rhein-Ruhr im Herzen Europas [Website o. J.]. URL: <http://www.duisburg.de/micro/europa/Archiv/102010100000178343.php> [Stand: 28.08.2013].
- Stadt Duisburg (2013b): RheinPark [Website o. J.]. URL: [http://www.duisburg.de/micro2/pbv/planen/staedtebauliche\\_projekte/102010100000301379.php](http://www.duisburg.de/micro2/pbv/planen/staedtebauliche_projekte/102010100000301379.php) [Stand: 24.10.2013].
- Stadt Duisburg (2013c): Rheinpark. Das neue Stadtquartier am Rhein [Website o. J.]. URL: [http://www.duisburg.de/freizeit/tourismus\\_freizeit/sonne\\_wasser/102010100000273486.php](http://www.duisburg.de/freizeit/tourismus_freizeit/sonne_wasser/102010100000273486.php) [Stand: 24.20.2013].
- Stadt Duisburg (2014a): Haniel Treppe zur Mercator-Insel eingeweiht [Website o. J.]. URL: <https://www.duisburg.de/news/102010100000323632.php> [Stand: 18.03.2014].
- Stadt Duisburg (2014b): Rheinpark Duisburg. Duisburg an den Rhein [Website o. J.]. URL: [http://www.duisburg.de/micro/eg-du/projekte\\_rheinpark/projekt\\_rheinpark.php](http://www.duisburg.de/micro/eg-du/projekte_rheinpark/projekt_rheinpark.php) [Stand: 19.03.2014].

- Stadt Duisburg (2014c): Wasserwelt Wedau im Sportpark Duisburg [Website o. J.]. URL: [https://www.duisburg.de/freizeit/tourismus\\_freizeit/sonne\\_wasser/102010100000239016.php#a2](https://www.duisburg.de/freizeit/tourismus_freizeit/sonne_wasser/102010100000239016.php#a2) [Stand: 19.03.2014].
- Stadt Duisburg (2014d): Wasserwelt Wedau im Sportpark Duisburg [Website o. J.]. URL: [http://www.duisburg.de/micro2/pbv/planen/staedtebauliche\\_projekte/102010100000356755.php#a102010100000356755-10150](http://www.duisburg.de/micro2/pbv/planen/staedtebauliche_projekte/102010100000356755.php#a102010100000356755-10150) [Stand: 19.03.2014].
- Städteregion Ruhr (2006): Masterplan Ruhr, Seiten 1-76 [Online-PDF]. URL: [http://www.staedteregion-ruhr-2030.de/cms/masterplan\\_ruhr.html](http://www.staedteregion-ruhr-2030.de/cms/masterplan_ruhr.html) [Stand: 06.11.2013].
- Universität Dortmund (2006): Wissenschaftsatlas, Seiten 1-52 [Online-PDF]. URL: <http://www.tu-dortmund.de/uni/Uni/Profil/Portrait/wissenschaftsatlas.pdf> [Stand: 20.03.2014].
- Universität Duisburg-Essen (2009): Hochschulentwicklungsplan 2009 – 2014, Seiten 1-40 [Online-PDF]. URL: [https://www.uni-due.de/imperia/md/content/webredaktion/2009/hochschulentwicklungsplan\\_2009-14.pdf](https://www.uni-due.de/imperia/md/content/webredaktion/2009/hochschulentwicklungsplan_2009-14.pdf) [Stand: 20.03.2014].
- Wissenschaft im Dialog gGmbH (2007): Wissenschaftssommer 2007 begeisterte in Essen mit Geisteswissenschaften [Online-Pressemitteilung vom 15.06.2007]. URL: <http://www.wissenschaft-im-dialog.de/medien/pressemitteilungen/artikel/beitrag/wissenschaftssommer-2007-begeisterte-in-essen-mit-geisteswissenschaften/> [Stand: 06.08.2015].

## Frankfurt am Main

- Arbeitsgemeinschaft Wissensregion FrankfurtRheinMain (2013): Science for FrankfurtRheinMain. Motivation / Vision S4FRM [Website o. J.]. URL: <http://www.wissensportal-frankfurtrheinmain.de/index.cfm?siteid=53> [Stand: 04.12.2013].
- Blatter, Joachim (2008): Metropolitan Governance: Theoretische Formen, vielfältige Reformen und der aktuelle Nivellierungsdruck in deutschen Großstadregionen. In: Heinelt, Hubert; Vetter, Angelika (Hrsg.) (2008): Lokale Politikforschung heute, Seiten 127-164.
- Cichorowski Georg (2003): Wissenschaftsforum: Zukunft Rhein-Main Erfolgsfaktoren regionaler Wirtschaftsentwicklung. In: Raumentwicklung und Raumforschung Nr. 1-2, Seiten 118-123.
- Flughafen Ausbau Gegner Fraktion im Römer (FAG) (2008): Bewerbung der Region Rhein-Main für die Weltausstellung 2018 bzw. 2020 prüfen. In: Antrag der FAG-Fraktion im Römer vom 25.08.2008, Seiten 1-2.
- Frankfurter Rundschau (1996a): Verpflichtung für den Standort. "Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain" gegründet [Online-Artikel vom 07.05.1996]. URL: [http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV\\_DB=FR&DOKV\\_NO=D0B5138C39218CC57A05588935A5448D&DOKV\\_HS=0&PP=1](http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV_DB=FR&DOKV_NO=D0B5138C39218CC57A05588935A5448D&DOKV_HS=0&PP=1) [Stand: 04.12.2013].
- Frankfurter Rundschau (1996b): Wie fröhlich ist die Wissenschaft?. Eine Woche lang stellen Forscher ihre Fachgebiete vor [Online-Artikel vom 12.10.1996]. URL: [http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV\\_DB=FR&DOKV\\_NO=E97CD9242C619AEBB183983F6BC6787F&DOKV\\_HS=0&PP=1](http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV_DB=FR&DOKV_NO=E97CD9242C619AEBB183983F6BC6787F&DOKV_HS=0&PP=1) [Stand: 04.12.2013].

- Frankfurter Rundschau (1998): Die Entdeckung der Nachbarschaft. Museumsdirektoren der Region gründen eine "Kulturinitiative RheinMain" [Online-Artikel vom 12.11.1998]. URL: [http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV\\_DB=FR&DOKV\\_NO=759D842F2BB57B34CB325656AC25FF07&DOKV\\_HS=0&PP=1](http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV_DB=FR&DOKV_NO=759D842F2BB57B34CB325656AC25FF07&DOKV_HS=0&PP=1) [Stand: 04.12.2013].
- Frankfurter Rundschau (2001a): Kommentar. Appetithappen. [Online-Artikel vom 01.03.2001]. URL: [http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV\\_DB=FR&DOKV\\_NO=519502&DOKV\\_HS=0&PP=1](http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV_DB=FR&DOKV_NO=519502&DOKV_HS=0&PP=1) [Stand: 02.12.2013].
- Frankfurter Rundschau (2001b): Ein Prädikat für den "lebhaften Kulturtourismus". Grüne: Die Region Frankfurt/Rhein-Main soll sich um den Titel der Kulturhauptstadt Europas für das Jahr 2010 bewerben [Online-Artikel vom 09.03.2001]. URL: [http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV\\_DB=FR&DOKV\\_NO=537625&DOKV\\_HS=0&PP=1](http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV_DB=FR&DOKV_NO=537625&DOKV_HS=0&PP=1) [Stand: 02.12.2013].
- Frankfurter Rundschau (2001c): Die "Regionale" heißt jetzt "Metropolitana". Mitte Oktober soll die Machbarkeitsstudie vorliegen / IHK-Präsident Wolf Klinz befürwortet Olympia-Bewerbung [Online-Artikel vom 07.08.2001]. URL: [http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV\\_DB=FR&DOKV\\_NO=786374&DOKV\\_HS=0&PP=1](http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV_DB=FR&DOKV_NO=786374&DOKV_HS=0&PP=1) [Stand: 04.12.2013].
- Frankfurter Rundschau (2003a): Arbeitsplan für die Kulturhauptstadt Frankfurt und Region schließen Vertrag über die Bewerbung für 2010 ab [Online-Artikel vom 20.03.2003]. URL: [http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV\\_DB=FR&DOKV\\_NO=1844342&DOKV\\_HS=0&PP=1](http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV_DB=FR&DOKV_NO=1844342&DOKV_HS=0&PP=1) [Stand: 03.12.2013].
- Frankfurter Rundschau (2003b): Das Olympische Dorf wird jetzt nicht benötigt – aber das Europaviertel soll kommen. Stadt will mit den Eigentümern erneut über die Riesen-Brache neben der Messe verhandeln, und nicht alle Sportstätten-Ideen sind mit dem Traum verweht [Online-Artikel vom 15.04.2003]. URL: [http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV\\_DB=FR&DOKV\\_NO=1908936&DOKV\\_HS=0&PP=1](http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV_DB=FR&DOKV_NO=1908936&DOKV_HS=0&PP=1) [Stand: 21.03.2014].
- Frankfurter Rundschau (2003c): Nach dem Olympia Desaster ruhen die Hoffnungen auf der Kunst. Politiker forcieren Bewerbung als Kulturhauptstadt 2010 / „Es darf keinen Stillstand geben“ [Online-Artikel vom 15.04.2003]. URL: [http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV\\_DB=FR&DOKV\\_NO=1908685&DOKV\\_HS=0&PP=1](http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV_DB=FR&DOKV_NO=1908685&DOKV_HS=0&PP=1) [Stand: 22.03.2014].
- Frankfurter Rundschau (2003d): Keine Spur von Resignation. Effekte der Olympiabewerbung für Sport in Hessen nutzen [Online-Artikel vom 26.05.2003]. URL: [http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV\\_DB=FR&DOKV\\_NO=1986695&DOKV\\_HS=0&PP=1](http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV_DB=FR&DOKV_NO=1986695&DOKV_HS=0&PP=1) [Stand: 21.03.2014].
- Frankfurter Rundschau (2004): Region als Stadtmodell. Diskussion um Bauausstellung [Online-Artikel vom 30.10.2004]. URL: [http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV\\_DB=FR&DOKV\\_NO=3246200&DOKV\\_HS=0&PP=1](http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV_DB=FR&DOKV_NO=3246200&DOKV_HS=0&PP=1) [Stand: 22.03.2014].
- Frankfurter Rundschau (2005): Kulturregion. Gemeinden legen Gesellschaftervertrag vor [Online-Artikel vom 09.11.2005]. URL: [http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV\\_DB=FR&DOKV\\_NO=4245193&DOKV\\_HS=0&PP=1](http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV_DB=FR&DOKV_NO=4245193&DOKV_HS=0&PP=1) [Stand: 04.12.2003].

- Frankfurter Rundschau (2006a): Stadt der Wissenschaft. Frankfurt schafft es nicht ins Finale [Online-Artikel vom 10.01.2006 mit der Dokumenten-Nr.: 4446858]. URL: [http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV\\_DB=FR&DOKV\\_NO=4446858&DOKV\\_HS=0&PP=1](http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV_DB=FR&DOKV_NO=4446858&DOKV_HS=0&PP=1) [Stand: 29.11.2013].
- Frankfurter Rundschau (2006b): Bewerbung kostete Millionen. Olympia GmbH noch immer nicht abgewickelt [Online-Artikel vom 23.03.2006]. URL: [http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV\\_DB=FR&DOKV\\_NO=4677873&DOKV\\_HS=0&PP=1](http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV_DB=FR&DOKV_NO=4677873&DOKV_HS=0&PP=1) [Stand: 21.03.2014].
- Frankfurter Rundschau (2007a): Die ungewollte Ausstellung. Die IBA bleibt nicht zum ersten Mal nur Theorie [Online-Artikel vom 10.07.2007]. URL: [http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV\\_DB=FR&DOKV\\_NO=6023141&DOKV\\_HS=0&PP=1](http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKV_DB=FR&DOKV_NO=6023141&DOKV_HS=0&PP=1) [Stand: 03.12.2013].
- Frankfurter Rundschau (2007b): Abschied von Olympia. Bewerbungsgesellschaft wird jetzt aufgelöst [Online-Artikel vom 18.08.2007]. URL: <http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKVDB=FR&DOKVNO=6074036&DOKVHS=0&PP=1> [Stand: 21.03.2014].
- Frankfurter Rundschau (2009): Der Beschluss. Den Abschied Hessens von der internationalen Bauausstellung haben CDU und FDP am Dienstagabend im Wirtschaftsausschuss des Landtags beschlossen [Online-Artikel vom 08.07.2009]. URL: <http://www.fr-online.de/rhein-main/im-wortlaut-der-beschluss,1472796,3293358.html> [Stand: 03.12.2013].
- Frankfurter Rundschau (2010): Rhein-Main soll Marke werden [Online-Artikel vom 22.07.2010]. URL: <http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKVDB=FR&DOKVNO=27510C5F-E1CBBD09D0F2&DOKVHS=0&PP=1> [Stand: 22.12.2014].
- Frankfurter Rundschau (2012): Was vom Traum Olympia in Frankfurt bleibt [Online-Artikel vom 23.07.2012]. URL: <http://www.fr-online.de/frankfurt/austragungsort-was-vom-traum-olympia-in-frankfurt-bleibt,1472798,16694150.html> [Stand: 21.03.2014].
- Frankfurter Rundschau (2013): Große Party Koalition. Die olympische Ballnacht lockt wieder viele Stars und Sternchen ins Kurhaus nach Wiesbaden [Online-Artikel vom 29.08.2013]. URL: <http://www.wiso-netde/webcgi?START=A60&DOKVDB=FR&DOKVNO=FRD26270530D0CE621E30D0E621E3000&DOKVHS=0&PP=1> [Stand: 21.04.2014].
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2000): Landesentwicklungsplan Hessen 2000, Seiten 1-56 [Online-PDF]. URL: [http://www.landesplanung-hessen.de/wp-content/uploads/2011/01/LEP\\_Text.pdf](http://www.landesplanung-hessen.de/wp-content/uploads/2011/01/LEP_Text.pdf) [Stand: 04.12.2013].
- IHK-Forum Rhein-Main (2008): Zukunftsperspektiven für FrankfurtRheinMain. Perspektiven für den Wohnungsmarkt in FrankfurtRheinMain 2020, Seiten 1-37 [Online-PDF]. URL: [http://www.frankfurt-main.ihk.de/pdf/standortpolitik/Zukunftsperspektiven\\_Wohnungsmarkt\\_FrankfurtRheinMain\\_2020.pdf](http://www.frankfurt-main.ihk.de/pdf/standortpolitik/Zukunftsperspektiven_Wohnungsmarkt_FrankfurtRheinMain_2020.pdf) [Stand: 04.12.2013].
- Immobilienzeitung (2003): Wohnungsbau statt Mediendorf. In: Immobilienzeitung Nr. 9 vom 25.04.2003, Seite 21.
- Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt am Main (2001): Frankfurt RheinMain im Olympia-Fieber. In: IHK Frankfurt am Main, Nr. 12/2001, Seiten 1-66.

- Industrie- und Handelskammer (IHK) Wiesbaden (2013): Regionalkonferenz [Website o. J.]. URL: <http://www.ihk-wiesbaden.de/p/standort/Region-Infrastruktur/Rhein-Main-Ge-biet/1439432/Regionalkonferenz.html;jsessionid=142AB50FD5CBB665C7A6A69DCD70ACE7.repl2> [Stand: 02.12.2013].
- Institut für Neue Medien (2007): Aktivitätsbericht INM-Institut für Neue Medien 2001 [Website von 2007]. URL: <http://www.inm.de/index.cfm?siteid=81> [Stand: 04.12.2013].
- Kulturinitiative RheinMain (2013): Wir über uns [Website o. J.]. URL: <http://www.kifrm.de/kirm/wir.htm> [Stand: 04.12.2013].
- KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH (2014): Geist der Freiheit – Freiheit des Geistes [Website o. J.]. URL: <http://www.krfrm.de/c/gdf/index.html> [Stand: 22.03.2014].
- Monstadt, Jochen (2012): Zwischenfazit: Infrastrukturen und Daseinsvorsorge in der Metropolregion. In: Monstadt, Jochen; Zimmermann, Karsten; Robischon, Tobias; Schöning, Barbara (Hrsg.) (2012): Die Diskutierte Region. Frankfurt am Main.
- Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (2005): Frankfurt/Rhein-Main 2020 – die Europäische Metropolregion. Leitbild für den Regionalen Flächennutzungsplan und den Regionalplan Südhessen, Seiten 1-26 [Online-PDF]. URL: [http://www.region-frankfurt.de/media/custom/1136\\_51\\_1.PDF](http://www.region-frankfurt.de/media/custom/1136_51_1.PDF) [Stand: 04.12.2013].
- Regionalverband FrankfurtRheinMain (2012): Der Regionale Flächennutzungsplan. Aufgaben und Ziele, Seiten 1-36 [Online-PDF]. URL: [http://www.region-frankfurt.de/media/custom/2033\\_243\\_1.PDF?1360139096](http://www.region-frankfurt.de/media/custom/2033_243_1.PDF?1360139096) [Stand: 04.12.2013].
- Regionalverband FrankfurtRheinMain (2013): Verbandsgeschichte [Website o. J.]. URL: <http://www.region-frankfurt.de/Regionalverband/%C3%9Cber-uns/Verbandsgeschi%C2%ACchte> [Stand: 04.12.2013].
- Stadt Frankfurt am Main (2002): Sport- und Bäderamt. Jahresbericht 2001, Seiten 1-35 [Online-PDF]. URL: <http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/jahresbericht2001.pdf> [Stand: 02.12.2013].
- Stadt Frankfurt am Main (2002a): Olympische Spiele 2012 – Eine Chance für eine nachhaltige Entwicklung in der ganzen Rhein-Main-Region, Seiten 2-3 [Online-PDF]. URL: <http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/olympjainfo.pdf> [Stand: 29.11.2013].
- Stadt Frankfurt am Main (2003a): Sport- und Bäderamt. Jahresbericht 2002, Seiten 1-25 [Online-PDF]. URL: <https://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/jahresbericht2002.pdf> [Stand: 02.12.2013].
- Stadt Frankfurt am Main (2003b): Bericht zur Stadtentwicklung Frankfurt am Main 2003. Frankfurt am Main.
- Stadt Frankfurt am Main (2004a): Sport- und Bäderamt. Jahresbericht, 2003 Seiten 1-27 [Online-PDF]. URL: <https://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/jahresbericht2003.pdf> [Stand: 02.12.2013].
- Stadt Frankfurt am Main (2004b): Brücken schlagen zu den Wissensinseln. Bewerbungskonzept der Stadt Frankfurt am Main als Wissenschaftsstadt 2007. Frankfurt am Main.

- Stadt Frankfurt am Main (2008): Leitbild für die Stadtentwicklung Frankfurt am Main ,Seiten 1-54 [Online-PDF]. URL: <http://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/show.php?ID=10707&psid=kynfiyqnarvh> [Stand: 05.12.2013].
- Stadt Frankfurt am Main (2012): Bericht zur Stadtentwicklungsplanung Frankfurt am Main 2012. In: Baustein, Nr. 1/12, Seiten 1-146.
- Stadt Frankfurt am Main (2014): Stadtpolitik [Website o. J.]. URL: <http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2757> [Stand: 11.02.2014].
- Stadt Frankfurt am Main (2015): Stadtentwicklung [Website von 2015]. URL: [http://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/stadtentwicklung\\_5626.html?psid=4cde4d-1b8ceb8d3edf50b2c13b35dd5d](http://www.stadtplanungsamt-frankfurt.de/stadtentwicklung_5626.html?psid=4cde4d-1b8ceb8d3edf50b2c13b35dd5d) [Stand: 06.08.2015].
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2001a): Bewerbung der Stadt Frankfurt am Main für die Ausrichtung der Olympischen Spiele in der Region Rhein-Main. In: Vortrag des Magistrats vom 18.05.2001, M 105, Seiten 1-3.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2001b): Bewerbung der Stadt Frankfurt am Main um die Ausrichtung der Olympischen Spiele in der Region Rhein-Main. In: Vortrag des Magistrats vom 16.11.2001, M 232, Seiten 1-4.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2001c): Gründung der Olympia Frankfurt Rhein-Main GmbH. In: Vortrag des Magistrats vom 16.11.2001, M 237, Seiten 1-3.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2001d): Keine Olympischen Spiele in Frankfurt. Für eine planbare Zukunft unserer Stadtteile. In: Anregung vom 04.12.2001, OA 481, Seiten 1-4.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2002a): Kulturhauptstadt Europas. hier: Bewerbung der Region Rhein-Main für das Jahr 2010 In: Vortrag des Magistrats vom 18.01.2002, M 7, Seiten 1-3.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2002b): Olympia VI - "Freigestellte" städtische Mitarbeiter - wer macht ihre Arbeit, oder was fällt da weg? In: Bericht des Magistrats vom 25.02.2002, B200, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2002c): Kulturhauptstadt Europas hier: Bewerbung der Region Rhein-Main für das Jahr 2010. In: § 2217 Beschlussausfertigung aus der 10. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28.02.2002, Seite 1.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2002d): Wortprotokoll über die 12. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, dem 25. April 2002, Seiten 1-129.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2002e): Realisierung der Olympiabewerbung. In: Anfrage vom 12.11.2002, A 322, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2002f): Bewerbung der Stadt Frankfurt am Main um die Ausrichtung der Olympischen Spiele in der Region Rhein-Main. In: Vortrag des Magistrats vom 15.11.2002, M 248, Seiten 1-5.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2002g): Vertrag zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Kultur vom 07.10.2002. In: Vortrag des Magistrats vom 06.12.2002, M 265, Anlage 1, Seiten 1-8.

- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2002h): Bewerbung der Region Frankfurt Rhein-Main um den Titel "Kulturhauptstadt Europas" im Jahre 2010 hier: Abschluss eines "Vertrages zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Kultur". In: Vortrag des Magistrats vom 06.12.2002, M 265, Seiten 1-3.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2002i): Bewerbung der Region Frankfurt Rhein-Main um den Titel "Kulturhauptstadt Europas" im Jahre 2010 hier: Abschluss eines "Vertrages zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Kultur". Anlage: Vertrag zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Kultur In: Vortrag des Magistrats vom 06.12.2002, M 265, Seiten 1-8.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2003a): Mit welcher parlamentarischen Legitimation hat die Oberbürgermeisterin den Stadtverordnetenbeschluss § 2217 vom 28.02.2002 außer Kraft gesetzt? In: Frage vom 16.06.2003, F 638, Seiten 1-3.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2003b): Bewerbung der Region Frankfurt Rhein-Main um den Titel "Kulturhauptstadt Europas" im Jahre 2010 hier: Ausstieg aus der Bewerbung. In: Vortrag des Magistrats vom 11.07.2003, M 94, Seiten 1-3.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2003c): Bewerbung der Region Frankfurt RheinMain um den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ im Jahre 2010 hier: Ausstieg aus der Bewerbung. In: § 5932 Beschlussausfertigung aus der 26. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18.09.2003, Seite 1.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2003d): Frage vom 16.12.2003, F 815, Seiten 1-3.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2004a): Bericht zur Stadtentwicklung Frankfurt am Main 2003. In: Bericht des Magistrats vom 01.03.2004, B137, Seiten 1-7.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2004b): Wissenschaftsfestival zum Jahr der Technik 2004. In: Bericht des Magistrats vom 11.06.2004, B 398, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2004c): Stadt der Wissenschaften 2006. In: Anregung vom 30.11.2004, OA 1771, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2005a): Stadt der Wissenschaft 2006. In: § 8491 Beschlussausfertigung aus der 39. Sitzung des Kultur- und Freizeitausschusses am 13.01.2005, Seite 1.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2005b): Stadt der Wissenschaften 2006. In: Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung B 300 vom 11.04.2005, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2005c): Kosten der gescheiterten Olympiabewerbung. In: Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung mit der Nr.: B 227 vom 28.04.2005, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2005d): Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main an der zu gründenden gemeinnützigen Gesellschaft "KulturRegion FrankfurtRheinMain-gGmbH" In: Vortrag des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung M 100 vom 20.05.2005, Seiten 1-4.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2005e): Stadt der Wissenschaft 2006. In: Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung B 675 vom 16.09.2005, Seiten 1-2.

- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2005f): Niederschrift über die 48. Sitzung des Kultur- und Freizeitausschusses der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, dem 1. Dezember 2005, Seiten 1-7.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2006a): Stadt der Wissenschaften 2006. In: Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung. B138, vom 03.03.2006, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2006b): Kosten der gescheiterten Olympia-Bewerbung. In: Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung mit der Nr.: 415B vom 22.09.2006.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2008a): Bewerbung der Region Rhein-Main für die Weltausstellung 2018 bzw. 2020 prüfen. In: § 4115 Beschlussausfertigung aus der 25. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.06.2008, Seiten 1.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2008b): Regionalbewusstsein stärken. In: Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung B 840 vom 19.12.2008, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2009): Leitbild für die Stadtentwicklung Frankfurt am Main. In: Stellungnahme des Magistrats vom 15.05.2009, ST 687, Seite 1.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2012a): Bericht zur Stadtentwicklung Frankfurt am Main 2012. In: Bericht des Magistrats vom 05.03.2012, B 106, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main (2012b): Bewerbung der Stadt Frankfurt am Main um den European Green Capital Award 2014. In: § 1643 Beschlussausfertigung aus der 10. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Sport am 15.05.2012.
- Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V. (2013): Starke Unternehmen für einen starken Standort (Website o. J.). URL: <http://www.wifrm.de/netzwerk.html> [Stand: 04.12.2013].
- Wolf, Klaus; Langhagen-Rohrbach, Christian (2002): Rhein-Main – eine Metropolregion mit Zukunft?. Über Chancen und Risiken für die Entwicklung dieser Region. In: Forschung Frankfurt, 20. Jahrgang, Nr.4, Seiten 32-40.

### **Halle (Saale)**

- Bundestransferstelle Stadtumbau Ost (2013): Stadtumbau Ost: Begleitforschung im Land Sachsen-Anhalt. Schrumpfung als Chance ergreifen // Stadterneuerung als Aufwertung [Website von 2013]. URL: [http://www.stadtumbau-sachsen-anhalt.de/Stadtumbau\\_Halle.html](http://www.stadtumbau-sachsen-anhalt.de/Stadtumbau_Halle.html) [Stand: 17.07.2013].
- Franz, Peter; Kronthaler, Franz (2003): Olympia als Hoffnungsträger regionaler Entwicklungspolitik: Wirtschaftliche Effekte für eine Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 in Leipzig geplanten Infrastruktureinrichtungen. In: Wirtschaft im Wandel, Nr. 7, Seiten 203-209.
- Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) (2010): Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010. Halle (Saale), Seiten 1-40 [Online-PDF]. URL: <http://www.iba-stadtumbau.de/index.php?dokumente-halle-saale> [Stand: 06.11.2013].



- Mitteldeutsche Zeitung (2005): Amt sperrt Kulturkaufhaus [Online-Artikel vom 07.07.2005]. URL: <http://www.mz-web.de/halle-saalekreis/amt-sperrt-kulturkaufhaus,20640778,19264846.html> [Stand: 08.04.2014].
- Neue Musikzeitung (NMZ) (2004): Halle mobilisiert Kräfte zur Kulturhauptstadt-Bewerbung [Online-Artikel vom 17.10.2004]. URL: <http://www.nmz.de/kiz/nachrichten/halle-mobilisiert-kräfte-zur-kulturhauptstadt-bewerbung> [Stand: 04.04.2014].
- Stadt Halle (Saale) (2000): Stadtumbau als Herausforderung und Chance angesichts von Bevölkerungsrückgang und Wohnungsleerstand: Leitlinien für die Zukunft des städtischen Wohnens in Halle - ausgewählte Aspekte einer komplexen Themenstellung, Seiten 1-7 [Online-PDF]. URL: <http://www.vhs.halle.de/Downloads/29/leitlinie.pdf> [Stand: 06.11.2013].
- Stadt Halle (Saale) (2001): Stadtentwicklungskonzeption Wohnen [Online-Pressemitteilung vom 30.05.2001]. URL: <http://www.halle.de/de/Rathaus-Stadtrat/Aktuelles-Presse/Nachrichten/?NewsID=1213> [Stand: 18.10.2013].
- Stadt Halle (Saale) (2003a): Haushalt 2003 beschlossen. In: Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), 11. Jg./Nr. 9 vom 07.05.2003, Seiten 1-8.
- Stadt Halle (Saale) (2003b): Auf Expedition Wissen zum Erlebnis Wissenschaft. Halle bewirbt sich als „Stadt der Wissenschaft 2005“. In: Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), 11. Jg./Nr. 25 vom 19.12.2003, Seiten 1-17.
- Stadt Halle (Saale) (2003c): „Zukunftsfähigkeit ist gesichert trotz Sparmaßnahmen“. In: Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), 11. Jg./Nr. 25 vom 19.12.2003, Seiten 1-17.
- Stadt Halle (Saale) (2003d): Auf dem Weg zu Olympia 2012. In: Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), 11. Jg./Nr. 25 vom 19.12.2003, Seiten 1-17.
- Stadt Halle (Saale) (2004a): Halle verändert. Die Kulturstadt an der Saale. Bewerbung Kulturhauptstadt Europas 2010, Seiten I-118.
- Stadt Halle (Saale) (2004b): Große Resonanz auf Neujahrsempfang. In: Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), 12. Jg./Nr. 1 vom 21.01.2004, Seiten 1-9.
- Stadt Halle (Saale) (2004c): 2010 Europas Kulturhauptstadt. Halle als Kommune im Wandel mit hohem Ziel. In: Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), 12. Jg./Nr. 2 vom 04.02.2004, Seiten 1-12.
- Stadt Halle (Saale) (2004d): Ausdrückliches Lob für die Saalestadt. Halle mit Achtungserfolg bei „Stadt der Wissenschaft“. In: Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), 12. Jg./Nr. 3 vom 18.02.2004, Seiten 1-11.
- Stadt Halle (Saale) (2004e): Dynamik durch interdisziplinäre Struktur. In: Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), 12. Jg./Nr. 9 vom 12.05.2004, Seiten 1-20.
- Stadt Halle (Saale) (2004f): „Halles Position ist günstig“. OB Häßler stellt Organisationskonzept für Bewerbung Kulturhauptstadt vor. In: Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), 12. Jg./Nr. 21 vom 27.10.2004, Seiten 1-12.
- Stadt Halle (Saale) (2005a): Ergebnisprotokoll. Lenkungsgruppe vom 03.03.2005, Seiten 1-3.
- Stadt Halle (Saale) (2005b): „... natürlich enttäuscht, aber keineswegs entmutigt“. In: Amtsblatt 13. Jg./Nr. 6 vom 23.03.2005, Seiten 1-12.
- Stadt Halle (Saale) (2005c): Taxiunternehmen wirbt für Halle. In: Amtsblatt 13. Jg./Nr. 21 vom 19.10.2005, Seiten 1-12.

- Stadt Halle (Saale) (2006a): Tatort Görlitz – Polizeiruf 2010. Connex-Kulturzug aus Halle rollte an. In: Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), 14. Jg./Nr. 8 vom 26.04.2006, Seiten 1-10.
- Stadt Halle (Saale) (2006b): Zum sechsten Mal Nacht der Kirchen. In: Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), 14. Jg./Nr. 16 vom 16.08.2006, Seiten 1-10.
- Stadt Halle (Saale) (2007a): Integriertes Stadtentwicklungskonzept. Gesamtstädtische Entwicklungstendenzen und Entwicklungsziele, Seiten 1-116 [Online-PDF]. URL: [http://www.halle.de/VeroeffentlichungenBinaries/265/117/br\\_isek\\_teil1endfassung\\_2008.pdf](http://www.halle.de/VeroeffentlichungenBinaries/265/117/br_isek_teil1endfassung_2008.pdf) [Stand: 06.11.2013].
- Stadt Halle (Saale) (2007b): Halle präsentiert das „Museumsufer“. In: Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), 15. Jg./Nr. 22 vom 07.11.2007, Seiten 1-10.
- Stadt Halle (Saale) (2009a): Die IBA in Halle: Zwischenbilanz 09. Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010, Seiten 1-2 [Online-PDF]. URL: [http://www.halle.de/veroeffentlichungenbinaries/473/407/zwischenbilanz\\_2009\\_print.pdf](http://www.halle.de/veroeffentlichungenbinaries/473/407/zwischenbilanz_2009_print.pdf) [Stand: 06.11.2013].
- Stadt Halle (Saale) (2009b): Halle verändert. Stadtweites Themenjahr in der Saalestadt 2010. In: Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), Jg. 17/Nr. 17 vom 07.10.2009, Seiten 1-8.
- Stadt Halle (Saale) (2010a): „Hoch-Zeit“ auf der Hochstraße- „Wetten, dass ...“ mit 3.410 Menschen für den Schriftzug „HALLE SAALE“ [Website o. J.]. URL: <http://www.stadtmarketing-halle.de/index.asp?MenuID=529> [Stand: 07.04.2014].
- Stadt Halle (Saale) (2010b): Leitbilder und Schwerpunkte der Stadtentwicklung. AZ 07.03.01.01 vom 18.11.2010, Seiten 1-2 [Online-PDF]. URL: <http://www.halle.de/de/Verwaltung/Stadtentwicklung/> [Stand: 28.08.2015].
- Stadt Halle (Saale) (2011a): Halle verändert! Bewerbung der Stadt Halle an der Saale um den Titel „Stadt der Wissenschaft 2012“. Halle (Saale), Seiten 1-19.
- Stadt Halle (Saale) (2011b): Halles Bewerbung. Rennen um den Titel Stadt der Wissenschaft 2012 – entscheidende Phase beginnt. In: Amtsblatt Jg. 19/Nr. 3 vom 02.03.2011, Seiten 1-6.
- Stadt Halle (Saale) (2012a): Integriertes Strategiepapier – Strategiedialog zur Stadtentwicklung Halle 2025, Seiten 1-44 [Online-PDF]. URL: [http://www.halle.de/VeroeffentlichungenBinaries/577/650/integriertes\\_strategiepapier\\_beschlussfassung.pdf](http://www.halle.de/VeroeffentlichungenBinaries/577/650/integriertes_strategiepapier_beschlussfassung.pdf) [Stand: 06.11.2013].
- Stadt Halle (Saale) (2012b): Räumliches Leitbild Halle 2025plus, Seiten 1-26. In: Stadt Halle (Saale) (2012): Integriertes Strategiepapier – Strategiedialog zur Stadtentwicklung Halle 2025, Seiten 1-44 [Online-PDF]. URL: [http://www.halle.de/VeroeffentlichungenBinaries/577/650/integriertes\\_strategiepapier\\_beschlussfassung.pdf](http://www.halle.de/VeroeffentlichungenBinaries/577/650/integriertes_strategiepapier_beschlussfassung.pdf) [Stand 06.11.2013].
- Stadt Halle (Saale) (2015a): Netzwerk Stadtentwicklung [Website von 2015]. URL: <http://www.halle.de/de/Verwaltung/Stadtentwicklung/Stadtumbau/> [Stand: 06.08.2015].
- Stadt Halle (Saale) (2015b): Die Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 in Halle an der Saale [Website von 2015]. URL: <http://www.halle.de/de/Verwaltung/Stadtentwicklung/IBA-Stadtumbau-2010/IBA-Stadtumbau-2010/> [Stand: 06.08.2015].

- Stadt Halle (Saale) (2015c): Wassertourismus in Halle (Saale) ist im Kommen [Website von 2015]. URL: <http://www.halle.de/de/Kultur/Willkommen/Tourismus/Tourist-Information/Wassertourismus/> [Stand: 06.08.2015].
- Stadt Halle (Saale) (2015d): Standort 4: Saline-Insel. Brückenschlag [Website von 2015]. URL: <http://www.halle.de/de/Verwaltung/Stadtentwicklung/IBA-Stadtumbau-2010/Standort-4-Saline-Insel/> [Stand: 06.08.2015].
- Stadt Halle (Saale) (2015e): Standort 7: Standort Magistrale. Die Zukunft der Hochstraße [Website von 2015] URL: <http://www.halle.de/de/Verwaltung/Stadtentwicklung/IBA-Stadtumbau-2010/Standort-7-Magistrale/> [Stand: 06.08.2015].
- Stadt Halle (Saale) (2015f): Wissenschaft in Halle [Website o. J.]. URL: [http://wissenschaft-in-halle.de/?phpechohome\\_url%28%29;?](http://wissenschaft-in-halle.de/?phpechohome_url%28%29;?) [Stand: 06.08.2015].
- Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (2005): Halles Schönheiten schätzen. In: Halle verändert. Stadtmarketing in Halle an der Saale, Nr. 1, November 2005, Seiten 1-8.
- Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (2008): Das Zukunftsforum Halle 2005-2007. Dokumentation und Zusammenfassung, Seiten 1-15 [Online-PDF]. URL: <http://www.stadtmarketing-halle.de/Downloads/298/Zukunftsforum%20Halle.pdf> [03.04.2014].
- Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (2015): Logo, Signet und Winkelelemente [Website o. J.]. URL: <http://www.stadtmarketing-halle.de/index.asp?MenuID=15> [Stand: 27.08.2015].
- Stadtrat Halle (Saale) (2002): Unterstützung der Olympiabewerbung der Stadt Leipzig 2012. In: Beschlussvorlage Nr.: III/2002/02568 vom 30.07.2002, Seiten 1-3.
- Stadtrat Halle (Saale) (2003a): Bewerbung der Stadt Halle (Saale) um den Titel "Kulturhauptstadt Europas" 2010 mit der Vorlage: III/2003/03740. In: Niederschrift der 43. Sitzung des Hauptausschusses am 22.10.2003, Seiten 1-11.
- Stadtrat Halle (Saale) (2003b): Antrag der FDP-Fraktion - Bewerbung von Halle als "Stadt der Wissenschaft". In: Antrag mit Vorlagen-Nr.: III/2003/03574 vom 06.08.2003, Seiten 1-5.
- Stadtrat Halle (Saale) (2003c): Anfrage der Stadträtin Isa Weiß, CDU - betreffend die Vorlage eines Stadtentwicklungskonzeptes. In: Beschlussvorlage mit der Vorlagen-Nr.: III/2003/03637 vom 03.09.2003, Seiten 1-2.
- Stadtrat Halle (Saale) (2003d): Leitziele der Sportentwicklungsplanung in der Stadt Halle (Saale). In: Beschlussvorlage mit der Nr.: III/2003/03814 vom 10.12.2003, Seiten 1-7.
- Stadtrat Halle (Saale) (2004a): Bewerbung der Stadt Halle (Saale) um den Titel "Europäische Kulturhauptstadt 2010" (Vorlage wird nachgereicht). In: Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses am 14.01.2004, Seiten 1-18.
- Stadtrat Halle (Saale) (2004b): Grundsatzpapier zur Bewerbung der Stadt Halle (Saale) um den Titel "Kulturhauptstadt Europas 2010". In: Beschlussvorlage Nr.: III/2003/03775 vom 15.01.2004, Seiten 1-13.
- Stadtrat Halle (Saale) (2004c): Niederschrift der 50. Sitzung des Stadtrates am 28.01.2004, Seiten 1-42.
- Stadtrat Halle (Saale) (2004d): Anfrage der Stadträtin Isa Weiß, CDU, zur Bewerbung der Stadt Halle (Saale) zur Stadt der Wissenschaft im Jahr 2005. In: Niederschrift der 51. Tagung des Stadtrates am 25.02.2004, Seiten 1-47.

- Stadtrat Halle (Saale) (2004e): Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh, NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, zum Themenkomplex Kulturhauptstadt. In: Anfrage mit der Vorlagen-Nr.: IV/2004/04574 vom 03.11.2004, Seiten 1-5.
- Stadtrat Halle (Saale) (2004f): Umsetzung von Haushaltsmitteln 2004. Verwendung der noch verfügbaren Haushaltsmittel, die aus den Olympiamitteln 2012 im Haushalt 2004 für Maßnahmen im Sportbereich zur Verfügung stehen. In: Beschlussvorlage Nr.: IV/2004/04466 vom 15.11.2004, Seiten 1-4.
- Stadtrat Halle (Saale) (2005): Etatverwendung zur Kulturhauptstadtbewerbung, Seite 11-12. In: Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 21.06.2005, Seiten 1-12.
- Stadtrat Halle (Saale) (2007): Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU, zur Bewerbung "Stadt der Wissenschaft". In: Anfrage mit Vorlagen-Nr.: IV/2007/06291 vom 07.02.2007, Seiten 1-2.
- Stadtrat Halle (Saale) (2010a): Teilnahme am Wettbewerb "Stadt der Wissenschaft im Jahr 2012". In: Niederschrift der 9. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 24.03.2010, Seiten 1-76.
- Stadtrat Halle (Saale) (2010b): Teilnahme am Wettbewerb "Stadt der Wissenschaft im Jahr 2012". In: Beschlussvorlage mit der Vorlagen-Nr.: V/2009/08458 vom 11.02.2010, Seiten 1-7.
- Stadtrat Halle (Saale) (2010c): Anfrage des Stadtrates Oliver Paulsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Wettbewerb "Stadt der Wissenschaft 2012". In: Anfrage mit der Vorlagen-Nr.: V/2010/09173 vom 08.09.2010, Seiten 1-2.
- Stadtrat Halle (Saale) (2011a): Finalteilnahme am Wettbewerb "Stadt der Wissenschaft im Jahr 2012". In: Beschlussvorlage mit der Vorlagen-Nr.: V/2010/09425 vom 12.01.2011, Seiten 1-4.
- Stadtrat Halle (Saale) (2011b): Niederschrift der 20. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 30.03.2011, Seiten 1-77.
- Stadtrat Halle (Saale) (2012a): Beschluss zur Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle (Saale) 2025. In: Beschlussvorlage mit Vorlagen-Nr.: V/2012/10762 vom 23.10.2012, Seiten 1-7.
- Stadtrat Halle (Saale) (2012b): Anfrage von Frau Capeller zum Unterschied zwischen Leitbild und ISEK. In: Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten 12.06.2012, Seiten 1-13.
- Stadtrat Halle (Saale) (2013): Kulturpolitische Leitlinien. In: Beschlussvorlage mit Vorlagen-Nr.: V/2013/11904 vom 01.10.2013, Seiten 1-3.

## **Karlsruhe**

- CDU Fraktion Gemeinderat Karlsruhe (2006): CDU-Fraktion erfreut über Engagement der Bundeskulturstiftung [Online-Pressemitteilung vom 27.06.2006]. URL: <http://web1.karlsruhe.de/Gemeinderat/CDU-Fraktion/aktuelles/pressemeldung/2006/06/cdu-fraktion-erfreut-ueber-engagement-der-bundeskulturstiftung/> [Stand: 24.03.2014].
- Fenrich, Heinz (2003): Stillstand? Nicht in Karlsruhe. In: Karlsruher Wirtschaftsspiegel 2003/2004, Seiten 6-8 [Online-PDF]. URL: [http://www1.karlsruhe.de/Wirtschaft/img/standort/profile/KWS03\\_006\\_OB\\_Fenrich.pdf](http://www1.karlsruhe.de/Wirtschaft/img/standort/profile/KWS03_006_OB_Fenrich.pdf) [Stand: 15.11.2013].

- Fenrich, Heinz (2004): Der Blick ins Rathaus. Oberbürgermeister Heinz Fenrich. In: Bürgerheft Karlsruhe, Ausgabe Nr. 1, Februar 2004, Seiten 1-12.
- Fischer, Rainer; Theurer, Frank (2005/06): Karlsruhe ist ein Gewinner, Seiten 1-2 [Online-PDF]. URL: <http://www1.karlsruhe.de/Wirtschaft/img/standort/profile/down177.pdf> [Stand: 24.03.2014].
- Funck, Rolf H.; Kowalska, Jolanta; Thadden von, Guido (2007): Karlsruhe: Kultur und Wirtschaft in Stadt und Region – Kulturwirtschaftsbericht II, Seiten 1-231 [Online-PDF]. URL: [http://www.karlsruhe.de/b1/kultur/themen/kreativwirtschaft/region/HF\\_sections/content/ZZk0CAHwndybsH/Kulturwirtschaftsbericht.pdf](http://www.karlsruhe.de/b1/kultur/themen/kreativwirtschaft/region/HF_sections/content/ZZk0CAHwndybsH/Kulturwirtschaftsbericht.pdf) [Stand: 14.11.2013].
- Gemeinderat Karlsruhe (2001a): Bewerbung der Stadt Karlsruhe als Europäische Kulturhauptstadt gemeinsam mit Straßburg für das Jahr 2010. Änderungsantrag des Stadtrats Dr. Heinrich Maul (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 30. Januar 2001. In: Niederschrift über die 15. Plenarsitzung des Gemeinderates am Dienstag, 30. Januar 2001, Seiten 1-14.
- Gemeinderat Karlsruhe (2001b): Bewerbung der Stadt Karlsruhe als Europäische Kulturhauptstadt gemeinsam mit Straßburg für das Jahr 2010. In: 15. Öffentliche Plenarsitzung des Gemeinderates am 30.01.2001 mit der Vorlagen-Nr. 430, Seiten 1-17.
- Gemeinderat Karlsruhe (2001c): Mitteilung des Bürgermeisteramtes: Gründung des Initiativkreises Olympiabewerbung Stuttgart. In: 16. Öffentliche Plenarsitzung des Gemeinderates am 13. Februar 2001 mit der Vorlagen-Nr.: 489, Seiten 1-2.
- Gemeinderat Karlsruhe (2002): Punkt 24 der Tagesordnung: Mitteilungen des Bürgermeisteramtes. In: Niederschrift über die 28. Plenarsitzung des Gemeinderates am Dienstag, 26. Februar 2002, Seiten 1-2.
- Gemeinderat Karlsruhe (2003a): Olympia 2012 – Umsetzung in der Region Karlsruhe. In: Vorlage-Nr.: 238/HA vom 10.01.2003 zu TOP 2 in der 26. NÖ Sitzung des Hauptausschusses am 15.01.2003, Seiten 1-5.
- Gemeinderat Karlsruhe (2003b): Punkt 5 der Tagesordnung: Olympia 2012: Umsetzung in der Region Karlsruhe. In: Niederschrift über die 39. Plenarsitzung des Gemeinderates am Dienstag, 21. Januar 2003, Seiten 1-12.
- Gemeinderat Karlsruhe (2003c): Punkt 8 der Tagesordnung: Antrag der Stadträtinnen Christa Caspari und Dr. Gisela Splett (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 14. Mai 2003: Kulturhauptstadt 2010. In: Niederschrift über die 45. Plenarsitzung des Gemeinderates am Dienstag, 24. Juni 2003, Seiten 1-19.
- Gemeinderat Karlsruhe (2003d): Kulturhauptstadtbewerbung 2010. In: Stellungnahme des Bürgermeisteramtes zum Antrag der Stadträtinnen Christa Caspari und Dr. Gisela Splett (Grüne) sowie der Grüne-Gemeinderatsfraktion in der 45. Plenarsitzung des Gemeinderates vom 24.06.2003, Seiten 1-2.
- Gemeinderat Karlsruhe (2003e): Kulturhauptstadtbewerbung 2010. In: Ergänzende Stellungnahmen des Bürgermeisteramtes zum Antrag der Stadträtinnen Christa Caspari und Dr. Gisela Splett (Grüne) sowie der Grüne-Gemeinderatsfraktion in der 45. Plenarsitzung des Gemeinderates vom 24.06.2003, Seiten 1-13.
- Gemeinderat Karlsruhe (2003f): Kosten für die Olympiabewerbung. In: 45. Plenarsitzung des Gemeinderates am 24.06.2013, Seite 1.

- Gemeinderat Karlsruhe (2003g): Karlsruhe – Kulturhauptstadt Europas 2010. In: Hauptamt – Ratsschreiberei – 15. Dezember 2003 für die Vorlage Nr. 288/HA zu TOP 5 und Vorlage Nr. 1352 zu TOP 1, Seiten 1-26.
- Gemeinderat Karlsruhe (2003h): Punkt 1 der Tagesordnung: Karlsruhe – Kulturhauptstadt Europas 2010. In: Niederschrift über die 50. Plenarsitzung des Gemeinderates am Dienstag, 16. Dezember 2003, Seiten 1-36.
- Gemeinderat Karlsruhe (2003i): Karlsruhe – Kulturhauptstadt Europas 2010. In: Ergänzungsantrag der Stadträtin Dr. Gisela Splett (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 28. November 2003, Seiten 1-4.
- Gemeinderat Karlsruhe (2003j): Karlsruhe – Kulturhauptstadt Europas 2010. In: Stellungnahme des Bürgermeisters für die 50. Plenarsitzung des Gemeinderates am 16.12.2003, Seiten 1-5.
- Gemeinderat Karlsruhe (2004): Bewerbungskosten Kulturhauptstadt. In: Stellungnahme des Bürgermeisteramtes zur Anfrage der Stadträtinnen Doris Baitinger, Elke Ernemann und Ursula Paepcke, des Stadtrats Dr. Heinrich Maul (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 14. Dezember 2004, Seiten 1-2.
- Gemeinderat Karlsruhe (2005a): Einstellung einer Planungsrate für den Kreativpark Ostau. In: Stellungnahme der Verwaltung zu Antrag 114/115, Seiten 1-3.
- Gemeinderat Karlsruhe (2005b): Punkt 19 der Tagesordnung: Antrag der Stadträtinnen Doris Baitinger, Elke Ernemann und Ursula Paepcke, des Stadtrats Dr. Heinrich Maul (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 11. Mai 2005: Kosten der Kulturhauptstadtbewerbung. In: Niederschrift über die 13. Plenarsitzung des Gemeinderates vom 14.06.2005, Seiten 1-7.
- Gemeinderat Karlsruhe (2005c): Streichung der Mittel für „Mit Recht. Karlsruhe – Folgeprojekte“. In: Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag 16-17, Seiten 1-3.
- Gemeinderat Karlsruhe (2006a): Punkt 7 der Tagesordnung: Bundesgartenschau 2015. In: Niederschrift über die 31. Plenarsitzung des Gemeinderates am Dienstag, 12. Dezember 2006, Seiten 1-17.
- Gemeinderat Karlsruhe (2006b): Bundesgartenschau 2015. In: Antrag zur 31. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 12. DEZEMBER 2006 vom 28.11.2006, Seiten 1-7.
- Gemeinderat Karlsruhe (2007a): „Karlsruhe Masterplan 2015“. In: Beschlussvorlage mit der Vorlagen-Nr.: 894 vom 23.01.2007, Seiten 1-6.
- Gemeinderat Karlsruhe (2007b): Punkt 4 der Tagesordnung: Karlsruhe Masterplan 2015. In: Niederschrift über die 32. Plenarsitzung des Gemeinderates am Dienstag, 23. Januar 2007, Seiten 1-33.
- Gemeinderat Karlsruhe (2007c): Punkt 3 der Tagesordnung: Bundesgartenschau 2015: Entscheidung über die Bewerbung. In: Niederschrift über die 36. Plenarsitzung des Gemeinderates am Dienstag, 24. April 2007, Seiten 1-29.
- Gemeinderat Karlsruhe (2007d): Bundesgartenschau Karlsruhe 2015: Entscheidung über die Bewerbung. In: Beschlussvorlage mit Vorlagen-Nr.: 988 vom 24.04.2007, Seiten 1-9.
- Gemeinderat Karlsruhe (2007e): Punkt 9 der Tagesordnung: Europäische Metropolregion Oberrhein. In: Niederschrift über die 45. Plenarsitzung des Gemeinderates am Dienstag, 11. Dezember 2007, Seiten 1-20.

- Gemeinderat Karlsruhe (2008a): Unterbringung von Menschen mit Behinderungen während der Special Olympic National Games. In: Stellungnahme zur Anfrage mit der Vorlagen-Nr.: 1247 vom 15.01.2008, Seiten 1-2.
- Gemeinderat Karlsruhe (2008b): Grünes Karlsruhe auch ohne Buga. In: Stellungnahme zum Antrag mit der Vorlagen-Nr.: 1238, Seiten 1-3.
- Gemeinderat Karlsruhe (2008c): Niederschrift über die 46. Plenarsitzung des Gemeinderates am 15.01.2008, Seiten 1-10.
- Gemeinderat Karlsruhe (2010): Konzept Studentenstadt Karlsruhe. In: Beschlussvorlage mit der Vorlagen-Nr.: 445 vom 27.07.2010, Seiten 1-16.
- Gemeinderat Karlsruhe (2011): Sachstandsbericht Karlsruhe Masterplan 2015 - Fortschreibung zu einem Integrierten Stadtentwicklungskonzept Karlsruhe 2020. In: Beschlussvorlage mit Vorlage-Nr.: 204 vom 06.12.2011, Seiten 1-9.
- ka news (2003a): Neues aus dem Gemeinderat. Es wird keine Bundesgartenschau in der Fächerstadt geben. [Online-Pressemitteilung vom 18.03.2003]. URL: <http://www.ka-news.de/nachrichten/karlsruhe/Karlsruhe-Neues-aus-dem-Gemeinderat;art86,24847,0> [Stand: 12.11.2013].
- ka news (2003b): Olympia 2012 [Online-Pressemitteilung vom 13.04.2003]. URL: <http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/karlsruhe/Karlsruhe-Olympia-2012;art86,25282> [Stand: 25.03.2014].
- Karlsruher Schieneninfrastruktur Gesellschaft mbH (KASIG) (2013): Zukunftsweisend für Karlsruhe: Die Kombilösung kommt! [Webseite]. URL: <http://www.diekombiloesung.de/kombiloesung/projekt.html> [Stand 15.11.2013].
- Käthler, Norbert (2011): Forschung, Lehre und Innovation. Karlsruhe. In: Lisowski, Rainer; Meyer, Clas, Schmidt, Matthias; Spitzer-Ewersmann, Claus; Wesselmann, Stefanie (Hrsg.) (2011): Wissensbasierte Stadtentwicklung. 16 Beispiele aus der Praxis. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Essen. Seiten 70-75.
- Land Baden-Württemberg (2001): Koalitionsvereinbarung Baden-Württemberg 2001-2006, Seiten 1-60 [Online-PDF]. URL: <http://www.nachhaltigkeit.info/media/1234779925phppeB3fSx.pdf?sid=90df6429bd2d9a4e879460e73e7c5866> [Stand: 15.11.2013].
- Land Baden-Württemberg (2007): Karlsruhe bewirbt sich für die Bundesgartenschau 2015. [Online-Pressemitteilung vom 18.05.2007]. URL: <http://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/karlsruhe-bewirbt-sich-fuer-bundesgartenschau-2015/> [Stand: 12.11.2013].
- Mal, Elke; Reich, Mathias (2009/10): Masterplanprojekt: Kreativpark Alter Schlachthof. In: Karlsruher Wirtschaftsspiegel 2009/10, Seiten 14-16.
- Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (2004): Minister Frankenberg überreicht Bewerbung der Stadt Karlsruhe als Kulturhauptstadt Europas 2010 [Online-Pressemitteilung vom 02.07.2004]. URL: <http://idw-online.de/de/news82799> [Stand: 14.11.2013].
- Regionalverband Mittlerer Oberrhein (2013): Trinationale Metropolregion Oberrhein [Webseite]. URL: <http://www.region-karlsruhe.de/projekte/in-bearbeitung-laufend/trinationale-metropolregion-oberrhein.html> [Stand: 14.11.2013].

- Rothfuss, Frank (2012): Gestohlene Spiele. London statt Stuttgart [Online-Artikel vom 27.07.2012]. URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.gestohlene-spiele-london-statt-stuttgart.cdcaf7a8-90f5-49a8-baf2-c2926718de7a.html> [Stand: 14.11.2013].
- SPD (2003): CDU und FDP beerdigen Buga-Träume. In: SPD-Report Informationsdienst der Karlsruher SPD-Gemeindefraktion, Seiten 1-4.
- Stadt Karlsruhe (2004): Mit Recht. Karlsruhe. Der Traum von Gerechtigkeit. Bewerbung der Stadt Karlsruhe als Kulturhauptstadt Europas 2010. Karlsruhe.
- Stadt Karlsruhe (2005): Projektdokumentation [PDF, 1-110]. In: Mit Recht. Karlsruhe Kulturhauptstadt Europas 2010. Projektdokumentation. Bewerbung der Stadt Karlsruhe als Kulturhauptstadt Europas [DVD]. Karlsruhe.
- Stadt Karlsruhe (2007): 08 Stadtbild/Städtebau. Karlsruhe 2015. Bei uns wirkt ein gestaltender Geist, Seiten 37-40 [Online-PDF]. URL: [http://www.karlsruhe.de/b4/buengerengagement/masterplan\\_2015/projekte/HF\\_sections/content/1326467528433/ZZkZLBSEfbv7Zb/ZZkZLxiyMebuXq.pdf](http://www.karlsruhe.de/b4/buengerengagement/masterplan_2015/projekte/HF_sections/content/1326467528433/ZZkZLBSEfbv7Zb/ZZkZLxiyMebuXq.pdf) [Stand: 24.03.2014].
- Stadt Karlsruhe (2009a): Karlsruhe Masterplan 2015. 2. Sachstandbericht Leitprojekte, Seiten 1-12 [Online-PDF]. URL: [http://www.karlsruhe.de/b4/buengerengagement/masterplan\\_2015/projekte/HF\\_sections/content/ZZkZPViec5wVqK/ZZkZPWqPf8WkZR/ZZjOEvuavmsx6h.pdf](http://www.karlsruhe.de/b4/buengerengagement/masterplan_2015/projekte/HF_sections/content/ZZkZPViec5wVqK/ZZkZPWqPf8WkZR/ZZjOEvuavmsx6h.pdf) [Stand: 15.11.2013].
- Stadt Karlsruhe (2009b): Karlsruhe Masterplan 2015. Hochschulen / Wissenschaft / Forschung / Innovative Technologien, Seiten 13-22 [Online-PDF]. URL: [http://www.karlsruhe.de/b4/buengerengagement/masterplan\\_2015/projekte/HF\\_sections/content/ZZkZPViec5wVqK/ZZkZPXz98pAzaX/ZZjOEvubKxUcru.pdf](http://www.karlsruhe.de/b4/buengerengagement/masterplan_2015/projekte/HF_sections/content/ZZkZPViec5wVqK/ZZkZPXz98pAzaX/ZZjOEvubKxUcru.pdf) [Stand: 15.11.2013].
- Stadt Karlsruhe (2009c): Karlsruhe Masterplan 2015. Sport, Freizeit und Gesundheit, Seiten 56-66 [Online-PDF]. URL: [http://www.karlsruhe.de/b4/buengerengagement/masterplan\\_2015/projekte/HF\\_sections/content/ZZkZPViec5wVqK/ZZkZQ6qgbA4cRN/ZZjOEvufiDkKVZ.pdf](http://www.karlsruhe.de/b4/buengerengagement/masterplan_2015/projekte/HF_sections/content/ZZkZPViec5wVqK/ZZkZQ6qgbA4cRN/ZZjOEvufiDkKVZ.pdf) [Stand: 15.11.2013].
- Stadt Karlsruhe (2009d): Karlsruhe Masterplan 2015. Stadt am Rhein, Seiten 67-71 [Online-PDF]. URL: [http://www.karlsruhe.de/b4/buengerengagement/masterplan\\_2015/projekte/HF\\_sections/content/ZZkZPViec5wVqK/ZZkZQ7QB7SUWtR/ZZjOEvufCrGdeE.pdf](http://www.karlsruhe.de/b4/buengerengagement/masterplan_2015/projekte/HF_sections/content/ZZkZPViec5wVqK/ZZkZQ7QB7SUWtR/ZZjOEvufCrGdeE.pdf) [Stand: 15.11.2013].
- Stadt Karlsruhe (2009e): Karlsruhe Masterplan 2015. Stadtbild / Städtebau, Seiten 72-85 [Online-PDF]. URL: [http://www.karlsruhe.de/b4/buengerengagement/masterplan\\_2015/projekte/HF\\_sections/content/ZZkZPViec5wVqK/ZZkZQ8Z5dDC3TF/ZZjOEvufZPtBk.pdf](http://www.karlsruhe.de/b4/buengerengagement/masterplan_2015/projekte/HF_sections/content/ZZkZPViec5wVqK/ZZkZQ8Z5dDC3TF/ZZjOEvufZPtBk.pdf) [Stand: 15.11.2013].
- Stadt Karlsruhe (2009f): Karlsruhe Masterplan 2015. Zukunftssicherung Innenstadt, Seiten 112-123 [Online-PDF]. URL: [http://www.karlsruhe.de/b4/buengerengagement/masterplan\\_2015/projekte/HF\\_sections/content/ZZkZPViec5wVqK/ZZkZQtStaZ7Np9/ZZjOEvuhueJz2M.pdf](http://www.karlsruhe.de/b4/buengerengagement/masterplan_2015/projekte/HF_sections/content/ZZkZPViec5wVqK/ZZkZQtStaZ7Np9/ZZjOEvuhueJz2M.pdf) [Stand: 15.11.2013].



- Stadt Karlsruhe (2011a): Europäischer Stadtbrief [Website von 2011]. URL: <http://www.karlsruhe.de/b1/kultur/themen/kulturrecht/stadtbrief.de> [Stand: 24.03.2014].
- Stadt Karlsruhe (2011b): Stadtentwicklungskonzept. Strategien für die Zeit nach 2015. [Online-Artikel vom 7.10.2011]. URL: <http://web1.karlsruhe.de/Aktuell/Stadtzeitung11/sz4001.htm> [Stand: 15.11.2013].
- Stadt Karlsruhe (2011c): Bürgerbeteiligung – „City 2015“ – Prozess [Webseite vom 29.04.2011]. URL: <http://www.karlsruhe.de/b3/bauen/city2015/prozess.de> [Stand: 15.11.2013].
- Stadt Karlsruhe (2012): Karlsruhe 2020. Integriertes Stadtentwicklungsprojekt, Seiten 1-145 [Online-PDF]. URL: [http://www.karlsruhe.de/b4/buengerengagement/karlsruhe2020/HF\\_sections/content/ZkKgWWzmZLQQC/ZZkWNcsJ5NKwXo/Brosch%C3%BCre%20ISEK%20Karlsruhe%202020.pdf](http://www.karlsruhe.de/b4/buengerengagement/karlsruhe2020/HF_sections/content/ZkKgWWzmZLQQC/ZZkWNcsJ5NKwXo/Brosch%C3%BCre%20ISEK%20Karlsruhe%202020.pdf) [Stand: 14.11.2013].
- Stadt Karlsruhe (2014a): Platz der Grundrechte [Website von 2011]. URL: <http://www.karlsruhe.de/b1/kultur/themen/kulturrecht/platzdergrundrechte.de> [Stand: 24.03.2014].
- Stadt Karlsruhe (2014b): Mit Recht. Karlsruhe [Website von 2014]. URL: <http://www.karlsruhe.de/b1/kultur/themen/kulturrecht> [Stand: 24.03.2014].
- Stadt Karlsruhe (2014c): Offene Pforte [Website von 2014]. URL: [http://www.karlsruhe.de/b3/freizeit/gruenflaechen/offene\\_pforte.de](http://www.karlsruhe.de/b3/freizeit/gruenflaechen/offene_pforte.de) [Stand: 26.03.2014].
- Stadt Karlsruhe (2015): Warum ein Leitbild? [Website von 2015]. URL: <http://www.karlsruhe.de/b3/bauen/projekte/leitbildhaupt/hintergrund.de> [Stand: 31.08.2015].
- Städtenetz Oberrhein (2013a): Städtenetz Oberrhein. Für ein engeres grenzüberschreitendes Miteinander der Städte, Seiten 1-28 [Online-PDF]. URL: <http://www.rmtmo.eu/de/politik/akteure/staedtenetz.html> [Stand: 14.11.2013].
- Städtenetz Oberrhein (2013b): Willkommen bei der RMT-TMO [Webseite]. URL: <http://www.rmtmo.eu> [Stand: 14.11.2013].
- Stadtmarketing Karlsruhe GmbH (2003): Karlsruhe lebt „Stadt der Wissenschaft“ bereits in der Bewerbungsphase. Karlsruhe. Seiten 1-3.
- TechnologieRegion Karlsruhe (2013): TechnologieRegion Karlsruhe. Wir über uns. Selbstverständnis [Webseite]. URL: <http://www.technologieregion-karlsruhe.de/wir-ueber-uns/selbstverstaendnis.html> [Stand: 14.11.2013].
- Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (2002): Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg, Seiten 1-163 [Online-PDF]. URL: [http://mvi.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mvi/intern/dateien/Broschueren/Landesentwicklungsplan\\_2002.PDF](http://mvi.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mvi/intern/dateien/Broschueren/Landesentwicklungsplan_2002.PDF) [Stand: 14.11.2013].

## Lübeck

- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2001a): Bewerbung um die Olympischen Segelwettbewerbe 2012/2016. Drucksache Nr. 365. In: Niederschrift über die Sitzung der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck Nr. 33 vom 27.09.2001, Seiten 1-74.

- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2001b) Olympia-Bewerbung. In: Niederschrift Nr. 22 über die Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport vom 20.09.2001, Seiten 1-6.
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2002a): Zwischenbericht Sachstand Olympiabewerbung. In: Niederschrift Nr. 26 über die Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport vom 21.02.2002, Seiten 1-6.
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2002b): Bewerbung um die Ausrichtung der Segelolympiade 2012 in Lübeck-Travemünde: Olympisches Dorf bzw. Ferienanlage auf dem Priwall Städtebauliches Konzept für die Entwicklung des Priwalls Beschluss der Bürgerschaft vom 25.01.2001. In: Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am Dienstag, dem 23. April 2002, Nr. 71/1998-2003, Seiten 1-12.
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2002c): Olympiabewerbung 2012. In: Niederschrift über die 26. Sitzung des Ausschusses für die Lübeck und Travemünde Tourismus-Zentrale (öffentlicher Teil) am 21. Mai 2002, Seiten 1-6.
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2003a): Mitteilungen. In: Niederschrift über die 1. Sitzung des Ausschusses für den Kurbetrieb Travemünde am 6. Mai 2003, Seiten 1-5.
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2003b): Anträge der Fraktionen. SPD - Lübeck Kulturhauptstadt Europas. CDU – Bewerbung als „Kulturhauptstadt Europas“ für das Jahr 2010. In: Niederschrift über die Sitzung der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck am Donnerstag, 24.04.2003, im Bürgerschaftssaal des Rathauses Wahlperiode 2003 – 2008, Nr. 2, Seiten 1-100.
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2003c): Hansestadt Lübeck - Bewerbung als „Kulturhauptstadt Europas“ für das Jahr 2010. In: Niederschrift Nr. 2 über die 2. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege in der Wahlperiode 2003 – 2008 am 10. Juni 2003, Seiten 1-5.
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2003d): Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am Dienstag, dem 12. August 2003, Nr. 5/2003-2008, Seiten 1-12.
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2003e): Sachstand der Bewerbung der Hansestadt Lübeck um die Ausrichtung der Veranstaltung Kulturhauptstadt Europas 2010. In: Niederschrift über die Sitzung der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck am Donnerstag, 28.08.2003, im Bürgerschaftssaal des Rathauses Wahlperiode 2003 – 2008 Nr. 4, Seiten 1-91.
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2003f): Bericht Kulturhauptstadt Europas 2010. In: Niederschrift Nr. 6 über die 6. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege in der Wahlperiode 2003 – 2008 am 10. November 2003, Seiten 1-5.
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2004a): Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport (Wahlperiode 2003 -2008) am 12.06.2003, Seiten 1-9.
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2004b): Niederschrift Nr. 12 über die 12. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege in der Wahlperiode 2003 – 2008 am 09. August, Seiten 1-7.
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2004c): Kulturhauptstadt Europas 2010, Seite 10. In: Niederschrift Nr. 13 über die 13. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege in der Wahlperiode 2003 – 2008 am 13. September 2004, Seiten 1-11.

- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2007a): Bewerbung Stadt der Wissenschaft 2009. In: Auszug – Importierte Niederschrift der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck vom 13.07.2007 [Website o. J.]. URL: [http://www.luebeck.de/stadt\\_politik/buergerinfo/bi/to020.asp](http://www.luebeck.de/stadt_politik/buergerinfo/bi/to020.asp) [Stand: 21.10.2013].
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2007b): Auszug – Importierte Niederschrift. Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege am 10.09.2007 [Website o. J.]. URL: [http://www.luebeck.de/stadt\\_politik/buergerinfo/bi/to020.asp](http://www.luebeck.de/stadt_politik/buergerinfo/bi/to020.asp) [Stand: 09.04.2014].
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2007c): Vorlage betr. Bewerbung „Stadt der Wissenschaft“ 2009. In: Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am Dienstag, 11. September 2007, um 16.30 Uhr im Roten Saal des Rathauses Nr. 74/2003-2008, Seiten 1-19.
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2010): Vorlage betr. Bewerbung zur „Stadt der Wissenschaft 2012“ (Bürgermeister/Wissenschaftsmanagerin). In: Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am Mittwoch, 22. September 2010, Nr. 18/2008 – 2013, Seiten 1-23.
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2011): Der Vorsitzende teilt mit, dass die Hansestadt Lübeck heute die Wahl zur Stadt der Wissenschaft 2012 gewonnen hat. In: Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 29.10.2011 mit der Nr. 43/2008-2013, Seiten 1-14.
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2013a): Wissenschaftsmanagement Lübeck - Entwicklungskonzept. In: Vorlage-Nr.: VO/2012/00062 vom 16.01.2013, Seiten 1-6 und Anlage 1.
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2013b): Entwicklungskonzept Wissenschaftsmanagement Lübeck – Schwerpunkte 2013 und 2014. In: Vorlage mit der Nr.: VO/2013/01010 vom 28.10.2013, Seiten 1-5.
- Bürgerschaft Hansestadt Lübeck (2014): Annahme von Geldspenden der Possehl-Stiftung gemäß § 76 Abs. 4 GO. In: Vorlage mit der Nr.: VO/2014/01867 vom 08.09.2014, Anlage Nr. 3.
- Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein (2012): Teilfortschreibung des Regionalplanes für den Planungsraum II Kreisfreie Stadt Lübeck und Kreis Ostholstein zur Ausweisung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung, Seiten 1-6 [Online-PDF]. URL: [http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Schwerpunkte/Landesplanung/WeitereThemen/Windenergie/Teilfortschreibungen/Downloads/Planungsraum2/text\\_\\_blob=publicationFile.pdf](http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Schwerpunkte/Landesplanung/WeitereThemen/Windenergie/Teilfortschreibungen/Downloads/Planungsraum2/text__blob=publicationFile.pdf) [Stand: 06.11.2013].
- Deutsche Stiftung Rockmusik (2014): Übungsraum in Lübeck [Website o. J.]. URL: <http://rockmusikstiftung.de/uebungsraeume/luebeck/> [Stand: 09.04.2014].
- Deutsche Welle (2003): Altes Seebad macht auf neu [Online-Pressemitteilung vom 09.09.2003]. URL: <http://dw.de/p/2VVs> [Stand: 08.04.2014].
- Hamburger Abendblatt (2012): Spatenstich für 22 weitere Ferienhäuser auf dem Priwall [Online-Artikel vom 10.11.2012]. URL: <http://www.abendblatt.de/ratgeber/wohnen/article110879839/Spatenstich-fuer-22-weitere-Ferienhaeuser-auf-dem-Priwall.html> [Stand: 08.04.2014].

- Hansestadt Lübeck (2001): Lübeck bündelt Kräfte für Olympia 2012 [Online-Pressemitteilung vom 16.11.2001]. URL: <http://www.luebeck.de/aktuelles/presse/pressedienstarchiv/dpssuche/2001/010858r.html> [Stand: 21.10.2013].
- Hansestadt Lübeck (2002a): Projektbüro Olympia 2012 präsentierte sich bei 113. TW [Online-Pressemitteilung vom 29.07.2002]. URL: <http://www.luebeck.de/aktuelles/presse/pressedienstarchiv/view/2002/7/020558r/> [Stand: 08.04.2014].
- Hansestadt Lübeck (2002b): Olympiabüro zeigt Flagge auf dem Lübecker Altstadtfest [Online-Pressemitteilung vom 03.09.2002]. URL: <http://www.luebeck.de/aktuelles/presse/pressedienstarchiv/view/2002/9/020641/> [Stand: 08.04.2014].
- Hansestadt Lübeck (2002c): Lübecker Schüler laufen am Sonntag für Olympia 2012 [Online-Pressemitteilung vom 26.09.2002]. URL: <http://www.luebeck.de/aktuelles/presse/pressedienstarchiv/view/2002/9/020709r/> [Stand: 08.04.2014].
- Hansestadt Lübeck (2003a): Bürgermeister Saxe begrüßt Strategiepaper „Zukunft Lübeck“ [Online-Pressemitteilung vom 06.03.2003]. URL: <http://www.luebeck.de/aktuelles/presse/pressedienstarchiv/dpssuche/2003/030174R.html> [Stand: 21.10.2013].
- Hansestadt Lübeck (2003b): Bürgermeister Halbzeit-Bilanz: Lübeck im Aufbruch [Online-Pressemitteilung vom 28.04.2003]. URL: <http://www.luebeck.de/aktuelles/presse/pressedienstarchiv/dpssuche/2003/030310R.html> [Stand: 21.10.2013].
- Hansestadt Lübeck (2004a): Hansestadt Lübeck. Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2010. Lübeck.
- Hansestadt Lübeck (2004b): Kulturhauptstadt Europa 2010: Lübeck überreicht Bewerbung [Online-Pressemitteilung vom 12.03.2004]. URL: <http://www.luebeck.de/aktuelles/presse/pressedienstarchiv/view/2004/3/040211RK/> [Stand: 09.04.2014].
- Hansestadt Lübeck (2004c): Künstler engagieren sich für Lübeck als Kulturhauptstadt 2010 [Online-Pressemitteilung vom 15.07.2004]. URL: <http://www.luebeck.de/aktuelles/presse/pressedienstarchiv/view/2004/7/040544RK/> [Stand: 09.04.2014].
- Hansestadt Lübeck (2004d): Kulturhauptstadt-Bewerbung: Kurzfassung in 12 Sprachen [Online-Pressemitteilung vom 29.07.2004]. URL: <http://www.luebeck.de/aktuelles/presse/pressedienstarchiv/view/2004/7/040564LK/> [Stand: 09.04.2014].
- Hansestadt Lübeck (2004e): Kulturaktie: Finanzielle Unterstützung für Lübecks Bewerbung [Online-Pressemitteilung vom 20.10.2004]. URL: <http://www.luebeck.de/aktuelles/presse/pressedienstarchiv/view/2004/10/040795RK/> [Stand: 08.04.2014].
- Hansestadt Lübeck (2005): Kulturhauptstadt 2010: Unterlegen, aber dennoch gewonnen [Online-Pressemitteilung vom 10.03.2005]. URL: [http://www.luebeck.de/stadt\\_politik/presse/pressedienstarchiv/view/2005/3/050207RK/](http://www.luebeck.de/stadt_politik/presse/pressedienstarchiv/view/2005/3/050207RK/) [Stand: 09.04.2014].

- Hansestadt Lübeck (2006): Erfahrungen/Projektionen aus der Kulturhauptstadtbewerbung. In: Fachbereich Kultur. Kulturbüro. Bericht (für den Kulturausschuss), Seiten 1-11.
- Hansestadt Lübeck (2007): Der Siebte Turm der Wissenschaft. Lübeck bewirbt sich als Stadt der Wissenschaft 2009, Seiten 1-24 [Online-PDF]. URL: [http://www.luebeck.de/files/Broschuere\\_Luebeck.pdf](http://www.luebeck.de/files/Broschuere_Luebeck.pdf) [Stand: 06.11.2013].
- Hansestadt Lübeck (2008): Oldenburg gewinnt Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft 2009“ [Online-Pressemitteilung vom 28.02.2008]. URL: <http://www.luebeck.de/aktuelles/presse/pressedienstarchiv/view/2008/2/080166RK/> [Stand: 21.10.2013].
- Hansestadt Lübeck (2009a): Wissenschaftsmanagement bekommt ein neues Gesicht. [Online-Pressemitteilung vom 29.04.2009]. URL: [http://www.luebeck.de/stadt\\_politik/presse/pressedienstarchiv/view/2009/4/090278R/](http://www.luebeck.de/stadt_politik/presse/pressedienstarchiv/view/2009/4/090278R/) [Stand: 21.10.2013].
- Hansestadt Lübeck (2009b): Integriertes Stadtentwicklungskonzept. Anlagenband 1: Analyse zum ISEK, Seiten 1-184 [Online-PDF]. URL: [http://www.luebeck.de/files/isek/Anlagenband1\\_ISEK\\_Analyse.pdf](http://www.luebeck.de/files/isek/Anlagenband1_ISEK_Analyse.pdf) [Stand: 06.11.2013].
- Hansestadt Lübeck (2010): Integriertes Stadtentwicklungskonzept. ISEK. Fachbereich Planen und Bauen. In: Lübeck plant und baut, Heft 104, Dezember 2010.
- Hansestadt Lübeck (2011a): Managementplan. UNESCO Welterbestätte „Lübecker Altstadt“. In: Lübeck plant und baut, Heft 107, Seiten 1-85.
- Hansestadt Lübeck (2011b): Auftakt in die Finalphase Stadt der Wissenschaft 2012 [Online-Pressemitteilung vom 26.01.2011]. URL: <http://www.luebeck.de/aktuelles/presse/pressedienstarchiv/view/2011/1/110069R/> [Stand: 10.04.2014].
- Hansestadt Lübeck (2011c): Hanse trifft Humboldt. Stadt der Wissenschaft 2012. Bewerbung Hansestadt Lübeck, Seiten 1-25 [Online-PDF]. URL: [http://www.hanse-trifft-humboldt.de/images/stories/Presse\\_Media/BewerbungSDW\\_SCREEN.pdf](http://www.hanse-trifft-humboldt.de/images/stories/Presse_Media/BewerbungSDW_SCREEN.pdf) [Stand: 06.11.2013].
- Hansestadt Lübeck (2013): Ein Leitbild für Lübeck [Website von 2013]. URL: [http://www.luebeck.de/stadt\\_politik/rathaus/leitbild/](http://www.luebeck.de/stadt_politik/rathaus/leitbild/) [Stand: 21.10.2013].
- Hansestadt Lübeck (2014): Wissenschaftsmanagement Lübeck [Website von 2014]. URL: <http://www.wissen.luebeck.de/initiative/index.html> [Stand: 09.04.2014].
- Immobilienzeitung (2005): Ferien mit Sauna inklusive [Online-Artikel vom 02.06.2005]. URL: <http://www.immobilien-zeitung.de/45593/ferien-mit-sauna-inklusive> [Stand: 08.04.2014].
- Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (2004): Regionalplan 2004 für den Planungsraum II - Schleswig-Holstein Ost - Kreisfreie Stadt Lübeck, Kreis Ostholstein, Seiten 1-88 [Online-PDF]. URL: [http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Service/Broschueren/BroschuerenLaPla/Plaene/RegPlanII\\_\\_blob=publicationFile.pdf](http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Service/Broschueren/BroschuerenLaPla/Plaene/RegPlanII__blob=publicationFile.pdf) [Stand: 06.11.2013].

- Klaßen, Iris (2011): Eine Stadt kämpft für die Wissenschaft. Lübeck. In: Lisowski, Rainer; Meyer, Clas; Schmidt, Matthias; Spitzer-Ewersmann, Claus; Wesselmann, Stefanie (2011): Wissensbasierte Stadtentwicklung. 16 Beispiele aus der Praxis. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Essen, Seiten 112-117
- Koretzky, Christine (2012): Hansestadt Lübeck – Herausforderung Welterbe. Anforderungen am Beispiel von Windkräfteinigungsgebieten. In: Planerin. Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung, Heft 12, Seiten 35-37.
- Landesregierung Schleswig-Holstein (2002): Klaus Buß zur Olympiabewerbung - Wir brauchen eine Aufbruchstimmung - Kampagne für das Sportland Schleswig-Holstein [Online-Pressemitteilung vom 06.02.2002]. URL: [http://www.schleswig-holstein.de/ArchivSH/PI/IM/2002/olympiabewerbung\\_im\\_060202.html](http://www.schleswig-holstein.de/ArchivSH/PI/IM/2002/olympiabewerbung_im_060202.html) [Stand: 08.04.2014].
- Lübeck und Travemünde Marketing GmbH (2005): nord-Interview mit Gerd Rischau. [Online-Pressemitteilung vom 21.04.2005]. URL: <http://www.luebeck-tourismus.de/service/news/2005/news/detail/News/nord-interview-mit-gerd-rischau.html> Stand: 21.10.2013].
- Lübecker Nachrichten (2004): 3sat: Lübeck konserviert den Geist von gestern. Lübeck ist nach dem Urteil des Fernsehsenders 3sat als Kulturhauptstadt Europas 2010 nicht geeignet [Online-Artikel vom 15.07.2004]. URL: [http://www.kultur2010.de/news/luebeck\\_160704\\_2.html](http://www.kultur2010.de/news/luebeck_160704_2.html) [Stand: 09.04.2014].
- Lübecker Nachrichten (2008): Lübeck bereitet sich auf eine zweite Bewerbung als „Stadt der Wissenschaft“ vor [Online-Artikel vom 06.12.2008]. URL: <http://www.in-online.de/artikel/2508293> [Stand: 09.04.2014].
- Lübecker Nachrichten (2013): Nach über zwei Jahren: Aalhof-Gelände wird bald bebaut [Online-Artikel vom 05.06.2013]. URL: <http://www.in-online.de/Lokales/Luebeck/Nachueber-zwei-Jahren-Aalhof-Gelaende-wird-bald-bebaut> [Stand: 09.04.2014].
- Metropolregion Hamburg (2012): Festakt zur Erweiterung: Wir erweitern den Horizont. [Online-Pressemitteilung vom 20.04.2012]. URL: <http://metropolregion.hamburg.de/presse/3376660/2012-04-20-erweiterung-mrh.html> [Stand: 21.10.2013].
- Mildner, Raimund; Rischau, Gerd; Taurit, Rudolf (2009): Wissenschaftsmanagement für Lübeck. In: Lübeckische Blätter, Heft 10, 174. Jahrgang, 16.05.2009, Seiten 145-146.
- Mitteldeutsche Zeitung (2003): Rostock ist der Konkurrenz davon gesehelt. Olympia 2012. [Online-Artikel vom 13.04.2003]. URL: <http://www.mz-web.de/sport/olympia-2012-rostock-ist-der-konkurrenz-davongesehelt,20641306,19747492.html> [Stand: 19.07.2013].
- Musikhochschule Lübeck (2014): Buxtehude Orgelwettbewerb Lübeck [Website von 2014]. URL: <https://www.mh-luebeck.de/studium/stipendien-und-wettbewerbe/wettbewerbe/> [Stand: 09.04.2014].
- Nordwest-Zeitung Online (NWZ) (2008): Wettbewerb. Bewerbungskomitee hofft auf „Mann beißt Hund“ [Online-Artikel vom 16.02.2008]. URL: [http://www.nwzonline.de/oldenburg/bildung/bewerbungskomitee-hofft-auf-mann-beisst-hund\\_a\\_3,1,256693356.html](http://www.nwzonline.de/oldenburg/bildung/bewerbungskomitee-hofft-auf-mann-beisst-hund_a_3,1,256693356.html) [Stand: 21.10.2013].
- Regionalbeirat für die Region Lübeck (2003): Entwicklungskonzept Region Lübeck (ERL). Leitbild und Handlungsrahmen, Seiten 1-130 [Online-PDF]. URL: <http://www.westmecklenburg-schwerin.de/media/regionaler-planungsverband-westmecklenburg/downloads/konzepte/textfassung.pdf> [Stand: 06.11.2013].

## Münster

- Bezirksregierung Münster (2004a): Regionale 2004. Hintergrund [Website von 2004]. URL: <http://www.regionale2004.de/index.php?agt=c&page=2> [Stand: 27.11.2013].
- Bezirksregierung Münster (2004b): Kulturforum Westfalen – Museum für Gegenwartskunst [Website von 2004]. URL: <http://www.regionale2004.de/index.php?agt=c&spage=7&page=4&proid=5> [Stand: 27.11.2013].
- Echo Münster (2009): Wissenschaft in Alltagsphänomen: "Wissenschaftsbox" tourt bald durchs Münsterland [Online-Pressemitteilung vom 05.04.2009]. URL: <http://www.echo-muenster.de/node/50285> [Stand: 27.03.2014].
- Hauff, Thomas (2003): Braucht Münster ein neues Image? Empirische Befunde zum Selbst- und Fremdbild als Grundlage eines Integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzeptes. In: Bischoff, Carola; Krajewski (Hrsg.) (2003): Beiträge zur geografischen Stadt- und Regionalforschung. Festschrift für Heinz Heineberg. Münster, Seiten 43-56.
- Landesregierung Nordrhein-Westfalen (2013): Nordrhein-Westfalen entdecken: Das Münsterland [Website von 2013]. URL: <http://www.nrw.de/nordrhein-westfalen/land-und-leute/muensterland.html> [Stand: 27.11.2013].
- News aktuell (2009): 'Capital'-Ranking zu Wirtschaftsperspektiven: 60 deutsche Städte im Test - Hamburg verdrängt München von der Spitze [Online-Artikel vom 21.07.2009]. URL: [Stand: 27.03.2014].
- Rat der Stadt Münster (2002a): Bewerbung der Stadt Münster als Europäische Kulturhauptstadt 2010 - Zwischenbericht -. In: Vorlagen-Nr.: 484/2002 vom 16.05.2002, Seiten 1-4.
- Rat der Stadt Münster (2002b): Chance nutzen - Bewerbung Münsters als Kulturhauptstadt Europas 2010. In: Antrag an den Rat der Stadt Münster vom 4.11.2002, Seiten 1-2.
- Rat der Stadt Münster (2002c): Antrag der SPD-Fraktion an den Rat (30/2002) vom 05.11.2002. Chance nutzen - Bewerbung Münster als Kulturhauptstadt Europas 2010 -. In: Vorlagen-Nr.: 1111/2002 vom 21.11.2002, Seiten 1-2.
- Rat der Stadt Münster (2002d): Bewerbung der Stadt Münster als Europäische Kulturhauptstadt 2010 hier: Erarbeitung eines Bewerbungskonzepts. In: Vorlagen-Nr.: 1112/2002 vom 21.11.2002, Seiten 1-11.
- Rat der Stadt Münster (2003a): Wettbewerb "Stadt der Wissenschaft 2005" des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. Antrag Nr. 19/2003 vom 03.06.2003 "Wissenschaftsstadt Münster - Impulse für eine zukunftsgerichtete Standortpolitik" der SPD-Fraktion. In: Öffentliche Beschlussvorlage an den Haupt- und Finanzausschuss mit der Vorlagen-Nr.: 693/2003 vom 13.08.2003, Seiten 1-5.
- Rat der Stadt Münster (2003b): Bewerbung der Stadt Münster als Kulturhauptstadt 2010. In: Öffentliche Beschlussvorlage an den Rat mit der Vorlagen-Nr.: 21/2004 vom 23.12.2003, Seiten 1-3.
- Rat der Stadt Münster (2004a): Bewerbung der Stadt Münster als Kulturhauptstadt 2010. In: Öffentliche Beschlussvorlage an den Rat mit der Vorlagen-Nr.: 214/2004 vom 04.03.2004, Seiten 1-3.

- Rat der Stadt Münster (2004b): Integriertes Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzept Münster (ISM) Münster-Profil, Leitorientierungen und Leitprojekte. In: Öffentliche Beschlussvorlage an den Rat mit der Vorlagen-Nr.: 118/2004 vom 10.03.2004, Seiten 1-10.
- Rat der Stadt Münster (2004c): Anlage 3. Umsetzung der ISM-Leitorientierungen durch Leitprojekte. In: Öffentliche Beschlussvorlage an den Rat mit der Vorlagen-Nr.: 118/2004 vom 10.03.2004, Seiten 1.
- Rat der Stadt Münster (2004d): Münster - Kulturstadt von internationalem Renommee. Für eine Profilierung im Kulturbereich auch nach der gescheiterten Kulturhauptstadtbewerbung. In: Ratsantrag vom 28.06.2004, Seiten 1-2.
- Rat der Stadt Münster (2007): Erstes Münsteraner Zukunftsgespräch (08.09.2006) „Münster – Mit Wissen erfolgreich im Standortwettbewerb“ – Ergebnisse und Konsequenzen. In: Öffentliche Beschlussvorlage mit der Vorlagen-Nr.: V0113/2007 vom 20.04.2007, Seiten 1-9.
- Rat der Stadt Münster (2008a): Konzertierte Aktion Wissenschaftsstadt Münster - Sachstandsbericht. In: Öffentliche Beschlussvorlage mit der Vorlagen-Nr.: V/0393/2008 vom 06.05.2008, Seiten 1-4.
- RP Online (2004): Einstimmiges Votum für Essen. „Kulturhauptstadt 2010“: NRW schickt Essen ins Rennen [Online-Artikel vom 20.05.2004]. URL: <http://www.rp-online.de/kultur/kulturhauptstadt-2010-nrw-schickt-essen-ins-rennen-aid-1.2066126> [Stand: 19.11.2013].
- Stadt Münster (2002a): Münster als Kulturhauptstadt [Online-Pressemitteilung vom 29.05.2002]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/395407> [Stand: 21.11.2013].
- Stadt Münster (2002b): Kulturhauptstadt Europas 2010: Münster will sich bewerben. [Online-Pressemitteilung vom 6.12.2002]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/480496> [Stand: 21.11.2013].
- Stadt Münster (2003a): Kulturhauptstadt Europas 2010 [Online-Pressemitteilung vom 30.07.2003]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/551706> [Stand: 21.11.2013].
- Stadt Münster (2003b): Kulturhauptstadt-Bewerbung unterstützt Europäische Idee. [Online-Pressemitteilung vom 05.12.2003]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/562527> Stand: 21.11.2013].
- Stadt Münster (2003c): Multitalent Münster. Münsters Beitrag zum Wettbewerb des Stifterverbandes „Stadt der Wissenschaft 2005“. Das Konzept, Seiten 1-20. [Online-PDF]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/pdf/SdW-Konzept-END.pdf> [Stand: 21.11.2013].
- Stadt Münster (2003d): Multitalent Münster. Münsters Beitrag zum Wettbewerb des Stifterverbandes „Stadt der Wissenschaft 2005“. Die Details. Projekt-Steckbriefe, Daten, Informationen, Seiten 1-40 [Online-PDF]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/pdf/SdW-AnhangEND.pdf> [Stand: 21.11.2013].



- Stadt Münster (2004a): Münster ist ein wissenschaftliches Multitalent [Online-Pressemitteilung vom 12.01.2004]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/564632> [Stand: 21.11.2013].
- Stadt Münster (2004b): Bürger und Politik stellen Weichen für Münster als "Stadt der Wissenschaft und Lebensart" [Online-Pressemitteilung vom 16.03.2004]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/569990> [Stand: 27.11.2013].
- Stadt Münster (2004c): Gespräche zur Kulturhauptstadt [Online-Pressemitteilung vom 22.03.2004]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/570638> [Stand: 21.11.2013].
- Stadt Münster (2004d): Münster. Kulturhauptstadt für Europa 2010. Warum wir uns bewerben! Münster, Seiten 1-54.
- Stadt Münster (2004e): Münsters Qualitäten stellen sich vor. Münster, Seiten 1-61.
- Stadt Münster (2004f): „Jazzarchäologie“ im Kulturklub.2010 [Online-Pressemitteilung vom 12.07.2004]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/580100> [Stand: 21.11.2013].
- Stadt Münster (2004g): Stadt der Wissenschaft 2006: Bewerbungsteam steht [Online-Pressemitteilung vom 28.07.2004]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/581312> [Stand: 19.11.2013].
- Stadt Münster (2004h): Kulturstadt-Panorama in Wort, Bild und Ton [Online-Pressemitteilung vom 26.08.2004]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/583311> [Stand: 21.11.2013].
- Stadt Münster (2004i): Ideen für die Stadt der Wissenschaft [Online-Pressemitteilung vom 15.10.2004]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/587956> [Stand: 21.11.2013].
- Stadt Münster (2004j): Wissen\_schafft\_Münster. Münsters Beitrag zum Wettbewerb des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft „Stadt der Wissenschaft 2006“, Seiten 1-20 [Online-PDF]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/pdf/SdW-2006-END.pdf> [Stand: 21.11.2013].
- Stadt Münster (2004k): "Wissen schafft Münster": Über 100 Projekte von 30 Partnern [Online-Pressemitteilung vom 05.11.2004]. URL: <http://www.presse-service.de/data.cfm/static/589760.html> [Stand: 21.11.2013].
- Stadt Münster (2004l): Vom Schreibtisch Westfalens zur Europäischen Wissenschaftsstadt [Online-Pressemitteilung vom 26.11.2004]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/591614> [Stand: 19.11.2013].
- Stadt Münster (2004m): Zukunft macht Geschichte. Fundament. Profil. Ziele und Leitorientierungen für Münster, Seiten 1-4 [Online-PDF]. URL: [http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/pdf/Zukunft\\_macht\\_Geschichte.pdf](http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/pdf/Zukunft_macht_Geschichte.pdf) [Stand: 27.11.2013].

- Stadt Münster (2005a): Stadt der Wissenschaft: Münster nicht im Finale [Online-Pressemitteilung vom 11.01.2005]. URL: <http://www.presse-service.de/data.cfm/static/594819.html> [Stand: 27.03.2014].
- Stadt Münster (2005b): Rückenwind für Münster [Online-Pressemitteilung vom 22.12.2005]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/623336> [Stand: 27.03.2014].
- Stadt Münster (2006): Konzertierte Aktion Wissenschaftsstadt [Online-Pressemitteilung vom 08.09.2006]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/644927> [Stand: 27.03.2014].
- Stadt Münster (2007): Skulptur-Projekte im Spiegel der Presse [Online-Pressemitteilung vom 02.07.2007]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/668946> [Stand: 26.03.2014].
- Stadt Münster (2008): Oberbürgermeister regt "Kultursommer 2010" an [Online-Pressemitteilung vom 25.04.2008]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/694672> [Stand: 26.03.2014].
- Stadt Münster (2009): OB: Hervorragende Platzierung bestätigt Münster als Wissenschaftsstadt [Online-Pressemitteilung vom 21.07.2009]. URL: <http://www.presse-service.de/data.cfm/static/735730.html> [Stand: 27.03.2014].
- Stadt Münster (2010a): Allianz für die Wissenschaft [Online-Pressemitteilung vom 26.03.2010]. URL: <http://www.presse-service.de/data.cfm/static/758207.html> [Stand: 27.11.2013].
- Stadt Münster (2010b): Münster startet in ein spannendes XXL-Kulturprogramm [Online-Pressemitteilung vom 17.04.2010]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/759829> [Stand: 26.03.2014].
- Stadt Münster (2011): Mehr Touristen für Münster [Online-Pressemitteilung vom 17.02.2011]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/presseservice/custom/news/show/787710> [Stand: 26.03.2014].
- Stadt Münster (2013a): Wissenschaftsstadt Münster [Website o. J.]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/strategie-wissenschaft.html> [Stand: 21.11.2013].
- Stadt Münster (2013b): Strategische Regionalentwicklung: Stadt und Umland arbeiten zusammen [Website o. J.]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/strategie-region.html> [Stand: 27.11.2013].
- Stadt Münster (2013c): Mitarbeit in der EUREGIO und im „Städtedreieck“ [Website o. J.]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/strategie-euregio.html> [Stand: 27.11.2013].
- Stadt Münster (2014): Das Integrierte Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzept (ISM): Quo vadis Münster? [Website o. J.]. URL: <http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/strategie-ism.html> [Stand: 26.03.2014].

Westfälische Wilhelms-Universität Münster (2004): Portable Forschung [Online-Pressemitteilung vom 13.10.2004]. URL: <http://www.uni-muenster.de/unizeitung/2004/5-14.html> [Stand: 27.03.2014].

## Oldenburg

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (2013): Fliegerhorst Oldenburg [Website o. J.]. URL: [http://konversion-oldenburg.bundesimmobilien.de/131464/Fliegerhorst\\_Oldenburg](http://konversion-oldenburg.bundesimmobilien.de/131464/Fliegerhorst_Oldenburg) [Stand: 12.11.2013].

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (2004): Oldenburg Stadt der Wissenschaft? Kommune bewirbt sich mit der „Blauen Banane“ beim Stifterverband [Website von 2004]. URL: <http://www.presse.uni-oldenburg.de/uni-info/2004/1/hochpol.htm> [Stand: 11.11.2013].

Lisowski, Rainer (2011): Eine Stadt neu positionieren. Oldenburg. In: Lisowski, Rainer; Meyer, Clas, Schmidt, Matthias; Spitzer-Ewersmann, Claus; Wesselmann, Stefanie (Hrsg.) (2011): Wissensbasierte Stadtentwicklung. 16 Beispiele aus der Praxis. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Essen. Seiten 118-123.

Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e. V. (2011): Handlungsrahmen 2010-2013 für die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten, Seiten 1-13 [Online-PDF]. URL: [https://www.landkreis-osna-brueck.de/sites/default/files/downloads/2010\\_02\\_16\\_endfassung\\_handlungsrahmen\\_0.pdf](https://www.landkreis-osna-brueck.de/sites/default/files/downloads/2010_02_16_endfassung_handlungsrahmen_0.pdf) [Stand: 12.11.2013].

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (2013): Metropolregion Bremen-oldenburg [Website von 2013]. URL: [http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation\\_id=15260&article\\_id=614-00&\\_psmand=33](http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=15260&article_id=614-00&_psmand=33) [Stand: 29.07.2013].

Oldenburg Tourismus und Marketing GmbH (2014): Route der Gartenkultur. Die Gärten. URL: <http://www.route-der-gartenkultur.de/DE/Garten/Suchergebnis.php?Garten=&Region=%2FGarten%2FRegion%2FOldenburg&suchen.x=38&suchen.y=2> [Stand: 10.04.2014].

Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen (2003): Handlungsrahmen 2003/04, Seiten 1-8 [Online-PDF]. URL: <http://www.frischkoepfe.de/medien/dokumente/handlungsrahmen30.6.03.pdf> [Stand: 12.11.2013].

Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen (2006): Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten. Handlungsrahmen 2005-2007, Seiten 1-16 [Online-PDF]. URL: [http://www.frischkoepfe.de/medien/dokumente/handlungsrahmen\\_mr\\_2005\\_2007.pdf](http://www.frischkoepfe.de/medien/dokumente/handlungsrahmen_mr_2005_2007.pdf) [Stand: 12.11.2013].

Stadt Oldenburg (1996): Flächennutzungsplan 1996. Erläuterungsbericht, Seiten 1-152 [Online-PDF]. URL: <http://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/40/400/Internet/BERICH.PDF> [Stand: 12.11.2013].

Stadt Oldenburg (1999): Flugfelder neu bestellen. Vom historischen Fliegerhorst zum modernen Landschaftspark. Oldenburg.

- Stadt Oldenburg (2007a): Wir werden Stadt der Wissenschaft. Konzeptionelle Vorüberlegungen [Powerpoint-Präsentation]. Oldenburg, Seiten 1-14.
- Stadt Oldenburg (2007b): Talente. Toleranz. Technologie. Übermorgenstadt. Wir bewerben uns! Stadt der Wissenschaft 2009. Oldenburg, Seiten 1-24 [Online-PDF]. URL: [http://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/01/Stadt\\_der\\_Wissenschaft/bewerbung\\_stadt\\_der\\_wissenschaft.pdf](http://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/01/Stadt_der_Wissenschaft/bewerbung_stadt_der_wissenschaft.pdf) [Stand: 12.11.2013].
- Stadt Oldenburg (2009): Machbarkeitsstudie Konversionsflächen im Kontext des Immobilienmarktes der Stadt Oldenburg. Teil A Grunddatenanalyse, Seiten 1-99 [Online-PDF]. URL: [http://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/40/400/Internet/Gutachten\\_Teil\\_A-1.pdf](http://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/40/400/Internet/Gutachten_Teil_A-1.pdf) [Stand: 12.11.2013].
- Stadt Oldenburg (2012): step2025. Stadtentwicklungsprogramm Übermorgenstadt. Perspektive für Oldenburg, Seiten 1-156 [Online-PDF]. URL: [http://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/40/400/step\\_2025/step2025\\_Entwurf.pdf](http://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/40/400/step_2025/step2025_Entwurf.pdf) [Stand: 12.11.2013].
- Stadt Oldenburg (2013): Stadt kauft Restfläche des ehemaligen Fliegerhorstes. Einmalige Chance für die strategische Stadtentwicklung der nächsten Jahrzehnte [Online-Pressemitteilung vom 28.10.2013]. URL: [http://konversion-oldenburg.bundesimmobilien.de/645463/pressemitteilung\\_stadtoldenburg.pdf](http://konversion-oldenburg.bundesimmobilien.de/645463/pressemitteilung_stadtoldenburg.pdf) [Stand: 11.04.2014].
- Stadt Oldenburg (2014): Fliegerhorst: Koexistenz von Ökoenergie und familiärem Wohnen [Website von 2014]. URL: <http://www.oldenburg.de/microsites/stadtplanung/aktuelles/fliegerhorst.html> [Stand: 10.04.2014].
- Stadtrat Oldenburg (1999): Bundesgartenschau auf dem Fliegerhorstgelände. In: Niederschrift Nr.6/99 über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Oldenburg am Dienstag, 16.03.1999, Seiten 11-16.
- Stadtrat Oldenburg (2002a): Bundesgartenschau in Oldenburg. In: Vorlage mit Vorlagen-Nr.: 02/0852, Seiten 1-3.
- Stadtrat Oldenburg (2002b): Bundesgartenschau in Oldenburg. Vorlage 02/0852. In: Niederschrift Nr. 09/02 über die Sitzung des Rates der Stadt Oldenburg am Montag, 18.11.2002, Seiten 1-17.
- Stadtrat Oldenburg (2007a): Wir werden Stadt der Wissenschaft. Konzeptionelle Vorüberlegungen [PowerPoint-Präsentation]. In: Ausschuss für Wirtschaftsförderung und regionale Zusammenarbeit vom 7.5.2007, Seiten 1-14.
- Stadtrat Oldenburg (2007b): Oldenburg bewirbt sich als „Stadt der Wissenschaft 2009“ [PowerPoint-Präsentation]. In: Kulturausschuss vom 19.06.2007, Seiten 1-25.
- Stadtrat Oldenburg (2008): Stadt der Wissenschaft. In: Niederschrift über die öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschuss für Wirtschaftsförderung und regionale Zusammenarbeit mit der Nr. RegZ 02/08 vom 03.03.2008, Seiten 1-5.
- Stadtrat Oldenburg (2010): Projekte und Aufgaben der Stabsstelle "Wissenschaftliche Angelegenheiten". In: Ausschuss für Wirtschaftsförderung und regionale Zusammenarbeit mit Vorlage Nr. 10/0306 vom 03.05.2010, Seiten 1-3.
- taz (2007): Denkt und sammelt! [Online-Artikel vom 30.05.2007]. URL: <http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2007/05/30/a0021> [Stand: 10.04.2014].

## Potsdam

- Balderjahn, Ingo; Mennicken, Claudia (1996): Handelsmarketing und städtische Handelsentwicklung: Untersucht am Beispiel Potsdam. In: Lehr- und Forschungsbericht Nr. 5/1996, Seiten 1-66.
- Der Tagesspiegel (2007): Jena ist "Stadt der Wissenschaft 2008" [Online-Artikel vom 21.03.2007]. URL <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/wissenschaft-jena-ist-stadt-der-wissenschaft-2008/825456.html> [Stand: 27.11.2013].
- Die Welt (2003): Brandenburg-Tag 2003 im Zeichen der Wissenschaft [Online-Artikel vom 29.01.2003]. URL: <http://www.welt.de/print-welt/article357367/Brandenburg-Tag-2003-im-Zeichen-der-Wissenschaft.html> [Stand: 29-11-2013].
- Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH (2004a): Potsdam 2010. Kulturhauptstadt Europas 2010 Potsdam weckt Visionen. Potsdam, Seiten 1-105.
- Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH (2004b): Potsdam. Eine Dokumentation. Potsdam, Seiten 105-162
- Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH (2005): Positive Bilanz der Kulturhauptstadt Potsdam 2010 [Pressemitteilung vom 17.03.2005].
- Land Brandenburg (2004): Kulturhauptstadt Europas 2010: Potsdam übergibt Bewerbung an Auswärtiges Amt [Online-Pressemitteilung vom 02.07.2004]. URL: [http://www.mwe.brandenburg.de/sixcms/list.php?page=portal\\_search\\_site&sv%25Bvt%255D=bbi&skip=14040](http://www.mwe.brandenburg.de/sixcms/list.php?page=portal_search_site&sv%25Bvt%255D=bbi&skip=14040) [Stand: 27.11.2013].
- Landeshauptstadt Potsdam (2005): Aufsichtsrat der Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH tagte [Online-Pressemitteilung vom 14.06.2005]. URL: <http://www.potsdam.de/content/304-aufsichtsrat-der-kulturhauptstadt-potsdam-2010-gmbh-tagte> [Stand: 11.04.2014].
- Landeshauptstadt Potsdam (2006a): Workshop zur Bewerbung als „Stadt der Wissenschaft 2008“ [Online-Pressemitteilung vom 23.08.2006]. URL: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10029195/316527/> [Stand: 28.11.2013].
- Landeshauptstadt Potsdam (2006b): Regionaler Wachstumskern Landeshauptstadt Potsdam. Standortentwicklungskonzept, Seiten 1-70 [Online-PDF]. URL: [http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10027540\\_996229/b3c1d601/12-SEK%20Potsdam%20010906\\_.pdf](http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10027540_996229/b3c1d601/12-SEK%20Potsdam%20010906_.pdf) [Stand: 28.11.2013].
- Landeshauptstadt Potsdam (2006c): Potsdam 2008 Stadt der Wissenschaft. Wellen. Wetter. Wunder, Seiten 1-29 [Online-PDF]. URL: [http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10030683\\_316527/5e903ae4/Bewerbungsschrift.pdf](http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10030683_316527/5e903ae4/Bewerbungsschrift.pdf) [Stand: 28.11.2013].
- Landeshauptstadt Potsdam (2006d): Bewerbungsunterlagen für „Stadt der Wissenschaft 2008“ abgegeben [Online-Pressemitteilung vom 30.10.2006]. URL: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10030683/316527/> [Stand: 28.11.2013].
- Landeshauptstadt Potsdam (2007a): Welcome-Center im Potsdamer Stadthaus eröffnet [Online-Pressemitteilung vom 17.03.2007]. URL: <http://www.potsdam.de/content/137-welcome-center-im-potsdamer-stadthaus-eroeffnet> [Stand: 15.04.2014].
- Landeshauptstadt Potsdam (2007b): Glückwunsch an Jena. Potsdam ist zweier Sieger im Wettbewerb um den Titel „Stadt der Wissenschaften 2008“ [Online-Pressemitteilung vom 21.03.2007]. URL: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10033535/469047/> [Stand: 28.11.2013].

- Landeshauptstadt Potsdam (2007c): Integriertes Stadtentwicklungskonzept, Seiten 1-158 [Online-PDF]. URL: [http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10027540\\_996229/24be6604/23-11-07\\_INSEK\\_Potsdam\\_.pdf](http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10027540_996229/24be6604/23-11-07_INSEK_Potsdam_.pdf) [Stand: 28.11.2013].
- Landeshauptstadt Potsdam (2007d): Landeshauptstadt Potsdam vergibt 1. Potsdamer Nachwuchs-Wissenschaftspreis an Dr. Christian David Ott [Online-Pressemitteilung vom 14.12.2007]. URL: <http://www.potsdam.de/content/744-landeshauptstadt-potsdam-vergibt-1-potsdamer-nachwuchs-wissenschaftspreis-dr-christian> [Stand: 15.04.2014].
- Landeshauptstadt Potsdam (2008): Bilanz und Ausblick „Wissensstadt Potsdam“ [Online-Pressemitteilung vom 25.02.2008]. URL: <http://www.potsdam.de/content/083-bilanz-und-ausblick-wissensstadt-potsdam> [Stand: 15.04.2014].
- Landeshauptstadt Potsdam (2009): Regionaler Wachstumskern Landeshauptstadt Potsdam. Standortentwicklungskonzept, Seiten 1-33 [Online-PDF]. URL: [http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10027540\\_996229/4962d16f/RWK\\_Potsdam\\_Statusbericht\\_2009\\_komplett.pdf](http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10027540_996229/4962d16f/RWK_Potsdam_Statusbericht_2009_komplett.pdf) [Stand: 28.11.2013].
- Landeshauptstadt Potsdam (2009b): „Wissensspeicher“ – Zukunftsorientiertes Konzept für Volkshochschule und Bibliothek [Online-Pressemitteilung vom 14.08.2009]. URL: <http://www.potsdam.de/content/430-wissensspeicher-zukunftsorientiertes-konzept-fuer-volkshochschule-und-bibliothek> [Stand: 15.04.2014].
- Landeshauptstadt Potsdam (2013a): Auf geht's Potsdam [Online-Pressemitteilung vom 28.07.2013]. URL: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/14736360/1560816/> [Stand: 29.11.2013].
- Landeshauptstadt Potsdam (2013b): Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH i. L. [Website von 2013]. URL: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10047682/721682/> [Stand: 27.11.2013].
- Landeshauptstadt Potsdam (2013c): Themenjahre verhelfen Potsdam zu mehr Ansehen, Attraktivität und Stärkung bürgerschaftlichen Engagements [Website o. J.]. URL: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10002409/356146/> [Stand: 29.11.2013].
- Landeshauptstadt Potsdam (2014): Stadt Forum Potsdam [Website o. J.]. URL: <http://www.potsdam.de/content/stadt-forum-potsdam> [Stand: 14.04.2014].
- Mitteldeutsche Zeitung (2004): Bewerbungen wurden im Auswärtigen Amt übergeben [Online-Artikel vom 02.07.2004]. URL: <http://www.mz-web.de/kultur---medien/europaeische-kulturhauptstadt-2010-bewerbungen-wurden-im-auswaertigen-amt-uebergeben,20642198,19359322.html> [Stand: 27.11.2013].
- Potsdam Media International e. V. (2014): Über M 100 [Website von 2014]. URL: <http://www.m100potsdam.org/m100-de/ueber-m100.html> [Stand: 14.04.2014].
- Potsdamer Neueste Nachrichten (PNN) (2003a): Kulturhauptstadt: Projektmanager soll Fahrplan in Bewegung bringen. Posten ausgeschrieben. Bewerbung muss bis April 2004 fertig sein [Online-Artikel vom 25.10.2003]. URL: <http://www.pnn.de/potsdam/103763/> [Stand: 27.11.2013].
- Potsdamer Neueste Nachrichten (PNN) (2003b): Bewerbung zur Wissenschaftsstadt auf der Kippe. Stadt Potsdam erwägt eine Verschiebung auf 2006 [Online-Artikel vom 15.11.2003]. URL: <http://www.pnn.de/titelseite/126150/> [Stand: 27.11.2013].

- Potsdamer Neueste Nachrichten (PNN) (2003c): Reiche: Verschiebung ist „falsches Signal“ [Online-Artikel vom 01.12.2003]. URL: <http://www.pnn.de/potsdam/102698/> [Stand: 27.11.2013].
- Potsdamer Neueste Nachrichten (PNN) (2003d): „Deutsche Wissenschaftshauptstadt“ [Online-Artikel vom 24.12.2003]. URL: <http://www.pnn.de/titelseite/140660/> [Stand: 27.11.2013].
- Potsdamer Neueste Nachrichten (PNN) (2004a): Wissenschaftsstadt 2006 im Fokus [Online-Artikel vom 24.06.2004]. URL: <http://www.pnn.de/potsdam/95226/> [Stand: 27.11.2013].
- Potsdamer Neueste Nachrichten (PNN) (2004b): Einzigartigkeit und Vernetzung. Die Werbberschrift zur Wissenschaftsstadt 2006 [Online-Artikel vom 03.11.2004]. URL: <http://www.pnn.de/campus/90595/> [Stand: 27.11.2013].
- Potsdamer Neueste Nachrichten (PNN) (2005a): Potsdam 2006 keine Wissenschaftsstadt [Online-Artikel vom 12.01.2005]. URL: <http://www.pnn.de/politik/88986/> [Stand: 28.11.2013].
- Potsdamer Neueste Nachrichten (PNN) (2005b): Unternehmer nicht ernst genommen? Wirtschaft kritisiert Kulturhauptstadt 2010 [Online-Artikel vom 23.02.2005]. URL: <http://www.pnn.de/potsdam/87681/> [Stand: 27.11.2013].
- Potsdamer Neueste Nachrichten (PNN) (2005c): Hausaufgaben für die Stadt [Online-Artikel vom 23.03.2005]. URL: <http://www.pnn.de/campus/87080/> [Stand: 15.04.2014].
- Potsdamer Neueste Nachrichten (PNN) (2005d): Weltweites Kultur-Marketing oder Auflösung [Online-Artikel vom 06.04.2005]. URL: [Stand: 27.11.2013].
- Potsdamer Neueste Nachrichten (PNN) (2005e): Kein Bedarf für 2010-GmbH Moritz van Dülmen empfiehlt für Kulturmarketing eine neu zu gründende GmbH [Online-Artikel vom 13.05.2005]. URL: [Stand: 11.04.2014].
- Potsdamer Neueste Nachrichten (PNN) (2006): Spannungsbögen herstellen [Online-Artikel vom 30.08.2006]. URL: <http://www.pnn.de/campus/111272/> [Stand: 15.04.2014].
- Potsdamer Neueste Nachrichten (PNN) (2007): „Welcome-Center“ eröffnet [Online-Artikel vom 17.03.2007]. URL: <http://www.pnn.de/potsdam/52046/> [Stand: 15.04.2014].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (2009): Landesentwicklungsplanung Berlin-Brandenburg (LEP B-B), Seiten, 1-100 [Online-PDF]. URL: [http://gl.berlin-brandenburg.de/imperia/md/content/bb-gl/landesentwicklungsplanung/lep\\_bb\\_broschuere.pdf](http://gl.berlin-brandenburg.de/imperia/md/content/bb-gl/landesentwicklungsplanung/lep_bb_broschuere.pdf) [Stand: 28.11.2013].
- Stadt Forum Potsdam (1999): STADT FORUM POTSDAM - Ein neuer Weg zum Konsens in der Potsdamer Stadtentwicklung, Seiten 1-23 [Online-PDF]. URL: [http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10034582\\_520300/a27f88c7/1998\\_StadtForumPotsdam.pdf](http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10034582_520300/a27f88c7/1998_StadtForumPotsdam.pdf) [Stand: 29.11.2013].
- Stadt Forum Potsdam (2002): STADT FORUM POTSDAM. Dokumentation 2001, Seiten 1-24 [Online-PDF]. URL: [http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10034582\\_520300/ab2a8c01/2001\\_StadtForumPotsdam.pdf](http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10034582_520300/ab2a8c01/2001_StadtForumPotsdam.pdf) [Stand: 29.11.2013].
- Stadt Forum Potsdam (2003): STADT FORUM POTSDAM. Dokumentation 2002, Seiten 1-23 [Online-PDF]. URL: [http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10034582\\_520300/fa2a6d7e/2002\\_StadtForumPotsdam.pdf](http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10034582_520300/fa2a6d7e/2002_StadtForumPotsdam.pdf) [Stand: 29.11.2013].

- Stadt Forum Potsdam (2006): STADT FORUM POTSDAM. Dokumentation 2005, Seiten 1-23 [Online-PDF]. URL: [http://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2005\\_StadtForumPotsdam.pdf](http://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2005_StadtForumPotsdam.pdf) [Stand: 14.04.2014].
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2001): Bewerbung Brandenburg-Tag 2003. In: Beschlussvorlage mit der Vorlagen –Nr.: 01/SVV/060 vom 24.01.2001, Seiten 1-5.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2002a): Leitlinien der Stadtentwicklung Potsdam. In: Beschlussvorlage mit der Drucksache-Nr. 02/SVV0389 vom 19.04.2002, Seiten 1-4
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2002b): Europäische Kulturhauptstadt 2010. In: Antrag mit der Drucksache-Nr.: 02/SVV/0342 vom 23.04.2002, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2002c): Leitbild für die Entwicklung der Landeshauptstadt Potsdam. In: Beschlussvorlage mit der Drucksache-Nr.: 02/SVV/0608 vom 25.07.2002, Seiten 1-7.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2003a): Potsdam als Kulturhauptstadt Europas. In: Mitteilungsvorlage mit der Drucksache Nr.: 03/SVV/0049 vom 14.01.2003, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2003b): Kulturhauptstadt Europas 2010. In: Antrag mit der Drucksache-Nr.: 03/SVV/0088 vom 05.02.2003, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2003c): Themenjahr 2004: 'Potsdam 2004 - Stadt der Parks und Gärten'. In: Beschlussvorlage mit der Drucksache Nr.: 03/SVV/0313 vom 07.04.2003, Seiten 1-7.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2003d): Kulturentwicklungsplanung und Kulturhauptstadt 2010. In: Antrag mit der Drucksache-Nr.: 03/SVV/0263 vom 08.04.2003, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2003e): Kulturentwicklungsplanung und Kulturhauptstadt 2010. In: Niederschrift 52. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur vom 19.06.2003, Seiten 1-7.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2003f): Aufsichtsratsbesetzung der Kulturhauptstadt Europas 2010 - Potsdam GmbH. In: Beschlussvorlage mit der Drucksache-Nr.: 03/SVV/0914, Seiten 1-3.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2004a): Europäische Kulturhauptstadt 2010 - Konzept bis zur Entscheidung 2006. In: Antrag mit der Drucksache-Nr.: 04/SVV/0324 vom 13.04.2004, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2004b): Bewerbung: "Stadt der Wissenschaften" 2006. In: Kleine Anfrage mit der Drucksache-Nr.: 04/SVV/0564 vom 03.08.2004, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2004c): Bewerbung Potsdams für "Stadt der Wissenschaften 2006". In: Kleine Anfrage mit der Drucksache-Nr.: 04/SVV/0606 vom 10.08.2004, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2004d): Veranstaltungen der Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH. In: Kleine Anfrage mit der Drucksache-Nr.: 04/SVV/0677 vom 07.09.2004, Seiten 1-2.



- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2004e): Bewerbungsschrift Potsdams zur Kulturhauptstadt 2010. In: kleine Anfrage mit der Vorlagen-Nr.: 04/SVV/0838 vom 22.10.2004, Seite 1.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2005a): Information zur Bewerbung der Stadt Potsdam "Stadt der Wissenschaft 2006". In: 25. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 12.01.2005 [Online-Dokument]. URL: <http://egov.potsdam.de/bi/to020.asp> [Stand: 15.09.2015].
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2005b): Bewerbung Stadt der Wissenschaften 2006. In: Antrag mit Drucksache Nr.: 05/SVV/0040 vom 14.01.2005, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2005c): Kulturhauptstadt GmbH. In: Anfrage mit der Drucksachen-Nr.: 05/SVV/0248 vom 21.03.2005, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2005d): Projekte der Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH. In: Kleine Anfrage mit der Vorlagen-Nr.: 05/SVV/0253 vom 21.03.2005, Seiten 1-2 und Anlage Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2005e): Beabsichtigt die Stadt eine neue Bewerbung für den Wettbewerb Stadt der Wissenschaften 2007? In: Anfrage mit der Drucksache-Nr.: 05/SVV/0343 vom 19.04.2005, Seite 1.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2005f): Vorhaben aus dem Bewerbungsprogramm der Stadt der Wissenschaften 2006. In: Anfrage mit der Drucksache-Nr.: 05/SVV/0344 vom 19.04.2005, Seite 1.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2005g): Strukturvorschlag für die städtische Kulturverwaltung. In: Antrag mit der Drucksache-Nr.: 05/SVV/0625 vom 09.08.2005, Seiten 1-3.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2005h): Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam. In: Antrag mit der Drucksache-Nr.: 05/SVV/0781 vom 05.10.2005, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2005i): Vorbereitung „Kulturbüro“. In: Kleine Anfrage mit der Drucksachen-Nr.: 0/SVV/1011 vom 22.11.2005, Seiten 1-2 und Anlage Seiten 1-6.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2006a): Leitbild für Potsdam. In: kleine Anfrage mit der Drucksache-Nr.: 06/SVV/0559 vom 14.06.2006, Seiten 1-2.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2006b): Stadt der Wissenschaft. In: 54. Öffentliche/Nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses vom 16.08.2006.
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2006c): Power Point-Präsentation zur „Stadt der Wissenschaft 2006“. In: 57. Öffentliche/Nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses vom 11.10.2006 [Online-Dokument]. URL: <http://egov.potsdam.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=35861#allrisWP> [Stand: 15.09.2015].
- Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2007): Niederschrift 68. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses vom 25.04.2007, Seiten 1-13.

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2008): Zusammenführung von Volkshochschule und Stadt- und Landesbibliothek. In: Mitteilungsvorlage mit der Drucksache-Nr.: 08/SVV/0496 vom 30.04.2008, Seiten 1-4.

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (2012): Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an einem Haus der Wissenschaft in der 4. Etage des Bildungsforums. In: Beschlussvorlage mit der Drucksache-Nr.: 12/SVV/0008 vom 05.01.2012, Seiten 1-4.

Stadtverordnetenversammlung der): Bewerbung Stadt der Wissenschaften 2006. In: Antrag mit der Drucksache-Nr.: 05/SVV/0040 vom 14.01.2005, Seiten 1-2.

### 9.3 Interviews, E-Mail-Kommunikation und Tagung

#### Stadtbezogene Interviews und E-Mail-Kommunikation

- I\_1 Aachen: Herr Olaf Müller, Stadtverwaltung, Wirtschaftsförderung & Europäische Angelegenheiten, Telefoninterview am 29.08.2012 zur Stadt der Wissenschaft 2005 und 2007
- I\_2 Halle (Saale): Herr Detlef Stallbaum, Stadtverwaltung, Leiter des Kulturbüros, Face-to-Face Interview am 21.02.2012 zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010
- I\_3 Oldenburg: Herr Rainer Lisowski, ehemaliger Projektverantwortlicher Stadt der Wissenschaft 2009, heute Vertretung der Professur Betriebswirtschaftslehre der Hochschule Osnabrück, Telefoninterview am 6.9.2012 zur Stadt der Wissenschaft 2005 und 2009
- I\_4 Halle (Saale): Herr Karsten Golnik, Stadtverwaltung, Stadtplanungsamt, Face-to-Face Interview am 16.02.2012 zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010
- I\_5 Augsburg: Frau Aurelia Tomic-Paulduro, Stadtverwaltung, Kulturreferat, Telefoninterview am 9.7.2012 zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010
- I\_6 Augsburg: Herr Joseph Däubler, Stadtverwaltung, Bildungs- und Schulreferat, E-Mailkommunikation vom 10.7.2012 und 17.03.2014 zur Stadt der Wissenschaft 2005
- I\_7 Münster: Herr Reimer Stoldt, Stadtverwaltung, Amt für Grünflächen und Umweltschutz, E-Mailkommunikation vom 19.07.2012 zur Bundesgartenschau 2011
- I\_8 Leipzig: Herr Alexander Wenk, Stadtverwaltung, Büro für Ratsangelegenheiten, Telefoninterview am 15.08.2012 zu Ratsdokumenten über die Bewerbungsverfahren für die Olympischen Spiele 2012, die Stadt der Wissenschaft 2005 und die Bundesgartenschau 2013
- I\_9 Regensburg: Herr Manfred Koller, Stadtverwaltung, Amt für Wirtschaftsförderung, E-Mailkommunikation vom 28.08.2012 zur „Stadt der Wissenschaft 2005“
- I\_10 Potsdam: Frau Fides Mahrla, Kulturstadt Potsdam e.V., Vorsitzende des Vereins, Telefoninterview vom 03.01.2012 zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010
- I\_11 Frankfurt: Herr Dr. Klaus Schröter, Industrie- und Handelskammer Wiesbaden, Standortpolitik, Telefoninterview vom 20.12.2012 zu den Olympischen Spielen 2012
- I\_12 Frankfurt: Herr Joris Smolders, Regionalverband Frankfurt Rhein-Main, Abteilung Regionalentwicklung, Wirtschaft und Europa, E-Mailkommunikation vom 14.01.2013 zur Stadt der Wissenschaft 2007
- I\_13 Halle: Frau Bianca Thieme, Stadtverwaltung, Hauptamt, Ressort E-Government, E-Mailkommunikation vom 19.07.2012 zur Datenverfügbarkeit im Ratsinformationsportal.
- I\_14 Braunschweig: Herr Jörg Hohmeier, Stadtverwaltung, Referat Stadtentwicklung und Statistik, E-Mailkommunikation vom 08.11.2011 zu Stadtentwicklungsdokumenten und Stadtentwicklungsstrategien der Stadt Braunschweig.
- I\_15 Braunschweig: Frau Gabriele Geppert, Stadtverwaltung, Referat Steuerungsdienst, E-Mailkommunikation vom 30.08.2012 zur Datenverfügbarkeit von Ratsdokumenten zur Bewerbung der Stadt Braunschweig für die Stadt der Wissenschaft 2005

- I\_16 Aachen: Frau Renee Schulz, Stadtverwaltung Aachen, Büro des Oberbürgermeisters, E-Mailkommunikation zwischen dem 27. und 29.08.2012 zur Datenverfügbarkeit von Ratsdokumenten zur Bewerbung der Stadt Aachen für die Stadt der Wissenschaft 2005
- I\_17 Aachen: Herr Winfried Brömmel, Stadtverwaltung, Fachbereich Wirtschaftsförderung und Europäische Angelegenheiten, E-Mailkommunikation am 22.08.2012 zur Datenverfügbarkeit von Ratsdokumenten zur Bewerbung der Stadt Aachen für die Stadt der Wissenschaft 2005
- I\_18 Augsburg: Frau Gabriele Handl, Stadtverwaltung Augsburg, Hauptamt Ratsdienste, E-Mailkommunikation zwischen dem 07.08.2012 und 13.08.2012 zur Datenverfügbarkeit von Ratsdokumenten zur europäischen Kulturhauptstadt 2010 und zur Stadt der Wissenschaft 2005
- I\_19 Halle: Frau Dr. Wohlfeld, Stadtverwaltung Halle, Kulturreferentin, Face-to-Face-Interview am 21.02.2012 zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010
- I\_20 Oldenburg: Herr Hauke Fuchs, Stadtverwaltung Oldenburg, Fachdienst Städtebau und Stadterneuerung, E-Mailkommunikation zu Effekten der Bundesgartenschaubewerbung Oldenburg zwischen dem 8.07.2013 und dem 23.07.2013

### **Großereignisbezogene E-Mail-Kommunikation**

- I\_a Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH (DBG): Frau Sibylle Eßer E-Mailkommunikation vom 1.2.2012 zu Bewerbungsprozessen und Anforderungen von Bundesgartenschauen
- I\_b Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH (DBG): Frau Magdalene Wahl, E-Mailkommunikation vom 23.06.2010 zur Bewerberanzahl und Bewerberstädten für die Ausrichtung einer Bundesgartenschau
- I\_c Deutscher Evangelischer Kirchentag: Frau Franziska Waas, E-Mailkommunikation vom 30.01.2013 zu Bewerbungsformalitäten und Anforderungen den Deutschen Evangelischen Kirchentag auszurichten

### **Tagung**

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (2013): Dr. Ludwig Scharmann, Frühjahrstagung der Landesarbeitsgemeinschaften Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen und Berlin /Brandenburg/Mecklenburg Vorpommern der Akademie für Raumforschung und Landesplanung im April 2013, Tagungstitel: „Events und Regionalentwicklung – Was bleibt von großen Ausstellungen, Gartenschauen und Veranstaltungen“

## 9.4 Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Zusammenfassende Darstellung zum Begriffsverständnis „Großereignis“ im nationalen Kontext (Quelle: Eigene Darstellung 2013 und Interpretation auf Basis von Literaturlauswertung) .....	17
Abb. 2: Bewerbungsaktivitäten um Großereignisse zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Informationen der Ausrichterorganisationen und der Städte) .....	32
Abb. 3: Großereignisse als strategische Projekte zu Stadtentwicklungszwecken (Quelle: Eigene Darstellung).....	80
Abb. 4: „Legacy Cube“ mit acht verschiedenen Wirkungseinheiten für einen bestimmten Ort und Zeitraum (Quelle: Eigene Darstellung, entwickelt nach Preuss 2007, 211).....	92
Abb. 5: Schwerpunkte thematischer Wirkungskategorien von Großereignissen (Quelle: Eigene Darstellung).....	96
Abb. 6: Analyserahmen für Wirkungen von Großereignissen (Quelle: Eigene Darstellung auf Basis einer Literaturinterpretation).....	120
Abb. 7: Übersicht der Datenerhebungsmethoden und den Datenquellen (Quelle: Eigene Darstellung) .....	136
Abb. 8: Ausgewählte Fallstädte mit unterschiedlich vielen gescheiterten Großereignisbewerbungen zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung, entwickelt nach Kluge 1999, 37).....	150
Abb. 9: Typenbildung auf Basis eines zweidimensionalen Merkmalsraumes mit jeweils zwei Ausprägungen (Quelle: Eigene Darstellung, entwickelt nach Kluge 1999, 37). .....	152
Abb. 10: Methodisches Vorgehen zur Beurteilung von Effekten gescheiterter Großereignisbewerbungen spezifischer Stadttypen (Quelle: Eigene Darstellung). .....	153
Abb. 11: Großereignisse der Stadt Aachen zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung) .....	156
Abb. 12: Großereignisse der Stadt Augsburg zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung) .....	158
Abb. 13: Großereignisse der Stadt Braunschweig zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung).....	159
Abb. 14: Großereignisse der Stadt Duisburg zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung) .....	161

---

Abb. 15: Großereignisse der Stadt Frankfurt am Main zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung) .....	162
Abb. 16: Großereignisse der Stadt Halle (Saale) zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung) .....	164
Abb. 17: Großereignisse der Stadt Karlsruhe zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung) .....	165
Abb. 18: Großereignisse der Stadt Lübeck zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung) .....	167
Abb. 19: Großereignisse der Stadt Münster zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung) .....	168
Abb. 20: Großereignisse der Stadt Oldenburg zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung) .....	169
Abb. 21: Großereignisse der Stadt Potsdam zwischen 2000 und 2010 (Quelle: Eigene Darstellung) .....	170
Abb. 22: Typisierungsschritt Nr. 1 – Zuordnung der Fallgruppenstädte zum Merkmalsraum der Indikatoren (1) und (3) mit deren Merkmalsausprägungen (Quelle: Eigene Darstellung). .....	260
Abb. 23: Typisierungsschritt Nr. 2 – Reduzierung der Stadtypen durch Zusammenfassung von Merkmalsausprägungen (Quelle: Eigene Darstellung). .....	261
Abb. 24: Stadtypen und deren spezifische Effekte gescheiterter Großereignisbewerbungen (Quelle: Eigene Darstellung) .....	379

## 9.5 Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Überblick der stattgefundenen Großereignisse in Deutschland zwischen 2000 und 2011 (Quelle: Eigene Erhebung auf Basis einer Internetrecherche) .....	29
Tab. 2: Bewerbungsprozesse von Großereignissen im Zeitraum 2000 bis 2010 (Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Informationen der Ausrichterorganisationen) .....	31
Tab. 3: Aktuelle Strukturmerkmale der potentiellen Fallstädte (Quelle: Eigene Zusammenstellung statistischer Kennzahlen).....	34
Tab. 4: Untersuchungsplan für die empirische Analyse (Quelle: Eigene Darstellung und Erarbeitung auf Basis der Literaturanalyse zum Stand der Forschung und des konzeptionellen Hintergrundes).....	122
Tab. 5: Übersicht der Kategorien für die Qualitative Inhaltsanalyse (Quelle: Eigene Darstellung und Entwicklung auf Basis der Literaturinterpretation)	143
Tab. 6: Übersicht zur Verfügbarkeit von Ratsinformationssystemen in Städten der Fallgruppe (Quelle: Eigene Darstellung auf Basis einer Internetrecherche & Anfragen bei den Stadtverwaltungen) .....	146





## 9.6 Abkürzungsverzeichnis

ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
B.S.L.	Boyer Schulze Landschaftsarchitekten Ingenieure
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Natur und Reaktorsicherheit
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BMVEL	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
Difu	Deutsches Institut für Urbanistik
DSM	Deutsche Städte-Medien GmbH
EG DU	Entwicklungsgesellschaft Duisburg
EU	Europäische Union
EW	Einwohner
FF	Forschungsfrage
GE	Großereignis
IWGA	International World Games Association
EXPO	Exposition Universelle Internationale
FAG	Flughafen Ausbau Gegner Fraktion im Römer
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FIFA	Fédération Internationale de Football Association
Hrsg.	Herausgeber
I_	Interview_
IBA	Internationale Bauausstellung
ID-EG	Innenstadt Duisburg Entwicklungsgesellschaft mbH
idr	Informationsdienst Ruhr
IGA	Internationale Gartenbauausstellung
IGS	Internationale Gartenschau
IHK	Industrie- und Handelskammer
ILS NRW	Institut für Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen
INSEK	Integriertes Stadtentwicklungskonzept
IOC	Internationale Olympische Komitee
ISEK	Integriertes Stadtentwicklungskonzept

ISM	Integriertes Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingkonzept
IZG LSA	Informationszugangsgesetz Sachsen-Anhalt
KASIG	Karlsruher Schieneninfrastruktur Gesellschaft mbH
KEP	Kulturentwicklungsplan
KVR	Kommunalverband Ruhrgebiet
LAG	Landesarbeitsgemeinschaft
MetropolG	Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main
MKRO	Ministerkonferenz für Raumordnung
NMZ	Neue Musikzeitung
NOK	Nationales Olympisches Komitee
Nord/LB-Öffentliche	Stiftung der Norddeutschen Landesbank und der Öffentlichen Versicherung für Braunschweig
NROG	Niedersächsisches Raumordnungsgesetz
NWZ	Nordwest-Zeitung Online
OGGI	Olympic Games Global Impact Study
PNN	Potsdamer Neueste Nachrichten
PPP	Public Private Partnership
RP Online	Rheinische Post Online
RVR	Regionalverband Ruhr
RWTH	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule
SEK	Standortentwicklungskonzept
SMI	Sächsisches Ministerium des Inneren
SMUL	Sächsisches Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft
SR	Städtereion
STE	Stadtentwicklung
STEK	Stadtentwicklungskonzept
SVR	Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk
taz	tageszeitung
tim	Staatliches Textil- und Industriemuseum Bayern
UN	United Nation
URL	Uniform Ressource Locator

## 10 Anhang

### A Leitfaden für Dokumentenanalyse und Experteninterviews (1)



Leibniz-Institut  
für ökologische  
Raumentwicklung

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden Leibniz Graduate School, Weberplatz 1, 01217 Dresden

#### Leitfragen für die Dokumentenanalyse und die Experteninterviews

*FF1 Inwieweit bestand ein Zusammenhang zwischen den verschiedenen Großereignissen einer Stadt?*

- Für welche Großereignisse bewarb sich die Stadt XY zwischen 2000 und 2010? Welche Bewerbungsprozesse waren erfolgreich und welche scheiterten? Aus welchem Grund scheiterten Bewerbungsprozesse?
- In welchem Zeitraum fanden die Bewerbungsprozesse statt? Wann begann und wann endete der Bewerbungsprozess?
- Wer wurde als Akteur im Bewerbungsprozess benannt? Wie viele Akteure waren am Bewerbungsprozess beteiligt? Welche Funktion/Aufgabe hatten die Beteiligten im Bewerbungsprozess? Welcher Institution gehörten die Akteure des Bewerbungsprozesses an? Wie viele unterschiedliche Institutionen waren beteiligt? Welche Organisationsstrukturen wurden während des Bewerbungsprozesses aufgebaut? Wie wurde die Bewerbung nach außen kommuniziert?
- Wie viel Geld stand für den Bewerbungsprozess durch wen zur Verfügung?
- Welche Projekte waren Teil der Bewerbung? Wie viele Projekte sind Teil der Bewerbung? Welche Projekte sollten bis zum Ausrichten des Großereignisses realisiert werden?
- Woher kam die Initiative zur Bewerbung? Welche Ziele wurden durch die Großereignisbewerbung verfolgt? Welche Gründe gab es sich für die Ausrichtung des Großereignisses zu bewerben? Welche Erwartungen/Hoffnungen wurden mit dem Großereignis verbunden?

*FF2: In welchem Zusammenhang standen die gescheiterten Großereignisbewerbungen und die Stadtentwicklungsprozesse?*

- Welche Stadtentwicklungsdokumente existierten zum Zeitpunkt der Großereignisbewerbung?
- Inwieweit sollten Ziele der Stadtentwicklungsplanung/Stadtplanung mit Hilfe des Großereignisses erreicht werden? Wenn ja, welche waren das?
- Welche Projekte der Stadtentwicklungsplanung waren Projekte der Bewerbungen?

## A Leitfaden für Dokumentenanalyse und Experteninterviews (2)

- Welche Akteurs- und Netzwerkstrukturen der Stadtentwicklungsplanung existierten zum Zeitpunkt der Bewerbungen? Inwieweit waren diese Akteure in die Bewerbungsprozesse eingebunden?
- Durch welche Besonderheiten charakterisiert sich die Stadtentwicklung der Bewerberstädte?

### *FF3: Welche Effekte riefen gescheiterte Großereignisbewerbungen hervor?*

- Welche Kosten entstanden und bestanden über den Bewerbungsprozess hinweg? Wer trug diese? Welche Einnahmen wurden aus dem Bewerbungsprozess heraus generiert? Inwieweit profitierte ortsansässige Wirtschaft vom Bewerbungsprozess? Wie lange wirken Effekte im Bereich Wirtschaft?
- Welche räumlichen Projekte wurden zur Unterstützung der Bewerbungsabsicht realisiert? Welche Bedeutung hatte Raum im Bewerbungskonzept? Was wurde trotz des Scheiterns realisiert? Welche Zeichen der Bewerbung waren nach dem Scheitern im Stadtraum zu erkennen? Wie lange wirken Effekte im Bereich Raum?
- Wie war die Stadtgesellschaft in die Bewerbung involviert? Setzten sich die Bürger auch nach dem Scheitern für Ziele oder Projekte der Bewerbung ein? Konnten sich bürgerschaftlich organisierte Strukturen der Bewerbung verstetigen? Wurden Projekte der Bewerbung durch die Bürger weiterverfolgt? Wie lange wirken Effekte im Bereich Gesellschaft?
- Inwieweit verstetigten sich Themen/Institutionen/Projekte aus dem Bewerbungsprozess? 2. Wie beeinflusste die Bewerbung Verwaltung und -Politik nachhaltig? Inwieweit hat der Bewerbungsprozess zur Erarbeitung eines zukünftigen Stadtentwicklungskonzeptes beigetragen? Wie lange wirken Effekte im Bereich Politik?

**B Übersicht zur Datenverfügbarkeit in den mehrfach gescheiterten Städten**

Städte	Großereignisse	Rats- dokumente	Bewerbungs- dokument	STE - Dokumente	Sonstige Dokumente	Ansprechperson Fachabteilung	
1	Aachen	Laga 2014/Iga 2017	x	x	x	x	-
	Aachen	SdW 2007	x	x	x	x	x
	Aachen	SdW 2005	x	x	x	x	x
2	Augsburg	KH 2010	x	x	x	x	x
	Augsburg	SdW 2005	x	-	x	x	x
3	Braunschweig	KH 2010	x	x	x	x	-
	Braunschweig	SdW 2007	x	x	x	x	-
	Braunschweig	SdW 2005	-	x	x	x	-
4	Duisburg	Buga 2011	x	-	x	x	-
	Duisburg	SdW 2007	x	x	x	x	x
5	Düsseldorf	Olympia 2012	x	-	x	x	-
	Düsseldorf	SdW 2007	-	-	-	-	-
6	Frankfurt	SdW 2006_07	x	x	x	x	x
	Frankfurt	EKH 2010	x	-	x	x	-
	Frankfurt	Olympia 2012	x	-	x	x	x
7	Halle	KH 2010	x	x	x	x	x
	Halle	SdW 2005	x	-	x	x	x
	Halle	SdW 2012	x	x	x	x	x
8	Hamburg	SdW 2005	x	-	-	-	-
	Hamburg	Olympia 2012	x	-	x	-	-
	Hamburg	Buga 2011/IGS 2013	x	-	x	-	-
9	Karlsruhe	KH 2010	x	x	x	x	x
	Karlsruhe	Buga 2011	x	x	x	x	-
	Karlsruhe	SdW 2005	-	-	x	x	-
10	Kassel	KH 2010	x	x	x	-	x
	Kassel	Buga 2011	x	-	-	-	-
11	Köln	SdW 2005	-	x	-	-	x
	Köln	KH 2010	x	x	-	-	x
12	Leipzig	Olympia 2012	x	-	x	-	-
	Leipzig	SdW 2005	-	x	x	-	x
	Leipzig	Buga 2011	-	-	-	-	x
13	Lübeck	EKH 2010	x	x	x	x	x
	Lübeck	SdW 2009	x	x	x	x	-
	Lübeck	SdW 2012	x	x	x	x	-
14	Münster	Buga 2011	-	-	-	-	x
	Münster	KH 2010	x	x	x	x	x
	Münster	SdW 2005	x	x	x	x	x
	Münster	SdW 2006	-	x	x	x	x
15	Oldenburg	Buga 2015	x	x	x	x	x
	Oldenburg	SdW 2009	x	x	x	x	x
	Oldenburg	SdW 2005	-	-	-	x	x
16	Osnabrück	Buga 2015	x	-	x	-	x
	Osnabrück	EKH 2010	-	-	x	-	-
17	Potsdam	EKH 2010	x	x	x	x	x
	Potsdam	SdW 2006	x	x	x	x	-
18	Regensburg	EKH 2010	x	x	x	-	x
	Regensburg	SdW	-	-	-	-	-
19	Stuttgart	Olympia 2012	x	-	x	-	-
	Stuttgart	Gartenschau 2013	-	-	-	-	-





## C Projektflyer





### Projekthintergrund

Die Forschungsarbeit wird im Rahmen der Dresden Leibniz Graduate School (DLGS) durchgeführt. Die DLGS ist eine international ausgerichtete Graduiertenschule an der Sozial-, Wirtschafts- und Raumwissenschaftler beteiligt sind. Sie wird vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR), der Technischen Universität (TU) Dresden und der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover, getragen.

Den Rahmen des Promotionsvorhabens der Doktorandin stellen die demografischen und ökonomischen Veränderungsprozesse und ihre Reaktionen darauf dar („Dealing with Change – Regional Strategies in Times of Demographic, Climate and Economic Change“).

### Kontakt

Dipl.-Geogr. Cindy Krause  
Leibniz-Institut für Ökologische Raumentwicklung e.V. (IÖR)  
Weberplatz 1  
01217 Dresden

Tel.: 0351-463 42 350  
Fax: 0351-463 37 894

Email: c.krause@dlgs.ioer.de

### Betreuung des Promotionsvorhabens

Prof. Dr. Dr. Bernhard Müller  
Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. (IÖR)

Dr. Paulina Schiappacasse  
Technische Universität (TU) Dresden  
Lehrstuhl Raumentwicklung

### Promotionsvorhaben

## Wiederholt gescheitert und mehrfach gewonnen?

## Die Rolle von Großereignissen für die Stadtentwicklung






Dresden Leibniz Graduate School -  
Cindy Krause  
Die Rolle von Großereignissen für die Stadtentwicklung

Problemstellung	Forschungsfrage & Forschungsablauf	Methodik und erwartete Ergebnisse
<p><i>„Dealing with change – Umgang mit Wandel“</i></p> <p>Die demografischen und ökonomischen Veränderungsprozesse stellen hohe Anforderungen an die Gestaltungs- und Steuerungsfähigkeit der Städte. Unter diesen Rahmenbedingungen und der steigenden interkommunalen Konkurrenz sind die Städte zunehmend gezwungen proaktiv zu agieren, um die Funktionsfähigkeit der Kommune aufrecht zu erhalten und an die sich ändernden Bedarfe anpassen zu können.</p> <p>Vor diesem Hintergrund hat die Wettbewerbsteilnahme von Städten für die Ausrichtung von Großereignissen an Bedeutung gewonnen. Dies wird deutlich durch die Vielzahl an Bewerberstädten und durch eine zunehmende Anzahl an Mehrfachbewerbern. Die Städte investieren einiges, um am Wettbewerb teilzunehmen und sich bestmöglich zu präsentieren. Dabei zählt die Verbesserung der Außenwahrnehmung, die Einwerbung von Fördergeldern oder die Revitalisierung von Stadtteilen zu den bekanntesten Effekten, welche sich die Städte durch die Ausrichtung des Großereignisses erhoffen.</p> <p>In der Diskussion um Großereignisse stand die Analyse der Wirkungen auf die Austrägerstädte bisher weitgehend im Vordergrund. Hingegen wird der eigentliche Wettbewerbsprozess zur Ausrichtung eines Großereignisses mit den dazu aufzubringenden Ressourcen, den beteiligten Akteuren und seinen Möglichkeiten für die Stadtentwicklung nach der Wettbewerbsphase bisher kaum thematisiert. In Zeiten "knapper Kassen" rücken belastbare Daten über Motivationen der Teilnehmerstädte und Potentiale der Wettbewerbsteilnahme für künftige Entscheidungen in den Fokus. Nicht zuletzt ist dies auch von Interesse, da bei solchen Wettbewerben in den meisten Fällen mehr Städte scheitern, als gewinnen können.</p>	<p><b>Warum bewerben sich Städte immer wieder für die Ausrichtung von Großereignissen?</b></p> <p>Der Bewerbungsprozess für die Ausrichtung von Großereignissen ist mit finanziellem, personellem und zeitlichem Aufwand verbunden. Das Forschungsvorhaben zielt darauf ab, die Motivation der Städte zu erforschen, sich nach gescheiterter Wettbewerbsteilnahme erneut zu bewerben. Es wird angenommen, dass bereits der Bewerbungsprozess Möglichkeiten für die Stadtentwicklung bietet, welches die wiederholte Wettbewerbsteilnahme erklären würde.</p> <div style="border: 1px solid #2c5e8c; padding: 5px; margin-top: 10px;"> <p style="text-align: center; background-color: #2c5e8c; color: white; padding: 2px;">Phase (1) - Ableiten der Forschungsfragen</p> <p style="font-size: 8px;">Literaturanalyse und Interpretation, erste Experteninterviews und Dokumentenanalysen</p> <p style="font-size: 8px; text-align: right;">Ermittlung des aktuellen Standes der Forschung, Identifizierung des Forschungsproblems</p> </div> <div style="text-align: center; margin: 5px 0;">↓</div> <div style="border: 1px solid #2c5e8c; padding: 5px; margin-top: 10px;"> <p style="text-align: center; background-color: #2c5e8c; color: white; padding: 2px;">Phase (2) - Empirische Überblicksanalysen</p> <p style="font-size: 8px;">Recherche der Ausrichterorganisationen, schriftliche Befragung GG</p> <p style="font-size: 8px; text-align: right;">Ermitteln der Grundgesamtheit (GG) und Erkenntnisse über Trends der Wettbewerbsteilnahmen</p> </div> <div style="text-align: center; margin: 5px 0;">↓</div> <div style="border: 1px solid #2c5e8c; padding: 5px; margin-top: 10px;"> <p style="text-align: center; background-color: #2c5e8c; color: white; padding: 2px;">Phase (3) Empirische Detailanalysen</p> <p style="font-size: 8px;">Experteninterviews und Dokumentenanalyse</p> <p style="font-size: 8px; text-align: right;">Ermitteln weiterer Faktoren zu Erklärungsversuchen</p> </div> <div style="text-align: center; margin: 5px 0;">↓</div> <div style="border: 1px solid #2c5e8c; padding: 5px; margin-top: 10px;"> <p style="text-align: center; background-color: #2c5e8c; color: white; padding: 2px;">Phase (4) Interpretation und Ergebnisdiskussion</p> <p style="font-size: 8px;">Darstellung unterschiedlicher Vorgehensweisen bei der Wettbewerbsteilnahme und den damit zusammenhängenden Möglichkeiten für die Stadtentwicklung</p> <p style="font-size: 8px;">Aufzeigen von Gründen für die erneute Wettbewerbsteilnahme vor dem Hintergrund der theoretischen Diskussion</p> </div>	<p style="text-align: center;"><i>Vollerhebung und vergleichende Fallstudienanalyse</i></p> <p>Auf Basis einer Literatur- und Internetrecherche wurden die für deutsche Städte wichtigen überregionalen Großereignisse mit Wettbewerbscharakter identifiziert und charakterisiert. Daraufhin konnte anhand der Informationen der Ausrichterorganisationen eine Gruppe von 23 Städten aufgestellt werden, die sich mehrmals am Wettbewerb um unterschiedliche Großereignisse (2000-2010) beteiligt hatten und mehrmals gescheitert waren.</p> <p>Diese Grundgesamtheit stellt den Ausgangspunkt für Interviews mit kommunalen Vertretern der Stadtentwicklungsplanung dar. Damit soll Aufschluss über einen Zusammenhang zwischen Stadtentwicklung und Großereignissen hergestellt werden. So soll z. B. herausgefunden werden, inwieweit die Bewerbungen mit einer übergeordneten Stadtentwicklungsstrategie in Verbindung standen. Auf Grundlage der empirischen Ergebnisse können Trends sowie Ausnahmen beim Bewerben der Städte ermittelt werden, welche Erklärungsansätze für die Bedeutung dieses Prozesses für die Stadtentwicklung liefern. In einer anschließenden Fallstudienuntersuchung soll ein detaillierter Einblick in die Wettbewerbsteilnahmen der Städte genommen werden. Die Analyse von Bewerbungsdokumenten und Protokollen der Arbeitsgruppen sowie Experteninterviews mit Akteuren der Stadtentwicklung sollen weitere Erkenntnisse darüber bringen, warum sich Städte erneut für Großereignisse bewerben.</p> <p>Die empirischen Erkenntnisse tragen somit dazu bei, den Bewerbungsprozess näher zu charakterisieren und seine Bedeutung für die Städte und deren Entwicklung zu identifizieren. Abschließend wird auf Basis der theoretischen Diskussion zum Thema „Scheitern“ Ableitungen zur Übertragbarkeit auf Städte durchgeführt.</p>